Willy Klages

VERFOLGT, VERTRIEBEN … HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mitteleuropa

Chronik vom 1. Januar 1948 bis zum 31. Dezember 2020

in sechs Bänden
Band IV/4

VERFOLGT, VERTRIEBEN … HEIMATLOS

Das
Ende der deutschen Siedlung
in
Ost-Mitteleuropa

Chronik vom
1. Oktober 1988 bis zum 29. Mai 1996

Band IV/4

Inhaltsverzeichnis Band IV/4	
Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 1. Oktober 1988 bis zum 29. Mai 1996	2-393

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 1. Oktober 1988 bis zum 29. Mai 1996

01.10.1988
UdSSR: Michail Gorbatschow (Generalsekretär der KPdSU) wird am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt.
Gorbatschow, der als Reformer gilt, weiß damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengpässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen kann.
16.10.1988
Ost-Berlin: Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses besucht am 16. Oktober 1988 Erich Honecker in Ost-Berlin.
Die DDR verpflichtet sich zu einer symbolischen Entschädigungszahlung für die noch lebenden Opfer der NS-Judenverfolgung.
10.11.1988
BRD: Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) hält am 10. November 1988 im Bundestag eine Gedenkrede zum 50. Jahrestag der Pogrome von November 1938.
Seine unglücklich formulierten Ausführungen führen damals zum Eklat. Nach heftigen Protesten aus dem In- und Ausland muß Bundestagspräsident Philipp Jenninger später zurücktreten, obwohl seine Integrität nicht in Frage gestellt wird.
19.11.1988
DDR: Das SED-Postministerium läßt am 19. November 1988 die sowjetische Zeitschrift "Sputnik" aus der Postzeitungsliste streichen, um die DDR-Bevölkerung von der sowjetischen Reformpolitik abzugrenzen.
Der "Sputnik" bezeichnet Gorbatschows Politik der Offenheit (Glasnost) schon seit Monaten als Vorbild für den gesamten Ostblock.
31.12.1988
BRD: In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik

Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.

Im Jahre 1988 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x067/128,201): >>Vor den vorrückenden Truppen flohen Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten. Die Vergeltung für die grausame Besatzungsherrschaft der Deutschen in Polen und der Sowjetunion bekamen jetzt vor allem die Frauen mit ihren Kindern zu spüren, die in endlosen Flüchtlingstrecks nach Westen ihre Familie und ihr letztes Hab und Gut retten suchten. ...<<

>>... Deutschland wurde in seinem territorialen Umfang um etwa ein Viertel des Standes von 1937 verkleinert. Die Gebiete östlich der Oder-Neiße kamen unter polnische, der nördliche Teil Ostpreußens unter sowjetische Verwaltung. Diese Gebiete gehörten damit nicht mehr zur sowjetischen Besatzungszone. Die deutsche Bevölkerung sollte aus diesen Gebieten umgesiedelt werden. ...

Wenn man das Potsdamer Abkommen mit dem Versailler Vertrag von 1919 vergleicht, ergeben sich große Unterschiede: Die Reparationsleistung fiel verhältnismäßig maßvoll aus; ungleich härter trafen das Nachkriegsdeutschland die territorialen Verluste. Denn damit war die Vertreibung und Zwangsumsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ostmitteleuropa verbunden. ...<<

Der deutsche Historiker Alois Harasko schreibt im Jahre 1988 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x020/107): >>... Eine systematische historische, soziologische und psychologische oder gar kriminalistische Auswertung der sudetendeutschen Vertreibungsberichte ist bisher nicht erfolgt.

Seit den Erhebungen in den 40er und frühen 50er Jahren haben sich – von einigen regionalen Dokumentationen abgesehen – auch landsmannschaftliche Gremien nicht mehr intensiv um eine weiterführende Klärung der Vertreibungsaktionen und um die Erhaltung des Wissens um die konkreten Geschehnisse im Bewußtsein der sudetendeutschen Bevölkerung bemüht. Diesem wurde vielmehr meist nur pauschal in der Errichtung zahlloser Gedenkkreuze, Kapellen und Mahnmale für die etwa 240.000 im Zuge der Vertreibung zu Tode gebrachten Landsleute Genüge getan.

Die an diesen Stätten gewöhnlich während ungezählter größerer und kleinerer Heimattreffen abgehaltenen Feiern waren im Zeichen der Versöhnungsbereitschaft vornehmlich vom Geist der Charta der Heimatvertriebenen aus dem Jahre 1950 bestimmt.

Eine gesellschaftliche Aufarbeitung selbst auch nur in dieser Form wurde aber andererseits im tschechischen Volk bisher von Staats wegen unmöglich gemacht. Nur ein einziges Beispiel für einen solchen Ansatz in der Zeit des Prager Frühlings ist bekannt geworden, als nämlich Teile der tschechischen Bevölkerung der südmährischen Stadt Pohrlitz an zwei der in der Nähe befindlichen Massengräber eine bescheidene Gedenkstätte errichten wollten.

Daß aber anstatt dessen über diesen Gräbern der dort im Zuge der Austreibung der Brünner Deutschen am Fronleichnamstag 1945 zu Tode gekommenen 450 Menschen 2 landwirtschaftliche Gebäude zur Tierhaltung errichtet wurden, läßt vermuten, daß die Bewältigung eines die Nachbarschaft im Herzen Europas belastenden Geschehens, das zugleich ein die nächsten Generationen des tschechischen Volkes prägendes Trauma bedeuten dürfte, auch in der nächsten Zukunft kaum zu erwarten ist. ...<<

1989

>>Wie kann man erwarten, daß die Menschheit auf guten Rat hört, wenn sie sich nicht einmal warnen läßt!<< (Jonathan Swift)

02.01.1989

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1989) berichtet am 2. Januar 1989: >>**Die Menschen- und Bürgerrechte**

Die französische Nationalversammlung deklarierte am 26. August 1789 die Menschen- und Bürgerrechte; sie umfassen insgesamt 17 Artikel:

Die als Nationalversammlung eingesetzten Vertreter des französischen Volkes haben in der Erwägung, daß eine Unkenntnis, ein Vergessen oder Verachten der Menschenrechte die alleinigen Ursachen des öffentlichen Unglücks und der Korruption der Regierungen sind, beschlossen, in einer feierlichen Erklärung die natürlichen, unveräußerlichen und heiligen Rechte des Menschen darzulegen, damit diese Erklärung allen Teilen der Gesellschaft immer vor Augen steht und sie unablässig an ihre Rechte und Pflichten erinnert; damit die Handlungen der legislativen und exekutiven Gewalt zu jeder Zeit mit dem Zweck jeder politischen Einrichtung verglichen können und dadurch entsprechend geachtet werden; damit die Ansprüche der Bürger von heute an auf einfachen unbestreitbaren Grundsätzen beruhen und immer auf die Erhaltung der Verfassung und das Glück aller hinzielen.

Demzufolge anerkennt und erklärt die Nationalversammlung in Gegenwart und unter dem Schutz des Höchsten Wesens nachstehende Menschen- und Bürgerrechte:

Artikel I: Die Menschen sind und bleiben von Geburt an frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.

Artikel II: Das Ziel einer jeden politischen Vereinigung besteht in der Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung.

Artikel III: Die Nation bildet den hauptsächlichen Ursprung jeder Souveränität. Keine Körperschaft und kein Individuum können eine Gewalt ausüben, die nicht ausdrücklich von der Nation ausgeht.

Artikel IV: Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was dem anderen nicht schadet. Somit hat die Ausübung der natürlichen Rechte jedes Menschen nur die Grenzen, die anderen Mitgliedern der Gesellschaft den Genuß derselben Rechte garantieren. Diese Grenzen können nur gesetzlich festgelegt werden.

Artikel V: Dem Gesetz allein obliegt es, die der Gesellschaft schädlichen Handlungen zu verbieten. Alles, was nicht gesetzlich verboten ist, kann nicht verhindert werden, und niemand kann gezwungen werden, etwas zu tun, was das Gesetz nicht befiehlt.

Artikel VI: Das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens. Alle Bürger haben das Recht, persönlich oder durch ihre Vertreter an seiner Gestaltung mitzuwirken; es soll für alle gleich sein, mag es beschützen, mag es bestrafen. Da alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind, haben sie entsprechend ihren Fähigkeiten auch gleichermaßen Zugang zu allen Würden, Stellungen oder öffentlichen Ämtern, ohne einen anderen Unterschied als den ihrer Tugend oder ihrer Talente.

Artikel VII: Kein Mensch kann anders als in den gesetzlich verfügten Fällen und den vorgeschriebenen Formen angeklagt, verhaftet oder gefangengehalten werden. Wer willkürlich Befehle verlangt, ausfertigt, ausführt oder ausführen läßt, muß bestraft werden; wenn ein Bürger auf Grund des Gesetzes vorgeladen oder festgenommen wird, muß er sich sofort beugen, durch Widerstand macht er sich schuldig.

Artikel VIII: Das Gesetz soll nur unbedingte und offensichtlich notwendige Strafen festlegen. Niemand kann auf Grund eines Gesetzes bestraft werden, das nicht vor der Tat erlassen und

verkündet wurde und zur Anwendung gekommen ist.
Artikel IX: Da jeder Mensch nur so lange für unschuldig gilt, wie er nicht für schuldig befunden ist, soll, wenn eine Verhaftung unumgänglich ist, jede unnötige Härte zur Versicherung seiner Person gesetzlich streng verboten sein.
Artikel X: Niemand darf wegen seiner Meinung, selbst religiöser Art, belangt werden, solange die Äußerungen nicht die gesetzlich festgelegte öffentliche Ordnung stören.
Artikel XI: Der freie Austausch von Gedanken und Meinungen ist eines der kostbarsten Menschenrechte; jeder Bürger kann im Rahmen der gesetzlichen Regelungen frei schreiben, reden und drucken.
Artikel XII: Die Sicherung der Menschen- und Bürgerrechte erfordert eine Streitmacht, die zum Vorteil aller eingesetzt wird und nicht zum besonderen Nutzen derer, denen sie anvertraut ist.
Artikel XIII: Für den Unterhalt der Streitmacht und für die Kosten der Verwaltung ist eine allgemeine Abgabe unumgänglich. Sie muß unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse gleichmäßig auf alle Bürger verteilt werden.
Artikel XIV: Die Bürger haben das Recht, selbst oder durch ihre Vertreter die notwendigen öffentlichen Ausgaben zu überprüfen, sie in freier Entscheidung zu bewilligen, ihre Verwendung zu kontrollieren, die Veranlagung, Eintreibung und Dauer zu bestimmen.
Artikel XV: Die Gesellschaft hat das Recht, von jedem öffentlichen Beamten Rechenschaft über seine Verwaltung zu fordern.
Artikel XVI: Jede Gesellschaft, in der die Garantie dieser Rechte nicht erfolgt und die Gewaltenteilung nicht festgeschrieben ist, hat keine Verfassung.
Artikel XVII: Da das Eigentum ein unverletzliches und heiliges Recht ist, kann es niemandem genommen werden, es sei denn, ein gesetzlich fundierter öffentlicher Bedarf macht dies unumgänglich und eine gerechte Entschädigung wird vorher festgelegt.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (1/1989) berichtet am 2. Januar 1989: >>**"Einer singt falsch beim Halleluja"**
Horst Herrmann über Karlheinz Deschners "Kriminalgeschichte des Christentums" bis 1981 Priester und Professor für katholisches Kirchenrecht, lehrt Religionssoziologie an der Universität Münster.
Horst Herrmann, 48, bis Priester und Professor für katholisches Kirchenrecht, lehrt Religionssoziologie an der Universität Münster
Kaiser Konstantin "der Große", der 337 starb, hat alle Mitglieder seiner Familie umgebracht, die seiner Karriere im Weg standen. Tausend Mordtaten "zu Felde" hat er auf dem Gewissen. Als "leuchtendes Vorbild der Christenheit" wird er heiliggesprochen: Er hat im rechten Glauben gehandelt.
Vor allem hat Konstantin, den "alle als einen gütigen Vater kennengelernt" (Bischof Theodoret), gesiegt. Es kommt auf die Menge des Erfolgs an und auf die richtige Rechtfertigung desselben. Wer einmal mordet, ist kriminell. Erst der Umfang des Wütens und die Flut des vergossenen Blutes machen Verbrechen straflos. Wer sich seine Taten von Päpsten sanktionieren läßt, ist historisch am erfolgreichsten.
Papst Leo I. (440 bis 461) stachelt an: "Wenn Gottes Geist die Eintracht zwischen den Christenherrschern stärkt, dann sieht die ganze Welt, wie in doppelter Hinsicht das Vertrauen wächst: Durch den Fortschritt im Glauben und in der Liebe wird die Macht der Waffen unüberwindlich, so daß Gott, durch unsere Glaubenseinheit gnädig gestimmt, in einem den Irrtum der falschen Lehre und die Feindseligkeit der Barbaren vernichten wird."
Einer seiner Nachfolger, Sergius I., setzt diesem "Löwenpapst" übers Heilige Grab: "Er hat gebrüllt, und die feigen Herzen der Tiere begannen zu zittern."
Der Schreibtischtäter Leo I. hatte geraten, die Nichtchristen "wie todbringendes Gift" zu mei-

den und kein Wort mit ihnen zu sprechen, sondern sie in ihre "finsteren Schlupflöcher" zurückzujagen. Vernichtung der Menschenwürde der Andersgläubigen und Sprache der gesalbten Totschläger nenne ich so was, entnommen dem uralten Wörterbuch des Unmenschen.
Kirchengeschichte anders gelesen, als Geschichte von Verbrechen mit Billigung oder unter dem Beifall der Kirche, von Laien wie von Klerikern, von Priestern, Bischöfen und Päpsten verübt - das ist der rote Faden in Karlheinz Deschners "Kriminalgeschichte des Christentums".
Deschner, 64, im Jahre 1988 Träger des Arno-Schmidt-Preises (weil er für den Primat der Vernunft, für den Vorrang der Wahrheit vor der historischen Lüge schreibe), ist Moralist, kein Fachhistoriker, obgleich die Mehrzahl seiner Bücher Geschichtswerke sind.
Seit Jahrzehnten völlig auf sich allein gestellt, im Gegensatz zu seinen zahlreichen Gegnern ohne Zuträger und Geldmittel aus einer Universität, weist er als freier Schriftsteller und Chevalier seul nach, daß das Verbrechen "gegen die, denen Gott zürnt", von Anfang an System hat.
Des Moralisten verzweifelte Fragen hinter seinen kirchenkritischen Büchern: Wie viele Ermordete müssen denn noch her, bis Reue einsetzt und Abkehr? Wieviel muß aufgedeckt sein, bis Komplizenschaft sich nicht mehr lohnt? Bis es als Schande gilt, sich als Christ zu bekennen? Bis die Täter nicht mehr die Beleidigten spielen dürfen?
1986 ist Deschners erster Band, "Die Frühzeit" (bis 430), erschienen, mit rund 30.000 verkauften Exemplaren. Jetzt liegt der zweite Band vor, "Die Spätantike" (bis 565). Für 1990 ist der dritte angekündigt (bis zum Jahr 1000). Im Jahr 2000 (nach "christlicher" Zeitrechnung) soll das Gesamtwerk vorliegen. Wie viele Bände es umfassen wird, weiß der Autor selbst noch nicht. Neun werden es gewiß.
Die bisherigen Bände haben, auf 1.200 Seiten, gerade gut 560 Jahre aufbereitet. Die Rede ist von gut 20.000 Seiten Exzerpten und Entwürfen - kein Wunder bei dieser Überfülle an Tatbeständen, an kirchlich inspirierten und von Kirchenleuten begangenen Verbrechen, reuelos an Juden, Heiden, Ketzern, Hexen verübt, im Namen und auf Rechnung der Alleinseligmachenden Heiligen Kirche.
Deschners Plan, 2.000 Jahre Heilsgeschichte unter deren nicht unwichtigstem Aspekt, dem der kriminellen Energie, zu bearbeiten, schlägt der konfessionell gesteuerten Geschichtsschreibung ins Gesicht. Die läßt das Christentum von Christen aufbereiten und mokiert sich allen Ernstes darüber, daß und wie sowjetische Gelehrte die Geschichte der Sowjet-Union schreiben.
Diese eine Gegenstimme ertragen die Eingeweihten nicht. Deschner, streuen sie, ist ein Volksverhetzer, ein neuer Streicher, ein Rosenberg; zumindest sei er ein unseriöser Schreihals, dem die Zunft den Dialog verweigern muß und die entsprechende Anerkennung.
Im Chor derer, die zigtausend Schriften in Archiven, Bibliotheken, Buchhandlungen füllen ließen, die das orthodoxe Halleluja absingen, singt einer falsch.
Deschner hat zwei Dutzend lästerlich erregende Bücher hinter sich. Mund zu, rät man ihm "im guten". Er nimmt die Drohung nicht an. Er will immer wieder dasselbe sagen, es nachwachsenden Generationen sagen und die Hoffnung nicht aufgeben, es einmal nur noch historisch sagen zu dürfen, als Reminiszenz an das Ungeheuerliche in der Kirchengeschichte.
Deschner hat die Inhalte der Kirchen-Kritik nicht erfunden, wohl aber wieder aufgefunden. Ich erinnere an Aufklärer des 18. Jahrhunderts wie die Franzosen Pierre Bayle, Claude Helvetius, Voltaire oder an den deutschen Schriftsteller Heinrich Heine. In Deschners "Kriminalgeschichte des Christentums" hat nun auch das 20. Jahrhundert sein Buch. Allgemeingut ist sein Wissen um kirchliche Abgründe aber noch lange nicht.
Doch dieser Autor wird in die Schulbücher kommen. Ich gebe, gegen manche der heutigen Kulturbürokratien, die Hoffnung auf das Humane und auf den Beginn von Redlichkeit nicht

auf.
Der Verdacht vieler, die Kirche habe schmutzige Hände, wird durch die Knochenarbeit Deschners zur Gewißheit. Die Fakten beginnen endlich die Vermutung der vielen zu ersetzen, und was die Phantasie erdacht hat, ist durch Hinweise auf die Realität übertroffen.
"Ich warne euch vor den Tieren in Menschengestalt", sagt der heilige Irenäus. "Sind sie aber keine Christen, sind sie Teufel"; "Schlachtvieh für die Hölle", sagt der nicht weniger heilige Kirchenvater Hieronymus.
Wenn Heilige so deutlich die Richtung weisen, muß das Folgen haben. Beispielsweise: Der katholische Kaiser Valentinian I., gestorben 375, befiehlt schon wahllose Exekutionen; nur sonntags sollen keine Hinrichtungen von Ungläubigen erfolgen. Der Irrtum, wenn's denn überhaupt einer war, hat kein Recht, die Irrenden bekommen keine Gnade.
"Es ist gerecht, diejenigen auch ihrer weltlichen Güter zu berauben, die nicht den wahren Gott verehren", dekretiert der Christenkaiser Justinian im Jahre 527, und schon hat das Reich seine Pogrome. "Auf daß sie im Elend erliegen", verlieren Ketzer die Bürgerrechte, ihr Besitz wird beschlagnahmt und an rechtgläubige Volksgenossen verteilt, ihre Bethäuser gehen in Flammen auf.
Die "Christenverfolgungen" der christlichen Ur- und Frühzeit sind, verglichen mit den Verfolgungen, die durch Christen geschehen sind, unerheblich gewesen.
Ehrliche Bücher machen den Leser ehrlich. Wie hältst du es, nach der Lektüre dieser Fakten, mit so einer Religion, die als genuin abendländisch gilt und auch noch als Frohbotschaft vom lieben Gott? Verständlich, wenn einer nach solcher Deschner-Lesung zum Amtsgericht geht und seinen Kirchenaustritt erklärt, da er in einer so ekelhaft bruchlosen Tradition ein Stück Gegenwart erkennt.
Es gibt keine gute Seite einer Sache und einfach daneben eine böse. Die schlimme ist die wesentliche. Sie drückt dem Ganzen ihren Stempel auf. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, meinte Jesus, der gewiß nicht der Stifter der Religion war, die seinen Namen annektiert hat.
Daß die Wirkungsgeschichte des Evangeliums von der Liebe eine Rekordzahl von gefolterten und getöteten Opfern aufweist, liegt mit an der Unvollkommenheit seiner Anhänger. Aber es liegt auch an den heiligen Schriften selber, deren Autoren die Absichten Jesu bereits im Keim erstickt, abgeschwächt und verfälscht haben.
In jedem Fall hat Deschners historische Perspektive auf Mörderpäpste und Lügentheologen wenn nicht Zustimmung, so doch eine Diskussion verdient. Aber wo sollten ausgerechnet Christen das Diskutieren erlernt haben? Ihre Evangelien kennen keine fairen Gegner, nur zu Pharisäern umgebogene Kretins.
Schon die früheste und heiligste Urkunde, das Neue Testament, hat einen charakteristischen Beigeschmack: Es spielt durchweg in kleingeistigem Milieu; seine Erwählten baden in Selbstgefälligkeit, und seine Jünger hassen alle, die sich nicht bei ihnen zu Hause fühlen. Nietzsche ist von diesem Christen-Mief übel geworden.
Beweisen müßten Deschners Kritiker, daß der Autor erfunden und erlogen hat, daß da Zitate gefälscht, falsch gebraucht, falsch bewertet worden sind, daß Deschner nicht immer auf dem neuesten Stand der Forschung sei. Da sie schweigen, nehme ich an, daß sie ihn nicht widerlegen können.
Daß Deschners Methode unsauber ist, seine Erkenntnisse halbwahr und folglich unwahr sind, das hätten die Lobbyisten der Transzendenz gerne, die Leute mit dem "Alles halb so schlimm Gesicht", denen immer alles recht ist, wie es ist - weil es sich für sie lohnt.
Deschner hat mehr Tages- und Nachtstunden drangegeben, als es jedem einfällt, der für seine Arbeit im Weinberg des Herrn nach dem Tarif für Lebenszeitbeamte entlohnt wird. Respekt vor der Leistung des einzelnen, der auf einem Platz bleibt, von dem hundert Besserdotierte sich weggestohlen haben.

Kein Wort der Reue zu finden und keine Geste der Erinnerung an die Opfer ihrer eigenen Kirche, das ist die heutige Taktik derer, die keine Scheiterhaufen mehr brennen lassen können. Papst Wojtyla reist zu den Tatorten, läßt sich feiern und schweigt. Wegsehen ist auch eine Form der Zustimmung.
Der Kölner Katholik und Schriftsteller Heinrich Böll hatte ein besonderes Gespür für die kirchliche Korruptheit, die sich seiner Meinung nach nicht nur in der Vergangenheit, sondern in subtileren Formen auch in der Gegenwart auswirke, weshalb er schließlich aus der Kirche austrat. Böll war über das Infame in der Kirche so empört, daß er mir gegenüber nicht nur einmal deutsche Bischöfe als "noch nicht entdeckte Ganoven" bezeichnet hat. …
Das politische Buch Karlheinz Deschner: "Kriminalgeschichte des Christentums" Rowohlt Verlag Reinbek Zwei Bände 536 und 680 Seiten …<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt in der Einleitung zum Gesamtwerk "Kriminalgeschichte des Christentums" über die politische Geschichtsschreibung der Kirchen- und Staatshistoriker (x324/42-70): >>... Man fragt sich nur, mit welcher Selbstsicherheit die Historiker über gewisse "historisch naive ... Aussagen " des 19. Jahrhunderts "heute lächeln" (Koselleck), wenn doch viele Historiker des 21. Jahrhunderts wieder über einen gewissen Stand der Kenntnisse und Erkenntnisse vieler Historiker des 20. Jahrhunderts lächeln werden und viele des 22. Jahrhunderts über viele des 21. Jahrhunderts - immer vorausgesetzt, daß es zu diesen Jahrhunderten noch kommt.
Wird so nicht ein ewiges Lächeln von Historikern über Historiker sein? Ein ewiger Wahn, so etwas wie die wahren oder doch wahrscheinlicheren Grundsätze der Geschichtswissenschaft entdeckt zu haben oder wenigstens ihnen nahe gekommen zu sein?
Man könnte entgegnen, dies ständige Umschreiben, Neuschreiben, Anderssehen der Geschichte resultiere nur aus ihrem eigenen Wissenschafts- und Wahrheitsanspruch, aus dem Streben gerade nach mehr Objektivität, größerer Genauigkeit, zumal verbesserte Arbeitsbedingungen, ein funktionstüchtigeres Instrumentarium, veränderte Forschungstechniken und Interpretationsverfahren, tieferdringende Sonden, bessere Verifikationsmöglichkeiten, neue Theorie- und Methodenkonzeptionen, begrenztere oder erweiterte oder exakter konstruierte Problemstellungen hinzukommen, zu schweigen vom Auffinden neuer Quellen.
Doch in Wirklichkeit zeigt die Geschichtsschreibung, daß der Schwerpunkt ihrer Interessen sich gewöhnlich erst verlagert, wenn die Zeitgeschichte ihre Interessen verlagert, ihre Ideologien, ihre Begriffe; daß die Geschichtsschreibung unter einem gewissen Zwang außerszientifischer Maßgaben, des metawissenschaftlichen Umfelds, der jeweils herrschenden Mächte, der politischen Praxis steht, daß sie dem Einfluß staatlicher Willensbestimmung unterliegt, daß sie den Dispositionen und Intentionen von Diktatoren folgt und somit - wie besonders der vorwiegend von amerikanischen Historikern (gegen den Positivismus) entwickelte Präsentismus lehrt - bloß eine Projektion von Gegenwartsinteressen auf die Vergangenheit ist; gerade das 20. Jahrhundert zeigt dies rundum auf der Welt.
Und im 19. Jahrhundert sowie in den vorhergehenden Epochen ist es … kaum anders gewesen.
Was helfen die schönsten Theorien über Objektivität der Geschichtswissenschaft, wenn die Realität dieser Geschichtsschreibung ihre eigenen Theorien widerlegt! Das erinnert fast an den Gegensatz zwischen der Predigt des Christentums und seiner Praxis.
Auch bei Methodenkontroversen geht es - wie beim sogenannten Methodenstreit Ende des 19. Jahrhunderts - viel weniger um sachliche als um politische Auseinandersetzungen, gesellschaftliche Umwertungsprozesse.
Was scheinbar um der Wissenschaft, Forschung, theoretischen Besinnung willen geschieht, ist in Wirklichkeit mehr durch vor- und außerwissenschaftliche Realitäten bedingt, durch Tagespolitik, den sozialen Lebensbereich, Subjektivität, Egoismen.

Nun kommt zum allgemeinen Objektivitätsproblem noch ein spezielleres, heikleres Phänomen, das damit zusammenhängt. Die Schwierigkeiten resultieren dabei weniger aus der Tatsache, daß die Quellen oft lückenhaft, die Datierungen unsicher sind - zu schweigen von beträchtlichen Differenzen ganzer Wissenschaftszweige, etwa zwischen Archäologie und Linguistik oder Geschichte. Vielmehr geht es hier, da Geschichte meistens Texte betrifft, da alle Geschichtsschreibung Sprache ist, um die Sprache des Historikers.
Noch Louis Halphen (1946) genügte es, "sich in einer gewissen Weise von Dokumenten tragen zu lassen, die man eins nach dem anderen gelesen hat, wie sie sich uns anbieten, um die Kette der Fakten sich fast automatisch herstellen zu sehen". Aber leider sind "historiographische" Tatsachen noch keine "historischen " Tatsachen, sind Begriffe nicht die Wirklichkeit … Leider gibt es "keinen scharfen Bruch zwischen Geschichte und Mythologie ... keine scharfe Grenzlinie zwischen 'Fakten' und Theorien" (Sir Isaiah Berlin), sind beide vielmehr "so sehr miteinander verwoben, daß man vergeblich versuchen würde, sie streng und genau zu trennen" (Aron).
Leider auch können historische Tatsachen sehr verschieden gesehen und bewertet, können sie einseitig beleuchtet oder verdunkelt, entstellt, verdreht, verfälscht werden, können sie an sich schon vielschichtig, selbst bereits "wissenschaftliche Konstruktionen " sein (Bobińska), "eine Konstruktion des Geschichtswissenschaftlers" (Schaff). Kurz, geschichtliches Leben ist nicht adäquat durch Reproduktion zu erfassen, sondern nur annäherungsweise, jede Geschichtsschreibung ist ein untrennbares Geflecht von Fakten, Hypothesen, Theorien. "Jede Tatsache ist schon Theorie", wie bereits Goethe pointiert behauptet.
Niemals sind wir, sofern Geschichte vergangen ist, mit einem geschichtlichen Ereignis unmittelbar, niemals mit der nackten Tatsache als solcher konfrontiert, mit Rankes "wie es eigentlich gewesen"; was übrigens bescheidener klingt, als es gemeint war. Der konservative Historiker, dem das Amt des Geschichtsschreibers - peinlich genug - nur mit dem des Priesters vergleichbar schien, der auch Grund hatte, sich häufig Unparteilichkeit, äußerste Unparteilichkeit, zu attestieren, wünschte sein "Selbst gleichsam auszulöschen", "nur die Dinge reden, die mächtigen Kräfte erscheinen zu lassen" und schrieb der "wahren " Historie die Aufgabe zu, über "parteiisches Für und Wider" hinaus, "nur zu sehen, zu durchdringen ... um dann zu berichten, was sie erblickt".
Dieser selbstsichere Objektivismusglaube, von dem Grafen Paul York Wartenburg als "Okularismus", von Droysen ("Objektiv ist nur der Gedankenlose!") als Ausdruck "eunuchischer Objektivität" verhöhnt, ist illusorisch. Denn es gibt keine objektive Wahrheit in der Geschichtsschreibung, keine Geschichte, wie sie sich wirklich ereignet hat; "es kann nur historische Interpretationen geben, und von diesen ist keine endgültig " (Popper). Haben wir es doch bei der Geschichtsschreibung - im Grunde aber schon bei der "Quelle", dem (primären) Informationsträger, den Inschriften, Urkunden - immer bloß mit der Beschreibung von "Ereignissen", "Tatsachen" zu tun.
Diese Beschreibungen stammen jedoch sämtlich von Autoren, die nur mittels rhetorischer und narrativer Hilfsmittel arbeiten konnten, die - zu allen Zeiten - ausgewählt haben, auswählen mußten, auch die Fakten in irgendeine Anordnung bringen mußten, weniger ein wissenschaftlicher als ein literarischer Akt.
Die Beschreibungen stammen von Verfassern, die guten oder schlechten Glaubens fortgelassen, die unterschlagen haben, die selbstverständlich alle mehr oder weniger Interessen gelenkt, die selbstverständlich alle mehr oder weniger einseitig berichtet, die ihre durchaus korrekten Quellenbelege (wobei jede Übersetzung freilich mehr oder weniger schon Deutung ist) in bestimmter Weise geprägt, in bestimmte Kontexte gestellt, die ihre Weltanschauung, mehr oder weniger bewußt, zum Leitmotiv ihrer Interpretation gemacht haben, wobei zur Problematik dieser Texte noch die der Überlieferung kommt, das nicht seltene Phänomen der Fälschung,

der Interpolation.
Und moderne Historiker verfahren natürlich kein Jota anders mit den Dokumenten, wählen aus, lassen fort, beleuchten, erläutern, erklären im Sinne ihrer Weltanschauung.
Gerade Koryphäen stärken so nicht unser Vertrauen in die Objektivität ihres Fachs. Theodor Mommsen (Nobelpreis 1902) nannte ausgerechnet die Phantasie "wie aller Poesie so auch aller Historie Mutter". Bertrand Russell schrieb den Titel *'History as an Art'*.
A. L. Rowse, ein führender englischer Historiker des 20. Jahrhunderts, sieht Geschichte der Dichtung viel näher als man meist meine … Nach Geoffrey Elton ist sie (1970) vor allem "Erzählung" …
Auch Hayden White hieß jüngst historische Texte nichts anderes als "schriftstellerische Kunstprodukte" (literary artefacts). Kenner wie Koselleck und Jauss betonten um dieselbe Zeit die Verwobenheit von Faktizität und Fiktion. Vielleicht aber fand H. Strasburger 1966 die treffendste, von F. G. Maier 1984 ausdrücklich bejahte Formel für Geschichte: "Ein Mischwesen aus Wissenschaft und Kunst", "bis auf den heutigen Tag" - nachdem freilich schon Ranke 1824 die Aufgabe des Historikers "zugleich literarisch und gelehrt " genannt hatte und die Historie selbst "zugleich Kunst und Wissenschaft".
Macht man sich bewußt, daß all das nicht-objektive, "nicht-naturalistische" Vorgehen späterer Historiker auf den Darlegungen, Deutungsmustern, Typisierungen früherer Historiker beruht, die schon ganz genau so verfuhren, mehr oder weniger eben verfahren mußten, daß selbst unsere "Quellen" schon so ähnlich zustande kamen, schon vermittelt, schon durch andere Auffassungen hindurchgegangen, schon Selektion sind, eine Mischung bestenfalls aus historischer Tatsache und Text, das heißt "Literatur", das heißt einfließender Deutung, kurz, nur "Überrest", "Tradition ", macht man sich all dies klar, so ist evident, jede Geschichtsschreibung wird vom Hintergrund der eigenen Weltanschauung her geschrieben.
Manche Gelehrte zwar haben gar keine solche Weltanschauung und kommen sich deshalb wenn nicht besonders fortschrittlich, so doch besonders unparteiisch, rechtschaffen, redlich vor. Sie sind Vertreter der "reinen Wissenschaft", Vertreter einer angeblich wertneutralen, angeblich indifferenten Haltung. Sie verwerfen jede Standortbezogenheit, jede subjektive Anteilnahme als unszientifisch, als nahezu blasphemischen Verstoß gegen das angebetete Objektivitätspostulat, das ihnen heilige "sine ira et studio", das, wie Heinrich von Treitschke höhnt, "niemand weniger befolgt hat als sein Urheber".
Ist ja alles, "was man reine Wissenschaft nennt, nämlich das Register von Systemen und Hypothesen, von Erklärungen und Anschauungen, all das ist ausgefüllt, ist ausgestopft, ist vollgepfropft mit den ältesten, sinnlichen und übersinnlichen Mythologemen", was, eher ausnahmsweise treffend, Charles Péguy notiert, selbstverständlich von seiner katholischen Position aus.
Nun kann das Vortäuschen wissenschaftstheoretischer Unschuld, das Unterschlagen weltanschaulicher Prämissen historischer Präsentationen, manches verdecken, fachbedingte Trägheit etwa, Blickverengung, vor allem aber eine gerade in Gelehrtenkreisen, im "kleinen Museum der Auserwählten" (von Sybel), grassierende Timidität, einen ethischen Relativismus und Eskapismus, die feige Flucht vor klarer weltanschaulicher Entscheidung - die ja doch Entscheidung ist, aber eine der Verantwortungslosigkeit im Namen wissenschaftlicher Verantwortung!
Denn eine Wissenschaft, die nicht wertet, unterstützt, ob sie will oder nicht, den Status quo, sie stützt die Herrschenden und schadet den Beherrschten.
Sie ist nur Scheinobjektivismus und praktisch gewöhnlich nichts als eine Rücksichtnahme auf die eigene Ruhe, Sicherheit, die eigene Karriere.
Ich bestreite keinesfalls, daß eine wertende Geschichtsbetrachtung auch aus wissenschaftlicher Überzeugung abgelehnt, verworfen werden kann. Doch ist gerade der Widerwille des Historikers, die Geschichte zu deuten, seine Angst, zu bekennen, was tatsächlich vor sich

geht, nur "ein weiteres
Beispiel … der Weigerung der Spezialisten, ihrem Handeln entsprechend zu leben" (Barraclough).
Gewiß, es gibt nicht nur eine oder zwei Methoden, Geschichte zu treiben. Es gibt eine große Methodenvielfalt, wie besonders die amerikanische Geschichtsschreibung zeigt, wobei keine Methode das Recht hat auf einen Alleinvertretungsanspruch.
Doch wenn es auch viele diverse Formen von Wissen und Wissenschaft gibt, hier geht es nur um zwei, um die Wissenschaft, die Wissenschaft um ihrer selbst willen betreibt, für die Wissenschaft das Letzte, Höchste, eine Art Religion ist, und die auch, wie diese, über Leichen gehen kann und geht; und um jene Wissenschaft, für die sie selbst nichts Letztes, Höchstes ist, die als Dienerin fungiert, im Dienst des Menschen steht, der Welt, des Lebens, die insbesondere mit der Geschichtsschreibung die "Pflicht politischer Pädagogik" verbindet, ein Wort Theodor Mommsens, der Geschichte geradezu "ein Totengericht" nennt und, ihre "nackte Gemeinheit" im Blick, ihre "entsetzlichen Barbareien", warnt "vor dem kindischen Glauben, als vermöge die Zivilisation aus der Menschennatur die Bestialität auszuwurzeln".
Ihre bekanntesten Ausprägungen fanden diese beiden Wissenschaftsbegriffe im 19. Jahrhundert, im Wissenschaftsoptimismus der Natur- wie der Geschichtswissenschaft, im Positivismus und Objektivismus, und im radikalen Wissenschaftspessimismus Nietzsches. Er erkannte die Naturwissenschaft seiner Zeit als "etwas Furchtbares und Gefährliches", als einen Ausdruck jener "verhängnisvollsten Dummheit ", woran wir vielleicht "einst zugrunde gehen".
Ähnlich bewertet er die herrschende Geschichtswissenschaft und fordert eine Historie "zum Zwecke des Lebens", eine Historie, die "Vorbilder" bietet, "Lehrer, Tröster", besonders aber eine "kritische Historie ", die das Vergangene "vor Gericht zieht, peinlich inquiriert und endlich verurteilt", denn "jede Vergangenheit ... ist wert, verurteilt zu werden".
Auf der andren Seite steht etwa Max Weber, der Vertreter einer generellen Trennung von Wissenschaft und Werturteil, für den Wissenschaft lediglich empirische Forschung, analytische Bestandsaufnahme ist und grundsätzlich nichts mit Wert, Sinn, Sollen zu tun hat; auch wenn Weber, zwischen Werturteil und (dem neukantianischen Wort) Wertbeziehung unterscheidend, letztere in der Wissenschaft akzeptiert und wissenschaftliche Erkenntnisse in den Dienst wertbezogener Entscheidungen stellen will, was nicht ohne krasse Widersprüche geschieht.
Unser Leben aber ist nicht wertfrei, sondern werterfüllt, und die Wissenschaft, als Teil desselben, kann Wertfreiheit nur heucheln. Wir müssen von Tag zu Tag vergleichen, prüfen, entscheiden, warum sollten wir es ausgerechnet in der Wissenschaft nicht, einem Bereich, der nicht neben unserem Leben steht oder gar darüber, sondern der dazu gehört, der uns, die Menschheit und die Welt, gefährden oder fördern kann?
Ich hielt Werke von Historikern in Händen, einer im Bombenkrieg umgekommenen Frau, manchmal zwei oder drei gefallenen Söhnen gewidmet, und manchmal schrieben diese Leute "reine Wissenschaft" weiter wie zuvor. Das ist ihre Sache. Ich denke anders. Denn selbst wenn es eine apolitische, werturteilsfreie Geschichtsforschung gäbe, was ich bestreite, wäre sie doch nicht wünschenswert, weil sie das ethische Denken untergräbt, der Inhumanität Vorschub leistet. Auch wäre eine solche "Forschung" eigentlich gar keine Forschung, kein Aufdecken von Zusammenhängen, sondern, wie Friedrich Meinecke betont, bloße Vorarbeit, reines Sammeln von Material.
Inwieweit stimmt nun die Wirklichkeit der Geschichte mit meiner Darstellung überein?
Ich lasse hier das erkenntnistheoretische Problem (samt der Struktur unsres Perzeptionsapparates) beiseite. Ich frage: inwieweit! Ich frage nicht: stimmt die Wirklichkeit der Geschichte mit ihrer Darstellung durch mich überein! Denn sagt Wittgenstein selbst von einem mathematischen Satz: "Nicht, daß er uns als wahr einleuchtet, sondern daß wir das Einleuchten gelten

lassen, macht ihn zum mathematischen Satz"; sagt auch Einstein: "Soweit die Gesetze der Mathematik sich auf die Wirklichkeit beziehen, sind sie nicht gesichert; und soweit sie gesichert sind, beziehen sie sich nicht auf die Wirklichkeit" - wieviel mißtrauischer müssen wir die Geschichtsschreibung betrachten.
Jeder Historiker nämlich schreibt in einem bestimmten politisch-gesellschaftlichen Bezugssystem, was sich unverkennbar in seiner Sicht niederschlägt, schon in seinen Auswahlmechanismen, seiner Selektion.
Denn jeder "reißt aus dem Zusammenhang", keiner kann das reale Objekt der Vergangenheit mit ihren niemals direkt faßbaren hochkomplizierten Ereignisketten, diesem gigantischen Geflecht aus Denken und Tun, aus den vielfältigsten ähnlichen und gegensätzlichen Vorgängen, Beziehungen, Prozessen, objektiv widerspiegeln, gleichsam naturgetreu abbilden.
Jeder selektiert aber nicht bloß, jeder interpretiert auch, weshalb es nicht nur darauf ankommt, was einer aus der Historie thematisiert, sondern wie er es tut, wobei ich die formale Seite der Sache hier ignoriere - nicht als unwesentlich, sondern zu weitschweifig, verwirrend: die Art und Weise, wie der Historiker sprachlich die Geschichte offeriert, das jeweilige Modell seines Berichts, die gewählte literarische Gattung, den "Repräsentationstypus ", salopp: wie er "verformt", "verfremdet", "vergewaltigt", nicht nur in bösem, auch in bestem Glauben.
Wie jeder also, der Geschichte schreibt, habe ich grundsätzlich ausgewählt, "aus dem Zusammenhang gerissen" - der dümmste aller Vorwürfe, denn anders geht es nicht. Wie jeder habe ich auch innerhalb der Thematik noch einmal selektiert.
Wie jeder habe ich die Träger des Geschehens, all die gekrönten, ungekrönten, selbstgekrönten Kriminellen, die Bischöfe und Päpste, die Heiligen, Feldherrn und sonstigen Geschäfte- und Geschichtemacher (denn aus Geschäften wird Geschichte), natürlich nicht mit allen Einzelheiten ihrer Vita erfaßt, all den Individualvorgängen, persönlichen Problemen, mit all ihren Amouren etwa (die freilich zuweilen nicht ohne Einfluß sind) oder mit allen Verdauungsbeschwerden - wiewohl auch sie manchmal auf die politischen Makroereignisse mehr wirken, als man glaubt. Doch wir kennen diese Beschwerden gewöhnlich nicht …
Mir ist Wahrheit oder, vorsichtiger gesagt, Wahrscheinlichkeit wichtiger als jede Wissenschaft, die im Namen der Wissenschaft sich gegen die Wahrheit vergeht. Und grundsätzlich ziehe ich auch das Leben, jedes Leben, der Wissenschaft vor, zumal einer Wissenschaft, die das Leben bedroht, vielleicht alles Leben überhaupt. Der Einwand, das sei nicht "die Wissenschaft", seien einzelne Wissenschaftler (immerhin sehr viele, wenn nicht die meisten), trifft so wenig wie etwa die Feststellung, die Verfehlungen der Christenheit seien nicht solche des Christentums. Natürlich verfechte ich keinen reinen Subjektivismus, den es gar nicht gibt, so wenig wie reine Objektivität.
Natürlich leugne ich nicht nutzreiche Wertskalen, kontrollierbare Tatsachenbezüge, mitteilbare und überprüfbare Erfahrungen, intersubjektives Wissen und intersubjektive Verbindlichkeiten. Aber ich bestreite die intersubjektive Interpretation!
Und der Geschichtsphilosoph Benedetto Croce wußte, warum er die subjektiven Urteile in der Geschichtsbetrachtung zuließ, aus "sehr triftigem Grunde", weil man sie nämlich "auf keinerlei Weise auszuschließen vermag".
Kann man somit in der Geschichte auch nicht mit der Stringenz logischer Schlüsse schließen, heißt das weder, daß man gar nicht schließen soll, noch, daß man falsch schließen muß. Mag auch vieles oder, nach Meinung der radikalsten Skeptiker, alles problematisch sein, kann man doch einem historischen Sachverhalt näher kommen oder nicht, lassen sich doch für eine bestimmte Sehweise unbezweifelbar bessere und schlechtere Gründe vorbringen, solche, die mehr, weniger, gar nicht zutreffen.
Oder mit William O. Aydelotte negativ formuliert: "Die Feststellung, alle Aussagen seien unsicher, bedeutet nicht, daß sie alle gleich unsicher sind."

Davon gehe ich ebenso aus wie von der Überzeugung, daß man, bei aller Komplexität, allem Chaos und Wirrwarr der Geschichte, allgemeine Aussagen treffen, daß man das Wesentliche, Typische, Entscheidende, herausstellen, kurz, daß man historisch generalisieren kann; was man, als angeblich zu spekulativ, nicht beweisbar, noch häufig negiert oder bagatellisiert, obwohl Historiker, die die Geschichte nicht bloß mit musealem Pläsier betrachten, ohne Generalisierung nicht auskommen können, wollen sie überhaupt etwas sagen, was der Mitteilung wert ist. Selbstverständlich dürfen sie nicht weiter gehen, als es ihre Unterlagen erlauben.
Um diese Verallgemeinerungen aber möglichst schlüssig zu machen, ist eine meiner Hauptmethoden die der Quantifizierung, der Zusammenstellung vergleichbarer Fälle, Varianten, Daten, soweit sie relevant, repräsentativ sind. Geschichte schreiben, heißt die Hauptzüge herausstellen. Ich betreibe also die Summierung des Informationsmaterials. Beides, Generalisierung und Quantifizierung, gehört zusammen.
Würde ich die ja durchaus nicht neue These vom Verbrechenscharakter des Christentums bloß mit einigen Stichproben stützen, wäre sie ohne Überzeugungskraft.
Bei einem mehrbändigen Werk aber läßt sich nicht mehr von vereinzelten, nicht beweiskräftigen Beispielen sprechen. Dabei ist für mich, mit Cicero, "das erste Gesetz der Geschichtsschreibung: daß man nicht wage, etwas Falsches zu sagen". Fährt Cicero freilich fort: "sodann: daß man wage, nichts Wahres nicht zu sagen, damit kein Verdacht aufkomme, man schreibe aus Gunst oder Feindschaft", so braucht dieser Verdacht bei mir gar nicht erst aufzukommen.
Ich schreibe "aus Feindschaft"! Denn die Geschichte derer, die ich beschreibe, hat mich zu ihrem Feind gemacht. Und nicht, weil ich nicht, was auch wahr ist, geschrieben habe, bin ich widerlegt. Widerlegt bin ich nur, wenn falsch ist, was ich schrieb.
Da ich das Ganze aber - um auch ein Wort über seine Struktur einzuflechten - in der begründeten Hoffnung verfaßte, zahlreichen Menschen nützlich zu sein, die wenig oder keine Zeit haben, sich mit der Erforschung des Christentums zu befassen, gebe ich all die Fakten, Vorkommnisse, die Parallelitäten und Kausalbezüge, die ich zeige, die Schlüsse, die ich daraus ziehe, möglichst klar in den folgenden Kapiteln und Bänden wieder: oft chronologisch, nicht selten systematisch, mit besonderer Herausarbeitung wichtiger Aspekte, mit Zäsuren, bewußter Trennung der Stoffgebiete, der zeitlichen Abläufe, mit ihrer Zusammenziehung, mit weiten Vorausblicken manchmal, Rückverweisen, Exkursen -, einzig von dem Wunsch bestimmt, dem Leser die Lektüre zu erleichtern, die Übersicht, den Zusammenhang.
Nun gibt es nicht wenig Leute, die meinen, kritisieren sei leicht. Vor allem meinen dies solche, die es nie oder nie ernsthaft versucht haben, aus Opportunismus, Indolenz oder Unfähigkeit. Ja, es gibt Leute, die nichts häßlicher finden als Kritik - wenn sie ihnen gilt. Sie würden das nie zugeben. Sie würden und werden immer sagen: Wir haben gar nichts gegen Kritik, wir sind sehr für Kritik.
Doch für eine förderliche, aufbauende, konstruktive Kritik. Nicht für eine zersetzende, niederreißende Kritik. Wobei aufbauend immer die ist, die sie schlimmstenfalls bloß beiläufig, wenn nicht gar nur scheinbar kritisiert, um sie dann desto besser bejahen und bejubeln zu können. "Zerstörerisch" aber, "unfruchtbar", "verdammenswert", ist natürlich jede Attacke, die ihre Fundamente angreift und ruiniert. Je überzeugender sie ist, desto mehr wird sie verteufelt - oder totgeschwiegen.
Am meisten kritikempfindlich sind klerikale Kreise. Gerade jene, die zwar rufen: Richtet nicht!, doch selber alles, was ihnen nicht paßt, in die Hölle schicken, gerade jene, deren Kirche sich als erste Moralinstanz der Welt aufspielt, seit Jahrhunderten aufgespielt hat und weiter aufspielen wird, gerade jene sind hell empört, beginnt da einmal einer sie selber zu messen, zu richten, und je schärfer, je vernichtender dies geschieht, desto zorniger sind sie, wütender - wobei ihr Zorn und ihre Wut (im Unterschied zu unseren Affekten) heiliger Zorn sind, heilige

Wut oder auch Zornmut, "geordnete Zornmut" natürlich, laut Bernhard Häring, dem Moralexperten, "eine überaus wertvolle Kraft zur Überwindung der Widerstände gegen das Gute, zur Erstrebung des hochgespannten, aber schwer erreichbaren Zieles.
Wer nicht zürnen kann, dessen Liebe ist nicht blutvoll(!). Denn wenn wir blutvoll, mit allen leibseelischen Energien das Gute lieben, werden wir mit den gleichen Energien dem Bösen widerstehen. Christlich ist nicht die träge Gelassenheit gegenüber dem Bösen, sondern mutiger Einsatz gegen dasselbe unter Anspannung aller Kräfte; und dazu gehört auch die Kraft des Zornmutes."
Mit flammender Entrüstung tritt man ausgerechnet in diesen Kreisen gegen die "Manie des Zu-Gerichtsitzen-Wollens" auf (Altmeyer), zeigt man sich "wissenschaftlich" indigniert, wenn ein Autor, wie schrecklich, "ans Werten geht", "der Historiker, vom Moralisten entmündigt, ins Rollenfach des öffentlichen Anklägers überwechselt", wenn er "der Versuchung" erliegt, "den Erwartungshorizont rigoristisch zu überspannen", wenn er in den "Schatten idealistischer Maximalforderungen" sinkt, "das forensische Pathos" in den Mund nimmt, und dies alles auch noch unbekümmert um "die alte Historikerfrage nach der konkreten Realisierbarkeit ethischer Forderungen".
Ist es nicht grotesk, wenn Vertreter eines antiquierten Mythenzaubers, des Glaubens an die Trinität, an Engel, Teufel, Hölle, Jungfrauengeburt, die leibliche Himmelfahrt Mariens, die Verwandlung von Wasser in Wein, von Wein in Blut, mit (ihrer) "Wissenschaft " imponieren wollen? Wenn ein Jesuit Volk (dem die dreizehnte Regel seines Ordens befiehlt, "daß das, was ich für weiß halte, statt dessen schwarz ist, wenn es die hierarchische Kirche so bestimmt") mit dem "Geiste unvoreingenommener Nüchternheit und Objektivität" renommiert?! Und ist es nicht der Gipfel des Grotesken, solche Figuren selbst von der Wissenschaft noch weithin gewürdigt zu sehen?!
Gerade sie aber verbinden dann am liebsten mit ihrer Verwerfung des Wertens, des Zu-Gerichtsitzen-Wollens (anderer!), die pharisäisch vorgebrachte Floskel, die allerdings die meisten Geschichtsbücher ziert, man müsse das und das "aus der Situation der Zeit" verstehen (Dempf) - das spätantike Reichsgesetz zum Beispiel, das verurteilte "Häretiker" als Aufständische behandelt, überhaupt die damalige Kirchenpolitik der Kaiser gegen die "Ketzer" oder "genauso ", wie Dempf hilfreich gleich hinzufügt, "wie die entsprechende Periode unserer abendländischen Kultur (!), die Zeit von etwa 1560-1648, der Dauer der Religionskriege". All dies und sehr viel mehr, auch die ganze Zeit dazwischen muß "aus dem Geist der Zeit heraus" verstanden und erklärt werden!
Besonders theologische Kirchenhistoriker kommen um diese Beschwichtigungs-, Verharmlosungs-, Bagatellisierungsgeste, die keinesfalls grundsätzlich verworfen werden soll, nie herum. Man müsse es verstehen, das heißt, man macht es verständlich, es wird verständlich und ist dann, hat man es erst einmal "aus dem Geist der Zeit heraus" verstanden, gar nicht mehr so schlimm, es hat sozusagen so sein müssen, ist ja die ganze Geschichte gottgewollt.
Der Theologe Bernhard Kötting erklärte 1977 vor der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, man könne heute nicht von den Bischöfen der konstantinischen Zeit verlangen, "daß sie dem Kaiser etwa aus dem Geist der christlichen Liebe heraus die Gleichstellung aller religiösen Kultgruppen hätten nahelegen müssen. Das würde bedeuten, den geistigen Horizont, in dem die Menschen der Antike lebten, willkürlich von uns aus zu bestimmen und unsere Vorstellung von der Herleitung der staatlichen Macht in das 4. Jh. hineinzuprojizieren."
Diese im Namen historischen Denkens vorgebrachte Argumentation ist gerade diesem Denken selbst gegenüber unwürdig, ist mehrfach absurd. Erstens nämlich war die heidnische Antike religiös im allgemeinen tolerant. Zweitens haben gerade die christlichen Schriftsteller des 2., 3. und frühen 4. Jahrhunderts immer wieder und leidenschaftlich aus dem "Geist der christli-

chen Liebe" Religionsfreiheit gefordert!
Drittens, was ist denn der "Geist der christlichen Liebe" überhaupt wert, wenn man ihn ständig mißachtet - im 4. Jahrhundert genauso wie in allen Jahrhunderten seitdem, nicht zuletzt auch im 20. (im Ersten Weltkrieg, im Zweiten, im Vietnam-Krieg), in dem die Christen doch kaum noch im geistigen Horizont der Antike leben, aber sicher noch immer genauso wenig im "Geist der christlichen Liebe".
Das alles ist doch kein Hineinprojizieren anachronistischer Vorstellungen! Der "Geist der christlichen Liebe" war für die Mächtigen - in Staat und Kirche - zu keiner Zeit brauchbar, daher stets bloß auf dem Papier beschworen, in Wirklichkeit aber stets abscheulich verraten worden. Dies ist der wahre Zeitgeist gewesen, und er blieb sich zu allen Zeiten gleich - das andere ist nichts als Augenwischerei.
Der "Geist der Zeit" jedoch, apologetisch so nützlich, wird immer wieder in die Köpfe gezaubert, entschuldigend, beschuldigend, gleichviel. Als habe nicht schon Goethe im *'Faust'* gehöhnt: "Was ihr den Geist der Zeiten heißt, Das ist im Grund der Herren eigner Geist."
Doch falls man dem geziemend antichristlichen, sehr antiklerikalen Dichter mißtraut, so mag noch der heilige Augustin hier stehen. "Schlechte Zeiten, mühsame Zeiten, so sagen die Menschen", schreibt er. "Laßt uns gut leben, und gut sind die Zeiten. Wir sind die Zeiten; wie wir sind, so sind die Zeiten."
Und auch an anderer Stelle bezichtigt Augustin predigend nicht Zeit und "Zeitgeist", sondern die Menschen, die alle Schuld - wie viele Historiker noch heute - auf die Zeiten schöben, auf lästige Zeiten, schwere Zeiten, elende Zeiten.
Doch: "Die Zeit verletzt niemand. Die verletzt werden, sind Menschen, und Menschen sind es, von denen sie verletzt werden. O großer Schmerz: Menschen werden verletzt, Menschen werden beraubt, Menschen werden unterdrückt! Von wem? Nicht von Löwen, nicht von Schlangen, nicht von Skorpionen, sondern von Menschen. In Schmerzen sind, die verletzt werden. Und tun sie nicht selber, wenn sie können, was sie schelten?"
Augustin wußte, was er sagte; gerade der letzte Satz trifft voll und ganz ihn selbst. … Noch weniger übertrage ich in entfernte Vergangenheiten alle Ideen und Wertmaßstäbe der Gegenwart, was Montesquieu mit Recht, wenn auch übertreibend, "die furchtbarste unter den Quellen des Irrtums" nennt.
Doch hat man stets, wenigstens in den letzten 2.000 Jahren, Raub, Mord, Ausbeutung, Krieg für das gehalten, was sie waren und sind.
Gerade die Christen mußten dies wissen. Gerade sie hatten die stark pazifistisch und sozial geprägte Verkündigung des synoptischen Jesus; sie hatten eine fast dreihundertjährige pazifistische frühchristliche und frühkirchliche Predigt; sie hatten auch die leidenschaftlichen "liebes" kommunistischen Appelle der Kirchenväter und -lehrer noch des 4. Jahrhunderts. Kurz, es gab eine immer christlichere Welt - und in vieler Hinsicht eine immer schlimmere. Denn das Christentum beruht auf verschiedenen Geboten, wie dem Gebot der Nächstenliebe, der Feindesliebe, dem Gebot, nicht zu stehlen, nicht zu töten und auf der Klugheit, keines dieser Gebote zu halten.
Oft belehren uns die Apologeten, die dies im Grund nicht leugnen können, daß da und dann - immer da und immer dann, wo und wann es gerade paßt, welchen Geschichtsabschnitt man gerade bemäntelt - die Menschen eben "noch keine wirklichen Christen" waren! Doch wann waren sie es? Zu Zeiten der greulichen Merowinger, der fränkischen Raubkriege, des lateranischen Weiberregiments? Bei den großen christlichen Offensiven, den Kreuzzügen? Bei der Ketzer- und Hexen-Verbrennung, der Indianerausrottung, der (fast zweitausendjährigen) Judenverfolgung? Oder im Dreißigjährigen Krieg? Im Ersten Weltkrieg? Im Zweiten? Im Vietnam-Krieg? Einmal müssen sie doch Christen gewesen sein!?
Der Geist der Zeit jedenfalls war durchaus nicht überall derselbe zur selben Zeit. Als die Chri-

sten ihre Evangelien kolportierten, ihren Glauben, ihre Dogmen, als sie immer weitere Teile der Welt infizierten, gab es sehr wohl Menschen, wie die großen ersten Bestreiter des Christentums, Celsus im 2. und Porphyrios im 3. Jahrhundert, die das Christentum, alles in allem, vernichtend kritisiert und im wesentlichen bis heute recht behalten haben, was immerhin christliche Theologen des 20. Jahrhunderts erklären.
Doch begehrten nicht nur Heiden gegen die Christenlehre auf. Zur selben Zeit, als man weithin im Glauben an das Trinitätsdogma lebte und starb, verwarfen es Juden wie Moslems als Provokation ohnegleichen; war für sie auch das Paradoxon von der Menschwerdung Gottes absurd, dies "Unrecht", diese "Schmach"; sah der islamische Philosoph und Mystiker Al Ghazali (1059-1110) die einander widersprechenden Zweinaturenlehren von Monophysiten, Nestorianern, Orthodoxen nur als Ausdruck von "Unverständlichkeit, ja Dummheit und Geistesschwäche".
Wie im Denken, so differierten die Menschen derselben Zeit auch im Tun. Während das Christentum seine monströsen Greuel verbrach, war der Buddhismus, der in Indien keine organisierte Kirche nach Art der abendländischen, auch keine Zentralinstanz schuf, die über den rechten Glauben entschied, sehr viel toleranter. Er forderte von seinen Laienanhängern weder ausschließliche Verpflichtung auf das buddhistische Bekenntnis noch den Austritt aus anderen Religionen, noch nahm er gewaltsame Bekehrungen vor. Vielmehr war für ihn Duldsamkeit gegenüber fremden Konfessionen in anderen Ländern geradezu "charakteristisch" (Mensching).
Sein pazifistisches Wirken beweist beispielsweise die Geschichte Tibets, dessen Volk, eine der gefürchtetsten und kriegerischsten Nationen Asiens, unter buddhistischem Einfluß eine der friedlichsten wurde, wobei trotz tiefer Frömmigkeit und einer gutorganisierten geistlichen Hierarchie völlige Toleranz zwischen allen Arten von Glaubensformen und Sekten bestand. Richtig schreibt der Buddhist Lama Anagarika Govinda:
"Religionen, die der Individualität des Menschen ihre volle Berechtigung zugestehen, werden automatisch zu Förderern der Humanität. Solche aber, die den Anspruch erheben, im alleinigen Besitze der Wahrheit zu sein, oder die den Wert des Individuums und individueller Überzeugungen geringschätzen, können zu Feinden der Humanität werden, und dies um so mehr, wenn Religion zu einer politischen oder gesellschaftlichen Machtfrage wird."
Selbst unter den Christen war nicht jeder geschlagen durch den Zeitgeist! Nicht jeder blind! So spottet Peire Cardinal, der große Troubadour, über Hugo von Montfort und dessen Grabsteinspruch: "... wenn jemand dafür, daß er Menschen hinmordete, Blut vergoß, Seelen verlorengehen ließ, daß er in Mordtaten einwilligte, verderbten Ratschlägen folgte, Feuersbrünste entfachte, vernichtete, schändete, Ländereien gewaltsam wegnahm, Frauen tötete, Kinder erwürgte: dann soll er die Krone tragen und im Himmel glänzen."
Ja, im 13. Jahrhundert gibt es eine ganze satirisch-ironische Kreuzzugsliteratur. So höhnt der Franzose Rutebeuf: "Wein trinkt man erst mal ungeheuer Und streckt berauscht sich aus am Feuer, Dann greift zum Kreuz man mit Hurra - Und sieh, schon ist der Kreuzzug da, Der dann beim ersten Morgenlicht In wilder Flucht zusammenbricht."
Nicht jeder also war vom Zeitgeist besessen, nicht jeder kritiklos und außerstande zu vergleichen, zu prüfen, zu richten. Durch alle Jahrhunderte auch gab es ethisches Denken, nicht zuletzt in christlichen Kreisen, unter "Ketzern". Und warum das Christentum nicht auch an seinen eigenen biblischen, mitunter sogar an kirchlichen Maßstäben messen? Warum ausgerechnet das Christentum nicht an seinen Früchten erkennen wollen? …
Ich bekenne mich, wie jeder Gesellschaftskritiker, zur wertenden Geschichtsschreibung. Ich betrachte die Geschichte, wie mir das nützlich, weil notwendig scheint, ethisch engagiert unter dem Anspruch eines "humanisme historique". Für mich ist ein Unrecht, ein Verbrechen, vor 500, 1.000, 1.500 Jahren genauso lebendig und empörend wie ein Unrecht, ein Verbrechen,

das heute geschieht oder erst in 1.000, in 5.000 Jahren …
Historiker, die sich an "reine" Wertmaßstäbe klammern, an "reine" Wissenschaft, sind unehrlich. Sie betrügen die anderen oder sich selbst, ja, sie sind, da es kein schlimmeres Verbrechen gibt als Gleichgültigkeit, kriminell. Gleichgültigsein heißt unablässig morden.
Dies klingt vielleicht ungewohnt, hart, folgt aber aus der Doppelbedeutung unseres Geschichtsbegriffs, der das Geschehen sowohl wie dessen Darstellung bezeichnet …
Ist Geschichtsschreibung doch nicht bloß *Geschichtsschreibung*, sondern stets auch *Geschichte*, ein Teil derselben, indem sie diese nicht nur, auf welche Art immer, spiegelt, sondern auch bewirkt, nicht bloß beschreibt, sondern auch macht. Entscheidend ist, daß diese Reflexion zur Aktion wird, daß sie das Denken und Tun der Menschen, auch ihrer Führer und Verführer, beeinflußt, mitbestimmt, vielleicht sogar maßgeblich, daß alle Historiographie somit "einen dreifachen Aspekt" hat: "Sie erzählt, ist und bewirkt Geschichte" (Beumann).
Historiker hatten niemals eine geringe Meinung von sich. Sie wuchs noch im Lauf der Zeit und war wohl nie so herausgefüttert wie gestern und heute - trotz aller Theoriedefizite, methodologischen Skrupel, Selbstzweifel und Selbstbezichtigungen und aller rivalisierenden Richtungen in der Historiographie, von Außenattacken zu schweigen. "Der Ort der entrealisiert-vergangenen Geschichte ist der Kopf des Historikers. Was sich dort von der Realgeschichte aufbewahren kann, ist ihr Inhalt" (Junker/Reisinger).
Sehen sich doch viele Geschichtsschreiber gerade des 20. Jahrhunderts so sehr als Akteure der Geschichte, daß Edward Hallet Carr tadelt: "Geschichte ist, was der Historiker macht."
Dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Wichtiger und die Regel, daß man Geschichte für und gegen Menschen macht, daß eine Minderheit für die Minderheit und gegen die Mehrheit regiert, gegen die duldenden, leidenden Massen; die Regel, daß politische Geschichte auf Macht, Gewalt, Verbrechen beruht; die Regel leider auch, daß dies das Gros der Historiker noch immer nicht beim Namen nennt, vielmehr rühmt - nach wie vor Potentaten und Zeitgeist zu Diensten. Die Regel somit weiter, daß Geschichtsschreibung die Politik nicht verbessert, sondern "gewöhnlich von ihr verderbt wird" (Ranke) - und diese selber wieder verdirbt!
Denn wie man Politik zwar für die (Masse der) Menschen machen könnte, gewöhnlich aber gegen sie macht, so wird gegen sie gewöhnlich auch die Geschichtsschreibung geschrieben. Es geht uns jedoch, mit Voltaire zu sprechen, um das Schicksal der Menschen, nicht um die Revolution des Thrones.
Jeder Geschichtsschreiber hätte sagen müssen *homo sum*, doch die meisten haben nur Schlachten beschrieben. So ist es lange noch nach Voltaire, ist es grosso modo häufig noch heute. Und besteht zumindest prinzipiell der Satz des Johannes Chrysostomos zu Recht: "Wer die Sünde lobt, ist viel schlechter als der, welcher sie begeht", dann ist auch jeder, der Geschichtsverbrechen und -verbrecher preist, schlechter noch als diese selbst.
Die Frage erhebt sich, was ist ein Verbrechen? Wer ist Verbrecher?
Ich werde dazu nicht das Strafgesetzbuch bemühen, weil jedes solche Gesetzbuch sozusagen gesellschaftskonservierend, Ausdruck der Ideologie des Establishments, weil es unter dem Einfluß einer herrschenden Minderheit und deshalb gegen die beherrschte Mehrheit geschrieben ist. Ich gehe von der … Rechtswissenschaft aus, daß Mörder der ist, der einen anderen Menschen absichtlich tötet, zumal wenn er dies aus "niederen" Motiven tut, etwa um ihn zu berauben oder sich an seine Stelle zu setzen. Nun ist es ein großer Unterschied für Justitia, ob man *einen* ermordet oder *Millionen*, nur jenes gilt als kriminell; ein großer Unterschied auch, ob Millionen *ermordet* werden oder Millionen *gestohlen* - bloß dies ist justiziabel. Für mich verdient solche "Gerechtigkeit" nicht den Namen.
So klar aber das allgemeine Bewußtsein zu wissen glaubt, wer Verbrecher, so klar auch, wer Held ist. Und wer, außer Staat und Kirche, hätte mehr dazu beigetragen als die Geschichtsschreibung selbst?

Durch den weitaus größten Teil unseres Zeitraums hofiert die Quellentradition die unterdrükkenden und ignoriert die unterdrückten Schichten, präsentiert sie meist glanzvoll die Akteure der Historie, die kleine Despotenmeute derer, die sie machte, und selten oder nie den Buckel derer, die sie ausgetragen. Derart aber wirkte die Historiographie, besonders in den letzten Jahrhunderten, buchstäblich katastrophal.
Erst 1984 zeigte Michael Naumann in seiner Schrift *'Strukturwandel des Heroismus'*, daß man seit dem Absolutismus "politische Macht, gesellschaftliche Institutionen, Geschichte und nationale Identität gleichsam bildhaft im Nationalheros 'zusammengefügt' und verkörpert ", daß auch die Masse die Handlungen solcher "Heroen" als "existentiell repräsentativ" rezipiert hat, als "nachahmenswert", und "daß unter diesen Männern *stets von den Historikern selbst 'Helden' verstanden wurden*".
Heroismus, politischer Heroismus, aber ist immer viel weniger der gute Wille zum Selbstuntergang als der böse zum Untergang des anderen. Und warum Jean Paul Geschichte nicht nur den wahrsten Roman nennt, den er je gelesen, sondern auch den schönsten, wird wohl für immer sein Geheimnis bleiben. Ebenso warum Goethe - "in einem seiner bekanntesten Worte" (Meinecke) - als das Beste, was wir von der Geschichte haben, ausgerechnet den Enthusiasmus preist, den sie erregt. Die Geistesgeschichte vielleicht, die Kunstgeschichte sicher. Aber die Politik? Das garstige Lied?!
Wie auch immer, Thomas Carlyle, "Statthalter Goethes in England", stellte 1840 in dem programmatisch betitelten *'Heroes- and Hero-Worship'* die Weltgeschichte als Geschichte großer Männer dar:
Macht gleich Recht. Und in ihrer überwältigenden Mehrheit sahen und sehen es die Berufshistoriker, die eigentlich Staatshistoriker heißen sollten, gewöhnlich ja auch Staatsbeamte sind, nicht anders, sehen viele jeden dieser "großen" Männer reich begabt zur Sünde wie zum Segen, wie Treitschke, der sächsische Generalssohn, rühmt, nicht ohne die moralisierende Nüchternheit zu rügen, "welche Menschengröße nur als das Gegenteil des Frevels zu begreifen vermag".
Auch ein so verheerender Kopf wie Hegel denkt nicht anders. Kein Wunder bei einem Geist, der sich einerseits fest im Besitz der absoluten Wahrheit wähnt (die seinem eigenen Entwicklungssystem widerstreitet), sich auch für einen gläubigen "lutherischen Christen" und die Weltgeschichte, in seiner Geschichtsphilosophie, für die Verwirklichung der Offenbarung Gottes hält, andererseits als scharfer Verfechter höchst intoleranter Staatsautorität alles Außenseiterische, Abweichende bekämpft, wie gelegentlich den "Wahnsinn der jüdischen Nation", "dieser mit anderen ... unvereinbaren Nation", ebenso aber auch alles Aufbegehrende und Schwache haßt, "brandige Glieder", der "Verwesung nahes Leben"; wobei er kein Vorgehen "mit Lavendelwasser" gutheißt, "keine sanften Gegenversuche", vielmehr immer wieder die Gewalt glorifiziert, "das *gewaltsamste Verfahren"*, und dem Staat selbst empfiehlt, sich "durch die Gewalt" zu rechtfertigen, denn *"dann unterwirft sich ihm der Mensch"*.
Auch der "gemeine Haufe des deutschen Volkes ... müßte durch die *Gewalt* eines *Eroberers* in eine Masse versammelt", müßte "gezwungen werden, sich zu Deutschland gehörig zu betrachten". "So sind alle Staaten gestiftet worden durch die erhabne Gewalt großer Menschen."
Entsprechend ist für Hegel der Friede, gar Kants Idee vom ewigen Frieden, ein Alptraum, "auf die Länge ein Versumpfen der Menschen", ja, "der Tod". Dagegen hat der Krieg "die höhere Bedeutung", daß durch ihn "die sittliche Gesundheit der Völker ... erhalten wird, wie die Bewegung der Winde die See vor der Fäulnis bewahrt". Vom "Militärstand" sagt Hegel klipp und klar, "daß er die Pflicht hat ... sich aufzuopfern".
Doch ist "die Aufopferung" - gern feiner mit "Entäußerung" umschrieben - "für die Individualität des Staates" auch *"allgemeine Pflicht"*, Gehorsam überhaupt, wie schon für Augustin, der Anfang aller Weisheit - tatsächlich, zumal diesbezüglich, oft nur der Anfang des "Heldento-

des". "Die wahre Tapferkeit gebildeter (!) Völker ist das Bereitsein zur Aufopferung im Dienste des Staates." Und da die Staaten sich sogar im Krieg anerkennen, sogar "im Kriege selbst der Krieg als ein Vorübergehensollendes bestimmt ist" und "die Möglichkeit des Friedens erhalten", schließt Hegel auch:
"Die neueren Kriege werden daher menschlich geführt, und die Person ist nicht" - übrigens typisch christlich, geradezu feldpfaffenhaft gedacht - "in Haß, der Person gegenüber." Hätte Hegel die Möglichkeit eines ABC-Krieges schon gekannt, hätte er sich sicher einmal mehr bestätigt gesehen. Alles schickt ja Gott zur rechten Zeit. "Die Menschheit bedurfte des Schießpulvers, und alsbald war es da." Die Menschheit bedurfte des Hegel, und alsbald war er da. Die Menschheit bedurfte menschlicher Kriege, und schon kamen sie.
Es geht nichts über einen unerschrockenen Denker, der denn auch rundheraus von den Akteuren der Geschichte schreibt, was sie getan, wirklich getan haben, sei "ihr Ruhm. Solch einem Heros könne man nichts Schlimmeres nachsagen, als daß er unschuldig gehandelt habe. Es ist die Ehre der großen Charaktere, schuldig zu sein." Bei den "kleinen" ist dies ihre Schmach.
Auf sie wartet, sind sie schuldig, nicht selten sogar, sind sie unschuldig, der Kerker, der Strang, der elektrische Stuhl - auf die großen Verbrecher warten die Elogen der Historiker und Geschichtsphilosophen.
Es ist klar, haben ganze Generationen solche Präzeptoren, werden sie auch von jedem welthistorischen Schandkerl mißbraucht. Stünde es nicht anders um Menschheit und Geschichte, würden diese von der Geschichtsschreibung - und Schule! - ethisch durchleuchtet und geformt? Würden die Verbrechen der Herrschenden nicht gefeiert, sondern verdammt?
Die meisten Historiker aber breiten den Dreck der Vergangenheit aus, als wäre er der Humus für künftige Paradiese. Und gerade die deutsche Geschichtswissenschaft hat die tradierte Form der Geschichte, der Gesellschaft, die überlieferte "Ordnung" - in Wirklichkeit ein soziales Chaos, ein fortgesetzter innerer und äußerer Krieg - gestützt statt zu ihrem Sturz beizutragen.
Gerade die deutsche Geschichtsschreibung war besonders an das nationale Apriori gebunden. Sie geriet im 19. Jahrhundert immer mehr in den Sog der nationalstaatlichen Idee, eines patriotischen Optimismus und Aufstiegsglaubens.
Sie wurde dadurch stärker beeinflußt als die Geschichtswissenschaft anderer Länder, aber sie beeinflußte diese Tendenz auch wieder ihrerseits stark. Dagegen hat sie die Verschränkung politischer und gesellschaftlicher Vorgänge, also die Sozialgeschichte - die hier eine beträchtliche Rolle spielen wird -, zumal mit ihren großen Ansätzen Ende des 19. Jahrhunderts wenig beachtet, fast geächtet, diente selbst für den später zur liberalen Linken wechselnden Friedrich Meinecke noch im Ersten Weltkrieg "unser Staat, unsere Machtpolitik, unser Krieg den höchsten Gütern unserer nationalen Kultur"; vertrat Deutschland "die nationale Idee in ihrer höchsten Form", der Feind "den rohen Nationalismus".
Und noch nach Hitler, als man doch da und dort aufzuwachen begann, tendiert die große Mehrheit der Historiker, auch jenseits unserer (durch Großmachtpolitik stets kleineren) Grenzen, wenn nicht zur falschen Idealisierung, zur Vergötzung des Staates, so doch weiter zu seiner Rechtfertigung, Verteidigung, ist die deutsche Historiographie auch der jüngsten Zeit weniger von sogenannten wissenschaftlichen Gesichtspunkten als von der Projektion gewisser Tagesinteressen in die Vergangenheit bestimmt, von "der deutschen Nachkriegsgeschichte mit ihren deutlich restaurativen Tendenzen" (Groh).
Noch übler aber als das nationalpolitische oder "europäische" Denken - meist nichts als ein größerer, schlimmerer Nationalismus - steckt in den Köpfen, leider nicht nur der Historiker, das machtpolitische, das imperialistische Denken an sich, und es ist ekelhaft, dazu immer wieder, bei kirchlichen wie nichtkirchlichen, sogar antikirchlichen Gelehrten, dieselben Beschönigungen zu lesen.
Ich bringe hierzu nur wenige Hinweise auf Karl "den Großen", einen nahezu allseits in den

Himmel gehobenen Helden, der in sechsundvierzigjähriger Regierung fast unentwegt Krieg, beinah 50 Feldzüge, geführt und in seinem "imperium Christianum" (Alkuin), dem "regnum sanctae ecclesiae" (Libri Carolini) so gut wie alles im Nordosten und Süden, Hunderttausende von Quadratkilometern, zusammengeraubt hat - worauf er 1165 von Paschalis III., Gegenpapst Alexanders III., heiliggesprochen, diese Kanonisation durch Gregor IX. bestätigt und durch spätere Päpste nicht für ungültig erklärt worden ist: noch ich feierte als Kind meinen Namenstag am Tag des heiligen Karl "des Großen".

Die Historiker unterstellen einem solchen Mann natürlich nicht Raubkriege größten Stils, Brand, Mord, Totschlag, grauenhafte Versklavung - wer so formuliert, ist von vornherein unseriös. Echte Forscher, aus Fachkreisen, verfügen über ganz andere Beurteilungskategorien, sprechen bei den schlimmsten Raubzügen und Massenabschlachtungen der Geschichte allenfalls von Expansionen, Ausgriffen, Ausstrahlungen, Schwerpunktverlagerungen, Umlagerungsprozessen, Eingliederungen in den Herrschaftsbereich, Christianisierung und Befriedung von Grenzvölkern.

Wenn Karl "der Große" ringsum alles unterjocht, ausbeutet, abmurkst, dann ist dies "Zentralismus", "Friedensbewahrung in einem Großreich". Rauben und töten die anderen, dann sind dies "Raub- und Plünderungszüge der äußeren Feinde (Sarazenen, Normannen, Slawen, Awaren)" (Kämpf). Wenn Karl, den Sattel voller heiligster Reliquien, brandschatzt und mordet im Weltmaßstab, wenn er zum erhabenen Schöpfer des großfränkischen Reiches wird, dann spricht Katholik Fleckenstein von einer "politischen Integration" und kann auch gleich noch betonen, es sei dies "kein einmaliges Ereignis ... sondern ein Vorgang, der eine Daueraufgabe einschließt". Sehr wahr.

Ist das "Abendland" doch, so Fleckenstein (aber fast alle Historiker schreiben so) "schon bald über die deutsche Ostgrenze hinausgewachsen"; was an einen ganz harmonischen Wachstumsprozeß in der Natur erinnert, im Menschenleben, an die Entfaltung eines Baumes, das Entwachsen aus den Kinderjahren ... Manche Fachleute formulieren sogar freundlicher, unschuldiger noch, scheinheiliger, wie Camill Wampach, weiland Professor an der Universität Bonn: "Das Land lud zur Einwanderung ein, und das anstoßende fränkische Gebiet hatte Bewohner für das freigewordene Neuland abzugeben."

Man kann indes das, worum es ging, deutlicher durchblicken und doch die "Größe" darunter nicht leiden, eher gar größer erscheinen lassen: "Groß war Karl als Eroberer gewesen. Noch Größeres verlangte von ihm die Aufgabe, eine neue Ordnung der Dinge da aufzubauen, wo er seither als Zerstörer erschienen."

Erst erobert man also, zerstört. Dann baut man eine "neue Ordnung" auf. Von dieser "neuen Ordnung" aus zerstört man jenseits der Grenzen weiter, baut entweder, wo man erneut "als Zerstörer erschienen", wieder eine "neue Ordnung" auf oder führt abermals Grenzkriege, wenn man keine "neue Ordnung" aufbauen kann - und wird derart immer größer.

Zitiert wurde aus einer älteren "Geschichte des Bistums Hildesheim" (1899), die einen nicht unbekannten Kleriker zum Verfasser hat, den damaligen Domkapitular Adolf Bertram, einen "nüchternen Niedersachsen" (Volk S. J.). Dieser Nüchterne konnte natürlich nicht nur den heiligen Karl feiern, sondern, als Kardinal und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, auch einen weiteren Eroberer und Neuordner im Süden, Westen, Osten, den zwar nicht heiliggesprochenen, doch auch nie exkommunizierten Hitler, bei dessen Annexion Österreichs beispielsweise Primas Bertram nicht versäumte, "Glückwünsche und Dank ... ehrerbietigst auszusprechen und feierliches Glockengeläute am Sonntag anzuordnen".

Versicherte er ja noch am 10. April 1942 "dem hochgebietenden Herrn Führer und Reichskanzler", daß die deutschen Bischöfe beten "um weitere siegreiche Erfolge des brennenden Krieges ..."

Denn Kirchenfürsten stehen, nüchtern oder nicht, wenn irgend möglich, immer bei den Star-

Banditen der Geschichte, wie sich hier fort und fort zeigen wird, weil diese stets (vorerst) die erfolgreichsten sind, und nichts beeindruckt Kirchenfürsten mehr als Erfolg, besonders der Waffenerfolg (post festum werden sie gern Widerstandskämpfer).
So erklärte ein frenetischer Unterstützer des Ersten und Zweiten Weltkriegs wie der Kardinal-Erzbischof von München-Freising, "Widerstandskämpfer" Faulhaber: "Wenn die Welt aus 1.000 Wunden blutet und die Sprachen der Völker verwirrt sind wie in Babylon, dann schlägt die Stunde der katholischen Kirche!"
Bekannte doch schon im 5. Jahrhundert - wo sich auch Augustinus bereits sehr für den Krieg, selbst für Angriffskriege, erwärmte - Kirchenvater Theodoret: "Die geschichtlichen Tatsachen lehren, daß uns der Krieg größeren Nutzen bringt als der Friede."
Aber noch ein so kirchenkritischer und bedeutender Historiker wie Johannes Haller schwärmt - nebenbei: 1935 - von "den Verdiensten des großen Königs" Karl und schreibt lapidar, daß die Unterwerfung der Sachsen für das fränkische Reich "eine gebieterische Forderung der eigenen Sicherheit und daß sie nur mit rücksichtsloser Gewalt durchzuführen, daß also das Recht nicht ausschließlich auf Seiten der Sachsen war. Auch darf man nicht vergessen, daß es sich um die Einverleibung eines Naturvolks in einen geordneten Staat, also um die Ausbreitung des Reiches menschlicher Gesittung handelte ..."
Doch wo Geschichte "mit rücksichtsloser Gewalt" geschieht, vollzieht sich da "die Ausbreitung des Reiches menschlicher Gesittung"? Offensichtlich - und entsprechend geht diese immer weiter, in Europa, Amerika, darüber hinaus, vor allem unter christlichem Vorzeichen: fortgesetzte schreiende Ausbeutung und ein Krieg nach dem anderen - doch keine Übertreibung! -, bis schließlich der Untergang Europas oder gar der Menschheit droht, der Jesuit Hirschmann aufruft, den "Mut, unter Aussicht auf millionenfache Zerstörung menschlichen Lebens in der heutigen Situation das Opfer atomarer Rüstung zu bejahen", der Jesuit Gundlach sogar den Untergang der ganzen Welt in Kauf nimmt:
"Denn wir haben erstens sichere Gewißheit, daß die Welt nicht ewig dauert, und zweitens haben wir nicht die Verantwortung für das Ende der Welt"; natürlich mit Billigung von Papst Pius XII., der selbst den ABC-Krieg gegen "gewissenlose Verbrecher" erlaubte. Und all dies nach "Ausbreitung des Reiches menschlicher Gesittung"!
Also gestehe man, daß es nicht um den Kampf geordneter Staaten gegen Naturvölker ging und hier, seit mindestens 1.000 Jahren, geht, sondern um die rücksichtslose Durchsetzung des Stärkeren gegen das Schwächere, des Korrupteren gegen das - vielleicht! - weniger Korrupte, kurz um das Gesetz des Dschungels. Es hat bis zu diesem Augenblick die Menschheitsgeschichte beherrscht, sobald ein Staat wollte (oder nicht wollte wie ein anderer), gewiß nicht nur in der christlichen Welt.
Denn selbstverständlich wird nicht behauptet, an allem Elend sei bloß das Christentum schuld. Es geht eines Tages vielleicht genauso elend ohne Christentum weiter. Dies wissen wir nicht. Wir wissen nur: mit ihm wird und muß es so weitergehen. Nicht zuletzt deshalb mache ich seine Schuld sichtbar in allen wesentlichen Fällen, auf die ich gestoßen bin, möglichst umfassend zwar, doch nie überzeichnet, nie übertrieben, wie es nur jenen scheinen kann, die von christlicher Geschichte keine Ahnung haben oder die darüber getäuscht worden sind.
Daß es neben aller Gewaltpolitik eine theologische Diskussion gab, daß etwa im Arianischen Streit "die theologische Arbeit weitergegangen", daß "nicht alles kirchliche Leben im Machtkampf der Parteien untergegangen ist" (Schneemelcher), wurde wohl nie geleugnet und gilt für die ganze Geschichte des Christentums.
Doch hält der Verfasser, der von Weihnachten bis Himmelfahrt lauter Plagiate sieht, weder von der theologischen Arbeit etwas noch vom kirchlichen Leben. Im Gegenteil: denn gerade sie dienen - mit dogmatischen Lügen, homiletischem Zuspruch, liturgischen Betäubungen: was die Predigt offenläßt, übertönt die Orgel - dem nackten Kampf um die Macht, der gerade

ihretwegen so erfolgreich geführt werden konnte und noch geführt wird.<<
Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet später (am 12. November 2013) über Karlheinz Deschners Lebenswerk "Kriminalgeschichte des Christentums": >>**Karlheinz Deschner beendet Lebenswerk**
Das Lebenswerk des Karlheinz Deschner: Flutlicht in die Abgründe der Kirchengeschichte
Er ist extrem hart mit den christlichen Kirchen ins Gericht gegangen, bewußt einseitig und nicht immer ganz wissenschaftlich.
Aber es ging Karlheinz Deschner auch nie um Ausgewogenheit, sondern darum, Dinge ans Licht zu holen, die viele Christen lieber im Dunklen gelassen hätten. Nun hat er, soweit es in seiner Macht stand, sein Lebenswerk abgeschlossen.
Karlheinz Deschner - der Name ist unter jüngeren Menschen kaum noch bekannt. Seine Arbeiten haben in den vergangenen zwanzig Jahren nur noch wenig Aufregung hervorgerufen. Das war einmal anders. Früher einmal hat Deschner Begeisterung, Ablehnung oder sogar Zorn ausgelöst. Und für manche Menschen waren seine Bücher fast schon eine Art Offenbarung.
Davon ist heute nicht mehr viel zu spüren. Und das ist tatsächlich eine gute Nachricht. Denn sie hängt indirekt damit zusammen, daß es für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft heute selbstverständlich ist, daß nichteheliche Kinder und Ehen ohne Trauschein keine Schande sind, daß Homosexualität nicht strafbar ist, Vergewaltigung in der Ehe aber schon; und daß heute ungetaufte und konfessionslose Kinder in Schulen einen Ethikunterricht besuchen können, in denen Kruzifixe abgehängt werden, wenn Eltern das fordern.
Deschners Arbeit hat einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung hin zu unserer weitgehend toleranten, liberalen und aufgeklärten Gesellschaft geleistet. Denn der Germanist und Privatgelehrte hat den größten Teil seines Lebens einem fast einsamen Kampf gegen einen mächtigen Gegner gewidmet. Ein Gegner, der diese Entwicklung zu bremsen versucht hat, wo es geht. Ein Gegner, der darüber hinaus den Anspruch hat, die wichtigste moralische Instanz der Welt zu sein.
Gemeint sind die Kirchen - die katholische Kirche genauso wie die evangelische und alle anderen christlichen Kirchen überhaupt. Und was Deschner getan hat, war, genau diesen moralischen Anspruch nicht nur in Frage zu stellen, sondern weitgehend ad absurdum zu führen. Die Kritik, die die Kirche durch Deschner erfahren hat, hat seit den frühen sechziger Jahren die moralische Autorität, mit der Päpste, Kardinäle, Bischöfe und Priester auftreten konnten, untergraben - und zwar schlimmer, als es jeder Mißbrauchsskandal konnte. Denn die Verbrechen von Priestern gegen Kinder konnte die Kirche immer auf die Schwäche einzelner Vertreter ihres Glaubens schieben. Deschner aber legte die Axt an die Wurzeln der Kirche.
Von den Wurzeln bis zu den Auswüchsen
Anders als die meisten Autoren, die in Deutschland nach dem Krieg Bücher über die Kirche veröffentlichten, konzentrierte sich der Ex-Katholik Deschner auf Fragen wie die, wer das "Buch der Bücher" eigentlich tatsächlich verfaßt und wer bei wem abgeschrieben hat. Wer in der jungen, ursprünglich jüdischen Sekte welche Rolle gespielt und die Weichen gestellt hat - und warum. Welche Aspekte der christlichen Religion aus anderen Glaubensvorstellungen der Antike übernommen wurden.
Und er ging der Frage nach, wie es den Kirchenvätern und -führern gelungen war, über die Jahrhunderte den Eindruck eines über alle Zweifel erhabenen, einheitlichen Gebildes zu vermitteln - trotz aller Konflikte zwischen den Strömungen innerhalb der Kirche, trotz aller Widersprüche im Glauben und bei der Interpretation der Heiligen Schriften bei den Gläubigen und trotz der Spaltungen und Abspaltungen von Konfessionen. Und so stellte er den Anspruch der Kirche in Frage, ihre Legitimation und Lehren direkt auf einen Gott zurückzuführen.
Mit diesem Ziel tat Deschner nicht mehr und nicht weniger, als mit ungeheurem Fleiß Infor-

mationen über die Entstehung der Bibel und die Geschichte der Christenheit zu sammeln und in populärwissenschaftlichen Büchern lesbar zusammenzufassen - Informationen, die von etlichen Theologen und Historikern aus den vergangenen Jahrhunderten stammen.
1962 veröffentlichte Deschner sein erstes kirchenkritisches Werk "Und abermals krähte der Hahn". "25.000 Arbeitsstunden in fünf Jahren" hatte er seinem späteren Lektor bei Rowohlt, Hermann Gieselbusch, zufolge für das 700-Seiten-Buch investiert. Der Verlag Paul List, bei dem Deschner unter Vertrag stand, kündigte denselben aus Angst um den Absatz seiner Schulbücher in Bayern. Das Buch erschien dann in einem anderen Verlag, gefolgt von weiteren kritischen Werken.
Die Kirchen und die meisten großen Medien wie die *Zeit* oder die *Süddeutsche Zeitung* ignorierten das Werk anfänglich. Andere wie *Welt* und *Spiegel* brachten Verrisse. Besonders häufig wurde Deschner einseitiges und unwissenschaftliches Arbeiten vorgeworfen. So hieß es 1963 im *Spiegel*, Deschner hätte "auch obskure Quellen zitiert, solange sie nur ausreichend antiklerikal klingen".
1971 mußte Deschner wegen Kirchenbeschimpfung in Nürnberg vor Gericht - es kam zum Vergleich, das Verfahren wurde eingestellt. Deschner wurde nicht verurteilt - und auch nicht demotiviert. Vielmehr beschloß er, ein Buch allein über die Verbrechen, die von Kirchenvertretern oder im Namen der Kirche verübt wurden, zu schreiben.
"Ich möchte das Werk zu einer der größten Anklagen machen, die je ein Mensch gegen die Geschichte des Menschen erhoben hat", beschrieb er im Exposé für *Rowohlt* seinen Anspruch. Es wurden anstelle des einen, eher kurzen Buches, das ursprünglich geplant war, insgesamt fast 5.900 Seiten und etwa 100.000 Quellenangaben, verteilt auf zehn Bände, von denen der erste 1986 veröffentlicht wurde: Die "Kriminalgeschichte des Christentums".
Im Frühjahr 2013 ist der zehnte Band erschienen, er gilt offiziell als Abschluß des "längsten Krimis der Welt", wie Hermann Gieselbusch es formulierte. Und schon lange sind Deschners Kritiker nur noch leise zu hören. Denn seine Quellen - auch wenn es sich häufig "nur" um Sekundärquellen handelt und manches durchaus auch angezweifelt werden darf, sind zum großen Teil doch zu solide, die Belege zu zahlreich und meist zu gut, um ihn nicht ernst nehmen zu müssen.

Der Unrat in der Heilsgeschichte

Auch etliche Theologen und Historiker waren und sind beeindruckt von Deschners Akribie. Und warum eigentlich, fragte unlängst der katholische Theologe Bernhard Lang in der *FAZ*, gilt es in akademischen Kreisen als unfein, Deschners Namen zu nennen? Deschner wende sich schließlich nicht "an Historiker, sondern an Leser, denen die Geschichte des Christentums als eine von Unrat freie Heilsgeschichte vermittelt worden ist".
Selbst wenn also der Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit nicht ganz unberechtigt sein mag: Deschner richtete ein Flutlicht in die finstersten Abgründe der Geschichte der Christenheit - in jene Abgründe, um die die Gläubigen und Religionsführer lieber einen großen Bogen schlagen.
Genau deshalb geht auch der Vorwurf der Einseitigkeit ins Leere. Deschner hat Verbrechen und Lügen, die im Namen der christlichen Religion verübt wurden, zusammengetragen, über die sonst weitgehend geschwiegen wurde. "Wer andere Seiten sehen will, lese andere Bücher", prochristliche Literatur gebe es wie Sand am Meer, schrieb Deschner selbst bereits in der Einleitung zur "Kriminalgeschichte".
Und so sammelt er, was es zu finden gab, nicht nur über Bekanntes wie die Aufrufe zu den Kreuzzügen, die Inquisition und Hexenverbrennungen oder die Rolle der Kirche beim Massenmord an den indigenen Völkern Süd- und Mittelamerikas. Man erfährt auch vieles, was der Allgemeinheit zuvor kaum bekannt oder bewußt war.
Deschner erinnerte an die Ermordung angeblicher Ketzer, an die Pogrome an den Juden in

Europa und an die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen zwei oder sogar drei (Gegen-)Päpsten im 14. und 15. Jahrhundert.
Er erinnerte an die Angriffe der christlichen Deutschordensritter auf die eigentlich schon christianisierten Slawen in Mittel- und Osteuropa und an die Weigerung des Vatikans, den Westfälischen Frieden anzuerkennen, der den Dreißigjährigen Krieg beendete. An die blutige Verfolgungen derjenigen ohne den rechten Glauben, die etwa unter Prinz Eugen von Savoyen - dem "Bewahrer der Christenheit" - stattfanden. Oder an die Seite Martin Luthers, an die Protestanten nicht so gern denken: Seine Aufrufe zum Niederbrennen von jüdischen Synagogen und zum Kampf gegen die aufständischen Bauern.
Doch mit dem zehnten Band der Reihe konnte Deschner die Kriminalgeschichte nicht wirklich abschließen. Das Buch handelt vom 18. Jahrhundert und liefert einen "Ausblick auf die Folgezeit". Mehr Bücher zur Kirche wird es von Deschner nicht geben. Der 89-Jährige kann sich die weitere anstrengende Arbeit nicht mehr zumuten, genau wie sein zeitweilig größter Gegner, Kardinal Josef Ratzinger, der als Papst Benedikt XVI. zurückgetreten ist. Es gibt also eine große Lücke zwischen dem zehnten Band der "Kriminalgeschichte" und der Gegenwart.
Aber: Diese Lücke läßt sich mit einem Buch schließen, das ebenfalls von Deschner stammt: "Die Politik der Päpste".
Ursprünglich war das Werk bereits 1982/83 in zwei Bänden erschienen als: "Ein Jahrhundert Heilsgeschichte. Die Politik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege".
Nun steht es in einer aktualisierten Fassung zur Verfügung. Es ist gewissermaßen der inoffizielle elfte Band der "Kriminalgeschichte des Christentums". Hier stellt Deschner ausführlich die Versuche der Päpste Pius XI. und Pius XII. dar, so mit dem Faschismus in Europa umzugehen, daß die katholische Kirche möglichst wenig Schäden davontrug.
So wurden die Diktatoren Hitler, Mussolini und Franco lange Zeit wo nicht gar hofiert, so doch immer wieder mit Wohlwollen bedacht und kaum kritisiert. Immerhin wurde der Faschismus vom Vatikan als Bollwerk gegen den atheistischen Kommunismus betrachtet und von vielen Kirchenvertretern ganz klar begrüßt - obwohl in Deutschland schließlich etliche Priester Opfer der Nazis wurden.
Bis zu Johannes Paul II. hat Deschner seine Kritik noch zusammengetragen. Dann aber war Schluß. Zum neuen Papst Franziskus immerhin konnte er noch einen Kommentar abgeben: "Gewiß wird jeder Papst seine Rolle etwas anders spielen, aber jeder Papst spielt dieselbe Rolle - und einstweilen spielt die Welt auch noch mit."

Die jüngste Entwicklung beschreibt ein anderer

Beachtenswert ist das Buch nicht nur, weil es Deschners Lebenswerk abschließt. Da Deschner nicht mehr in der Lage war, selbst noch die Politik der Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI. abschließend darzustellen, hat er Michael Schmidt-Salomon gebeten, dies zu tun. Der Philosoph und ebenfalls bekannte Kirchenkritiker hat dem Vorbild Deschners folgend deren Politik äußerst kritisch unter die Lupe genommen. Im Nachwort des Buches geht Schmidt-Salomon vor allem auf ihre Strategie ein, den jüngeren Entwicklungen in den modernen Gesellschaften in ihrem Sinne zu begegnen.
So hat er etwa die Bemühungen Ratzingers untersucht, auf die Erkenntnisse der Wissenschaft zur Evolution und Entstehung des Menschen zu reagieren. Solche Analysen, nach denen man in der Literatur und den Medien sonst sehr mühsam suchen muß, führen ihn zu dem Schluß: "Wenn er gekonnt hätte, wie er wollte, hätte der deutsche Papst das Rad der Geschichte so weit zurückgedreht, daß von den Errungenschaften der Moderne nur noch wenig übrig geblieben wäre."
Schmidt-Salomons Nachwort führt Deschners Werk zwar inhaltlich zum endgültigen Abschluß. Aber er hat darauf verzichtet, sich auch an Deschners Sprache zu orientieren. Das ist gut so. Denn die Ausdruckskraft Deschners ist dort, wo er kommentiert, eine ganz eigene Sa-

che.
"Wo sonst gibt es diese atemverschlagende Mischung von Wolfsgeheul und Friedensschalmei, Weihnachtsbotschaft und Scheiterhaufen, von Heiligenlegende und Henkersgeschichte! Wo sonst dies allumfassende Liebespalaver und den praktisch alles verschlingenden Haß! Wo sonst eine Religion, die aus Liebe tötet, aus Liebe foltert, aus Liebe raubt, erpreßt, entehrt, verteufelt und verdammt!", faßte er die Kirchengeschichte im zehnten Band der "Kriminalgeschichte" zusammen. "Ja, es muß ein eigentümliches Vergnügen sein, von Jahrhundert zu Jahrhundert im Blut der Menschen zu schwimmen und Halleluja zu rufen! Es muß ein eigentümliches Vergnügen sein, fast zwei Jahrtausende hindurch zu lügen, zu fälschen und zu täuschen."
Bei aller Kritik, die sich an Deschner üben läßt: Seine Bücher sind für alle, die sich für die Kirche interessieren, für Gläubige genauso wie für Atheisten, ein wichtiges Hilfsmittel, um sich ein Bild zu machen. Man muß Deschner und Schmidt-Salomon nicht in allem folgen, man kann ihnen sogar einmal mehr Einseitigkeit vorwerfen. Aber wo die Fakten für sich sprechen, sollten sie zur Kenntnis genommen werden.
Karlheinz Deschner: Die Politik der Päpste - Vom Niedergang kurialer Macht im 19. Jahrhundert bis zu ihrem Wiedererstarken im Zeitalter der Weltkriege. Alibri Verlag. Mit einem Nachwort von Michael Schmidt-Salomon. 1.231 Seiten …
Karlheinz Deschner: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 10. Rowohlt. 320 Seiten …<<
05.01.1989
UdSSR: In der Zeitung "Moskauer Nachrichten" berichtet ein sowjetischer Wissenschaftler am 5. Januar 1989 über die Entdeckung von Massengräbern im Gebiet bei Minsk (x075/91): >>Nicht weit von Minsk entfernt taucht jener furchtbare Ort auf – ungefähr 10-15 ha groß -, der seit jeher Brod oder Kuropaty heißt. Ein Ort der Massenhinrichtungen, ein Schlachthof, der von 1937 bis zum Beginn des Krieges 1941 in Betrieb war. ... Es gab noch weitere Schlachthöfe dieser Art im Umkreis der großen belorussischen Städte. Aufgrund von Augenzeugenberichten konnten allein in Minsk und Umgebung 5 Orte ausgemacht werden, die zu Stalins Zeiten zur Vernichtung von Männern und Frauen dienten. ...
Die Hinrichtungen fanden täglich nach dem Mittagessen, am Abend und die ganze Nacht hindurch statt. Die Todeskandidaten wurden in Planwagen transportiert, gruppenweise erschossen und dann in tiefe Gräben geworfen. Die Mörder trugen die Uniformen des NKWD. Nach der Hinrichtung einer Gruppe wurden die Leichen mit ein wenig Erde bedeckt, dann kam die nächste Gruppe an die Reihe, bis die Grube randvoll war. ...
Geht man von 200 Leichen je Grab aus und multipliziert diese Zahl mit den 510 gegenwärtig bekannten Grabstätten, dann kommt man auf 102.000 Menschen. Die tatsächliche Anzahl der Opfer muß aber weit darüber liegen. ...<<
13.01.1989
BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 13. Januar 1989 über den neuen "Bundesadler": >>... Ein scharfer Senkrechtstarter, ein tollkühner Tiefflieger ist dieser Vogel nicht. ... Dieser kleine dicke Adler – schon (eine) flüchtigste anatomische Expertise würde völlige Flugunfähigkeit bescheinigen –, dieser rheinische Spätling der uralten Reichsadlersippe kann, so wird wohl mancher heimlich denken, doch unmöglich deutsche Weltgeltung verkörpern, das Land mächtigster Großkonzerne, das Land Helmut Kohls und Hans-Dietrich Genschers, das Land Steffi Grafs und Ute Lempers!
Und muß den Parlamentarier, der doch stets vor Augen haben sollte, im Interesse welch gewaltiger Nation er da seine Stimme erhebt und abgibt, muß ihn ob des Anblicks dieses so durch und durch unheraldischen Tieres nicht tiefer Unmut, stille Mutlosigkeit ergreifen? ...
So ein Staatstier brauchen wir, so ein kleines dickes. So eine Kreuzung aus Habicht und Trut-

hahn ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über den neuen "Bundesadler" (x268/227): >>Über den großen Bundesadler im Plenarsaal des Parlaments spottete man schon in Bonn. Von einer fetten Henne sprachen Politiker, und Ornithologen zweifelten, ob der fast runde Vogel überhaupt flugfähig sei. Aber genau dieses Monstrum sollte nach dem Willen des Bundestagspräsidenten in leicht vergrößerter Kopie auch den Reichstag schmükken.
Wörtlich lobte Thierse, das Objekt wirke "jedenfalls so unaggressiv und friedlich, wie ein Adler nur sein kann". Er sei damit ein Symbol für den politischen Konsens der Bundesrepublik. Während viele Länder dieser Welt den Adler im Wappen führen, weil er Stolz und Würde verkörpert, begnügt sich Berlin mit einer Karikatur, die das genaue Gegenteil ausdrückt. ...<<

20.01.1989

USA: George Bush (Parteimitglied der "Republikaner") wird am 20. Januar 1989 als 41. Präsident der USA vereidigt.

07.03.1989

Frankreich: Im "Le Monde" erscheint am 7. März 1989 ein Zitat aus der "Prawda" (x075/-230): >>Ja, das schmerzt, ja, das macht Angst. ... Aber keiner entrinnt seiner Geschichte. ... Im Januar dieses Jahres ist in der Nähe von Turotschak auf einer Baustelle ein "wilder Friedhof" entdeckt worden: Schädel mit einem kleinen Loch darin.
Unschuldige Opfer klopfen heute an unsere Tür und fordern Einlaß, fordern Gehör. ... Werden wir uns feige abwenden? ...
Alles im Leben muß beglichen werden, und die Geschichte legt uns Jahrzehnte später noch die Rechnung vor - nicht nur denjenigen, die gefoltert und hart gestraft, die denunziert und sich erniedrigt haben, sondern auch denjenigen, die friedlich vor sich hin gelebt haben. ...<<

April 1989

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet im April 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 - 1989 über die schicksalhafte "Neuner-Reihe" in der deutschen Geschichte (x853/...): >>**Ein Blick auf die Jahre 1919 -1929 - 1939 – 1949**
... Es hat den Anschein, als gebe es in der Geschichte bestimmte schicksalhafte Daten-Reihen die mehr als nur zufällig sind.
So stellt man in der deutsch-böhmischen Geschichte eine "Achter-Reihe" fest, die 1848 beim Prager Slawenkongreß beginnt, über das Jahr 1918 zur Gründung der Tschechoslowakei führt, sich ins Jahr 1938 mit dem Münchener Abkommen fortsetzt, 1948 die kommunistische Machtübernahme in Prag markiert und schließlich 1968 im "Prager Frühling" endet.
In der jüngeren deutschen Geschichte fallen dagegen die Jahre mit dem Neuner am Ende auf. Da gründeten sich die im Ersten Weltkrieg besiegten Deutschen im Jahre 1919 ihren ersten republikanisch-demokratischen Staat und bekamen am 28. Juni des gleichen Jahres den ebenso unbilligen wie folgenreichen Versailler Friedensvertrag auferlegt.
Er quälte die - gewiß am Ersten Weltkrieg nicht ganz unschuldigen - Deutschen mit der schier unerträglichen Zuweisung der Alleinschuld und drückte sie mit Wiedergutmachungsforderungen so nieder, daß sie im Jahre 1923 um den Wert ihres Geldes und alle Sparguthaben kamen. Mit der Folge, daß eine Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft nur mit Hilfe amerikanischer Leihgelder möglich war. So nahm die deutsche Wirtschaft US-Dollars als Kredite an und bescherte sich für einige Jahre einen "Wohlstand auf Pump".
Als dann die amerikanische Wirtschaft im Sommer 1929 in akute Absatzschwierigkeiten kam und mit dem New Yorker Börsensturz im Oktober 1929 die tiefe Krise aller Welt offenbar wurde, gerieten auch die bei den Amerikanern verschuldeten Deutschen in den Wirtschaftssturz und erlebten in den nachfolgenden vier Jahren eine bisher noch nie dagewesene Massenarbeitslosigkeit mit 6 bis 7 Millionen Beschäftigungslosen.

So läutete das Jahr 1929 als Fernfolge des zehn Jahre zuvor auferlegten Versailler Friedensvertrags das Ende der Weimarer Republik ein und begünstigte den Aufstieg Adolf Hitlers. Theodor Heuß, der nachmalige erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, stellte daher mit Recht fest, daß "die Väter des 'Dritten Reiches' teilidentisch mit den Vätern des Versailler Vertrages sind". Ein Geschichtsdeuter von hohen Graden - und 1932 ein politischer Prophet dazu. Er schrieb nämlich damals nach (der) Lektüre von Hitlers Buch "Mein Kampf":
"Wenn dieser Mann an die Macht kommen und dann auch sein Programm verwirklichen sollte, wird in spätestens 6 bis 8 Jahren der neue große Krieg da sein".
1939 bewahrheitete sich Theodor Heuß' Prognose, als am 1. September mit dem deutschen Einmarsch in Polen der Zweite Weltkrieg begann und in seinem Verlauf das politische Ordnungsgefüge Europas und der Welt in einem noch nie dagewesenen Ausmaß erschütterte. Viele Millionen Menschen fanden an und zwischen den Fronten, in Lagern und bombardierten Städten, auf der Flucht und bei der Vertreibung den Tod. Deutschland wurde völlig besiegt, Europa um seine bisherige Weltgeltung gebracht und die Ideologie des Marxismus auf über anderthalb Milliarden Menschen verbreitet.
1949 wurde den Deutschen in Ost und West endgültig bewußt, daß die Einheit ihres Staates für unabsehbare Zeit zerbrochen war, als die Siegermächte einen west- und einen ostdeutschen Staat aus der Taufe heben ließen. Dabei traf die Westdeutschen das ungleich glücklichere Los in diesem nationalen Unglück, wurde ihre Bundesrepublik doch unter dem Zeichen der Freiheit und der Demokratie begründet und erlebte alsbald einen wirtschaftlichen Aufschwung sondergleichen.
Die Väter des westdeutschen Grundgesetzes hatten sich zwar im Parlamentarischen Rat in so manche politische Vorgabe der drei westlichen Besatzungsmächte zu fügen, auch wenn der Text der bundesrepublikanischen Verfassung an keiner Stelle diese Siegeraufsicht erkennen läßt, sie waren aber frei in der Auswahl zeitgeschichtlicher Daten.
So verabschiedeten sie mit voller Absicht am 8. Mai 1949 das Grundgesetz, weil sie mit diesem Datum den 8. Mai 1945, den Tag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, "überlagern" wollten, wie ein Zeitzeuge damals zutreffend feststellte. Im Jahre 1949 waren sich nämlich die Deutschen in überwältigender Mehrheit einig, was der 8. Mai 1945 für Deutschland bedeutete: die erfolgreiche Eroberung eines feindlichen Landes, wie es die Sieger im Mai 1945 selbst formulierten.
Rotarmisten, "GIs" und "Tommies" kamen nicht als Befreier, sondern als Besatzer eines besiegten Landes, denen es im Westen sogar am Anfang verboten war, mit den Deutschen zu "fraternisieren". Ein Verbot, das angesichts der vorgefundenen KZ-Greuel freilich zunächst verständlich war.
Wie soeben freigegebene Geheimdokumente der US-Regierung über vertrauliche Gespräche der drei Westmächte mit Stalin und Molotow im August 1948 ausweisen, wäre die Sowjetunion noch vor der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten im Jahre 1949 bereit gewesen, an einem einheitlichen Deutschland festzuhalten und auch die gerade im Juni 1948 verhängte Berlin-Blockade (Stalin nannte sie "Transportbeschränkungen zwischen Berlin und den Westzonen") aufzuheben, wenn die drei Westmächte ihre Londoner Beschlüsse vom Frühjahr 1948 über die Errichtung eines westdeutschen Staates und die in ihrem Gefolge in den Westsektoren von Berlin eingeführte "Deutsch-Mark-West" (Stalin bezeichnete sie als "Mark B in Westberlin") rückgängig gemacht und in ganz Berlin die "Deutsch-Mark-Ost" zugelassen hätten.
Denselben zeitgeschichtlichen Quellen zufolge fürchtete man aber in London und in Washington, daß bei einer Aussetzung der Londoner Beschlüsse die Franzosen nicht mehr so ohne weiteres für eine erneute Zustimmung zur Errichtung eines westdeutschen Staates zu gewinnen sein könnten, falls die Sowjets dann doch von ihren Angeboten abrücken oder unannehm-

bare Forderungen an die Westmächte stellen sollten.
So blieben die tagelang geführten Gespräche in Moskau letztlich ergebnislos und verhinderten nicht, daß das Jahr 1949 zu einer weiteren wichtigen Zäsur in der deutschen Geschichte wurde: zur vierten folgenreichen Station in der "Neuner-Reihe" der jüngeren deutschen Geschichte.
Während die nachfolgenden "Neuner-Jahre" allenfalls für die westdeutsche Innenpolitik (1959 Wirbel um die Bundespräsidentenwahl, 1969 "Machtwechsel" in Bonn) einen gewissen Stellenwert haben, steht noch offen, ob 1989 - außer den Feiern zum 40jährigen Staatsjubiläum - noch ein geschichtsmächtiges Datum bringt - etwa einen sowjetischen Vorschlag zur Wiedervereinigung Deutschlands?<<
Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtet im April 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1989 (x853/...): >>**Der Aufstand der Hölle**
Aufklärung und Französische Revolution - 1789-1989
Am 14. Juli 1789 fand der Sturm auf die Bastille statt, der die Französische Revolution einleitete. Lange Zeit war die Haltung der katholischen Kirche zu den Ereignissen von 1789 bis 1794 eindeutig ablehnend und das mit Recht!
Das Grauen begann schon mit dem Sturm auf die Bastille selbst. Ihr Kommandeur de Launay verhandelte mit dem Pöbel und vereinbarte freien Abzug für die kleine Besatzung, die aus Invaliden und Schweizer Söldnern bestand, aber das Gesindel ermordete sie auf die übelste Weise und vor allem wurden die Invaliden geradezu in Stücke gerissen! Im Unterschied zu den Verbrechen der Kommunisten und Nationalsozialisten, die im allgemeinen hinter Lagermauern stattfanden, wurden die Folterungen und Morde der "Großen Revolution" großenteils als Volksfeste begangen.
Aber nicht nur das; die Guillotinierungen entwickelten sich zu "raffiniert sadistischen Veranstaltungen, bei denen man (um ein Beispiel anzuführen) einem unter dem Fallbeil gefesselten Adeligen langatmig und ironisch die Siege der republikanischen Armee in allen Einzelheiten vorlas, damit er sie im Jenseits seinen Ahnen mitteilen konnte ...
Städte wie Lyon, Toulon und Bordeaux, die sich, von Girondisten geführt, gegen die Jakobiner erhoben, wurden zum Teil dem Erdboden gleichgemacht und die Einwohner dezimiert. Das Guillotinieren ging zu langsam vor sich, so ertränkte man die einen und richtete die anderen durch Schrotbüchsen hin, um sich an ihrem langsamen Ausbluten zu weiden".
Bei der Erstürmung der Tuilerien wurden die Schweizer Garden, die ihrem Eide getreu bis zum letzten Manne kämpften, verstümmelt und zerstückelt: ein Küchenjunge, der sich an der Verteidigung beteiligte, wurde in Butter gewickelt und lebendig verbrannt. Besonders in zwei Punkten ist die Französische Revolution Vorbild der diabolischen totalitären Diktaturen der Neuzeit und Gegenwart geworden.
Zunächst gab es in ihr den ersten großen Völkermord der neueren Geschichte. Als sich die katholischen Bauern der Vendée aus Treue zu ihrem angestammten Glauben gegen das Schreckensregiment in Paris erhoben, wurden nahezu 120.000 Einwohner dieses idyllischen Landstriches ermordet, "Nonnen wurden geschändet, junge Mädchen bei lebendigem Leib in Stücke gerissen, Kinder wurden reihenweise in Sümpfen und Teichen ersäuft, schwangere Frauen lebendig in Weinkeltern zu Tode gepreßt, die Bewohner ganzer Dörfer durch vergiftetes Trinkwasser umgebracht". Der Konvent in Paris erließ am 1. August 1793 ein Dekret, nach dem das Kriegsministerium Brandmittel jeder Art übersenden solle, um die Wälder, die Felder und das ganze Land in Brand zu setzen. Besonders Frauen und Kinder, der "gebärende Schoß" und die "künftigen Verbrecher" müßten mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden!
Zweitens leitete die Französische Revolution jene gigantischen Kirchenverfolgungen der Neuzeit und Gegenwart ein, denen gegenüber die römischen Christenverfolgungen gänzlich

verblassen. Nahezu 40.000 Geistliche und Ordensleute, zwei Drittel des französischen Klerus, wurden verbannt, deportiert oder guillotiniert. "Auch für das Schicksal von König Ludwig XVI. war es entscheidend, daß er sich weigerte, die Kommunion von einem abtrünnigen Priester zu empfangen".
- Trotz alledem wird heute immer wieder von progressiver katholischer Seite gefordert, wir müßten den Aufbruch von 1789 und die Parolen der Französischen Revolution in unser katholisches Denken und Empfinden integrieren. Der Beifall, der dieser Forderung heute schon weithin gezollt wird, zeigt, wohin wir in der Kirche schon gekommen sind!
Noch vor nicht allzu langer Zeit wäre jeder, der sich in dieser Weise in einem katholischen Gremium welcher Art auch immer für die Französische Revolution stark gemacht hätte, an die frische Luft gesetzt worden mit dem Hinweis, er habe sich in der Adresse geirrt!
Progressive Kreise pflegen demgegenüber darauf zu verweisen, daß die Französische Revolution auf der einen Seite der begrüßenswerte Höhepunkt der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und ihres "legitimen" Strebens nach geistiger Mündigkeit und Emanzipation gewesen sei, daß ihr "realer" Verlauf jedoch auf der anderen Seite ein Betriebsunfall gegenüber der ursprünglich so großen Idee gewesen sei.
- Wir sehen hier davon ab, daß solche Betriebsunfälle offensichtlich für die Revolutionen der Neuzeit nicht untypisch sind: ob es sich nun um das sadistische Abschlachten von Priestern in Mexiko, im spanischen Bürgerkrieg oder um die Oktoberrevolution handelt! Wesentlicher aber ist, daß sich der zynische Totalitarismus der Jakobiner nicht gegen die Ideen der Aufklärung entwickelt hat, sondern mit Notwendigkeit aus ihnen sich ergibt.

Die Göttin der Vernunft

Um das freilich zu realisieren, muß man die Aufklärung ohne jene rosarote Brille sehen, die unsere progressiven Theologen regelmäßig aufsetzen, wenn es um sogenannte "Befreiungsbewegungen" geht! Man muß sie so nüchtern sehen wie etwa die "Frankfurter Schule" dies getan hat, deren Häupter Horkheimer und Adorno - gewiß unverdächtige Zeugen! - sich nicht genug darüber wundern konnten, daß man neuerdings in der katholischen Kirche mit der hier üblichen Zeitverzögerung sein Herz für die Aufklärung und die Französische Revolution entdeckt habe.
Im Sinne von Horkheimers und Adornos zweifellos zutreffender Interpretation wäre zu sagen, daß die Französische Revolution gerade deshalb diesen schrecklichen Verlauf genommen hat, weil sie die genaue unkritische Übernahme der Abstraktionen und ideologischen Konstrukte der Aufklärung gewesen ist! Und es sind vor allem drei solcher Abstraktionen gewesen, die als ein einheitliches Ganzes den sozialistischen Messianismus der Jakobiner geformt haben:
- der Glaube an die Allmacht der Vernunft,
- der Glaube an die Macht und Durchsetzbarkeit der Tugend oder den neuen tugendhaften Menschen als Voraussetzung allen Fortschritts, und last not least
- der deistische Glaube an das höchste Wesen, das gerade in seiner absoluten Macht- und Kraftlosigkeit dazu herhalten muß, die revolutionären Utopien zu sanktionieren!
Natürlich klingt es schön und verheißungsvoll, wenn die Aufklärung dazu aufruft, daß die Menschen endlich vernünftig werden und damit auch die Jakobiner dazu animiert, Dirnen zu Göttinnen der Vernunft zu erheben, auf die Altäre zu setzen und in gotteslästerlicher Weise von den "Citoyens" (Bürgern) verehren zu lassen!
Aber die Frage ist doch:
was bedeutet hier eigentlich "Vernunft"? Es ist nicht mehr die Vernunft, deren Begriff vom "Vernehmen" kommt: die Erkenntniskraft, die sich staunend für die Fülle der Wirklichkeit öffnet, um den Versuch zu machen, im Wege der Einsicht ein wenig von ihrer Wesenstiefe zu begreifen, sondern die rationale Vernunft, die nur noch das akzeptiert, was ihr von vorneherein oder "a priori" einleuchtend ist, die sich also selbst im Sinne des Hegelwortes: "alles

Wirkliche ist vernünftig und alles Vernünftige ist wirklich" zum Maßstab aller Dinge aufwirft und daher die "Mysterien des Christentums" a priori unmutig ablehnt!
Es ist die Vernunft als Herrschaftsinstrument, für die der Begriff nicht mehr das Wesensbild der Dinge ist, sondern vielmehr das Konstruktionsmuster, das ihnen angetan wird und die immer schon auf dem Sprung bleibt, die Welt solange zu organisieren, zu rationalisieren, zu reglementieren, bis von daher schon kein unbegriffener Rest mehr bleibt.
Wie der Rationalismus des 17. Jahrhunderts so war auch die Aufklärung noch wie geblendet vom Siegeszug der neuen mathematischen Naturwissenschaften, wobei gerade bei ihr die Begeisterung über die neuen technischen Möglichkeiten hinzukommt, die sich hier eröffnen! Nur diese Begeisterung kann den ungeheuren Erfolg der von Diderot und d'Alembert herausgegebenen französischen Enzyklopädie erklären, die zur Speerspitze der Aufklärung wurde und ebenso durch ihre Ausfälle gegen Rom, die Scholastik und die Kirche wie durch die Sorgfalt faszinierte, mit der hier zum ersten Male für ein großes und interessiertes Publikum die Wirkungsweise von Maschinen erklärt und auf großen Schautafeln illustriert wurde.
In diesem Sinne dürfte auch der "kritische" Impuls gegen die angestammten Überlieferungen, der die Aufklärer und die Jakobiner beseelt, vor allem dem Affekt gegen alles organisch Gewachsene und nicht restlos Durchschaubare entspringen und damit der geheimen Sehnsucht, alles ganz von neuem nach eigenen rationalen, synthetischen Maßstäben zu ordnen!
- Selbst die alte Zeitrechnung wird nun dem neuen republikanischen Kalender geopfert. Dabei ist der Rationalismus des neuen Kalenders nicht darin zu suchen, daß er sich so trocken lesen würde wie ein Computerprogramm, sondern eben genau in diesem seinem synthetischen Charakter: dem Versuch, auf dem Verwaltungswege ein ganz neues Zeit- und Lebensgefühl durchzusetzen und natürlich vor allem den christlichen Sonntag abzuschaffen. Sinnigerweise orientieren sich die Monatsnamen nun an Klima, Wetter und Jahreszeiten:
Vendemaire, Brumaire usw. oder "Herbsterich, Dunsterich, Frosterich, Früchtegieberisch", wie man im revolutionär gestimmten Nachbarland übersetzte: kein Wunder, daß die artifizielle Poesie ihre guillotinierten Erfinder nicht überlebte!
Synthetischer Tribut an die neue bläßliche Göttin der Vernunft sind auch die Feste und Feiern, die nunmehr von Amts wegen - auch darin wegweisend für die kommenden totalitären Diktaturen - mitsamt der zum Ablauf notwendigen Folklore organisiert werden. Motive des klassischen Altertums, des katholischen Kultes und des protestantischen Gottesdienstes werden nunmehr ohne jede Rücksicht auf die grundstürzend verschiedenen Welten, denen sie entstammen, in eine Synthese zusammengezwungen, die an ein Schwarzwaldhaus mit dorischen Säulen gemahnen könnte! Aus der Antike stammt die Tendenz, abstrakte Ideen wie z.B. die Tugenden zu personifizieren.
Beim Tedeum der Vernunft wird ein als Göttin der Vernunft verkleidetes Weib liturgisch in Notre Dame verehrt, wobei diese kitschige Symbolik immerhin das tiefste Wollen der Jakobiner zum Ausdruck brachte. Wie Brinton berichtet, "sangen die Jakobiner Choräle, lasen sich in Rede und Gegenrede Stellen aus ihren heiligen Schriften, aus den Werken Rousseaus oder der Verfassung vor". Bei den Feiern der Jahre 1792 bis 1794 "ist auch das Spontane vorbedacht. Es herrscht präzise Pünktlichkeit der Bewegungen und Gefühle. Selbst die Äußerungen der Begeisterung und Ekstase folgen einem minuziösen Protokoll".

Der Schrecken der Tugend

Und damit sind wir auch schon bei dem zweiten wichtigen Glaubensartikel der Jakobiner, dem Kult der Tugend, der der entscheidende Grund dafür ist, daß die Revolution so rasch in den Terror als ihr eigentliches Ziel einmünden konnte. Auch dieser Kult läßt sich nur vom rationalistischen Vernunftbegriff der Epoche her begreifen!
Denn die Herrschaft der Vernunft, die es jetzt gegen die angeblichen "Obskuranten" durchzusetzen gilt, bedeutet auch immer schon die Herrschaft des Allgemeinbegriffes gegen das Kon-

krete, Einzelne, Besondere, das ich als solches nur unmittelbar erfahren und anschauen, nicht aber in einem abstrakten Begriff fixieren kann, der als solcher nur auf das Typische, Allgemeingültige, Regelhafte geht. Nichts gegen Allgemeinbegriffe, solange die Vernunft als ein kontemplatives Vermögen betrachtet wird, wie das in der abendländischen Philosophie der Fall war, in der der Begriff als Bild und Ausdruck des immergleichen Wesens fungiert, das die Dinge einer Art oder Gattung miteinander verbindet!
Doch im Zuge der Verwandlung des Bildungs- in Herrschaftswissen, der kontemplativen in praktische Vernunft, der Anschauung in Konstruktion wird aus dem Begriff die Ingriffnahme, das Konstruktionsmuster, das die Einzeldinge nur noch als Regelfall für die allgemeine Kategorie nimmt und im Zweifel solange zurechtschleift, bis sie ins allgemeine Schema passen! Und so wird das Allgemeine, Typische nicht mehr in den Dingen entdeckt, sondern ihnen vielmehr angetan!
Das zeigt sich nicht nur im Siegeszug der technischen Vernunft, sondern die gleiche Tendenz, das einzelne oder hier den einzelnen, also das Individuum im Allgemeinen aufgehen zu lassen, setzt sich auch bei den einflußreichsten Moralphilosophen und politischen Denkern des 18. Jahrhunderts durch.
Nach Jeremy Bentham (1748-1832), dem Begründer der utilitaristischen Ethik, ist "das größte Glück der größten Zahl" das wahre Ziel sittlichen Handelns, und der Gedanke drängt sich auf, daß es im Zweifelsfalle durchaus angehen möge, das Glück des einzelnen, ja diesen selbst zugunsten eines so umfassenden Zieles zu opfern.
Nach Jean Jacques Rousseau (1712-1778), dem eigentlichen Wegbereiter der Französischen Revolution, kann der neue Staat, der an die Stelle der bisherigen Gesellschaft mit ihrer Zwietracht und Unterdrückung treten muß, nur darauf beruhen, daß die einzelnen ihrem Eigenwillen entsagen und sich der volonté générale, dem allgemeinen Willen überlassen.
Dieser volonté générale (allgemein Wille) aber ist nicht identisch mit dem Willen der Mehrheit, wie er durch Abstimmung ermittelt wird. Vielmehr ist sie das, was alle schon von Natur aus in gleicher Weise und ohne es zu wissen als ihr gemeinsames Wohl und sittliches Ziel wollen: eine die einzelnen beseelende und umgreifende, sie alle auf überpersönliche Weise durchwaltende Macht! Der einzelne vermag seinem angestammten Egoismus, der ihn zum Feind seiner Mitmenschen macht, nur zu entrinnen, wenn er sich ganz dem Sog dieser volonté générale überläßt und so in unteilbarer Einheit zugleich zum guten Menschen und zum Staatsbürger wird, denn beides läßt sich nicht trennen!
Dahinter steckt der rationalistische Glaube, daß die Tugend so wie alle Dinge machbar und durch öffentliche Einrichtungen leicht zu erreichen sei, der das 18. Jahrhundert zum Zeitalter einer geradezu manischen Pädagogik-Euphorie werden ließ. Ebenso wie sein gelehriger Schüler Maximilian Robespierre (1758-1794) ist Rousseau davon durchdrungen, daß Wohl und Dauerhaftigkeit des neuen Staates allein davon abhängen, daß die Menschen, die ohnehin im Prinzip gut sind, sich endlich zur Tugend bekehren und damit eo ipso Bürger im Idealstaat werden. Und er hält die entsprechende Aufforderung für so vernünftig und sonnenklar, daß ihm umgekehrt die obstinate Weigerung, tugendhaft zu werden, als abscheuliches Verbrechen erscheinen muß!
Daher ist Rousseau in der Theorie ebenso wenig zimperlich, wenn es um Strafen gegen die Abweichler geht, die nicht bereit sind, sich dem Sog der volonté générale zu überlassen und so zu guten Bürgern zu werden wie später Robespierre in der Praxis. Man hat viel darüber gerätselt, warum der so völlig glanzlose, korrekte Jurist Robespierre, der es als Anwalt in seiner Heimatstadt Arras zu mäßigem Erfolg brachte, sich im Unterschied zu seinen Freunden stets pedantisch korrekt kleidete und auf gemessene Formen hielt, zum Einpeitscher der Revolution aufsteigen und zeitweise sogar als Frankreichs unumschränkter Diktator herrschen konnte!

Friedrich Sieburg ist dieser Frage in seiner glänzenden, bei Ullstein noch als Taschenbuch verfügbaren Robespierre-Biographie nachgegangen und gibt die überzeugende Antwort, daß es ganz allein das vollkommene Durchdrungensein von den Ideen Rousseaus gewesen sei, das den end- und farblosen Reden des "Unbestechlichen", wie er genannt wurde, das Pathos der ungeheuren Wahrhaftigkeit und Durchschlagskraft verlieh.
Wenn dieses beinharte second-hand-Genie einer menschlichen Regung fähig war, dann ist es die maßlose Schwärmerei für den Weisen von Ermenonville gewesen, zu dem schon der schüchterne Student seine Pilgerfahrt unternahm: "bereit, jedes Wort ernst zu nehmen, das der alte Mann im Turban je auf Papier gesetzt hat".
Die staatliche Fahndung nach der rechten Gesinnung erzeugte ein Klima totalitärer Gesinnungsschnüffelei von Amts wegen, das mit den Erfahrungen unseres Jahrhunderts durchaus konkurrieren kann! Auf dem Höhepunkt der Schreckensherrschaft zählen wir in Frankreich nahezu 21.000 Überwachungsausschüsse, zu denen - den Blockwarten im Dritten Reich und in der DDR ähnlich - neben den Gastwirten besonders Pförtner und Hausbesitzer herangezogen werden!
- Die Polizei hat jetzt nicht mehr die Aufgabe, Räuber und Diebe zu überführen, "sondern im Herzen der Menschen zu lesen, ob die heilige Flamme rein und stark genug brennt".
Im Zeichen dieser makabren Einheit von Religion und Politik, Moral und Recht, einklagbarer Absicht und Tat wird der Sünder mit dem "Verschwörer", der schlechte Mensch mit dem "Verräter" und schlimmer noch mit dem Aristokraten gleichgesetzt und damit jenes Vokabular von Totschlagworten begründet, das nur den einen Zweck haben kann, die Dissidenten zu Verbrechern zu stempeln.
- Um nur ja nicht aufzufallen sucht man sich in Paris einer besonders derben, durch Ausdrükke aus der Fäkalsprache angereicherten Ausdrucksweise zu bedienen, jedermann zu duzen und mit "Bürger" statt mit "Herr" anzureden. Besucher sind über den zum großen Teil aus unappetitlichen Lappen und Tüchern bestehenden Fahnenwald überrascht, der aus allen Fenstern hängt und auch hier kann man im Blick auf unsere Erfahrungen nur sagen: Exempla docend!

Die rote Messe

Nur scheinbar ragt der Glaube an ein höchstes Wesen wie ein Fremdkörper in dieses gespenstische Schauspiel hinein. Durch ein Dekret des Konvents werden dieser Glaube und die Unsterblichkeit der Seele von Amts wegen verkündet und der entsprechende Nationalfeiertag auf den 8. Juni festgesetzt.
Tatsächlich aber steht auch diese Vereinnahmung der Religion in einem so tiefen Zusammenhang mit dem Vernunftglauben der Jakobiner, daß sie durchaus als Fortsetzung des gotteslästerlichen Tedeums für die Göttin der Vernunft erscheint! Nicht selten werden Aufklärung, Freidenkertum, Ablehnung jeder Form von Religion und damit schließlich der Atheismus als gleichbedeutend angesehen. Demgegenüber werden die Aufklärer gerade durch ihren rationalistischen Vernunftbegriff dazu gebracht, am Dasein Gottes festzuhalten:
Deisten wie Hermann Samuel Reimarus, Lessing, Mendelssohn oder in Frankreich eben Voltaire und Rousseau haben das geistige Antlitz der Epoche geprägt! Zunächst einmal war es für die Aufklärer einfach vernünftig, mit der Existenz eines Urhebers der Welt zu rechnen. Viel wichtiger aber war ihre Sicht des Universums als einer gigantischen, ausgeklügelten Maschinerie, die als solche unabweisbar einen Weltenbaumeister zu erfordern scheint.
Auf der anderen Seite schien es eine unmögliche, ja unwürdige Vorstellung zu sein, daß Gott durch Wunder oder andere selbstherrliche Eingriffe den Gang dieses Getriebes stört. Hinzu kommt der für die Aufklärung so typische Gedanke, daß der Schöpfer - eben "vernünftigerweise" - dieses gigantische Weltgetriebe zum irdischen Wohl des Menschen geschaffen habe (Heute würden sie sagen: damit sich eines Tages als Fernziel die "gerechte Gesellschaft" und damit die "Sache Jesu" ereigne).

- Und wie von selbst ergibt sich aus dieser Anschauung des Universums als eines harmonischen, auf den Fortschritt des Menschengeschlechtes angelegten Systems jene unmerkliche und doch so revolutionäre Achsendrehung des traditionellen Gottesglaubens, die die Aufklärung an Robespierre weitergegeben hat: die Auffassung, daß Gott die Welt zwar geschaffen, sich aber nach getanem Werk gewissermaßen zur Ruhe gesetzt und sie ihren eigenen Gesetzen überlassen habe, sodaß es sinnlos ist, ihn um seine Hilfe anzuflehen! Jetzt ist er nicht mehr die Sonne, die uns durch ihre wärmende Kraft am Leben erhält und um die sich alles dreht, sondern dem bleichen Gestirn des Mondes vergleichbar, der unbeweglich am Horizont steht und daher eher dekorative Bedeutung für unser Weltbild hat!
- Paradoxerweise ist es gerade diese Saft- und Kraftlosigkeit des deistischen Gottes, die ihn - der Hitlerschen "Vorsehung" ähnlich - für die Zwecke des absoluten Staates der Jakobiner so verwendbar macht! Im gleichen Maße, in dem er in der Theorie durch seinen sinnreichen Weltbau zum Erfüllungsgehilfen des irdischen Fortschritts degradiert wurde, wird er nun auch in der Praxis zum bloßen Garanten und zur bloßen Legitimation der Vernünftigkeit des revolutionären Fortschritts: zum Garanten dafür, daß dieser aus innerer Notwendigkeit heraus so weise und sinnvoll angelegt ist wie das ganze All!
Das so verstandene göttliche Wesen ist keine Instanz mehr, auf die ich mich berufen kann, um die gebieterischen Rechte seiner allgegenwärtigen Majestät gegen die weltliche Macht abzuwägen, sondern nur noch das Ausrufungszeichen hinter der Vernünftigkeit der Gesetze!
Gott als Notar, ja als Siegel der Jakobiner: die Idee ist so seltsam, wie es die Erscheinung Robespierres gewesen sein muß, als er am 8. Juni 1794 à la Rokoko gekleidet in himmelblauem Frack und weißen Kniehosen, in der rechten Hand einen großen Strauß von Ähren, Mohn und Kornblumen, eine große buntscheckige Parade zum Fest des höchsten Wesens anführte.
Die Prozession mußte auch die Place de la Concorde überqueren, auf der die Guillotine noch am Tag vorher unermüdlich ihr Werk getan hatte. Selbstverständlich hatte man sie weggeräumt, um die Feier nicht zu stören und Sägemehl über die entsprechenden Blutlachen gestreut. Dennoch lag ein süßlicher Geruch in der Luft, als die Prozession die sinistre Stätte erreichte und man mußte Hunde wegscheuchen, die sich an den nur oberflächlich verborgenen Blutpfützen gütlich taten.
Schon sechs Wochen nach der Feier mußte Robespierre selbst das Blutgerüst besteigen, denn offensichtlich wollten die Menschen nicht tugendhaft werden: nicht auf diese Weise!<<

23.05.1989

BRD: Richard von Weizsäcker wird am 23. Mai 1989 nochmals zum Bundespräsidenten gewählt.

Mai 1989

BRD: Der deutsche Historiker Herbert Hömig berichtet im Mai 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1989 über den Gewichtsverlust der "Alten Welt" (x853/...): >>**Abendland oder Mitteleuropa?**

... **Gewichtsverlust der "Alten Welt"**

Die beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts haben einen gewaltigen politischen Gewichtsverlust der Alten Welt, also Europas im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bewirkt. Damit verlor der westliche und mittlere Teil des Kontinents seine seit dem ausgehenden Mittelalter allmählich gewachsene überragende Machtstellung, die im 19. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreicht hatte.
Zwischen 1890 und 1914, im Zeitalter des Imperialismus, konnte man Europa den "Regulator der Weltpolitik" nennen; seither haben zwei Mächte, die USA und die Sowjetunion wesentlich über sein Schicksal bestimmt. Die Vereinigten Staaten haben zweimal erfolgreich auf dem europäischen Kontinent militärisch eingegriffen, um eine deutsche Hegemonie gegenüber den europäischen Nachbarn zu verhindern. Deutschland ist der Besiegte der beiden Weltkrie-

ge gewesen.
Der Erste Weltkrieg hat den Vereinigten Staaten, der Zweite Weltkrieg der Sowjetunion den Durchbruch zu ihrer heutigen Rolle als Supermacht verschafft. England und Frankreich gehörten zwar noch zu den Siegern der beiden großen Waffengänge der europäischen Nationen, verloren aber ihre Rolle als Großmacht endgültig im Gefolge des Zweiten Weltkrieges.
Deutschland büßte in zwei Etappen erhebliche Gebiete seines Territoriums ein und wurde geteilt. Der freie Teil unseres Landes, die Bundesrepublik, umfaßt heute nicht einmal die Hälfte des Reichsgebietes von 1914. Das Problem des internationalen Gleichgewichts ist seither keine Frage der europäischen Grenzen mehr, sondern der Beziehungen zwischen den neuen Supermächten.
Die USA sind der eigentliche Sieger des Ersten, die Sowjetunion ist der Gewinner des Zweiten Weltkrieges gewesen. ... Nach der Katastrophe des Dritten Reiches kam es 1945 zwar zur Gründung einer neuen Weltorganisation, der Vereinten Nationen auf der Grundlage eines amerikanisch-sowjetischen Kondominiums, doch verloren diese bald ihre machtpolitische, hegemoniale Basis. Die Anti-Hitler-Koalition brach wenige Jahre nach Kriegsende zusammen.

Teilung und Integration Europas

Seither befindet sich Europa in einem sonderbaren Zwielicht:
Einmal ist es durch den Ost-West-Konflikt schärfer in zwei gegensätzliche Lager geteilt als je zuvor, in denen es zu unterschiedlichen Formen internationaler Zusammenarbeit gekommen ist.
- Westlich des sog. Eisernen Vorhangs entstand eine bisher in der Geschichte des Kontinents unbekannte Form supranationaler Integration in der "Europäischen Gemeinschaft", zu der sich 12 Mitgliedstaaten zusammengeschlossen haben.
- Die relative Integration des sog. Ost-Blocks im "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (Comecon) folgte hingegen eindeutig den hegemonialen Interessen der Sowjetunion, die nach einem bekannten Stalin-Wort als internationalistisch deklariert wurden: "Ein Internationalist ist, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen" (Zitat nach B. Willms. Die deutsche Nation, Köln 1982, S. 110).
Deutschland ist als Ganzes von den beiden gegenläufigen Integrationsprozessen und damit von einer in der Geschichte bisher unbekannten scharfen ideologischen Teilung des Kontinents in den letzten vierzig Jahren im guten wie im schlechten nachhaltig betroffen gewesen. Lange Zeit hat die westdeutsche Öffentlichkeit diesen Prozeß in seiner verwickelten Problematik nicht wahrnehmen wollen.
Erst in jüngster Zeit scheint sich - zumindest in der Bundesrepublik - eine Krise der Integrationspolitik abzuzeichnen, seitdem beispielsweise die Frage diskutiert wird, ob die Vollendung des Gemeinsamen Marktes im Jahre 1992 vielleicht mit dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes unvereinbar und deshalb verfassungswidrig sein könnte, weil ein späterer Beitritt der DDR von der Zustimmung sämtlicher Mitgliedstaaten abhängig wäre.
Im Ausland regten sich immer wieder Stimmen, die auf die vermeintlichen Vorteile der Teilung Deutschlands im Sinne traditioneller Interessenpolitik unabhängig vom Ost-West-Gegensatz - Menschenrechte hin, Einheit Europas her - hinwiesen (Andreotti). Die oft beklagte Europa-Lethargie der letzten Jahre deutete möglicherweise auf die innere Brüchigkeit einer defensiven Idee hin, die mehr die "Freiheit" des Wohllebens zu verteidigen als die Unterdrückten jenseits der schwer befestigten Grenze mitten durch den Kontinent zu befreien bereit scheint.
Dabei konnte sich der wirtschaftliche Erfolg der auf Westeuropa gerichteten Integrationspolitik durchaus sehen lassen. Gerade im sog. Ostblock wird die Integration Europas neuerdings angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas im Zeichen der Perestroika auf-

merksam verfolgt und lebhaft diskutiert.
Gorbatschows Wort vom europäischen Haus mit verschiedenen Wohnungen und Wohnzimmern beflügelt allenthalben die Phantasie. Kurz: In Westeuropa und in der Bundesrepublik erleben wir gegenwärtig eine Krise des Europa-Gedankens, in Osteuropa dagegen eine Renaissance. Mitteldeutschland, die DDR macht hier bisher eine Ausnahme, weil die Teilung des Kontinents sehr präzise als Teilung eines Landes erlebt wird. Das Bewußtsein weiter Kreise der Bevölkerung ist seit Jahren auf das Thema "Westreisen", erst in zweiter Linie auf "Kirche im Sozialismus" fixiert. ...<<

04.06.1989

China: Am 3./4. Juni 1989 schlägt die chinesische Armee eine Massendemonstration von Studenten für mehr Freiheit und Demokratie in Peking (Platz des Himmlischen Friedens) gewaltsam nieder.
Das Blutbad auf dem Platz des Himmlischen Friedens fordert etwa 3.600 Tote und 60.000 Verletzte (x175/819).
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die politische Entwicklung Chinas (x192/462): >>... Ende der siebziger Jahre nach Maos Tod, entstand zunehmender Druck, die kommunistische Planwirtschaft zu reformieren. Eine Folge davon war der Ruf nach Reformen auch im politischen Bereich – ein Prozeß der auch von den Veränderungen in der UdSSR beeinflußt war.
Im Frühling 1989 kulminierten die Forderungen nach Demokratisierung in Massendemonstrationen ... in Peking. Die Regierung befahl den Einsatz von Truppen, die Bewegung wurde blutig niedergeschlagen. In der Folge wurde das Tempo der Wirtschaftsreformen beschleunigt, um den Rückhalt der Regierung bei Arbeitern und Bauern zu stärken.<<

27.07.1989

UdSSR: Die sowjetische Regierung beschließt am 27. Juli 1989, daß die 3 baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen ab 1990 wirtschaftliche Autonomie erhalten sollen.

14.08.1989

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (43/1989) berichtet am 14. August 1989 über die DDR im Sommer 1989 (x116/10): >>... Über den kleinen und großen Funktionären jedoch wölbt sich ein ausgeklügeltes Privilegienwesen, mit dessen Hilfe die höheren SED-Chargen sich selbst belohnen – und zugleich die Intellektuellen, allen voran die Künstler, korrumpieren und ruhigstellen.<<

August 1989

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet im August 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1989 über "das Deutsche Reich und seine völkerrechtlichen Grenzen" (x853/...): >>... **Klarstellungen zu einem aktuellen Streit**
Seit der CSU-Vorsitzende Theo Waigel auf dem Schlesiertreffen von der offenen deutschen Frage sprach, zu welcher auch das endgültige Schicksal der Ostgebiete des Deutschen Reiches gehöre, ist hierzulande ein erbitterter Streit entbrannt.
Politische Gegner und aufgebrachte Kommentatoren werfen Waigel im Verein mit der kommunistischen Warschauer Regierung "revanchistische Gesinnung" und Anpassung an die "Republikaner" vor und forderten Bundeskanzler Kohl zu einer klärenden Stellungnahme auf. Dieser kam im Rahmen seiner Möglichkeiten dieser Aufforderung nach und warnte vor einer unersprießlichen Grenzdiskussion.
Mehr konnte Helmut Kohl auch nicht tun. Denn als Verfassungsorgan ist der Bundeskanzler an die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts gebunden. Und dieses hat in insgesamt 6 Urteilen (vom 23. Oktober 1952, 7. Mai 1953, 26. Februar 1954, 17. August 1956, 26. März 1957 und 31. Juli 1973) den Fortbestand des Deutschen Reiches über den Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht hinaus festgestellt.

Dabei ging es in Anlehnung an den Grundgesetz-Artikel 116 von "dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937" aus. Zu diesem "Gebiete" gehörten im Osten Schlesien und Pommern ebenso wie Ost- und Westpreußen und sind daher nach der Aussage des Bundesverfassungsgerichts Bestandteile des Deutschen Reiches.
- Da nach der eigenmächtigen Inbesitznahme dieser Gebiete durch die Sowjets und die Polen im Jahre 1945 die tatsächliche Hoheitsgewalt dort seit Jahrzehnten aber nicht mehr vom Deutschen Reich wahrgenommen werden kann, andererseits jedoch auch noch kein rechtsverbindlicher Friedensvertrag abgeschlossen worden ist, befindet sich die endgültige Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete in der Tat noch in der Schwebe und gehört mithin zur offenen deutschen Frage.
Bundesfinanzminister Waigel bewegte sich daher mit seiner Aussage auf dem Schlesiertreffen völlig im Rahmen des Völkerrechts und der höchstrichterlichen Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts. Jede Kritik an den Ausführungen des CSU-Vorsitzenden ist mithin auch ein Widerspruch gegen Völkerrecht und innerstaatliche Rechtspraxis, was in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik nicht unproblematisch ist. Noch bedenklicher erscheinen die Einwürfe gegen die Waigel-Rede vor dem Hintergrund der geschichtlichen Fakten.
Da ist nämlich Tatsache, daß die Sieger des Zweiten Weltkriegs in ihren grundlegenden Aussagen über Deutschland vom Deutschen Reich des Jahres 1937 ausgegangen sind. Das belegen die Dreimächtevereinbarungen zwischen USA, UdSSR und Großbritannien vom August und September 1944 ebenso wie eine von ihnen am 12. September 1944 abgezeichnete Deutschlandkarte "Germany - Zones of Occupation".
Auf dieser Karte erstreckt sich Deutschland von Aurich bis Oppeln und von Freiburg bis zur Memel, umfaßt also eindeutig die deutschen Ostgebiete. Daran ändert sich auch nach der deutschen Kapitulation nichts, wie die Viermächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 ausweist. Darin verkündeten England, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, daß "Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt wird".
Illustriert wird dieses Deutschland-Bild von einer Karte, welche die amerikanische Besatzungszeitung für Bayern, "Münchener Nachrichten", am 28. Juli 1945 veröffentlichte. Als "Karte der endgültigen Zonen" stellt sie das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 vor und weist der "Russen-Zone" neben der heutigen DDR auch Pommern und Schlesien zu. Aus Platzgründen fehlt die Einzeichnung Ostpreußens.
So blieb die Deutschland-Definition als das Gebiet in den Grenzen von 1937 auch in den Nachkriegsjahren gültig - zumindest für die drei Westmächte. Diese bewirkten dann, daß der Parlamentarische Rat gleichfalls von einem solchen Deutschland ausging und den Grundgesetz-Artikel 116 entsprechend formulierte. Dieser Grenzbeschreibung folgte wiederum das Bundesverfassungsgericht in seinen erwähnten Urteilen über die Gültigkeit des Reichskonkordates von 1933 und die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages von 1972.
Die im Moskauer Vertrag vom August 1970 und im Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 beschriebenen Grenzverläufe mit der namentlichen Erwähnung der Oder-Neiße-Linie als der polnischen Westgrenze und der innerdeutschen Grenze als Staatsgrenze beanspruchen nach dem Verständnis des Grundgesetzes keine Endgültigkeit, da sie nicht Bestandteil eines Friedensvertrags oder einer friedensvertragsähnlichen Regelung sind.
In diesem Falle hätten die beiden Ostverträge mit Zweidrittel-Mehrheit gebilligt werden müssen. Sie haben aber bekanntlich nur eine relative Mehrheit im Deutschen Bundestag bekommen und diese auch nur nach Annahme einer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgesetzten gemeinsamen Resolution des Deutschen Bundestages. ...<<

01.09.1989

BRD: Die Bundesregierung lehnt am 1. September 1989 den SPD-Antrag zur endgültigen

Festlegung der Oder-Neiße-Linie ab. Sie bestätigt aber den Warschauer Vertrag von 1970.

09.09.1989

DDR: Die am 9. September 1989 gegründete Bürgerbewegung "Neues Forum" erklärt (x303/-168): >>... Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen. ... Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. ...

Wir bilden eine politische Plattform für die ganze DDR, die es möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen.<<

11.09.1989

Ungarn: Die ungarische Regierung läßt am 11. September 1989 die Grenzen nach Österreich öffnen.

Danach fliehen innerhalb von 3 Tagen rund 15.000 DDR-Bürger nach Österreich bzw. in die Bundesrepublik (x175/820).

25.09.1989

DDR: In Leipzig protestieren am 25. September 1989 rd. 5.000 DDR-Bürger für Reformen.

30.09.1989

DDR: Die Bürgerbewegung "Demokratie Jetzt" erklärt am 30. September 1989 (x303/168): >>... Wir leiden, weil wir (vom Staat und von der SED) nicht als mündige Bürgerinnen und Bürger behandelt werden. ...

Eine Minderheit maßt sich das Recht auf Wahrheit an. Die machtstützenden Organe entziehen sich der öffentlichen Kontrolle. Schulen und Hochschulen, Wissenschaft und Kunst werden von Ideologen beherrscht.

Von unseren Nachbarn sind wir durch eine menschenverachtende Mauer getrennt. Wir dürfen nicht reisen, wohin wir wollen. ...

War das unser Traum von der Freiheit des Menschen? ...<<

02.10.1989

DDR: In Leipzig wird am 2. Oktober 1989 die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilnehmer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (40/1989) berichtet am 2. Oktober 1989 über das Buch "Der geplante Tod" des kanadischen Journalisten James Bacque: >>**Eine lange Nacht der Lügen**

Nach Kriegsende mußten Hunderttausende deutscher Gefangener in US-Lagern sterben

Bestseller in Kanada, aufsehenerregende Neuerscheinung in der Bundesrepublik: In dem Buch "Der geplante Tod" behauptet ein kanadischer Autor, die USA hätten nach Kriegsende Hunderttausenden von deutschen Gefangenen bewußt Hilfe verweigert und damit deren Tod in Kauf genommen. Historiker reagieren skeptisch.

Stundenlang stand er am Zaun des Lagers. Dort draußen lag sein Dorf fast zum Greifen nah, für ihn war es unerreichbar. Eines Morgens wurde der 17jährige Bursche tot am Fuße des Zaunes gefunden - offenbar erschossen beim Versuch, heim zur Mutter zu flüchten. Ein US-Projektil hatte ihm eine Gesichtshälfte weggeschmettert.

Seine deutschen Mitgefangenen mußten am toten Körper vorbeimarschieren. "Mörder, Mörder!" schleuderten sie dem amerikanischen Kommandanten entgegen - was böse Folgen hatte: Drei Tage lang kappte der Offizier die ohnehin schmale Essensration, etliche Menschen starben vor Hunger.

In Rheinberg am Niederrhein lagerten Häftlinge "ohne Obdach tagein, tagaus", berichtete ein Augenzeuge. Das Bild war zum Erbarmen: "Amputierte schlitterten wie Amphibien durch den Matsch, durchnäßt und fröstelnd." Viele überlebten die Tortur nicht.

Um sich gegen die Kälte zu schützen, schmiegten Männer sich in lange Erdlöcher, die sie mit bloßen Händen gegraben hatten - Bauch an Rücken, Knie an Kniekehle. Manche tranken den eigenen Urin, weil es nichts gab, andere "leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen". Sie wurden krank - und krepierten.
Hitlers Krieg war längst zu Ende, aber nicht für alle.
"Nie", notierte ein 50jähriger Feldwebel in sein Tagebuch aus grobem Verpackungspapier, habe er "den Siegern eine solche barbarische Art der Kriegsgefangenen-Behandlung zugetraut". Wer sich über peinigenden Durst oder peitschenden Regen beschwerte, wurde obendrein ausgelacht: "Du hast keine Rechte."
Fast sechs Jahre nach dem Überfall auf Polen, der mit 1,5 Millionen Soldaten begonnen hatte, verharrten rund 10 Millionen Deutsche in Kriegsgefangenschaft - weltweit verteilt auf mehr als 20 Staaten. Allein in amerikanischem Gewahrsam befanden sich 3,1 Millionen Menschen.
Diese Daten sind historisch einigermaßen gesichert, und bislang galten die Amerikaner den meisten Deutschen seit damals als Erlöser. Ein Buch des kanadischen Lektors und Journalisten James Bacque, 60, könnte diese Einschätzung ins Wanken bringen.
In dem amerikanischen "Bestseller" (so das US-Nachrichtenmagazin Time), der diesen Monat in deutscher Sprache erscheint, behauptet Bacque aufgrund neuer Archivfunde, die US-Führung habe 1945 in deutschen Camps "furchtbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit" begangen:
- Gefangene bekamen bewußt so wenig zu essen, daß sie sterben mußten, "obschon genügend Lebensmittel" zur Verfügung standen;
- die hygienischen und sanitären Bedingungen waren miserabel und führten schnell zu tödlichen Krankheiten;
- Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz blieb der Zutritt verwehrt, eine internationale Kontrolle fehlte.
Der Autor schätzt, daß in amerikanischen und französischen Lagern, in die Washington Deutsche überstellen ließ, die Zahl der Toten "wahrscheinlich bei mehr als einer Million liegt"; die Behandlung der Verlierer in anderen verbündeten Ländern des Westens wie England und Kanada sei hingegen durchaus human gewesen.
Eine konkrete Ziffer, räumt Bacque ein, werde "immer umstritten sein", weil Akten "vernichtet, geändert oder als geheim unter Verschluß gehalten worden" seien - "bis auf den heutigen Tag". Die Geschichtsschreibung ist bisher, offiziellen amerikanischen Quellen folgend, von lediglich einigen zehntausend Opfern ausgegangen, der Vorwurf systematisch herbeigeführter Hungersnöte ist neu. Bacque will deshalb "nach einer langen Nacht der Lügen" diese "amerikanische Tragödie" aufrollen.
Dabei beginnt die Geschichte deutscher Kriegsgefangener in US-Obhut, der Prisoners Of War (POW), durchaus entspannt. Die ersten - nur 31 - POW waren im Mai 1942 auf dem amerikanischen Kontinent angekommen. Bereits vom Sommer 1943 an fielen den US-Truppen monatlich Tausende deutscher Landser in die Hände.
Angesichts der Gefangenenflut entstanden Lager, die nach einem Standardplan für jeweils 2.000 bis 4.000 Gefangene ausgelegt waren. Vom Speisesaal über Werkstatt und Kaufladen bis zum Sportplatz sahen sie den Ausbildungslagern der U.S. Army sehr ähnlich - bis auf die Stacheldrahtzäune und die Scheinwerfer.
Nicht wenigen Amerikanern erschienen die Lager zu fein für die gefangenen Gegner.
In Anspielung auf ein Pariser Luxus-Hotel und den Spitznamen der Deutschen bürgerte sich die Bezeichnung "The Fritz Ritz" für die Lager ein.
Nach und nach besetzten deutsche Kriegsgefangene frei gewordene Posten vor allem in der Landwirtschaft, aber auch in der Holz- und Fleischwarenindustrie, bei der Eisenbahn und selbst in den Schreibstuben der Army. Diese Männer, befand der amerikanische Historiker

Arnold Krammer, "erfüllten eine lebenswichtige Rolle beim Ausgleich des akuten heimischen Mangels an Arbeitskräften".
So unentbehrlich war "Fritz" mittlerweile gerade für die US-Farmer geworden, daß sie den längst zum Oberbefehlshaber der Alliierten Truppen in Europa ernannten General Dwight D. Eisenhower aufforderten, sofort weitere 150.000 Gefangene als Arbeitskräfte nach den USA in Marsch zu setzen. Amerikas höchster Offizier, später 34. Präsident der Vereinigten Staaten, zeigte wenig Neigung, denn mittlerweile war ihm die Problematik deutscher POW auf dem Kriegsschauplatz Europa zur Last geworden.
"Ein Jammer, daß wir nicht mehr umgebracht haben", notierte er ins Postskriptum eines Briefes an General George C. Marshall. Eisenhower "haßte" die Deutschen, wie er seiner Frau Mamie schrieb. Bei einem Besuch des britischen Botschafters forderte er, alle Offiziere des deutschen Generalstabes sollten "ausgerottet" werden, auch alle Führer der Nazi-Partei vom Bürgermeister an aufwärts sowie alle Angehörigen der Gestapo.
Je weiter seine Truppen ins Innere des Hitler-Reiches eindrangen, desto schroffer wurde Eisenhowers Haltung den Deutschen gegenüber. Bei ihrem Vormarsch über den Rhein hinweg machten die US-Soldaten schaurige Entdeckungen, als sie, so der Passauer Zeitgeschichtler Winfried Becker, "auf die Spuren der letzten Morde der Gestapo und der SS" stießen.
Wo sie es konnten, ließen sie die Leichen exhumieren und neu bestatten - meist wurden die örtlichen Parteigenossen zu diesen Arbeiten herangezogen. Bald schämte sich Eisenhower, daß er "einen deutschen Namen" trug.
"Die Deutschen", sagt der Passauer Becker, hätten folgerichtig "kaum erwarten" können, daß die Entdeckung der "zuletzt begangenen Scheußlichkeiten und die Greuel der Konzentrationslager ohne Rückwirkung auf das Verhalten der Alliierten ihnen gegenüber" blieben.
Und so kam es auch. Am 10. März 1945, gerade war mit Köln einer der wichtigsten Brückenköpfe genommen, regte Eisenhower bei den Combined Chiefs of Staff (CCS) schriftlich die "Schaffung einer neuen Klasse von Gefangenen" an. Immer noch galt Artikel 7 der Anlage zur Haager Landkriegsordnung, wonach Kriegsgefangene "in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln" seien wie die siegreichen Truppen; eine ähnliche Verordnung enthält auch die Genfer Konvention von 1929.
Eisenhower störte das nicht. Ihm erschien es angesichts der Versorgungsnotlage im Lande "nicht wünschenswert", deutschen "Streitkräften Rationen zuzuteilen, die weit über das für die Zivilbevölkerung verfügbare Maß" hinausreichten; die andere Kategorie Kriegsgefangener wurde Disarmed Enemy Forces (DEF) genannt, entwaffnete Feindkräfte.
Es handelte sich um Soldaten, die - aus welchen Gründen auch immer - nicht die Menschlichkeit der völkerrechtlichen Vereinbarungen erfahren sollten oder durften, wobei das zum damaligen Zeitpunkt noch fiktive Datum einer bedingungslosen Kapitulation entscheidend fürs Wohl und Wehe war: vorher POW, nachher DEF.
Die Briten in der CCS lehnten Eisenhowers Vorschlag ab, der wählte daraufhin den Alleingang. Vor der Öffentlichkeit verbarg Eisenhower sein Vorhaben: Auf einer Pressekonferenz in Paris erklärte er, die "gesamte Geschichte der Vereinigten Staaten" bestehe "auch darin, einem besiegten Feind gegenüber großmütig zu sein: Wir beachten alle Gesetze der Genfer Konvention".
Als im April und im Mai vor allem am Rhein entlang für Hunderttausende deutscher Soldaten die Prisoner of War Temporary Enclosures (PWTE) eingerichtet wurden, schaltete sich Eisenhower persönlich ein. Er ordnete an, die Gefangenen dürften weder "Obdach noch irgendeinen anderen Komfort" haben - was er nicht ironisch meinte.
Die Camps, ob in Remagen oder Sinzig, Rheinberg oder Andernach, waren lediglich mit Stacheldraht umzäunte Weiden und Wiesen, feste Unterkünfte gab es nicht. Ursprünglich sollte jeder Gefangene 16 Quadratmeter Platz haben, meist blieben nur 2 oder 3.

Manche Männer standen tage- und nächtelang apathisch in ihren Erdlöchern, unfähig, "um sich krank zu melden noch um zu essen", wie ein US-Leutnant notierte - sofern es überhaupt etwas zu beißen oder zu trinken gab.
Autor Bacque hegt den Verdacht, die Amerikaner hätten "alles für die Gefangenen Notwendige absichtlich in Mangel gehalten"; darunter mußten vor allem jene Soldaten leiden, denen das Eisenhower-Verdikt den gängigen POW-Status einfach wegbefahl - allein zwischen dem 2. Juni und dem 28. Juli 1945 wurden fast 600.000 Soldaten in den "tödlichen DEF-Status überführt".
Eisenhowers Truppe hingegen lebte im Überfluß. "Wir hatten Lebensmittel reichlich", bemerkte ein hoher Offizier, "unser Problem bestand darin, alles zu kochen." In den Akten der Quartiermeisterei fand Bacque die Bestätigung für den "gewaltigen Lebensmittelüberschuß" - in den Monaten April bis Juli besaß die Army einen ungenutzten Vorrat, der für 400 Tage gereicht hätte.
Auch Hilfe von außen wurde verwehrt. Das Rote Kreuz lagerte 13 Millionen Lebensmittelpakete, jedes einzelne hätte einen Menschen zwei Wochen lang mit täglich 1.000 Kalorien versorgen können. Das Oberkommando wußte, ausweislich eines Protokolls, spätestens seit dem 13. Juni 1945 von den riesigen Vorräten - sie blieben eingebunkert.
Statt dessen nahm es in Kauf, daß ihm die Gefangenen in den Enclosures zu Tausenden umkamen. Nach internen Statistiken und Berichten starben bis zu 15 Prozent "eindeutig an Unterernährung und Flüssigkeitsmangel sowie an Erschöpfung". Die anderen erlagen "Krankheiten", schreibt Bacque, "die durch die elenden und schutzlos allen Witterungseinflüssen ausgesetzten Lebensbedingungen verursacht und zweifellos durch Aushungerung verschärft" worden seien.
Von Mai bis Mitte Juni registrierten Ärzte und "4.000-Kalorien-Offiziere" (Bacque) entlang des Rheins eine Sterblichkeitsrate, die 80mal höher lag als normal, eine Zahl, die es "seit dem Mittelalter" nicht gegeben habe. Bacque: "Die medizinische Terminologie selbst reicht nicht mehr ganz aus angesichts dieser Katastrophe."
Seinen Berechnungen zufolge kamen in den amerikanischen Lagern 793.239 Gefangene zu Tode, in französischen rund 167.000. "Other losses", "sonstige Verluste", hießen sie in der nüchternen Sprache der US-Kriegsstatistiker, Paris sprach von Menschen, die "perdus pour raisons diverses" seien, also "verloren aus verschiedenen Gründen".
Amerikanische Wissenschaftler haben auf Bacques Buch skeptisch bis abwartend reagiert. "Kein Historiker könnte dieses Buch geschrieben haben", kritisierte der Geschichtsprofessor Gabriel Kolko aus Toronto die Bacque-Methode, Daten aus nur bruchstückhaft erhaltenen Statistiken zu Gesamtzahlen hochzurechnen.
Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler begrüßt gleichwohl das Erscheinen des Buches: Bacque solle "veröffentlichen, wo immer er will, und wir können über seine Quellen debattieren". Das Magazin Time allerdings warf letzte Woche die Frage auf, ob die deutsche Geschichtswissenschaft zu dieser Debatte genug beitragen könne: Sie habe sich seit dem Kriege "mehr auf die Verfehlungen Deutschlands konzentriert als auf die seiner jetzigen Verbündeten".
Autor Bacque spricht zu Recht von einer politischen Konzession. Den Amerikanern sei "verziehen" worden, "ohne daß sie auch nur angeklagt waren".<<

06.10.1989

DDR: Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow fordert die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anläßlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten ("Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...).

07.10.1989

DDR: Der Pfarrer der Leipziger Nicolaikirche berichtet am 7. Oktober 1989 (x303/169): >>...

Von unserer Wohnung aus wurden wir Zeugen des gewaltsamen Polizeieinsatzes, den wir persönlich erlebten, gegenüber einer wehrlosen, gewaltlosen Menschenmenge, die erstaunlicherweise dennoch keine Angst zeigte.
Das Einschlagen auf wehrlose, bereits festgenommene Menschen hat uns um so mehr entsetzt, da wir solches Vorgehen staatlicher Organe bisher nicht kannten.<<

09.10.1989

DDR: In Leipzig duldet die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern ("Wir sind das Volk - keine Gewalt ...").
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (2/1990) berichtet später über diese Demonstration in Leipzig (x298/241): >>Eine seltsame Spannung liegt an diesem nach welkem Laub und Braunkohle riechenden 9. Oktober über der Stadt.
Gerüchte schwirren: Die Betriebskampfgruppen, so daß härteste, haben für heute Schießbefehl erhalten. Mit Blaulicht umkurven lange LKW-Kolonnen, beladen mit Volkspolizei, den Ring, der die Leipziger Innenstadt einfaßt.
In der Nikolaikirche, wo montags um 17 Uhr das traditionelle Friedensgebet beginnt, ist bereits eine halbe Stunde zuvor nicht einmal mehr ein Stehplatz frei. Vor der Kirche wird die Menge immer dichter. Sie schweigt.
Um sechs, als die Nikolaikirche die 3.000 Frommen und Neugierigen entläßt, die drinnen Platz gefunden haben, ist der Karl-Marx-Platz schwarz von Menschen, 20.000 mindestens. Zaghaft ertönen erste Rufe: "Gorbi, Gorbi", "Demokratie jetzt".
Plötzlich ohne erkennbare Regie, setzt sich der Zug von der Nikolaikirche in Bewegung. "Schließt euch an, schließt euch an", skandieren die Marschierer.
Als die Spitze der Kolonne den Platz der Republik vor dem Leipziger Hauptbahnhof erreicht, sind dem Ruf rund 70.000 gefolgt. Junge Leute und ältere, Männer mit langen Haaren und solche mit akkuratem Messerschnitt. "Gorbi, Gorbi", schallt es zu den Häuserfronten hoch und vom Beton verstärkt, zurück. Auch ältere Ehepaare, den obligaten Einkaufsbeutel am Handgelenk, klatschen dazu rhythmisch in die Hände: "Wir sind das Volk, wir sind das Volk."
Die Vopo ist kaum zu sehen. Die Stasi hat sich verkrümelt. Hinter verschlossenen Bahnhofstüren stehen einige Dutzend martialische Gestalten mit Helmen und Knüppeln, das ist alles. Doch die Demonstranten gucken nicht einmal hin. Der Lindwurm kriecht um die Stadt, die Parolen wiederholen sich: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", "Keine Gewalt", und immer wieder "Gorbi, Gorbi".
So plötzlich, wie sich der Zug gebildet hat, löst er sich auf. "Heute waren wir 70.000", sagt einer um die 50 selbstbewußt und angstfrei, "nächsten Montag werden es 100.000 sein". ...<<

16.10.1989

DDR: Mehr als 120.000 Demonstranten ziehen am 16. Oktober 1989 durch Leipzig.

18.10.1989

DDR: Staats- und Parteichef Erich Honecker (1912-1994) tritt zurück und wird am 18. Oktober 1989 durch Egon Krenz abgelöst.

23.10.1989

DDR: In Leipzig fordern am 23. Oktober 1989 rd. 300.000 Menschen freie Wahlen und demokratische Reformen.

24.10.1989

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Oktober 1989 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in den nordamerikanischen und französischen Lagern: >>**Ein Kapitel, das lange verschwiegen wurde**
... Auf stacheldrahtumzäunten Rheinwiesen, die sich rasch in grundlosen Morast mit unzähligen Löchern verwandelten, erlebten Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener das Frühjahr und den Sommer 1945. Mit den Städten Kreuznach, Remagen, Andernach oder Rhein-

berg verbinden zahllose ehemalige deutsche Soldaten, die nach dem Kriegsende oder kurz davor in amerikanische Gefangenschaft gerieten, die Erinnerung an die grauenvollste Zeit des ganzen Krieges. Ohne Zelte, ohne Schutz gegen den Dauerregen und nahezu ohne Nahrung und Wasser mußten sie Gras essen und ihren eigenen Urin trinken. Hunderttausende starben an Durchfall und Ruhr, an Hunger und anderen Krankheiten.

Ein kanadischer Autor, James Bacque, ist jetzt diesem von der deutschen Geschichtsforschung bisher ausgeklammerten Kapitel der Nachkriegszeit nachgegangen und errechnete bei seinen akribischen Recherchen in amerikanischen, britischen, kanadischen, französischen und deutschen Archiven eine Zahl von etwa einer Million deutscher Soldaten, die in amerikanischen und französischen Gefangenenlagern umkamen. Das Buch ("Der geplante Tod", Ullstein-Verlag, 352 Seiten) erschien in diesem Herbst auf dem deutschen Büchermarkt.

Denn es war keineswegs das Durcheinander in der Endphase des Krieges und der "unerwartete" Zustrom von Millionen Kriegsgefangenen, der die Organisation zusammenbrechen ließ, sondern eine vom damaligen Oberbefehlshaber Eisenhower bewußt herbeigeführte Ausrottungspolitik. So jedenfalls die für die Geschichtsforschung absolut neue These des kanadischen Autors.

Das Buch landete in Kanada rasch auf den Bestsellerlisten, berichtet das US-Magazin "TIME" und löste bei den Historikern der Neuen Welt Ratlosigkeit aus, denn Kriegsverbrechen der Alliierten waren bisher noch nicht Gegenstand amerikanischer Geschichtsforschung.

Entgegen landläufiger Annahme, die auf den Erinnerungen und Rechtfertigungen der Beteiligten beruhen, stellt Bacque klar, daß in Europa selbst in der schlimmsten Zeit nach dem Kriege alles andere als Mangel an Lebensmitteln geherrscht habe, sondern sogar ein gewaltiger Überfluß. Sowohl die US-Armee als auch das Rote Kreuz und amerikanische Hilfsorganisationen saßen auf gefüllten Lagerhäusern. "Wir hatten Lebensmittel reichlich", bemerkt ein US-Offizier, "unser Problem bestand darin, es zu kochen." Von April bis Juli besaß die Armee einen ungenutzten Vorrat, der 400 Tage gereicht hätte. Das Rote Kreuz hatte 13 Millionen Lebensmittelpakete, die es nicht verteilen durfte.

Der Eisenhower-Biograph Stephen Ambrose räumt ein, daß das Buch eine große historische Endeckung enthalte: "Wir Amerikaner können nicht unterschlagen, daß furchtbare Dinge geschehen sind. Und sie ereigneten sich am Ende eines Krieges, den wir für Demokratie und Freiheit führten, und sie sind nicht zu entschuldigen."

Ein Oberst der US-Armee beschrieb die Lage in den amerikanischen Lagern am Rhein so: "Eng zusammengedrängt, um sich gegenseitig zu wärmen, bot sich den Blicken auf der anderen Seite des Stacheldrahts ein tief erschreckender Anblick: nahezu 100.000 ausgemergelte, apathische, schmutzige, hagere Männer mit leerem Blick, bekleidet mit schmutzigen, feldgrauen Uniformen, knöcheltief im Schlamm stehend. ... Ein Lagerinsasse von Rheinberg war über 80 Jahre, ein anderer neun Jahre alt. ... Andauernder Hunger und quälender Durst waren ihre Begleiter, und sie starben an Ruhr."

Der juristische Trick, mit dessen Hilfe es Eisenhower gelang, den Soldaten ihren Status als Kriegsgefangene zu entziehen und sie damit außerhalb des Schutzes der Genfer Konvention von 1929 zu stellen, hieß DEF (Disarmed Enemy Forces – entwaffnete Feindkräfte). Damit war die Armee der Verpflichtung enthoben, sie gemäß den Genfer Abmachungen zu behandeln und zu ernähren. Nicht einmal das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erhielt die Erlaubnis, den 1.800 amerikanischen und französischen Lagern, in denen ähnliche Zustände herrschten, einen Besuch abzustatten.

Am schlimmsten war, trotz des Regens, offenbar der Durst. "Einige legten sich der Länge nach hin und leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen", heißt es in einem Bericht den Bacque zitiert. "Ich habe Tausende sterben sehen. Sie haben die Leichen auf Lastern abtransportiert."

Bacques Berechnungen zufolge starben in den US-Lagern 793.239 Gefangene, in den französischen Lagern 167.000. Über die Behandlung in britischen und kanadischen Lagern gab es keine Beanstandungen, die Engländer hatten sich auch geweigert, Eisenhowers Überführung der Prisoners of War (PoW) in den DEF-Status zu übernehmen.
Bacque stützt seine Behauptung, daß Eisenhower ausschließlich von Rachegefühlen geleitet war, außer auf das Verbot der Auslieferung von Rote-Kreuz-Spenden auch auf das Verbot, daß die deutsche Zivilbevölkerung den hungernden Lagerinsassen etwas zukommen lassen durfte.
Selbst Spenden von deutschen Gefangenen in den USA, die dort gut versorgt wurden, durften nicht weitergegeben werden. Für die Dauer eines Jahres war überhaupt jeder Postempfang unterbunden. Millionen Familien wußten also nicht, wo sich ihre Angehörigen befanden.
"Mindestens zehnmal so viele Deutsche starben in den französischen und amerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront vom Juni 1941 bis hin zum April 1945 gefallen sind", notierte Bacque. "Darüber stand kein Wort in de Presse", heißt es bei Bacque.
Die Zahl von einer Million Toter stammt nicht aus einer offiziellen amerikanischen Quelle. Bacque rechnet sie aus einer Vielzahl von verstreuten Quellen zusammen. Diese seitenlangen Zahlenbeispiele machen das Buch nicht besonders lesbar, obwohl der Autor seinen 205 Seiten Text noch einen 40 Seiten umfassenden Anhang mit Fußnoten hinzufügt.
Eine fachkritische Auseinandersetzung um Bacques Daten hat es noch nicht gegeben. Dafür ist das Buch zu kurz auf dem Markt und sein Anspruch zu hoch wie auch seine umfassende Quellensammlung zu umfangreich.
Daß sich bislang niemand um dieses dunkle Kapitel kümmerte, hängt auch damit zusammen, daß nach dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO niemand diesseits und jenseits des Atlantiks Interesse daran hatte, diese Kapitel aufzuschlagen.
Bacque stellt denn auch seinem Buch ein Wort Bernard Shaws aus dem "Teufelsschüler" voraus: "Die ärgste Sünde an unseren Mitmenschen ist nicht, sie zu hassen, sondern gegen sie gleichgültig zu sein; das ist die Quintessenz der Unmenschlichkeit."<<
Dr. Ernest F. Fisher jun., ehemaliger Oberst der Armee der Vereinigten Staaten von Amerika, schreibt im Vorwort des Buches "Der geplante Tod" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/15-17): >>... Die Massenkapitulation im Westen stand in auffallendem Kontrast zu den letzten Wochen an der Ostfront, wo die überlebenden Wehrmachtseinheiten noch die vorrückende Rote Armee bekämpften, um so vielen Kameraden wie möglich die Gefangenschaft durch die Russen zu ersparen. ...
Vom deutschen Standpunkt aus lieferte diese Strategie Millionen deutsche Soldaten in die, wie sie glaubten, gnädigeren Hände der Westalliierten aus, die unter dem militärischen Oberkommando von General Dwight Eisenhower standen. Jedoch General Eisenhowers grimmigem und besessenem Haß ausgeliefert, der sich nicht nur gegen das Nazi-Regime, sondern vor allem gegen alles Deutsche überhaupt richtete, ließ sich dieser Glaube bestenfalls als ein verzweifeltes Glücksspiel bezeichnen.
Mehr als 5 Millionen deutsche Soldaten wurden in Stacheldrahtkäfigen zusammengepfercht, viele von ihnen buchstäblich Schulter an Schulter. Der Boden unter ihnen entwickelte sich bald zu einem Sumpf aus Dreck und Krankheit. Dem Wetter ausgesetzt, ohne jegliche auch nur primitive sanitäre Einrichtungen, dazu unterernährt, begannen die Gefangenen sehr bald an Hunger und Krankheiten zu sterben.
Von April 1945 an vernichteten die amerikanischen und französischen Armeen ungefähr eine Million Männer, vornehmlich in den amerikanischen Lagern. – Niemals seit den Greueln in dem von Konföderierten verwalteten Gefängnis in Andersonville während des amerikanischen Bürgerkrieges hatten solche Grausamkeiten unter amerikanischer Militärkontrolle stattgefunden: Mehr als vier Jahrzehnte lag diese beispiellose Tragödie in alliierten Archiven verborgen.

Wie kam schließlich dieses gewaltige Kriegsverbrechen ans Licht? Die ersten Hinweise wurden 1986 durch den Autor James Bacque und seine Mitarbeiterin aufgedeckt. ...
Im Frühling 1987 trafen Mr. Bacque und ich uns in Washington. Während der folgenden Monate arbeiteten wir zusammen in den Nationalarchiven und in der George C. Marshall Stiftung in Lexington, Virginia, indem wir die Beweisstücke, die wir fanden, zusammenfügten.
Die Pläne, die von höchsten britischen und amerikanischen Regierungsstellen 1944 gemacht wurden, brachten den Entschluß zum Ausdruck, Deutschland ein für alle Mal als Weltmacht zu zerstören, indem man es auf eine einfache Agrarwirtschaft reduzieren wollte, obwohl dieses den Hungertod von Millionen von Zivilisten bedeutet hätte. Bis heute sind sich die Historiker darüber einig, daß die alliierte Führung schon bald ihre destruktiven Pläne wegen des öffentlichen Widerstandes aufgehoben hatte.
Eisenhowers Haß, toleriert von einer ihm gefügigen Militärbürokratie, erzeugte diesen Horror der Todeslager, der mit nichts in der amerikanischen Militärgeschichte vergleichbar ist. Angesichts der katastrophalen Folgen dieses Hasses ist die lässige Gleichgültigkeit, die die SHAEF-Offiziere (des Hauptquartiers der alliierten Expeditionskräfte) an den Tag legten, die schmerzlichste Seite der amerikanischen Verstrickung.
Nichts lag der großen Mehrheit der Amerikaner 1945 ferner, als so viele unbewaffnete Deutsche nach dem Krieg zu töten. Eine Vorstellung der Größe dieses Schreckens kann man gewinnen, wenn man sich vor Augen führt, daß diese Todesraten bei weitem all jene übertreffen, die durch die deutsche Armee im Westen zwischen 1941 und April 1945 erlitten wurden. ...<<
Der kanadische Journalist James Bacque schreibt später in den Schlußbemerkungen der 6. Auflage seines Buches "Der geplante Tod" (x131/203-209): >>Die Regeln der Landkriegsführung, die Genfer Konvention, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, der schlichte Anstand der riesigen Mehrheit des amerikanischen und französischen Volkes, die Aufrichtigkeit der Britten und Kanadier, die freie Presse, alles hat versagt.
Es versagte, weil Männer, die unsere Helden waren, insgeheim die Macht des Todes über Menschen brachten, die hilflos in unserer Hand waren, die ihnen vorgesetzten Offiziere geboten ihnen nicht Einhalt, und sie ließen die Öffentlichkeit im dunkeln. Die ihnen Gleichgestellten und ihre Untergebenen sagten nichts. Die französische Presse sagte wenig, oder sie log. Die amerikanische Presse sagte nichts oder sie log. Die Briten und Kanadier standen dabei und sahen zu. Die einzigen Personen, die redeten, waren Jean-Pierre Pradervand, Jacques Fauvet und Victor Gollancz. ...
Die Überlebenden der Lager leiden nicht mehr physisch, das psychische Leiden jedoch hält an, weil es Leute gibt, die bestreiten, daß die Überlebenden überhaupt gelitten hätten. Und so liegen die toten Kameraden weiterhin in unbekannten Gräbern, eine ewige Anklage: Ihr habt uns vergessen.
Ungefähr 2.000 Überlebende haben mir, meinem Verleger und der Presse geschrieben oder haben uns angerufen; fast alle drückten ihre tiefe Erleichterung darüber aus, daß die Wahrheit über ihr Leiden nun endlich außerhalb Deutschlands bekannt geworden sei. Die Kinder, die ihren Vätern nicht glaubten, wissen es nun.
Durch dieses Wissen können sie ihre Väter - und uns - besser verstehen. Wachposten in den französischen und amerikanischen Lagern haben ihr Gewissen erleichtert. Fast jede weitere Zeuge oder Überlebende, der sich gemeldet hat, drückte seine tiefempfundenen Dank darüber aus, daß die Wahrheit nun ans Tageslicht gekommen ist. Kein einziger verlangte nach Vergeltung.
Die erste Auflage dieses Buches löste heftigen Widerstand aus. ... Die US-Army und das US-Außenministerium entlasteten sich selbst in der Presse mit Berichten, die voller ungenauer Informationen waren und den massiven Beweis des Buches über die grausamen Bedingungen in den Lagern einfach unbeachtet ließen. Ein Vertreter des Pentagon, der verzweifelt nach ei-

ner Möglichkeit suchte, Eisenhower zu entlasten, wälzte unbeabsichtigterweise einen Teil der Schuld auf einen anderen General der amerikanischen Armee ab, der sich jedoch gut um seine Gefangenen gekümmert hatte.
Wissenschaftler in Kanada, den USA, in Frankreich, Deutschland und Großbritannien haben trotz des schwerwiegenden Beweismaterials das Buch heftig kritisiert. Einer von ihnen, ein Professor der York University in Toronto, sagte im "Time Magazine", daß "Bacques Angaben völlig fehlerhaft sind". Mein Verleger schrieb ihm unverzüglich und fragte ihn nach den Fehlern und den Berichtigungen. Dies war vor mehr als zwei Jahren, und noch immer fehlt jegliche Antwort. ...
Die Reaktionen sind so heftig gewesen, weil mein Buch anscheinend einen Mythos angreift, an dem wir alle seit Jahrzehnten teilhaben. Wir Nordamerikaner und Westeuropäer glauben, wir hätten unsere Tugend unter anderem dadurch bewiesen, daß wir den Teufel namens Hitler getötet und eine schreckliche Tyrannei bezwungen haben, die dann in der Gestalt unseres früheren Alliierten wiederkam.
Onkel Josef Stalin, unser lächelnder Verbündeter gegen das Böse, wurde selbst zum Bösen. Die Demokratien, die kämpften, um die Welt von Hitler zu befreien, vereinten sich gegen den verräterischen Sowjet, der – wie wir heute zugeben – mit Hilfe von Geheimpolizei, riesigen stehenden Heeren, Todeslagern und einer Einpartei-Diktatur sein Imperium des Bösen aufrecht erhielt. Die gewaltigen Verbrechen, die wir nach dem Krieg gegen die Deutschen begingen, wurden in selbstgerechter Heuchelei übertüncht. ...
Wer auch immer die Presse kontrolliert, behauptet, sie sei frei. Diejenigen, denen diese Freiheit verweigert wird, haben keine Mittel, das zu widerlegen. In der Sowjetunion verkündeten die Verleger jahrelang, die Presse sei frei. Nur durch die Untergrundpresse, die Samisdat, wußten wir, daß sie nicht für alle frei war. So wird es wohl immer sein, solange die Presse nicht für alle in der Gesellschaft existiert, sondern nur für eine Gruppe, der sie dem Namen nach dient. Wirkliche Pressefreiheit kann man nicht besitzen. Sie ist nicht teilbar. Man kann sie nicht leugnen. Sie gehört uns allen.
Wie sah es in Deutschland nach 1945 aus? Die Presse wurde zunächst den Siegern direkt unterstellt und von ihnen zensiert. Nachdem die Alliierten eine ihnen genehme Regierung erstellt hatten, unterstützten Journalisten, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler alle den Westen. Willy Brandt drückte dies im Bundestag recht euphemistisch aus, als er die Gründe der Regierung nannte, die Erich-Maschke-Dokumentation über die deutschen Kriegsgefangenen in alliierter Hand herauszugeben, zu finanzieren und zu veröffentlichen (bzw. nicht zu veröffentlichen).
Wenn so etwas im Westen passiert wäre, daß eine Regierung wichtige literarisch-historische Nachforschungen übernommen hätte, um sicherzustellen, daß nur beruhigende Schlußfolgerungen veröffentlicht würden, hätte dies einen Schrei der Entrüstung verursacht. Aber den gab es in Deutschland nicht. Die gefügigen Wissenschaftler veröffentlichten eine Dokumentationsreihe, die die Lügen der Franzosen und Amerikaner übernahm und weite Zeiträume in der Geschichte und Erlebnisberichte einfach wegließ. ...
Die Kontrolle dieser gefügigen Presse führte dazu, daß eine kleine fast heimliche Samisdat entstand (was buchstäblich bedeutete, daß es sich um private Veröffentlichungen handelte). Dutzende von Büchern und Schriften wurden von lokalen Verlegern in kleinen Auflagen herausgegeben. Sie beschrieben das Leiden der Überlebenden in diesem oder jenem Lager. Die gefügigen Deutschen - unter dem Einfluß der mächtigen staatlichen Medien – verurteilten die Samisdat; sie sei unverantwortlich oder von den Nazis beeinflußt.
All dies wurde im Westen also nicht bekannt. Nur wenn ein mutiger Schriftsteller westlich des Rheins die Initiative ergriff, wurde etwas veröffentlicht, das von größerer historischer Wahrheit war. So die Bücher des amerikanischen Wissenschaftlers Alfred de Zayas, von de-

nen Hunderttausende in Deutschland verkauft wurden, weil es darum um allgemeine Wahrheiten ging, die in Deutschland zuvor noch nicht gedruckt worden waren.
Diese Bücher, "Nemesis at Potsdam" und "The Wehrmacht War Crimes Bureau", beschrieben Deportation, Raub und Mord; Greueltaten, durch die Millionen von Menschen umkamen und die in Friedenszeiten von den Alliierten an Millionen von Deutschen – überwiegend an Frauen und Kindern - begangen wurden. Die Vereinigten Staaten lehnten diese Bücher innerhalb von zehn Jahren etwa 80 Mal zum Druck ab.
Dann aber wurden diese doch in den USA, in Kanada und England veröffentlicht. Alle bedeutenden englischsprachigen Rezensenten und Wissenschaftler beachteten die Veröffentlichungen gar nicht, hatten aber trotzdem viel Zeit, um immer und immer wieder die Verbrechen der Deutschen, die bereits gefaßt und bestraft worden waren, herauszustellen.
Das ging soweit, daß Deutschland zum Westen gehörte, aber keine freie Presse hatte und Deutsche frei waren, aber nicht zum Westen gehörten. ...<<

Oktober 1989

DDR: Die deutsche Schriftstellerin Christa Wolf (1929-2011) schreibt im Oktober 1989 in der "Wochenpost" (x298/235): >>Vor vierzehn Tagen nach einer Lesung in einer mecklenburgischen Kleinstadt, beschwor ein Arzt die Anwesenden, ... jeder sollte jetzt an seinem Platz wenigstens offen und deutlich seine Meinung sagen, sich nicht einschüchtern lassen und nichts gegen sein Gewissen tun. In die Stille nach seinen Worten sagte leise und traurig eine Frau: "Das haben wir nicht gelernt."
Zum Weitersprechen ermuntert, erzählte sie von dem politisch-moralischen Werdegang ihrer Generation – der heute knapp Vierzigjährigen – in diesem Land: Wie sie von klein auf dazu angehalten wurde, sich anzupassen, ja nicht aus der Reihe zu tanzen, besonders in der Schule sorgfältig die Meinung zu sagen, die man von ihr erwartete, um sich ein problemloses Fortkommen zu sichern, das ihren Eltern so wichtig war. ...
Nun sagte diese Frau, könne sie doch nicht auf einmal "offen reden", ihre "eigene Meinung sagen". Sie wisse ja nicht einmal, was ihre eigene Meinung sei.
Ein erschütternder, wenn auch nicht überraschender Befund. ...<<

BRD: Der deutsche Theologe Prof. Dr. Georg May berichtet im Oktober 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 (x853/...): >>**Die Wunde gegenüber Polen**

(Bökmann) Das folgende Polen-Kapitel ist dem bedeutenden Werk von Professor Georg May entnommen:
Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Band I, S. 664-677, Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1981. …

I.

Der neue polnische Staat

1. Abgetrennte deutsche Gebiete

Polen war aus dem Ersten Weltkrieg als eigener Staat hervorgegangen. Seine Grenzen waren überall auf Kosten der Anrainer gezogen worden. Besonders schwer betroffen war das Deutsche Reich. Der Vertrag von Versailles') gab Polen fast die gesamte Provinz Posen, ausgenommen einen schmalen Streifen im Westen, die Provinz Westpreußen, abgesehen von den rechts der Weichsel liegenden Kreisen, die Weichselniederung, die Kreise Flatow und Schlochau und Teile einiger Kreise in Ostpreußen und Niederschlesien. In einem Gebiet von ca. 43.000 km kamen beinahe drei Millionen Menschen an Polen, von denen etwa 1,1 Millionen Deutsche waren.
Danzig und ein kleines Territorium wurden zur Freien Stadt unter dem Schutz des Völkerbundes erhoben, gleichzeitig aber Polen eine bevorzugte Stellung eingeräumt. In Südostpreußen, den vier westpreußischen Kreisen, die östlich der Weichsel lagen, und in Oberschlesien

wurden Volksabstimmungen angesetzt. Polen hatte mithin in Versailles eine gewaltige Beute auf Kosten Deutschlands erhalten. Das Land war daher einer der heftigsten Verfechter des Versailler Vertrages und ein zuverlässiger Verbündeter der französischen Deutschlandpolitik.

2. Polnische Gewaltakte

Gegenüber Deutschland hatten die Polen mehrfach vollendete Tatsachen zu schaffen versucht und waren zu Gewaltunternehmen übergegangen. In Posen brach Ende Dezember 1918 ein Aufstand aus, der die Polen an die Macht brachte. Im August 1919, im August 1920 und im Mai 1921 suchten polnische Aufständische Oberschlesien gewaltsam an Polen zu binden. In erbitterten Kämpfen wehrten deutsche Selbstschutzkräfte die Angriffe ab. Deutschland suchte die Weltöffentlichkeit über die brutale Haltung Polens zu unterrichten.

Vor allem trachtete die deutsche Regierung danach, den Heiligen Stuhl über die polnischen Gewalttaten in Oberschlesien aufzuklären und seine moralische Unterstützung bei der Abwehr der polnischen Übergriffe zu gewinnen. In diese Bemühungen war auch Kaas eingeschaltet. Im Jahre 1921 reiste er im Auftrag des deutschen Reichsaußenministers Friedrich Rosen (1856-1935) nach Rom, um Papst Benedikt XV. (1914-1922) über den deutschen Standpunkt bezüglich der Abstimmung in Oberschlesien zu unterrichten. Spätestens seit dieser Zeit wandte Kaas dem deutschen Osten, vor allem Schlesien und den Deutschen in Polen, seine besondere Aufmerksamkeit zu.

3. Die Abstimmungen

Die Vorbereitungen zu den Volksabstimmungen arteten in regelrechte Kämpfe aus, bei denen begreiflicherweise der Klerus eine gewichtige Rolle spielte. Der Heilige Stuhl beobachtete das Geschehen durch den zunächst als Visitator, dann als Nuntius in Polen fungierenden Achille Rattill. Der Bischof von Breslau verbot am 21. November 1920 allen Geistlichen im oberschlesischen Abstimmungsgebiet, sich politisch zu betätigen ohne Erlaubnis des Ortspfarrers. Den nicht in der Diözese Breslau inkardinierten Priestern untersagte er überhaupt jede politische Aktivität im Abstimmungsgebiet.

Er bewehrte seine Verbote mit der ipso facto eintretenden, dem Bischof zur Lossprechung vorbehaltenen Suspension. Der polnische Episkopat wandte sich gegen diesen Erlaß an den Papst, weil er angeblich die deutsche Seite begünstige. Der päpstliche Abstimmungskommissar Ogno Serra schwächte daraufhin in seinen Richtlinien vom 21. Dezember 1920 die Verordnung des Breslauer Bischofs dahin ab, daß er dem Klerus allgemein die politische Propaganda untersagte.

Die vom Versailler Frieden vorgesehenen Befragungen der Bevölkerung von Gebieten, die Polen für sich beanspruchte, fielen für Deutschland günstig aus. Die Abstimmung vom 11. Juli 1920) in Südostpreußen und Westpreußen erbrachte eine erdrückende Mehrheit für Deutschland. Die Abstimmung vom 20. März 1921 in Oberschlesien ergab knapp 60 % der Stimmen für Deutschland. In 664 Gemeinden gab es eine deutsche, in 597 Gemeinden eine polnische Mehrheit.

Unzufrieden über dieses Ergebnis, entfachte Wojciech Korfanty (1873-1939) im Mai 1921 den dritten polnischen Aufstand. Freiwilligentruppen stellten in verlustreichen Kämpfen die Ordnung wieder her. Nach dem Ergebnis der Abstimmung hätte Oberschlesien zur Gänze beim Deutschen Reich verbleiben müssen. Der Völkerbundsrat erstattete indes am 20. Oktober 1921 sein Gutachten über die oberschlesische Frage, das auf die Teilung des Landes hinauslief.

Der Botschafterrat wies dementsprechend in seiner Entscheidung vom 20. Oktober 1921 ein Viertel des Abstimmungsgebietes mit einer knappen Hälfte der Einwohner Polen zu. Dieser Beschluß war offenkundig ungerecht und parteiisch. Er beraubte Deutschland des wirtschaftlich wertvollsten Teils von Oberschlesien. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien verlief zickzackförmig und sprach jeder Vernunft hohn.

Die Animosität in Deutschland gegen Polen

1. Die Bestreitung des Existenzrechtes

Die unangemessene Aufblähung des neuen polnischen Staates auf Kosten des Deutschen Reiches und seine deutschfeindliche Politik riefen in Deutschland starke Erbitterung hervor. Rechtsstehende Kreise wollten sich mit der Existenz des polnischen Staates nicht abfinden. Als ihr Sprecher kann der General Hans von Seeckt gelten. Er bezeichnete am 20. Februar 1920 Polen als den "Todfeind Deutschlands, Geschöpf und Bundesgenosse Frankreichs, Räuber deutschen Bodens, Vernichter deutscher Kultur". Um dieses Land vor dem Bolschewismus zu retten, "darf sich keine deutsche Hand rühren, und will der Teufel Polen holen, wir sollten ihm helfen".

Mit der letzten Bemerkung spielte Seeckt auf die damals siegreich in Polen vordringende Rote Armee an. Sie wurde später mit französischer Hilfe zurückgeworfen. Seeckt aber blieb seiner Haltung treu. Er schrieb am 11. September 1922: "Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und es wird verschwinden durch eigene, innere Schwäche und durch Rußland - mit unserer Hilfe."

Seeckt glaubte nicht an eine lange Dauer des polnischen Staates. Er hielt ihn innerlich für wenig lebenskräftig, und er dachte daran, ihn durch deutsch-sowjetisches Zusammengehen zu beseitigen. Seeckts Auffassung war in Rechtskreisen weit verbreitet. Auch konfessionelle Motive wirkten bei dem Affront gegen Polen mit.

Für manche protestantische Kreise war Polen "ein konfessioneller Keil zwischen den beiden romfreien Ländern Rußland und Deutschland". Aber auch in der Zentrumspartei gab es entschiedene Gegner Polens. Angeblich erklärte Josef Wirth am 24. Juli 1922: "Polen muß erledigt werden. Auf dieses Ziel ist meine Politik eingestellt."

2. Die Bejahung des Rechtes auf einen eigenen Staat

Kaas teilte diese Ansicht nicht. An dem Recht Polens, einen eigenen Staat zu bilden, hat er nie gerüttelt". Gewiß wollte er die Rechte der deutschen Minderheit in Polen gewahrt wissen. Aber "eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen den polnischen Staat" lehnte er aus ethischen und praktischen Erwägungen ab. "Niemals haben wir daran gedacht, das Recht des polnischen Volkes auf eine eigene Staatlichkeit anzuzweifeln." Deutschland habe ja selbst an der Wiege des polnischen Staates gestanden".

Mit der letzteren Bemerkung spielte er auf die Vorgänge zur Gründung eines selbständigen Polens an, die ihm aus den Verhandlungen des zweiten Untersuchungsausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vertraut waren. Die Mittelmächte hatten am 5. November 1916 das Königreich Polen ausgerufen und am 14. Januar 1917 in Warschau einen vorläufigen Staatsrat errichtet, der später durch einen Regentschaftsrat ersetzt worden war. Höchstwahrscheinlich kannte Kaas auch die harte Behandlung, die Preußen und Rußland ihren Untertanen polnischer Sprache jahrzehntelang hatten angedeihen lassen, und war der Ansicht, daß die Wiederherstellung Polens die verdiente Rehabilitation des geschundenen Volkes sei.

Die polnische Minderheitenpolitik

1. Der Versuch des Minderheitenschutzes

Polen war ein Nationalitätenstaat, der litauische, weißruthenische, ukrainische, tschechische, jüdische und deutsche Bevölkerungsanteile umfaßte. Eine im Jahre 1926 angestellte geheime Berechnung ergab, daß mehr als 35 % der Bevölkerung des Landes keine Polen waren". Um so dringender war der Schutz der kulturellen Eigenart, der wirtschaftlichen Existenz und der politischen Gleichberechtigung der Minderheiten.

Er sollte durch völkerrechtliche Vereinbarungen gewährleistet werden. Der Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919 zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten und Polen sicherte den völkischen Minderheiten in Polen unter der Garantie des Völkerbundes

freie Ausübung ihres kulturellen Erbes und Chancengleichheit in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht zu.
Die Genfer Konvention vom 15. Mai 1922 gewährleistete den Deutschen in Oberschlesien die Errichtung von Minderheitsschulen und -klassen und regelte wirtschaftliche und Verkehrsfragen, die sich aus der willkürlichen Abtrennung Ostoberschlesiens an Polen ergaben. Zwei internationale Gremien, das "Schiedsgericht für Oberschlesien" und die "Gemischte Kommission", sollten über die Einhaltung der Bestimmungen wachen.
2. Polnische Übergriffe
Die beiden Abkommen wurden jedoch von den Polen in der Praxis fast überhaupt nicht beachtet. Die kleineren Volksgruppen wurden vielmehr von dem polnischen Staatsvolk brutal unterdrückt. Gegenüber den Deutschen bestand eine weitverbreitete Feindseligkeit, die sich häufig bis zum offenen Haß steigerte. Unterlegenheitsgefühle mischten sich in wunderlicher Weise mit Anmaßung und Großmannssucht. Der polnische Chauvinismus arbeitete rücksichtslos an der Beseitigung des Deutschtums.
Die Deutschen sollten entweder im Polentum aufgehen oder das Land verlassen". In der Tat wanderten aus Posen und Westpreußen von 1919 bis 1926 teils freiwillig, teils unter Druck etwa 600.000 Deutsche in das Deutsche Reich ab. Wer in Polen blieb und an seinem Deutschtum festhielt, hatte Nachteile bis zur Existenzvernichtung zu gewärtigen. Die deutsche Sprache und die deutsche Kultur wurden systematisch unterdrückt.
3. Deutsche Proteste
Die "Germania" beobachtete die beinahe unaufhörlichen polnischen Übergriffe peinlich genau. Auch Kaas verfolgte das Wüten des polnischen Chauvinismus mit Empörung und geißelte es in der Öffentlichkeit. Im Jahre 1926 kritisierte er die intransigente Politik Polens, vor allem "seine durch skandalöse Einzelheiten belegbare, bis in das Heiligtum der kirchlichen und religiösen Freiheit brutal hineingreifende Minderheitenpolitik" und "seine vertragswidrige Schulpolitik zu offenkundigem Nachteil der deutschen Minderheiten".
Damit spielte Kaas auf polnische Geistliche an, die in vielen deutschen Gemeinden keinen deutschen Gottesdienst und keinen deutschen Religionsunterricht duldeten, und auf die Behörden, welche die deutschen Schulen zu erdrosseln suchten. Die Rettung der polnischen Wirtschaft durch den Bergarbeiterstreik in England habe "vorläufig den wirtschaftlichen Zwang zur politischen Vernunft in Polen gemildert". Kaas schloß mit den Worten: "Keine deutsche Politik kann auf die Korrektur der deutsch-polnischen Grenzfragen verzichten."
Im Reichstag brandmarkte Kaas mehrfach das gegen Völker- und Menschenrecht verstoßende Vorgehen Polens, aber auch Litauens gegen seine Minderheiten. Am 22. März 1927 sprach er von den Deutschen in Ostoberschlesien als einer "schwer bedrückten und durch eine gewalttätige Woiwodenpolitik in ihren natürlichen und vertragsmäßigen Rechten gehinderten ... Minderheit".
Am 23. Juni 1927 stellte Kaas im Namen der Regierungsparteien seine Befriedigung über "das entschiedene Eintreten der deutschen Delegation (beim Völkerbund) zugunsten der in ihren statutarisch festgelegten Rechten verletzten Memeldeutschen" fest. Darin liege die Anerkennung des Reiches "als des naturgegebenen Anwalts für die Wahrung und Sicherung der Rechte seiner jenseits der deutschen Landesgrenzen wohnenden Volksgenossen".
Gegenüber Polen erschöpfte sich selbst die Geduld des so friedfertigen und versöhnlichen Kaas. Am 19. November 1928 stellte er fest, in der oberschlesischen Schulfrage versuche Polen immer mehr, "den deutschen Rechtsstandpunkt auszuhöhlen". Er empfahl dem Außenminister, bei künftigen Verhandlungen über die Minderheitsrechte der Deutschen in Polen "nicht mehr so kompromißwillig zu sein", wie er es früher gewesen sei.
"Ein weiteres Nachgeben auf diesem Gebiete würde eine Zerstörung, eine Kompromittierung deutschen Rechts und deutscher Zukunftsmöglichkeiten darstellen, das meine politischen

Freunde und vor allem diejenigen, die diesen Verhältnissen besonders nahestehen, nicht verantworten können." Stresemann nahm diese Warnung von Kaas ernst. Auf der Tagung des Völkerbundsrates in Lugano im Dezember 1928 trat er wegen der Minderheitenfrage dem polnischen Außenminister scharf entgegen.

Kaas war auch erbittert über die Undankbarkeit der Polen. Auf dem Ostparteitag der Zentrumspartei in Breslau am 14. April 1929 erinnerte er bezüglich der Minderheitenpolitik daran, wie sich gerade Männer des Zentrums in früherer Zeit teilweise heroisch für die Rechte der polnischen Minderheit eingesetzt hätten. Die Polen sollten jetzt ihrerseits die Rechte der deutschen Minderheit respektieren. In diesem Zusammenhang sprach Kaas die prophetischen Worte, "daß diese Minderheitenfrage der Angelpunkt des europäischen Friedens ist.

Entweder entschließen sich die durch den Krieg neu entstandenen Staaten dazu, großzügig zu sein gegen ihre Minderheiten, oder sie dürfen sich nicht wundern, wenn die so hervorgerufenen Explosivkräfte sich früher oder später gegen sie selbst wenden."

Die deutschen Delegierten beim Völkerbund und der deutsche Außenminister hätten die in den Genfer Abmachungen von 1922 festgelegten Rechte der deutschen Minderheit in Oberschlesien nicht rigoros geltend gemacht, sondern "mehr als einmal beachtliche Teile unseres geschriebenen Rechtes geopfert, um daran das Friedenskompromiß nicht scheitern zu lassen".

Wenn sich das deutsche Entgegenkommen nicht auszahlen sollte, dann müsse in Zukunft energisch gefordert werden, "daß der Buchstabe des Rechts erfüllt wird, weil wir dann die Hoffnung verloren haben, daß sein Geist noch respektiert wird".

In seiner großen programmatischen Rede "Nicht rückwärts - vorwärts!" bezeichnete Kaas als die dringlichsten Fragen der deutschen Außenpolitik die Reparationsregelung, die Abrüstungsfrage und den Schutz der nationalen Minderheiten. "Was bei den polnischen Wahlen unseren deutschen Minderheiten und anderen geschehen ist, ist ein Hohn auf die Kulturanschauungen des 20. Jahrhunderts."

Kaas war in seinen Äußerungen stets vorsichtig und überlegt. Wenn er gegenüber Polen so scharfe Wendungen gebrauchte, dann ergeben sich daraus die Ungeheuerlichkeit des polnischen Verhaltens ebenso wie sein eigenes leidenschaftliches Engagement in Sachen der deutschen Volksangehörigen in Polen.

IV.

Provozierende polnische Außenpolitik

1. Die Spannungen mit Deutschland

Die Außenpolitik des neuen polnischen Staates war von einem rücksichtslosen Nationalismus geprägt. Die weithin bestehende Unsicherheit gegenüber dem Deutschen Reich wurde durch provozierende Arroganz kompensiert. Von 1920 bis 1925 bestanden daher fortwährende Spannungen zwischen Deutschland und Polen. Aber auch nach 1925 besserten sich die Beziehungen der beiden Länder wenig. Kaas gab Polen die Hauptschuld an dieser Lage. Am 22. März 1927 sprach er von der "polnischen Intransigenz".

An Konfliktsherden zwischen Deutschland und Polen fehlte es nicht. Namentlich die Unklarheit der völkerrechtlichen Stellung Danzigs führte unaufhörlich Mißhelligkeiten herauf. Leonhard von Muralt nannte den Weichselkorridor und Danzig "das schwierigste, ja 'das' unlösbare Problem der Friedenspolitik. Frank Thiess sah in dem Status Danzigs und in der Existenz des "polnischen Korridors" "eine Wunde, die am Bluten gehalten wurde und, solange sie bestand, den Frieden gefährden mußte".

Polen betrieb gegenüber seinem westlichen Nachbarn eine Politik der Drohung und der Herausforderung. Es veranstaltete an den deutschen Grenzen Manöver, die der Einschüchterung und der Abschreckung dienen sollten, und erwog zeitweilig sogar einen Präventivkrieg. In den Jahren 1930 bis 1932 wurden in Polen immer wieder Erwägungen über militärische Operationen gegen das Deutsche Reich angestellt.

Die Beziehungen zwischen Polen und dem Deutschen Reich blieben unter diesen Umständen während der gesamten Dauer der Weimarer Republik gespannt. Sie besserten sich nach der Berufung Hitlers zum Reichskanzler nicht. Am 6. März und im April 1933 traf Polen erneut militärische Vorbereitungen. Hitlers Außenpolitik gegenüber Polen schlug einen anderen Weg ein, als man ihn in der Weimarer Republik gegangen war.

2. Die Bemühungen um Ausgleich

Kaas wollte den deutschen Rechtsstandpunkt gegenüber Polen gewahrt wissen, lehnte aber den Zustand eines permanenten Konfliktes ab. Er dachte in europäischen Zusammenhängen und fürchtete die Auswirkungen der Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Polen auf Frankreich".

Er wußte, daß die öffentliche Meinung in Frankreich eine besondere Vorliebe für Polen hatte und heftig auf alles reagierte, was eine wirkliche oder vermeintliche Verletzung der Würde und der Integrität seines östlichen Verbündeten war. Am 22. März 1927 sprach Kaas im Reichstag die polnische "Ausweisungspraxis" und die "Niederlassungsfrage" an. Den Abbruch der Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen wegen eines ostoberschlesischen Ausweisungsfalles hielt er für eine überzogene Reaktion.

Zusammen mit der Bildung der neuen Regierung habe er "alle Geister des Mißtrauens im Ausland" geweckt. Er forderte eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Einen "Handelskrieg mit Polen" lehnte er ab". Die Erwartung, Polen könne durch wirtschaftlichen Druck zur Grenzrevision veranlaßt werden, sei "eine Illusion". Kaas ließ keinen Zweifel daran, daß seine Partei "an den grenzpolitischen grundsätzlichen Ansprüchen" gegenüber Polen, "an der Forderung der Korrektur des Unrechts, das in Oberschlesien, im Korridor und in Danzig geschehen ist", festhalte. Indes müsse zwischen dringlichen Gegenwartsfragen und zukünftigen Regelungen unterschieden werden.

Für jetzt seien friedliche Wirtschaftsbeziehungen und kulturelle Zusammenarbeit die beste Voraussetzung, um letztere zu erreichen. In der Behandlung der deutschen Minderheit müsse sich "nicht nur gesetzgeberisch, sondern auch in der bisher schikanösen Verwaltungspraxis" etwas ändern, wenn zwischen Polen und Deutschland ein gutnachbarliches Verhältnis hergestellt werden solle.

Diese emotionslosen Ausführungen von Kaas wiesen einen Weg, auf dem die ärgsten Spannungen ausgeräumt werden konnten. Man sollte miteinander verhandeln und wirtschaftliche Beziehungen pflegen; dadurch könne eine gewisse Annäherung erreicht werden. Die beiden Länder waren wirtschaftlich aufeinander angewiesen. Der polnische Agrarexport nach Deutschland und der deutsche Industrieexport nach Polen vermochten sich in glücklicher Weise zu ergänzen.

Die Frage der Revision der deutschen Ostgrenze war zumindest im Augenblick unlösbar; sie war auch eine schwere Hypothek für die Zukunft. Daß Polen freiwillig einer Grenzkorrektur zugestimmt hätte, ist unwahrscheinlich. Auf dem Ostparteitag des Zentrums in Breslau am 14. April 1929 griff Kaas das Thema erneut auf.

Er wünschte von Polen "einen etwas verbindlicheren Verkehrston", als er bisher üblich gewesen sei. Er stehe "auf dem Boden der Bejahung des polnischen Rechts auf einen eigenen Staat". Aber die Wirtschaftsbeziehungen müßten sich bessern, denn so, wie sie jetzt seien, litten beide Nachbarn. "Wir wollen Wirtschaftsfrieden, aber nicht unter dem Preis des Lebens unserer Grenzlandwirtschaft."

Die versöhnlichen Worte, die Kaas an Polen richtete, wurden dort nicht honoriert. In der polnischen Presse schlug ihm vielmehr eine Welle von Beschimpfungen und Vorwürfen entgegen.

V.

Die Revision der deutschen Ostgrenze

1. Die Übereinstimmung der Regierungen und der Parteien der Weimarer Republik

Die Weimarer Republik weigerte sich beharrlich, die deutsch-polnische Grenze als endgültig anzuerkennen. Die deutschen Regierungen sahen die in Versailles diktierte deutsche Ostgrenze für ebenso unannehmbar an wie den gesamten Friedensvertrag.

Walther Hubatsch hat richtig festgestellt, daß kein einziges Kabinett in der Zeit der Weimarer Republik die deutschen Ostgrenzen "hingenommen" hat, daß vielmehr "die revisionistische Strömung gegen den Versailler Vertrag ... im Auslande auf keinem anderen Gebiet so stark gewesen (ist) wie auf dem der Grenzziehungen im Osten". Selbst der konziliante Stresemann hielt an der Revision der Ostgrenze als einer unbedingten Notwendigkeit fest.

Für ihn war die friedliche Grenzregulierung gegenüber Polen ein unverrückbares außenpolitisches Ziel. Auf der Locarno-Konferenz weigerte sich die deutsche Regierung, die ihr angesonnene Garantie für die Ostgrenze abzugeben. Der Vertrag von Locarno gewährleistete daher die deutsch-polnische Grenze nicht. Die aus Angst, Haß und Erbitterung gemischte deutschfeindliche Stimmung in Polen erklärt sich zum Teil von daher.

Die Haltung der deutschen Regierung war zum großen Teil von der Rücksicht auf die Einstellung im Volk bestimmt. Die meisten Deutschen ohne Unterschied der parteipolitischen Einstellung sahen die deutsch-polnische Grenze, wie sie der Vertrag von Versailles geschaffen hatte, als unerträglich an. Die deutschen Parteien waren sich darin einig, daß die Ostgrenze revidiert werden müsse.

Es ist richtig festgestellt worden, daß es "in den außenpolitischen Fragen der Weimarer Republik wohl kein zweites Problem" gab, "worüber solche Einstimmigkeit aller Parteien im Reichstag herrschte". Die radikalen Parteien lehnten die Locarno-Verträge u.a. deswegen ab, weil sie ihrer Meinung nach die Revision der deutschen Ostgrenze ausschlossen. Bis zum Ende der Weimarer Republik wehrten sich Vertreter aller Parteien leidenschaftlich gegen ein "Ost-Locarno".

2. Die Stellung des Zentrums

Das Zentrum machte in der Frage der Revision der deutschen Ostgrenze keine Ausnahme. Seine Sprecher drückten sich in dieser Hinsicht eindeutig aus. Ulitzka sah in der deutsch-polnischen Grenze ein Provisorium, das bereinigt werden müsse". Ebenso bezeichnete Brüning am 24. Mai 1932 im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags eine Garantie der polnischen Westgrenze als "für uns untragbar".

Kaas teilte diese Ansicht. Am 9. Mai 1927 erklärte er in Köln, eine "Locarnisierung der Ostgrenze" wäre "ein schreiendes Unrecht gegen die Existenz- und Selbstbestimmungsrechte des deutschen Volkes". Die deutsch-polnische Grenze stelle "eine politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit" dar. Diesen Feststellungen setzte Kaas aber die Aufforderung bei, auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu einer erträglichen Zusammenarbeit mit Polen zu kommen. Er forderte beiderseitiges christliches Entgegenkommen, um die ungeheuren Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern zu überwinden.

Die letzte Bemerkung zeigt, daß Kaas unter der Tatsache litt, daß zwei christliche Völker es nicht vermochten, zu einem friedlichen und freundschaftlichen Zusammenleben zu finden. Allerdings spielte die dem Zentrum vergleichbare Partei der "Christlichen Demokratie" im politischen Leben der polnischen Republik keine große Rolle. Im übrigen wurde der Katholizismus dort zwar aus politischen Gründen betont; aber christliche Maximen wurden in der Praxis kaum beachtet.

Auf dem Ostparteitag der DZP in Breslau am 14. April 1929 sagte Kaas, die Grenzziehung im Osten sei "ein wirtschaftlicher Nonsens, ein Experiment mit explosiven Möglichkeiten". Nicht durch kriegerische Maßnahmen, sondern durch die Waffe des Rechts kämpfe Deutschland um eine Änderung dieses Zustands. An die "Möglichkeit einer naheliegenden Grenzkorrektur" glaube er nicht. Gewaltanwendung komme nicht in Frage. Das waren mutige Worte. Denn sie

stießen auf eine gerade im deutschen Osten besonders starke Animosität gegen Polen, die nicht selten mit dem Gedanken spielte, die verlorenen deutschen Gebiete durch Kampf zurückzuholen. Kaas appellierte gegenüber dieser leidenschaftlichen Ablehnung an die Vernunft und an das Recht.
Zwei Jahre später hob Kaas seinen Standpunkt erneut mutig hervor. Am 10. Februar 1931 sagte er im Reichstag in bezug auf den östlichen Nachbarn des Reiches: "Aber gegenüber der Grenzen, gegenüber dem Ausmaß, das dieser Staat in Versailles teilweise auch zum Schaden seiner eigenen wohlverstandenen Interessen gefunden hat, haben wir sachliche Bedenken, und wir müssen uns das Recht wahren, festzustellen, wo die Mindestgrenze deutschen Rechtsanspruches verläuft."
Diese Forderung brauche "nicht zu hindern, daß man auch schon in der Gegenwart versucht, zu einem nachbarlichen Verhältnis zu kommen und dadurch eine Atmosphäre zu schaffen, in der eine förderliche Weiterbehandlung der zwischen den beiden Staaten hängigen Dissonanzen überhaupt erst möglich wird". Man sieht, daß bei Kaas die Anmeldung des Revisionsanspruchs stets mit dem Appell, erträgliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen, gekoppelt war.
Auch im Ausland machte Kaas kein Hehl aus seiner Überzeugung, daß Deutschland im Osten verlorene Gebiete zurückerhalten müsse. Als französische Parlamentarier in Genf ihn nach dem Verhältnis Deutschlands zu Polen befragten, antwortete er, Deutschland bejahe zwar "die Existenz und Unabhängigkeit des polnischen Staates als eine europäische Notwendigkeit"; aber "die friedliche Revision" der polnischen Westgrenze sei "ebenfalls eine europäische Notwendigkeit".
Nach Kaas hätten die französischen Parlamentarier für diesen Standpunkt volles Verständnis gehabt. In der Tat gab es nicht wenige ausländische Stimmen, die den deutschen Revisionsanspruch als berechtigt anerkannten. Eine Erfüllung war ihm nicht beschieden. Als Hitler daran ging, das Problem der deutschen Ostgrenze gewaltsam zu lösen, stolperte er in den Zweiten Weltkrieg hinein. Als seine Folge verlor Deutschland mehr Gebiet im Osten, als es bei einer Revision der deutsch-polnischen Grenze hätte zurückgewinnen können. …<<

04.11.1989

DDR: Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrieren am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820).
Es ist die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfindet.
Während dieser Demonstration am 4. November 1989 halten bekannte Persönlichkeiten auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz leidenschaftliche Ansprachen (x298/242): >>... (Stefan Heym, Schriftsteller:) Liebe Freunde, Mitbürger, es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen. Den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit. Welche Wandlung! (Klatschen)
Vor noch nicht 4 Wochen die schön gezimmerte Tribüne hier um die Ecke mit dem Vorbeimarsch, den Bestellten vor den Erhabenen! (Applaus)
Und heute – heute Ihr, die Ihr Euch aus eigenem freien Willen versammelt habt, für Freiheit und Demokratie und für einen Sozialismus, der des Namens wert ist. ...
Einer schrieb mir, und der Mann hat recht, wir haben in den letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind jetzt dabei, den aufrechten Gang zu erlernen. (Applaus)
Und das, Freunde in Deutschland, wo bisher sämtliche Revolutionen danebengegangen waren. Und wo die Leute immer gekuscht haben. Unter dem Kaiser. Unter den Nazis. Und später auch. (Starker Applaus)
Aber sprechen, frei sprechen, gehen, aufrecht gehen – das ist nicht genug. Laßt uns auch lernen zu regieren. (Applaus)

Die Macht gehört nicht in die Hände eines einzelnen, oder ein paar weniger oder eines Apparates oder einer Partei. (Starker Applaus)
(Christa Wolf, Schriftstellerin:) Zu Huldigungsvorbeizügen ... werden wir keine Zeit mehr haben. (Starker Applaus)
Dies ist eine Demo, genehmigt, gewaltlos. Wenn sie so bleibt bis zum Schluß, wissen wir wieder mehr über das, was wir können. Und darauf bestehen wir dann. (Starker Applaus)
Ein Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei. (Zurufe, Klatschen, starker Applaus)
Alles nicht von mir. Das ist literarisches Volksvermögen. Unglaubliche Wandlung. Das Staatsvolk der DDR geht auf die Straße, um sich als Volk zu erkennen. Und dies ist für mich der wichtigste Satz dieser letzten Wochen – der tausendfache Ruf: Wir sind das Volk! (Starker Applaus)
Eine schlichte Feststellung, und die wollen wir nicht vergessen. (Applaus)
(Steffie Spira, Schauspielerin:) Ich wünsche mir für meine Enkel, daß sie aufwachsen ohne Fahnenappell, ohne Staatsbürgerkunde, und das keine Blauhemden mit Fackeln an den hohen Leuten vorbeigehen. (Starker Applaus)
Ich habe noch einen Vorschlag: Aus Wandlitz (Waldsiedlung der führenden SED-Politbüromitglieder) machen wir ein Altersheim! (Starker Applaus)
Die über 60- bis 65jährigen können jetzt schon dort wohnen bleiben, wenn sie das tun, was ich jetzt tue – Abtreten! (Starker, langanhaltender Applaus) ...<<

09.11.1989

DDR: Die SED-Führung (Egon Krenz) verkündet am 9. November 1989 die Grenzöffnung nach Westdeutschland und West-Berlin.
Ein Journalist berichtet damals über die Nacht vom 9./10. November 1989 in Berlin (x303/-170): >>Bald wird die Grenze geöffnet. Das passiert kurz nach Mitternacht. Die ersten DDR'ler kommen zu Fuß, viele sind verwirrt, sagen: "Hoffentlich kann ich auch wieder zurück ..."
Durch ein Gatter drängen sie in den Westen, bejubelt von der wartenden Menge. Sie werden umarmt und mit Sekt übergossen. ...
Wir versuchen zum Brandenburger Tor zu kommen. Es ist etwa 3 Uhr (nachts). Das Tor ist grell erleuchtet – von den Scheinwerfern der TV-Teams.
Auf der Mauer stehen die Leute dicht an dicht. "Das Geilste von allem war", schreit jemand, "wie wir vorhin durchs Brandenburger Tor jeloofen sind – ick hab det Ding sogar anjefaßt". ...<<

10.11.1989

DDR: Ein 16jähriges Mädchen aus Thüringen berichtet am 10. November 1989 über ihre ersten Eindrücke im Westen (x303/170): >>Am Tag vor unserer (ersten) Fahrt in den Westen war ich so aufgeregt wie selten. Allerdings muß ich zugeben, daß ich alles sehr materialistisch sah. Die gewonnenen Freiheiten waren mir so ziemlich egal. Ich freute mich nur auf das Schlaraffenland.
Für mich stand nicht einmal außer Frage, daß sich der reiche Westen um uns kümmern würde. Vielleicht würde ich ja jeden Tag Apfelsinen bekommen oder die herrlichen Süßigkeiten aus der Werbung? ...
In einer kleinen Stadt machten wir Rast. Zum ersten Mal in meinem Leben sah ich westdeutsche Geschäfte und Schaufensterauslagen. Aber was ich sah, übertraf meine kühnsten Träume! Konnte das Wirklichkeit sein?
Vor Staunen bekam ich meinen Mund schon nicht mehr zu. Alle Geschäfte hatten geschlossen, sonst hätte ich garantiert mein ganzes Geld dort ausgegeben. ...<<

12.11.1989

DDR: Die Bürgerbewegung "Neues Forum" erklärt am 12. November 1989 (x303/171): >>... Eure spontanen und furchtlosen Willensbekundungen im ganzen Land haben eine friedliche Demonstration in Gang gesetzt ... und die Mauer durchbrochen.

Auf diesen Tag haben wir fast 30 Jahre gewartet! Mauerkrank haben wir an den Gitterstäben des Käfigs gerüttelt. Die Jugend wuchs in dem Traum auf, einst frei zu werden und die Welt zu erfahren. Dieser Traum wird jetzt erfüllbar sein: Es ist ein Festtag. ...

Fordert die Erfüllung der politischen Reformen. ... Verlangt freie Wahlen für eine echte Volksvertretung ohne vorgeschriebene Führungsrolle, verlangt ein Verfassungsgericht, verlangt die Freiheit des Wortes und der Presse, eine Justizreform, eine Bildungsreform, unabhängige Gewerkschaften.<<

13.11.1989

DDR: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (46/1989) berichtet am 13. November 1989 über das Ende der DDR: >>**Eine friedliche Revolution**

Berlin als freie Stadt: Kurz nachdem die neue SED-Führung ihren Bürgern panikartig nach 28 Jahren Reisefreiheit gewährte, überrannten Bürger aus Ost und West die Beton- und Sperranlagen - die zweite Niederlage für Parteichef Egon Krenz nach Problemen mit seinen Personalvorstellungen, aber ein Gewinn für die Deutschen.

Heiligabend und Sylvester fielen in Berlin in diesem Jahr auf den Abend des 9. November: Vor allem in Ost-Berlin lagen sich am späten Donnerstagabend einander fremde Menschen in den Armen, lachten und jubelten mit glücklichen Gesichtern. In Häusern und auf den Straßen knallten Sektkorken, am Nachthimmel gingen Leuchtraketen und Böller los. Nur Christbaum und Lametta fehlten.

Auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor, dem Symbol der jetzt 40 Jahre währenden deutschen Trennung, tanzten West-Berliner und sangen sekt- wie bierselig "So ein Tag, so wunderschön wie heute".

Dabei war es Nacht, Mitternacht zwischen dem 9. und 10. November, einem historischen Datum, wie Politiker schnell erklärten und die Berliner ehrlich empfanden.

Der Schlagbaum am Sektorenübergang Bornholmer Straße stand im gleißenden Scheinwerferlicht des Westfernsehens viele Stunden offen. Unkontrolliert ergoß sich dort wie an den anderen, bis dahin verbarrikadierten Übergängen ein Strom von Ost-Berlinern, viele Freudentränen weinend, in den Westteil ihrer Stadt - am Kontrollpunkt Oberbaumbrücke über einen roten Teppich, den Westler zur Begrüßung ihrer ersten seltenen Gäste ausgerollt hatten.

Selbst in anderer Richtung ein Menschengewoge - Wessies, die unkontrolliert in den Osten schwappten, zu Freudenfesten bei Freunden oder Unbekannten mit mitgebrachtem Henkell trocken oder vor Ort ausgeschenktem Rotkäppchen-Sekt.

Die neue Freiheit wuchs den Deutschen gänzlich überraschend binnen einer Woche zu, nachdem SED-Chef Egon Krenz eben noch ein umständliches Reisegenehmigungsrecht angekündigt hatte. 28 Jahre plus knapp drei Monate war Berlin mit Mauern und Sperranlagen geteilt, 40 Jahre lang die Nation als Ergebnis der Hitlerschen Expansionskatastrophe getrennt.

Selbst die kühnsten politischen Propheten hätten die Mauer allenfalls durchlässig gesehen am Ende eines visionären Zeitraums, in dem die seit Jahrzehnten in Kaltem Krieg und Blockdenken erstarrten Hälften West- und Osteuropa in ein "gemeinsames Haus" einziehen sollten, wie es der sowjetische Reformator Michail Gorbatschow entwarf. Schon in der fünften Woche nach einer pompös zelebrierten 40-Jahr-Feier, bei der bestellte Jubler vor den Tribünen "der Erhabenen" - so der SED-Kritiker Stefan Heym - defilieren mußten, war die Erstarrung im deutschen Zweitstaat dahin.

Erstmals in der jüngeren deutschen Geschichte, dies der unglaublichste Aspekt in einem historischen Monatszeitraum, siegt das Volk gegen die Herrschenden, zwingt ihnen seinen Willen

auf - ohne Gewalt, bloß willentlich.
Und erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte scheint, beim Tempo der in Ost-Berlin dahinfliegenden Prozesse, eine Wiedervereinigung denkbar und nicht, wie bisher, bloß utopisch. Tausende von Verbrüderungsszenen zwischen strahlenden oder tränenüberströmten, glücklichen oder angeheiterten Deutschen aus Ost und West stellten Erstaunliches unter Beweis: Eine Nation, deren Größenwahn Europa an den Abgrund gebracht hatte und die nach der Niederlage von den Siegern gezielt und vermeintlich dauerhaft zerteilt worden war, hat sich über das Zeitalter fast zweier Generationen hinweg ein offenbar dauerhaftes Zusammengehörigkeitsgefühl erhalten.
Am Abend des 9. November wurde für den Architekten der Bonner Ostpolitik, Egon Bahr, "ein Traum wahr". Und er rannte zu seinem damaligen Kanzler Willy Brandt: "Es bedurfte keiner Worte. Die Wirklichkeit war über unsere Phantasie hinausgegangen."
Die neue Freizügigkeit in Ost-West-Richtung war, wie so manches in den letzten Wochen, auf leisen Sohlen dahergekommen, ohne Fanfarenstöße, Flaggengruß oder förmliche Vertragswerke.
Um 18.57 Uhr hatte Günter Schabowski, gerade erst ernannter Informationssekretär des SED-Zentralkomitees und Mitglied des einst allmächtigen Politbüros, auf einer im Fernsehen live übertragenen Pressekonferenz mitgeteilt, ab sofort könnten die DDR-Bürger problemlos in den Westen reisen, ohne Verwandte, ohne Anlaß, nur so nach Lust und Laune. Die Behörden seien angewiesen, Paß und Visum schnell und unbürokratisch auszustellen.
Es dauerte drei Stunden, bis die aus Erfahrung stets mißtrauischen DDR-Bürger die Nachricht wirklich glaubten.
Gegen 22 Uhr wuchsen an den Berliner Grenzübergängen dichte Menschentrauben. Die Leute streckten ihre Personalausweise durch die Eisengitter und forderten die Wachposten auf, sie durchzulassen - ab in den Westen.
Die Grenzer blieben zunächst stur. Jeder, so belehrten sie die Menge, müsse sich zunächst bei der Volkspolizei ein Visum besorgen, sonst gehe hier nichts. Doch die Menschen blieben und warteten. Die Menge wuchs, in Windeseile verbreitete sich auch außerhalb der DDR-Metropole die Kunde, die Grenze werde aufgemacht.
Dann geriet die Lage, wie so manches in den vergangenen Wochen, der SED außer Kontrolle. Plötzlich war die Grenze offen - für alle. Hunderte stürmten, nach flüchtiger Kontrolle ihrer Ausweise durchs uniformierte Personal, hinüber. Vor den Übergängen Heinrich-Heine-Straße, Bornholmer Straße und Invalidenstraße bildeten sich lange Trabi-Schlangen. Die Insassen warteten geduldig, lachten und weinten oder sangen.
Auch der Deutsche Bundestag zu Bonn würdigte das Ereignis mit Tränen und Gesang. Als Karl-Heinz Spilker (CSU), statt seine Rede zum Vereinsförderungsgesetz zu beginnen, die Meldung verlas: "Ab sofort können DDR-Bürger direkt über alle Grenzstellen zwischen der DDR und der Bundesrepublik ausreisen", klatschten die Abgeordneten minutenlang.
Dann füllte sich der Saal. CDU-Kanzleramtschef Rudolf Seiters und die Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger (CDU/CSU), Wolfgang Mischnick (FDP) und Hans-Jochen Vogel (SPD), die im Kanzleramt über den massiven Zustrom von Übersiedlern aus der DDR via CSSR beraten hatten, eilten ins Plenum und würdigten in knappen Erklärungen den Ost-Berliner Reisebeschluß.
Der Grüne Hubert Kleinert - seine Fraktion war wie üblich von der Runde im Kanzleramt ausgeschlossen - erlebte eine "eigenartige Situation: Alle sagten irgendwie nur Richtiges". Eine Seltenheit im Bonner Parlament: Grüne applaudierten CDU-Dregger, Unionschristen dem Grünen Helmut Lippelt.
Dann stimmten drei Abgeordnete von den Hinterbänken der CDU/CSU-Fraktion spontan das Deutschlandlied an - Hermann Josef Unland, 60, aus Bocholt, der Schwabe Franz Sauter, 61,

und Ernst Hinsken, 46, Bäckermeister aus dem niederbayerischen Haibach.
Bald fielen alle Parlamentarier der Altparteien ein und erhoben sich von ihren Stühlen; selbst die Grünen fühlten sich berührt. Kleinert stieß seinen Nachbarn an und seufzte: "Um Gottes willen, jetzt auch das noch." Aber den Saal verlassen wie sonst bei nationalen Gefühlsausbrüchen mochten die Grünen nicht: Sie standen auf und schwiegen, bloß Antje Vollmer fand es "schrecklich".
Und nachdem Annemarie Renger ("Es fällt mir schwer") auf Antrag des SPD-Geschäftsführers Gerhard Jahn unter allgemeinem Beifall die Sitzung beendet hatte, verließ ein emotionsbeladener Willy Brandt den Bundestag, weinend, gestützt von der SPD-Kollegin Liesel Hartenstein, die selbst mit den Tränen kämpfte.
Erst weit nach Mitternacht, gegen vier Uhr in der Früh, greifen am Brandenburger Tor DDR-Grenzer mit Wasserschläuchen und Lautsprechern ein, drängen die Mauerspringer in den Westen zurück, bilden einen dreifachen Kordon, um das Symbol der deutschen Einheit abzuriegeln und die Mauer davor für den am 13. August 1961 vorgesehenen Verwendungszweck zu retten.
Irgendwann weit nach Mitternacht sind die Grenzanlagen, vor Stunden noch intimste Sperrzone des SED-Staates, überflutet von Ost-Bürgern. Jeder Wartburg und jeder Trabi, der durch die Betonsperren kurvt, wird mit Beifall begrüßt. Auf Barrieren brennen Kerzen.
Die Grenzer, gestern noch ganz abweisende Hüter des realen Sozialismus, bekommen von den Nachtschwärmern Blumen. Und sie schauen dem Treiben freundlich zu. "Die kommen alle wieder", sagt einer, und der Stolz in seiner Stimme ist nicht zu überhören.
Und sie kommen wieder. Gegen zwei in der Nacht kehren die ersten heim, vom ersten Kudamm-Bummel ihres Lebens, vom schnellen Bier bei Bekannten jenseits der Mauer. Manche nutzen den Abstecher auch nur, um von West-Berlin in die Bundesrepublik zu telefonieren - seit die Flüchtlingswelle immer höher in die Bundesrepublik schwappt, sind deutsch-deutsche Ferngespräche auf den wenigen, total überlasteten Leitungen ein Glücksspiel.
Deutschland im Herbst. In West-Berlin kriegen die Kinder am Freitag schulfrei, im Bundesrat erklärt dessen neuer Präsident, Berlins regierender Bürgermeister Walter Momper, das deutsche Volk wegen der Erlebnisse nachts zuvor zum "glücklichsten Volk der Welt".
Theater, Oper und Fußballvereine in West-Berlin bieten den Ost-Bürgern freien Eintritt, die westlichen Konsumtempel richten eilends Wechselstuben zur Annahme von Ostgeld ein. Die Glocken der Gedächtniskirche läuten.
Bundespräsident Richard von Weizsäcker spricht, zu Recht, von einem "tiefen historischen Einschnitt in die Nachkriegsgeschichte", und Kanzler Helmut Kohl, der zuvor, kein Fettnäpfchen mißachtend, eine Pannenreise nach Polen begonnen hatte, bricht den Besuch in Warschau ab mit dem historischen Satz auf den Lippen: "Mein Platz augenblicklich ist in Bonn." Danach fliegt er über Hamburg nach West-Berlin.
Das Wunder hat das Volk der DDR bewirkt - ohne Waffen und ohne Gewalt. Und es trat, angeschubst von Michail Gorbatschows Perestroika und angefeuert durch den Abbau des Eisernen Vorhangs in Ungarn, eine Lawine los: Die Führung von Staat und Staatspartei findet sich in einem atemraubend schnellen Auflösungsprozeß. Der neue Staats- und Parteichef Egon Krenz ist auf panischer Flucht nach vorn.
Mehr als eine halbe Million Menschen waren in der größten Demo aller DDR-Zeiten am vorletzten Samstag durch Ost-Berlin gezogen, knapp 500.000 waren es zwei Tage später beim montäglichen Umzug um die Leipziger Innenstadt, 60.000 zur gleichen Stunde in Halle, 50.000 in Karl-Marx-Stadt, mehr als 10.000 in Cottbus, 25.000 in Schwerin. Das SED-Zentralblatt Neues Deutschland meldet die täglichen Demo-Fakten wie die Wasserstände: mehrere 10.000 am Donnerstagabend in Gera, rund 80.000 auf dem Erfurter Domplatz. Und ... und ... und ...

"Die Straße ist die Tribüne des Volkes", sagte die Schauspielerin Marion van de Kamp beim historischen Meeting auf dem Alex; das Volk hat es begriffen und probt mit Lust seine neue Kraft. Selbst auf dem bisher von nichts als Friedhofsruhe beseelten platten Land treibt es die Menschen in Scharen aus den Häusern und lehrt die an Duckmäuserei und furchtsames Kuschen gewohnte Staatspartei SED das Fürchten: "Wir sind das Volk."
Es zeigt sich auf der Siegerstraße. Es hat die Herrschenden satt.
Mit einem dramatischen Appell beschwor der DDR-Ministerrat bei seinem Rücktritt am Dienstag "die Bürger unseres Landes, in dieser politisch und ökonomisch ernsten Situation alle Kräfte dafür einzusetzen, daß alle für das Volk, die Gesellschaft und die Wirtschaft lebensnotwendigen Funktionen aufrechterhalten werden" - als stünde der Generalstreik unmittelbar bevor.
Schon am Freitag davor, am Vorabend der Großdemo auf dem Alex, hatte Krenz die Bürger seines Landes zur "Besonnenheit" aufgefordert und massenhaft Polizisten mit Barrikaden alle Verkehrswege zur Mauer abriegeln lassen - als stünde vom Osten aus ein Gewalt-Marsch auf die Mauer bevor.
Die Führung weiß nicht mehr, was das Volk denkt; das Tremolo (das Zittern) der Herrschenden war überflüssig. Die ostdeutsche Revolution von unten vollzieht sich sanft, ohne Gewehrläufe und ohne Sturm auf die Bastille. Das Volk denkt - noch - nicht an Streik und Aufstand, es verläßt sich - noch - allein auf die Wucht seiner friedlichen Masse.
Mitbewirkt hat das, paradox, der Egon Krenz, der - wie sich allmählich in der DDR herumspricht - am 9. Oktober auf den Straßen Leipzigs ein Blutbad verhindert hatte. Polizeistaffeln und Betriebskampfgruppen standen damals bereit; sie hatten schon in der Woche zuvor die erste Probe der Gewalt abgelegt, als sie mit Knüppeln, Schilden und Wasserwerfern auf jene Mitbürger losgegangen waren, die im Dresdner Hauptbahnhof auf die aus Prag kommenden Flüchtlingszüge aufspringen wollten:
Widerspenstige wurden niedergeschlagen, ein Polizeiwagen verbrannte, Wasserwerfer zielten auf Steineschmeißer. Bei einer Solidaritätsdemo von SED-Mitgliedern vor dem ZK behauptete ein Feuerwehrmann, die Nationale Volksarmee habe in Leipzig einen von Krenz-Vorgänger Erich Honecker unterzeichneten "Einsatzbefehl" gehabt.
Stimmt das Gerücht, hat Krenz mit seiner Weisung, die Leipziger Demo friedlich laufen zu lassen, einen Bürgerkrieg verhindert und die Ablösung des kranken Honecker erreicht. Aber der Honecker-Lehrling wird nun, da er in dessen Amt sitzt, der Geister, die er damit rief, nicht froh.
Vor dem Zentralkomitee seiner SED räumte er am letzten Mittwoch ein: "Eine Volksbewegung ist entstanden und drückt sich in vielen Formen aus: in selbstbewußten Demonstrationen wie im vielstimmigen Dialog. Diese Volksbewegung hat den Prozeß der Überprüfung und der Veränderung ausgelöst."
Die Krenz-Schmeichelei konnte das Volk im Parteiorgan Neues Deutschland nachlesen. Was der Wende-Sekretär wirklich über die Demonstranten denkt, erfuhren nur ausgewählte Kader. Die Kundgebung rund um den Alex, so Krenz in einem Fernschreiben an die Kreissekretäre der SED, habe deutlich gemacht, daß es in unserem Lande auch falsche Töne gibt, Töne gegen die führende Rolle der Partei, die sozialistische Staatsmacht und die Staatssicherheit ... Negiert wurde auch die Tatsache, daß wir das Neue nur auf dem Fundament des in 40 Jahren Geschaffenen erbauen können.
Krenzens bedauerndes Fazit:
Es gab zu dieser Kundgebung keine Alternative, wenn wir dem Grundsatz treu bleiben, daß in unserem Lande vor sich gehende Prozesse nur mit politischen Mitteln zu lösen sind.
Mit verzweifelten Kraftakten versuchte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der vergangenen Woche, sich vom Haltegriff am letzten Wagen des ostdeutschen Reformzuges,

an den sich die SED-Führung seit Wochen klammert, weiter nach vorn zur Lok zu hangeln.
Am Dienstag trat die Ost-Berliner Regierung geschlossen zurück. Einen Tag später feuerte das Zentralkomitee der Partei die Alten geschlossen aus dem Politbüro.
Und in einem "Aktionsprogramm" gelobte die Parteiführung für ewige Zeiten die Wandlung ihrer SED vom realsozialistischen Saulus zum demokratischen Paulus: Pressefreiheit soll es künftig geben im ehemaligen Arbeiter- und Bauernparadies und das Recht aller, sich "zur Verwirklichung ihrer Interessen" (Krenz) zu vereinen; neue Bürgerbewegungen sollen zugelassen und das politische Strafrecht eingeengt werden; einen zivilen Ersatzdienst gibt es und ein Gesetz, das die Arbeit der Staatssicherheit regelt und einschränkt.
Die "höchsten Repräsentanten unserer Staatsmacht", vom Staatsratsvorsitzenden über den Volkskammerpräsidenten bis zum Ministerpräsidenten, sollen nur noch maximal zwei Wahlperioden amtieren, und bestimmt werden sollen sie nach einem Gesetz, das - erstmals in der Geschichte des deutschen Oststaates - "eine freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahl gewährleistet" (Krenz).
In die rechte einheitssozialistische Bahn zurücklenken will Krenz das ihm außer Kontrolle geratene Volk vor allem durch weniger Personal und mit ein paar neuen Köpfen. Das ZK feuerte auf seiner 10. Plenartagung am Mittwoch nicht nur die alte Garde der Starrsinnigen von Hermann Axen über Erich Mielke bis Horst Sindermann, es verkleinerte die Schaltzentrale der Parteimacht, das Politbüro, von 21 auf 11 Genossen.
Das Revirement überzeugte nicht einmal die eigene Basis. Die hat sich auf die Seite des Volkes geschlagen.
"Wir sind die Partei", skandierten Tausende Genossen am letzten Mittwoch bei einer eigentlich zum Jubeln einbestellten Demo vor dem ZK-Gebäude am Werderschen Markt. Einer nannte die Wahl des neuen Politbüros eine "Fehlentscheidung", ein anderer forderte unter Beifall "Konsequenzen bis zum Ausschluß" für all jene, die die gegenwärtige Lage zu verantworten haben.
Zwei Tage darauf war die Forderung - teilweise - erfüllt: Das ZK feuerte die bis 18. Oktober amtierenden Politbüromitglieder Günter Mittag und Joachim Herrmann aus seinen Reihen; "wegen gröblichster Verstöße" soll eine Kontrollkommission gegen Mittag "und weitere Genossen, die gegen das Statut der Partei verstoßen haben", ermitteln. DDR-Generalstaatsanwalt Günter Wendland forderte, die Volkskammer solle in einem Untersuchungsausschuß Fälle von Korruption und Funktionsmißbrauch aufklären. Jammernde Selbstkritik übte der bisherige Chefideologe Kurt Hager, 77, weil er sich "vom tatsächlichen Leben entfernt" habe.
Der stellvertretende Staatssicherheitsminister Rudi Mittig beeilte sich, das Demonstrantenverlangen "Stasi in den Tagebau" zu erfüllen; 1.200 Berufsschnüffler werden zum Braunkohle-Abbau zwangsversetzt.
Selbst die heiligste Kuh des SED-Staates wurde öffentlich zur Notschlachtung freigegeben. "Niemand hat ein Monopol auf Wahrheit", hallte es über den Werderschen Markt. Die Auszählung der Kommunalwahlergebnisse vom 7. Mai nannten selbst die versammelten Genossen von der Basis unumwunden "Wahlbetrug", für den die Parteiführung "verantwortlich" zeichne.
Und ein Lehrer ("Ich kann nach dieser Manifestation meinen Schülern wieder offen ins Gesicht sehen") verlangte unter Pfiffen und Beifall, den zur Staatsräson erhobenen Führungsanspruch der "marxistisch-leninistischen Partei" aus der Verfassung der DDR zu streichen: "Die führende Rolle müssen wir erkämpfen, oder wollen wir sie vor dem Verfassungsgericht einklagen?"
Wie die SED derzeit führt, ist am Durcheinander in Ost-Berlin und an schrillen Dissonanzen zwischen der Zentrale und der Provinz zu erkennen: Die Basis hält vom runderneuerten Politbüro rein gar nichts. Wenige Stunden nachdem das ZK den Parteichef des Bezirks Halle,

Hans-Joachim Böhme, erneut ins Politbüro gewählt hatte (mit 91 gegen 66 Stimmen), entzogen ihm die Genossen in Halle das Vertrauen als Bezirksleiter. Sie verübelten ihrem Böhme - unter anderem -, daß der sich bei der Hallenser Demo aus Angst vor den 60.000 auf der Straße zunächst in die örtliche Stasi-Dependance verkrochen hatte. Das ZK kippte ihn wieder aus dem Politbüro. Da waren's nur noch zehn.
Sein Kollege in Cottbus, Werner Walde, vom ZK gerade als Kandidat des Politbüros bestätigt, warf daheim von sich aus das Handtuch, um einer Abwahl zuvorzukommen. Und die SED-Leitung des Parteibezirks Neubrandenburg forderte anderntags das ZK erfolgreich auf, die Wahl ihres Chefs Johannes Chemnitzer zum Kandidaten des Politbüros und zum neuen ZK-Sekretär für Landwirtschaft rückgängig zu machen.
Der bisherige Ost-Berliner Bezirkssekretär Günter Schabowski, als neuer ZK-Sekretär für Informationswesen und Medienpolitik (bisher Agitation und Propaganda) eine der Säulen der Krenz-Riege, mußte sich auf einer Pressekonferenz von DDR-Journalisten verhöhnen lassen, woher er denn das Recht nehme, künftig den "Schirmherrn der ostdeutschen Medien" zu spielen. Er habe doch als langjähriger Chefredakteur des Neuen Deutschland seinen Teil dazu getan, das Ost-Volk zu verdummen.
Der Genosse "Schabbi" (SED-Jargon) wehrte sich dialektisch: Einerseits sei er Subjekt der alten Politik gewesen und insoweit natürlich schuldig, andererseits aber auch von höheren Subjekten abhängiges Objekt und insoweit entlastet.
Einen neuen SED-Staat kann der Generalsekretär mit seiner Crew in der Tat nicht machen. Drei Anwärter aus seiner Vorschlagsliste ließ das ZK-Plenum gleich durchfallen. Sechs aus dem Zehnerklub gehörten schon zu Honeckers Stamm-Mannschaft, und von den restlichen vier ist zumindest einer fürs Ansehen beim Volk die falsche Wahl:
Wolfgang Herger, bislang Leiter der Abteilung Sicherheit im ZK-Apparat, rückte als Nachfolger von Egon Krenz zum Parteiaufseher über die Staatssicherheit auf. Herger ist, wie Krenz, mitverantwortlich für die brutalen Übergriffe von Stasi und Vopo gegen Demonstranten bei den Kundgebungen rund um den 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober; damals war Krenz noch nicht, wie dann in Leipzig, zum Friedensengel mutiert.
Das wichtigste Ressort im Politbüro besetzte Egon Krenz mit einem Genossen, dessen Name nicht einmal den Fachleuten in Deutsch-Ost geläufig ist: Der Diplom-Ökonom Wolfgang Rauchfuß, seit 1974 unauffälliger Minister für Materialwirtschaft und bislang einer von acht stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats, soll als Nachfolger Günter Mittags die kollabierende DDR-Wirtschaft retten - ein Himmelfahrtskommando, das renommierte Experten aus der Riege der Kombinatsdirektoren dankend abgelehnt hatten.
Pluspunkte beim Volk sammelte Krenz allenfalls mit zwei seiner Debütanten: An die Stelle des reaktionären SED-Kulturpapstes Kurt Hager holte er den stellvertretenden Kulturminister Klaus Höpcke, 55, in die Parteizentrale - ein geschickter Schachzug, um das besonders unruhige Künstlervolk des SED-Staates zu besänftigen.
Höpcke hat bei Schriftstellern und Rockern, bei Komponisten, Filmemachern und Malern einen Stein im Brett, seit er im vergangenen März im Pen-Zentrum der DDR eine Protestresolution gegen die Verfolgung des tschechischen Dramatikers und Menschenrechtlers Vaclav Havel durch die regierenden Kommunisten seines Heimatlandes unterstützt hatte. Die tapfere Geste kostete ihn fast die politische Karriere. Die pikierten Prager Genossen forderten seine Entfernung. Die Drohung prominenter Kulturschaffender, auch sie würden dann ihre Ämter schmeißen, rettete ihn.
Das einfache Volk setzt Hoffnung, so sie diese der SED-Führung überhaupt noch gutbringt, nur auf einen: den bisherigen Dresdner SED-Statthalter Hans Modrow. Der 61jährige, den das ZK mit einer Gegenstimme ins Politbüro wählte, soll Willi Stoph auf der Sitzung der Volkskammer am Montag dieser Woche als Ministerpräsident beerben.

Ob Egon Krenz an Modrows Wahl viel Freude hat, steht dahin. Denn der SED-Star aus der Provinz, den Erich Honecker 1973 in den Südwinkel seiner Republik verbannte, weil er den renitenten und widerspruchsfreudigen damaligen Leiter der ZK-Abteilung für Agitation nicht ausstehen konnte, hat durchaus eigene Vorstellungen von seiner Zukunft und der seiner SED. Etwa davon, wie das Amt des Regierungschefs zu führen sei.

In der Vergangenheit, so der Ausgangspunkt seiner Konzeption, habe die SED den schweren Fehler gemacht, alles selbst entscheiden zu wollen, und sich damit auch politisch für alles verantwortlich gemacht. Dem könne die Partei künftig nur entgehen, wenn sie die Position der Regierung stärke und nicht länger wie bisher in die einzelnen Ministerien hineinregiere.

Soweit folgt ihm wohl der Genosse Krenz. Auch der will die schärfere Trennung von Partei und Staat - die ihn wenig kostet, solange bei ihm selbst in der Doppelfunktion als Vorsitzender des Staatsrates und Generalsekretär der Partei die Machtfäden zusammenlaufen.

Kaum einverstanden sein dürfte Krenz jedoch mit weitergehenden Gedanken des künftigen Regierungschefs: Nach Modrows Vorstellung soll die gesamte Staatsführung neu formiert werden. Ihm schwebt dabei eine echte Aufteilung der bislang auf den Staats- und Parteichef konzentrierten DDR-Macht auf vier Posten vor, mithin Ansatz einer echten Gewaltenteilung: Parteichef, Ministerpräsident, Staatspräsident und Volkskammerpräsident.

Anbieten könnte sich eine Lösung nach polnischem Muster, wo Parteivorsitz und Präsidentenamt bereits getrennt sind. Auch in der DDR gab es diese Trennung schon zu Zeiten Walter Ulbrichts. Von 1950 bis 1960 führte eine Troika das SED-Land: Wilhelm Pieck als Landesvater, Walter Ulbricht als Parteichef und Otto Grotewohl als Ministerpräsident; von 1971 bis 1976 gab es mit unterschiedlichen Konstellationen die gleiche Trennung.

Zu den neuen Oppositionsgruppen im Land hat Modrow eine locker-positive Einstellung. Es müßten, forderte er schon vor Wochen offen in Dresden, möglichst rasch alle Voraussetzungen - von einem neuen Wahlrecht bis zur Öffnung der Medien für alle politischen Zirkel - geschaffen werden, damit die Opposition sich entfalten könne.

Modrows Forderung nach Zulassung des Neuen Forums und anderer oppositioneller Gruppen ist keineswegs uneigennützig, sondern von taktischem Kalkül. Das Beispiel Solidarnosc in Polen zeige, verklickerte er den Genossen, in welch große Schwierigkeiten solche Gruppen kommen, wenn sie zugelassen werden und plötzlich mitregieren sollen: Inzwischen stagniere die Solidarnosc, und der kommunistischen Gewerkschaft gehe es zunehmend besser.

Noch sind die Visionen des Genossen Modrow weit von der Wirklichkeit entfernt. Noch liegt alle Macht bei seinem Kontrahenten Egon Krenz.

Und der hat bislang nicht erkennen lassen, daß er gewillt ist, diese Macht zu teilen. Krenz hat Modrow ins Politbüro geholt, um den Konkurrenten in die Verantwortung einzubinden und so das eigene Überleben zu sichern - nicht zuletzt gegenüber Moskau.

Modrows Aufstieg in die SED-Spitze war seit langem Wunsch der Sowjets. Daß sie dabei ihre Hand im Spiel hatten, taten sie letzte Woche freimütig kund: Bereits zwei Tage vor der Wahl Modrows ins Politbüro und der Entscheidung des ZK, ihn als Stoph-Nachfolger zu präsentieren, verkündeten Gorbatschows Diplomaten beim traditionellen Empfang zum Jahrestag der Oktoberrevolution in ihrer Botschaft Unter den Linden, der Mann aus Dresden sei der neue Regierungschef.

Egon Krenz, Honeckers Ziehsohn und ausgefuchster Mann des Parteiapparates, spielt auf Zeit; doch sein stetiges Lächeln scheint zu gefrieren. Er machte letzte Woche gleich mehrfach klar, daß unter seiner Führung die SED nur jeweils jene Zipfel der Macht abzugeben gewillt ist, die sie ohnehin nicht länger festhalten kann.

Am Montag letzter Woche veröffentlichten die DDR-Zeitungen den Entwurf eines neuen Reisegesetzes - unbeeindruckt davon, daß 48 Stunden zuvor in der Ost-Berliner City Hunderttausende DDR-Bürger ihr Recht auf Freizügigkeit eingefordert hatten. Von "Bearbeitungsfristen"

bis zu 30 Tagen war da die Rede und davon, daß die Reise auch künftig von anonymen Staatsdienern verweigert werden kann, wenn dies zum Schutz der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit oder der Moral "notwendig ist", was immer die SED im Bedarfsfall darunter verstehen mochte.
Nicht nur das Volk reagierte zornig, auch Ausschüsse der bisher so folgsamen Volkskammer, sogar die krenznahe FDJ muckten auf und verlangten, das Papier einzustampfen.
Die herrschende Klasse der DDR drückte sich nicht gerade fein aus. "Denen haben sie wohl ins Gehirn geschissen", kommentierten Arbeiter eines Ost-Berliner Betriebs den Entwurf. Und im VEB Energiebau im Stadtteil Marzahn drohten ganze Abteilungen mit Streik, wenn das Gesetz so in Kraft trete.
Gleichzeitig stieg die Zahl jener Ost-Bürger, die via Tschechoslowakei das Weite suchte, dramatisch weiter an. Politbürokrat Schabowski rechnete die Verlustquote vor der Presse am Mittwoch bereits in Stunden - fast 500 gingen da schon dem SED-Regime alle 60 Minuten von der Fahne. Von Mittwoch früh bis Donnerstag früh waren es 11.000, die Einwohner einer DDR-Kleinstadt.
Erst da war die Schmerzgrenze erreicht - Egon Krenz kassierte den Gesetzentwurf und machte die Tore auf.
Ähnlich taktierte der Parteichef beim Wahlgesetz. Das ZK, so beteuerte der neue PR-Manager der SED, Günter Schabowski, immer wieder vor der seit einigen Tagen in Ost-Berlin versammelten Weltpresse, sei für freie und geheime, in jeder Phase vom Volk kontrollierte Wahlen in der DDR. Die Partei erfülle damit eine Forderung von Millionen Bürgern und Genossen im ganzen Land. Doch wer daran teilnehmen darf, ob neue Oppositionsparteien zugelassen werden oder nur die SED-treuen alten Blockparteien, die sich nach festem Schema die vorher ausgekungelten Parlamentssitze teilen, ließen Schabowski wie Krenz im Nebel.
Eine taktische Meisterleistung gelang dem wendigen Generalsekretär mit der vom ZK für den 15. Dezember einberufenen Parteikonferenz, der vierten in der 43jährigen Geschichte der SED.
Verlangt hatten Genossen aus allen SED-Bezirken wahlweise eine Parteikonferenz oder einen baldigen Sonderparteitag, um ein neues Zentralkomitee zu wählen, das seinerseits dann schon wieder ein neues Politbüro bestimmen sollte - und einen neuen Generalsekretär. Der würde, bei der derzeitigen Stimmungslage in der SED, mit Sicherheit nicht mehr Krenz heißen.
Das ZK habe sich, beteuerte Schabowski letzten Donnerstag treuherzig, nur aus Termingründen für eine Parteikonferenz statt für einen Sonderparteitag entschieden. Der nämlich könne nach dem SED-Statut frühestens in zwei Monaten stattfinden.
Den wahren Grund unterschlug er: Bei einem Parteitag müßte auch der größte Teil des ZK um seine Wiederwahl fürchten. Eine Parteikonferenz jedoch hat laut SED-Statut nicht das Recht, das Zentralkomitee in toto (vollständig) auszuwechseln; sie kann nur einzelne Mitglieder, "die ihre Pflicht nicht erfüllt haben, abberufen" und durch Nachrücker aus den Reihen der ZK-Kandidaten ersetzen.
Damit ist Egon Krenz erst einmal gerettet.
Doch der Schachzug sichert dem Generalsekretär, davon sind inzwischen zahlreiche SED-Funktionäre überzeugt, nur eine Galgenfrist. Die Entfernung der Parteibasis von ihrer Führung vollziehe sich, so ihr Argument, mit Lichtgeschwindigkeit, echte freie Wahlen mit Beteiligung neuer Parteien seien nicht aufzuhalten, der Niedergang der absoluten SED-Macht mithin unausweichlich - und damit das politische Ende des Genossen Krenz.
"Wir brauchen die absolute Mehrheit nicht", rechnet ein Parteireformer, "40 Prozent sind doch genug, dann sichern wir uns eben einen Koalitionspartner."
Wie realistisch die Prognose ist, steht dahin. "Höchstens noch 15 bis 20 Prozent" gab letzte Woche ein prominenter Genosse seiner Partei.

Wo die SED wirklich steht, könnte sie schon bald testen.
Um dem Volk seine innere Wende zu beweisen, sollte der SED-Chef, so hat der Ost-Berliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe vorgeschlagen, die letzte Kommunalwahl wiederholen lassen, bei der die SED das Volk schamlos und nachweisbar betrogen hat.
Ein neuer Wahlgang in den ostdeutschen Gemeinden könne, so Stolpes Idee, nicht nur ein erster landesweiter Probelauf für die neuen oppositionellen Gruppen sein, er werde der SED auch Aufschluß verschaffen, wie groß ihre Anhängerschaft noch ist.
Egon Krenz will es nicht wissen. Er hat gegenüber dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau letzte Woche jeden Gedanken an eine Neuauflage der Kommunalwahl barsch abgelehnt; warum wohl?
Er verharrt weiter in seinen alten Denkschablonen: Er und die von ihm geführte Partei wüßten, was das Volk will; ja - sie seien das Volk.
Die von Krenz noch nominell geführten Bürger sehen das anders: Die Demokratisierung in der DDR scheint nicht zu stoppen, der Prozeß scheint unumkehrbar. Die Löcher in der Mauer sind nicht zu stopfen. Selbst der amtierende DDR-Innenminister Friedrich Dickel versprach, die neue Regelung der offenen Grenzen sei "von Dauer".
Und schon der erste Tag der neuen Reisefreiheit zeigte, wie die Mehrheit der DDR-Bürger sie zu nutzen versteht: Zehntausende - die Polizei stellte das Zählen ein - fuhren von Ost- nach West-Berlin, und nur 1.500 meldeten sich, weil sie der unruhigen DDR endgültig den Rücken kehren wollten. In die Bundesrepublik kamen in den ersten 24 Stunden der neuen großen Freiheit 55.500 Ostler – 3.250 wollten nicht wieder zurück.
Die Mehrheit, sonst wären die Zahlen umgekehrt, ist sich ihrer Macht bewußt; nur das Bewußtsein der Herrschenden hält noch nicht Schritt.
Zwar: Auf einer Demo treuer SED-Mitglieder im (Ost-)Berliner Lustgarten versprach Krenz am Freitag abend - während das DDR-Fernsehen Sonderberichte vom neuen Reiseverkehr brachte -, "daß freie Wahlen stattfinden und unser Volk die Besten ins Parlament wählt". Und: "Wir sind bereit, uns zu ändern."
Aber trotzig und als Absage an alle Begehren, das Machtmonopol der SED zu kippen: "Wir werden uns nie aus der Verantwortung stehlen."
Immerhin, Schritt für Schritt, nähert sich die SED ihrem für immer oder nur für ein Bierchen davoneilenden Volk. Am letzten Mittwoch, einen Tag vor dem Tanz auf der Mauer, eröffneten die DDR-Vertreter die Sitzung der deutsch-deutschen Verkehrskommission in Erfurt mit dem Hinweis auf das vor der Tür stehende Reisegesetz und die kommende Belastung, die Ost-Berlin ohne die "Hilfe der BRD" nicht tragen könne.
Für ihren Minister Friedrich Zimmermann notierten die Verkehrsunterhändler, die DDR-Delegation habe "im gegenwärtigen Zeitpunkt feste Absprachen noch nicht treffen" können, aber darum gebeten, Bonn möge sich für "kurzfristig" anzusetzende Gespräche schon einmal auf "folgende Überlegungen" einrichten:
- Im kommenden Jahr werde die Zahl der Reisenden aus der DDR, die überwiegend die Bahn benutzen, von bisher rund zwei Millionen auf mindestens acht Millionen steigen; da die Reichsbahn das, etwa auf der Strecke Berlin-Hannover, nicht bewältigen könne, müsse die Bundesbahn die Hauptlast übernehmen.
- Auch im Kleinen Grenzverkehr werde das neue Reisegesetz den Andrang mehren; statt die DDR-Bürger wie bisher mit Ost-Bussen zur Grenze zu kutschieren und dann in West-Busse umsteigen zu lassen, sollen rasch durchgehende Buslinien geschaffen werden.
- Die S-Bahn-Verbindung von Potsdam nach West-Berlin und von dort weiter nach Ost-Berlin, seit dem 13. August 1961 unterbrochen und durch einen kilometerlangen Umweg ersetzt, soll, sobald es geht, wiederhergestellt werden.
- Am Freitagabend rückten Bautrupps an und rissen Löcher für neue Grenzübergänge in die

Mauer, darunter an so symbolträchtigen Orten wie am Potsdamer Platz im Bezirk Mitte (Sonntag) und der Glienicker Brücke zwischen Potsdam und Wannsee (Freitag).
Als die Bonner Experten aus Erfurt zurückgekehrt waren, löste ihr Bericht in der Bundeshauptstadt Alarm aus.
Zwar wies Innenminister Wolfgang Schäuble den Begriff "Katastrophe" von sich, doch klar ist: Allmählich wird es eng in der Bundesrepublik, auch wenn nur eine DDR-Minderheit sich hier einzurichten gedenkt. Seit Jahresbeginn sind - Stand Ende letzter Woche - über 300.000 Aussiedler aus Osteuropa und der Sowjetunion sowie an die 240.000 Übersiedler aus der DDR nach Westdeutschland gekommen.
Mit zusätzlichem Personal und immer neuen Unterkünften bei Bundeswehr und Katastrophenschutz gelingt es einstweilen noch, die Flüchtlinge in zwei bis drei Tagen durchs Aufnahmeverfahren zu schleusen. Danach wird es hart für die Neubürger.
Weil überall Wohnungen fehlen, dauert die vorläufige Unterbringung in Behelfsheimen, Campingwagen, Containern und auf Wohnschiffen bereits jetzt 12 bis 18 Monate, "Tendenz steigend" (Schäuble).
Schon haben die Amerikaner Kasernenraum angeboten, Bonn möchte Jugendherbergen und Bildungsstätten karitativer Verbände für Übersiedler freimachen. Arbeitsminister Norbert Blüm hat für diesen Montag die Sozialversicherungsverbände zu sich gebeten: Sie sollen ihre Immobilienbestände und Schulungsheime auf Wohnraum durchforsten; den beabsichtigten Verkauf von Arbeitsämtern, die durch Zusammenlegung freigeworden sind, hat Blüm eilends gestoppt.
SPD-Vize Oskar Lafontaine denkt eher klein. Er fürchtet, daß zuviel aus den westdeutschen Sozialkassen für DDR-Bürger ausgeworfen werden könnte: "Wir müssen uns auf das Machbare konzentrieren." Sein Parteifreund Bahr verlangt jetzt von den Bonnern "Wandel durch Nähe" und fordert, den Ossies "eine Perspektive fürs Bleiben" in der DDR zu bieten: Am Geld dürfe die Hilfe schon deshalb nicht scheitern, weil die militärische Bedrohung nun geringer geworden ist. Der Sozialdemokrat kühn: "Wenn wir Geld brauchen, dann stornieren wir den Jäger 90 und haben 100 Milliarden."
Und SPD-Ostdenker Günter Gaus plädiert, um das Thema Wiedervereinigung "wegzuschieben", für eine Vier-Mächte-Konferenz, die eine "Konföderation auf Sachgebieten" aushandeln könnte. Derweil begaben sich Parteichef Hans-Jochen Vogel und Ehrenvorsitzender Brandt zu politischen Gesprächen nach Ost-Berlin.
Ein Arbeitsstab im Bonner Finanzministerium ersann Modelle wirtschaftlicher Hilfe. Die FDP schlug einen "Investitionsfonds" für Kapitalanlagen in der DDR vor, Parteichef Otto Graf Lambsdorff: "Geld gibt es bei uns genug."
Und Kanzler Kohl suchte seine Säuernis darüber, daß er bei einer All-Parteien-Großkundgebung am letzten Freitagabend vor dem Schöneberger Rathaus gnadenlos ausgepfiffen wurde, durch hektische Kontakt-Anbahnung mit Egon Krenz zu besänftigen. Doch er wurde nicht, wie er wünschte, noch Freitagabend vorgelassen; ihm blieb nur das Telefon.
Am liebsten wäre den Bonnern, die DDR-Bürger kämen nur zu Besuch und nicht für immer. Reisefreiheit, so Berlins Bürgermeister Momper vor seinem Rathaus, wo er die DDR-Bürger "zu ihrer friedlichen Revolution" beglückwünschte, ist ja auch schon etwas.
Jene, die im Westen bleiben, stimmen mit ihrem Ortswechsel - bis zum vorletzten Wochenende hieß das Flucht - darüber ab, was sie von den vornehmlich im Westen geträumten Visionen einer bevorstehenden Wiedervereinigung halten.
Jene, die in den Osten zurückkehren, sind an diesem Traum auch nicht beteiligt: Sie wünschen sich eine real existierende DDR mit Demokratie, sozialer Fürsorge, viel Freiheiten und ein bißchen Sozialismus.
Die meisten Vereinigungs-Freunde träumen im Westen. Doch auch ihre Kritiker hätten sich ja

vor kaum vier Wochen nicht träumen lassen, was bis jetzt geschah.<<

16.11.1989

Ungarn: Die ungarische Regierung (Mitglied des Warschauer Paktes) stellt am 16. November 1989 einen Aufnahmeantrag für den Europarat.

20.11.1989

CSR: In Prag demonstrieren am 20. November 1989 Hunderttausende gegen den Kommunismus.

26.11.1989

DDR: Bürgerrechtler fordern am 26. November 1989, die Eigenständigkeit der DDR zu verteidigen (x303/171): >>... Gewaltfrei durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen. ...

Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, ... in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.

Oder: Wir müssen dulden, daß ... über kurz oder lang die DDR durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.

Laßt uns den ersten Weg gehen!<<

27.11.1989

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 27. November 1989 über ein Gespräch mit dem SPD-Politiker Oskar Lafontaine.

Im Verlauf dieser Unterredung lehnt es Lafontaine ab, deutsche Spätaussiedler aus Rußland, Rumänien, den deutschen Ostgebieten und der DDR aufzunehmen (x268/186): >>Ist es richtig, daß wir allen Bürgern aus der DDR, allen Bürgern Polens, die deutscher Abstammung sind, oder den anderen, die in der Sowjetunion, Rumänien oder anderen Staaten Osteuropas leben – daß wir all denen den Zugriff auf die sozialen Systeme der Bundesrepublik einräumen: Kindergeld, Kranken- und Arbeitslosengeld, Renten? ...<<

November 1989

BRD: Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im November 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 – 1989 (x853/...): >>**Bekennerbischof Graf von Galen im Kampf für Recht und Menschenwürde**

"Die Kirchen haben versagt, das steht nach vierzigjähriger, teils recht emotional geführter Diskussion fest. Sie haben versagt, weil sie Vorstellungen und Wünschen gefolgt waren, die bereits vor der Machtergreifung Hitlers formuliert, im 'Dritten Reich' dann ihre Verwirklichung fanden - wenigstens teilweise, und das genügte vielen Kirchenmännern, Hitlers Staat und seine Politik mittragen zu helfen." So liest man nicht etwa in "Publik-Forum", "Spiegel" oder "Zeit", wie man vermuten würde, sondern im "Parlament" vom 13.6.1987.

Diese selbstgefällige Anmaßung ist für nicht wenige Journalisten und Medienleute typisch, die vom sicheren Port glauben, die Haltung der katholischen Kirche während der Naziherrschaft mit dem Etikett "Kirche des Versagens" versehen zu dürfen. Hierbei ist für gewöhnlich nicht nur Animosität gegen die ungeliebte Kirche im Spiel, sondern sehr oft sind diejenigen, die sich für kompetent halten, über die Kirche zu Gericht zu sitzen, auch nicht annähernd von jener Sachkenntnis getrübt, die nun einmal zu einem sachgerechten Urteil gehört.

Zugegebenermaßen bedarf es eines immensen Zeitaufwands, um sich auch nur mit den wichtigsten Dokumenten jener Epoche vertraut zu machen. Hierfür ist der 42. Quellenband der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte "Bischof Clemens August Graf von Galen" ein schlagender Beweis. Auf über 1.500 Seiten im Lexikonformat hat Peter Löffler, Oberarchivrat des Bistums Münster, mit Bienenfleiß und geradezu kriminalistischem Spürsinn aus rund 30 Archiven zahlreiche, zum Teil bisher unbekannte Dokumente zusammengetragen

und sachkundig kommentiert.
Darüber hinaus hat er Hintergründe und Zusammenhänge so erhellt, daß auch der interessierte Nichtfachmann dieses voluminöse Werk mit großem Gewinn lesen kann. Ein chronologisches Register sowie ein detailliertes Personen-, Sach- und Ortsregister erleichtern die Lektüre dieser Bände ungemein.
Wer, sich in Wort oder Schrift zum Verhalten der Kirche und ihrer damaligen Repräsentanten äußern will, kann kaum an dieser Dokumentation vorübergehen.
Ein relativ knappes, aber präzises Lebensbild, ruft dem Leser die Gestalt des wohl populärsten deutschen Bischofs der Nazizeit in Erinnerung. Selbst diejenigen, die bewußt die damalige Zeit miterlebt haben, werden viel Neues erfahren.
Anderes, das sie vielleicht nur mehr verschwommen im Gedächtnis haben, vermögen sie aus neuer Perspektive zu sehen. Und wer das Verhalten der deutschen Bischöfe während des Dritten Reichs möglicherweise nicht immer recht zu verstehen vermochte, wird beim Studium dieses gewaltigen Dokumentarwerks erkennen, daß die damaligen Verhältnisse doch sehr viel verworrener waren, als es sich Menschen, die in einem Rechtsstaat aufgewachsen sind, auch nur vorzustellen vermögen. Papst Pius XII. schrieb am 12. Juni 1940 dem Berliner Bischof Graf von Preysing, der mit der "Eingabenpolitik" des damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Pertram, nicht einverstanden war und eine schärfere Gangart gegenüber den damaligen Machthabern wünschte:
"Es ist ein bisweilen schmerzliches, aber menschlich auch unvermeidliches Charakteristikum dieser schweren Zeit, daß methodische Meinungsverschiedenheiten auch zwischen solchen entstehen, wachsen und sich verschärfen, die im Grundsätzlichen gleicher Gesinnung sind ..."
- Die 565 Nummern umfassende Dokumentation beginnt mit dem Erlaß des Kapitularvikars von Münster über die Ernennung des Pfarrers von St. Lamberti, Clemens August Graf von Galen, zum Bischof von Münster und endet mit der Trauerpredigt von Kardinal Frings am 28. März 1946.
In dieser Zeitspanne spielen sich die wechselvollen Ereignisse ab, die den Bischof von Münster zu einem der profiliertesten Oberhirten Deutschlands während der Nazidiktatur machten.
Freilich muß man sich bei aller Wertschätzung des unerschrockenen Bekennerbischofs davor hüten, ihn gegen andere Oberhirten dieser Jahre ausspielen zu wollen, eine Versuchung, der allzu viele immer wieder erliegen. Dafür waren die örtlichen Voraussetzungen wie auch Herkunft, Werdegang und Temperament der einzelnen Bischöfe zu unterschiedlich. Dem Bischof von Münster kam neben seiner Herkunft aus westfälischem Uradel noch seine hünenhafte Statur zugute, sowie die Tatsache, daß die Mehrzahl seiner Gläubigen damals noch ungebrochen und unbeugsam im katholischen Glauben verwurzelt war.
Dies zeigt sich ganz besonders, wenn auch nicht ausschließlich, im Kampf um das Kreuz 1936 in Oldenburg. Natürlich schmälern diese Umstände nicht die Verdienste des Bischofs. Jedoch gebieten Objektivität und Fairneß, diese Tatsachen nicht unbeachtet zu lassen. Die meisten anderen Bischöfe hatten den Kirchenkampf unter ganz anderen Voraussetzungen und Bedingungen zu führen. Man denke etwa nur an Bischof Sproll von Rottenburg, der lediglich wegen der Nichtteilnahme an einer Reichstagswahl bereits 1938 für die gesamte Dauer der Naziherrschaft in die Verbannung mußte.
- Die Nazis hatten von dem als nationalkonservativ geltenden neuen Bischof wohl eine aus ihrer Sicht gedeihliche Zusammenarbeit erwartet. Man wußte, daß er von tiefster Ehrfurcht gegenüber dem greisen Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg erfüllt, aber nicht gerade ein Freund des "liberalistischen" Weimarer Parteienstaates war.
Bei seiner Konsekration bildeten SA- und Stahlhelmformationen in Uniform Spalier. Freilich hätte schon sein *Wahlspruch "Nec laudibus - nec timore" darauf* hinweisen können, daß man in ihm keinen willigen "Erfüllungsgehilfen" im Sinn des Regimes finden würde. So wurde er

bereits 14 Tage nach seiner Inthronisation bei der Schulbehörde von Münster wegen deren unzulässigen Eingriffs in den Religionsunterricht vorstellig.
Und der Kampf für die Konfessionsschule, die im Reichskonkordat ausdrücklich garantiert war, und einen Religionsunterricht im Geist und Verständnis der katholischen Kirche, zog sich wie ein roter Faden durch seine Amtsführung.
Aus den vorliegenden Dokumenten geht eindrucksvoll hervor, vor welch schwierige Entscheidungen damals die Bischöfe gestellt wurden. Selbst im Nachhinein ist oft schwer zu sagen, wie sie sich hätten verhalten sollen. Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen:
- Was sollte man zum Wunsch der Partei sagen, daß bei Veranstaltungen etwa der Hitlerjugend oder der Frauenschaft Priester religiöse (!) Vorträge halten sollten? Bot sich hier nicht die Chance, viele, die vielleicht überhaupt keinen Kontakt mehr zur Kirche hatten, zu erreichen, bei ihnen Verständnis für religiöse Fragen zu wecken und mit dem Gedankengut der Kirche vertraut zu machen? Aber bestand anderseits nicht die Gefahr, daß die Geistlichen als Lockvögel und Werbeträger benutzt würden? Konnte nicht der Eindruck entstehen, Parteiveranstaltungen würden gegenüber solchen katholischer Vereinigungen bevorzugt?
- Wie sollte sich der Bischof verhalten, wenn in Münster Theologiestudenten von der Universität zum Wehrsport und SA-Dienst (!) verpflichtet wurden. Wo lagen die Grenzen des gerade noch Zulässigen? Wann, wo und wie sollte oder mußte man auf Konfrontationskurs gehen?
Bei der Fülle der Dokumente muß man darauf achten, daß man selbst bei einem solch profilierten Nazigegner wie dem Grafen von Galen nicht einzelne Äußerungen aus dem Zusammenhang reißen darf. Sonst könnte man selbst ihn bisweilen der Sympathien für die Nazis verdächtigen.
- So, wenn er am 28. Januar 1934 auf der Führertagung der katholischen Arbeitervereine und Werkjugend sagte: "Mit heißem, vaterlandsliebenden Herzen stehen wir in diesem Kampf (um äußere Freiheit und Gleichberechtigung in der Völkerfamilie) hinter dem Führer, den Gottes Vorsehung auf seinen verantwortungsvollen Posten berufen hat."
Auch beim "Löwen von Münster" muß man auf das Gesamte seiner Äußerungen achten, um klar zu erkennen, wie kompromißlos er vom Gedanken durchdrungen war, zwar dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, aber noch mehr, Gott zu geben, was Gottes ist.
- Daß seine weltanschauliche Haltung über jeden Zweifel erhaben war, wurde sehr bald deutlich. Bereits am 6. April 1934 schrieb der Gauleiter, Reichsstatthalter und Ministerpräsident von Oldenburg und Bremen, Röver, an die Reichskanzlei, daß zwar auch in anderen Diözesen Hirtenbriefe verlesen würden, die sich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzten, daß aber "der Hirtenbrief des Bischofs von Münster (vorn Ostersonntag, dem 26.3.1934 gegen den 'Mythus' Rosenbergs und das moderne Neuheidentum die übrigen bei weitem an Schärfe übertrifft. Jeder Satz ist vom Haß gegen den Nationalsozialismus diktiert."
Wenngleich die Predigten des Bischofs von erfrischender Deutlichkeit und nicht selten auch Schärfe gekennzeichnet waren, wußte er doch häufig seine Angriffe gegen die Irrlehren des Nationalsozialismus geschickt mit Worten des "Führers" oder anderer Parteigrößen zu verbinden. So, wenn er am 15.4.1934 in Billerbeck betonte: (Hitler) "hat als Reichskanzler in feierlicher Stunde erklärt, daß er das Werk der Wiedererneuerung unseres Volkes auf den Felsengrund des christlichen Glaubens stellen wolle. Das Vertrauen auf dieses Manneswort unseres Führers darf niemand erschüttern!"
- In Recklinghausen suchte er am 23.9.1934 in leidenschaftlicher Form eine Unterscheidung zwischen gottgesetzter Obrigkeit und Parteiideologie zu treffen. Er beklagte in dieser Predigt die Knebelung der kirchlichen Vereine und Organisationen, die durch das Reichskonkordat ausdrücklich garantiert waren und erklärte: "Wir stehen nicht in verneinender Opposition gegen den Staat, gegen die jetzige Staatsgewalt ... Treu deutsch sind wir, - wir sind auch treu katholisch!"

- Schon sehr bald gab es offene und versteckte Drohungen gegen den Bischof. Hierzu nahm er nach der sog. Großen Prozession am 8. Juli 1935 Stellung: "Ich weiß nicht, ob schon ein Bischof von Münster durch Drohungen sich hat abschrecken lassen, das zu tun und zu sagen, was er in Ausübung seines heiligen Amtes glaubte tun und sagen zu müssen ... Ich weiß nicht ... ob auch ich noch einmal gewürdigt werde, für den Namen Jesu Schmach zu leiden', nicht nur Mißkennung und Vorwürfe, sondern auch durch Beraubung der Freiheit, durch Mißhandlung und Leiden ..."
Bereits 1934 wurden ja Hetzlieder gesungen wie "Die alte Judenschande ist endlich ausgefegt, die schwarze Lügenbande hetzt wieder unentwegt ..." Man sprach schon damals von "schwarzem Schwein", "schwarzem Lumpenpack", "schwarzem Hetzkaplan" usw. - Schon sehr früh wurden Hirtenbriefe, Amtsblätter und Kirchenzeitungen von Kriminalpolizei oder Gestapo beschlagnahmt, wie Galen an den Innenminister Frick am 23. Juli 1934 schrieb.
Durch solche Maßnahmen wurde die Möglichkeit der deutschen Bischöfe, sich an ihre Gläubigen zu wenden und zu aktuellen Tagesfragen, die den christlichen Glauben berührten oder in Frage stellten, Stellung zu beziehen, stark eingeschränkt. Kardinal Faulhaber, der Erzbischof von München, schrieb hierzu am 13. August 1934: "Zur Zeit haben wir den Zustand der vollendeten Rechtlosigkeit, unter dem mit der Zeit alles zugrunde geht."
Schon sehr bald nach der "Machtergreifung" setzten ausgeklügelte Schikanen gegen die Kirche ein. So wollte man einen numerus clausus für Theologiestudenten einführen, die zwar das Reifezeugnis hatten, aber nicht die "Hochschulreife" zuerkannt bekamen. Für diese war der Oberpräsident nach Anhörung des Gauleiters (!) zuständig. Er überprüfte die "politische Zuverlässigkeit" des Antragstellers.
- Zahlreiche Maßnahmen der Machthaber drohten den christlichen Glauben zu gefährden und zu untergraben. Immer wieder mahnte Galen die Eltern, sich ihrer Pflicht bewußt zu sein, für die Erhaltung und Festigung des Glaubens ihrer Kinder zu sorgen. So bereitete das "Landjahr", von dem allein aus der Diözese Münster 30.000 Kinder betroffen waren, große Sorgen. Sie kamen nicht nach religiösem Bekenntnis getrennt, sondern gemischt zum Einsatz, um "die konfessionellen Gegensätze zu überbrücken". Ein entsprechendes Gesetz trat bereits am 1. April 1934 in Kraft.
- Im Mai 1935 wurde der Bischof mit einer Denkschrift an Hitler betraut, die Kardinal Faulhaber diesem am 30. August zusandte. Sie wurde niemals beantwortet. In diesem umfangreichen Schreiben suchte Graf von Galen Hitler mit dessen eigenen Worten zur Einhaltung jener Bestimmungen zu bewegen, die durch das Reichskonkordat einvernehmlich geregelt worden waren.
An sich gab es eine ganze Reihe von Grundsätzen, die ein gedeihliches Zusammenwirken von Kirche und Staat ermöglicht hätten. So hatte Hitler in "Mein Kampf" geschrieben:
"Dem politischen Führer haben religiöse Lehren und Einrichtungen seines Volkes immer unantastbar zu sein, sonst darf er nicht Politiker sein, sondern soll Reformator werden, wenn er das Zeug hierzu besitzt! Eine andere Haltung würde vor allem in Deutschland zu einer Katastrophe führen" (S. 127).
Und: "Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich in den Männern, die heute die völkische Bewegung in die Krise religiöser Streitigkeiten hineinziehen, schlimmere Feinde meines Volkes sehe, als im nächstbesten international eingestellten Kommunisten" (S. 631).
- Galen schrieb in Anknüpfung an diese Worte:
"Wir sind überzeugt, daß diese programmatischen Worte Euer Exzellenz nach Ihrem Willen Richtschnur für die Haltung und das Wirken von Euer Exzellenz geschaffenen und geführten nationalsozialistischen Bewegung und aller ihrer Mitkämpfer sein sollen."
Bei aller Wahrung der Form gegenüber dem Staatsoberhaupt verweist er auf "die Bestrebungen jener, welche im Gegensatz zu Euer Exzellenz programmatisch festgelegten Willen die

völkische Bewegung ... mit einem Kampf gegen den sog. 'Ultramontanismus', in Wirklichkeit gegen das Christentum, besonders gegen die katholische Kirche belastet haben."
Mit zahlreichen Belegen aus Parteischriften, Schulungsbriefen und Kernsätzen aus dem "Mythus", die den von Hitler geprägten Grundsätzen entgegenstanden und so zum Kampf gegen die Kirche führten, untermauerte er seine Worte.
- Gleich den anderen Oberhirten stand auch der Bischof von Münster immer wieder vor der Frage, wie man sich gegenüber einzelnen Maßnahmen der Regierung verhalten solle. Vieles, an das kaum jemand überhaupt nur gedacht haben dürfte, war nicht durch das Konkordat geregelt. So bestimmte das Reichsflaggengesetz vom 15.9.1935, daß selbst bei bestimmten Anlässen, die nicht das geringste mit der Kirche zu tun hatten - etwa dem Besuch des Chefideologen und geschworenen Feindes des Christentums, Alfred Rosenberg in Münster - auch auf kirchlichen Gebäuden, selbst auf den Gotteshäusern, die Hakenkreuzfahne zu hissen sei.
Auf Zuwiderhandlung stand Gefängnis oder Geldstrafe oder beides. Während der Kölner Metropolit, Kardinal Schulte, diese Frage für eher zweitrangig hielt, ging es dem Bischof von Münster ums Prinzip. Auch in anderen, wesentlich wichtigeren Fragen, war. die Meinung der Bischöfe nicht immer einhellig, wie wir noch sehen werden.
Es konnte auch wohl kaum anders sein, da die Bedingungen in den einzelnen Diözesen sehr unterschiedlich waren. Was etwa in Münster keine Schwierigkeiten bereitete, war in Hamburg völlig undenkbar. Anderseits war es schon wegen der Gläubigen höchst wünschenswert, daß die Bischöfe einheitlich vorgingen.
Ein besonders wichtiges Zeitdokument stellen die Ausführungen von Galens auf der Dechantenkonferenz in Münster am 28.10.1935 dar.
Der Bischof sprach von den vielfältigen Versuchen, die Geistlichen in der Schule und auf der Kanzel zu überwachen, vom unheilvollen Einfluß des Biologieunterrichts, in dem Lehren vorgetragen wurden, die mit dem katholischen Glauben unvereinbar sind, von den verschiedensten Vorwänden, Priester aus den Schulen zu verdrängen, von der Hetze in den Schulen gegen die katholischen Jugendverbände, der fast gewaltsamen "Werbung" für die Staats-Hitlerjugend, obgleich deren Leitung und Schrifttum das Christentum scharf bekämpften, von zahlreichen Einschränkungen der katholischen Jugendarbeit, die dazu führte, daß katholische Jugendverbände für Kinder und Jugendliche nicht mehr attraktiv waren, von der Erziehung zu einer unchristlichen, ja christentumsfeindlichen Jugend.
Es bestand das Verbot der Doppelmitgliedschaft von "Arbeitsfront" und katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen. Wer aber nicht der "Arbeitsfront" angehörte, bekam keine Arbeit usw. Konnte es die Kirche verantworten, daß ihre treuesten Mitglieder um der Treue zu ihren Vereinen willen um Arbeit und damit Broterwerb kamen?
- Schließlich seine Frage, die heute nicht weniger aktuell ist als damals: "Sind unsere Gläubigen in ihrer Mehrzahl hinreichend religiös unterrichtet und geschult, um die verführerischen Irrlehren als solche zu erkennen und zurückzuweisen?
(Man denke an die Jugendsekten und die Okkultismuswelle unserer Tage!) Sind sie so tief innerlich von der Treue zu Christus erfaßt und gestählt, daß sie unter jeder Bedingung entschlossen sind, gegebenenfalls 'Gott mehr zu gehorchen als den Menschen'?
- In seiner Ansprache vor den Dechanten verwies der Bischof auch auf das Versprechen Hitlers im Juni 1934 gegenüber den drei Bischöfen, die im Auftrag der Bischofskonferenz zusammengetroffen waren, jede Propaganda für die neuheidnischen Ideen zu untersagen. Wenngleich dieses Versprechen auch nicht widerrufen worden sei, sei es doch nie erfüllt worden.
Graf von Galen, dem der Volksmund später nicht ohne Grund den Namen "Löwe von Münster" gab, sah sehr klar, daß man den Kampf mit der Regierung nicht leichtfertig herbeiführen dürfe. Zwar werde die Kirche kraft göttlicher Verheißung nicht untergehen, aber ein mit den damaligen Mitteln der Propaganda, des wirtschaftlichen Drucks usw. erneuerter Kulturkampf

würde für die Kirche erheblich verlustreicher als zur Zeit Bismarcks. Der Kampf müsse stets gegen Irrtum und Lüge gehen, niemals aber gegen irrende Personen. Es gelte, die Gläubigen im Glauben froh zu machen.
- Man muß sich immer wieder an das erinnern, was der Bischof bereits 1935 sagte: Alle öffentlichen Kundgebungen der Kirche wurden mißtrauisch überwacht, alle nicht althergebrachten Glaubenskundgebungen wurden verboten. Die anfangs mehr sporadischen Verbote einzelner Hirtenbriefe und sonstiger bischöflicher Verlautbarungen führten im Lauf der Jahre schließlich weitgehend zur vollständigen Unterdrückung der kirchlichen Presse, trotz Artikels 4 des Reichskonkordats, der sie ausdrücklich garantierte.
Damit entfielen für die Bischöfe weitgehend die Mittel zur Unterweisung der Gläubigen und ihrer Festigung im Glauben. Allerdings wußte dennoch jeder Katholik, der es mit seinem Glauben ernst nahm, wie die Kirche zu den verschiedenen Maßnahmen des Staates stand.
- Bei der schon sehr früh einsetzenden Überwachung der Predigten kam es nicht selten zu Entstellungen, weil einzelne Sätze aus dem Zusammenhang gerissen wurden, der Spitzel etwas nicht richtig verstanden hatte usw.
Peter Löffler hat dies mittels einer Konkordanz der tatsächlichen Ansprache des Bischofs vom 13. Juli 1935 (nach der sog. Großen Prozession), des Berichtes der Gestapo Münster sowie der Gauleitung Westfalen-Nord dokumentiert. Um unnötige Mißverständnisse zu vermeiden, machte das kirchliche Amtsblatt vom 1.10.1936 darauf aufmerksam, daß der Abdruck eines Hirtenschreibens gestattet sei, jedoch nur bei Wiedergabe des ganzen unverkürzten Wortlauts.
Genau wie in seiner Denkschrift für Hitler appellierte der Bischof auch bei seinen Eingaben, Beschwerden und Denkschriften immer wieder geschickt an die Vertragstreue der Machthaber und berief sich auf Worte und Zusagen der verschiedenen Parteigrößen.
Allein 83 x wandte er sich an höchste Würdenträger wie Gauleiter, Minister und Oberpräsidenten, 6 x an Hitler persönlich. Freilich war letzten Endes alles vergebens. Immer wieder mußte er, genau wie der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, erfahren, daß er überhaupt keine Antwort erhielt oder seine Beschwerden als unbegründet zurückgewiesen wurden.
Dies alles muß man berücksichtigen, wenn man jene Zeit und das Verhalten von Kirche und Bischöfen während des Dritten Reichs gerecht beurteilen will. Hier dürfte auch einer der Gründe dafür liegen, daß sich Graf von Galen, wie andere Bischöfe auch, innerhalb des Konkordatsbereichs bewegte. Waren schon die Bemühungen auf diesem völkerrechtlich abgesicherten Gebiet zum Scheitern verurteilt, was konnten die Bischöfe dann erhoffen, wenn sie sich für außerkirchliche Belange einsetzten?
- So gibt es etwa unter den Dokumenten keinen einzigen Hinweis auf die Vorgänge um die "Reichskristallnacht", wenngleich anderseits feststeht, daß sich der Bischof von Münster, wie andere Bischöfe auch, so vor allem Kardinal Innitzer in Wien, Graf von Preysing in Berlin und Erzbischof Gröber in Freiburg, für verfolgte Juden eingesetzt hat. Freilich erfolgte diese Hilfe nicht in der spektakulären Weise, wie sie heutige Zeitgenossen erwarten, die eine Diktatur nur aus Büchern oder oft sehr einseitiger Mediendarstellung kennen, sondern im Verborgenen.
Der Historiker Rudolf Morsey - der auch dieses Dokumentarwerk redaktionell betreute – wies daraufhin, daß Graf von Galen während des Krieges auch für die Juden öffentlich das Wort ergreifen wollte. Aber "auf ausdrückliche Bitten von Vertretern der münsterischen Judenschaft" sah er hiervon ab, "um deren Lage nicht zu verschlechtern." (Die Welt, 2.5.1987)
- Der anonyme Brief eines Juden, der etwa Mitte September 1941 geschrieben wurde, rühmt "mit größter Bewunderung" den "Heldenmut" des Bischofs und schließt mit dem Wunsch "Gott segne Sie!"
Und wie die Synagogengemeinde von Köln den Tod "des auch von uns so verehrten mutigen

Kämpfers für die Menschlichkeit" betrauert, rühmt der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden der Nordrhein-Provinz in seinem Kondolenzschreiben den Kardinal als einen "der wenigen pflichtbewußten Männer, der den Kampf gegen den Rassenwahn in schwerster Zeit geführt hat."

- In ihrem Hirtenbrief vom 12.9.943 hatten sich alle deutschen Bischöfe gegen die "in sich schlechte Tötung an schuld- und wehrlosen Geistesschwachen und -kranken, an unheilbar Siechen und tödlich Verletzten, an erblich Belasteten und lebensuntüchtigen Neugeborenen, an unschuldigen Geiseln und entwaffneten Kriegsgefangenen oder Strafgefangenen, an Menschen fremder Rassen und Abstammung" gewandt.

Wenn heute vielfach behauptet wird, die Bischöfe hätten sich nicht klar ausgedrückt, so war man damals jedenfalls nicht so begriffsstutzig, wie etliche Parolen der Nazis zeigten: "Pfaff und Jud - eine Brut!" Und im Reichsbahnausbesserungswerk München-Freimann prangte der schöne Spruch:

"Wann wird der Menschheit Heil geschaffen? Wann wird die Welt zum Licht geführt? Wenn mit dem Darm des letzten Pfaffen - Der letzte Jud erdrosselt wird!"

Der Kampf gegen die Rasseideologie gehörte seit Beginn seines Pontifikats zu den am häufigsten behandelten Themen des Bischofs. Bereits in seinem Hirtenbrief vom 26. März 1934 hatte er sich mit Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" auseinandergesetzt, einem krausen Gemisch germanophiler Phantastereien und platten Angriffen auf das Christentum, insbesondere die katholische Kirche. Hierzu gehörte schon damals großer Mut, denn der "Mythus" wurde zwar offiziell als Privatarbeit hingestellt, bildete aber in Wirklichkeit neben Hitlers "Mein Kampf" die ideologische Richtschnur für die Schulung im nationalsozialistischen Geist, der die Überlegenheit der arischen Rasse beweisen sollte.

- Im Lauf der Jahre steigerte sich mehr und mehr die Gewissensnot des Bischofs, die in einem Brief an Bischof Berning von Osnabrück vom 26.5.1941 ihren beredten Ausdruck fand. Nachdem von Galen einige Gewaltakte der Nationalsozialisten aufgezählt hatte, schreibt er dann weiter:

"Die angeführten Tatsachen zeigen wieder einmal, welch blindem Haß und welchem willkürlichen Mißbrauch der Macht wir gegenüberstehen ... Es scheint mir nachgerade höchste Zeit zu sein, daß wir einmal in einer gemeinsamen Besprechung uns darüber klar und einig werden, ob wir die Fortführung des uns aufgezwungenen Abwehrkampfes in der bisherigen, fast ganz passiven Weise noch verantworten können.

Die Kriegszeit legt uns zwar Zurückhaltung nahe. Aber (es) ... ist doch die Frage zu prüfen, ob nicht gerade die Liebe zur gesunden Entwicklung unseres Volkslebens uns als deutsche Männer bestimmen muß, freimütig und öffentlich für die Wahrung von Recht und Freiheit einzutreten ... (Nach Anführung weiterer Rechtsbrüche der Nazis fährt er fort:)

Auch ich habe dieses, wie vieles andere, bisher ohne öffentlichen Protest hingenommen. Ich habe mein Gewissen immer wieder damit zur Ruhe gebracht, daß ich mir sagte: Wenn der Kardinal Bertram und so viele andere Bischöfe, die an Alter, Erfahrung und Tugend mir überlegen sind, bei all dem ruhig bleiben und sich mit den papiernen und wirkungslosen, der Öffentlichkeit unbekannten Protesten des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz begnügen, dann wäre es anmaßend, ... vielleicht auch töricht und verkehrt, wenn ich durch eine 'Flucht in die Öffentlichkeit' mich vordrängen und möglicherweise sogar noch brutalere Maßnahmen gegen die Kirche provozieren würde ..."

- Nur wenige Wochen später folgten dann die drei berühmten Brandpredigten, die den Bischof weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt machten. Die Predigten vom 13. und 20. Juli sowie vom 3. August 1941 bildeten zwar die Höhepunkte im Kampf des Bischofs gegen Willkür und Rechtsbrüche der Machthaber und für die ungeschmälerte Freiheit der Glaubensverkündigung, aber sie waren nur die Konsequenz seines unbeirrbaren Einsatzes für Recht

und Menschenwürde.
In der ersten dieser Predigten klagte er die Beschlagnahme von Klöstern an und beschuldigte Partei- und Staatsorgane der rücksichtslosen Unterdrückung der religiösen Freiheit.
In bewegten Worten sprach er von "abgrundtiefem Haß gegen das Christentum, das man ausrotten möchte." Frontal griff er sodann die damals am meisten gefürchtete Institution an:
"Der physischen Übermacht der Geheimen Staatspolizei steht jeder deutsche Staatsbürger völlig schutzlos und wehrlos gegenüber. Völlig wehrlos und schutzlos! ... Keiner von uns ist sicher, und mag er sich bewußt sein, der treueste, gewissenhafteste Staatsbürger zu sein, mag er sich völliger Schuldlosigkeit bewußt sein, daß er nicht eines Tages aus seiner Wohnung geholt, seiner Freiheit beraubt, in den Kellern und Konzentrationslagern der Geheimen Staatspolizei eingesperrt wird.
Ich bin mir darüber klar: das kann auch heute, das kann auch eines Tages mir geschehen. Weil ich dann nicht mehr öffentlich sprechen kann, darum will ich heute sprechen, will ich öffentlich warnen vor dem Weiterschreiten auf einem Wege, der nach meiner festen Überzeugung Gottes Strafgericht auf die Menschen herabruft und zu Unglück und Verderben für unser Volk und Vaterland führen muß ..."
- Geschickt machte er sich in dieser gewagten Predigt die Worte zu eigen, die der damalige Generalgouverneur Dr. Frank, der nach dem Krieg für seine Verbrechen in Polen hingerichtet wurde, im Februar 1941 in der Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht geschrieben hatte:
"Wir wollen jene solide Ausgeglichenheit der inneren Ordnung, die das Strafrecht nicht umkippen läßt in die absolute Autorität staatsanwaltlicher Verfolgungsmacht gegenüber einem von vornherein verurteilten und jeglicher Verteidigungsmittel beraubten Angeklagten ... Das Recht muß dem einzelnen die legale Möglichkeit zur Verteidigung, zur Aufklärung des Tatbestandes und damit zur Sicherung gegen Willkür und Unrecht bieten ... Sonst sprechen wir besser nicht von Strafrecht, sondern nur von Strafgewalt ... Es ist unmöglich, das Rechtsgebäude zugleich mit einer völlig verteidigungslosen Verdammung zu kombinieren ..."
- Gleich dem Minister Frank sei er sich bewußt, daß er berufen sei, "als Bischof, als Verkünder und Verteidiger der von Gott gewollten Rechts- und Sittenordnung ... die Autorität des Rechts mutig zu vertreten und eine verteidigungslose Verdammung Schuldloser als himmelschreiendes Unrecht zu verurteilen!" Die Predigt schloß, wie so oft, mit einem Gebet "für unser deutsches Volk und Vaterland und seinen Führer". (Hoffentlich ziehen die "Freunde" unserer Kirche hieraus nicht den Schluß, der Bischof sei ein Nazi gewesen.)
- In der Predigt vom 20. Juli gebrauchte der Bischof das einprägsame Bild von Hammer und Amboß: "Wir sind in diesem Augenblick nicht Hammer, sondern Amboß. Andere, meist Fremde und Abtrünnige, hämmern auf uns, wollen mit Gewalt unser Volk, uns selbst, unsere Jugend, neu formen, aus der geraden Haltung zu Gott verbiegen ... Der Amboß kann nicht und braucht auch nicht zurückzuschlagen, er muß nur fest, nur hart sein! Wenn er hinreichend zäh, fest, hart ist, dann hält meistens der Amboß länger als der Hammer!"
Am 3. August prangerte er in St. Lamberti, seiner alten Pfarrkirche, die Euthanasieverbrechen an.
Angesichts hunderttausendfacher Abtreibungen bei uns und einem starken Trend, Unheilbare, Alte und Schwerbehinderte zu "erlösen" - vgl. die Morde in den Krankenhäusern von Wuppertal und Wien-Lainz - sind seine Worte auch heute noch von höchster Aktualität, denn "wenn einmal zugegeben wird, daß Menschen das Recht haben, unproduktive Menschen zu töten - und wenn es jetzt zunächst auch nur arme, wehrlose Geisteskranke trifft -, dann ist grundsätzlich der Mord an alten unproduktiven Menschen, also an den unheilbaren Kranken, den arbeitsunfähigen Krüppeln, den Invaliden der Arbeit und des Krieges, dann ist der Mord an uns allen, wenn wir alt und altersschwach sind und damit unproduktiv werden, freigegeben.

Dann braucht nur irgendein Geheimerlaß anzuordnen, daß das bei Geisteskranken erprobte Verfahren auch auf andere 'Unproduktive' auszudehnen ist, daß es auch bei den unheilbar Lungenkranken, bei den Altersschwachen, bei den Altersinvaliden, bei den schwerkriegsverletzten Soldaten anzuwenden sei.
Dann ist keiner von uns seines Lebens mehr sicher ... Es ist nicht auszudenken, welche Verwilderung der Sitten, welch allgemeines gegenseitiges Mißtrauen bis in die Familien hineingetragen wird, wenn diese furchtbare Lehre geduldet, angenommen und befolgt wird. Wehe den Menschen, wehe unserem deutschen Volke, wenn das heilige Gottesgebot:
"Du sollst nicht töten" ... nicht nur übertreten wird, sondern wenn diese Übertretung sogar geduldet und unbestraft ausgeübt wird!"
- Einige Tage zuvor hatte der Bischof dem Landeshauptmann von Westfalen in dieser Frage geschrieben: "Allgemein herrscht der an Sicherheit grenzende Verdacht, daß diese zahlreichen unerwarteten Todesfälle von Geisteskranken nicht von selbst eintreten, sondern absichtlich herbeigeführt werden; daß man dabei jener Lehre folgt, die behauptet, man dürfe sog. 'lebensunwertes Leben' vernichten, also unschuldige Menschen töten, wenn man meint, ihr Leben sei für Volk und Staat nichts mehr wert."
Der Landeshauptmann erklärte zynisch, er werde sich vom Brief des Bischofs nicht irgendwie beirren lassen. Die (Vernichtungs-)Aktion sei in Westfalen in flottem Fortschreiten und in etwa 2-3 Wochen beendet. Am 28.7.1941 hatte Galen beim Polizeipräsidenten von Münster formell Anzeige wegen Mord erstattet. Beide Schritte erfolgten also eindeutig vor der Euthanasiepredigt.
- Uns Heutige erfüllen der Mut und die Unerschrockenheit des Grafen von Galen in seinem Kampf gegen das Unrecht nicht weniger mit Bewunderung als die Menschen damals. Dennoch, man muß leider einräumen, daß sie letztlich nichts bewirkten. Zwar befahl Hitler am 24. August 1941 die Einstellung der Euthanasie, doch wurde sie unter größerer Geheimhaltung, nunmehr dezentralisiert, fortgeführt. Der einzig wirkliche äußere Erfolg war der Kampf für das Kreuz 1936 in Oldenburg.
Die Reaktion auf die Predigt vom 3. August war ungeheuer. Hohe Parteifunktionäre forderten, dem Bischof einen Schauprozeß zu machen und anschließend in Münster öffentlich zu hängen. Doch Goebbels erkannte klar, daß man die Bevölkerung von Münster, ja ganz Westfalens, für die Dauer des Krieges abschreiben müsse. Aber nach dem Kriege solle abgerechnet werden.
Nach der Besetzung Sendenhorsts am Karsamstag 1945, wo der ausgebombte Bischof Zuflucht gefunden hatte, bewahrte dieser gegenüber den Alliierten dieselbe würdige Haltung wie einst gegenüber den Nationalsozialisten. Mit Leidenschaft wandte er sich gegen die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes.
Das führte in Exilkreisen zu mancher Irritation. Thomas Mann fühlte sich bemüßigt, vom unerschrockenen Bekennerbischof, der nicht in der Geborgenheit des Exils, sondern unter ständiger Bedrohung durch die braunen Machthaber den Kampf gegen Unrecht und Mißachtung der Menschenwürde geführt hatte, als einem "unbelehrbaren Geistlichen" zu sprechen. Die Emigrantenzeitung AUFBAU sprach im April 1945 von ihm als einem antihitlerischen Hitlerianer.
- Doch die deutsche Bevölkerung, die zusammen mit Graf von Galen die furchtbaren Belastungen und Kämpfe der Nazidiktatur an vorderster Front durchgestanden hatte, sah in ihm den "Löwen von Münster". In ihren Augen wuchs die Gestalt des großen Bischofs geradezu zum Pater Patriae, der sich mit ganzer Kraft für die Menschen einsetzte. An sich zu Recht erwartete man, daß er mit seiner Fürsprache bei den Alliierten nahezu alles Menschenmögliche erreichen werde.
Aber ein wenig ernüchtert schrieb er seinem Bruder Franz: "Leider ist mein Einfluß gleich

Null."
- Als Graf von Galen am 23. Dezember 1945 zum Kardinal erhoben wurde, sollte diese Auszeichnung - in der 1.100jährigen Bistumsgeschichte einmalig - vor aller Welt ein unübersehbares Zeichen für die außerordentliche Wertschätzung sein, mit dem Papst Pius XII. die tapfere Haltung der meisten Katholiken dieses Bistums und vor allem seines Oberhirten würdigen wollte.
Als die 32 neu ernannten Kardinäle am 21. Februar 1946 zur feierlichen Überreichung des Roten Hutes in die Peterskirche einzogen, steigerten sich die Ovationen für den "Conte de Galen" zu einem Triumph. Alle Welt sah in ihm den Repräsentanten des "anderen Deutschland", der sein Knie nicht vor Baal gebeugt hatte. Doch nur wenige Tage danach, am Nachmittag des 22. März wurde er von Gott heimgerufen.
In seiner Trauerpredigt sprach Kardinal Frings aus, wovon gewiß alle anständigen Deutschen zutiefst durchdrungen waren: "Solange es ein Bistum Münster gibt, wird man Kardinal Galen mit Stolz nennen als die Zierde des Münsterlandes.
Solange es Geschichte des deutschen Volkes gibt, wird man ihn als der Idealsten einen, als den Stolz Deutschlands nennen."
Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933-1946, Band I und II. Bearbeitet von Peter Löffler. Reihe A: Quellen. Band 42 der Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. 1988. …<<

22.12.1989

Ost-Berlin: In Ostberlin wird am 22. Dezember 1989 das Brandenburger Tor geöffnet.

24.12.1989

BRD: Bundespräsident Richard von Weizsäcker zitiert am 24. Dezember 1989 während seiner Weihnachtsansprache im Jahre 1989 einen Brief des Staatspräsidenten der Tschechischen Republik, Václav Havel (x075/281-282): >>... Ich persönlich – ebenso wie viele meiner Freunde – verurteile die Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg. Sie erschien mir immer als eine zutiefst unmoralische Tat, die nicht nur den Deutschen, sondern vielleicht in noch größerem Maße den Tschechen selbst Schaden zugefügt hat, und zwar moralisch als auch materiell. Auf Böses wiederum mit neuem Bösen zu antworten, bedeutet, das Böse nicht zu beseitigen, sondern es auszuweiten.<<

Dezember 1989

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Dezember 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1989 (x853/...): >>**Politische und ideologische Interessen an der Alleinschuldthese**

Folgende Behauptungen des Politologen Theodor Eschenburg wurden in der Nachkriegszeit und verstärkt bis heute zu einem tabuierten Credo erhoben:
"Bei der Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg, die wissenschaftlich eindeutig beantwortet ist, handelt es sich nicht etwa um eine fachhistorische Angelegenheit. Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik."
Also jenseits der historischen Wahrheit hochpolitisch. Wahrheitsenthobene Alleinschuldanerkenntnis, Buß- und Demutsgebärden nebst endloser Schuld-Milliarden-Zahlungen als Staatsräson der Bundesrepublik, keineswegs der DDR, die vielmehr durch Menschenhandel und Dauer-Milliarden-Tribute zu - kündbaren - "menschlichen Erleichterungen" bewegt (subventioniert) werden soll. Eine Art "Hilfe", die auch nach der Öffnung der Mauer- und Todesschußgrenzen weiter empfohlen wird.
Was nun Eschenburg anlangt, so schreibt das Lexikon "Prominente ohne Maske" (Hrsg. von Dr. Gerhard Frey, FZ-Verlag München 1984) S. 121 ff. "Führender Umerzieher in Deutschland. Geboren 1904 in Kiel. In der Weimarer Zeit gehörte er der Deutschen Volkspartei und

der Deutschen Staatspartei an, die beide gegen die Versailler Kriegsschuldlüge Sturm liefen. Nach dem Dritten Reich, in dem er als Geschäftsführer in Industrieverbänden zum "Endsieg" beitrug, sah er das Thema Kriegsschuld anders ... Er war SS-Mitglied.
Seine originelle Begründung: Er sei von der SA verfolgt worden und habe sich dieser Verfolgung durch Eintritt in die SS entziehen wollen."
Inzwischen hat die von Eschenburg beiseitegeschobene fachhistorische Forschung die These von der deutschen Alleinschuld obsolet gemacht und Stück um Stück in Frage gestellt. … Im "Historikerstreit" kam die Angst der Ideologie-Interessenten an der Gefährdung der Tabus ihres sie so außerordentlich - nämlich "moralisch" - begünstigenden Geschichtsbildes zum heftigen Ausbruch. So wurde dieser Streit mit den Fachhistorikern hochpolitisch und ideologisch zugleich. Denn die Linke nebst den entsprechenden Liberalen hatten mit ihrem primitiven "Antifaschismus" automatisch sich das moralische Gütesiegel angeheftet.
Der letzte lebende "Kirchenvater" der "Frankfurter Schule" und Chefideologe der 68-er Kulturrevolution Jürgen Habermas nennt nun die bösen Folgen der geschichtswissenschaftlichen Infragestellung dieses pseudomoralischen Geschichtskonstruktes beim Namen, "als er in der "Zeit" seinen Kontrahenten vorwarf, sie wollten den Deutschen "die Schamröte" austreiben, was dazu führen könne, daß "die nationalen Symbole ihre Prägekraft" wiedergewinnen könnten. Dadurch aber würde die "Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien" gefährdet und die Möglichkeit einer Rückbesinnung auf die nationale Identität befördert, wodurch "der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet", nämlich der "Verfassungspatriotismus " in Gefahr gebracht würde." (Aus Hugo Wellems: Das Jahrhundert der Lüge. Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, ARNDT-Verlag Kiel, 1989, S. 15).
Im Dienste des abstrakten Kunstprodukts "Verfassungspatriotismus " soll also nationale Identität niedergehalten, durch "multikulturelle Gesellschaft" (= Hereinströmenlassen von Millionen von Scheinasylanten aus aller Welt) ersetzt und der jedem gesunden Volk eigene Zusammenhalt sowie gottgegebene spezifische Auftrag durch leicht vom Schreibtisch aus handhabbare "universalistische Prinzipien" denunziert und detruiert werden.
In diesen Tagen und Wochen wurde solch Geschichtskonstrukt übrigens von den elementar aufgebrochenen Zeugnissen der Zusammengehörigkeit der Deutschen durch die Ausreiseströme und die bewegende Wiederbegegnungsfreude mit Millionen deutscher Landsleute aus der DDR ad absurdum geführt.
"Das Dogma von der Singularität deutscher Verbrechen und von der deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg hat also eine rein politische Funktion als Waffe gegen eine Rekonstruktion der nationalen Identität der Deutschen. Da aber ein Volk ohne Identität nicht lebensfähig ist, wird die Bedeutung jener Historiker, die sich dem Eschenburg-Dogma entziehen, offenkundig" (H. Wellems). Die Perversion von historischen Schuldfragen zu Werkzeugen der Aufrechterhaltung ideologisch-politischer Machtinteressen, ihre Besetzung mit pseudomoralischen Tabus, ist in eine wohlverdiente tiefe Krise geraten.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1989 berichtet im Dezember 1989 über das Buch "1939. Deutsches Schicksalsjahr" des deutschen Historikers Alfred Schickel (x853/...): >>... Alfred Schickel führt den Leser in seiner Untersuchung ohne opportunistische Umwege direkt zu den Ereignissen des Jahres 1939 und schildert sie aus der Sicht der beiden Seiten.
Da kommen polnische und englische Politiker ebenso zu Wort und legen die Beweggründe ihres Handelns dar wie die Verantwortlichen in der Berliner Reichskanzlei. Da stößt der Leser bei den polnischen Führungszirkeln auf kaum geringere Kampfbereitschaft als bei den deutschen Akteuren. Da werden in Warschau erste Pläne von Menschenvertreibungen offenkundig und polnische Selbstüberschätzungen deutlich.
Das später gern als "überfallenes Land" bemitleidete Polen fiebert in den Worten seiner politi-

schen und militärischen Führer gleichsam dem Waffengang mit dem westlichen Nachbarn entgegen und hatte im Frühjahr 1939 bereits ein nachmalig geteiltes Deutschland als Kriegsziel im Auge.
Daß man sich in Berlin nicht weniger selbstbewußt und siegesgewiß gab, ist nichts sonderlich Neues. Schickel vergißt es nicht zu erwähnen, ohne es freilich nach herkömmlicher Bewältigungsmanier über Gebühr breitzutreten. Er protokolliert vielmehr die beiderseitigen Aktivitäten und vermeidet voreingenommene Schlagseiten. Statt Allzubekanntes ein weiteres Mal zu wiederholen, zieht es Alfred Schickel vor, neue Dokumente auszuwerten und damit den Horizont der Ereignisse vor 50 Jahren wohltuend zu erweitern.
- Er dokumentiert nicht nur die Kenntnis der amerikanischen Regierung vom Geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt anhand bislang ungewürdigter US-Akten, sondern geht mit Hilfe amerikanischer Botschaftsberichte auch der Frage nach, warum die Westmächte im Herbst 1939 den deutschen Vorschlag zum Friedensschluß ablehnten.
Bekanntlich war ja nach der Niederwerfung und Besetzung Polens durch die deutsche Wehrmacht und die Rote Armee der von den Anglofranzosen am 1. September 1939 angegebene Kriegsgrund nicht mehr glaubwürdig, zumal sich die beiden Westmächte nur rhetorisch auf die Seite der Polen gestellt, ihnen aber nicht wirklich geholfen hatten.
Eingedenk seiner Erfahrungen als unorthodoxer Historiker, der nicht dem Zeitgeist nachläuft, sondern zu Forschungen in die Archive geht, beläßt es Schickel nicht bei bloßen Nachzeichnungen oder Behauptungen, sondern legt dem Leser für jede getroffene Aussage die dokumentarischen Beweise vor.
- So erhärtet er seinen Zweifel an den erklärten hehren Zielen der Engländer, nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen dessen "meineidiges Regime", wie Premierminister Chamberlain am 4. September 1939 verkündete, zu kämpfen, mit Akten aus der Roosevelt-Forschungsstelle, aus denen eindeutig hervorgeht, daß die Briten im September 1939 zu den Waffen griffen, um eine deutsche Vorherrschaft auf dem Kontinent zu verhindern.
Alfred Schickel zitiert aus einem Geheimtelegramm des seinerzeitigen amerikanischen Botschafters in London, Joseph Kennedy (Vater des nachmaligen Präsidenten), vom 30. September 1939, in welchem dieses englische Kriegsziel unverhohlen festgestellt wird. Kennedy wörtlich in Schickels Buch:
"Natürlich ist es in Wirklichkeit so, daß England für seine Besitztümer und seinen Platz an der Sonne kämpft, genauso wie in der Vergangenheit ... ist es sicher Tatsache, daß die Engländer nicht gegen Hitler, sondern gegen die Deutschen kämpfen, gerade so wie vor 25 Jahren, weil 45 Millionen Briten, die die größte weitest ausgedehnte Seeherrschaft der Welt kontrollieren, und 80 Millionen Deutsche, die Kontinentaleuropa beherrschen, nicht gelernt haben, miteinander in Frieden zu leben ..."
Diese Aussage ist nicht die einzige, welche Alfred Schickel in seiner Arbeit dokumentiert und damit die voreilige Schuldzuweisung in Frage stellt; ein Gutteil seines Buches zeichnet sich durch solche schier unerhörten Erkenntnisse und Forschungsergebnisse aus.
Zu ihnen gehören die fast unentwegten stillen deutschen Friedensinitiativen, die vom Oktober bis zum Dezember 1939 der französischen Regierung galten und vom Ministerpräsidenten Daladier dem amerikanischen Botschafter Bullitt persönlich mitgeteilt wurden. Daladier ging auf diese Berliner Fühlungnahmen zum Schein ein, um durch erbetene "Bedenkzeit" in Wahrheit die Deutschen hinzuhalten und einen Angriff der Wehrmacht im Herbst 1939 unwahrscheinlich zu machen. US-Botschafter Bullitt meldete diese Mitteilungen Daladiers seinem Präsidenten - und Schickel fand dieses Geheimtelegramm im Roosevelt-Archiv und fügt es seinem Buch im Anhang an.
Durch diesen dokumentarischen Anhang sichert der Autor nicht nur den Inhalt seines Buches zuverlässig ab, sondern gibt auch dem Fachkollegen wertvolles Material an die Hand.

Als Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt zeichnet Alfred Schickel durch eine solche Arbeitsweise nicht nur seine Institution mustergültig aus, sondern bewährt sich ein weiteres Mal als Geschichtswissenschaftler von Format und von Mut. ...<<

31.12.1989

BRD: Dr. Friedrich Zimmermann (1925-2012, damaliger Bundesminister des Innern) schreibt im Geleitwort der Bundesarchiv-Dokumentation "Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-48", die 1989 veröffentlicht wird (x010/9-10): >>Im Jahre 1969 erhielt das Bundesarchiv von der Bundesregierung der Großen Koalition den Auftrag, die vorliegenden Unterlagen im Hinblick auf die bei der Vertreibung verübten Verbrechen auszuwerten und einen Bericht vorzulegen.

Der 1974 fertiggestellte Bericht wurde seitdem von den Bundesregierungen der SPD-FDP-Koalition unter Verschluß gehalten. Dieses Verhalten stieß auf berechtigte Kritik.

Ich habe den Bericht deshalb nach meiner Amtsübernahme im Dezember 1982 zur wissenschaftlichen und publizistischen Benutzung im Bundesarchiv freigegeben. Damit sind dort alle dokumentarischen Zeugnisse über das Vertreibungsgeschehen der Öffentlichkeit zugänglich. ...

Eine verantwortungsbewußte Verarbeitung des Themas Vertreibung braucht den Vorwurf nicht zu scheuen, sie könne das Verhältnis zu anderen Staaten belasten und Entspannung verhindern. Wie könnte Entspannung dauerhaft sein, wenn sie das Verschweigen oder die Verfälschung geschichtlicher Ereignisse in Kauf nimmt? Nach meiner Überzeugung ist die Aufarbeitung des Vertreibungsgeschehens mit seinen schrecklichen Begleiterscheinungen im Interesse der geschichtlichen und politischen Bewußtseinsbildung notwendig.

Vorgänge solchen Ausmaßes dürfen nicht aus dem Bewußtsein eines Volkes verdrängt werden. Findet eine wissenschaftliche Aufarbeitung nicht statt, die sich von unbestechlicher Wahrheitsliebe leiten läßt, so entstehen verzerrte Bilder der Vergangenheit und entstellende Legenden. Damit ist niemandem gedient.

Die vorliegende Publikation bietet die Möglichkeit, sich über durch Zeugen belegte Vorgänge zu informieren. Sie eröffnet dem Interessierten den Weg zu vertiefter Beschäftigung mit einer Phase unserer Geschichte, die für Jüngere nun schon weit zurück und oft im Dunklen liegt.

Sie erinnert aber auch an die Achtung vor der Würde der Menschen, die stellvertretend für das ganze Volk die schwersten Folgen eines verbrecherisch angezettelten Krieges zu tragen hatten.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt im Jahre 1989 in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x024/333-334): >>... Die Vertriebenen hatten vor allem in der Zeit, als um die Ostverträge gerungen wurde, stark unter ... (dem Sensationsjournalismus) zu leiden.

Die ablehnende Haltung vieler Vertriebener den Verträgen gegenüber wurde als "Kalte-Krieger-Mentalität" verteufelt. Der Gedanke, daß etwa ein Schwabe hier leichtern Herzens würde zustimmen können als ein Ostpreuße, wurde gar nicht erst bedacht. Durch solchen Journalismus wurde der Begriff "Vertriebener" geradezu anrüchig, obwohl dem Schicksal eines Vertriebenen – egal wo in der Welt – immer Mitgefühl entgegengebracht werden sollte. Die Diskussion um das Motto des Schlesiertreffen 1985 zeigte, daß der Umgang mit den Vertriebenen noch immer nicht differenziert ist, da selten unterschieden, vernünftig gewichtet und geurteilt, sondern pauschaliert und heillos übertrieben wird.

Solange noch Politiker und Journalisten Gräben zwischen Vertriebenen und Nichtvertriebenen aufreißen, so lange ist noch nicht von einer vollkommenen Eingliederung zu sprechen. Dabei waren es doch gerade die noch immer verteufelten Vertriebenenfunktionäre, die die großartige Haltung der Vertriebenen wesentlich beeinflußt haben. Hätte nur einer von ihnen zu Haß und Gewalt aufgerufen, wäre vielleicht alles anders gekommen. Aber kein einziger deutscher Ver-

triebener hat zu Gewalt gegriffen, es gab keine einzige terroristische Aktion. Kein Flugzeug wurde entführt, keine Geisel genommen.
Die Bekundung des Willens der Vertriebenen geschah ausschließlich mit Worten. Unter ihnen gibt es keinen "Revanchismus". Wer es ihnen laufend vorwirft, gibt damit eigentlich nur zu, daß es eigentlich Anlaß für eine solche Haltung gäbe. Wenn vertriebene oder nichtvertriebene Deutsche gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zu Polen sind (25 %), so sind dies damit noch lange keine Revanchisten.
Aus polnischer und sowjetischer Sicht könnte man sie allenfalls als Revisionisten bezeichnen, wie sie auf eine Revision dieser Grenze im Rahmen eines Friedensvertrages hoffen. Es sind Leute, die auf völkerrechtlich nie widerrufene Verträge pochen und sich nicht durch die "normative Kraft der Geschichte" das Recht beugen lassen wollen.
Aus dieser Haltung kann man aber keinen "Revanchismus" ableiten, wie es die Sowjetunion und Polen tun. "Revanchisten" muß es aber in der Bundesrepublik Deutschland geben, weil der Ostblock diesen Popanz braucht. ...<<
Der Journalist Johannes Groß (1932-1999) berichtet im Jahre 1989 in seinem Buch "Phoenix in Asche" über das kulturelle Niveau der Bundesrepublik Deutschland (x268/164): >>In 40 Jahren wachsenden Wohlstands hat der Staat Bundesrepublik nicht ein einziges Gebäude von architektonischem Rang errichtet, kein großes Denkmal in Auftrag gegeben, keine Musik, kein Bildwerk inspiriert – verschwände sie heute von Zauberhand, keine mit Sinnen wahrnehmbare Spur würde an sie erinnern. ... Mögen seine Politiker auch gelegentlich auftrumpfende Reden halten. Was ihr Selbstbewußtsein wert ist, sagen die Steine, die nichts zu reden haben. ...<<
Schweiz: Der schweizerische Theologe Dr. Samuel R. Külling (1924-2003) berichtet im Jahre 1989 über die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" (x914): >>**Freiheit – Gleichheit - Brüderlichkeit**
Entsprechen die Parolen der französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" biblischen Forderungen?
Man preist heute, nach 200 Jahren, die Proklamation der unveräußerlichen Menschenrechte der Menschenrechtserklärung der französischen Revolution 1789: "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit".
Entsprechen diese Forderungen wirklich denen der Bibel und gehören sie zur göttlichen Schöpfungsordnung? Hier besteht weitgehend, auch bei bibeltreuen Christen, große Unklarheit. Darum sollen die drei Begriffe untersucht werden. Ich beginne mit der Gleichheit:
1. Gleichheit
Wie verhängnisvoll sich die Proklamation von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" auf Gleichheit auswirkt, zeigt der heutige **Feminismus.** Gott hat z.B. Mann und Frau **ungleich geschaffen**; also ist dies **seine Schöpfungsordnung** und alle **Gleichheitsideologie** in dieser Hinsicht ist nicht von Gott, sondern von unten. Wir merken ihre negativen Auswirkungen bereits heute in der Politik und werden sie noch deutlicher erkennen in der Zukunft, wenn sie vielleicht nicht mehr zu ändern ist.
Wir haben die negativen Auswirkungen der Gleichheitsideologie der französischen Revolution bereits einmal bei der Frage des neuen Eherechts besprochen und damals gesagt: "Zugunsten der Gleichheitsansprüche wird die Gemeinschaft der Ehe geopfert. Zwischen Gleichheitsansprüchen zweier unabhängigen Partner und der Gemeinschaft der Ehe gibt es nur ein Entweder - Oder."
Gott hat auch jeden Menschen **ungleich** geschaffen. Also ist der Ruf nach Gleichheit aller Menschen unbiblisch. "Es gibt keine größere Ungerechtigkeit als unterschiedliche Wesen identisch zu behandeln", sagte Montesquieu zu recht. Er schreibt: "Diese Unterschiede ignorieren oder aufheben wollen heißt, gegen das Wesen der Dinge angehen, heißt, der Ideologie

weichen." Gewiß sind wir nicht gegen das Prinzip: "Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz".
Aber dieses Prinzip der "Gerechtigkeit" kann leicht zu neuer Ungerechtigkeit führen, wenn man nicht vom biblischen Menschenbild ausgeht. Und dies tat die französische Revolution nicht. Sie ging nicht von einem dem Schöpfungswerk entsprechenden vielfältigen, individuell ganz unterschiedlichen (jedes nach seiner Art) Menschenbild aus, sondern von einem uniformen, gleichgeschalteten. Gleichheit bedeutet für sie darum einheitliche Denk-, Glaubens- und Verhaltensweise. Und das ist eine der göttlichen Schöpfung radikal widersprechende Gleichheitsideologie. Dieses unbiblische Verständnis von Gleichheit zeigte sich besonders deutlich den Juden gegenüber.
Wohl wurden, besonders durch den Einfluß des radikalen Revolutionärs Robespierre, am 27. September 1791 zum ersten Mal in der Geschichte der Juden im Exil in Europa die Juden rechtlich den Nichtjuden gleichgestellt. Das hieß aber für die Juden, ihre Judentum weitgehend aufzugeben. Sie sollten nicht mehr als religiöse Minderheit mit eigener Religion, Kultur und Sprache leben. "Die Juden wurden emanzipiert, weil sie Menschen, nicht weil sie Juden waren" (Daniel Gerson in Jüdische Rundschau Nr. 28, 1989). Dieses Gleichheitsverständnis bezog sich auch auf andere Minderheiten. Gleichheit hieß für sie Gleichschaltung, Aufgabe ihrer individuellen Überzeugungen. Das zeigt sich sehr deutlich bei einem anderen der proklamierten Menschenrechte, der Freiheit.

2. Freiheit

Die Freiheit der französischen Revolution war nicht die biblisch verstandene Freiheit. Diese Freiheit war absolut nicht die Freiheit von aller Sklaverei. Sie war gebunden an das uniforme Menschenbild der Revolution. Und das war ein **atheistisches Menschenbild.**
Freiheit, losgelöst von göttlicher Autorität, wird zur Tyrannei durch Menschen, wie Wilhelm Hahn ausführt: (Hahn Christliche Weltrevolution. Stehen wir vor einer Spaltung der Christenheit, in Rupert Hofmann, Verlag Regensberg 1987). "Der Mensch soll sein Schicksal und das der Menschheit in seine eigenen Hände nehmen und eine menschenwürdige, ideale Welt schaffen! Das Reich der Gerechtigkeit und des Glücks für alle Menschen, die alle gleich sind, läßt sich von Menschen auf dieser Welt erreichen."
"Welchen Fanatismus das Ziel der Menschheitsbeglückung hervorgebracht hat (von Robespierre bis Marx, von Lenin, Stalin bis hin zu Hitler oder Pol Pot und schließlich Ajatollah Khomeini) wird erhellt aus dem folgenden programmatischen Wort Robespierres: 'Die Triebkraft der Volksregierung ist in Friedenszeiten die Tugend. Sie ist in Zeiten der Revolution zugleich Terror und Tugend: Die Tugend, ohne die der Terror unheilvoll ist, der Terror, ohne den die Tugend machtlos ist. Der Terror ist nichts anderes als das schlagfertige, unerbittliche, unbeugsame Recht. Er ist somit eine Emanation (Ausfluß) der Tugend".
Darum war es auch gar keine echte Freiheit, auch wenn sie noch so lauthals verkündet wurde. Sie bestand in lauter Verboten, was die Glaubens und Gewissensfreiheit betrifft. Ist das etwa Freiheit, die nur mit neuen Verboten (christliche Feiertage und Feste, bestimmte religiöse Handlungen usw.) gepaart war, gegeben von Menschen, die von göttlicher Autorität nichts wissen wollten, sondern einer "Göttin der Vernunft" (Demoiselle Maillard) huldigten, oder die das Volk zum Gott machten?
Wen wundert es, daß schon in den ersten Jahren nach der Emanzipation (besonders 1793/94) die jüdischen Gottesdienste meistens im Geheimen abgehalten werden mußten und es zu Verhaftungen von Rabbinern kam. Was ist das für eine Freiheit, wo nicht jeder nach seiner Überzeugung seines Glaubens leben kann?

3. Brüderlichkeit

Heute sollte man nach den Forderungen der Feministinnen "Schwesterlichkeit" sagen! Aber lassen wir den Ausdruck der Revolution stehen. Auch hier ist natürlich nicht an christliche

Bruderschaft zu denken. Auch hier gibt es nur bedingte Brüderlichkeit.
Auch hier galten diejenigen, die die Gedankengänge und gottlosen Prinzipien der Revolution, ihr Bekenntnis ("die Existenz eines höchsten Wesens und die Unsterblichkeit der Seele") oder ihre ideologischen Kultfeiern usw. nicht guthießen, praktisch nicht als Brüder, sondern als unliebsame Außenseiter oder Fremdkörper im Staat, die man entweder als "quantité négligeable" (zu vernachlässigende Größe) überging oder gewaltsam zum Bruder machen wollte ("Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein"). Die Schreckensherrschaft Robespierres geschah sicher nicht im Sinn der Brüderlichkeit seiner Untertanen!

4. Was sagt die Bibel?

Aus obigen Darlegungen ist hervorgegangen, daß die französische Revolution mit ihrer Proklamierung von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" etwas anderes meinte als die Bibel und darum nicht christliche Begriffe oder Werte durchgesetzt hat. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann natürlich nur sehr beschränkt und lückenhaft darauf eingegangen werden, was wir von der Bibel her zu Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu sagen haben.

a) Freiheit

Nach der Bibel gibt es keine absolute Freiheit. Als das Volk Israel von der Knechtschaft in Ägypten befreit wurde, kam es zum Sinai, wo es lernen sollte, sich an das Gesetz Gottes zu binden. In Römer 6,15-7,6 sagt Paulus, daß der Gläubige freigemacht wurde von der Sündenknechtschaft, aber zugleich Knecht der Gerechtigkeit wurde. "Jetzt dagegen, wo ihr von der Sünde frei und Knechte Gottes geworden seid, habt ihr als eure Frucht die Heiligung und als Endergebnis das ewige Leben." (Römer 6, 22)
Dieser zentrale Vers sagt alles. Die Proklamation einer ziellosen, zügellosen Freiheit ist völlig unbiblisch. Die Bibel lehrt uns keine Freiheit von aller Sklaverei. Sie lehrt uns, daß wir entweder "Sklaven" der Sünde oder "Sklaven" Gottes sind. Es gibt nur dieses Entweder Oder. Als Knechte Gottes haben wir als Ziel die Heiligung (in diesem Leben) und als Endergebnis das ewige Leben. Wir sind nie absolut frei, also haben wir auch keine solche Freiheit zu verkündigen.
Luther sagte es in dem Paradox: "Der Christ ist ein freier Mann und niemandem untertan. Der Christ ist ein dienstbarer Knecht aller und allen untertan". Freiheit vom mosaischen Gesetz bedeutet nicht Zügellosigkeit, sondern Gehorsam Christi, Gebundenheit an das Gesetz Christi (1. Korinther 9, 21). Biblisch verstandene Freiheit ist nur möglich durch die neue Gebundenheit an den Geist Gottes und seine Leitung (Römer 8, 14). Freiheit muß ein Ziel haben (verherrlicht Gott mit eurem Leibe (1. Korinther 6, 20), sonst wird sie nur Menschenknechtschaft (1. Korinther 7, 23).
Da diese Freiheitsproklamation der französischen Revolution kein solches Ziel hatte, wurde sie nur zur neuen Gebundenheit an Menschengebote und -verbote. Sklaven des Verderbens können nicht wahre Freiheit verheißen (sie verheißen ihnen Freiheit, sind dabei aber selbst Sklaven des Verderbens; denn von wem jemand im Kampf überwunden ist, dem ist er auch als Sklave verfallen (2. Petrus 2, 19).

b) Gleichheit

Es gibt nach der Bibel nur eine Gleichheit, die für uns alle gilt, nämlich die von Römer 3, 10-19: Die ganze Menschheit ist dem Gericht Gottes verfallen! Und es gibt nur einen Heilsweg für uns alle: Die Gottes-Gerechtigkeit, die durch den Glauben an Jesus Christus für alle da ist und an alle kommt, die da glauben (Römer 3, 22). Denn hier gibt es keinen Unterschied; alle haben ja gesündigt und bleiben unteilhaftig des Ruhmes, den Gott verleiht; so werden sie geschenkweise durch seine Gnade gerechtfertigt infolge der Erlösung, die in Christus Jesus begründet ist (Römer 3, 23-24).
Hier ist es angebracht von Gleichheit zu reden. Aber davon redet die französische Revolution nicht. Und die Gleichheit, die sie verkündet, gibt es, wie wir ausgeführt haben, nicht. Sie führt

nur zu neuer Ungerechtigkeit im Namen eines unbiblischen Menschenverständnisses von Gleichheit.

c) Brüderlichkeit

Die Bruderschaft im biblischen Sinn ist nur möglich durch den Vater im Himmel ("Vater" ist etwas anderes als "die Existenz eines höchsten Wesens" von Robespierre). Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des Schafotts! Gott möge uns verschonen vor einer Brüderlichkeit des atheistischen Genossen! Gott möge uns verschonen vor einer Zwangsbruderschaft! Gott möge uns auch bewahren vor einer Zwangsschwesternschaft des Feminismus! Gott möge uns bewahren vor einer Bruderschaft, die keine ist! Die Bruderschaft der französischen Revolution, **die die Vaterschaft Gottes leugnete,** ist keine Bruderschaft.

Und diesen Vater in Jesus Christus hat die Revolution ausgeschaltet. Sie wollte "Brüder", ohne den "Meister" anzuerkennen (Matthäus 23, 8).

Ihr Bruderbild war nicht das der Bibel: "dem Bilde seines Sohnes gleich zu werden: dieser sollte der Erstgeborene unter vielen Brüdern sein (Römer 8, 19).

Reden wir also nicht mehr davon, die französische Revolution habe "christliche Rechte" durchgesetzt. Sie war weit entfernt davon.

Vertiefen wir uns mehr in die Bibel, um zu erfahren, was sie über "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" sagt.<<

Vietnam: Eine große deutsche Wochenzeitschrift berichtet im Jahre 1989 über das im Vietnamkrieg eingesetzte chemische Entlaubungsmittel "Agent Orange" (x068/347): >>Die Notstände gehen uns alle an ... Das Gift wirkt über Generationen hinaus. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Vietnamkrieg (x068/344-347): >>... Der Indochinakrieg wurde auch chemisch und biologisch geführt, mit den verschiedensten Giften, mit flüssigen Gasen und festen Gasen, mit Gasen, die sich erst beim Entströmen aus dem Behälter in Gase verwandeln. Mit massivem Einsatz von CN (Chloro-Acetophenon) zum Beispiel, von CS (Ortho-Chloro-Benzal-Malononitril), von DM (ein Chlorhydrat von Phenarsazin oder Adamsit). Nach vietnamesischen Angaben wurden 1963 durch sogenannte Entlaubungsmittel, Herbizide, 320.000 Hektar Land zerstört, 1964 schon 500.000, 1965 bereits 700.000 Hektar.

Eines der bekanntesten dieser Chemikalien war das in den sechziger Jahren in den USA entwickelte "Agent Orange". Mit Dioxin verseucht, mit hoch giftigen Substanzen, wurde es in solch ungeheueren Mengen zur Entlaubung des Dschungels, zum systematischen Ruinieren der Felder, der Dörfer eingesetzt, daß der US-Chemiewaffenhersteller Dow Chemical, Midland, bereits 1964 in "Lieferschwierigkeiten" kam. Da sprang ein deutsches Unternehmen in die Bresche, der Chemie-Konzern Ernst Boehringer, Ingelheim.

An der Spitze dieses Unternehmens aber stand seinerzeit der spätere Präsident des Evangelischen Kirchentages und ehemalige Präsident der Bundesrepublik Deutschland Dr. Richard von Weizsäcker - keine wichtige Entscheidung fiel ohne ihn. Der deutsche Waffenproduzent half dem amerikanischen Chemiewaffenhersteller Dow Chemical aus, er lieferte ihm "ein modernes Verfahren zur Herstellung von Zutaten für den Kampfstoff Agent Orange". Und je mehr Boehringer-Gift auf Vietnam niederging, desto mehr stieg Boehringer in Ingelheim auf. "So lange der Vietnam-Krieg andauert, sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten", beschrieb man optimistisch die Lage in der Firma.

"Tatsächlich ging unter Weizsäcker die Weiterentwicklung des Hauses Boehringer steil nach oben. Der offizielle Hauptlieferant für 'Agent Orange', Dow Chemical in Midland/Michigan, lobte den 'großartigen Kooperationsgeist', den der Boehringer-Konzern zeigte."

So steht in der Strafanzeige des früheren Mannheimer Amtsgerichtsdirektors Rudolf Deichner vom Dezember 1989 gegen Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker wegen "Beteiligung an Völkermord" und anderen Straftaten, in einer Anzeige, die seitdem deutsche Staatsanwalt-

schaften, eher weniger als mehr, darf man vermuten, beschäftigt.
Tanker auf Tanker mit "Agent Orange" wird in den sechziger Jahren ins Mekongdelta verschifft und dann das Gift, Millionen Tonnen Gift ... über Hinterindien versprüht, auf Vietnam, Laos, Kambodscha verregnet, aus B-52 oder C-123 und C-130 Bombern, aus Hubschraubern, Transportmaschinen.
Bei gutem Wetter und nur leichtem Wind fliegen diese Maschinen mit Aufklärer und Begleitschutz in den schönen Stunden von Sonnenaufgang bis acht oder neun Uhr in etwa hundert Meter Höhe über das Land und verteilen das Gift, den deutschen Beitrag, die Gottesgabe aus Ingelheim am Rhein, von "C. H. Boehringer Sohn Weizsäcker", weithin über Dschungel und Obstplantagen, über Ackerland und dicht besiedelte Gebiete, über Hunderte von Dörfern, über Reis und Mais, Zuckerrohr und Maniok, über Kartoffeln, Wassermelonen, Bananenstauden, Pfefferstäucher.
Alles wird weithin vernichtet, verheert, die Ernten verdorren - ach ja, warum nicht wieder mal eine Aktion, eine Sammelaktion der Evangelischen Kirche BROT FÜR DIE WELT mit einem beeindruckenden Aufruf des Ex-Kirchenpräsidenten, des Bundespräsidenten jetzt, edelsouverän und mit markanter Mimik ...?
Oh, wir kennen sie, die schönen Reden, die alle protestantischen Studiendirektorinnen Deutschlands verzaubern: "Wir müssen teilen lernen" - "Jetzt ist eine unerhörte Gemeinschaftsleistung nötig" - "Die Notstände gehen uns alle an" - aber den einen vielleicht doch etwas weniger und den anderen doch etwas mehr, zumal einen Bundespräsidenten mit so großer Verantwortung? Und nicht so kleinem Vermögen? Oder meinen Sie nicht?
Gift? Ja, Millionen Tonnen auf das "Land des Südens" und die angrenzenden Länder. Gift, Gift. "Agent Orange" ... hinaus und hinab, auf den Ba Lai-Fluß, den Bin Hai-Fluß, den Re-Fluß, in Bäche und Kanäle hinein und fort mit dem Wind, die Fische infiziert, die Rinder, die Schafe, das Wild, gezählte und ungezählte Tausende von Tieren getötet. Büffel, Ochsen, Schweine kläglich zugrunde gerichtet.
Und allein in zwei Jahren, von Mitte 1965 bis Mitte 1967 Hunderttausende von Menschen vergiftet, ihnen Lungenödeme angehängt, Magen- und Darmerkrankungen, Fehlgeburten, hohes Fieber, anhaltende Durchfälle - und Todesfälle auch, manchmal Frauen besonders, Kinder und Greise. "Zehntausende von Menschen wurden von dieser chemischen Keule getötet."
Ja, wie wäre es mit einem Staatsbesuch, einer Good-will-Reise, nach Kambodscha vielleicht, Laos, Vietnam, fast friedliche Länder jetzt? Und Frieden doch auch zu Hause, Friedhofsruhe mitunter. Im endlich stillgelegten Chemie-Werk "C. H. Boehringer in Hamburg-Billbrook" zum Beispiel - "Krebs, Bronchitis, Selbstmord - Die Fabrik des Todes", mehr als 20 Selbstmorde unter den Mitarbeitern und über 130 "elendiglich an Krebs und Leukämie Verstorbene" - bis zum 6. Juli 1990.
Aber doch nicht nur dies daheim. Nein, auch ein beruhigendes Vermögen, relativ stattlich, in dreistelliger Millionenhöhe, allein bei Bosch ein 100-Millionen-Aktienpaket, und Beteiligungen auch anderwärts, man könnte sie nennen. "Wir müssen teilen lernen ..."
Aber auch Vorsorgen freilich für die Zukunft!
Nicht nur heute noch schrecklich verkrüppelte, behinderte Kinder, körperlich und geistig ruiniert. "Die Notstände gehen uns alle an ..."
"Agent Orange": "Das Gift wirkt über Generationen hinaus", so eine große deutsche Wochenzeitschrift 1989. Und noch lange wird es, wird er weiter wirken, weiter leben. "Agent Orange-Folgen" in vietnamesischen Glasbehältern: "menschliche Föten mit Zyklopenaugen, ohne Arme, ohne Beine, ohne Hälse, mit Riesenköpfen ..."
"Ich habe mir meinen Weg selber erarbeitet." So der Wegbereiter. Und das Allensbach-Orakel in christlicher Verbundenheit: "Kein Schatten auf dieser Gestalt."
Überrascht es?

Nun, ich hatte das, gedruckt schon, wenn auch in Kleinstauflage, alles in Händen. Doch schrieb ich dem Autor und erhielt unter dem 13.7.1992 "en prompte réponse: In Sachen v. W. bin ich nie juristisch belangt worden. Ich habe mir dieserhalb alle Mühe gegeben - siehe auch Anlage vom 8.4.92 - Schweigen im Walde. - In der Hauptkirche FHH am 3.10.91 auf 5 m Entfernung im Beisein von Bundesministern, Ministerpräsidenten, Staatssekretären usw. dreimal das Wort "Mörder" ins Gesicht (in Verbindung mit "Völker-", "Arbeiter-" und "Giftgas-") ... Die BRD hat einen Präsidenten - der das Forschen in seiner Vergangenheit fürchtet und dieserhalb eben auch juristische Schritte."<<

1990

>>Ich stand in dunklen Träumen / Und starrte ihr Bildnis an, / und das geliebte Antlitz / Heimlich zu leben begann. ...<< (Heinrich Heine)

13.02.1990

Kanada: Die 4 Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und die beiden deutschen Staaten vereinbaren am 13. Februar 1990 in Ottawa "Zwei-plus-Vier-Gespräche", um die "äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit" abzuklären.

12.03.1990

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1990) berichtet am 12. März 1990 über die deutschen Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Die deutschen Bäume fällen**

Die Einigung Deutschlands facht die Diskussion um Reparationen wieder an

Ein Stichwort des Bundeskanzlers weckte im Ausland neue Begehrlichkeiten: Die Diskussion um deutsche Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkriegs ist erneut entbrannt, die Wiedervereinigung kann teuer werden. Denn viele Ansprüche wurden nur bis zu einer endgültigen Friedensregelung zurückgestellt.

Zu den Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs, denen nach der Niederwerfung Hitler-Deutschlands Reparationen zustanden, zählte auch Australien. Dort wurde 1947 die Idee geboren, das besiegte Reich zur Behebung eines der ehemaligen Strafkolonie angeborenen Mangels heranzuziehen:

In Australien gab es seit jeher zu wenig Frauen. In Deutschland hingegen herrschte, so die Überlegung, angesichts der Millionen gefallenen, gefangenen und zur Zwangsarbeit verschleppten Männer Frauenüberschuß. Also könnten die Deutschen doch statt Reparationen 200.000 Mädchen schicken. Die sollten freilich nicht älter als zwölf Jahre sein, weil sonst zu große Gefahr bestünde, daß sie den NS-Bazillus auf den fünften Kontinent einschleppten.

Im Gegensatz zu sonstigem Aberwitz bei Reparationsforderungen hatte diese Vision von einer germanischen Blutauffrischung fürs andere Ende der Welt, die auch von Himmler hätte stammen können, nie Aussicht auf Verwirklichung. Andere Horror-Ideen, wie jene des US-Finanzministers Henry Morgenthau, der Deutschland auf ein Weideland reduzieren wollte, wurden zumindest im Ansatz durchaus realisiert.

Die Briten demontierten nicht nur massenhaft Fabriken, Werften und Kräne. Sie schlugen in einem "Operation Buntspecht" genannten Raubzug norddeutsche Wälder kahl, weil, so der ehemalige Ackerbauminister Hudson, "die Deutschen sich hübsch dahinterzuklemmen haben, das zu liefern, was wir für unseren Wiederaufbau brauchen" - und dazu "werden wir auch rücksichtslos die deutschen Bäume fällen".

In Südwestdeutschland holzten die Franzosen in den Forsten und beschlagnahmten als "gefährliche Industrie" etwa Geräte der schwäbischen Uhrenhersteller, da damit ja auch Zeitzünder hergestellt werden könnten. Die Russen, die allein im Februar 1947 über den Bahnhof Frankfurt/Oder 11.000 Güterwaggons voll Reparationsbeute gen Osten schafften, reduzierten die Reichsbahn in ihrer Zone auf eingleisigen Betrieb. Mit den Zügen transportierten sie auch

die Schienen ab. Daß aus Magdeburg bis Ende 1946 Lieferverpflichtungen über 133.000 Hektoliter Rohspiritus in die UdSSR vorlagen, gab bei allem Elend Anlaß zu bitteren Witzen über den "Iwan".
Überhaupt nicht mehr lachen konnten die darbenden Deutschen nach Hitlers verlorenem Krieg darüber, daß auch allerlei exotische Mitglieder der Siegerkoalition von insgesamt 53 Staaten Ansprüche anmeldeten: Guatemala etwa rechnete seine Reparationsforderungen auf 85 Millionen Dollar hoch, obwohl es mit den Deutschen den ganzen Krieg lang nichts zu schaffen gehabt hatte. Aber, so die Begründung der mittelamerikanischen Mitsieger: Sie hätten allerlei kriegswichtige Straßen durch den Busch hauen müssen.
Titos Jugoslawien schätzte seine Kriegstoten auf 1,7 Millionen - so viele erschienen in der Statistik als "demographischer Verlust", von Jugoslawen massakrierte Volksdeutsche inklusive - und leitete daraus 1947 einen Schaden von 46,9 Milliarden Golddollar ab, eine Währung, die es längst nicht mehr gab.
Gleichwohl wurde die Forderung, von der sich der Tito-Staat "ewigen Wohlstand" ohne Steuern versprach, bei der Interalliierten Reparationsagentur (IARA) eingereicht, in deren Büchern sich innerhalb eines Jahres nach ihrer Gründung 1946 Rechnungen im Gesamtbetrag von über 300 Milliarden Dollar ansammelten, deren Begleichung von den geschlagenen Deutschen verlangt wurde - obwohl die Alliierten in Jalta ihnen zunächst "nur" 20 Milliarden Dollar Kontribution auferlegt hatten, davon die Hälfte für die Sowjetunion.
1953 - Deutschland war längst geteilt und jeweils wichtige Säule der Besatzer in ihrem Kalten Krieg gegeneinander - verzichteten die Sieger auf weitere Reparationen, freilich unter dem Vorbehalt einer endgültigen Regelung bei einem Friedensvertrag:
Moskau enthob die DDR im Sommer 1953 weiterer Verpflichtungen, nachdem es bis dahin Werte von über 66 Milliarden Mark aus seiner Zone gequetscht hatte. Polen folgte und formulierte seinen Reparationsverzicht gleich auf ganz "Deutschland" - was Warschau heute als unverzeihliche Fehlleistung einer nicht souveränen Satelliten-Regierung brandmarkt.
Die Westalliierten schlossen mit der Bundesrepublik im Februar 1953 das sogenannte Londoner Schuldenabkommen, bei dem es Adenauers Unterhändler Hermann Josef Abs gelang, die Forderungen von 19 Gläubigerländern, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit datierten, auf gut 14 Milliarden Mark herunterzuhandeln.
Offiziell hatte die Bundesrepublik bis dahin nach Rechnung der Alliierten etwa drei Milliarden Mark Reparationen bezahlt, nach deutschen Schätzungen hatten Demontage, Zwangsarbeit, Wissenschaftlertransfer und der Raub deutscher Patente einen vielfachen Wert.
Voraussetzung für den Londoner Vertrag, den Bonn als endgültigen Schlußstrich betrachtet, war allerdings ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel über eine Pauschalzahlung von mehr als drei Milliarden Mark für die Eingliederung jüdischer Flüchtlinge und Holocaust-Opfer. Dazu kamen individuelle Entschädigungen, Lastenausgleich, Remontage-Zahlungen für Demontage-Geschädigte, Leistungen aus humanitären Erwägungen, die durch all die Jahre bis heute bezahlt wurden und Verpflichtungen noch über das Jahr 2000 hinaus bedeuten.
Insgesamt haben beide Teile Deutschlands bis heute Reparations-, Entschädigungs- und Lastenausgleichsleistungen erbracht, die sich auf weit über 300 Milliarden Mark addieren, wahrlich ein Faß ohne Boden.
"Ich weiß nicht, wie man auf die Idee kommen kann, dieses Faß wieder zu öffnen", polterte der FDP-Graf Lambsdorff vergangene Woche vor der Fernsehkamera und fragte sich, wer jetzt wohl noch Forderungen stellen werde. Mit Costa Rica griff er sich freilich einen ungeeigneten Verdächtigen - die zentralamerikanische Republik war nur in den Krieg gegen Japan eingetreten.
Auf die fatale Idee, das Wort Reparationen aus der Kiste zu zaubern, war jener promovierte Zeitgeschichtler gekommen, der, wie von einem Fluch behext, meist auf dem Bauch landet,

wenn er's mit der Zeitgeschichte hat: Bundeskanzler Helmut Kohl.
Der Regierungschef, dem in Israel einfiel, die ihm zuteil gewordene "Gnade der späten Geburt" zu preisen, die seine Generation von Verantwortung für die Nazi-Greuel rette, der den US-Präsidenten Ronald Reagan zum Defilee auf den Bitburger Soldatenfriedhof mit seinen SS-Gräbern nötigte, der den Reformer Michail Gorbatschow mit Joseph Goebbels verglich, der noch in der DDR der achtziger Jahre KZs ausmachte und in Polen ausgerechnet den schlesischen Annaberg, die Triumphstätte deutschnationaler Freikorps, besuchen wollte:
Dieser Kanzler krönte seinen monatelangen Eiertanz um die Oder-Neiße-Grenze, mit dem er weltweit kaum wiedergutzumachenden Schaden über die Deutschen brachte, mit der Forderung, Polen müsse für eine Anerkennung der Grenze auf Reparationen verzichten.
Indem der Bonner Kanzler ohne jede Not das tückische Stichwort wieder aus der Versenkung holte, weder politisch noch rational zu erklären, öffnete er alle Schleusen - nun kommen auf ein vielleicht bald vereintes Deutschland neue Phantasieforderungen in dreistelligen Milliarden-Summen zu, die abzuwehren aufgrund von zahllosen Präzedenzfällen nicht leicht werden wird.
Von Albanien, das sich zwei Milliarden Dollar Wiedergutmachung ausrechnete, über Finnland, das, unter anderem, Ersatz für 24.000 Rentiere haben möchte, die deutsche Truppen 1944 beim Rückzug in Lappland abschossen, bis zu Millionen Zwangsarbeitern und ihren Erben, deren Forderungen sich auf viele hundert Milliarden Mark summieren, wollen alle ans große Geld der reichen Deutschen, die ja bald noch reicher sein werden.
Nicht, daß viele dieser Forderungen nicht ohnedies bei manchen Regierungen, etlichen Vereinen und zahlreichen Advokaten herumgespukt hätten. Aber das sinnlose Herumlavieren des Weltstaatsmannes aus Bonn mit der Polen-Grenze samt seiner Reparationsgegenrechnung hat alle Welt zu Aufrechnungen ermuntert, die viel leichter abzuwehren gewesen wären, hätte der Kanzler mit einer sofortigen klaren Anerkennung der Nachkriegsrealitäten von sich aus einen Schlußstrich gezogen.
So aber werden sich trotz aller verzweifelten Bonner Bemühungen, den Geist wieder in die Flasche zurückzustopfen, auch noch künftige deutsche Regierungen mit dem ebenso unerschöpflichen wie unlösbaren Thema Reparationen herumschlagen müssen.
Schon immer in der Geschichte hatten sich Sieger die Schätze der Besiegten angeeignet. Das erste Wirtschaftswunder des Deutschen Reiches - die Gründerzeit - bezahlten die geschlagenen Franzosen, denen Bismarck 1871 über fünf Milliarden Goldfranc abpreßte und danach höhnte: "Ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden."
Die Franzosen rächten sich 1919 am gleichen Ort, in Versailles. Vor allem auf ihr Drängen wurden den deutschen Weltkriegsverlierern Reparationen auferlegt, die in die Hyperinflation, zur Wirtschaftskrise, zu Hitler und schließlich geradewegs zur furchtbaren Neuauflage des Weltkriegs führten.
Versailles zeigte nicht nur, daß ungezügelter Rachedurst der Sieger zwangsläufig die nächste Katastrophe heraufbeschwört. Das Reparationskarussell der zwanziger Jahre bewies zudem, daß die Begierden der Sieger und der Leistungswille der Unterlegenen nie und nimmer auf einen Nenner zu bringen sind, und zeigte, daß nie auch nur annähernd Einigung darüber zu erzielen war, wieviel nun tatsächlich zu bezahlen sei oder bezahlt wurde.
Die gesamten Forderungen an das geschlagene Kaiserreich erreichten nach Versailles astronomische Summen. Während Deutschland zunächst eine Verpflichtung über 100 Milliarden Goldmark einging, rechneten die Sieger 1921 eine genaue Schuld von 132 Milliarden aus. Laut deutscher Berechnung wurden davon bis 1924 - als mit dem sogenannten Dawes-Plan ein wirtschaftlich vertretbarer Zahlungsplan aufgestellt wurde - 42 Milliarden Goldmark tatsächlich bezahlt. Die Sieger, die nach einem Wort des Britenpremiers Lloyd George Deutschland

als Kuh betrachteten, "die gleichzeitig Milch und Beefsteak liefern soll", wollten aber nach ihren eigenen Kalkulationen nur knapp zehn Milliarden bekommen haben.
Das Gefeilsche zog sich über Inflation bis zur Wirtschaftskrise hin, dem Dawes folgte der Young-Plan, Kredite wurden gewährt, um Zinszahlungen zu ermöglichen, Zahlungsfristen geändert und Beträge gestundet. 1932 schließlich wird ein Ende der Reparationen vereinbart.
Gelernt hatten die Sieger nichts daraus. "Die Geschichte hat sich nicht nur in der deutschen Niederlage wiederholt", klagte am Ende des Zweiten Weltkriegs der US-Ökonom Jacob Viner, "sie wiederholt sich auch beim deutschen Reparationsproblem, das zu einem dritten Weltkrieg führen kann."
Davor stand dann die Eröffnung neuer Fronten zwischen den Siegern - aber das konnten die 53 Staaten, die sich 1945 über die deutsche Beute hermachten, noch nicht wissen. Die Besatzer bedienten sich selber nach Belieben, vor allem die Sowjets, denen die Westalliierten nach Beginn der Berlin-Blockade 1948 endgültig den vereinbarten Beuteanteil aus ihren Zonen vorenthielten.
All jene, die keinen direkten Zugriff auf die Beute hatten, meldeten bei der Reparationsagentur IARA ihre zum Teil abenteuerlichen Forderungen an. Um Anteile an dem Kuchen kam es regelmäßig zum Streit. Ein Schiff, das Albanien zugesprochen wurde, kam dort nie an - die Jugoslawen fanden, Albaner könnten es gar nicht bedienen, und behielten es selbst. Tito-Emissäre kämmten die Reste des Reiches nach angeblich aus Jugoslawien verschleppten Schätzen durch, und erfreuten den Partisanenchef etwa mit kostbaren Gemälden von Rembrandt und Velazquez, die noch nie in Jugoslawien gewesen waren.
Indien erhielt demontierte deutsche Industriewerke, darunter eine Sprengstoffabrik. Als im Gefolge der Entkolonialisierung auf dem Subkontinent der neue Staat Pakistan entstand, klagte auch der seinen Anteil an der deutschen Beute ein. Eine rühmliche Ausnahme war Indiens Friedensapostel Mahatma Gandhi: Er appellierte schon 1947 an seine Landsleute, auf deutsche Reparationen aus "moralischen Gründen" zu verzichten, da "Deutschland heute zu den unterdrückten Nationen zählt".
Verzichtet hat auch Südafrika. Griechenland hingegen ließ seine Industrie-Beute im Hamburger Hafen verrotten, später verscherbelten Spekulanten das Beutegut an britische Interessenten.
Immer öfter lehnten sich deutsche Arbeiter gegen die Massendemontage auf, die allein in den Westzonen zunächst 1.800 Betriebe betreffen sollte. Nicht nur, daß ihnen dadurch ihre Arbeitsplätze genommen wurden, sie mußten dabei auch noch mitschuften. Zeitweise waren Zehntausende Deutsche damit beschäftigt, ihre Fabrikanlagen für den Abtransport ins Ausland zu zerlegen.
Als die Engländer aus dem Ruhrgebiet eine besonders schwere Schmiedepresse abtransportieren wollten, mußte dafür eine Brücke verstärkt werden. All das trieb die tatsächlichen Reparationskosten in astronomische Höhen.
Ab 1947 kam es zunehmend zu Streiks und Blockaden der betroffenen Belegschaften. Vereinzelt setzte es für alliierte Demonteure Hiebe, die von Militärgerichten streng geahndet wurden. Schließlich waren es die Amerikaner, die darauf drängten, der Demontagewillkür ein Ende zu setzen. Sie fanden sich selber in der absurden Situation, daß sie mit Marshallplan-Milliarden den Wiederaufbau Westdeutschlands betrieben, während ihre Verbündeten noch eifrig mit dem Abbau beschäftigt waren. So kam es 1953 zu jenem Londoner Schuldenabkommen, auf das sich Bonn heute beruft, wenn es verkündet, die Reparationsansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg seien damit erledigt.
Nur stimmt das nicht. Erstens heißt es im Artikel 25 des Vertrages, daß im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands das ganze Abkommen zu überprüfen sei. Zweitens haben die Deutschen auch danach noch oft selbst in die Tasche gegriffen, unter politischem, morali-

schem oder juristischem Zwang, aus Billigkeit oder menschlichen Erwägungen.
So zahlte Bonn nach dem Londoner Vertrag noch pauschale Entschädigungssummen für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" an seine westlichen Nachbarn: 400 Millionen an Frankreich, 125 an die Niederlande, 115 an Griechenland, 80 an Belgien, 60 an Norwegen, 18 an Luxemburg, 16 an Dänemark, 11 an England, 10 an die Schweiz und eine Million an Schweden.
Es leistete Wiedergutmachung an einstige Verbündete, die ihrerseits wieder Reparationen an die Sieger zu leisten hatten - etwa an Ungarn oder Italien.
Obwohl Konrad Adenauer gegiftet hatte, wenn etwa Österreich Reparationen verlange, werde man der einstigen Ostmark die "Jebeine Adolf Hitlers" zustellen, erhielt auch Wien 101 Millionen Mark - als "Beitrag zur österreichischen Wiedergutmachung".
So wurde die Entschädigung, von der Bundesregierung selbst als "historisch einzigartige Leistung" gerühmt, zum Faß ohne Boden. Allein 80 Milliarden verschlang die individuelle Entschädigung von Opfern des NS-Regimes.
Aus "humanitären Gründen" zahlte Bonn auch an Opfer von ehemaligen Verbündeten, wenn deren Lobby nur stark genug war.
1959 zum Beispiel wurden vom Kabinett "Härteleistungen für sogenannte Wapniarka-Geschädigte" beschlossen: Die mit Hitler verbündete rumänische Regierung hatte in ihrem KZ Wapniarka inhaftierte Juden 1943 mit verdorbenen Kichererbsen ernährt, die, eigentlich als Tierfutter vorgesehen, von der Lagerverwaltung auf dem Bahnhof der Stadt requiriert worden waren.
Dies führte bei vielen Häftlingen zu Lähmungen. Überlebende Wapniarka-Insassen wanderten nach dem Krieg nach Israel aus, fielen dort aber nicht unter die von Bonn geleistete Entschädigung für jüdische NS-Opfer.
"Obwohl die Gesundheitsschäden der ehemaligen Häftlinge des Lagers Wapniarka ausschließlich auf Verfolgungsmaßnahmen des damals souveränen rumänischen Staates zurückzuführen sind", wie die Bundesregierung betonte, erklärte sie sich "ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs" bereit, in besonderen Notfällen mit jeweils 5.000 Mark zu helfen. Bis Ende 1986 wurden aus diesem Titel 2.420.500 Mark ausgezahlt.
Von cleveren US-Anwälten bedrängt, zahlt Bonn Renten an in Amerika lebende Juden. Die Bundesrepublik anerkannte nach Francos Tod Entschädigungen an republikanische Spanier, die während des Spanischen Bürgerkriegs und danach unter deutschem Terror litten - es trafen dazu immerhin über 13.000 Anträge ein.
Bonn beugte sich, wenn auch nur zögernd, Forderungen verfolgter Sinti und Roma - Folge: etwa 4.000 Anträge. Es zahlte - trotz des polnischen Verzichts, dessen Gültigkeit die Bundesregierung nun beschwört - 100 Millionen für polnische Opfer von Medizinversuchen in Konzentrationslagern.
Nachdem die Regierung Brandt mit Polen den Warschauer Vertrag geschlossen hatte, überwies Bonn 1,3 Milliarden Mark für polnische Rentner. Die Auszahlung dieser Gelder an die Berechtigten führte in Polen zu Konflikten, die bis heute andauern, da der Staat die Summe in Devisen bekam, die Menschen aber mit Zloty zu miesem Kurs bediente.
Ähnlich geschah es in Belgrad, wo Kanzler Brandt den Präsidenten Tito 1973 mit einem Kredit von einer Milliarde Mark bedachte, wofür Jugoslawien sich verpflichtete, "die Entschädigungsfrage nicht mehr zu stellen". Kein jugoslawischer Geschädigter sah je einen Pfennig davon.
Die Ostverträge schienen manchen Regierungen Gelegenheit, neue Forderungen zu stellen - CDU-Politiker, die sie zu Fall bringen wollten, malten damals das Schreckgespenst von 100 Milliarden Kosten an die Wand. Doch Bonn wehrte alle Reparationsverlangen prinzipiell ab - als Albanien etwa die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Milliarden honoriert sehen

wollte oder Libyens Oberst Gaddafi Geld aus Bonn für die vom Afrikakorps in der Wüste vergrabenen Minen begehrte.
Später, als die Frage der Zwangsarbeiter hochkam, die deutsche Weltfirmen sich aus Himmlers Konzentrationslagern billig besorgt hatten, überwiesen einzelne Firmen widerwillig und "ohne Rechtsanspruch" symbolische Beträge: I.G. Farben, Krupp, AEG, Siemens und Rheinmetall 50,5 Millionen, Feldmühle-Nobel fünf Millionen, Daimler-Benz - erst 1988 - 20 Millionen Mark.
Die Revolution in Osteuropa eröffnete den Menschen auch die Freiheit, individuelle Ansprüche zu erheben. Warschaus KP-Regierung hatte es den polnischen Zwangsarbeitern jahrelang verboten, sich zu organisieren und Wiedergutmachung zu fordern. 1987 erlaubte sie die Gründung einer "Gesellschaft der vom Dritten Reich ausgebeuteten Polen", die ihren Sitz im Justizministerium nahm. Die Gesamtrechnung der Polen erreicht die gigantische Summe von 537 Milliarden Mark, die nun notfalls vor der Uno eingeklagt werden soll.
Die Regierung Mazowiecki machte sich Forderungen ihrer von den Nazis ausgebeuteten Bürger im Prinzip zu eigen. Als Polens Premier den Kanzler bei seinem Besuch im vorigen Herbst darauf am 14. Februar in Bonn ansprach, sagte Kohl zu, die Frage "zu prüfen". Wieder zu Hause, sah er dafür freilich "keine Chance" mehr.
Unterdessen hatten sich auch bei jugoslawischen Rotkreuzstellen Zehntausende ehemalige NS-Opfer gemeldet.
Jugoslawien werde sich, drohte die Belgrader Politika, ungeachtet Kohls Ablehnung jeder Reparationsforderung "nicht durstig übers Wasser führen lassen". Die Regierung betonte, mit der deutschen Einheit stelle sich "die Frage nach Reparationen von neuem".
Eine wahrhaft unendliche Geschichte: Als die DDR 1988 erstmals ein moralisches Recht der Juden auf Wiedergutmachung auch seitens des ostdeutschen Staates anerkannte, Erich Honecker dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, einen Orden an die Brust heftete und einen symbolischen Betrag von 100 Millionen Dollar "für Härtefälle" zusagte, öffnete sie damit auch die Tür für neue Forderungen. Die Modrow-Regierung bekannte sich dazu und betonte nochmals ihre "humanitäre Verpflichtung".
Modrow hörte auch höchst interessiert zu, als ihm ein Bremer Original die bislang allerhöchste im Wiedergutmachungskarussell gehandelte Summe vorrechnete: Professor Arno Peters hat auf die Mark genau ausgetüftelt, was die Bundesrepublik der DDR samt Zins und Zinseszins schulde, weil die Ostdeutschen (Mitteldeutschen) sozusagen für die Westdeutschen Reparationen mitbezahlt haben: Er kam auf 727.165.791.041 Mark.
Es sind Zahlen der Art, die jedem Normalbürger Schwindel verursachen, so irreal sie sein mögen. Doch die Diskussion darüber ist in diesen Wochen in Gang gekommen, das Reparationskarussell beginnt sich wieder zu drehen.
"Kohl darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, nicht nur das Thema selbst aufs Tapet (etwas ansprechen) gebracht zu haben", urteilt der Wiener Standard, "sondern das auch noch auf eine Art getan zu haben, die antideutsche Ressentiments allerorten wiedererweckt. Der Mann, der sich so gerne als Enkel Adenauers sieht, läßt in einer entscheidenden Phase der deutschen Geschichte staatsmännisches Format vermissen. Und da deutsche Geschichte immer europäische Geschichte ist, stimmt dies doppelt bedenklich."<<

18.03.1990

DDR: In der DDR finden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung liegt bei 93,2 % (x101/173).

19.03.1990

BRD: Die Berliner Zeitung "TAZ" berichtet am 19. März 1990 über die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR (x303/173): >>... Kohl hat sich im Wahlkampf für den Anschluß,

für die Teilhabe der DDR-Bürger am westlichen Wohlstand, für das Versprechen von der Erlösung vom Dasein eines Deutschen zweiter Klasse verbürgt.
Eine Mehrheit der DDR-Wähler wollte Gleichheit jetzt – und sei es nur als Garantie von materiellen Symbolen der Gleichheit.<<

07.04.1990

Niederlande: Das niederländische Wochenmagazin "Elsevier" veröffentlicht am 7. April 1990 ein Interview mit dem polnischen Politiker Lech Walesa (seit Dezember 1990 bis Ende 1995 Staatspräsident) über die polnischen Sorgen nach der deutschen Wiedervereinigung (x309/45): >>... Es gibt auch allen Grund für Besorgnis. Und nicht nur die Polen müssen sich Sorgen machen, sondern auch Europa und eigentlich die ganze Welt. Wir haben genügend Erfahrungen mit einem vereinigten Deutschland gemacht, die Deutschen übrigens selbst auch. Aber ich bin davon überzeugt, daß beide, sowohl Europa als auch Deutschland, eine Reihe von Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit gezogen haben. Und ich werde eine Äußerung machen, die mich in Deutschland nicht populär machen wird, aber ich schrecke nicht davor zurück:
Falls die Deutschen von neuem Instabilität in Europa verursachen sollten, in welcher Form auch immer, dann wird es in Zukunft nicht mehr zu einer Teilung Deutschlands kommen, sondern wird Deutschland von der Landkarte ausradiert werden. Mit der fortgeschrittenen Technologie sind Ost und West gemeinsam imstande, dieses Urteil zu vollstrecken. Falls Deutschland nochmals beginnt, gibt es keine andere Lösung. ...<<

13.04.1990

DDR: Die Volkskammer erklärt am 13. April 1990 in Ost-Berlin (x075/279-280): >>Wir die ersten frei gewählten Parlamentarier der DDR, bekennen uns zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft und erklären einmütig vor der Weltöffentlichkeit:
Durch Deutsche ist während der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt unermeßliches Leid zugefügt worden. Nationalismus und Rassenwahn führten zum Völkermord, insbesondere an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und Roma.
Diese Schuld darf niemals vergessen werden. Aus ihr wollen wir die Verantwortung für die Zukunft ableiten.
I. Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte.
Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.
Wir erklären, alles uns Mögliche zur Heilung der seelischen und körperlichen Leiden der Überlebenden beitragen zu wollen und für eine gerechte Entschädigung materieller Verluste einzutreten. ...
Wir haben die furchtbaren Leiden nicht vergessen, die Deutsche im Zweiten Weltkrieg den Menschen in der Sowjetunion zugefügt haben. Diese von Deutschland ausgegangene Gewalt hat schließlich auch unser Volk selbst getroffen. Wir wollen den Prozeß der Versöhnung unserer Völker intensiv fortführen. ...
Die Volkskammer der DDR bekennt sich zur Mitschuld der DDR an der Niederschlagung des "Prager Frühlings" 1968 durch Truppen des Warschauer Paktes.
Mit der unrechtmäßigen militärischen Intervention wurde den Menschen der Tschechoslowakei großes Leid zugefügt und der Prozeß der Demokratisierung in Osteuropa um 20 Jahre ver-

zögert. ...
Wir haben in Angst und Mutlosigkeit diesen Völkerrechtsbruch nicht verhindert.
Das erste frei gewählte Parlament der DDR bittet die Völker der Tschechoslowakei um Entschuldigung für das begangene Unrecht. ...<<

April 1990

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 – 1990 berichtet im April 1990 über Simon Wiesenthals Buch "Recht, nicht Rache" (x853/...): >>... Der am 31. Dezember 1908 in Buczacz/Galizien geborene (Wiesenthal) hatte alles andere im Sinn, als den größten Teil seines Lebens mit detektivischer Kleinarbeit zu verbringen. Er hatte in Lemberg und Prag Architektur studiert, wurde 1941 von den Nazis verhaftet und durch zwölf Konzentrationslager geschleppt.
Als einziger seiner Familie überlebte er und so wäre es menschlich begreiflich, wenn ihn Haß und Rachsucht motivierten.
Doch er will "Recht, nicht Rache", wenn es denn eine gerechte Strafe für Massenmörder geben kann. Bei seinen mühsamen Recherchen war er ungewöhnlich erfolgreich, weit mehr, als es die für die Verfolgung von Kriegsverbrechen Verantwortlichen waren, falls diese wirklich daran interessiert waren, der Massenmörder habhaft zu werden. ...
Wenn Wiesenthal schreibt, daß der Schriftsteller Friedrich Heer entscheidend zu seiner Kenntnis der jüdisch-christlichen Beziehungen beigetragen hat (S. 8), dann ist er an einen Zeitgenossen geraten, der die Geschichte allzu häufig durch seine ideologisch gefärbte Brille zu betrachten beliebte.
In seinem Buch "Gottes erste Liebe" spricht Heer betont vom "österreichischen Katholiken Adolf Hitler", obwohl ihm sicher nicht unbekannt war, daß dieser das Christentum, und ganz besonders die katholische Kirche, bis aufs Blut haßte. Was hielte Wiesenthal wohl davon, wenn man darauf verwiese, daß zahlreiche der berüchtigsten Tschekisten und GPU-Mörder Juden waren?
Wenn er behauptet, es habe in Wirklichkeit "ein einziges sowjetisches Verbrechen gegeben, das sich in seiner "Qualität" der Qualität der Nazimorde annähert: der Mord an viertausend polnischen Offizieren in Katyn" (S. 206), stellt sich doch die Frage, ob er den Willen zur Objektivität hat. Erst im April 1988 veröffentlichte die sowjetische Zeitschrift "Nedelya", eine Beilage der Regierungszeitung "Iswestija", die Zahl der Massenmorde unter Stalin. Danach wurden allein unter ihm rund 50 Millionen Menschen ermordet. ...
Wiesenthal meint, daß "der Antisemitismus sicher eine katholische Wurzel" hat (S. 403). Dies scheint schon ein wenig verwunderlich, denn wenn schon, dann eine christliche, wofür sich im Neuen Testament nicht wenige Hinweise und Gründe finden. Richtig wäre es, von einem Antijudaismus zu sprechen.
Paulus schreibt im 2. Thessalonicherbrief von den Juden: "Diese haben sogar Jesus, den Herrn, und die Propheten getötet; auch uns haben sie verfolgt. Sie mißfallen Gott und sind Feinde aller Menschen; sie hindern uns daran, den Heiden das Evangelium zu verkünden und ihnen so das Heil zu bringen. Dadurch machen sie unablässig das Maß ihrer Sünden voll. Aber der ganze Zorn ist schon über sie gekommen" (2, 15 f.).
- Unleugbar kam es in der Geschichte immer wieder zur Verfolgung von Juden. Der Antijudaismus fühlte sich, wenn man einmal vom sog. "Pöbelantisemitismus" absieht, berechtigt, weil die Juden "Gottesmörder" seien. Aber schon Papst Martin V. wies am 20. Februar 1422 antijüdische Polemiken vor allem christlicher Prediger zurück: "... Wir wollen, daß jeder Christ die Juden mit menschlicher Milde behandelt und ihnen weder an Leib noch an Gut ein Unrecht zufügt."
In der "Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen" des II. Vatikanischen Konzils heißt es: "Obgleich die jüdischen Obrigkeiten mit ihren Anhängern auf

den Tod Christi gedrungen haben, kann man dennoch die Ereignisse seines Leidens weder allen damals lebenden Juden ohne Unterschied noch den heutigen zur Last legen." ...
Es ist bedauerlich, daß sich Simon Wiesenthal in seinen Lebenserinnerungen nicht zu einer gerechten Würdigung der jahrelangen Hilfe seitens der katholischen Kirche verstehen konnte. Pinchas E. Lapide, der in seinen Memoiren überhaupt nicht auftaucht - wohl, weil er die große Hilfe der katholischen Kirche für die verfolgten Juden überzeugend und gut belegt nachweist - hätte ihn eines Besseren belehren können.
In der "Welt" schreibt er: "Wenn Fairneß und historische Gerechtigkeit Grundpfeiler jüdischer Moral sind, dann ist Schweigen angesichts verleumderischer Angriffe auf einen Wohltäter ein Unrecht ...
Hat sich Pius in seinen vielen Rundfunkappellen, Hirtenbriefen, Botschaften und Briefen an seine Bischöfe nicht klar gegen das Nazitum, nicht für gleiche Barmherzigkeit gegenüber allen Opfern der Verfolgung, zweifellos auch gegenüber den Juden, ausgesprochen?
Hätten die Neuheiden, die das göttliche Gesetz und die grundlegenden Gebote Jesu schamlos mißachteten, etwa auf einen Appell aus Rom gehört? Und hätte Pius, bar jeder Macht, Hitler trotzen - und gleichzeitig weiter heimlich Juden retten können? ...
Wer der Meinung ist, die Lage hätte gar nicht mehr schlimmer werden können, möge sich daran erinnern, daß immerhin weit über zwei Millionen Juden - mehr als ein Viertel der europäischen Juden - Hitlers Gemetzel eben doch überlebt hat, wenn auch mit knapper Not - dank der Hilfe der Kirche, Bischöfe, Priester, Laien ...
Der Talmud lehrt uns: "Wer immer ein Leben bewahrt, dem wird es von der Schrift zugerechnet, als hätte er eine ganze Welt bewahrt."
Wenn das wahr ist - und es ist ebenso wahr wie jene jüdischste aller Lehren: die von der Heiligkeit des menschlichen Lebens - dann muß ein Jude auch einen großen Retter jüdischen Lebens verteidigen." (17.6.1966) ...
Man darf bei der Suche nach der vollen Wahrheit auch nicht verschweigen, daß nicht wenige Juden in die Verbrechen der Nazis verstrickt waren, um die eigene Haut zu retten. Sowohl in Wien wie in Berlin waren die sog. "Greifer" ebenso gefürchtet wie verhaßt. Es waren jüdische Gestapo-Agenten, die keinen Judenstern zu tragen brauchten und denen man versprach, sie und ihre Familien von der Deportation auszunehmen, wenn sie dafür andere Juden aufspürten und der Gestapo ans Messer lieferten. In Berlin waren diese jüdischen Kollaborateure im Jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße untergebracht. Sie "haben sicher Hunderte untergetauchter Juden auf dem Gewissen".
Wenn man von den eigentlichen Mördern absieht, die aber nicht minder gegen die nichtjüdischen Gegner des Regimes wüteten, dürfte zutreffen, was der jüdische Überlebende von Theresienstadt, H. G. Adler, in seiner Monographie "Theresienstadt" schreibt: "Die Gemeinschaft der Juden war nicht schlimmer, aber auch nicht besser als (die) sie umgebende Welt." (S. 738) ...<<

02.05.1990

Polen: Bundespräsident von Weizsäcker bestätigt am 2. Mai 1990 während eines Staatsbesuches die Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze.

06.05.1990

DDR: In der DDR finden am 6. Mai 1990 die ersten freien Kommunalwahlen statt - CDU = 34,4 %, SPD = 21,3 %, PDS = 14,6 % ... - (x101/175).

19.05.1990

BRD: Der deutsche Schriftsteller Günter Grass (1927-2015, erhält 1999 den Nobelpreis für Literatur) erklärt am 19. Mai 1990 zur geplanten Wiedervereinigung Deutschlands (x303/-173): >>... Mein erster Eindruck ist der, daß in Ermangelung eines weiterreichenden Gedankens die D-Mark der zentrale Begriff geworden ist. ...

Der Ruf nach Freiheit ist durch eine Art von DM-Freiheit und Konsumfreiheit ersetzt worden. Die absurdeste Koppelung habe ich in der DDR auf einem Plakat gelesen: Freiheit ist Leistung – dümmer habe ich das Wort Freiheit noch nie interpretiert gesehen.<<

Mai 1990

BRD: Der deutsche Publizist Meinrad Freiherr von Ow berichtet im Mai 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1990 über das "Scheitern des realen Sozialismus" (x853/...): >>**Der Triumph der Wahrheit**

... Das Jahr 1989 war überall in Europa Anlaß, sich der Französischen Revolution zu erinnern, die vor 200 Jahren eine neue Epoche in der Geschichte eingeleitet hatte.

Niemand konnte zu Beginn des Jahres ahnen, daß auch das Jahr 1989 ein Revolutionsjahr in Europa werden sollte. Mit ungläubigem Staunen erlebte die Welt den Zusammenbruch einer totalitären Ideologie, die ihre Wurzeln auf die Französische Revolution zurückführte und die in den vergangenen Jahrzehnten das Schicksal vieler Völker bestimmte und den Bestand anderer Nationen bedrohte. Völker im Herzen Europas haben unblutig ihre Freiheit wiedergewonnen; unblutig auch deshalb, weil die Machthaber einsehen mußten, daß auch ihre überlegenen Waffen die Wende nicht hätten verhindern können.

Eine Entwicklung, die 1847 mit der Gründung des "Bundes der Kommunisten" Gestalt annahm und im "Kommunistischen Manifest" von Marx und Engels ihre Leitlinie fand, hat 1989 ihre Endphase erreicht. Die Ziele der neu entstandenen Bewegung waren damals nicht nur gegen die bestehende staatliche Ordnung gerichtet, sie widersprachen auch dem christlichen Menschenbild und bedeuteten eine Kampfansage an die großen Weltreligionen.

- Aus den bitteren Erfahrungen der Französischen Revolution sah vor allem die katholische Kirche von Anfang an die Gefahren, die aus der neuen Lehre erwuchsen. Bereits 1846 verwarf Papst Pius IX in der Enzyklika "Qui pluribus" "die verdammenswerte Lehre des sogenannten Kommunismus, die im höchsten Grade dem Naturrecht entgegengesetzt ist und die, einmal zur Herrschaft gelangt, zu einem radikalen Umsturz der Rechte, der Lebensverhältnisse und des Eigentums aller, ja der menschlichen Gesellschaft selber, führen muß."

- 70 Jahre lang scheiterten alle Versuche der Anhänger der radikalen Lehre, an die Macht zu gelangen. Erst in den Wirren des 1. Weltkrieges konnte Lenin im Zentrum Rußlands ein kommunistisches Regime errichten und in blutigen Kämpfen über das ganze Land ausdehnen. Seine Lehre hatte die Theorien von Marx und Engels in eine für den Beginn des 20. Jahrhunderts scheinbar praktikable Form umgesetzt. Die Absage an jede Form religiösen Denkens und Handelns führte dabei zu einer Christenverfolgung, die an Ausmaß und Heftigkeit alles übertraf, was aus der Geschichte bekannt war.

Papst Pius XI. richtete durch Ansprachen, Botschaften und Rundschreiben immer wieder die Aufmerksamkeit auf die kommunistische Gefahr, die von der Sowjetunion ausging. 1937 setzte er sich in der Enzyklika "Divini redemptoris" in eindringlicher und ausführlicher Form mit den Wesensmerkmalen des Kommunismus auseinander, vor allem mit seiner falschen Erlösungsidee und seiner Verweigerung der naturgegebenen Rechte der menschlichen Person zur Schaffung eines Kollektivmenschen in einer utopischen Gesellschaft. Er bezeichnete die marxistisch-leninistische Lehre als "System voll von Irrtümern und Trugschlüssen, das ebenso der gesunden Vernunft wie der göttlichen Offenbarung widerspricht."

Bis heute erstaunlich aktuell ist die Warnung des Papstes vor dem Mißbrauch der Friedenssehnsucht der Menschen in folgenden Worten:

"So beobachten die Häupter des Kommunismus das allgemeine Verlangen nach Frieden und geben sich daher so, als wären sie die eifrigsten Förderer und Propagandisten der Weltfriedensbewegung. ... Sie gründen unter Benennungen, die auf den Kommunismus nicht einmal anspielen, Vereinigungen und Zeitschriften, die dann einzig dazu dienen, ihre Ideen in Kreise zu bringen, die ihnen sonst nicht leicht zugänglich sind. Ja, sie suchen sogar durch Trug und

List in katholische und religiöse Vereinigungen einzudringen."
Der Schwerpunkt dieser Enzyklika liegt jedoch nicht auf der Aufzählung der Gefahren des Kommunismus, sondern auf den Heilmitteln zu seiner Überwindung. Das Rundschreiben erläutert dazu das christliche Menschenbild, "wie es von der Vernunft und vom Glauben durch die Kirche gelehrt wird". Es begründet anhand der katholischen Soziallehre die Rechte und Pflichten des einzelnen und erteilt dem nur auf irdische Güter gerichteten Materialismus eine entschiedene Absage.
Nach dem 2. Weltkrieg fielen weitere Länder Europas unter das Joch kommunistischer Systeme. Neben den orthodoxen Gläubigen bekamen viele Millionen katholischer und evangelischer Christen die brutalen Verfolgungen einer atheistischen Herrschaft zu spüren. Wieder reagierte der Vatikan unter dem Pontifikat des Papstes Pius XII. mit Erlassen gegen den Kommunismus. Gleichzeitig betonte die Kirche unmißverständlich:
"Die Dekrete dienen nur der religiösen Aufgabe der Kirche. Wer dafür kein Verständnis hat und nicht bereit ist, für eine neue Sozialordnung und eine wahre Gemeinschaft aller Menschen einzutreten, in der die Gerechtigkeit die Grundlage und das Gebot der Nächstenliebe höchstes und verpflichtendes Gesetz ist, der hat auch keine Veranlassung, diese antikommunistischen Dekrete der Kirche zu bejubeln. Die Kirche als Hüterin des Glaubens und des Sittengesetzes verurteilt nicht nur den materialistischen und antichristlichen Kommunismus, sondern auch die verkehrten Formen eines in seiner Wurzel ebenfalls materialistischen Kapitalismus."
- Die durch Jahrzehnte anhaltende Macht des atheistischen Systems zwang später alle kirchlichen Gemeinschaften zu manchen schmerzlichen Kompromissen, um wenigstens ein Minimum an Kult und Seelsorge zu erhalten. Gleichzeitig wuchs die Bereitschaft einzelner christlicher Gruppen, für angeblich gemeinsame Ziele wie "den Weltfrieden" oder "die Armen der Dritten Welt" mit kommunistisch infiltrierten Organisationen zusammenzuarbeiten und sogar ihren Führungsanspruch anzuerkennen.
Wer mit offenen Augen sozialistische Länder besuchte, erkannte sehr bald, welch starre Fesseln sich eine Ideologie geschaffen hatte, die der Natur des Menschen widerspricht.
Ein System, das in Schulbüchern und auf Transparenten verkündet "Die Lehre von Karl Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist", kann schließlich keine religiösen Offenbarungen dulden, ohne selbst unglaubwürdig zu werden. Nicht einmal dann, wenn dies auf Grund veränderter Verhältnisse wünschenswert erscheint.
- Wer als Dogma verkündet, der Mensch sei das Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse, muß über die Kriminalität im eigenen Land nach 50 Jahren Kommunismus schweigen. Welche Sensation war es für meinen russischen Gastgeber und mich, als wir zu Beginn der 80er Jahre in einem Leningrader Bahnhof ein Fahndungsplakat hängen sahen!
- Wie schwach muß eine Lehre sein, die öffentliche Kopierapparate verbietet, das Gepäck einreisender Touristen nach religiöser Literatur durchsucht und christliche Sakramente nach einiger Zeit durch eigene Riten wie Jugendweihe und Hochzeitszeremonien ersetzt!
- Wer glaubte zuletzt noch an meterhoch auf Fabriken und Parteigebäuden angebrachte Parolen wie "Die Partei ist der Geist, die Ehre und das Gewissen unserer Epoche" oder "Das Programm der Partei ist das Programm des Volkes"!
So war es nur konsequent, wenn Streiks, Proteste und Freiheitsregungen im Ostblock blutig unterdrückt wurden: in Kronstadt 1921, in Berlin 1953, in Ungarn und Polen 1956 und in der CSSR 1968. Die Machthaber wußten besser als mancher Politiker im Westen, daß schon die Duldung der utopischen Forderung nach einem "Sozialismus mit menschlichem Angesicht" den Untergang ihrer Herrschaft eingeleitet hätte. ...
... Reichlich vorgestrig zeigte sich die Kirchenzeitung einer bayrischen Erzdiözese, die in ihrer letzten Weihnachtsausgabe zwei überholte und widerlegte Propheten in den Vordergrund stellte; den Befreiungstheologen Leonardo Boff (Zitat 1988: "Ich finde es wunderbar, daß der

Marxismus immer für eine gerechte und klassenlose Gesellschaft gekämpft hat.") und die feministische Theologin Dorothee Sölle (Zitat 1987: "Das brutale Machtsystem der westlichen Welt, das sich nur mit der allergrößten Anstrengung an der Macht halten kann.")
- Wer weiterhin sozialistische Modelle für die vom "realen Sozialismus" befreiten Länder empfiehlt, erweist sich heute als ebenso reaktionär wie jener, der glaubt, allein mit der Einführung der Marktwirtschaft die Wunden zu heilen.
Auch wenn die Bewahrung der Schöpfung, die Fürsorge für die an den Rand Gedrängten und die Fragen ernsthafter Theologen uns weiterhin beschäftigen werden, an erster Stelle stehen heute neue Aufgaben und Perspektiven. Eine Gesellschaft im Umbruch, die jahrzehntelang unter dem naturwidrigen Menschenbild des Kommunismus gestanden ist, braucht geistige und geistliche Grundlagen der Erneuerung. ...<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1990 berichtet im Mai 1990 über das Buch "Die falsch gestellten Weichen. Der Rote Faden 1789-1984" des österreichischen Publizisten Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) (x853/...): >>... **Der rote Faden** ...
Es fügt sich, daß 1989 – 200 Jahre nach der Französischen Revolution - das jämmerliche Ende jener "Schande des Jahrhunderts" (Ratzinger) offenbar wurde, die als Befreiungsverheißung mit endgültig-glückhafter Zukunft vor 150 Jahren ersonnen, mit Agitation, Revolutionen und einer fürchterlichen Blutspur ins schauerlichwahnsinnige Werk gesetzt wurde. Die Vorgeschichte weist auf 1789 zurück.
Da hat es schon makabre Züge, daß das 200-Jahr-Gedächtnis in Frankreich von der sozialistischen Regierung unter das Zeichen der angeblich sich von 1789 herleitenden Menschenrechte gestellt und mit großen Spektakeln gefeiert wurde. Die wahre Befreiung in Osteuropa und in Mitteldeutschland geschah dann von den Erben jener "Aufklärung". Wir zitieren in diesem Zusammenhang aus dem o. a. Buch aus den Seiten 438-443.
Das Problem unserer überschuldeten Nachfahren bleibt weiter ein ungelöstes. Wie viele Nachfahren werden wir aber wirklich haben? Wahrscheinlich, wenn die Geburtenziffern Euramerikas so bleiben, wie sie es jetzt sind, sehr, sehr wenige, was aber dann die Last für die einzelnen (die auch eine Mehrheit von Greisen ernähren müssen) um so drückender machen wird. In den Tropen, im Armenhaus der Dritten Welt, mag es dann da wohl ganz anders aussehen, aber bei uns endet die Hälfte der Leibesfrüchte in den Kanälen. Unsere Gesetzgeber sind tatsächlich neckische Witzbolde: Schwerverbrecher werden bei uns nicht hingerichtet, sondern leben in Zellen mit Farbfernsehern, und die Homosexuellen unter ihnen erfreuen sich zudem noch eines urgemütlichen Geschlechtslebens hinter Gittern, während die Ungeborenen reihenweise exekutiert werden. So wird schließlich aus dem "demokratischen Rechtsstaat" ein ganz übler Scherz ...
Die Christenheit kam in den letzten zweihundert Jahren vom Regen in die Traufe. Die Schrecken steigerten sich in jeder Etappe des 'Fortschritts' - von 1789 bis 1918 (mit der großen Illusion des 19. Jahrhunderts, der verborgenen Schwangerschaft nach der Empfängnis der Französischen Revolution), von 1918 bis 1945, von 1945 bis auf unsere Tage, und man fragt sich jetzt bange, wie das noch weitergehen wird.
Befinden wir uns nicht alle in der Abteilung für kriminelle Narren in einem Inquisitenspital für verrückte Verbrecher, deren Untaten ebenso grausig wie inbrünstig dumm sind?
Aber wie haben doch die Apostel des 'Fortschritts' fortwährend das Maul vollgenommen! Mit was für eitlen Versprechungen, grundlosen Hoffnungen und frechen Gaunertricks, blöden Aufschneidereien und Übertreibungen haben die Vertreter der roten Morgenröte, die nie einen Sonnenaufgang brachte, die Menschheit hingehalten! Da waren die Leute der alten Ordnung im Vergleich doch recht bescheiden. Maurras, den ich allerdings ungern zitiere, sagte da sehr schlicht von der Monarchie: "Le moindre mal, la possibilité du bien – das geringste Übel, die Möglichkeit von etwas Gutem."

Freilich, mit solchen Worten kann man keine hysterische Massenbewegung entfachen! Es möge uns aber zum Trost gereichen, daß keiner der großen Denker der Antike und der Christenheit als ältere, reifere Menschen je die Ideale der drei Revolutionen und deren Vorläufer gehegt haben. Kann man sich vorstellen, daß Herder, Goethe, Schopenhauer, Grillparzer, Spengler, ja auch Nietzsche sich für den Nationalsozialismus, Dostojewskij, Solowjow, Leontjew, Unamuno, Ortega sich für den Sozialismus, Plato, Aristoteles, der Aquinate, Luther, Shakespeare oder Kierkegaard sich für die Demokratie erwärmt hätten?
Allerdings muß man da reine Literaten ausnehmen, die zu allem und jeglichem fähig sind, wie zum Beispiel Thomas Mann, der zu Stalins Zeiten Lion Feuchtwanger schrieb, er fände den demokratischen Kommunismus, wie er in der Sowjetunion praktiziert würde, sehr richtig. Auch Philosophen à la Maritain haben sich da Unglaubliches geleistet ...
Wir wollen nicht noch eine komplette Liste der Greuel geben, die uns die letzten zweihundert Jahre gebracht haben - von der charmanten notre chère mère la guillotine, den noyades, den colonnes infernales bis zu Auschwitz, Workuta, Solowki, Dresden, Hue und Phnom-Penh, einschließlich Chinas vielleicht 80 Millionen Toten. Unser Zeitalter befindet sich im Zeichen des "G" - der Guillotine, Gefängnisse, Galgen, Gaskammern, Genickschüsse, Gulags, Genozide und Geisteskrankenhäuser.
Ja, auch der Geisteskrankenhäuser, den sowjetischen Psichuschki, in denen man mit Elektroschocks zum fortschrittlichen Diamat (Materialismus) bekehrt wird, Zeichen einer sinnesverwirrten Welt. Ende des 18. Jahrhunderts wurden die Weichen falsch gestellt und zweihundert Jahre fahren wir schon auf einem falschen Geleise - eine lange Zeit für uns, aber ein Bruchteil eines Augenblicks für Gott. Und durch diese Zeit zieht sich als roter Faden der bleckende Wahnsinn.
Mit einem roten Band oder einem roten Faden, dezent um den Hals gelegt, hat die Jeunesse Dorèe nach dem Fall Robespierres auf den rauschenden Bällen des Directoire dem Tod ihrer Eltern auf der Guillotine ein sichtbares Zeichen gesetzt, aber dieser in jeder Beziehung sehr rote Faden ist bis heute nicht abgerissen.
Tatsächlich sind durch die Französische Revolution die Weichen falsch gestellt worden. Natürlich gab es für diesen tragischen Irrtum eine ideologische Vorbereitung, doch der Sturm auf die Bastille, die Herrschaft der Jakobiner waren keineswegs "unausweichlich". Es gibt Ideen, die kommen und gehen, aber die Freiheit des Willens wird durch sie nicht außer Kraft gesetzt.
Der Verfasser ist kein Konservativer im üblichen Sinne des Wortes, also auch ganz und gar kein Freund der heutigen Establishments, sondern ein doch eher revolutionärer Neuerer im Rahmen bleibender Wahrheiten, ein rechtsradikaler Stockliberaler, der entschlossen gegen den Strom der Zeit zu schwimmen versucht.
Doch kann er sehr wohl einen Konservativen verstehen, der vor 150 Jahren mit grausamer Deutlichkeit sah, wohin wir steuerten: zum totalen Staat östlicher oder auch westlicher Prägung, zur Schaffung der Dritten Welt der vorzeitig Entkolonialisierten, zum religionslosen, also rein tierischen Nihilismus minus der natürlichen animalischen Instinkte, zur Vernichtung der Natur durch eine maßlose Technik, die überdies unter der Ägis von hirnlosen Ingenieuren, herzlosen Physikern und heillosen Politikern uns allen das Lebenslicht ausblasen kann. Das sind alles Dinge, die der lieben neuen Linken zum Gaudium altkonservativer Beobachter heute einen stets größer werdenden Schrecken einjagen.
Manche "Grüne" fangen schon langsam an, wie verstaubte, elegische Hofräte aus dem Vormärz zu reden, die aber doch den schauerlichen Bankrott der Moderne mit viel deutlicherer Präzision voraussahen als die naiven Progressisten der Jahrhundertwende!
War alles falsch seit 1789? Nein, nicht alles war falsch, aber das Ganze war falsch, nicht die praktischen Ausführungen, wohl aber die Grundgedanken. Daher auch das Scheitern. Mit den Ideen von 1789 sind wir alle (selbst die 'konservativsten' unserer Zeitgenossen) bewußt-

unbewußt verbunden, aber wenn sie wirklich unsere Windeln waren, wie leicht könnten sie unsere Leichentücher werden, in denen wir ersticken und zugrundegehen. Um zu überdauern, müssen wir uns ihrer entledigen. Das ist ein Gebot der Stunde ...
Doch woher kommt diese alptraumhafte Dekadenz? Zu größtem Teil von einer glaubenslosen "Wertfreiheit", die sich weigert, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden, aber auch von der ideologisch-politischen Gleichsetzung der Dummheit mit dem Wissen und der Erfahrung. Das Geheimrezept des Westens besteht anscheinend darin, daß in geheimen Wahlen die Stimme einer achtzehnjährigen Geheimprostituierten der Stimme eines achtzigjährigen Geheimrats gleichgestellt wird.
So feiert die Abschaffung aller Werte ihre nihilistischen Triumphe. Kein Wunder auch, daß man anstatt minimaler Regierungen von höchster Qualität im Westen (und auf andere Art auch im Osten) maximale Regierungen von niedrigster Qualität bekommt. Marx sprach von einem Prozeß der Verelendung, wir aber sollten von einer Vereselung reden.
Man kommt nur mehr den Trieben der Massen entgegen, indem man ihnen nachgibt oder ihre geheimsten und gemeinsten Begierden zur Erfüllung bringt. Doch die Massen fühlen sich auch schwach und werden daher vom großen Übel der Schwachen befallen: Haß und Grausamkeit, beides Zeichen der Ohnmacht.
Diese Ohnmacht wird durch zahllose Ängste überhöht, von denen die Atomangst nur eine ist. Augenblicklich sind wir 39 Jahre vom Zweiten Weltkrieg entfernt und dieser, die Folge des Ersten, ist immer noch gegenwärtig. Wir leben alle schier endlos in der "Nachkriegszeit". (Wer hätte im Jahre 1854 behauptet, man stünde noch in der napoleonischen Nachkriegszeit?) Frieden zu machen waren die großen Demokratien außerstande. Einen Krieg kann man mit roher Gewalt und Kniffen gewinnen: zum Frieden aber braucht man viel mehr - braucht man Charakter, Großmut, Wissen und Weisheit.
Hier aber stoßen wir an die alte Problematik des Wissens. Karl Steinbuch sagt uns deutlich: "Es ist auch ein Irrtum zu meinen, es brauche nur den guten Willen der Fachleute, um beliebig komplizierte Sachverhalte allen verständlich zu machen." Und später setzt er hinzu: "So muß jeder schließlich irgendwo das aufgeben, was man als 'Rationalität' bezeichnet und sich etwas anvertrauen, was 'nur' Glaube ist. Wir stehen heute vor dem Zwang, Unverstandenes glauben zu müssen, wir stehen an den Grenzen der Aufklärung."
Vertrauen? Der moderne Mensch im freien Westen hat aber weder Liebe für noch Vertrauen in sein Land, sein Volk oder in seine Regierung.
Die "Loyalitäten" sind alle methodisch zerschlagen worden. Soldaten starben im Ersten Weltkrieg für "Gott, Kaiser und Vaterland", aber inzwischen wurde Gott "entmythologisiert", die Herrscher entkrönt, die Regierungen in einander verteufelnde Parteien aufgelöst und die Nationen in feindliche Klassen und Interessensgruppen aufgeteilt. Wer opfert, leidet und stirbt für Sozialversicherung, Wahlzettel, Abtreibung und Pornofreiheit? Wer vertraut schon Politikern? Heute gilt es, uns der dritten Aufklärung zuzuwenden – die 'Aufgeklärten' endlich einmal wirklich aufzuklären ...
Doch der Abstieg ist auch die Folge der Abwendung von Gottes Wort. Wie sagte doch ein chinesischer Europareisender schon im vorigen Jahrhundert? "Einst waren die Staatsmänner der europäischen Nationen imstande, in ihren eigenen Ländern Ordnung zu halten und den Frieden zu sichern, weil sie Gott fürchteten und ihn anbeteten. Heute aber ist es das Volk, das sie fürchten und anbeten." Man müßte zum "Volk" allerdings auch die "veröffentlichte Meinung" der Halbgebildeten mit ihren gottfernen Ideologien hinzufügen.
So ist der Götzendienst perfekt geworden. Man könnte annehmen, sagte uns Chesterton, daß der Mensch, der nicht an Gott glaubt, an gar nichts mehr glaubt. Das aber ist ein Irrtum. Er glaubt dann einfach an alles.
An alles! Da haben wir den Fall des durch seine Frau steinreichen USA-Botschafters in der

UdSSR, Joseph E. Davies, der in seiner "Mission to Moscow" (1941, S. 155 ff.) schrieb, die Moskauer Schauprozesse beruhten alle auf echten Aussagen der Angeklagten, und Stalin sei ein so lieber, netter und gütiger Mann, daß Kinder auf seinem Schoß sitzen und Hunde sich an ihn anschmiegen wollten. Der idiotische Bestseller wurde auch noch verfilmt! Also nur ein dummer Amerikaner?
Lion Feuchtwanger schrieb in Moskau 1937, daß bei den Schauprozessen nicht geschwindelt wurde, und diesen Band legte man dann dem restlos verzweifelten Bucharin in seine Todeszelle, ... einer der vielen grausigen Fälle berühmter, politisch engagierter Literaten, die noch größeres Unheil anstellen als wirtschaftlich orakelnde Kleriker. Und wie viele Zeitgenossen begeistern sich immer noch an Marxismen mit Produktionsformen, die wirtschaftlich daß inbrünstig Dümmste und Arbeiterfeindlichste sind, das ein Schrumpfhirn sich ausdenken kann. Doch sie sind "fortschrittlich", und der "Fortschritt" ist der tröstende Fetisch einer geistlosen und gottlosen Menschheit.
Was hätten Wir, die heutige Lage betrachtend, bei all der Dummheit und Niedertracht in der Vergangenheit auch erwarten können? Den atomaren Krieg, der uns dank einer Mischung von höchstem technischen Können, bodenlosem politischen Unsinn und wirklicher Feigheit bedroht, kann man vielleicht doch nur mehr durch das Gebet abwenden.
Friedensdemonstrationen wütig angstvoller Horden mit geballten Fäusten und Spruchbändern? Sie erinnern uns nur an die hilflose Geste des Kindes vor dem triebhaft-mordsüchtigen Stawrogin in den Dämonen. Lieber rot als tot? Das ist für Aufrechte keine Alternative, da der Tod uns immer gewiß bleibt, die Knechtschaft aber nicht unentrinnbares Schicksal ist.
Den verhängnisvollsten Folgen des Unwissens begegnen wir im Bereich der Volkswirtschaft, der Völkerpsychologie und der Soziologie, die den Hintergrund zur sogenannten "sozialen Frage" abgeben. Die Problematik der Dritten Welt ist eng damit verbunden, denn dort, wo es trotz mangelnder Rohstoffe ein konfuzianisches Arbeitsethos gibt (von Japan und Korea bis Singapur), gibt es auch keine "Dritte Welt", die, um das Übel noch ärger zu gestalten, gerne mit dem völlig unwirtschaftlichen Sozialismus liebäugelt.
Das Schlagwort von der "sozialen Gerechtigkeit" hat uns in diesem Jahrhundert durch Revolutionen und ideologische Kriege weit über hundert Millionen Menschenleben gekostet, wobei die Opfer des "Rassismus" miteingerechnet werden müssen.
Bleibt uns da überhaupt noch Hoffnung? Sie ist heute vernunft- und verstandesmäßig kaum noch berechtigt – und schon gar nicht als "Prinzip Hoffnung" à la Ernst Bloch. Als Christen haben wir nicht die Aufgabe, uns für dieses Erdendasein 'optimistisch' zu gebärden, wohl aber müssen wir die Hoffnung als eine der drei "theologischen Tugenden" - Glaube, Hoffnung und Liebe - pflegen.
Auch haben wir das Versprechen Christi: "Ich werde bei euch bleiben bis an das Ende der Tage." Und nur eingedenk dieser Zusicherung des Herrn können wir auch die Schlußworte der Tragödie des Menschen von Emmerich Madäch, des "ungarischen Faust", mutig wiederholen:
"Mensch kämpfe und vertraue vertrauend!"
- Der Kampf gegen Vernunft, Verstand, Wissen, Weisheit und Erfahrung - fünf verschiedene Elemente - tobt seit 200 Jahren, und eigentümlicherweise hat dieser Verfall bei uns mit der Anbetung der "Göttin der Vernunft" richtig begonnen (S. 13). - ...<<

21.06.1990

BRD und DDR: Der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin verabschieden am 21. Juni 1990 den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.
Ferner wird eine Entschließung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze (Oder-Neiße-Linie) verabschiedet.
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gibt am 21. Juni 1990 im Deutschen Bundestag folgende Re-

gierungserklärung zum Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ab (x850/...): >>Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Selten in seiner Geschichte stand der Deutsche Bundestag vor so bedeutsamen Entscheidungen wie heute.
Nach über 40 Jahren schmerzlicher Trennung stehen wir jetzt vor der Erfüllung der Hoffnung der Menschen in Deutschland auf die Einheit und die Freiheit aller Deutschen. Mit der Verabschiedung des Staatsvertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und der Entschließung zur Grenze des künftigen vereinigten Deutschland mit Polen geht es um entscheidende Schritte auf dem Weg, die staatliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen.
... Wir können die Bedeutung dieser Stunde nur ermessen, wenn wir alle uns vergegenwärtigen, was die Lebenserfahrung unserer Landsleute in der DDR in den letzten 40 Jahren war. Sie haben ein System überwunden, das vielen Menschen großes Leid, Elend und Verzweiflung gebracht und manche das Leben gekostet hat.
Gerade in diesen Tagen hat sich wieder gezeigt, wie verwerflich dieses System war: Es hat mit Terroristen zusammengearbeitet, die hier bei uns in der Bundesrepublik Deutschland Menschen gemordet haben.
Mauer und Stacheldraht sind die schrecklichen Symbole einer Zeit, in der Deutsche nicht zu Deutschen kommen durften. Wir trauern heute besonders um jene, die in den Lagern des Stalinismus, in Gefängnissen und Zuchthäusern eingesperrt, gedemütigt, gequält und nicht selten ermordet wurden.
Sie alle wollten - wie vor allem die Opfer des 17. Juni - in Freiheit ein menschenwürdiges Leben führen. Sie kämpften für die Wahrheit und gegen die Lüge, gegen ein Regime, das ihnen von außen aufgezwungen war. Wir dürfen ihr schweres Schicksal niemals vergessen. Solches darf sich in Deutschland nie wiederholen.
Gerade an einem Tag wie heute muß uns allen bewußt sein, daß wir ihnen verpflichtet sind. Gerade an einem Tag wie heute muß es auch allen bewußt sein, daß das Leitwort des Jahres 1945 - "Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur" - für uns Deutsche nicht nur eine nationale Dimension hat, sondern weit darüber hinausweist.
Es hat in den vergangenen 40 Jahren in nahezu allen Fraktionen des Deutschen Bundestages Männer und Frauen gegeben, die sich vom ersten Zusammentreten des Bundestages an leidenschaftlich und mit ganzer Kraft für das Ziel der Freiheit und Einheit aller Deutschen eingesetzt haben. Stellvertretend für viele, die glücklich wären, könnten sie diese Stunde heute erleben, möchte ich den früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher zitieren. In der Debatte über die erste Regierungserklärung von Konrad Adenauer im September 1949 sagte er:
"Wir wünschen, daß bei aller Verschiedenheit der Auffassungen sozialer, politischer und kultureller Natur die Angelegenheit der deutschen Einheit überall in Deutschland die Angelegenheit der gleichen Herzenswärme und der gleichen politischen Entschiedenheit wird."
Dieser Geist der Gemeinsamkeit sollte heute alle Abgeordneten des Hohen Hauses leiten, wo sich uns jetzt die Chance bietet, den Auftrag unseres Grundgesetzes zu erfüllen.
Natürlich, meine Kolleginnen und Kollegen, kann heute niemand sagen, wie spätere Generationen einmal über uns urteilen werden. Doch die heutigen Entscheidungen des Deutschen Bundestages sind von grundlegender Bedeutung für die Zukunft unserer Nation. ...
Die Bundesregierung will jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, daß bald alle Deutschen gemeinsam in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können. Wir stehen damit vor einer der größten Gestaltungsaufgaben der Nachkriegsgeschichte.
Der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bedeutet einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Einheit. Für die Menschen in Deutschland wird damit in wichtigen Bereichen ihres täglichen Lebens die Einheit erlebbare Wirklichkeit. Unseren Landsleuten in der DDR eröffnet sich damit die Chance auf eine rasche, durchgreifende Bes-

serung ihrer Lebensbedingungen. Sie richten ihre Hoffnungen auf diesen Staatsvertrag, und sie erwarten von uns, daß diese Hoffnungen nicht enttäuscht werden.
Der Staatsvertrag ist Ausdruck der Solidarität unter den Deutschen. Die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR sind jetzt wieder - und fortan - unauflöslich miteinander verbunden. Der Staatsvertrag dokumentiert den Willen aller Deutschen, in eine gemeinsame Zukunft zu gehen - in einem vereinten, in einem freien Deutschland.
Ich rufe alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, diesem Staatsvertrag zuzustimmen. Er weist den Weg zur Einheit, und wer diese Wegweisung nicht akzeptiert, der will den Weg zur Einheit nicht.
Für die Menschen in der DDR ist es wichtig zu wissen, daß die Botschaft der Solidarität auch hier bei uns von einer großen Mehrheit getragen wird. Wer den Staatsvertrag ablehnt, stößt unsere Landsleute zurück. Er stellt in einer entscheidenden Stunde der deutschen Geschichte die Fähigkeit zum Miteinander, zur nationalen Solidarität in Frage.
Meine Damen und Herren,
ich bin mir bewußt, daß der Weg, den wir jetzt einschlagen, schwierig sein wird. Das wissen auch die Menschen in der DDR. Aber sie sagen uns allen auch unmißverständlich: Der Staatsvertrag muß kommen.
Nur die rasche Verwirklichung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bietet die Chance, daß Mecklenburg/Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen bald wieder blühende Landschaften sein werden, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.
Wer jetzt behauptet, man hätte sich doch mehr Zeit lassen können, der verkennt die Realitäten in Deutschland, und er verdrängt die Erfahrungen der letzten Monate. Es sind die Menschen in der DDR, die das Tempo der Entwicklung bestimmt haben und im übrigen weiter bestimmen werden.
Hunderttausende von Übersiedlern sind in die Bundesrepublik gekommen, weil sie in der DDR keine Zukunftsperspektive mehr sahen, Menschen, die für den Aufbau in der DDR dringend gebraucht werden. Erst die Aussicht auf die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hat viele unserer Landsleute wieder Hoffnung schöpfen lassen.
Ein Hinauszögern des Staatsvertrages - mit welchen Argumenten auch immer - hätte den Zusammenbruch der DDR bedeutet. Die Übersiedlerzahlen wären erneut sprunghaft angestiegen - wie wir alle wissen, mit verheerenden Folgen. Wer wollte dafür die Verantwortung übernehmen?
Die Deutschen in ihrer großen Mehrheit wollen den Staatsvertrag, weil sie die Einheit wollen und weil sie wissen, daß der jetzt eingeschlagene Weg der richtige ist.
Natürlich fragen sich viele bei uns wie in der DDR, was dieser beispiellose Vorgang für sie ganz persönlich bedeutet, für ihren Arbeitsplatz, für ihre soziale Sicherheit, für ihre Familien. Ich denke, wir alle nehmen diese Sorgen ernst.
Für das große Ziel der Einheit unseres Vaterlandes werden auch wir in der Bundesrepublik Opfer bringen müssen. Ein Volk, das dazu nicht bereit wäre, hätte seine moralische Kraft längst verloren.
Aber ich bin sicher: Wir werden diese große Aufgabe in gemeinsamer Anstrengung zum Wohle der ganzen Nation bewältigen.
Es wird harte Arbeit, auch Opfer, erfordern, bis wir Einheit und Freiheit, Wohlstand und sozialen Ausgleich für alle Deutschen verwirklichen können. Viele unserer Landsleute in der DDR werden sich auf neue und ungewohnte Lebensbedingungen einstellen müssen und auch auf eine gewiß nicht einfache Zeit des Übergangs. Aber niemandem werden dabei unbillige Härten zugemutet. Den Deutschen in der DDR kann ich sagen, was auch Ministerpräsident de Maizière betont hat: Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor - dafür vielen besser.

Für die Deutschen in der Bundesrepublik gilt: Keiner wird wegen der Vereinigung Deutschlands auf etwas verzichten müssen. Es geht darum, einen Teil dessen, was wir in den kommenden Jahren zusätzlich erwirtschaften, unseren Landsleuten in der DDR als Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung zu stellen. Für mich ist dies ein selbstverständliches Gebot nationaler Solidarität.
Es ist zugleich eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Es ist eine Investition, die sich bald bezahlt machen wird. Denn der wirtschaftliche Aufbruch in der DDR wird allen zugute kommen - den Deutschen in Ost und West und unseren Partnern in Europa und weltweit.
Wann je waren wir wirtschaftlich besser gewappnet für die Gemeinschaftsaufgabe der deutschen Einheit als heute? Die Wirtschaft in der Bundesrepublik floriert. Der wirtschaftliche Aufschwung geht jetzt in sein achtes Jahr. Das Ende ist glücklicherweise nicht abzusehen. Wann je hat es das zuvor gegeben?
Wir haben alle Möglichkeiten, die nationale Herausforderung der Deutschen zu bewältigen, wenn wir solidarisch zusammenstehen und wenn wir die Chancen nutzen, die sich uns jetzt bieten.
Wir werden es schaffen, wenn wir uns auf die Fähigkeiten besinnen, mit denen wir vor über 40 Jahren aus den Trümmern unserer zerstörten Städte und Landschaften die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut haben. Damals haben die Menschen mit ihrem Mut und mit ihrer zähen Entschlossenheit, mit Fleiß und mit Einfallsreichtum und nicht zuletzt mit dem Bewußtsein für die gemeinsame Aufgabe eine stabile Demokratie errichtet.
Sie haben Frieden und Freiheit, Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit für einen Teil Deutschlands verwirklicht. Wir wollen, daß dies alles jetzt endlich auch für das ganze Deutschland Wirklichkeit wird. Der Staatsvertrag, über den wir heute abstimmen, ist dafür Voraussetzung.
Herr Präsident, meine Damen und Herren,
die Herstellung der deutschen Einheit wird international nur akzeptiert werden, wenn die Gespräche über deren äußere Aspekte Erfolg haben, d.h. die Gespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR einerseits sowie den Vier Mächten USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion andererseits.
Morgen wird in Ost-Berlin das zweite Treffen im Rahmen der sogenannten Zwei-plus-Vier-Gespräche auf Außenministerebene stattfinden. Weitere Treffen sind für Mitte Juli in Paris und für Anfang September in Moskau angesetzt. Nach unseren Unterredungen mit allen Partnern in diesem Gesprächskreis bin ich zuversichtlich, daß es gelingen wird, die auf der Tagesordnung stehenden Fragen rechtzeitig und zufriedenstellend zu lösen. Dazu gehört insbesondere die Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten für Berlin und Deutschland als Ganzes.
Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir dem für November geplanten Sondergipfel der KSZE-Staaten das Ergebnis der Zwei-plus-Vier-Gespräche präsentieren. Ziel dieser Gespräche muß die volle Souveränität für das wiedervereinigte Deutschland sein.
Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, hat mehr Nachbarn als jeder andere europäische Staat. Wir wissen, daß das geeinte Deutschland im politischen und wirtschaftlichen Gefüge des Europas von morgen ein besonderes Gewicht haben wird. Wir sind uns deshalb von Anfang an bewußt gewesen, daß die Einheit Deutschlands alle unsere Nachbarn fundamental berührt und sie natürlich auch bewegt, ja, oft auch besorgt macht. Fast alle haben unter den Gewalttaten des NS-Regimes schwer zu leiden gehabt. Wir müssen die Fragen verstehen, die so mancher sich - und uns - heute stellt. Wir sollten darauf Rücksicht nehmen, und wir wollen dies tun.
Wir Deutsche sind ein Volk. Wir dürfen von allen Nachbarn, Partnern und Freunden erwarten, daß sie unseren Wunsch, die Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit zu vollenden, unterstüt-

zen. Wir akzeptieren unsererseits, daß die deutsche Frage und ihre Lösung nicht allein uns Deutschen gehören.
Wir wollen am Ende eines Jahrhunderts, das Europa so viel Krieg, Leid und Not gebracht hat, mit allen unseren Nachbarn zu dauerhafter Verständigung und Versöhnung kommen. Wir wollen mitbauen an einem neuen, an einem geeinten Europa. Deutsche Einheit und Einheit Europas bedingen einander. Das Voranschreiten des europäischen Einigungswerks schafft den Rahmen, in dem sich die Einheit Deutschlands in Freiheit vollenden kann. Die Vereinigung unseres Vaterlandes wird der politischen Einigung Europas einen entscheidenden Impuls geben. Dies gilt auch für das große Ziel eines Europa, das als Ganzes wieder zu einer kulturellen, ökonomischen und politischen Einheit zurückfinden muß.
Ein Deutschland, das sich in Freiheit vereinigt, wird niemals eine Bedrohung, dafür um so mehr ein Gewinn für Europa und alle unsere Partner sein. Von deutschem Boden werden Frieden und Freiheit ausgehen!
Gerade auch in unserem Verhältnis zu unseren Nachbarn im Osten, vor allem zu Polen und zur Sowjetunion, wollen wir dies deutlich machen. Zusammen mit dem polnischen Volk müssen wir uns im wachen Bewußtsein für die Belastungen der Vergangenheit der großen Aufgabe stellen, für die junge Generation unserer beiden Völker eine Zukunft in Frieden und gemeinsamer Freiheit zu gestalten. Das polnische Volk soll es wissen: Ein freies und vereintes Deutschland will Polen ein guter Nachbar, ein zuverlässiger Partner auf dem "Weg nach Europa" sein.
Dazu gehört, daß Grenzen nicht in Zweifel gezogen und nicht verschoben werden. Nur wenn sie unumstritten sind, verlieren sie ihren trennenden Charakter. Wir wollen Grenzen einen neuen, einen zukunftsweisenden Charakter verleihen, nicht den der Trennung, sondern den der offenen Wege und der Begegnung in Freiheit.
Der Deutsche Bundestag richtet heute gemeinsam mit der Volkskammer der DDR eine unmißverständliche Botschaft an Polen: Die Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft, ist endgültig. Sie wird durch Gebietsansprüche von uns Deutschen weder heute noch in Zukunft in Frage gestellt. Dies wird nach der Vereinigung Deutschlands in einem Vertrag mit der Republik Polen völkerrechtlich verbindlich bekräftigt werden.
Für das künftig geeinte Deutschland kann erst eine gesamtdeutsche Regierung eine für die Zukunft völkerrechtlich verbindliche Unterschrift leisten. Erst ein gesamtdeutsches Parlament kann einen solchen Vertrag ratifizieren. Klar ist: Am Willen des deutschen Volkes, bekundet durch den Deutschen Bundestag und die Volkskammer der DDR, kann nicht gezweifelt werden.
Herr Präsident, meine Damen und Herren,
wir vergessen nicht, welches Leid und Unrecht von Deutschen anderen Menschen und Völkern zugefügt wurde. In meiner Regierungserklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns habe ich gesagt: "Hitler hat den Krieg gewollt, geplant und entfesselt. Daran gibt es nichts zu deuteln." Dem polnischen Volk hatte er den totalen Versklavungs- und Ausrottungskrieg erklärt. Unter deutscher Okkupation sollte die polnische Nation ausgelöscht werden.
Das NS-Regime hat den Krieg zu verantworten, wie seine Folgen, und damit auch - gemeinsam mit Stalin - unseren Verlust Ostdeutschlands. So mußten die Menschen, die dort lebten, ohne eigene Schuld für die Verbrechen anderer einen hohen Preis entrichten.
Es leben viele in unserem Land, die die Erklärung, die wir heute abgeben, tief berührt und schmerzt. Sie sind ihrer Vorfahren Heimat mit dem Herzen fest verbunden. An einem Tag wie heute können sie nichts anderes als Trauer empfinden. Kein Mensch hat das Recht, ihren Gefühlen seine Achtung zu versagen. Wir haben Respekt vor ihnen und ihren Gefühlen, und wir können sie gut verstehen.
Wir müssen aber ebenso offen aussprechen: Wer die historische Chance nutzen will, die Ein-

heit Deutschlands in Freiheit zu vollenden, der muß auf die Frage der polnischen Westgrenze eine klare Antwort geben.
Dies erwarten nicht nur die Polen von uns. Dies erwarten ebenso alle unsere Nachbarn und Partner in Europa und vor allem auch die Vier Mächte, also die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion.
Niemand soll sich täuschen: Wir stehen heute vor einer ganz klaren Entscheidung. Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen heute und für jetzt unsere Chance zur deutschen Einheit.
Die Entscheidung, die wir als frei gewählte Abgeordnete heute hier treffen müssen, ist richtig und notwendig; denn es geht um die Einheit und Freiheit Deutschlands, und zugleich geht es um ein Werk des Friedens und der Versöhnung.
Ich weiß, daß es im Blick auf die 700jährige Geschichte der Deutschen in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße auch einigen Kollegen im Deutschen Bundestag nicht leicht fällt, dieser Entschließung zuzustimmen. Bei aller Freude darüber, daß mit der Verabschiedung des Staatsvertrages die Einheit der Deutschen in gemeinsamer Freiheit in greifbare Nähe rückt, ist dies für niemanden eine leichte Stunde. Freude, Ernst und Trauer liegen eng beieinander.
Wir blicken zurück auf eine lange gemeinsame Geschichte, in der die Städte und Dörfer Schlesiens, des östlichen Brandenburg, Pommerns, West- und Ostpreußens und anderer Landschaften für Deutsche Heimat waren. Sie haben dieser europäischen Kulturlandschaft ihr unverwechselbares, ihr historisches Gepräge gegeben.
Ich denke daran, daß dieses Land in Glück und Unglück, in Freude und Leid Lebensmittelpunkt von vielen Generationen von Deutschen war. Millionen von Deutschen haben dort ihre Wurzeln. Noch immer leben dort deutsche Familien Seite an Seite mit ihren polnischen Nachbarn.
Im Bewußtsein und in den Gefühlen vieler Deutscher sind die Landschaften östlich von Oder und Neiße, wo sie für ihr Leben prägende Eindrücke erfahren haben, als Heimat lebendig. Dieses ganz ursprüngliche Gefühl der persönlichen Verbundenheit verdient jedermanns Achtung, ja, Sympathie.
Die 700jährige Geschichte und Kultur des deutschen Ostens ist und bleibt Bestandteil des geschichtlichen Erbes der deutschen Nation. Uns Deutschen liegt viel daran - ich will mich auch persönlich dafür einsetzen -, dieses Kulturerbe zu bewahren und zu pflegen. Dieses Erbe bleibt lebendig, es ist unverlierbarer und unvergänglicher Bestandteil unserer Geschichte wie auch des kulturellen Reichtums Europas. Noch in vielen Jahren und Generationen werden sich Menschen an den Gedichten Eichendorffs erfreuen, und was Immanuel Kant "zum ewigen Frieden" geschrieben hat - über einen Föderalismus freier Staaten, über die Herrschaft des Rechts-, bleibt ein Wegweiser in das Europa der Zukunft.
Wahrheit ist - und das darf an einem Tag wie heute nicht verschwiegen werden -: Die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat war ein großes Unrecht. Es gab dafür keine Rechtfertigung, weder moralisch noch rechtlich. Wir können auch Jahrzehnte danach nicht erklären, die Vertreibung sei rechtmäßig gewesen.
Ich weiß, daß die Erfahrung von Flucht und Vertreibung auch nach Jahrzehnten noch schmerzt. Der Tod von Familienangehörigen und Freunden, das Zurücklassen von Hab und Gut, von Haus und Hof sind ein schweres Schicksal. Die Betroffenen werden ihren Schmerz aber noch stärker empfinden, wenn das ihnen angetane Unrecht verschwiegen wird.
Deshalb sind wir dankbar für die Worte, die Persönlichkeiten wie der jetzige polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki, wie der Schriftsteller Andrzej Szczypiorski, der dieses Jahr mit dem Kunst- und Kulturpreis der deutschen Katholiken ausgezeichnet wurde, und andere in der gemeinsamen Erklärung deutscher und polnischer Katholiken zum 1. September 1989 gefunden haben. Sie schrieben:

"Das Leid von Millionen Deutschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, dabei Tote zu beklagen hatten und ihr Hab und Gut verloren, weckt bei Polen und Deutschen Trauer und Mitgefühl"
Sie setzten damit ein sichtbares Zeichen der Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk.
Gerade auch die deutschen Heimatvertriebenen haben in ihrer Stuttgarter Charta von 1950 schon früh ein großartiges Bekenntnis zur Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn und zur Schaffung eines geeinten Europa abgelegt.
Sie erklärten damals:
"Die Vertriebenen werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. ... Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß st uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat."
Nicht Rache, nicht Vergeltung: mit diesen Worten haben sie ihre eindeutige Antwort auf die schrecklichen Erfahrungen der Vergangenheit gegeben. Sie haben damit vor aller Welt bekundet, daß die Saat des Hasses und der Gewalt, die Saat Hitlers und Stalins, nicht fortlaufend neues Unrecht hervorbringen darf.
Heute sind in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße polnische Familien in zweiter und dritter Generation ansässig; diese Gebiete sind ihnen zur Heimat geworden. Wir Deutsche wollen nicht, daß Krieg und Elend, Blut und Tod immer wieder aufgerechnet werden. Wir wollen nach vorne schauen, auf die Zukunft kommender Generationen. Dies wird und kann eine Zukunft in Frieden und Freiheit sein.
Wir schauen vor allem auch auf die junge polnische Generation, die heute in Pommern, Schlesien und anderswo lebt, und wir rufen ihr zu: Wir wollen Frieden, wir wollen Verständigung, wir wollen Aussöhnung, wir wollen ein freies und einiges Europa.
Mit der Vereinigung Deutschlands verbindet sich jetzt die Chance, eine endgültige und dauerhafte Aussöhnung mit dem polnischen Volk zu erreichen. Die Zeit dafür ist reif.
Was zwischen Deutschen und Franzosen möglich war, kann und muß jetzt endlich auch zwischen Deutschen und Polen möglich werden. In meiner Heimat, in der Pfalz, habe ich miterleben können, wie die deutsch-französische Freundschaft gewachsen ist. Diese Freundschaft wird für die deutsche Außenpolitik immer von existentieller Bedeutung bleiben.
Noch vor wenigen Jahrzehnten, in meiner eigenen Schulzeit, sollten die Kinder dort, wie überall in Deutschland und überall in Frankreich, im bösen Geist einer angeblichen Erbfeindschaft erzogen werden. Doch Haß und Feindschaft wurden überwunden, weil die Menschen es endlich so wollten. Über offene Grenzen kamen und kommen sie zusammen und lernen einander kennen. In freien Begegnungen konnten sich Verständnis und Vertrauen entfalten. Heute überqueren junge Deutsche und junge Franzosen ganz selbstverständlich den Rhein, um Freundschaft zu schließen.
Es ist mein Wunsch - und ich hoffe, es ist unser Wunsch -? daß ein solches Miteinander über die Grenzen hinweg zwischen jungen Deutschen und jungen Polen bald ebenso selbstverständlich sein wird. Deshalb rufe ich dazu auf, das deutsch-polnische Jugendabkommen, das wir bei meinem Besuch in Polen im November des vergangenen Jahres vereinbart haben, mit Leben zu erfüllen und tatkräftig für eine gemeinsame Zukunft zu nutzen.
Meine Damen und Herren,
wir vergessen allzu leicht: Ein freies und vereintes Deutschland kann gegenüber Polen auch an gute, ja, an beste Traditionen anknüpfen. Die Beziehungen zwischen beiden Völkern sind in der Vergangenheit keineswegs nur von Zwietracht, von kriegerischen Konflikten und vom Leid der Menschen überschattet gewesen. Im Gegenteil: Es gab lange Perioden fruchtbaren

Austauschs, ja, eines harmonischen Miteinanders. Die heilige Hedwig gehört beiden Nationen.
Wir müssen auch endlich begreifen, was der polnische Dichter und Denker Cyprian Kamil Norwid im 19. Jahrhundert festgestellt hat: "Eine Nation besteht nicht nur aus dem, was sie von anderen unterscheidet, sondern auch aus dem, was sie mit anderen verbindet."
Auch in schlimmster Zeit hat es Deutsche gegeben, die Menschlichkeit gegenüber Polen geübt haben. Neben den vielen, die sich als Werkzeuge des Verbrechens mißbrauchen ließen, gab es auch allemal "Zehn Gerechte", wie der Titel eines polnischen Erinnerungsbuches über die deutsche Besatzungszeit heißt.
Es waren deutsche Patrioten, die 1830 - während des polnischen Freiheitskampfes - gebannt und voller Hoffnung auf den Sieg der polnischen Sache setzten. Es war das Vorparlament der Frankfurter Paulskirche, das die Befreiung Polens zur "heiligen Pflicht des deutschen Volkes" erklärte. Und es waren wiederum Polen, die 1848/49 unter der schwarz-rot-goldenen Fahne für die Revolution kämpften.
Diese Erfahrungen, das gemeinsame Ringen von Polen und Deutschen um Freiheit, sind von den Verbrechen in unserem Jahrhundert zum Teil verschüttet worden - verloren sind sie nicht. Es gilt, sie im Gedächtnis der Volker zu neuem Leben zu erwecken. Wir dürfen nicht zu Gefangenen eines Denkens werden, das mit den dunklen Seiten der Vergangenheit nur die halbe Wahrheit zur Kenntnis nimmt. Wahrhaftigkeit ist oberstes Gebot, wenn die Aussöhnung zwischen den Völkern gelingen soll.
Die Verständigung zwischen Deutschen und Polen darf niemanden ausschließen, sie muß auch gerade die Heimatvertriebenen einbeziehen. Denn wer konnte mehr für Verständigung und Aussöhnung tun als die deutschen Heimatvertriebenen oder als diejenigen Deutschen, die noch jenseits von Oder und Neiße ihre Heimat haben, oder als ihre polnischen Nachbarn? Gerade diese Gruppen können zu Botschaftern der Aussöhnung werden. Sie haben als Mittler zwischen den Völkern und Kulturen einen großen Auftrag.
Gemeinsam muß es uns darum gehen, in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße ein Modell des friedlichen Zusammenlebens in Europa zu gestalten. Wir können dort Zeichen setzen, wie in einem Europa der Vielfalt die verschiedenen Völker und Kulturen einträchtig zusammenleben.
Dazu gehören die Bereitschaft zur Toleranz, die Achtung vor dem Nächsten, auch wenn er eine andere Sprache spricht, wozu er ein selbstverständliches Recht hat. Dazu gehört unverzichtbar der Schutz der Minderheitenrechte.
Mit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung anläßlich meines Besuches in Polen im November 1989 haben wir Fortschritte erzielt. Ministerpräsident Mazowiecki und ich erklärten damals:
"Beide Seiten ermöglichen es Personen und Bevölkerungsgruppen, die deutscher beziehungsweise polnischer Abstammung sind oder die sich zu Sprache, Kultur oder Tradition der anderen Seite bekennen, ihre kulturelle Identität zu wahren und zu entfalten."
Es bleibt noch viel zu tun, damit die Menschen, die dort leben, ihre Kultur, ihr Brauchtum, ihre Traditionen pflegen können. Sie wollen sich in der Sprache ihrer Mutter ausdrücken können - nicht zuletzt auch im Gottesdienst. Ich meine, in einem vereinten Europa des Friedens und der Freiheit sollte dies alles selbstverständlich sein.
In unserer gemeinsamen Erklärung hieß es auch:
"Beide Seiten sind zutiefst überzeugt, daß eine Schlüsselrolle für ein vertrauensvolles Miteinander beider Völker und für eine friedliche Zukunft Europas dem Engagement der jungen Generation zukommt."
Aus dem Geist eines neuen Vertrauens wollen wir diese Zukunft gestalten. Ohne deutsch-französische Freundschaft hätte das Werk der Einigung Europas nicht begonnen werden kön-

nen, ohne deutsch-polnische Partnerschaft wird es sich nicht vollenden lassen.
Ich wünsche mir, daß bei uns in Deutschland und in Polen schon bald die Voraussetzungen geschaffen werden, die Zukunft eines deutsch-polnischen Miteinanders im vereinten Europa in einem umfassenden Vertrag über gutnachbarschaftliche und freundschaftliche Beziehungen besiegeln zu können.
Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
Unser Ziel ist eine europäische Friedensordnung, in der die Menschen und Völker in gemeinsamer Freiheit zusammenleben - ein Haus der Freiheit für alle Europäer, wie es in den Worten Konrad Adenauers aus dem Jahre 1961 ausgedrückt ist. Diese europäische Friedensordnung muß sowohl die Demokratien Nordamerikas als auch die Sowjetunion einschließen.
Amerika ist auf dreifache Weise in Europa verankert: durch die Atlantische Allianz, durch eine intensiver werdende Zusammenarbeit zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft sowie durch die aktive Rolle Amerikas im KSZE-Prozeß.
Eine der großen Herausforderungen in den kommenden Jahren wird darin bestehen, die Sowjetunion mehr und mehr in die Gestaltung der europäischen Zukunft einzubeziehen - politisch, in Fragen der Sicherheit, ökonomisch und kulturell.
Jahrzehnte des Ost-West-Konflikts haben viele vergessen lassen, daß die Sowjetunion nicht nur geographisch, sondern auch durch Geschichte und Kultur mit Europa verbunden ist. Bis in unsere Gegenwart hinein hat sie unersetzliche Beiträge zu unserem europäischen Kulturerbe geleistet.
Die Werke von Wassily Kandinsky und Dimitrij Schostakowitsch gehören allen Europäern. In den Romanen von Alexander Solschenizyn und Boris Pasternak spiegeln sich nicht nur bewegende Teile der europäischen Geschichte, sie sind auch ein Bekenntnis zur Humanität und Würde des einzelnen. Der gebürtige Russe Marc Chagall hat mit seinen großartigen Werken - ich denke an die Kirchenfenster in Mainz und Metz - Brücken der Kunst zwischen den europäischen Völkern geschlagen. Er verkörpert damit wie wenige die gemeinsame christlich-jüdische Tradition Europas.
Vor zwei Jahren beging Rußland das tausendjährige Jubiläum seiner Christianisierung. Einmal mehr wurden wir daran erinnert, daß dieses große Volk jene geistige Grundlage mit uns teilt, auf der die Idee von der unveräußerlichen Würde des einzelnen Menschen beruht.
Die historisch-kulturelle Verbundenheit mit Europa hat eine lange Tradition. Sie kann jetzt für die Zukunft endlich auch politisch wieder fruchtbar gemacht werden.
Hierfür bietet sich zum einen die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa an, die mit der weiteren Überwindung des Ost-West-Gegensatzes ein wichtiges Instrument gesamteuropäischer Zusammenarbeit werden kann. Dabei geht es um neue Formen ständiger Zusammenarbeit auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung - unabhängig von der Größe oder Wirtschaftskraft eines Landes.
Zum anderen gilt es, noch stärker als bisher den Europarat als Instrument gesamteuropäischer Zusammenarbeit zu nutzen. Er symbolisiert wie kaum eine andere Institution die Einheit Europas im Geist der Menschenrechte.
Heute und in Zukunft müssen die deutsch-sowjetischen Beziehungen dem gemeinsamen Ziel aller Europäer dienen, in freier Selbstbestimmung ein Europa der Freiheit, des Friedens und der Gerechtigkeit zu bauen. In diesem europäischen Rahmen haben wir auch die Chance, eine neue Epoche in unseren bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion zu gestalten.
Morgen jährt sich der Tag, an dem im Juni 1941 der deutsche Angriff auf die Sowjetunion erfolgte. Damit begann das schrecklichste und zugleich schmerzlichste Kapitel zwischen Deutschen und Russen sowie den anderen Völkern der Sowjetunion. Wir haben die Millionen Opfer, die unsagbaren Leiden der Menschen und die Verwüstungen nicht vergessen.
Ich habe anläßlich des 45. Jahrestages des Kriegsendes Präsident Gorbatschow geschrieben:

"In diesen Tagen, in denen sich auch die Völker der Sowjetunion anschicken, des 45. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges zu gedenken, möchte ich Ihnen und Ihren Mitbürgern unsere Verbundenheit in der Trauer um die Millionen Opfer, die dieser schreckliche Krieg in Ihrem Land gefordert hat, versichern. Auch wir Deutsche schließen sie in unsere Gedenken ein und bekunden den trauernden Familien unser Mitgefühl.
Wir Deutsche haben aus diesen bitteren Jahren der Geschichte gelernt und die Folgerungen gezogen. Gerade in dieser für uns Deutsche wichtigen Zeit, in der wir - nicht zuletzt auch dank der von uns in Moskau erreichten Verständigung - auf dem Wege zur staatlichen Einheit fortschreiten, möchte ich wiederholen: Von deutschem Boden soll nur noch Frieden ausgehen!"
Letzte Woche hat mir Präsident Gorbatschow geantwortet. Er schreibt:
"In den vor uns liegenden Jahrzehnten wird das politische Klima in Europa in vieler Hinsicht von den Entscheidungen abhängen, die wir treffen werden. Ich gehe von unserer beiderseitigen Bereitschaft aus, so zu handeln, daß wir unseren Völkern den Weg ins kommende Jahrhundert auf einer qualitativ neuen Grundlage erleichtern."
In unserem Verhältnis zur Sowjetunion ist in besonderem Maße historisches Verantwortungsbewußtsein, aber auch politische Gestaltungskraft gefordert. Wir Deutsche stehen deshalb zu unserem Wort, die berechtigten Sicherheitsinteressen aller europäischen Länder, gerade auch der Sowjetunion, zu achten. Dabei bleibt es für mich bei den Leitsätzen, die ich nach meiner Begegnung mit Präsident Gorbatschow im Februar dieses Jahres von dieser Stelle aus vorgetragen habe:
"Die Geschichte dieses Jahrhunderts ... zeigt: Nichts ist der Stabilität Europas abträglicher als ein zwischen zwei Welten, zwischen West und Ost, schwankendes Deutschland. Und umgekehrt gilt: Deutschland im festen Bündnis mit freiheitlichen Demokratien und in zunehmender politischer und wirtschaftlicher Integration in der Europäischen Gemeinschaft ist der unerläßliche Stabilitätsfaktor, den Europa gerade auch in seiner Mitte braucht."
Meine Damen und Herren,
die Überwindung der Teilung Deutschlands und die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO liegen auch im Interesse der Sowjetunion. Beides erhöht die Stabilität und die Sicherheit in ganz Europa. Uns eröffnet sich jetzt die Chance, eine neue Phase der europäischen Geschichte einzuleiten, eine Phase, in der die Konfrontation durch Kooperation abgelöst wird, in der die europäischen Völker Sicherheit nur noch im Miteinander finden werden. Das bedeutet auch für die Sowjetunion den Durchbruch zu einer neuen Qualität der Sicherheit, die auch sie durch hochgerüstete Armeen niemals allein gewinnen wird.
Für die Lösung der jetzt anstehenden Fragen im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Gespräche wird in den nächsten Monaten auch der Erfolg vielfältiger Verhandlungen entscheidend sein, in denen die gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur vorbereitet wird.
Erstens geht es um die Umgestaltung der Bündnisse selbst. Der Warschauer Pakt hat kürzlich eine Kommission berufen, die bis zum Herbst Vorschläge für seine Umwandlung in einen Vertrag souveräner, gleichberechtigter Staaten erarbeiten soll, der auf demokratischen Prinzipien beruht. Wir begrüßen diesen Schlußstrich unter die Vergangenheit und hoffen auf Ergebnisse, die den tiefgreifenden Veränderungen Rechnung tragen.
Unser Atlantisches Bündnis wird bereits auf dem Gipfeltreffen Anfang Juli in London entsprechend den Vorschlägen von Präsident Bush seine Entscheidungen treffen. Wir werden die künftige Rolle, die Strategie und die militärische Struktur der Atlantischen Allianz neu bestimmen. Auch wir ziehen damit die Schlußfolgerungen aus den grundlegenden politischen und militärischen Veränderungen, die sich in fast allen Warschauer-Pakt-Staaten vollziehen. Wir wollen damit den politischen Charakter des Atlantischen Bündnisses verstärken und sein militärisches Gewicht den neuen Verhältnissen anpassen.

Darüber hinaus stellt sich uns die politische Schlüsselaufgabe, in einer gemeinsamen Willenserklärung der Verbündeten das Verhältnis zu den Staaten des Warschauer Pakts zukunftsgewandt zu gestalten und einem gesamteuropäischen Gewaltverzicht den Weg zu bereiten. Deshalb habe ich vorgeschlagen, daß die Mitglieder beider Bündnissysteme im KSZE-Rahmen einen Nichtangriffspakt erwägen sollten, und ein solcher Vertrag sollte dann allen anderen KSZE-Teilnehmern zum Beitritt offenstehen.
Abrüstung und Rüstungskontrolle sind das zweite Feld, auf dem wir - parallel zu unserem Weg zur deutschen Einheit - auf Fortschritte und Erfolge setzen müssen. Dies gilt insbesondere für die Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa.
Noch in diesem Jahr und rechtzeitig zum KSZE-Sondergipfel im November soll und muß ein erstes Abkommen in Wien fertiggestellt werden. Ich habe es deshalb sehr begrüßt, daß sich Präsident Bush und Präsident Gorbatschow bei ihrem Gipfeltreffen in Washington hierauf verständigt haben. Im Verlauf der Wiener Verhandlungen soll nach allgemeinem Verständnis auch über die künftigen Streitkräfte eines geeinten Deutschlands und ebenso der anderen Teilnehmerstaaten verhandelt werden.
Aber Sicherheit in Europa kann unter den Bedingungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts nicht mehr nur in militärischen Gleichgewichtsrechnungen, in Waffenzahlen und in Personalstärken definiert werden. Wirtschaftliche Kooperation ist die dritte Säule der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, denn eine immer weiter fortschreitende Verflechtung Europas durch Handel und durch wirtschaftliche Kooperation bildet Vertrauen und stärkt damit die Stabilität.
Deshalb ist es auch ein unerläßlicher Beitrag zur europäischen Sicherheit, wenn wir heute als Bundesrepublik Deutschland und morgen als geeintes Deutschland unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn umfassende Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik anbieten. Wir müssen insbesondere bereit sein, ihnen, wenn sie dies wünschen, auf ihrem Reformweg hin zu politischem Pluralismus, zu Rechtsstaat und zu Marktwirtschaft mit Rat und Tat beizustehen und Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.
Angesichts der Größe und der Bedeutung dieser Aufgabe können wir Deutsche sie selbstverständlich nicht allein schultern; wir brauchen das Zusammenwirken möglichst aller westlichen Partner. Ich habe deshalb alle unsere Partner gebeten, diese Fragen auf dem Europäischen Rat in der nächsten Woche in Dublin und auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli ... zu besprechen. Von dort sollte nicht nur ein Signal zur politischen, sondern auch zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausgehen. Wir Deutsche sind zu einem entsprechenden Beitrag bereit.
Wir sind auch bereit, die politischen Beziehungen zur Sowjetunion nach der Vereinigung Deutschlands auf eine weiterführende vertragliche Grundlage zu stellen. Nicht zuletzt geht es darum, daß wir für die zukünftige Sicherheitsarchitektur Gesamteuropas feste Fundamente legen. Sie sollen nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zu bewährten Institutionen, wie beispielsweise der NATO, dienen. Wir wollen gesamteuropäische Institutionen im Rahmen der KSZE schaffen. Hierzu sind von allen Seiten weiterführende Vorschläge eingebracht worden. Es ist jetzt an der Zeit, sie zu bündeln und zu Ergebnissen zu bringen.
Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
Wir befinden uns auf einem guten Weg, um jetzt die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam mit allen unseren Partnern in West und Ost zu lösen. Ich bin gemeinsam mit allen anderen zuversichtlich, daß wir dies auch zeitgerecht schaffen können. Präsident Gorbatschow hat mir das in diesen Tagen noch einmal ausdrücklich bestätigt. Die Bundesregierung und ich selbst werden keine Zeit versäumen; wir wollen jede Chance zum Erfolg nutzen.
Mit der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas verbinden sich die Hoffnungen von vielen Menschen und Völkern. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert enthält die Tagesordnung viele Themen, die wir nur in einer umfassenden Anstrengung aller freien Völker an-

gehen können. Gemeinsam müssen wir für eine Welt arbeiten, in der das Leben in allen seinen Formen geachtet wird.
Die damit verbundenen Aufgaben sind nur noch in enger internationaler Zusammenarbeit zu lösen. Dazu gehört unverzichtbar die Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Dazu gehört der Beitrag aller Staaten in Europa, auch der Sowjetunion.
Die Einheit Deutschlands und Europas rückt näher.
Wenn Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten des Deutschen Bundestages, heute dem Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR sowie der vorliegenden Entschließung über den endgültigen Verlauf der Grenze zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen zustimmen, haben wir wieder eine wichtige Etappe auf dem Weg dorthin zurückgelegt.
Vergessen wir niemals: Die Chance, die sich uns in diesen Monaten eröffnet, nimmt uns zugleich in beispielloser Weise in die Pflicht.
Ich rufe Sie, ich rufe uns alle und alle Deutschen dazu auf, daß wir uns dieser historischen Pflicht stellen.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 "Erklärung der Bundesregierung zu den deutsch-polnischen Beziehungen bzw. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie" (x160/9-12): >>... Eines von Parkinsons neueren Gesetzen lautet: Ein Vakuum, geschaffen durch fehlende Kommunikation, füllt sich in kürzester Zeit mit falscher Darstellung, Gerücht, Geschwätz und Gift. Bei dem Tabuthema Vertreibung und Vertreibungsverbrechen bedeutet das nicht nur, daß – wie schon angedeutet – naive Spekulationen wuchern, sondern auch, daß gewisse Legenden des polnischen Nationalismus fast widerstandslos bei uns eindringen können.
... Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 über eine "Erklärungen der Bundesregierung zu den deutsch-polnischen Beziehungen" (Anerkennung der Oder-Neiße-Linie) ... ist ein anschauliches Beispiel für die Unsterblichkeit gewisser politischer Legenden.
Als Legende Nr. 1 wäre die Westverschiebung Polens zu nennen. Dazu der Abgeordnete Dr. Ehmke von der SPD (Seite 17.152 des Plenarprotokolls): "Polen hatte im Osten große Gebiete verloren, Deutschland mußte fast ein Viertel seines Bodens abgeben. Millionen Menschen, die die Grauen des Krieges und seiner Begleiterscheinungen überlebt hatten, mußten auf Wanderschaft gehen."
Ähnlich der Abgeordnete Dr. Dregger/CDU (Seite 17.202 des Protokolls): "(Das polnische Volk) mußte die von Hitler und Stalin beschlossene vierte Teilung seines Landes ertragen. Seine Westverschiebung hat es, wenn ich richtig sehe, nicht glücklich gemacht. Diese sog. Westverschiebung bedeutet für uns den Verlust Ost- und Westpreußens, von Danzig, von Teilen Pommerns, von Ostbrandenburg und Schlesien."
Der Kompensationsgedanke hat trotz erheblicher moralischer Bedenken gegen das Prinzip offenbar eine gewisse Faszination. Man betrachtet die Landkarte, vergleicht die Territorien, stellt sich gewaltige Ströme polnischer Ostflüchtlinge vor und die Welt scheint irgendwie in Ordnung zu sein.
So einfach liegen die Dinge allerdings wieder nicht. Daß die ehemals polnischen Gebiete östlich der sog. Curzon-Linie eine Frucht der großpolnischen Expansionspolitik nach dem Ersten Weltkrieg darstellten und immer mehrheitlich von Ukrainern und Weißrussen besiedelt waren, ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Trotz der polnischen Siedlungs- und Kolonialpolitik und trotz frisierter Statistiken konnte Warschau in diesen Landesteilen 1939 nur einen polnischen Bevölkerungsanteil von 36 % vorweisen, ein Prozentsatz, der etwa dem der Deutschen in den Abtretungsgebieten des Deutschen Reiches von 1919 entsprach.
Nach russischen Schätzungen vom Oktober 1939 - mindestens ebenso frisiert - waren von der Gesamtbevölkerung Ostpolens in Höhe von insgesamt 11,5 Millionen sogar 10 Millionen

Ukrainer bzw. Weißrussen.
Genauere Zahlen lassen sich nur schwer ermitteln. Fest steht, daß in den fünfziger Jahren 1,5 Millionen "Ostpolen" im ganzen polnischen Machtbereich gezählt wurden. Bedenkt man weiter, daß aus Polen selbst nach 1945 518.000 Ukrainer, Weißrussen und Litauer in die Sowjetunion umgesiedelt wurden, fast 200.000 Juden auswanderten und außerdem rund 1 Million Volksdeutsche aus Polen vertrieben wurden, dann bleibt für Kompensationsgedanken kein Platz mehr.
Die ostpolnischen Vertriebenen und sogar die Umsiedler aus dem Inneren der Sowjetunion usw. hätten in den verlassenen Siedlungen der Minderheiten untergebracht werden können, ohne die polnische Westgrenze auch nur um einen Meter zu verschieben. Die Annexion ostdeutscher Gebiete mit einer Vorkriegsbevölkerung von rund 9 Millionen und die Vertreibung ihrer Bewohner hat mit Kompensation sicher nichts zu tun.
Die sog. polnischen Ostprovinzen sind zwar flächenmäßig um ca. 65 % größer als die Oder-Neiße-Gebiete, aber sehr dünn besiedelt; abgesehen vom südlichen Teil (Galizien) handelt es sich um wenig entwickelte Wald- und Moorlandschaften (Pripjet-Sümpfe). Molotow schätzte ihren Wert auf 3,5 Milliarden Dollar, den Wert der ostdeutschen Länder auf 9,5 Milliarden. Der nordamerikanische Außenminister Byrnes schätzte den letzteren Wert auf 11,3 Milliarden Dollar.
Am Nationaleinkommen gemessen, ergibt sich nach polnischen Schätzungen sogar eine Wertrelation von 3,4 zu 18 Milliarden Zloty.
Die zweite unausrottbare Legende ist die vom Ausrottungskrieg gegen Polen. Dazu Bundeskanzler Kohl (Seite 17.143 des Protokolls): "Dem polnischen Volk hatte er (Hitler) den totalen Versklavungs- und Ausrottungskrieg erklärt. Unter deutscher Okkupation sollte die polnische Nation ausgelöscht werden."
Selbst dem historischen Laien wird auf den ersten Blick die Widersprüchlichkeit des Begriffs "Versklavungs- und Ausrottungskrieg" auffallen; denn Ausrotten steht ja wohl im Gegensatz zum Versklaven (einen Toten kann man nicht versklaven). – Der historisch Interessierte wird sich daran erinnern, daß es kein einziges Dokument gibt, das für Polen eine Art "Endlösung der Judenfrage" vorsah. In seinen geheimen Tischgesprächen äußerte Hitler vielmehr wiederholt die Absicht, das östliche Nachbarvolk – wenn auch unter deutscher Vormundschaft und als Nation minderen Ranges – fortbestehen zu lassen.
Unbestritten allerdings sind die hohen Kriegsverluste der Polen, d.h. der polnischen Polen, nicht der polnischen Nationalitäten im polnischen Vielvölkerstaat vor 1939; ihre Schicksale stellen ein Kapitel für sich dar.
Von den polnisch sprechenden Kriegsopfern starben nach amerikanischen Untersuchungen im deutschen Besatzungsgebiet rund 570.000 im Krieg, bei Partisanenkämpfen und durch Terror, im sowjetisch besetzten Teil ca. 750.000 im Krieg, bei Partisanenkämpfen, durch Terror und vor allem durch Deportationen. Die polnische Seite dagegen spricht bis heute gern von "6 Millionen polnischen Opfern des deutschen Überfalls".
Eine weitere Legende besagt, der Zweite Weltkrieg habe Polen arm gemacht. Es sei daher eine moralische Pflicht der Deutschen, Polen laufend und massiv finanziell zu unterstützen. Besonders in den Diskussionsbeiträgen der Grünen war diese Argumentation mehrfach anzutreffen, z.B. bei Frau A. Vollmer (Seite 17.177 des Protokolls) und Dr. Lippelt (Seite 17.156 und 17.157). Letzterer führte u.a. aus: "Regeln Sie endlich die Individualentschädigung für die während des Krieges zur Zwangsarbeit versklavten polnischen Bürger. ... Denn die Grenze, über die wir hier reden, wird den schlimmen Charakter einer Wohlstandsgrenze haben."
Hier ist anzumerken, daß die deutsch-polnische Grenze immer (eine) Wohlstandsgrenze war und, wenn kein Wunder geschieht, auch bleiben wird. Schon 1921 bemerkte der weltberühmte Nationalökonom John Maynard Keynes, ein Mann der es wissen mußte, Polen besitze "kein

Gewerbe außer Judenhetze".
Auch der Erwerb riesiger Teile der Ukraine, Weißrußlands und des wirtschaftlich wertvollsten Teils des oberschlesischen Industriegebiets nach dem Ersten Weltkrieg brachte keine Veränderung, und die Annexion eines Viertels des deutschen Staatsgebiets unter totaler Ausraubung seiner Bewohner hat nach 1945 nicht zu einem Aufblühen Polens, sondern nur zu einer beispiellosen Architektur-, Kultur- und Landschaftszerstörung in Ostdeutschland geführt; nach Expertenmeinung erreicht Polen heute in Oberschlesien den Europarekord der Umweltschädigung.
Kein Grund zur Besorgnis für Lech Walesa: In einem Interview mit dem Figaro-Magazin meinte der Volkstribun, man müsse das Beste aus Kapitalismus und Sozialismus miteinander verbinden. "Der Kapitalismus ist leistungsstark und im Sozialismus braucht man nicht viel zu arbeiten, und das muß man beibehalten."
Wie das gehe? "Mit Computern ist das zu schaffen!"
Dazu Johannes Gross sarkastisch im FAZ-Magazin: "Nicht unsympathisch die Devise: Faulheit, Freiheit, Frömmigkeit."
Obwohl man sich östlich von Oder und Neiße die Früchte von 800 Jahren fleißiger Arbeit unzähliger Millionen Menschen angeeignet hat, will man in Warschau nicht nur den Raub entschädigungslos behalten, sondern fordert noch einen Nachschlag: Die Entschädigung für die Zwangsarbeit einer Million polnischer "Fremdarbeiter" innerhalb einer Zeitspanne von annähernd fünf Jahren, für den Zeitverlust polnischer Kriegsgefangener (sie wurden übrigens nach der Genfer Konvention behandelt), für Invaliden etc. sollte nicht weniger als 537 Milliarden Mark betragen, wie am 5. März 1990 der Presse zu entnehmen war. Wohlgemerkt: nicht Millionen, sondern Milliarden und nicht als Verrechnungsposten mit deutschen Entschädigungsforderungen, sondern als Zugabe.
Die letzte und vielleicht erschreckendste Legende, die man im Bundestag am 21. Juni hören konnte, war die von der Kollektivschuld. Während der bereits zitierte Abgeordnete Lippelt (Die Grünen) die Oder-Neiße-Anerkennung "aus Einsicht in die Nemesis (Vergeltung) der Geschichte" forderte (Seite 17.155 des Protokolls), konstatierte Bundesminister Genscher, Ostdeutschland sei "verloren (worden) durch einen verbrecherischen Krieg und ein verbrecherisches System" (Seite 17.158).
Beim Studium der Geschichte wundert man sich oft, wie leicht allgemein verbreitete Wahnvorstellungen rein mit dem gesunden Menschenverstand zu durchschauen gewesen wären ... und nicht durchschaut wurden.
Beim Hexenwahn hätte die Frage genügt, welche Frau auf die Folter NICHT gestehen würde, ein Hexe zu sein, und bei der Kollektivschuld genügte z.B. die Frage, wieviele Russen man nach dieser Logik denn töten oder vertreiben müsse, um das verbrecherische Sowjetsystem angemessen zu sühnen?
Die Schätzungen über die Morde des Sowjetsystems schwanken zwischen 49 und 66 Millionen, und darüber hinaus haben "die Russen" – um in der Kollektivschuld-Diktion zu bleiben – während des 2. Weltkriegs fast alle Nachbarländer überfallen: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Persien, den asiatischen Kleinstaat Tannu-Tuwa, Japan und in unseren Tagen Afghanistan. Ein schlauer Nazi könnte den Ball sogar zurückspielen und für Hitlers Einmarsch in die Sowjetunion auch "Einsicht in die Nemesis (Vergeltung) der Geschichte" verlangen.
Man müßte hier außerdem auf die verständliche Sorge in deutschen und internationalen Menschenrechtsorganisationen verweisen, weil nun der Eindruck entsteht, Völkervertreibung und Völkermord seien unter gewissen Umständen legitim.
Aufschlußreich wäre auch eine Untersuchung über die Parallelen zwischen Deutschenhaß und altchristlichem Antisemitismus (Kollektivschuld der Juden am Gottesmord). Um den Rahmen

dieser Abhandlung nicht zu sprengen muß ein kurzes historisches Stichwort genügen.
Und zwar sollen einige Originaldokumente zum Vorwurf der Kriegsschuld des ganzen Volkes für sich sprechen. Der Schweizer Diplomat Carl J. Burckhardt z.B. war als Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig ungewöhnlich gut über die Zeichen der Zeit informiert. In seinem Brief vom 20. August 1938 schreibt er über die Stimmung in Deutschland:
"Derjenige, der das nicht erlebt hat, kann sich keine Vorstellungen machen von dem Entsetzen, ja von der Verzweiflung der Massen, als man wieder anfing, von Krieg zu reden, als beispielsweise die Pferderequisition einsetzte. ... Das Geflüster von gestern wird heute zum offenen rebellischen Ausspruch. Nie habe ich so deutlich gespürt, daß die Völker für die Verbrechen ihrer Führer nicht verantwortlich sind."
Der amerikanische Diplomat Kennan, damals Mitglied der US-Botschaft in Berlin und nicht sonderlich deutschfreundlich, berichtet:
"Die Berliner selbst – ich meine die einfachen Leute – waren von allen Bevölkerungsteilen in Stadt und Land am wenigsten vom Nazismus angesteckt. Sie grüßten einander nach wie vor mit "Guten Morgen" anstatt mit dem obligatorischen 'Heil Hitler'. Sie zeigten auch keine besondere Kriegsbegeisterung.
Ich kann bezeugen (weil ich an jenem Tage mitten unter ihnen in einer großen Menschenmenge auf dem Pariser Platz vor unserer Botschaft stand), daß sie die Siegesparade anläßlich der Beendigung des Polenfeldzuges mit zurückhaltendem, mürrischen Schweigen an sich vorüberziehen ließen. Trotz heftigsten Bemühens gelang es den berufsmäßigen Nazi-Agitatoren nicht, ihnen Zeichen des Hochgefühls oder der Zustimmung zu entlocken. Die Nachricht von der Einnahme von Paris (Juni 1940) wurde mit derselben Reserve und demselben undurchdringlichen Schweigen aufgenommen."
Interessant sind auch die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS zu diesem Thema. Als zum Beispiel 1939 Gerüchte über einen Waffenstillstand aufkamen, notierten die SD-Spitzel: "In verschiedenen Betrieben führte die Mitteilung dieses Gerüchtes zu längeren Arbeitspausen, da die Belegschaften sich über die angeblich neue Lage unterhielten. In Berlin kam es stellenweise auf Straßen und Plätzen zu freudigen Kundgebungen der Menschen, welche die Nachricht für wahr hielten. ... Auch in der Berliner Universität wurde am Schluß einer großen Nachmittagsvorlesung das Gerücht als Tatsache bekanntgegeben. Die Mitteilung veranlaßte die Studenten zu Begeisterungskundgebungen.
Erst durch die gestern gegen Mittag durch die Sondermeldung des deutschen Rundfunks erfolgende Widerlegung der Gerüchte wurde deren Verbreitung ein Ende gesetzt. Das Dementi hatte verschiedentlich eine tiefe Niedergeschlagenheit derjenigen, die fest an die Wahrheit der durch das Gerücht verbreiteten Behauptungen geglaubt hatten, zur Folge."
Ein herausragender jüdischer Humanist, der britische Schriftsteller und Verleger Victor Gollancz (1893-1967, Mitbegründer des Nationalkomitees für die Rettung der Opfer des Naziterrors und entschiedener Gegner der "deutschen Kollektivschuld"), hat über die Kollektivschuld-Ideologie gesagt, was dazu zu sagen ist:
"Sie stützt sich - bestenfalls - auf gänzliche Unkenntnis der psychologischen und wissenschaftlichen Tatsachen und läßt sich in einer halben Stunde durch Zuhilfenahme jedes beliebigen Lehrbuches der europäischen oder Weltgeschichte richtigstellen. Ihr weitgehender Einfluß ist natürlich der Ansteckung durch das nazistische Rassendogma zuzuschreiben. ... Die Vorstellung der "Kollektivschuld" ist - wie der Faschismus - ein Rückschritt zu vorchristlicher Barbarei. Daß anständige und intelligente Menschen sie ernsthaft diskutieren, zeigt, wie sehr uns das, was wir bekämpfen, schon angesteckt und verdorben hat."
Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 endete mit dem Ausruf des Grünen-Abgeordneten Briefs: "Es darf nie wieder Deutschland geben. Nie wieder Deutschland!"
Beifall bei Abgeordneten der Grünen (Seite 17.280 des Protokolls).<<

22.06.1990

BRD: Der Deutsche Bundesrat stimmt am 22. Juni 1990 dem Staatsvertrag und der Entschließung über die deutsch-polnische Grenze zu.

Juni 1990

BRD: Der deutsche Moraltheologe Franz Scholz (1909-1998) berichtet im Juni 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1990 (x853/...): >>... **Durch Gewalt und Verbrechen geschaffene Fakten als Recht anerkennen?**

Werden vorstaatliche Rechte, sittliche Ordnung, christlicher Rechtschutz bei der Preisgabe Ostdeutschlands mißachtet?

Die unbewiesene Behauptung, die Vereinigung der bisher durch die Berliner Schandmauer und durch die Todesstreifen-Grenze quer durch Deutschland getrennten Teile Deutschlands sei nur um den Preis der völkerrechtlichen Anerkennung der letzten Stalin-Grenze, der Oder-Neiße-Linie, zu erreichen, läßt bei vielen die geschichtliche Tiefe, die völkerrechtliche Krise sowie die grundgesetzliche Problematik solcher seltsamen "Anerkennung" vergessen.

Ganz zu schweigen von der menschlichen Tragödie von ca. 15 Millionen Menschen, die - enteignet, verachtet, gehaßt, ausgeplündert, von Haus und Hof unmenschlich vertrieben - nun auch noch das Recht auf Heimat aberkannt bekommen sollen. Aus manchen Briefen, die mir im Gefolge von Veröffentlichungen zu diesen Fragen zugingen, spricht abgründige Trauer, manchmal fassungslose Verzweiflung, tiefe Bitterkeit, brennende Sorge.

Man reagiert damit auf verbreitete Ignoranz, Leichtfertigkeit, ja Gleichgültigkeit jener Internationalisten, denen die Massen von Asylschwindlern, die sich bequem ins bundesdeutsche Sozialnest fallen lassen, "heiliger" (= tabu) sind, als die eigenen Landsleute sowie die Geschicke Ostdeutschlands und die Tragödie seiner deutschen Bewohner. Hinzu kommt ein wegwischender politischer Erledigungswille, sowie jener schnöde National-Masochismus, der alles, was man Deutschen antat, für recht und billig hält und für immer Buße (meist = Geld der Deutschen) für die geheimen Untaten einer kleinen Machtclique fordert.

2. Was bei alledem schockiert, ist die Entleerung des ethischen Rechtsgedankens, und zwar in Ost und West, ja selbst im Raum der Kirche. Dem Prozeß der Entethisierung des Rechts, die es zu einem rein pragmatischen Regelungs-Formalismus aushöhlt, korrespondiert die Ideologisierung und Politisierung des Rechts. Es wird zur abhängigen Variablen von Mehrheitsmeinungen und jeweiligem Minimalkonsens. Es ist nicht mehr unabhängige Säule. Es verkommt zum bloßen Positivismus.

Damit wird seine vorstaatliche substantielle Gegebenheit und insofern Unantastbarkeit, Nichtverfügbarkeit und Würde verloren und verdorben. Der eigentliche Quellgrund seiner Verpflichtung, seine ethische, allseits und immer fordernde Bindung und Gültigkeit ist bewußt ausgeschaltet. Die Trennung von Recht und Moral verletzt und zerstört schließlich beide. ...

4. Aber auch die deutsche Kirche erkennt nicht die ethische, völkerrechtliche, verfassungsrechtliche, staatspolitische und grundrechtsbezogene Tiefe, Brisanz und menschliche Dramatik der Frage. Die vielen Besuche mit allerlei Nettigkeiten, die Milliardenhilfen von seiten der Deutschen, das Preisgeben eines Drittels von Deutschland (seit 800 Jahren bebaut und blühend gemacht), das alles löst nicht den ethischen Ur-Grund der Frage: dürfen durch brutale Gewalt und die Massenverbrechen der Vertreibung (etwa 2 Millionen Tote) erzwungene, völkerrechtswidrig zustande gekommene Fakten als Recht anerkannt werden?

Was in dieser dunklen Welt denkbar ist: Unter dem Druck einer Macht- und Zwangslage, angesichts des rechtsenthobenen chauvinistischen Durchsetzungswillens Polens (und der UdSSR) sowie derjenigen (auch bei uns), die diese Interessen (aus unterschiedlichen o.a. Motiven) mit-vertreten, könnte man unter Protest gegen das Unrecht, die Unrechtsfakten hinnehmen.

Keineswegs aber und nie als Recht anerkennen. Die ohnehin inflationär verschlissene Vokabel

"Versöhnung" könnte sonst zum unverbindlichen Zudecken der Tragödie einer Kirche, in der ein katholisches Volk Katholiken und Christen des Nachbarvolkes derart vergeltungsartig und tödlich behandelt, mißbraucht werden.
Sieht man nicht, wie unglaubwürdig und peinlich eine derartige Kirche, ein solches Volk werden, wenn "eines der größten Verbrechen der Geschichte" (Pius XII.) mit Duldung, Billigung, sophistischer und geschichtsfälschender Scheinlegitimierung, ja sogar mit dem Segen und unter Berufung auf den angeblichen göttlichen Willen von Bischöfen für gutes und hohes Recht erklärt wird?
Wenn hier keine Einsicht in Mitschuld erfolgt, Rechtsbeugung nicht bedauernd zugegeben, auch nicht nur individuell privatisiert wird, dann bleiben alle Gesten, Freundlichkeiten, Hilfen; ja auch Umarmungen, Messen nebst Konzelebrationen (gemeinsame liturgische Feiern), Predigten und Papiere nur entwertete Billig- und Falschmünzen statt der mit dem Gewissen, dem Recht und dem Herzen gedeckten "harten" christlichen Währung der Wahrheit und Schuldeinsicht und Wiedergutmachung. ...<<
Die deutsche Studiendirektorin Margarethe Kuppe (1917-2004) berichtet im Juni 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1990 über den "Deutschen Osten" (x853/...): >>... **Deutscher Osten - 800 Jahre deutsches Land**
Es scheint geboten, um das ganze Gewicht dieser Frage der Oder-Neiße-Linie - in menschlicher, historischer und politischer Hinsicht - bewußt zu machen, erneut an einige wichtige Fakten zu erinnern:
Es ist hier von dem Jahr 1916 auszugehen, als von Deutschland und Österreich, noch während des Krieges mit Rußland, ein selbständiger Staat Polen gegründet wurde. Seit dem Wiener Kongreß von 1815 bestand zwar ein Staat Polen, doch er war mit Rußland vereint. Dieser Staat hatte während des Krieges noch keine festen Grenzen.
- Der Völkerbund ließ nach dem Ende des Krieges (1918) durch Lord Curzon die Volkstumsgrenze Polens im Osten feststellen. Man untersuchte, bis zu welchem Bereich die Mehrheit der Bevölkerung als Muttersprache Polnisch sprach; die so benannte "Curzon-Linie" wurde am 8.12.1919 festgelegt. Während des Bürgerkrieges in Rußland und der Abwehr der Roten Armee vor Warschau ging Polen mit militärischer Gewalt über jene Curzon-Linie weit hinaus. Jene Gebiete, die dann im Hitler-Stalin-Pakt wieder an Rußland zurückfielen, waren von 12 Millionen Menschen, jedoch nur von 3 Millionen Polen bewohnt.
Sie alle wären jedoch während der Bolschewisierung Rußlands gerne bei Polen geblieben. Als nun 1945 die Herrschaft Rußlands in diese Gebiete zurückkehrte, wanderten 1 1/2 Millionen Polen nach Polen aus. Mit diesen Umständen wurde die "Westverschiebung" Polens begründet, als deren Folge aus dem deutschen Osten 12 Millionen Deutsche vertrieben wurden, von denen 3 Millionen grausam zugrunde gingen.
- Nach dem Ersten Weltkrieg (Versailles) gewann Polen rd. 60.000 qkm Gebiete des Deutschen Reiches: Ost-Oberschlesien - entgegen dem eindeutigen Votum der Volksabstimmung - , fast die gesamten Provinzen Posen und Westpreußen. Der Rest wurde in der Grenzmark Posen-Westpreußen zusammengefaßt. Gleichzeitig entstand der "Korridor" mit der Lostrennung Ostpreußens. Es entstand auch die "Freie Stadt Danzig". Auch hier liegen Ursachen für den Beginn des Zweiten Weltkrieges, wie überhaupt für die nationalistische Virulenz (Ansteckungsfähigkeit) der nationalsozialistischen Bewegung.
- Nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete die "Westverschiebung" Polens bis an die Oder und Neiße mit der Vertreibung der Deutschen den Gewinn von weiterhin 101.000 qkm deutschen Landes: Schlesien, Ost-Brandenburg, die Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern und Süd-Ostpreußen, dessen Norden mit Königsberg an Rußland fiel (13.000 qkm). So ist das heutige Staatsgebiet von Polen mit 312.000 qkm zur größeren Hälfte, nämlich 160.000 qkm, "gewonnenes" deutsches Land.

Das Bewußtsein, daß sich dieses einst blühende deutsche Land im Zustand äußerster Verrottung befindet, kommt als besondere seelische Last für die Ostdeutschen noch dazu. Es muß auch noch erwähnt werden, daß Polen im Bereich der Oder-Mündung, westlich der Oder, sich mit Stettin ein Gebiet angeeignet hat, das etwa die Größe Luxemburgs besitzt.
Abschließend seien noch einige historische Fakten erwähnt:
Während die Sudetendeutschen schon seit etwa 950 von den Herzögen von Böhmen, den Przemysliden – Herzog Boleslaw von Böhmen kämpfte unter Otto dem Großen 955 in der Ungarn-Schlacht bei Augsburg auf dem Lechfeld mit - zur Urbarmachung der Hänge der Sudeten, des Erzgebirges und des Böhmerwaldes nach Böhmen gerufen wurden, galt das für die Gebiete des Deutschen Ostens erst später.
So wurde Brandenburg 1034 an Albrecht den Bären aus dem Hause der Askanier von Kaiser Lothar von Supplinburg zu Lehen gegeben. 1163 nahm Boleslaw der Lange aus dem Hause der Piasten Schlesien von Barbarossa zu Lehen, das Gleiche taten 1187 die Greifen als Herzöge von Pommern.
1226 übergab auf Wunsch des Herzogs Konrad von Masowien Friedrich II., der Enkel Barbarossas, das Gebiet von Thorn und Weichsel abwärts bis zur Ostseeküste und von da nach Norden, das Gebiet der "heidnischen" und kriegerischen Pruzzen, Hermann von Salza als Hochmeister des deutschen Ritterordens zu Lehen, um die Pruzzen zu bekehren und ansässig d.h. zu Bauern zu machen. In der Folge wurde das gesamte Gebiet des Deutschen Ritterordens, das zeitweise bis an den Finnischen Meerbusen reichte, Reichsgebiet.
Ostpreußen zwischen Weichsel und Memel blieb schließlich übrig, das von 1466 bis 1660 polnisches Kronlehen war. Im Frieden von Oliva wurde Ostpreußen mit Brandenburg als nicht mehr von Polen abhängiges Kronlehen vereint. Die deutschen Bewohner des Landes wurden zwischen 1466 und 1660 natürlich nicht "umgesiedelt".
Westpreußen mit dem vom Deutschen Orden urbar gemachten Kulmerland kam durch die Polnischen Teilung 1772 und 1793 an Preußen. Während die Gebiete, die Preußen aus der Dritten Polnischen Teilung 1795 erhielt, im Wiener Kongreß 1815 an Polen zurückfielen, blieben die Provinzen Westpreußen und Posen bis 1918 mit Preußen vereint, während der 1815 als Königreich wiedergegründete polnische Staat - sicher gegen den Willen der Polen – in der Weise mit Rußland vereint wurde, daß der Zar von Rußland in Personalunion zugleich König von Polen war. Dieser Zustand blieb bis 1830, der ersten polnischen Revolution, erhalten.
Nach der Niederschlagung dieser Revolution durch Rußland wurde Polen zur russischen Provinz degradiert, bis es 1916, im Ersten Weltkrieg, noch ohne festgelegte Grenzen von Deutschland neu errichtet wurde. Die widernatürlichen Grenzen Polens als Folge des Ersten Weltkrieges (Diktat von Versailles) blieben erhalten bis 1939, als Hitler mit dem Krieg gegen Polen den Zweiten Weltkrieg auslöste. Bis 1945 bestand das besiegte Polen als Generalgouvernement Warschau. ...<<
Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet im Juni 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1990 (x853/...): >>**Diktat- oder Verständigungsfrieden?**
Thukydides, der Vater der politischen Geschichtswissenschaft, schreibt: "Nach unserer Überzeugung lassen sich die großen Feindschaften auf die Dauer nicht dadurch beilegen, daß man den Gegner nach einem siegreichen Krieg zur Annahme eines unbilligen Friedens zwingt, sondern weit eher dadurch, daß man ihn womöglich noch durch Edelmut besiegt und ihm günstigere Bedingungen gewährt, als er selbst erwartete" (Peloponnesischer Krieg).
Diese Weisheit scheint heute vergessen. Dabei sollte doch Versailles daran erinnern, daß Friedensdiktate, die einem Volk seine Würde rauben und ihm unerträgliche Bedingungen auferlegen, Unversöhnlichkeit und Haß säen. Man spricht von einer polnischen Westgrenze, als gin-

ge diese nicht mitten durch deutsches Land. Kein Pole würde auch nur auf einen Quadratmeter polnischen Heimatbodens verzichten.
Und das deutsche Volk sollte sich tatsächlich auf Dauer damit abfinden, nahezu ein Drittel unseres Territoriums preiszugeben? Der Bund der Vertriebenen hat bereits 1950 jeglicher Gewalt, Rache und Vergeltung eine klare Absage erteilt. Er fordert aber "Frieden durch freie Abstimmung". Es geht ihm um einen gerechten Ausgleich, der dem deutschen wie dem polnischen Volk eine gemeinsame friedliche Zukunft in einem freiheitlichen Europa sichert.
Wenn selbst Versailles in mehreren Fällen Abstimmungen der betroffenen Bevölkerung vorsah, erscheint im Zeichen eines geeinten Europa die Forderung nach einer freien Abstimmung aller Betroffenen über die Zukunft der Gebiete östlich von Oder und Neiße vernünftiger und gerechter als der "freiwillige" Verzicht eines Großteils von Deutschland in den Grenzen von 1937.
Nach den Vorstellungen des Bundes der Vertriebenen sollten die Betroffenen in den deutschen Ostgebieten darüber abstimmen, ob diese Gebiete künftig zu Deutschland, zu Polen bzw. der Sowjetunion oder zu einem neuen europäischen Territorium gehören sollen.
Auf jeden Fall müsse allen Volksgruppen eine umfassende Selbstverwaltung und allen Menschen das Recht auf die Heimat gewährleistet werden. Nie wieder dürfe es Unterdrückung und Vertreibung geben. Wenn die Menschen in den deutschen Ostgebieten in gesicherter Freiheit leben sollen, könne dies nur durch einen gerechten Interessenausgleich, die Überwindung der Unrechtsfolgen und einen völkerverbindenden Wiederaufbau geschehen. Die Politiker, die so großzügig nahezu ein Drittel urdeutschen Landes abtreten wollen, sollten sich den deutsch-französischen Friedensvertrag von 1871 vor Augen halten. Die einschlägigen Passagen lauten folgendermaßen:
Artikel I, Absatz 1: "Frankreich verzichtet zu Gunsten des Deutschen Reiches auf alle seine Rechte und Ansprüche auf diejenigen Gebiete, welche östlich von der nachstehend verzeichneten Grenze gelegen sind."
Artikel I**,** Absatz 3, Satz 1: "Das Deutsche Reich wird diese Gebiete für immer mit vollen Souveränitäts- und Eigentumsrechten besitzen" (Reichsgesetzblatt 1871, S. 215). Frankreich mußte nur ein Dreißigstel seines Gebietes mit überwiegend deutschsprachiger Bevölkerung abtreten, das dazu jahrhundertelang zu Deutschland gehört hatte. Doch schon nach 2 Jahren setzte eine hemmungslose Revanchepolitik ein. Sollten wir aus der Geschichte nichts gelernt haben?<<

17.07.1990

Frankreich: Bei den "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" in Paris einigt man sich am 17. Juli 1990 auf die Beteiligung des polnischen Außenministers und bestätigt die Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze.

22.07.1990

DDR: Am 22. Juli 1990 beschließt die Volkskammer das Ländereinführungsgesetz, das am 14. Oktober 1990 in Kraft tritt. Dadurch entstehen die fünf Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.
Die Bezirkstage und Räte der Bezirke wurden bereits ab August 1990 aufgelöst und in die neuen Landesbehörden integriert. Die Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg bildeten im Wesentlichen das Land Mecklenburg-Vorpommern. Aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt und Cottbus wurde das Land Brandenburg, die Bezirke Magdeburg und Halle gingen im Land Sachsen-Anhalt auf. Die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl wurden zum Freistaat Thüringen und aus den Bezirken Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt (seit 1990 wieder Bezirk Chemnitz) wurde der Freistaat Sachsen gebildet.
Einige Kreise und Gemeinden wechselten in den folgenden Jahren in andere Bundesländer. Die neuen Landesgrenzen waren weder mit den alten Bezirksgrenzen noch mit den Landes-

grenzen von 1952 identisch.
02.08.1990
Irak: Irakische Truppen marschieren am 2. August 1990 in das benachbarte Emirat Kuwait ein, um die großen Ölfelder zu annektieren.
22.08.1990
DDR: Die DDR-Volkskammer beschließt am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes (Termin: 3. Oktober 1990).
31.08.1990
DDR: Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichnen am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes: 3.10.1990).
Der Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands lautet wie folgt (x101/284-285,298): >>Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
über die Herstellung der Einheit Deutschlands
vom 31. August 1990

Einigungsvertrag

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik -

ENTSCHLOSSEN, die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit als gleichberechtigtes Glied der Völkergemeinschaft in freier Selbstbestimmung zu vollenden,

AUSGEHEND VON DEM WUNSCH der Menschen in beiden Teilen Deutschlands, gemeinsam in Frieden und Freiheit in einem rechtsstaatlich geordneten; demokratischen und sozialen Bundesstaat zu leben,

IN DANKBAREM RESPEKT vor denen, die auf friedliche Weise der Freiheit zum Durchbruch verholfen haben, die an der Aufgabe der Herstellung der Einheit Deutschlands unbeirrt festgehalten haben und sie vollenden,

IM BEWUSSTSEIN der Kontinuität deutscher Geschichte und eingedenk der sich aus unserer Vergangenheit ergebenden besonderen Verantwortung für eine demokratische Entwicklung in Deutschland, die der Achtung der Menschenrechte und dem Frieden verpflichtet bleibt,

IN DEM BESTREBEN, durch die deutsche Einheit einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten, in der Grenzen nicht mehr trennen und die allen europäischen Völkern ein vertrauensvolles Zusammenleben gewährleistet,

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden ist -

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, einen Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands mit den nachfolgenden Bestimmungen zu schließen:

Kapitel I
Wirkung des Beitritts

Artikel 1
Länder

(1) Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland. Für die Bildung und die Grenzen dieser Länder untereinander sind die Bestimmungen des Verfassungsgesetzes zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Juli 1990 - Ländereinführungsgesetz - (GBl. I Nr. 51 S. 955) gemäß Anlage II maßgebend.
(2) Die 23 Bezirke von Berlin bilden das Land Berlin.

Artikel 2
Hauptstadt, Tag der Deutschen Einheit

(1) Hauptstadt Deutschlands ist Berlin. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden.
(2) Der 3. Oktober ist als Tag der Deutschen Einheit gesetzlicher Feiertag.

Kapitel II
Grundgesetz

Artikel 3
Inkrafttreten des Grundgesetzes

Mit dem Wirksamwerden des Beitritts tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1481), in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in dem Teil des Landes Berlin, in dem es bisher nicht galt, mit den sich aus Artikel 4 ergebenden Änderungen in Kraft, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 4
Beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird wie folgt geändert:
1. Die Präambel wird wie folgt gefaßt:
"Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen,
von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen; hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.
Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk."
2. Artikel 23 wird aufgehoben.
3. Artikel 51 Abs. 2 des Grundgesetzes wird wie folgt gefaßt:
"(2) Jedes Land hat mindestens drei Stimmen, Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohnern haben vier, Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern fünf, Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohnern sechs Stimmen."
4. Der bisherige Wortlaut des Artikels 135 a wird Absatz 1. Nach Absatz 1 wird folgender Absatz angefügt:
"(2) Absatz 1 findet entsprechende Anwendung auf Verbindlichkeiten der Deutschen Demo-

kratischen Republik oder ihrer Rechtsträger sowie auf Verbindlichkeiten des Bundes oder anderer Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, die mit dem Übergang von Vermögenswerten der Deutschen Demokratischen Republik auf Bund, Länder und Gemeinden im Zusammenhang stehen, und auf Verbindlichkeiten, die auf Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik oder ihrer Rechtsträger beruhen."

5. In das Grundgesetz wird folgender neuer Artikel 143 eingefügt:

"Artikel 143. (1) Recht in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet kann längstens bis zum 31. Dezember 1992 von Bestimmungen dieses Grundgesetzes abweichen, soweit und solange infolge der unterschiedlichen Verhältnisse die völlige Anpassung an die grundgesetzliche Ordnung noch nicht erreicht werden kann. Abweichungen dürfen nicht gegen Artikel 19 Abs. 2 verstoßen und müssen mit den in Artikel 79 Abs. 3 genannten Grundsätzen vereinbar sein.

(2) Abweichungen von den Abschnitten II, VIII, VIII a, IX, X und XI sind längstens bis zum 31. Dezember 1995 zulässig.

(3) Unabhängig von Absatz 1 und 2 haben Artikel 41 des Einigungsvertrags und Regelungen zu seiner Durchführung auch insoweit Bestand, als sie vorsehen, daß Eingriffe in das Eigentum auf dem in Artikel 3 dieses Vertrags genannten Gebiet nicht mehr rückgängig gemacht werden."

6. Artikel 146 wird wie folgt gefaßt:

"Artikel 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist:"

Artikel 5
Künftige Verfassungsänderungen

Die Regierungen der beiden Vertragsparteien empfehlen den gesetzgebenden Körperschaften des vereinten Deutschlands, sich innerhalb von zwei Jahren mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen, insbesondere

- in bezug auf das Verhältnis zwischen Bund und Ländern entsprechend dem Gemeinsamen Beschluß der Ministerpräsidenten vom 5. Juli 1990,
- in bezug auf die Möglichkeit einer Neugliederung für den Raum Berlin/Brandenburg abweichend von den Vorschriften des Artikels 29 des Grundgesetzes durch Vereinbarung der beteiligten Länder;
- mit den Überlegungen zur Aufnahme von Staatszielbestimmungen in das Grundgesetz sowie
- mit der Frage der Anwendung des Artikels 146 des Grundgesetzes und in deren Rahmen einer Volksabstimmung.

…

Artikel 45
Inkrafttreten des Vertrags

(1) Dieser Vertrag einschließlich des anliegenden Protokolls und der Anlagen I bis III tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Der Vertrag bleibt nach Wirksamwerden des Beitritts als Bundesrecht geltendes Recht.

GESCHEHEN zu Berlin am 31. August 1990 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Dr. Wolfgang Schäuble

Für die Deutsche Demokratische Republik
Dr. Günther Krause<<
Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 trat gemäß Bekanntmachung vom 29. September 1990 (GBl. I S. 1988) am 29. September 1990 in Kraft.

12.09.1990

UdSSR: In Moskau wird am 12. September 1990 das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.
Im Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 heißt es (x101/299-302,303):
>>Die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika -
IN DEM BEWUSSTSEIN, daß ihre Völker seit 1945 miteinander in Frieden leben,
EINGEDENK der jüngsten historischen Veränderungen in Europa, die es ermöglichen, die Spaltung des Kontinents zu überwinden,
UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit,
ENTSCHLOSSEN, in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen,
EINGEDENK der Prinzipien der in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,
IN ANERKENNUNG, daß diese Prinzipien feste Grundlagen für den Aufbau einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa geschaffen haben,
ENTSCHLOSSEN, die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen,
ÜBERZEUGT von der Notwendigkeit, Gegensätze endgültig zu überwinden und die Zusammenarbeit in Europa fortzuentwickeln,
IN BEKRÄFTIGUNG ihrer Bereitschaft, die Sicherheit zu stärken, insbesondere durch wirksame Maßnahmen zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung; ihrer Bereitschaft, sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten, sondern auf ein Verhältnis des Vertrauens und der Zusammenarbeit hinzuarbeiten sowie dementsprechend ihrer Bereitschaft, die Schaffung geeigneter institutioneller Vorkehrungen im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa positiv in Betracht zu ziehen,
IN WÜRDIGUNG DESSEN, daß das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts seinen Willen bekundet hat, die staatliche Einheit Deutschlands herzustellen, um als gleichberechtigtes und souveränes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen,
IN DER ÜBERZEUGUNG, daß die Vereinigung Deutschlands als Staat endgültigen Grenzen ein bedeutsamer Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa ist,
MIT DEM ZIEL, die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu vereinbaren,
IN ANERKENNUNG DESSEN, daß dadurch und mit der Vereinigung Deutschlands als einem demokratischen und friedlichen Staat die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes ihre Bedeutung verlieren,
VERTRETEN durch ihre Außenminister, die entsprechend der Erklärung von Ottawa vom 13.

Februar 1990 am 5. Mai 1990 in Bonn, am 22. Juni 1990 in Berlin, am 17. Juli 1990 in Paris unter Beteiligung des Außenministers der Republik Polen und am 12. September 1990 in Moskau zusammengetroffen sind -
SIND wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

(1) Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.

(2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.

(3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben.

(4) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden sicherstellen, daß die Verfassung des vereinten Deutschland keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien unvereinbar sind. Dies gilt dementsprechend für die Bestimmungen, die in der Präambel und in den Artikeln 23 Satz 2 und 146 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind.

(5) Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen die entsprechenden Verpflichtungen und Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik förmlich entgegen und erklären, daß mit deren Verwirklichung der endgültige Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland bestätigt wird.

Artikel 2

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel 3

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Insbesondere gelten die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 für das vereinte Deutschland fort.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in vollem Einvernehmen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 30. August 1990 in Wien bei den Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa folgende Erklärung abgegeben:

"Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, die Streitkräfte des vereinten Deutschland innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370.000 Mann (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu reduzieren. Diese Reduzierung soll mit dem Inkrafttreten des ersten KSE-Vertrags beginnen. Im Rahmen dieser Gesamtobergrenze werden nicht mehr

als 345.000 Mann den Land- und Luftstreitkräften angehören, die gemäß vereinbartem Mandat allein Gegenstand der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa sind.

Die Bundesregierung sieht in ihrer Verpflichtung zur Reduzierung von Land- und Luftstreitkräften einen bedeutsamen deutschen Beitrag zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa. Sie geht davon aus, daß in Folgeverhandlungen auch die anderen Verhandlungsteilnehmer ihren Beitrag zur Festigung von Sicherheit und Stabilität in Europa, einschließlich Maßnahmen zur Begrenzung der Personalstärken, leisten werden."

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich dieser Erklärung ausdrücklich angeschlossen.

(3) Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen diese Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Kenntnis.

Artikel 4

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklären, daß das vereinte Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in vertraglicher Form die Bedingungen und die Dauer des Aufenthalts der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins sowie die Abwicklung des Abzugs dieser Streitkräfte regeln werden, der bis zum Ende des Jahres 1994 im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Verpflichtungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, auf die sich Absatz 2 des Artikels 3 dieses Vertrags bezieht, vollzogen sein wird.

(2) Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen diese Erklärung zur Kenntnis.

Artikel 5

(1) Bis zum Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins in Übereinstimmung mit Artikel 4 dieses Vertrags werden auf diesem Gebiet als Streitkräfte des vereinten Deutschland ausschließlich deutsche Verbände der Territorialverteidigung stationiert sein, die nicht in die Bündnisstrukturen integriert sind, denen deutsche Streitkräfte auf dem übrigen deutschen Territorium zugeordnet sind. Unbeschadet der Regelung in Absatz 2 dieses Artikels werden während dieses Zeitraums Streitkräfte anderer Staaten auf diesem Gebiet nicht stationiert oder irgendwelche andere militärische Tätigkeiten dort ausüben.

(2) Für die Dauer des Aufenthalts sowjetischer Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins werden auf deutschen Wunsch Streitkräfte der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage entsprechender vertraglicher Vereinbarung zwischen der Regierung des vereinten Deutschland und den Regierungen der betreffenden Staaten in Berlin stationiert bleiben.

Die Zahl aller nichtdeutschen in Berlin stationierten Streitkräfte und deren Ausrüstungsumfang werden nicht stärker sein als zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrags. Neue Waffenkategorien werden von nichtdeutschen Streitkräften dort nicht eingeführt. Die Regierung des vereinten Deutschland wird mit den Regierungen der Staaten, die Streitkräfte in Berlin stationiert haben, Verträge zu gerechten Bedingungen unter Berücksichtigung der zu den betreffenden Staaten bestehenden Beziehungen abschließen.

(3) Nach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins können in diesem Teil Deutschlands auch

deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden, die in gleicher Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet, allerdings ohne Kernwaffenträger.
Darunter fallen nicht konventionelle Waffensysteme, die neben konventioneller andere Einsatzfähigkeiten haben können, die jedoch in diesem Teil Deutschlands für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und nur dafür vorgesehen sind. Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.

Artikel 6

Das Recht des vereinten Deutschland, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören, wird von diesem Vertrag nicht berührt.

Artikel 7

(1) Die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.
(2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

Artikel 8

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation oder Annahme, die so bald wie möglich herbeigeführt werden soll. Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das vereinte Deutschland. Dieser Vertrag gilt daher für das vereinte Deutschland.
(2) Die Ratifikations- oder Annahmeurkunden werden bei der Regierung des vereinten Deutschland hinterlegt. Diese unterrichtet die Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Annahmeurkunde.

Artikel 9

Dieser Vertrag tritt für das vereinte Deutschland, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Annahmeurkunde durch diese Staaten in Kraft.

Artikel 10

Die Urschrift dieses Vertrages, dessen deutscher, englischer, französischer und russischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt, die den Regierungen der anderen vertragschließenden Seiten beglaubigte Ausfertigungen übermittelt.
ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben.
GESCHEHEN zu Moskau am 12. September 1990
Für die Bundesrepublik Deutschland
Hans-Dietrich Genscher

Für die Deutsche Demokratische Republik
Lothar de Maizière

Für die Französische Republik
Roland Dumas

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
Douglas Hurd

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Eduard Schewardnadse

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
James A. Baker III<<
>>Gemeinsamer Brief ...
1. Die gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990 enthält unter anderem folgende Aussagen:
Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945-1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen. Die Regierungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sehen keine Möglichkeit, die damals getroffenen Maßnahmen zu revidieren. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis. Sie ist der Auffassung, daß einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muß.
... Gemäß Artikel 41 Absatz 3 des Einigungsvertrages wird die Bundesrepublik Deutschland keine Rechtsvorschriften erlassen, die dem oben zitierten Teil der gemeinsamen Erklärungen widersprechen.
2. Die auf deutschem Boden errichteten Denkmäler, die den Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft gewidmet sind, werden geachtet und stehen unter dem Schutz deutscher Gesetze.
Das Gleiche gilt für die Kriegsgräber, sie werden erhalten und gepflegt. ...<<
Bundesaußenminister Genscher gibt am 12. September 1990 bei der Unterzeichnung in Moskau folgende Erklärung ab (x101/304-306): >>Dies ist eine historische Stunde für das ganze Europa. Es ist eine glückliche Stunde für uns Deutsche. ...
Am 3. Oktober werden wir, die Deutschen, wieder in einem demokratischen Staat leben - zum ersten Mal nach 57 Jahren.
Am 30. Januar 1933 brach die Nacht des Faschismus über Deutschland herein. Wir verloren zuerst unsere Freiheit, dann unseren Frieden und dann unsere staatliche Einheit. Der von Hitler begonnene Krieg setzte ganz Europa in Flammen. In seiner Rede vom 8. Mai 1985 hat sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu unserer Verantwortung bekannt.
Wir gedenken in dieser Stunde aller Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken des unendlichen Leids der Völker, nicht nur derjenigen, deren Vertreter um diesen Tisch versammelt sind. Unsere Gedanken gelten dabei in besonderer Weise dem jüdischen Volk. Wir wollen, daß sich dies niemals wiederholen wird. ...
Die abschließende Regelung ist ein Dokument des Friedenswillens aller Beteiligten. Es weist in eine bessere europäische Zukunft.
Ich danke Präsident Gorbatschow, Präsident Bush, Präsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher für ihre Beiträge.
Es vollendet sich, was in der Präambel unseres Grundgesetzes verankert wurde. Es wird verwirklicht, was Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland im Deutschlandvertrag von 1954 zugesagt haben. ...
Wir sind uns bewußt, daß erst die Festlegung wesentlicher Elemente einer europäischen Friedensordnung den Interessenausgleich ermöglicht hat, der in der abschließenden Regelung zum Ausdruck kommt. Im Bewußtsein der Chance, jetzt die Spaltung unseres Kontinents zu über-

winden, ist es uns in einer großen gemeinsamen Anstrengung gelungen, innerhalb weniger Monate die Voraussetzungen für einen Rahmen neuer Stabilität in Europa zu schaffen. ...
Wir Deutschen wollen mit der wiedergewonnenen nationalen Einheit dem Frieden dienen, und wir wollen zur Einigung Europas beitragen. So steht es in der Präambel des Grundgesetzes. Auch der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekundet unseren Willen, "durch die deutsche Einheit einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten". ...
Jetzt gilt es für uns alle, den Aufbau der europäischen Friedensordnung entschlossen fortzusetzen.
Wir Deutschen werden zur Schaffung der politischen Union der 12 Staaten der EG beitragen. Ganz Deutschland wir eingebettet sein in die Europäische Gemeinschaft. Sie erweist sich in dieser hoffnungsvollen Phase der Entwicklung Europas als der verläßliche Garant für die innere und äußere Stabilität ihrer Mitglieder und als Stabilitätsanker für ganz Europa. ...
Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist ein Kernelement der Friedenssicherung in Europa. Der Vertrag bestätigt den endgültigen Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland. Das vereinte Deutschland wird die bestehende deutsch-polnische Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag bestätigen, und zwar innerhalb der kürzest möglichen Zeit nach Herstellung der deutschen Einheit. ...
Für uns Deutsche ist dieser Vertrag, den wir heute unterzeichnen, ein Anlaß zu Freude, zu Selbstbesinnung und zu Dankbarkeit. Er verpflichtet uns, unsere Verantwortung zu erkennen für die großen Herausforderungen unserer Zeit, für die Wahrung des Friedens, für die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt, für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit überall und für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.
Wir werden uns unserer Verantwortung stellen, und wir werden ihr gerecht werden. Unsere Botschaft an die Welt ist:
Wir wollen nichts anderes, als in Freiheit und Demokratie und in Frieden mit allen anderen Völkern leben.<<
Bundeskanzler Kohl erklärt am selben Tag in der Sitzung des Bundeskabinetts zur Unterzeichnung des Vertrages in Moskau vom 12. September 1990 (x101/306-307): >>Nach der Unterzeichnung des Einigungsvertrages vor 3 Wochen ist der heutige 12. September 1990 ein weiteres Schlüsseldatum auf dem Wege zur deutschen Einheit:
In diesem Augenblick setzen in Moskau die Außenminister der Zwei plus Vier - der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der UdSSR und der USA – ihre Unterschriften unter den
"Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland".
Mein Dank gilt allen, die dieses Ergebnis möglich gemacht haben, in Sonderheit den Verhandlungsführern.
Das Dokument über die äußeren Aspekte spiegelt in umfassendem Maße unsere Verhandlungsziele wieder:
- die volle Souveränität unseres Landes wird wieder hergestellt; - dies schließt unsere Entscheidungsfreiheit über die Zugehörigkeit zu einem Bündnis unserer Wahl ein;
- für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen DDR wird ein verbindlicher Zeitplan festgelegt, nämlich bis zum 31. Dezember 1994.
Das Zwei-plus-Vier-Abschlußdokument entspricht außerdem in überzeugender Weise der Tatsache, daß die deutsche Einheit 1990 sich im Einvernehmen mit allen unseren Freunden, Verbündeten, Nachbarn, ja mit allen Europäern vollzieht.
Ich sage dies mit besonderem Blick auf Polen und die parallelen Entschließungen des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zur Grenzfrage. Dies ist die erste Einigung eines

Landes in der modernen Geschichte, die ohne Krieg, ohne Leid und ohne Auseinandersetzungen erfolgt, die neue Verbitterungen schaffen. ...
Wir und die DDR zusammengenommen reduzieren unsere Truppenstärke um 45 %. Wenn dieses Beispiel weltweit Schule macht, bedeutet das einen gewaltigen Schritt in der Abrüstung.
In Moskau werden in diesen Tagen auch Marksteine für die zukunftsgewandte Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen gesetzt.
Bundesminister Genscher wird den
Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit
paraphieren.
Nach der Vereinigung Deutschlands wird der Vertrag dann auf höchster politischer Ebene unterzeichnet.
Dieser Vertrag wird geschlossen im Wunsch, mit der Vergangenheit endgültig abzuschließen und durch Verständigung und Versöhnung einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Trennung Europas zu leisten. Der Vertrag will den deutsch-sowjetischen Beziehungen eine neue Qualität verleihen.
... Der Vertrag fördert die umfassende Begegnung der Menschen und gewährleistet, daß die Deutschen in der Sowjetunion ihre nationale, sprachliche und kulturelle Identität entfalten können; und er ermöglicht es uns, ihnen dabei zu helfen. ...
Fertiggestellt ist auch der durch die Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli dieses Jahres erforderliche Vertrag über einige überleitende Maßnahmen.
Sein Schwerpunkt ist die finanzielle Regelung für die sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen DDR. Es geht dabei um
- Aufenthaltskosten, die die sowjetische Seite grundsätzlich selbst trägt, zu denen wir aber beisteuern;
- Rücktransportkosten;
- Wiedereingliederungskosten, wobei ein Wohnungsbauprogramm in der Sowjetunion und Umschulungsmaßnahmen im Vordergrund stehen.
Unser Gesamtaufwand wird sich auf zirka 12 Milliarden DM in 4 Jahren belaufen. ...
Vor dem Hintergrund tiefgreifender Reformen in der Sowjetunion ist das Tor für eine Zukunft der guten Nachbarschaft, der neuen Partnerschaft und der umfassenden Zusammenarbeit weit geöffnet.<<
Der britische Historiker Christopher Duffy berichtet später über die deutsche Wiedervereinigung (x100/328-330): >>... Soweit es die Teilung Deutschlands und die Präsenz größerer ausländischer Truppenkontingente betraf, ging die Jalta-Periode der deutschen Geschichte 1990 zu Ende. Sie hatte 45 Jahre gedauert, in denen die vormals verbündeten Streitkräfte im großen ganzen dort geblieben waren, wo sie am Ende des Zweiten Weltkrieges gestanden hatten.
Um einen Vergleich für diese Situation zu haben, braucht man sich nur einmal vorzustellen, die britischen und preußischen Truppen hätten nach der Schlacht von Waterloo (1815) ihre Stellungen nicht geräumt, sondern sich erst 1860 aus Frankreich zurückgezogen.
Zugleich wurde ein offenes Problem des internationalen Rechts, das einigen Sprengstoff in sich barg, schneller gelöst als erwartet. Die Bundesrepublik hatte, was im Ausland kaum wahrgenommen worden war, die von Polen nach dem Krieg auf Kosten Deutschlands beanspruchte Grenze niemals formell anerkannt. Im Potsdamer Abkommen war nur eine vorläufige Demarkationslinie an Oder und Neiße festgelegt und ansonsten erklärt worden, "daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll". Zu dieser Konferenz ist es jedoch nie gekommen, da der heiße Krieg nahtlos in den Kalten Krieg überging.
Für den Parlamentarischen Rat bestand Deutschland, obwohl das von ihm ausgearbeitete

Grundgesetz der Bundesrepublik zunächst nur für die westdeutschen Länder galt, weiterhin in den Grenzen von 1937 – mit anderen Worten, es umfaßte auch den westlichen Teil Polens und das zu Rußland gehörende Gebiet um das ehemalige Königsberg. Zur Überraschung mancher Beobachter verzichtete die Regierung des wiedervereinigten Deutschland auf Ansprüche in dieser Richtung und erkannte in einem Vertrag vom 14. November 1990 die Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze an,
Zweifel an der Absolutheit der moralischen Verdikte der Zeit nach 1945 blieben jedoch bestehen, und es ist bezeichnend, daß es deutsche Historiker waren, die mittlerweile begonnen hatten, danach zu fragen, ob die Deutschen nun für immer an der Schuld für das tragen müßten, was im Dritten Reich geschehen war.
Auslöser des sogenannten Historikerstreits, der sich an dieser Frage entzündete, war ein Artikel von Ernst Nolte gewesen, der am 6. Juni 1986 unter dem Titel "Vergangenheit, die nicht vergehen will" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht wurde. Nolte, der zusammen mit Andreas Hillgruber und Michael Stürmer – ob nun zu Recht oder Unrecht – als "Neokonservativer" eingestuft wurde, vertrat die im einzelnen zwar umstrittene, im Kern aber nur schwer zu widerlegende These, daß die Verbrechen des Dritten Reichs unter den im 20. Jahrhundert insgesamt begangenen Greueltaten keineswegs einzigartig seien.<<
Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schreibt später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x283/249): >>... Mit dem Fall der Mauer war das Ende der Spaltung zum Greifen nahe, aber ohne das Placet (Bestätigung) aus Moskau nicht erreichbar. Dort war man grundsätzlich zu einer Zustimmung bereit, allerdings unter der Bedingung, daß Gesamtdeutschland neutral sei. Eine Mitgliedschaft in der NATO wurde zunächst nicht akzeptiert.
Es bedurfte langer zäher Verhandlungen und erheblicher materieller Zuwendungen, deren Höhe – angeblich 8 Milliarden - sowohl Gorbatschow als auch Helmut Kohl in ihren Memoiren schamhaft verschweigen, bis endlich am 12. September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und die Westbindung der erweiterten Bundesrepublik anerkannt und dingfest war.<<
Hans Werner Bracht (1927-2005, deutscher Jurist und Prof. für öffentliches Recht) schreibt später über die völkerrechtlichen Konsequenzen des sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 12. September 1990 (x800/...): >>... 1. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht identisch mit dem Deutschen Reich und daher auch nicht identisch mit dem Deutschland von heute.
Das Deutsche Reich besteht vielmehr bis auf den heutigen Tag fort. Und zwar aus folgenden Rechtsgründen:
2. Es gibt kein festes Datum, ab dem das Deutsche Reich untergegangen wäre. Daher besteht das Deutsche Reich bis auf den heutigen Tag fort. Das hat auch noch zur Folge, daß auch das Gesetz des Alliierten Kontrollrates Nr. 46 aus dem Jahre 1947, daß das Land Preußen auflösen sollte und wollte, von Rechts wegen nicht besteht.
Denn es widerspricht dem allgemeinen Völkerrecht eindeutig, da eine Besatzungsmacht nach Kriegsvölkerrecht nicht berechtigt ist, das Gebiet des besetzten Landes willkürlich zu verändern. Nach Artikel 25 des Grundgesetzes geht das Völkerrecht dem deutschen Recht im Range vor, weshalb alles, was dagegen verstößt, in Deutschland rechtswidrig ist.
Das ergibt sich völkerrechtlich aus dem im Völkerrecht für den Krieg allein geltenden Gesetz des Internationalen Kriegsrechts, der sog. Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907.
Sie gilt noch heute für jede Besatzungsmacht in jedem fremden Land, das infolge eines Krieges besetzt wurde (Artikel 22). Mithin ist davon auszugehen, daß das Deutsche Reich und

auch Preußen noch vollständig weiterbestehen und nicht etwa gar völkerrechtlich zulässig von den Okkupationsmächten Polen, Rußland (Nord-Ostpreußen), Litauen (Memelkreise) annektiert worden sind.
3. Nach allgemeinem Völkerrecht könnte das Deutsche Reich und auch Preußen am 8. Mai. 1945 erloschen sein, sofern eine sogenannte debellatio vorliegen würde. Das ist nach allgemeinem Völkerrecht dann der Fall, wenn eine politische Macht durch eine andere militärische Macht den Staat "Deutsches Reich" und auch "Preußen" vollkommen besiegt hätte.
Das aber war nicht der Fall, wie sich völkerrechtlich eindeutig aus der "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Gewalt des Staates durch die Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945 (sog. Berliner Erklärung)" ergibt.
Dort erklärten die Sieger das Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937. Daher betrachten sie Deutschland als politische Einheit in diesem Rahmen und wollten so über Deutschland verhandeln. Das bedeutet, daß debellatio Deutschlands nicht vorliegt und daß schon aus diesem Rechtsrahmen und Rechtsgrund das Deutsche Reich und Preußen staats- und völkerrechtlich in vollem Umfang fortbestehen.
4. Diese Rechtsgrundlage wurde vom deutschen Staatsrecht bestätigt, indem das Bundesverfassungsgericht am 31. Juli 1973 nach deutschem Verfassungsrecht festlegte, daß das Deutsche Reich fortbesteht und daß das bis auf den heutigen Tag so bleibt, da diese Entscheidung bis heute nicht aufgehoben wurde.
Sie wurde sogar noch durch eine neue Entscheidung dieses Gerichtes von 1975, die zu den Ostverträgen erging, bestätigt, welche ebenfalls bis heute fortbesteht.
Die Bundesrepublik Deutschland ist daher nach dem allgemeinen Öffentlichen Recht, also nach dem Völkerrecht und dem deutschen Staatsrecht nicht identisch mit dem Deutschen Reich, das als solches bis heute fortbesteht.
Sie ist daher auch nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, das ja als solches staats- und völkerrechtlich weiterbesteht.
Es wird international auch nicht etwa durch die Bundesrepublik Deutschland vertreten, da dafür kein entsprechendes Mandat besteht.
Eine den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes entgegenstehende Entscheidung hat es bis heute noch nicht gegeben.
5. Nach diesen beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes sind die ersten staatsrechtlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Wiedervereinigung des gesamten Deutschen Reiches, also auch jenseits von Oder und Neiße, und ihre Pflichten zur Erreichung dieses Zieles nicht aufzugeben, sowie alles zu unterlassen, was dieses Ziel verhindern könnte.
Es ist aber nicht zugleich in diesen Entscheidungen festgestellt worden, in welchem Rahmen diese Wiedervereinigung erfolgen sollte, wie also Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße behandelt werden sollte.
6. Die hiermit geschaffenen Daten der Wiedervereinigung und des Völkerrechtsstatus Gesamtdeutschlands und Preußens sind jedenfalls auf das Gebiet des Deutschen Reiches beschränkt, das nicht zugleich identisch mit dem der Bundesrepublik Deutschland ist.
Demnach ist es staats- und völkerrechtlich zulässig, einen neuen Freistaat Preußen auf dem Gebiet des Deutschen Reiches zu gründen, wofür etwa das Gebiet um Königsberg (Kaliningrad) und das der Freien Stadt Danzig in Betracht kommt, das derzeit noch völkerrechtswidrig, wie gezeigt worden ist, von Rußland und Polen besetzt ist.
7. Die Völkerrechtslage der Freien Stadt Danzig ist der Völkerrechtslage des gesamtdeutschen Reiches gleichartig, nachdem die Freie Stadt Danzig bis 1919 noch untrennbar Bestandteil des

Deutschen Reiches war und erst durch das Siegersystem von Versailles im Januar 1920 aufhörte, ein solcher Bestandteil zu bleiben.
8. Daher kann der gegenwärtigen Völkerrechtslage der Freien Stadt Danzig sehr wohl die Völkerrechtsgrundlage Gesamtdeutschlands zugrunde gelegt werden, wie sie hier in Abschnitt 1. dieses Gutachtens aufgezeichnet wurde.
Es sind nur die entsprechenden Gebietsgrenzen der Freien Stadt Danzig zugrunde zu legen und nicht etwa die des Gesamtdeutschen Reiches.
Dann jedoch ergeben sich die gleichen staats- und völkerrechtlichen Konsequenzen wie für die Völkerrechtslage des Deutschen Reiches heute.
9. Das ist auf die Formulierung des Artikel 25 des Grundgesetzes zurückzuführen: Danach ist das Völkerrecht Bestandteil des deutschen Bundesrechts.
Diese allgemeinen Regeln des Völkerrechts gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Während viele Bestimmungen des Grundgesetzes nicht unbedingt Bestandteil des deutschen Rechts geworden sind, da sie von den Alliierten den Deutschen aufgezwungen worden sind und das deutsche Volk nie befragt wurde, ob es auch diese Bestimmungen haben wolle, gilt dieses nicht für den Artikel 25 GG.
10. Dort ist allein auf der Grundlage des allgemeinen Völkerrechts die Wirkung dieser Bestimmung zur nationalen deutschen Pflicht geworden und völkerrechtlich zulässig.
Es erscheint daher durchaus als Pflicht, einen neuen Freistaat Preußen in einem besonderen Teil des Deutschen Reiches zu begründen, da dem kein anderer Rechtsstatus entgegensteht.
Ein solcher ist jedenfalls nicht erkennbar.
II
1. In diesem Rahmen besteht auch die deutsche Staatsangehörigkeit fort, die rein staatsrechtlich nicht die der Bundesrepublik Deutschland ist, für die es kein eigenes Gesetz gibt. Wohl aber gibt es die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches nach dem Reichs- und Staatsbürgergesetz von 1913: Jeder Deutsche ist also nach dem öffentlichen Recht im Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher und nicht etwa Bundesdeutscher.
2. Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 hat in Artikel 4, Ziffer 2 den Artikel 23 des Grundgesetzes aufgehoben.
Daher gilt nach gegenwärtigem bundesdeutschem Staatsrecht nicht mehr: "Das Grundgesetz ist nach dem Beitritt anderer Teile Deutschlands in diesen Teilen in Kraft zu setzen." Diese Aufhebung war staatsrechtlich rechtswidrig, da nicht alle Teile Deutschlands (Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße etwa) dem Grundgesetz beigetreten sind.
3. Von der Bundesregierung ist dafür als Begründung angegeben worden, daß die Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz vollzogen sei und daher kein weiteres Gebiet in Europa mehr der Bundesrepublik beitreten könne.
Damit hat die Bundesregierung freilich indirekt auf Ostdeutschland jenseits der Oder und Neiße verzichtet (Das eigentliche Ostdeutschland ist niemals Mitteldeutschland, wie dieses heute genannt wird.). Und das obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine gesamtdeutsche Regierung und auch kein gesamtdeutscher Gesetzgeber bestand und daher eine solche Abtretung staatsrechtlich irrelevant ist, zumal ja auch die Bundesrepublik Deutschland nicht identisch mit dem Deutschen Reich war und ist, das nach wie vor besteht.
Zu einer völkerrechtlich gültigen Abtretung fehlt ihr daher jede Rechtsgrundlage: Ich kann und darf nicht rechtsgültig das Grundstück meines Nachbarn an Fremde abtreten.
Das wäre rechtsunwirksam.
4. 4. Noch deutlicher als im Einigungsvertrag kommt diese gewollte Abtretung im "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland", im sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, zum Ausdruck, der am 12. September 1990 von der Bundesrepublik Deutschland, der DDR

und den vier Hauptsiegermächten in Moskau abgeschlossen wurde.
In Artikel 1 dieses Vertrages wird auf jeden künftigen Gebietsanspruch Deutschlands anderen Mächten gegenüber verzichtet, ohne daß dafür eine Rechtsgrundlage welcher Art auch immer für die Bundesrepublik Deutschland vorhanden war.
In diesem Artikel werden auch die deutschen Ostgebiete nicht mehr als deutsches Staatsgebiet aufgeführt.
5. 5. Trotz dieser entscheidend deutlichen Völkerrechtsgrundlage muß die Bundesrepublik Deutschland aber in jedem Fall Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes berücksichtigen.
Zu diesem dort genannten Recht gehört auch das Völkerrecht nach Artikel 25 Grundgesetz das nach dieser Bestimmung sogar dem Bundesrecht im Rang vorgeht.
Nach diesem allgemeinen Völkerrecht ergibt sich aber eine andere allgemeine Völkerrechtsgrundlage Gesamtdeutschlands. Sie gestaltet sich wie folgt:
6. 6. Die Ostgebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße sind zum größten Teil von Polen, zu einem kleineren Teil in Nord-Ostpreußen von der Sowjetunion 1945 annektiert worden. Hierin ist der litauisch annektierte Teil eingeschlossen.
Die Annexion, die in ihrem Wesen immer eine Aggression ist, wird jedoch größtenteils seit der sog. Simson-Doktrin von 1932 als völkerrechtlich unzulässig angesehen.
Nach dieser Doktrin soll ein gewaltsamer Gebietserwerb auch nicht völkerrechtlich anerkannt werden. Andernfalls wäre der Briand-Kellogg-Pakt von 1928, der den Angriffskrieg, wie jede Aggression, ächtet, unwirksam geworden.
Für die reine kriegsmäßige Besetzung, die als solche nur in einem Krieg zulässig ist, gilt jedoch nach wie vor die Haager Landkriegsordnung von 1907 und für das Verhältnis der Besatzungsmacht zum besetzten Feindstaat die Bestimmung des Artikels 45 der Haager Landkriegsordnung (Beachtung der Landesgesetze), des Artikels 46 der Haager Landkriegsordnung (Schutz des Privateigentums), des Artikels 47 der Haager Landkriegsordnung (Verbot der Plünderung), sowie des Artikels 53 der Haager Landkriegsordnung (Beschlagnahme von Eigentum stets nur während der Besetzung).
7. Diese bereits bestehende spezielle Völkerrechtsgrundlage wird jetzt nochmals neu formuliert durch die Resolution 242 des Sicherheitsrates der UNO vom 22. November 1967.
Danach darf fremdes Staatsgebiet immer nur vorübergehend, aber nicht auf Dauer besetzt gehalten werden.
Diese Besetzung ist daher auch niemals ein anerkannter Völkerrechtsgrund für einen Gebietserwerb auf Dauer.
8. 8. Dazu kommt auch noch, daß nach dem Grundgesetz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker jedes Volk das Recht hat, auf einem angestammten Gebiet in äußerer und innerer Freiheit zu leben.
Soweit dieses Recht nicht gewährleistet worden sein sollte, besteht ein entsprechend völkerrechtlich begründeter Anspruch gegen jede behindernde fremde Macht.
Das gilt natürlich auch für deutsche Verhältnisse.
9. 9. Diese allgemeine völkerrechtliche Grundlage findet jetzt auch in einem grundlegenden internationalen Vertrag Anwendung.
So ist nach Artikel 53 der Konvention über das Recht der Verträge, die am 23. Mai 1969 in Wien unterzeichnet wurde und deren Partei die Bundesrepublik Deutschland seit dem 20. August 1967 ist, ein internationaler Vertrag nichtig, wenn er zur Zeit des Abschlusses mit einer zwingenden Norm des Völkerrechts in Widerspruch steht. Dafür kommt in Betracht:
a) Die Anerkennung einer Annexion als Rechtsgrund' für das ständige Inbesitznehmen fremden Staatsgebietes,
b) die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker,
c) das Verbot durch Krieg Gebiete auf Dauer zu erwerben,

d) fehlende Verfügungsbefugnis und Bedürfnis des ein Gebiet abtretenden Staates über dieses Gebiet.
10. 10. Dazu ist zu a) und b) festzustellen:
a) Die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße sind zweifellos annektiert worden. Eine solche Annexion soll durch den Grenzanerkennungsvertrag mit Polen vom 14. November 1990 durch dessen folgende Ratifikation abgeschlossen werden und "Recht" begründen.
Entsprechend verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland auch in Artikel 2 des deutsch-sowjetischen Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit vom 9. November 1990, künftig keine Gebietsansprüche künftig mehr gelten zu machen.
b) Eine solche Annexion ist aber niemals ein völkerrechtlicher Grund für einen dauerhaften Erwerb aller deutschen Ostgebiete durch die polnische und sowjetische Annexion und Okkupation.
11. 11. Jede Vereinbarung, die die von Polen und der Sowjetunion annektierten deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße betrifft, ist somit zunächst in diesen beiden Punkten eine Verletzung von Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention. Rechtsfolge könnte daher von jeder Bundesregierung, die der jetzigen folgt, den Okkupationsmächten gegenüber geltend gemacht werden.
Daher kann eine solche Vereinbarung nicht dem Frieden in Europa auf Dauer dienen. Denn dieser völkerrechtlich begründete Rechtsanspruch nach der UNO-Konvention vom 22. November 1967 ist unverjährbar und unverzichtbar nach Artikel 8, Abs. 4 der Genfer Konvention von 1949. Die Geltendmachung solcher Ansprüche gegen Polen und Rußland ist völkerrechtlich daher jederzeit zulässig.
12. 12. Darüber hinaus ergibt sich ebenfalls aus dem allgemeinen Recht der internationalen Verträge ein weiterer Rechtsgrund, dessen Nichtbeachtung gleichfalls zur Nichtigkeit im Sinne von Artikel 57 der Wiener Vertragskonvention von jeder entsprechenden völkerrechtlichen Vereinbarung führt, mit der die Bundesrepublik Deutschland die von Polen und der Sowjetunion annektierten Gebiete des Deutschen Reiches jenseits von Oder und Neiße an die beiden Okkupationsmächte abtreten wollte und würde.
Wenn ein solcher Abtretungsvertrag völkerrechtswirksam sein sollte, muß die Bundesrepublik Deutschland vorerst einmal über die abzutretenden Gebiete auch völkerrechtlich überhaupt abtretungs- und damit verfügungsberechtigt gewesen sein.
Das war jedoch zu keinem Zeitpunkt jemals der Fall, denn das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erstreckte sich nie über Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße.
13. 13. Denn unstreitig ist die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls vor der Annexion der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße über diese Gebiete schon damals nicht völkerrechtlich befugt gewesen, weil sie zum Zeitpunkt der Annexion gar nicht bestand.
Sie ist aber auch nachträglich nicht völkerrechtlich verfügungsberechtigt geworden.
Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes in dieser Sache über den Fortbestand des Deutschen Reiches, das als solches allein völkerrechtlich verfügungsberechtigt über seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße ist, ist es auch bis heute nicht untergegangen. Doch ist es als solches auch heute noch nicht einmal völkerrechtlich handlungsfähig.
14. 14. Da es nicht untergegangen ist, kann auch die Bundesrepublik Deutschland nicht etwa der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sein.
Im Namen des Deutschen Reiches kann sie allenfalls völkerrechtlich gültig tätig werden, soweit sie mit diesem Reich zumindest teilidentisch ist.
a) Das ist sie hinsichtlich Westdeutschland.
Sie konnte also in diesem Namen etwa kleine Gebietsteilchen an den westlichen Grenzen an Holland und Belgien abtreten. Doch selbst dafür hatte sie gar keine entsprechende Vollmacht.
b) Das ist sie jetzt auch hinsichtlich des Gebietes, das die frühere DDR als Mitteldeutschland

innehatte und zwar seit dem 3. Oktober 1990. Auch hierfür würde aber eine entsprechende Abtretungsvollmacht fehlen.
c) Das ist sie bis heute aber nicht hinsichtlich der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße.
Die Wiedervereinigung hat durch Einigungsvertrag nämlich ebenso wie durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag ausdrücklich nur für Westdeutschland und Mitteldeutschland stattgefunden.
Auch der Untergang des Deutschen Reiches ist bisher noch durch kein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt worden.
Für seine Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße bleibt daher auch allein das Deutsche Reich verfügungsberechtigt. Doch ist es völkerrechtlich nicht handlungsfähig und kann daher schon aus diesem Rechtsgrund kein Gebiet völkerrechtlich zulässig abtreten.
15. 15. Demzufolge hat die Bundesrepublik Deutschland mit dem deutsch-polnischen "Grenzanerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 deutsche Gebiete abgetreten, die abzutreten sie weder staats- noch völkerrechtlich die Möglichkeit und daher auch nicht die Befugnis hatte, da sie niemals die Territorialgewalt über diese Ostgebiete ausübte.
Die Wiener Vertragsrechtskonvention kennt zwar keine ausdrückliche Bestimmung, wonach ein Vertrag, der eine unmögliche Leistung zum Gegenstand hat, nichtig ist. Doch gilt auch hier der alte Rechtssatz: Es gibt keine Verpflichtung zu etwas Unmöglichem. Dieser allgemeine Rechtssatz ist sicherlich zwingende Norm des Völkerrechts.
Daher ist der Vertrag vom 14. November 1990, der Ostdeutschland an Polen abtritt, nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention nichtig, weil er eine Leistung verspricht, die keiner der Beteiligten erbringen kann.
a) Die Bundesrepublik Deutschland nicht, weil sie über dieses Gebiet völkerrechtlich nicht verfügungsberechtigt ist.
b) Das Deutsche Reich nicht, weil es zwar die Territorialhoheit über seine Ostgebiete hatte und daher insoweit völkerrechtlich auch verfügungsberechtigt gewesen wäre, es aber zur Zeit nicht kann, weil es völkerrechtlich nicht handlungsfähig ist.
16. 16. Die Übertragung der territorialen Souveränität über die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße von Seiten des Deutschen Reiches als dem einzigen Inhaber der Souveränität auf Polen, die Sowjetunion und Litauen ist schließlich auch nicht etwa aus dem Gesichtspunkt einer "normativen Kraft des Faktischen" denkbar, zulässig oder völkerrechtlich gültig. Tatsachen allein können nämlich niemals Recht schaffen.
17. Die "normative Kraft des Faktischen" wird vielmehr nach allgemeinem Recht erst dann zu wirksamem Recht, wenn sich diese Tatsachen auch dem entsprechenden Rechtstitel anschließen. Dieses wiederum ergibt sich aus der allgemeinen Tendenz des Menschen, Gegebenes und Geübtes zur Norm, zum "Normalen" zu erheben.
Nur wenn bereits bestehende Tatsachen also durch diese menschliche Grundtendenz als Rechtsüberzeugung oder Rechtsbewußtsein "gerechtfertigt" werden, können solche Tatsachen auch als autoritäres Gebot des Gemeinwesens, also als "Rechtsnorm" anerkannt werden.
18. Denn nach Gustav Radbruch ("Rechtsphilosophie", 1956) ist die "Normativität der Tatsachen" ein Paradoxon: Aus einem Sein allein kann nie ein Sollen entspringen.
Ein Faktum wie die Anschauung einer bestimmten Zeitepoche kann nur normativ werden, wenn eine Norm ihm diese Normativität beigelegt hat. Eine solche Norm ihrerseits kann aber wieder nur durch Anerkennung als Rechtsnorm entstehen. Nichts anderes besagt auch die von Georg Jellinek (Allgemeine Staatsrechtslehre, 1900) erstmals entwickelte Lehre von der "normativen Kraft des Faktischen".
19. 19. Solange die hier geschilderte Völkerrechtslage nicht völkerrechtsgemäß staats- und verfassungsrechtlich geklärt ist, verbleibt es im übrigen auch noch beim Fortbestand des Deutschen Reiches, und zwar auf der Rechtsgrundlage der entsprechenden Rechtsprechung des

Bundesverfassungsgerichtes.
So ist in der Folge etwa Artikel 1 des "Zwei-plus-Vier-Vertrages" vom 29. September 1990 schon insoweit völkerrechtswidrig und damit nichtig nach Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention, als er für Gesamtdeutschland auf jeden künftigen Gebietsanspruch verzichtet.
Solange das Deutsche Reich noch besteht, kann die Bundesrepublik Deutschland nicht auf Ansprüche verzichten, Gebiete von den Okkupationsmächten zurückzubekommen, über die jedenfalls die Bundesrepublik Deutschland niemals verfügungsberechtigt war, da sie darüber niemals irgendeine Territorialgewalt hatte. Und die dazu noch völkerrechtwidrig erlangt wurde.
Auch eine solche Nichtigkeit kann daher jede zukünftige Bundesregierung zu jeder Zeit gegen eine polnische und russische (und litauische) Okkupationsmacht geltend machen.
20. Außerdem besteht bis heute noch kein Friedensvertrag mit Deutschland, da entgegen einer weit verbreiteten Meinung der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag noch kein solcher Friedensvertrag ist: Er wurde nämlich nicht von Deutschland, sondern nur von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben.
Das ist aber noch nicht Deutschland, sondern nur ein Teil Deutschlands. Ein Teil kann aber nicht für das ganze Deutschland unterschreiben, wenn er dazu gar keine ausdrückliche Vollmacht hat.
Diese Rechtsgrundlage kann wiederum jederzeit von aktueller Bedeutung werden, wenn gerade persönliche Ansprüche gegen die Bundesregierung in einem solchen Rahmen geltend gemacht werden. Auch sind solche Ansprüche nicht etwa an irgendeine Frist gebunden.
III
1. 1. Die hier geschilderte Völkerrechtslage Gesamtdeutschlands nach dem 3. Oktober 1990 ist trotz aller entsprechenden "völkerrechtlichen" Verträge, die auf Ostdeutschland jenseits Oder und Neiße verzichten wollen und sollen, daher niemals eine Grundlage für einen dauerhaften Frieden in der Welt und in Europa:
a) Eine solche andere Entwicklung zeigt sich nämlich jetzt gerade am Beispiel Karelien: Finnland mußte nach zwei verlorenen Kriegen im Friedensvertrag von 1947 insgesamt 25.000 qkm in Karelien an die Sowjetunion abtreten. Dennoch wurde im Januar 1991 im Reichstag in Helsinki bereits unmißverständlich die finnische Regierung aufgefordert, die möglichst umgehende Rückgabe dieser Gebiete von Rußland zu fordern und auch gleich praktisch einzuleiten.
Zwar entgegnete die Regierung, es läge "nicht in unserem Interesse", die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu Rußland in Frage zu stellen. Doch kein Finne glaubt jetzt noch ernsthaft, daß schon das letzte Wort Finnlands hierzu gesprochen sein sollte. Denn nach einer Umfrage sind bereits 47 % der Bevölkerung Finnlands der Meinung, daß solche Gebietsverhandlungen nunmehr umgehend einsetzen sollten.
b) Gleiche Gebietsstreitigkeiten gibt es auch hinsichtlich der japanischen Inselkette der Kurilen für die dortigen Inseln Habomei, Kunashiri, Shikotan und Iturup. Japan denkt nicht daran, einer Abtretung dieser nur kleinen Inseln, die die Sowjetunion 1945 annektierte, zuzustimmen.
c) "Friedensbedingungen anderer Art" hat bisher nur die Bundesrepublik Deutschland angeboten, nämlich entschädigungslosen Territorialverzicht von Gebieten, die über 700 Jahre rein deutsch waren, bis ihre Bevölkerung von dort gewaltsam vertrieben wurde, was nicht ohne unzählige Tötungen abging.
2. 2. Wie hier dargestellt, ist es aber dennoch mehr als fraglich, ob ein solches Anerbieten denn überhaupt einem solchen "dauerhaften Frieden" dienen könnte, der damit angestrebt werden soll. Würde es wirklich einem "Quousque tandem?" (Wie lange noch?) der Geschichte standhalten? Das jedoch könnte - wie beide Beispiele aufzeigen - jederzeit geltend gemacht

werden. Denn es spricht auch alles dafür, daß das, was nicht gerecht geregelt war, nicht auf Dauer bestehen kann.
3. 3. Mithin muß für die Neufassung des Grundgesetzes - oder besser einer richtigen Verfassung - für Deutschland im Rahmen des nach wie vor geltenden Artikel 146 GG von der hier geschilderten Rechtslage des allgemeinen öffentlichen Rechts, also des Völkerrechts und des deutschen Staatsrechts, ausgegangen werden.
Einklagen kann jeder Staat diese Rechtslage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, vor dem nur Staaten auftreten dürfen.
Ein Staat, der gegen das Deutsche Reich etwa Rechtsansprüche zu haben glaubt, die sich aus der Zeit des sogenannten Zweiten Weltkrieges ergeben könnten, kann sich jederzeit deswegen an das Deutsche Reich wenden, nicht aber an die Bundesrepublik Deutschland, die niemals Kriege geführt hat und die auch nicht der gegenwärtige oder der künftige Rechtsnachfolger des ja noch immer bestehenden Deutschen Reiches ist.
4. 4. Fremde Staaten können die gegenwärtige Völkerrechtslage von Gebieten wie das Sudetenland, Danzig oder Memel vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag einklagen, wo sie Recht bekommen werden.
5. 5. Es bleibt noch heute die Sache eines fremden Staates, ob die gegenwärtigen Grenzen Deutschlands die vom 31. Dezember 1937 sein sollten, wie das die Alliierten in ihrer Berliner Erklärung von 1945 behaupten oder ob sich das neue Deutschland in seinen Grenzen vom 31. August 1939 erstreckt, in denen das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes immerhin berücksichtigt wurde. Nur die Berücksichtigung dieser Völkerrechtslage allein könnte einen zukünftigen Frieden wirkungsvoll stabilisieren, da auch der von Versailles 1919 nur die Grundlage für einen neuen Weltkrieg geboren hatte. Warum sollte ein künftiger Friedensvertrag wieder solche Folgen haben müssen?
"Nichts ist geregelt, was nicht auch gerecht geregelt wurde" (Abraham Lincoln).<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im Sondermagazin Geschichte Nr. 17 über polnische Reparationsforderungen und die von Polen und Rußland verwalteten deutschen Ostgebiete (x368/8-11,14): >>**Die Schatten der Vergangenheit**
_ von *Daniell Pföhringer und Sven Reuth*
Mit seiner Forderung nach astronomisch hohen Reparationszahlungen streut Warschau Salz in eine anscheinend immer noch offene Wunde. Seine eigenen Verbrechen blendet Polen dabei aus.
Das Datum hätte kaum symbolträchtiger sein können: Genau am 3. Oktober 2022, dem Tag der Deutschen Einheit, unterzeichnete Polens Außenminister Zbigniew Rau jene diplomatische Note an das Berliner Auswärtige Amt, mit dem das Weichselland seine exorbitant hohe Reparationsforderung von umgerechnet 1,3 Billionen - ein Vielfaches des Bundeshaushaltes - hochoffiziell an Deutschland gestellt hat. Nach Ansicht Warschaus sollen damit die materiellen und immateriellen Schäden, die Polen durch den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Besatzung erlitten habe, kompensiert werden.
In dem von Rau unterzeichneten Dokument ist allerdings nicht von Reparationen die Rede, sondern von "Entschädigung". Dieser Begriff sei "sehr viel weiter gefaßt und umfaßt sowohl Reparationen im völkerrechtlichen Sinne als auch andere Ansprüche, die in der Note beschrieben werden", so die Begründung Warschaus.
Die deutschen Verluste
Die konservative PiS-Regierung in Warschau stellt solche Forderungen schon seit Jahren. Neu ist die konkrete Bezifferung der geforderten Summe, die eine Kommission des polnischen Parlaments in einem Gutachten errechnet hat, das - nicht minder symbolträchtig - am 1. September 2022, also zum Jahrestag des deutschen Einmarsches 1939, vorgestellt worden war.

Man kann es nur als dreist bezeichnen, daß in dem Papier die Provinzen Pommern, Schlesien, Ostbrandenburg und das südliche Ostpreußen - also jene früheren deutschen Ostgebiete, die sich Polen nach 1945 einverleibte - mit keiner Silbe erwähnt werden. Die Annexion von gut einem Fünftel des Reichsgebiets von 1937 soll also keinerlei Wert besessen haben? Weder die Kohlebergwerke in Schlesien noch die Seen und Wälder Ostpreußens noch die hunderttausenden von Fabriken und Immobilien, die man in Besitz nehmen konnte?

Ein näherer Blick auf die Provinzen macht deutlich, wie absurd die Reparationsforderungen Warschaus sind - und zeigt, wie schlecht Polen dastünde, machte man eine Gegenrechnung auf. Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg, als das ostoberschlesische Industrierevier Polen zugeschlagen wurde, verlor Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit Schlesien - neben den Bodenschätzen (Steinkohle, Braunkohle, Kaolin, Granit, Magnesit, Nickel, Basalt, Zink- und Bleierze) - hochwertige Produktionsanlagen für Waggons, Kessel, Werkzeug, Kraftmaschinen, Armaturen und Instrumente. Die Vermögensverluste in der Land- und Fischereiwirtschaft in Pommern oder Ostpreußen waren ebenfalls gigantisch.

Die Gesamtfläche der größtenteils an Polen abgetretenen Ostgebiete beträgt 137.497 Quadratkilometer oder 13.749.700 Hektar. Bei einer Bodennutzungsgebühr von jährlich nur zehn Euro je Hektar ergäbe dies die ungeheure Summe von 137.497.000 Euro. Berechnet auf 70 Jahre würde sich diese imaginäre Pachtschuld ohne Zins und Zinseszins auf über 9,6 Billionen Euro belaufen. Natürlich könnte man nun einwenden, daß große Flächen davon mit Sümpfen oder Sandböden bedeckt sind.

Auf der anderen Seite sind die wertvollen Industrieanlagen und Kulturdenkmäler, die verloren gingen, in dieser Rechnung noch nicht einmal berücksichtigt. Allein der kulturelle Gesamtwert der Gebiete beträgt Schätzungen zufolge mindestens 3,9 Billionen Euro. Warum also noch Reparationen? Zumal Polen seit den 1970er Jahren von Deutschland schon mehrere Milliarden an Krediten und Entschädigungszahlungen erhalten hat.

Die Rückgabe deutscher Kulturgüter, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg in polnischer Hand befinden, wird von Warschau übrigens schon seit vielen Jahren unter immer neuen Vorwänden abgelehnt. Professor Wojciech Kowalski, der lange Zeit als polnischer Verhandlungsführer mit dieser Sache betraut war, begründete dies 2007 im Interview mit der *Taz* wie folgt: "Mit Raub- und Beutekunst sind Kulturgüter gemeint, die Aggressoren oder Okkupanten im Krieg aus fremden Territorien abtransportieren, obwohl die Haager Landkriegsordnung von 1907 dies verbietet. Wir aber haben 1945 nach der Westverschiebung Polens durch die Alliierten die deutschen Kulturgüter in den ehemaligen deutschen Ostgebieten vorgefunden. Das ist ein Unterschied."

Die Beethoven-Partituren und Goethe-Briefe beispielsweise, die seit 1945 in der Jagiellonischen Bibliothek in Krakau liegen, sind also nur durch einen Zufall auf polnischem Gebiet gelandet? Wohlgemerkt: Hierbei handelt es sich um Bestände der alten Preußischen Staatsbibliothek, die im Zweiten Weltkrieg zum Schutz vor alliierten Bomben von Berlin ins schlesische Kloster Grüssau ausgelagert wurden.

Die von dort nach Krakau verbrachten Archivalien umfassen rund 300.000 Bände, darunter wertvolle mittelalterliche Handschriften, Autografen Martin Luthers und Goethes, die Doktorarbeit Friedrich Schillers und nicht zuletzt einzigartige Musikalien wie die Partituren der meisten Beethoven- und Mozart-Werke. Sogar die Originalhandschrift vom "Lied der Deutschen" von Hoffmann von Fallersleben gehört zu der Sammlung, deren Existenz bis 1977 von polnischer Seite schlichtweg geleugnet wurde. Gespräche darüber sind aus Sicht Warschaus zwecklos - oder wie es Kowalski formuliert: "Wir wiederholen, daß die deutschen Kulturgüter mit der Grenzverschiebung 1945 in unser Eigentum übergegangen sind und wir den Deutschen daher nichts gestohlen haben."

Das Verhängnis von Versailles

Daß Berlin seine Interessen gegenüber Warschau nicht selbstbewußt vertritt und auch in der Reparationsfrage nur schmallippig auf Polens Verzichtserklärung von 1953 sowie den Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 verweist, liegt in der üblichen Rollenzuschreibung begründet: Die Deutschen waren im vergangenen Jahrhundert stets Täter, die Polen immer nur Opfer. Doch ein Blick in die Geschichtsbücher verdeutlicht, daß dies so nicht zutrifft.
So beendeten das Deutsche Kaiserreich und Österreich-Ungarn während des Ersten Weltkriegs die zuvor 121 Jahre währende Ära der fehlenden polnischen Eigenstaatlichkeit. Im Namen Wilhelms II. und Franz Josephs verlasen der deutsche und der österreichische Generalgouverneur am 5. November 1916 eine gemeinsame Proklamation der beiden Monarchen. Diese bestimmte die Schaffung eines "Polnischen Königreichs", das "aus den der russischen Herrschaft entrissenen Gebieten" gebildet wurde.
Als sich im Herbst 1918 die Niederlage der Mittelmächte immer deutlicher abzeichnete, veränderte sich die Lage: Am 11. November, dem heutigen polnischen Nationalfeiertag, legte der noch von den Deutschen geschaffene Regentschaftsrat die Macht in die Hände von Jozef Pilsudski. Dieser verfolgte in den 17 Jahren bis zu seinem Tod ein großpolnisches Programm, für das er auch Kriege in Kauf zu nehmen bereit war.
Bedauerlicherweise begann nun eine Periode der Feindschaft zwischen Deutschen und Polen. Dies hatte nicht zuletzt damit zu tun, daß Roman Dmowski, der Leiter der polnischen Delegation bei den Verhandlungen in Versailles, ein fanatischer Germanophober war. Er bemühte sich, seit Jahrhunderten deutsch besiedelte Gebiete seinem Land einzuverleiben - was ihm mit einer Fülle gefälschter Bevölkerungsstatistiken und Karten dann auch gelang.
Mit drei Aufständen in Oberschlesien versuchte die polnische Untergrundarmee POW, die Verhältnisse weiter zu ihren Gunsten zu verändern. Die deutsche Minderheit im neuen Staat wurde massiven Repressionen ausgesetzt - und sogar in Lager gesperrt. In Warschau akzeptierte man aber auch die in Versailles festgelegte Ostgrenze nicht, was zwischen 1919 und 1921 zu Kriegen mit Sowjetrußland und Litauen führte.
Doch schon 1920 überschlugen sich die Ereignisse. Im Mai eroberten die polnischen Armeen erst die ukrainische Hauptstadt Kiew, um dann von sowjetischen Truppen hunderte von Kilometer weit nach Westen zurückgeworfen zu werden. Die Russen standen kurz vor Warschau, und Lenin träumte im Kreml schon von der Vollendung der Weltrevolution. Pilsudski gelang im August 1920 mit einer Zangenbewegung in letzter Sekunde dann aber doch noch die Einkesselung des Gegners und vollbrachte das sogenannte Wunder an der Weichsel.

"Appetit einer Hyäne"

Es folgte eine zweite polnische Erfolgsphase, die allerdings mit äußerst problematischen Konsequenzen verbunden war. Im Osten eroberte der junge Staat weite Gebiete, die mehrheitlich von Weißrussen, Ukrainern, Litauern, Slowaken oder Juden besiedelt waren. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Riga 1921 konnte sich die Regierung in Warschau die im Krieg gewonnenen Eroberungen sichern. Metropolen wie die heutige litauische Hauptstadt Wilna oder die galizische Kapitale Lemberg fielen an die neue Polnische Republik.
In Moskau hingegen empfand man die Abmachung als Diktat. 24 Jahre später holte sich der sowjetische Diktator Josef Stalin, der sich seinerzeit auf dem Gipfel seiner Macht befand, die Gebiete zurück, die der westliche Nachbar an sich gerissen hatte. Letzterer wurde dafür mit den deutschen Ostgebieten quasi entschädigt. Bereits in der Zwischenkriegszeit blieb Warschaus Kurs weiterhin expansiv. Nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 verleibte man sich das Teschener Gebiet ein. Winston Churchill bemerkte in seinen Memoiren, der Weichselstaat habe sich damals mit "dem Appetit einer Hyäne" an der Aufteilung des mitteleuropäischen Landes beteiligt.
Im Jahr 1939 geriet Polen dann ins Visier von Adolf Hitler. Die Regierung in Warschau hatte dabei wesentlich zur Eskalation der Situation beigetragen. Zu nennen sind hier der fehlende

Schutz der deutschen Minderheit wie auch die wirtschaftliche Abschnürung der von einem Völkerbund-Kommissar verwalteten Freien Stadt Danzig in den Monaten vor Kriegsbeginn. Die Wehrmacht benötigte nur fünf Wochen, um das Nachbarland im Osten niederzuwerfen. Es folgte nun deutscherseits eine sowohl verbrecherische als auch politisch unsäglich dumme Besatzungspolitik, nachdem Hitler Überlegungen für den möglichen Fortbestand eines polnischen Rumpfstaates fallengelassen hatte.

Auch im Osten des Landes, in den die Rote Armee einmarschiert war, herrschte breitflächiger Terror. Es gab zahlreiche Verhaftungen, Deportierungen und Erschießungen, an denen insbesondere der sowjetische Geheimdienst NKWD beteiligt war. Das zunächst den Deutschen in die Schuhe geschobene Massaker von Katyn 1940 wurde zum traurigen Symbol für diese Vernichtungsaktionen, die an verschiedenen Orten in Westrußland, der Ukraine und in Weißrußland ihren schrecklichen Höhepunkt fanden. Es traf die vormaligen Eliten der Polnischen Republik - Offiziere, Polizisten, Beamte, Lehrer, Gutsbesitzer.

Erstaunlicherweise erhebt Polen wegen dieser Massenmorde keinerlei Reparationsforderungen. Der große starke Mann der polnischen Politik, der Vorsitzende der PiS-Partei und ehemalige Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski, begründet dies damit, daß Rußland im Gegensatz zu Deutschland kein Rechtsstaat sei. Eine mindestens ebenso große Rolle dürfte wohl spielen, daß man die selbst verschuldete Erpreßbarkeit, die im Berliner Regierungsviertel grassiert, in Moskau vergeblich sucht. Putin dürfte etwaige Rechnungen, die in Warschau mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg aufgemacht würden, schlichtweg ignorieren.

Am 13. Januar 1945 begann schließlich die Ostpreußen-Offensive der Roten Armee. Nur knapp vier Monate später standen die Sowjets schon in Berlin. In den von Stalins Truppen überrollten Provinzen herrschte die Hölle auf Erden. Heute ist kaum mehr bekannt, daß auch die Institutionen des neuen polnischen Staates - unter der von der frischgebackenen Besatzungsmacht eingesetzten sogenannten Lubliner Regierung - schwere Verbrechen begingen.

In seinem Buch *Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland* berichtet der Historiker Hubertus Knabe, daß sowohl deutsche KZs (darunter auch Auschwitz) als auch Lager des NKWD von den gerade erst geschaffenen polnischen Organen weitergeführt wurden - nur daß diese "jetzt nicht mehr polnische Zwangsarbeiter, sondern Deutsche faßten". Und weiter: "Die brutale Ausbeutung der Gefangenen bei unzureichender Verpflegung, fehlender Hygiene und mangelhafter Bekleidung führte dazu, daß sie bald völlig entkräftet waren und regelrecht dahinsiechten."

Auf der Potsdamer Konferenz der Siegermächte im Sommer 1945 wurde der Großteil der deutschen Provinzen östlich der Flüsse Oder und Neiße - mit Ausnahme vom nördlichen Ostpreußen, das an die Sowjetunion fiel - unter polnische Verwaltung gestellt. Darüber hinaus und ohne jede vertragliche Grundlage besetzten Freischärler auch noch das westlich der Oder gelegene Stettin und gliederten eine der zuvor wichtigsten deutschen Hafenstädte ebenfalls ihrem Staat an.

Wahrheit und Recht

Nachdem deutsche Politiker in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch Ansprüche auf die Ostgebiete erhoben hatten, verzichtete man zunächst in der Brandt-Ära und dann endgültig im Zwei-plus-vier-Vertrag auf die 14 Millionen Hektar deutschen Landes. Warschau zeigte sich jedoch alles andere als dankbar und überzog Berlin mit immer neuen Forderungen.

Das Vertreibungs- und das Annexionsverbot nehmen im Völkerrecht eine herausragende, international anerkannte Stellung ein. Ziel der diesbezüglichen Regelungen ist es, Vorgänge, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg abgespielt haben, unmöglich zu machen. Schon die Haager Landkriegsordnung von 1907 bestimmte in Artikel 43, daß jede Besatzungsmacht die Landesgesetze des von ihr okkupierten Gebietes beachten muß, die dort ansässige Bevölkerung nicht ihres Eigentums beraubt werden und diese nicht wegen Handlungen Einzelner be-

straft werden darf. Seither sind das völkerrechtliche Vertreibungs- und Annexionsverbot immer wieder kodifiziert worden.
Auf der Tagung des Institut de Droit International in Siena 1952 meinte nur der Pole Bohdan Winiarski, daß Umsiedlungsverträge durch "höhere Interessen des internationalen Friedens" zu rechtfertigen seien. Andere Völkerrechtler verwarfen diese der polnischen Interessenlage entspringende Auffassung. Der Belgier Georges Scelle beispielsweise stellte in Siena klar heraus: "Jeder Bevölkerungstransfer stellt eine Verletzung der neuzeitlichen internationalen Ethik dar, die die vorrangige Grundlage der internationalen Rechtsordnung ist. Jeder Massentransfer stellt eine Gewaltanwendung dar, die den allgemeinen Rechtsgrundsätzen widerspricht, ganz gleich, ob es sich um einen innerstaatlichen oder zwischenstaatlichen Transfer handelt."
Es ist unbestritten, daß während der NS-Zeit schwerste Verbrechen begangen wurden, auch an Polen. Daraus haben die Deutschen ihre Schlüsse gezogen. Polen indes lehnt es bis heute ab, die menschenrechtlichen Konsequenzen aus den Verbrechen, die vor allem im Zuge der Vertreibung begangen wurden, zu ziehen. Eines Tages muß es und wird es zwischen Polen und Deutschen zu einem Ausgleich kommen, für den - das darf man nicht verschweigen - nicht wenige polnische Persönlichkeiten immer wieder eintraten.
Doch noch immer ist die politische Führung in Warschau weit davon entfernt, das ungesühnte Unrecht an den Deutschen und den Angehörigen anderer Völker anzuerkennen oder gar wiedergutzumachen. Uneinsichtigkeit und Kompromißlosigkeit können aber nie das Fundament einer wirklichen Verständigung sein, sondern nur Wahrheit und Recht.

Größenwahn

"Im polnischen Bewußtsein unserer geschichtlichen Beziehungen zu den Deutschen sind eine Menge Mythen und falscher Bilder entstanden, die im Namen der Wahrheit und zum Zwecke eigener Gesundung einmal von Lügen gereinigt werden müssen: falsche Vorstellungen von der eigenen Geschichte sind eine Krankheit der Seele der Nation, sie dienen hauptsächlich der Fremdenfeindlichkeit und dem nationalen Größenwahn." (Der polnische Publizist und Dissident Jan Jozef Lipski in seinem Essay "Zwei Vaterländer - zwei Patriotismen", 1981)<<
M. Spanehl berichtet später über die sogenannte Einheit Mittel- und Westdeutschlands (x916/…): >>**Die Zerstörung der Deutschen Volksidentität**
Wer glaubte, mit der Einheit Mittel- und Westdeutschlands sei das Überleben und die Zukunft des deutschen Volkes gesichert und damit die große nationale Aufgabe erfüllt, hat sich schlimm getäuscht.
Das Grundgesetz der "BRD" wurde seinerzeit von den Gründungsvätern nur als Provisorium geführt. Vollendet werden sollte es in freier Selbstentscheidung durch eine gesamtdeutsche - demokratisch konstituierende - "Volksversammlung". Dann sollte ein **Friedensvertrag** angestrebt werden.
Statt dessen kam das 2 + 4 - Diktat und später Maastricht, wo seitens unserer Regierung der Rest an deutscher Souveränität verspielt wurde. Unsere Volkssouveränität wurde in allen Belangen preisgegeben. Die Entscheidungsbefugnis über unsere ureigensten Angelegenheiten und die Verfügungsgewalt wurde fast vollständig auf eine anonyme Brüsseler Behörde übertragen. Von dem damaligen Kanzler Kohl wurde das als irreversibel erklärt, also nicht umkehrbar. Das ist schlicht Volksverdummung. Was nutzt denn ein "Deutschland einig Vaterland", wenn man aus ihm ein multikulturelles Einwanderungsland mit einem multirassischen Bevölkerungsmischmasch machen will, in dem alles Deutsche untergeht?
Die Politik, die Massenmedien und die Straße werden von denen beherrscht, die unser Volk ummodeln wollen. Sie scheren sich einen Dreck um den Willen von über 90 Prozent aller Deutschen. Im Gegenteil: Sie greifen zu immer dreisteren, hysterischen und primitiven Mitteln, um jedes gesunde Empfinden als unanständig zu brandmarken.
Das **Bundesverfassungsgericht** führte in seinem Beschluß vom 21. Oktober 1987, dem soge-

nannten Teso-Urteil, aus: "Es war die politische Grundsatzentscheidung des Parlamentarischen Rates, nicht einen neuen Staat zu errichten, sondern das Grundgesetz (GG) als Reorganisation eines Teilbereiches des deutschen Staates … zu begreifen. Das Festhalten … an der bisherigen Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck … dieser Grundentscheidung … Der Senat hat aus dem Wiedervereinigungsgebot … auch ein Wahrungsgebot abgeleitet, alles zu unterlassen, was die Vereinigung vereiteln würde … Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten."
Schon aus Artikel 79 GG ergibt sich, daß das in Artikel 1 GG bezeichnete deutsche Volk, nicht die Bevölkerung, nicht die Be- oder Einwohner, sondern ausdrücklich das deutsche Volk - und sein Staatswesen nach Artikel 20 GG zu wahren sind und selbst durch Grundgesetzänderung nicht abgeschafft beseitigt oder geändert werden können.
Im BVG-Urteil vom 19.5.1953 heißt es zu Artikel 116 GG
"Deutscher ist, wer sich zum deutschen Volkstum bekennt, sofern dieses Bekenntnis durch Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird."
Über die Bedeutung des Begriffes **Volk** in den juristischen Wissenschaften hat sich der Innsbrucker Völkerrechtler Professor Veiter wiederholt geäußert. Er definiert (Th. Veiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk, in Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu "Das Parlament" 23, 1973 B 11, S. 3):
"Volk ist eine Abstammungsgemeinschaft (Generationengebilde), bei welcher zum naturhaften Element der Abstammung noch das Element der geistigen Zielrichtung kommt. Der Begriff deutsches Volk ist trotz seiner ausdrücklichen Nennung im GG kein Rechtsbegriff, sondern ein nicht an die Staatsgrenze gebundener ethischer Begriff".
Ganz in diesem Sinne definiert das **Bundesvertriebenengesetz** vom 14. August 1957 in § 6:
"Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird".
Damit wären eigentlich die Handlungsanleitungen für die Gesetzgeber, Politiker und Medien gegeben. Daß es nicht so ist, weiß jeder, der in seinem Urteil nicht ideologisch gebunden ist. Und daß die Identität des deutschen Volkes heute stärker bedroht ist als jemals zuvor, wird täglich offensichtlicher.
Mit der Manipulation des GG vom 31. August 1990 werden wahrheitswidrig nur noch die Einwohner der BRD als Deutsche bezeichnet.
Im Lichte der obigen Definitionen sind die Förderung der Ausländereinwanderung, die massenhafte Erteilung von unbeschränkten Aufenthaltsgenehmigungen, die massenhafte Einbürgerung von Nichtdeutschen, die Niederlassungsfreiheit und die Freizügigkeit in der EG verfassungswidrig.
Demgegenüber hatte die DDR vorbildliche Regelungen, keine unbeschränkte Aufenthaltsgenehmigung, keinen Familiennachzug, keine massenhaften Einbürgerungen und statt dessen das Rotationsprinzip. Nun wird auch Mitteldeutschland mit diesem westlichen Fortschritt der Ausländer- und Asylbewerberschwemme und weiterem westlichem Fortschritt wie Rauschgift, Pornographie und steilem Anstieg der Kriminalität überrollt.
Naturwissenschaftliche und biologische Grundlagen
Bei dem wissenschaftlichen Inhalt der Definition des Begriffes Volk nach Veiter geht es vor allem um die seelischen und geistigen Bereiche, die die Identität eines Volkes ausmachen.
Daß diese nichtkörperlichen Eigenschaften genetisch vorgegeben sind und weitervererbt werden, wurde durch Forschungen an eineiigen Zwillingen bewiesen. Der von linksliberalen Vorstellungen hergekommene Naturwissenschaftler **Hoymar von Ditfurth** weilte längere Zeit unter einer solchen Forschergruppe in den USA und schrieb dann (H. von Ditfurth, "Geo",

Mai 1982), die Milieutheorie, eine der damit falschen Eingangsvoraussetzungen der herrschenden Ideologien, sei nun wohl widerlegt, ja das menschliche Verhalten sei in viel höherem Sinne als bisher vermutet worden, **genetisch vorprogrammiert.**

Konrad Lorenz ("Vom Weltbild des Verhaltensforschers") urteilt:

... daß eine unermeßliche Zahl von Struktureigenschaften menschlichen Verhaltens und Innenlebens ihr … Sein dem historisch einmaligen Gang der Phylogenese verdankt und ohne Einsicht in deren Zusammenhänge schlechterdings unverständlich bleiben muß. Für die sozialen Verhaltensnormen des Menschen gilt das in besonders hohem Maße, weil sie mehr als andere an ererbte Aktions- und Reaktionsweisen gebunden sind".

Dazu gehört zum Beispiel das Bestreben, Eigentum zu besitzen und der Territorialtrieb, das Bestreben menschlicher Gemeinschaften nach dem Besitz abgegrenzter Gebiete. Daraus folgt das Naturrecht jedes Volkes auf sein eigenes, ihm gemäßes Gemeinwesen, auf seinen Staat.

Wie aber von den herrschenden Ideologien Druck gegenüber solchen Erkenntnissen ausgeübt wird, erfährt man aus der Erklärung von 50 nichtdeutschen Wissenschaftlern einschließlich von fünf Nobelpreisträgern in den USA (American Psychologist, 1972):

Ideologischer Druck auf die Wissenschaft

"Gegenwärtig müssen wir erleben, wie man … versucht, Wissenschaftler zu unterdrücken, zu zensieren oder persönlich zu verunglimpfen, welche die Rolle der Vererbung im menschlichen Verhalten betonen (z.B. bezeichnet man sie als **Faschisten**). Ein Großteil der Angriffe kommt von Nichtwissenschaftlern, die völlig auf eine milieutheoretische Erklärung aller menschlichen Unterschiede eingeschworen sind."

Die Evolution führt durch Trennung von Populationen zu unterschiedlichen Arten.

Nach Konrad Lorenz ("Die Rückseite des Spiegels", 1975) sind Populationen die unverzichtbaren Vorstufen zur Artneubildung.

Beim homo sapiens nennt man die Population mit ihren Eigenarten, die sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben, Völker. Alle diejenigen, die an der Völkerzerstörung zum Beispiel durch Völkervermischung arbeiten, beseitigen damit den Fortschritt der Evolution, als ob es beim homo sapiens nicht auch einiges zu verbessern gäbe! Das sind aber die gleichen Leute, die um jeden bedrohten Wurm eine Ökonische bauen möchten.

Zu den ideologisch propagierten Völkervermischungen ist zu sagen, daß in eine Mischpopulation sehr verschiedenartige, abweichende und gegensätzliche Eigenschaften eingebracht werden, die genetisch erhalten bleiben.

Die Variationsbreite vermehrt sich, die Labilität (gespaltene Charaktere) nimmt zu. Es erfolgt keineswegs eine Rückbildung zu ausgeglicheneren Urformen. Es entsteht also im Sinne der Evolution nichts Besseres, sondern Schlechteres. Aber die Süßmuth, Geißler, Lafontaine und andere sprechen von "Bereicherung".

Für die herrschenden Ideologien hat der Begriff **Volk** nur die Bedeutung von Menschen im Plural, wie eben Kirchenvolk, Gewerkschaftsvolk oder "Wohnbevölkerung".

Weil aber in den Naturwissenschaften eine in sich fehlerfreie Theorie falsch ist, wenn nur eine einzige Eingangsvoraussetzung falsch ist, kommen die heute herrschenden Theorien und Ideologien zu falschen Schlüssen.

Mit der Zerstörung der Völker zerstört man die höhere Ordnung

Völker sind mehr als eine Ansammlung von Individuen.

Schon den altgriechischen Denkern war solches bekannt mit der Erkenntnis: Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.

Die modernen Naturwissenschaften bieten nun mit Genetik, Ethologie und Humanbiologie Grundlagen für die Erarbeitung von wissenschaftlich richtigen Weltbildern und gestatten die Widerlegung falscher Ideologien.

Für die Behandlung von Kollektiven, die aus einer großen Zahl von Einzelteilen bestehen, ist

in den Naturwissenschaften die Systemtheorie zuständig.
Alles, aber auch alles in der Natur ist nicht basisdemokratisch, sondern hierarchisch aufgebaut aus Individuen, Unter- und Übersystemen. Einer der wichtigsten Sätze der Systemtheorie besagt, daß Obersysteme gegenüber Untersystemen gänzlich neue Eigenschaften haben können. Das gilt auch für Völker, die lebende Systeme höherer Ordnung sind.
Mit der Zerstörung der Völker zerstört man diese Systeme höherer Ordnung mit unabsehbaren negativen Folgen! Daher halten wir uns an das BVG-Urteil von 1953.

Die juristischen Grundlagen

Dem deutschen Verfassungsrecht liegt dieser wissenschaftlich richtige Volksbegriff zugrunde mit dem Blutrecht. In Frankreich dagegen herrscht das Bodenrecht, d.h. dort steht jedem Einwanderer nach einer gewissen Zeit und den dort Geborenen das Recht auf Staatsbürgerschaft zu. Diese französische Rechtsauffassung hat bis heute Gültigkeit.
Damit haben aber auch in der westlichen "Wertegemeinschaft" die Begriffe national und Nationalismus eine völlig andere Bedeutung erhalten, die heute mit der Freizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit der EG der geplanten Völkerzerstörung entgegenkommt.
Nation kommt von geboren werden, und umschließt für uns Deutsche den Rechtsbegriff Volk als Abstammungsgemeinschaft und damit das Blutrecht für die Staatsbürgerschaft.
Der ehemalige Berliner Staatssekretär Uhlitz (in F. Fischer, Aspekte der Souveränität, Arndt-Verlag, Kiel 1987):
"Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hoch verräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können".
Das GG sagt dazu in Art. 20: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."
Es heißt hier nicht Mitbürger, es steht (noch) "alle Deutschen".
Zu den nichtkörperlichen Eigenschaften, die innerhalb von Völkern ähnlicher sind als zwischen verschiedenen Völkern, gehören ihre Kultur, ihre Sprache, der Volkscharakter, die Wertordnung und mehr.

Die Zerstörung unserer Identität

Aus der Wertordnung aber folgt die Rechtsordnung und aus dieser die Staatsordnung.
Jedes Volk hat einen naturrechtlichen Rechtsanspruch auf die ihm gemäße Staatsordnung. Deutschland wurde aber zweimal durch die Sieger (1918 und 1945) das Danaergeschenk der "westlichen" Demokratie zuteil. Daß es nur diese eine Form der Demokratie gäbe, wurde dem deutschen Volk durch die siegerhörige Presse zwar eingehämmert, ist aber objektiv falsch.

Die Wahrung und Weiterentwicklung der ihnen eigenen Weltordnung, Rechtsordnung, Staatsordnung und Sprache ist Teil des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Volksgruppen eine andere Sprache aufzuzwingen, wie das beispielsweise 1945 an den Elsässern, den Deutschen im polnisch annektierten Ostdeutschland und in der Sowjetunion mit staatlicher Gewalt und in Deutschland selbst mit anderen Mitteln geschieht, ist Völkerzerstörung oder juristisch Völkermord.
Hier treffen sich Humanbiologie und Völkerrecht.
Unsere Wertordnung, die weit mehr als 2.000 Jahre galt, wurde in den letzten 40 Jahren durch die Diktatur zwangsimportierter Ideologien in Mittel- wie in Westdeutschland weitgehend zerstört. Stichworte hierzu sind Ehescheidung, Wehrdienstverweigerung, Abtreibung gewissermaßen per Postkarte, kirchliche Segnung (evangelische Kirche) und Steuervorteile für homosexuelle Paare (Süßmuth), ein gekreuzigte Schweine malender Kunstprofessor als

Akademiedirektor und ähnliches. Unsere großen Klassiker, die diese Wertordnung vertraten, sind deshalb aus den Schulen weitgehend verschwunden.

Die Amerikanisierung unseres Lebens

Das Bauerntum, das in Mitteldeutschland durch Kollektivierung vernichtet wurde und in Westdeutschland durch die EG-Diktatur mit ihren Mansholt-Kolchosen stark bedroht ist, war seit der jüngeren Steinzeit bei unseren Vorfahren, mit Familienbetrieben die Lebensgrundlage und besitzt heute trotz oder gerade wegen der sozialen Veränderungen unverzichtbare Bedeutung.

Die Amerikanisierung des Gesichts unserer Städte und Dörfer nimmt erschreckende Ausmaße an, das Kulturgesicht Deutschlands wird zerstört. Der Frankfurter Dorn, in dem viele Jahrhunderte der deutsche König, gekrönt wurde, wird umstellt von Betonkistengiganten als Ausdruck des Siegers dieser zwangsimportierten westlichen Ideologie über deutsche Geschichte, deutsche Kultur und deutsche Identität.

Die offiziell ausgelobte "Kunst" ist weithin seelischer Umweltschaden. Vergleichbare Kulturleistungen waren und sind unter dem Diktat der Umerziehung und der liberalistischen Ideologie in Westdeutschland seit Kriegsende nicht mehr möglich.

Das Zerstörungswerk geht weiter

Nach dem 8. Mai 1945 wurden in Verwirklichung des Morgenthau-Plans durch die "US-Befreier" neben anderen Verletzungen des Völkerrechts über eine Million deutsche Kriegsgefangene umgebracht, teilweise noch brutaler als zur gleichen Zeit durch die sowjetische GPU. (Siehe Bacque, Der geplante Tod, 1988). Auch das gehört zur Zerstörung der deutschen Identität.

Dieses Zerstörungswerk wird heute - nur etwas eleganter - durch die EG mit Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und Abschaffung von kontrollierbaren Staatsgrenzen fortgesetzt, im Namen von Freiheit, Humanität und Demokratie.

Die sogenannte "Europäische Gemeinschaft" und die geplante "Europäische Union" sind das getreue Abbild der multirassischen, multi-ethnischen und multikulturellen USA.

Wie dort und wie beim Mord von Sarajewo beherrschen Freimaurer diese EG.

Für dieses Zerstörungswerk einige Zitate:

Karl Marx im kommunistischen Manifest von 1848: **"Die Auflösung der Familie** … die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg … Wir heben die trautesten Verhältnisse auf, wenn wir anstelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen … Die Arbeiter haben kein Vaterland … Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral".

Josef Strasser, österreichischer sozialdemokratischer Parteitheoretiker 1912 (J. Strasser, Arbeiter und Nation, Reichenberg 1912): "Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur die heutigen Nationalcharaktere nicht erhalten, wir arbeiten gerade an ihrer Zerstörung. Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches machen".

Otto Bauer, österreichischer Sozialdemokrat, auf der Internationalen Sozialistenkonferenz 1921 (Protokolle der Internationalen Sozialistischen Konferenz, Wien 1921): "Französische Waffen haben das deutsche und österreichische Volk von seinen Unterdrückern befreit, so daß, so brutal diese imperialistischen Friedensverträge auch sind, trotzdem in ihnen ein mächtiges Stück geschichtlichen Fortschrittes steckt".

Nicht unterschlagen darf man die übelsten Agitationen des englischen Deutschenhassers Sefton Delmer, der während des Krieges ausgiebig Gelegenheit hatte, seine Vorbehalte gegen Deutschland überall zu verkünden. Der Mann war wenigstens so ehrlich, schon gleich nach Kriegsende verlauten zu lassen, der Krieg sei vorerst zwar militärisch ausgestanden, aber an eine Beendigung der psychologischen Kriegführung sei nicht zu denken. Im Gegenteil werde man nun erst so recht anfangen, alle polemischen Register gegen die restlos geschlagenen

Deutschen zu ziehen und sie so lange mit einem publizistischen Trommelfeuer einzudecken, bis ihnen Hören und Sehen vergehen würde.
Damit sollte er recht behalten: Das Hören und Sehen ist uns nach einem halben Jahrhundert "Charakterwäsche" tatsächlich vergangen. Wir haben im Wirbel von Geschichtslügen und Denunziationen längst die Flinte ins Korn geworfen und jeden Rechtfertigungsversuch von vornherein aufgegeben. Heute hat man uns da, wo man uns haben wollte: Wir selbst sind unsere schlimmsten Feinde geworden. Wer noch nationale Gefühle hegt oder diese gar zu äußern wagt, bewegt sich auf einem schmalen Grat und muß höllisch aufpassen, daß er nicht abstürzt. Er wäre gut beraten, wenn er sich selbst einen Maulkorb verpassen würde.
Mit solch braven, gezähmten Staatsbürgern kann man dann die Politik betreiben, die einem vorschwebt, selbst wenn sie auf die Zerstörung des Staates hinausläuft. Unsere Gegenwart bietet genügend Beweise dafür, daß man auch gegen den erklärten Willen des Volkes Entscheidungen von existentieller Bedeutung treffen kann.
Diese Liste ließe sich beliebig verlängern.

Die herrschenden falschen Ideologen

Wenn wir das alles analysieren, können wir aus diesem Strauß zerstörerischer Ideologien zwei Richtungen herauslesen: den marxistischen und den liberalistischen Materialismus.
Der marxistische Materialismus ging gerade an seinen Fehlern zugrunde. Aber die Widerlegung blieb aus, wozu vor allem die C-Parteien gefordert gewesen wären. Aber diese zogen beim 100. Todestag von Karl Marx 1983 ohne aufzumucken in den Gedächtnisprozessionen in Trier mit.
Die andere Ideologie, der liberalistische Materialismus, wurde 1945 von den US-Siegern zwangsimportiert und herrscht heute und nun auch über Mitteldeutschland mit Lizenzparteien und Lizenzmedien. Die "gewendete" marxistische wie die liberalistische Nomenklatur sieht in unserem Staat nur noch einen Selbstbedienungsladen.
Diese Ideologie verkündet einen hemmungs- und bindungslosen Individualismus und erfand die Wegwerfgesellschaft, die Wegwerfkultur, die Wegwerfethik, den Wegwerfmenschen; und eine elitäre und parasitäre Hochfinanz betreibt Profitmaximierung durch Spekulation und Kriege als gutgehendes Geschäft, wie im Golfkrieg vorgeführt.
Alle gemeinschaftstragenden Werte und alle menschlichen Bindungen werden von diesem liberalistischen Materialismus verhöhnt und zerstört. Das Wort **Volksgemeinschaft,** schon vor dem Ersten Weltkrieg im Wandervogel und in der Burschenschaft gedacht zur geistigen Überwindung des Klassenkampfes, wird vom Staatsanwalt verfolgt.

Die gleichen geistigen Großväter

Zwischen beiden Ideologien - der marxistischen und der liberalistischen gibt es aber verdeckte innere Zusammenhänge. Beide gehen auf die gleichen geistigen Großväter zurück, auf die westliche Aufklärung. Für beide sind Menschen nur noch Produzenten und Konsumenten. Der Zusammenhang offenbarte sich zum Beispiel dadurch, daß **Lenin** seine Revolution im wesentlichen mit Dollar-Millionen der Wallstreet-Hochfinanz durchfahren konnte.
Ihnen steht der aufbrechende Freiheitswille der Völker gegenüber und die Gemeinschaftsordnung der Zukunft, die auf dem Trümmerfeld der Menschen und Völker zerstörenden Ideologien zu errichten unsere Aufgabe ist. Ein Erlebnisträger schreibt (Thomas Ritter: USA - der lächelnde Kannibalismus, Bollinger, Niddatal 1988):
"Von Amerika können wir für unseren eigenen Weg in die Zukunft fast nichts lernen, außer wie man es nicht machen sollte. Freiheit, so wie ich sie verstehe, kann nicht die Freiheit sein, die unter den Bajonetten amerikanischer Soldaten und einer außer Rand und Band geratenen Wall-Street gedeihen kann.
Da aber immaterielle Werte im Zuge eines durch harte Dollar und einen radikalen Materialismus beherrschten Systems für nichtig erklärt wurden, da man trotz vieler gegenteiliger Anzei-

chen kaum noch feste Bindungen an einen Gott hat und sich an diese Zustände nach jahrzehntelanger Berieselung durch ideologische Gleichgestaltung allmächtiger Massenmedien und irreführender Propaganda gewöhnt hat, haben die Menschen in den USA ihre eigene Identität verloren. Sie sind lebensuntüchtig geworden … Es ist bereits zu spät, die von Wall-Street bis Washington verkrusteten und einbetonierten Strukturen aufzubrechen und zu ändern".

Die geplante Endlösung für Deutschland

Es droht nun der entscheidende und letzte Identitätsverlust, nämlich die Auflösung und Zerstörung unseres Staates und unseres Volkes in der sogenannten **Europäischen Union,** die geplante Endlösung, der mit allen nur zur Verfügung stehenden legalen Mitteln begegnet werden muß.

E. G. Kögel schreibt im Sonderheft "Europa - Völkerbrei oder anthropologische Ordnung" (Seite 16-18): **"Unsere Verantwortlichen** legen zwar einen Amtseid ab, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, doch der Eidbruch belastet sie nicht. Ihnen ist bekannt, daß dieser Eid kein einklagbarer Titel ist, sondern nur dekorativen Charakter hat. Sie sind stramme Diener ihrer Herren, mag das deutsche Volk dabei auch zugrunde gehen.

Ihr Auftrag ist die Bereitstellung von billigen Arbeitskräften zur Sicherung der Kapitalinteressen, zur Profitmaximierung und die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft, um endlich durch Umvolkung den Ihren Auftraggebern listigen Störenfried im Herzen Europas zu beseitigen. Dieser Vorgang vollzieht sich in abgewandelter Form in allen westeuropäischen Staaten. Denn nachdem die Auflösung des Volksbewußtseins im Leninschen Sinne nicht gelang, müssen wir erkennen, daß die Mächte, die zur Weltherrschaft drängen, versuchen, auf andere Weise konturlose, multikulturelle Massen zu schaffen, um ihnen ihren Willen aufzwingen zu können.

Das Gesetz von Ursache und Wirkung wird in diesem Staate auf den Kopf gestellt, so daß wir immer wieder unmißverständlich zum Ausdruck bringen müssen, daß die Überfremdungspolitik der Bonner Parteien nicht nur Verfassungs- und Eidbruch ist, sondern Betrug am Volk.

Die lebensfernen Geister lassen außer Acht, daß der Mensch von Geburt und Erbe her ein Gemeinschaftswesen ist. Eltern-Kind-Bindung, Geschwister-, Familien- und Sippenbindung. Stamm und Volk als die größte biologische Einheit sind Geburtsverbände, die dem menschlichen Gesellungsstreben vorausgehen. Und da Volk als genetisches Becken, aber auch als Sprach- und damit Denkgemeinschaft wirkt, ist sichergestellt, daß der Rahmen der Reaktionsbreite festliegt.

Die Bindung in den Willensverbänden läßt den Einzelmenschen Gemeinschaft erleben und begehren, was wiederum sein Gruppenverhalten prägt und in den Willensverbänden unterschiedlichster Art bis hin zum Staat seinen Niederschlag findet.

So können nur Systeme funktionsfähig sein, wenn alle Untersysteme ebenfalls funktionsfähig sind, ein Volk nur gesund sein, wenn seine Glieder gesund sind. Die USA können uns hier nicht als Vorbild dienen. Dort ist der bindungslose, zweckorientierte, nach persönlicher Glückserfüllung strebende Einzelmensch bestimmend. Rücksichtslosigkeit ist die Voraussetzung zum gesellschaftlichen Aufstieg, und der persönliche Reichtum und die damit verbundene Macht, sind Gradmesser der Werteskala.

Obwohl sich dieser Geist in den Führungsetagen internationaler Konzerne bei uns schon breitgemacht hat - Hemdsärmeligkeit und Umsatzsteigerung sind hier die Bewertungskriterien - und die Menschlichkeit verdrängt, bleibt zu hoffen, daß wir uns nicht instinktiv die Probleme der USA ohne Not ins Land holen, an denen die USA und andere dahinsiechen.

Wir haben nur die fatale Eigenschaft, alles besonders gründlich zu tun. So macht uns keiner den "totalen Krieg" von einst nach und heute den "totalen Liberalismus" und "totalen Materialismus" - aber auch nicht die "totale Kehrtwendung", so daß zu hoffen bleibt, daß Deutschland, aber auch Europa eine Antwort auf die Herausforderung unserer Tage findet.

BFB-Protest gegen das Holocaust-Denkmal
Allein das Grundstück ist 600 Millionen wert. Mit beachtlichem Engagement kämpft der Berliner Landesverband des "Bundes Freier Bürger" (BFB) unter der Führung seines Vorsitzenden Torsten Witt gegen den Bau des Holocaust-Denkmals. Eine Protest-Demonstration wurde veranstaltet außerdem eine Unterschriften-Aktion gestartet. In Flugblättern wird darauf hingewiesen, daß es in Berlin bereits 58 Gedenkstätten für jüdische NS-Opfer gibt.
"Der Staat hat angeblich kein Geld und schließt Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, kürzt Renten und Arbeitslosenhilfen. Für ein überflüssiges Schandmal aber sollen mehr als 650 Millionen Mark verschwendet werden, die jährlichen Folgekosten nicht berücksichtigt."
Nach Angaben des BFB beträgt allein der Grundstückswert des geplanten Denkmals rund 600 Millionen Mark (30.000 Mark je Quadratmeter). Erst kürzlich sei in Berlin das jüdische Museum eröffnet worden - dessen Baukosten lägen bereits bei 117 Millionen Mark. …
Eine Sünde gibt es auf Erden, uralt schon, doch ewig neu, untreu seinem Volk zu werden und sich selber ungetreu. (Grabinschrift im Dithmarschen) …<<
02.10.1990
DDR: Ministerpräsident Lothar de Maizière erklärt am 2. Oktober 1990 während einer Fernsehansprache (x298/251): >>... Es ist ungewöhnlich, daß sich ein Staat freiwillig aus der Geschichte verabschiedet. Ebenso ungewöhnlich und widernatürlich war aber auch die Teilung unseres Landes.
In wenigen Stunden tritt die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Wir Deutschen erreichen die Einheit in Freiheit.
Ich glaube, wir alle haben Grund, uns zu freuen und dankbar zu sein. Wir lassen ein System hinter uns, daß sich demokratisch nannte, ohne es zu sein. Seine Kainszeichen waren die Unfreiheit des Geistes und das verordnete Denken, Mauer und Stacheldraht, der Ruin der Wirtschaft und die Zerstörung der Umwelt, die ideologisch kalkulierte Gängelung und das geschürte Mißtrauen.
An die Stelle dieser Tyrannei sind Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Menschenwürde getreten. Unser Weg in die Freiheit war nicht gefahrlos und war nicht unumstritten. Wir danken denjenigen, die unbeirrt ihren Weg gingen und ihren demokratischen Willen furchtlos zum Ausdruck brachten. Da sie sich von der Angst befreit hatten, konnten sie auch die Freiheit erzwingen.
Wir wissen, daß wir diesen Weg nicht ohne das neue Denken in der Sowjetunion und ohne die Unterstützung unserer Nachbarn im Osten hätten gehen können. Wir danken ... auch dem Verständnis der Vier Mächte und ihrer Verständigungsbereitschaft, die für die deutsche Einheit Voraussetzung war.
Wir sind jetzt Bürger eines gemeinsamen deutschen Staates, und mit der Länderbildung, die sich in wenigen Tagen vollzieht, werden wir gleichzeitig wieder Bürger von Thüringen und Sachsen, von Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sein.
Wir können uns wieder auf die Kräfte besinnen, die aus der Geschichte und den Traditionen dieser Länder herrühren. Das Diktat des Zentralismus mit seinen ortsfernen Entscheidungen und die Auszehrung des übrigen Landes finden endlich ihr Ende. Und, so will es der Einigungsvertrag, das geeinte Berlin wird Hauptstadt Deutschlands sein.
Mit der Einheit in Freiheit wird Wirklichkeit, was viele kaum mehr für möglich hielten. Die 40jährige Teilung unseres Landes ist überwunden.<<
03.10.1990
BRD: Die Deutsche Demokratische Republik tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei. Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag ("Tag der deutschen Einheit").
Gemäß Einigungsvertrag vom 31.08.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der

Deutschen Demokratischen Republik werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland (obgleich die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 gebildet werden!!!).
Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 wurden gemäß Ländereinführungsgesetz vom 22.07.1990 in der ehemaligen DDR folgende Länder gebildet: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.
Da die "neuen Länder" erst am 14. Oktober 1990 gebildet wurden, konnten sie am 3. Oktober 1990 nicht gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beitreten, denn die "neuen Länder" existierten am 3. Oktober 1990 nocht nicht und den Artikel 23 des Grundgesetzes gab es am 3. Oktober 1990 nicht mehr.
Aufgrund der Aufhebung des Artikels 23 des Grundgesetzes war der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 staatsrechtlich rechtswidrig, da damals nicht alle Teile Deutschlands (wie z.B. Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße) dem Grundgesetz beitraten.
Gemäß Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 heißt es im Artikel 53 - Verträge im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts - ius cogens (x1.036): >>Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht. Im Sinne dieses Übereinkommens ist eine zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts eine Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann.<<
Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" war gemäß Artikel 53 des Wienereinkommens völkerrechtswidrig und damit ungültig, deshalb ist die ehemalige DDR bis zum heutigen Tag kein Bestandteil der BRD.
Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren bis zum Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" keine souveränen Staaten, weil das Deutsche Reich völkerrechtlich nie untergegangen ist. Es handelte sich lediglich um Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber um keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.
Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) sowie der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.
In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die offizielle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Gemäß Bundesgesetzblatt Teil II, Seite 1386 ff. vom 8. Oktober 1990 wurden durch den Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" jedenfalls zahlreiche Punkte des Überleitungsvertrages von 1954 nicht verändert.
Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über das Ende der DDR (x283/-251): >>... Am 3. Oktober 1990 war es mit dem SED-Staat vorbei. War er ein Irrweg der Geschichte?

Der Eindruck liegt nahe, so wie das Dritte Reich uns als Irrweg erscheint. Aber Weimar? Und das Bismarckreich? Und der Deutsche Bund? Eine Sackgasse nach der anderen! Nicht anders das Heilige Römische Reich deutscher Nation oder die Fürstentümer des Absolutismus, ja schon das Imperium der Staufer, der Ottonen, das Reich Karls des Großen – nichts hatte Bestand.
Wir spotten über die Phrase von Tausendjährigen Reich und sitzen im Glashaus. Denn wer würde genau diese Dauer unserer Bundesrepublik nicht zutrauen oder wenigstens wünschen? Das Imperium Romanum hat sie erreicht. ...<<
Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtet später über die völkerrechtlichen Auswirkungen des Einigungsvertrages (x849/...): >>... Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde die Zahlung der "Schattenquote" aktuell. Schien es lange Zeit so, daß die Zinsrückstände für deutsche Auslandsanleihen in den 30er Jahren nie zur Zahlung kämen, so änderte sich das mit dem 3. Oktober 1990.
Wer angenommen hatte, die Sache mit den noch offenen Zinszahlungen für 1945-1952 sei vergessen und hinfällig, wurde eines Besseren belehrt und darf sich gegebenenfalls freuen. Unbeglichene Geldverbindlichkeiten werden in dieser Gesellschaft weder vergessen noch hinfällig.
Es ist eigentlich unerheblich, wäre aber ganz interessant zu wissen, wer die noch nicht gezahlten Zinsen für die deutschen Auslandsschulden aus dem Schattendasein herausgeholt hat, ob ungeduldige Gläubiger oder beflissene Finanzbeamte.
Im Einigungsvertrag von 1990 steht nichts über die mit dem Beitritt der DDR zur BRD aktuell werdende Angelegenheit. Eine im Einigungsvertrag fixierte Schuldenregelung betrifft nur die "aufgelaufene Gesamtverschuldung des Republikhaushalts der Deutschen Demokratischen Republik" (Artikel 23). Allerdings bestimmt Artikel 11 des Einigungsvertrages, "daß völkerrechtliche Verträge und Vereinbarungen, denen die Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartei angehört ... ihre Gültigkeit behalten und die daraus folgenden Rechte und Verpflichtungen sich ... auch auf das in Artikel 3 genannte Gebiet (die DDR - M. O.) beziehen".
Nun werden auch die Ostdeutschen zur Kasse gebeten, rückständige Zinsen für Auslandsschulden des Deutschen Reiches zu zahlen. Bereits im Oktober 1990 gab es erste bankeninterne Bekanntmachungen über die bevorstehende Ausgabe von Schuldverschreibungen des Bundes auf die "Schattenquote". Bei den Londoner Verhandlungen war entschieden worden, solche Schuldscheine an die Gläubiger nicht schon damals oder zu einem anderen festen Termin auszugeben, sondern eben zu dem sehr unbestimmten Zeitpunkt einer "Wiedervereinigung" Deutschlands. Jetzt war es soweit. ...
Im August 1991 veröffentlichte dann der Bundesanzeiger eine ausführliche Bekanntmachung über die Ausgabe von "Drei-Prozent-Fundierungsschuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland für Zinsrückstände aus Auslandsschulden des Deutschen Reichs nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 ('Schattenquoten')".
Zu bedienen seien Zinsrückstände der Jahre 1945 bis 1952 aus folgenden Anleihen: Deutsche Äußere Anleihe von 1924 (Dawes-Anleihe), Internationale Anleihe des Deutschen Reichs von 1930 (Young-Anleihe) und Deutsche Äußere Anleihe von 1930 (Zündholz- oder Kreuger-Anleihe). Ohne besondere Verhandlungen werde der Bund auch die von 1937 bis 1951 bzw. 1952 aufgelaufenen Zinsrückstände aus Äußeren Anleihen des Freistaates Preußen von 1926 und 1927 bedienen.
Die Schuldverschreibungen würden mit drei Prozent jährlich ab 3. Oktober 1990 verzinst, bei halbjährlicher Zinszahlung (jeweils zum 3. April und 3. Oktober). Die Laufzeit wurde auf 20 Jahre, die Endfälligkeit entsprechend auf den 3. Oktober 2010 festgesetzt. Die Tilgung sollte durch Ankauf (Rückkauf) oder auf dem Wege der Auslosung ab 1995 in gleichbleibenden Jahresraten von 2,5 Prozent (Dawes- und Preußen-Anleihen) bzw. 1,25 Prozent (die Anleihen

von 1930) erfolgen.
Die Schuldverschreibungen erhielten Börsenzulassung und andere Wertpapiereigenschaften und wurden ins Bundesschuldbuch eingetragen. Sie konnten in DM, Pfund Sterling, Schweizer Franken, Schwedenkronen, US-Dollar, belgischen oder französischen Francs sowie in holländischen Gulden ausgestellt werden.
Die Schuldverschreibungen wurden von der Bundesbank ausgegeben an die Inhaber von Bezugs- bzw. Zinsscheinen der betreffenden Anleihen. Diese Scheine waren einzureichen. Die Ansprüche konnten auch in den ursprünglichen Emissionsländern der Anleihen geltend gemacht werden. In den wenigsten Fällen dürften die heutigen Besitzer dieser Schuldscheine frühere Anleihezeichner oder deren Nachkommen sein.
Höchstwahrscheinlich sind die meisten Anleihepapiere von den ursprünglichen Gläubigern schon vor langer Zeit als vermeintlich wertlos abgestoßen worden. Mit den Schuldverschreibungen von 1990 aber brachten sie nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik noch eine beachtliche Rendite und stehen, soweit nicht schon getilgt, jetzt mit der letzten Zinsrate zur Auszahlung. Etwa 70,5 Millionen Euro sind dafür im Bundeshaushalt 2010 eingestellt.
Fazit: Seit 1990 sind auch alle Steuerzahler in den ostdeutschen Bundesländern dazu herangezogen, alte Reichs- und Preußen-Auslandsschulden zu begleichen. Natürlich sind damit sogar die von Hartz IV Betroffenen beteiligt.
So ist es eben: "Wir sind ein Volk." ...<<
Der deutsche Jurist Dr. Klaus Sojka (1926-2009) schreibt später über den Staat Bundesrepublik Deutschland und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (x857/...): >>**Die BRD ist kein Staat**
Die BRD ist kein Staat, sondern lediglich ein provisorisches "Besatzungs-Konstrukt".
Das Grundgesetz
Das "Bonner Grundgesetz", wie es ursprünglich genannt wurde, wurde auf Veranlassung der westlichen Besatzungsmächte vom mit überwiegend ausgezeichneten Fachleuten besetzten "Parlamentarischen Rat" erstellt und am 23. Mai 1949 in Bonn verkündet. Es wurde im Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Drittel der beteiligten deutschen Länder angenommen. Bayern lehnte es ab, akzeptierte jedoch seine Verbindlichkeit durch die Annahme der übrigen westdeutschen Bundesländer. Diese verfassungsähnliche Satzung, die ausdrücklich als Provisorium gedacht war, mußte
a) die für sie verbindlichen Vorstellungen der drei westlichen Besatzungsmächte berücksichtigen (vergleiche Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 III ...), gleichwohl
b) die Formulierung eines modernen Verfassungstextes anbieten und hierbei
c) vor allem durch den Hinweis auf die Vorläufigkeit die unterdrückte Abstimmung durch das Volk übermänteln und nicht zuletzt
d) den - nicht kompetenten - Ländern die Annahme hauptsächlich durch den Hinweis auf das Provisorium schmackhaft machen, das ja einer **späteren Volksabstimmung** unterliegen würde.
Zeitzeugen können das Ränkespiel bestätigen
Ich als Zeitzeuge kann das Ränkespiel mit dem wesentlichen Hinweis auf den Übergangs-Charakter bestätigen. Die Ländergremien (Landtage, Bürgerschaften in Bremen und Hamburg, sowie das Abgeordnetenhaus in West-Berlin) waren sicherlich nicht ermächtigt, von sich aus über eine "BRD-Quasi-Verfassung" zu bestimmen.
Beispiele: Die Verfassung des damaligen Landes Baden vom 19. Mai 1947, die durch Volksabstimmung in Kraft gesetzt wurde (Art. 130 II), beschreibt Baden als "ein Glied der Gemeinschaft der deutschen Länder" (Art. 50 I), also als Teil eines Staatenbundes, und macht die "Zustimmung zu einer Bundesverfassung der deutschen Länder" von einem verfassungsändernden Gesetz abhängig (Art. 52), und Art. 51 bestimmt, daß das Volk seinen Willen durch

Wahlen und Abstimmungen kund gibt.
Die Verfassung für Württemberg-Baden vom 28. November 1946 bezeichnet das Land als "ein Glied der Deutschen Republik" (Art. 43) und spricht in Art. 105 die "künftige deutsche Verfassung" an. Dieser Landesverfassung hat das Volk durch Volksabstimmung am 24. November 1946 zugestimmt (Art. 108 I).
Die Verfassung für Württemberg-Hohenzollern vom 20. Mai 1947 beschreibt in Art. 1 das Land als "ein Glied der deutschen Bundesrepublik", die es damals noch gar nicht gab. Volksabstimmungen finden über Annahme oder Ablehnung oder über Änderungen der Verfassung statt (Art. 23), also auch über die Abgabe von Hoheitsrechten an einem Zusammenschluß von deutschen Ländern (Art. 125).
Auch die Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947 hat gemäß seiner Präambel das Staatsziel, ein neues demokratisches Deutschland als lebendiges Glied der Völkergemeinschaft zu formen, erwähnt in Art. 141 die künftige Deutsche Verfassung und erklärt in Art. 144 I die Landesverfassung mit der Annahme durch das Volk als verbindlich. Zuvor wird in Art. 74 Rheinland-Pfalz als demokratischer und sozialer Gliedstaat Deutschlands festgestellt.
Die Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946 wird vom Geist der weitgehenden Eigenständigkeit des Landes getragen.

Bayern will beitreten

Gleichwohl will es einem freiwilligen Zusammenschluß der deutschen Einzelstaaten, deren staatsrechtliches Eigenleben zu sichern ist, beitreten und dem so gebildeten deutschen Bundesstaat die unumgänglich notwendigen Hoheitsrechte abtreten (Art. 178, 180).
Die Verfassung des Landes Hessen vom 11. Dezember 1946 bezeichnet ebenfalls in der Präambel Hessen als Gliedstaat der Deutschen Republik und ermächtigt in Art. 152 die Landesregierung, bis zur Bildung einer gesetzgebenden Körperschaft für die deutsche Republik, mit anderen deutschen Regierungen zwecks Vereinheitlichung des Rechts mit anderen deutschen Regierungen Vereinbarungen zu treffen, die der endgültigen gesamtdeutschen Einheit kein Hindernis bereiten dürfen.
Die Zuständigkeiten zwischen der Deutschen Republik und Hessen sind von einer deutschen Nationalversammlung, die vom ganzen deutschen Volk zu wählen ist, verfassungsmäßig abzugrenzen (Art. 153).
Die Landesverfassung trat durch die Annahme durch das Volk in Kraft.
Die Vorläufige Verfassung von Groß-Berlin vom 4. September 1946 weist in Art. 36 darauf hin, daß die Selbstverwaltung Berlins der Alliierten Kommandantur und in Sektoren der Militärregierung des betreffenden Sektors unterstehe. Alle gesetzlichen Bestimmungen, die von der Stadtverordnetenversammlung sowie Verordnungen und Anweisungen, vom Magistrat angenommen bzw. erlassen würden, müßten im Einklang mit den Gesetzen und Anordnungen der Alliierten Mächte in Deutschland und der Alliierten Kommandantur Berlin stehen und von der letzteren genehmigt werden. Verfassungsänderungen u.a. könnten nur mit Genehmigung der Alliierten Kommandantur Berlin vorgenommen werden. Die Bezirksverwaltung unterstehe in ihrer Tätigkeit der Genehmigung der Militärregierung des betreffenden Sektors.
In der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 12. Oktober 1947 wird der Stadtstaat als ein Glied der deutschen Republik bezeichnet (Art. 64). Die Bestimmung des Art. 150 "gilt" (nur) bis zum Inkrafttreten einer Verfassung der deutschen Republik. Der Senat wird ermächtigt, mit Zustimmung der Bürgerschaft für eine Übergangszeit, solange keine deutsche Zentralregierung vorhanden ist, an zonale oder überzonale Organisationen bestimmte Zuständigkeiten zu übertragen. In Art. 152 wird die künftige deutsche Verfassung erwähnt und in Art. 155 bestimmt, daß die Landesverfassung durch Volksentscheid Gültigkeit erlangt.
Die Vorläufige Verfassung der Hansestadt Hamburg vom 15. Mai 1946 nebst 1. und 2. Änderungsgesetz vom 8. Oktober und 7. Dezember 1946 bezeichnet in Art. 1 die Hansestadt als ein

deutsches Land.

Keine eindeutige Bevollmächtigung

Aus diesen Hinweisen dürfte mit genügender Deutlichkeit hervorgehen, daß von einer eindeutigen, wirksamen Bevollmächtigung der Landesparlamente zur Annahme oder Ablehnung einer Bundesverfassung, also einer der wichtigsten staatsrechtlichen Elemente, kaum die Rede sein kann.

Die damalige Verfassungs-Situation der DDR (Deutsche Demokratische Republik) und der deutschen Länder in der sowjetischen Besatzungszone wurden hier nicht abgehandelt.

Letztere sind abgedruckt bei Wegener, W.: "Die neuen deutschen Verfassungen", West-Verlag Essen-Kettwig, 1947. Nach der DDR-Verfassung vom 6. April 1968 hat sich gemäß ihrer Präambel das Volk der DDR diese sozialistische Verfassung gegeben, die, wie aus ihrem letzten Textabschnitt hervorgeht, durch Volksentscheid beschlossen wurde. **Konnte sie gleichwohl durch bloße Parlaments-Beschlüsse geändert oder beseitigt werden?**

Die **Vorläufigkeit** des Bonner Grundgesetzes geht aus der ursprünglichen Fassung der vom "Parlamentarischen Rat" verabschiedeten und von den Ländern angenommenen Fassung hervor. Darin heißt es unter anderem, das deutsche Volk habe in den damals bestehenden Ländern, "um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben", das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Das gesamte deutsche Volk bleibe (jedoch) aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Und in seinem Art. 146 ist festgeschrieben:

"Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Dieses eherne Gebot hätte spätestens bei der Wiedervereinigung erfüllt werden müssen, indem eine neue Bundesverfassung der unmittelbaren Abstimmung durch das Volk zugeführt würde.

Das ist nicht geschehen!!

Vielmehr hat der Bundestag, ohne die Wähler überhaupt zu befragen, mit ziemlicher Dreistigkeit selbst die Präambel geändert und behauptet, die Deutschen in den nunmehr gesamten Bundesländern hätten "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet"; **damit gelte dieses Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk.**

Und geradezu skrupellos fand auch eine Änderung des Art. 146 statt, wonach dieses Grundgesetz nach Vollendung der Einheit und Freiheit für das gesamte deutsche Volk gelte. Aber gleichwohl bleibt die elementare Feststellung gültig: Das Grundgesetz "verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist".

Eine solche Volksentscheidung ist bisher vorenthalten worden.

Entscheidung nur unmittelbar durch das Volk

Die Annahme oder Ablehnung des Grundgesetzes kann nur unmittelbar durch das Volk bestimmt werden. Das geht aus Art. 20 II hervor.

Danach geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Sie wird (vornehmlich) vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und (untergeordneter, zweitrangiger Weise) durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Nun wurde auch hier mit formaljuristischen Winkelzügen "ausgelegt", daß der Text "in Wahlen und Abstimmungen" nur für den Begriff Wahlen gilt. Abstimmungen könnten nur bei der Neugliederung des Bundesgebietes (Art. 29) stattfinden. Demgegenüber ist klarzustellen, daß ein Verfassungstext eindeutig sein muß, daß er für jedermann verständlich und in keiner Weise "auslegungsfähig" ist. Sonst gilt im Zweifel das, was dem Volk selbst zum Besten gereicht.

Und hätten die Väter des Grundgesetzes tatsächlich den Begriff der Abstimmungen nur auf die Neugliederung des Bundesgebiets bezogen, hätten diese besten Fachleute das mit wenigen

Worten im Text festgestellt. Die Einschränkung auf Art. 29 II GG ist daher verfassungswidrig, weil willkürlich, daher unbeachtlich. –
Und eine Annahme unmittelbar durch das Volk gleichsam durch schlüssige Handlung, etwa durch mehrheitliche Teilnahme an Bundestags-Wahlen, ist staatsrechtlich ebenso undenkbar wie der Begriff "indirekte Demokratie", der einen Widerspruch in sich bezeugt. Das Grundgesetz ist daher gegenwärtig nicht wirksam zustande gekommen. Und weil jeder Staat die klassischen Mindest-Säulen, nämlich ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet und eine gültige Verfassung, aufweisen muß, kann die BRD kein rechtlich fundierter Staat sein. Eine gültige Verfassung für Deutschland steht, wie erwähnt, nach wie vor aus.
Wird von der Erkenntnis ausgegangen, daß die BRD noch kein die Weimarer Reichsverfassung ablösendes Grundgesetz hat, sind logischerweise die Begriffe (Bundes-) Verfassungsgericht, Verfassungsrichter, Verfassungsschützer u.a unanwendbar.
Kann jedoch erwartet werden, daß die Inhaber einschlägiger Posten in kühnen Selbstzweifeln ihr Nichtvorhandensein zum Ausdruck bringen und sich verflüchtigen? Weil eine solche Annahme unrealistisch ist, besteht die BRD also faktisch weiterhin.

Wahl des Staatsoberhauptes (Art. 54 GG)

Die Blockierung des unmittelbaren Wähler-Votums (Plebiszits) auch bei elementar wichtigen Entscheidungen läßt Zweifel an der demokratischen Wesenseigenschaft aufkommen - was immer auch unter dem Begriff "Demokratie" verstanden werden mag.
Geradezu **antidemokratisch** mutet darüber hinaus die Wahl des Staatsoberhauptes, also des Bundespräsidenten, an. Der oberste Repräsentant der BRD wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt. Die Bundesversammlung besteht aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Letztere brauchen nicht Parlaments- oder auch nur Parteimitglieder zu sein. Deswegen werden auch namhafte Personen wie Sportler (Boxer, Fußballer o.a.) und sonstige Stars, aber auch Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften und anderer Organisationen zur Präsidentenwahl entsandt.
Der Bürger als eigentlicher Wähler kennt die Delegierten jedenfalls nicht vollständig und erahnt nicht einmal deren politische Einstellung, sofern eine solche überhaupt vorhanden ist. Vor allem ist es dem Abgesandten unbekannt, welchen Wählerwillen er umzusetzen hat. Der/die Delegierte wird also im Zweifel nach den Vorgaben derjenigen Partei handeln, die ihn auserwählt hat. Wo bleibt da noch Raum für das Volk, von dem - angeblich - alle Staatsgewalt ausgeht?
Umgekehrt ist es nicht nur optisch bedenklich, wenn neu zu wählende Bundesoberhaupt-Kandidaten bei den allein maßgeblichen Parteien die Runde machen, um auf den Busch zu klopfen und zwangsläufig sich anzubiedern. Werden sie dann gewählt, fühlen sie sich mindestens unterbewußt zu Dank gegenüber ihren Steigbügelhaltern verpflichtet.
Jedenfalls sollten so Gewählte bei ihren Auftritten im In- und Ausland wenigstens den Eindruck vermeiden, sie sprächen, verzichteten, schämten sich unter anderem für ihr Volk. Denn dieses hatte ja nichts zu sagen.
Anders wäre die staatsrechtliche Lage, wenn der BRD-Präsident vom ganzen deutschen Volk gewählt würde, wie dies etwa Art. 41 der Weimarer Verfassung kodifiziert hat.

Widerstand (Art. 20 IV GG)?

Die BRD basiert nach wie vor auf dem Besatzungs-Status der westlichen Siegermächte. Die Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945 hat, wie erwähnt, den Fortbestand des Deutschen Reiches nicht beendet. Und die BRD ist aus den bereits abgehandelten Gründen nicht in der Lage, einen Friedensvertrag wirksam abzuschließen.
Auch hier traten Formal-Juristen in die Arena und lösten das Problem mit dem Hinweis, eines ausdrücklichen Friedensvertrages bedürfe es nicht mehr; denn durch den Einigungsvertrag

vom 31. August 1990 (Art. 5) und den "Zwei-plus-Vier-Vertrag" vom 12. September 1990 seien schlüssig (konkludent) übliche Friedensverhältnisse erreicht worden.
Eine solche Spekulation kommt einer Zumutung mindestens nahe, weil im Konfliktfall die Schlüssigkeit brüchig wäre. Außerdem sieht Art. 5 des Einigungsvertrages die Empfehlung vor, bei Abhandlung der Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes sich auch mit der über die Anwendung des Art. 146 GG und in deren Rahmen die einer Volksabstimmung vorzusehen. Nähere hierzu siehe in "Der Große Wendig", Band II, S. 856 ff.

Überbleibsel des Deutschen Reiches

Die BRD unterliegt als Überbleibsel des Deutschen Reiches der Feindstaatenklausel, wie sie in der UNO-Charta dokumentiert ist. Feindstaaten wie Deutschland können wesentliche Schutzfunktionen der Völkergemeinschaft nicht beanspruchen. Die Siegermächte sind nicht an das allgemeine Gewaltverbot, das Interventionsgebot oder an den Grundsatz der Vertragstreue gebunden. Sie können beispielsweise militärische Maßnahmen ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates durchführen. Näheres auch hierzu ist nachzulesen im Geschichts-Lexikon "Der Große Wendig", Band II, S. 854 ff., mit Zitaten.
Artikel 20 IV GG sieht das Recht aller Deutschen vor, Widerstand zu leisten gegen jeden, der es unternimmt, die im Grundgesetz verankerte Ordnung zu beseitigen, "wenn andere Hilfe nicht möglich ist". Es wurde im Vorstehenden dargetan, daß das Grundgesetz seine Gültigkeit verliert, sobald eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem **deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist** (Art. 146 GG). Die eben genannte Bestimmung ist ein wesentlicher Bestandteil der verfassungsmäßigen Ordnung, die das Grundgesetz dokumentiert hat. Ist also Widerstand angebracht, ja eine Bürgerpflicht?

Der "Aufruf zum Widerstand" kann nicht einmal gedämpft vernehmbar werden

Denn ist das Grundgesetz noch nicht gültig, wovon hier ausgegangen wird, dann ist auch seine Bestimmung des Art. 20 - IV unanwendbar. Vor allem ist aufgrund des fehlenden Friedensvertrages der Besatzungsstatus auflebbar. Er kann, gepaart mit der Feindstaatenklausel, zum jederzeitigen Eingreifen von Siegermächten führen, um ungelegene Widerstandshandlungen niederzuschlagen oder bereits im Keime zu ersticken.
Die Besatzungsmächte, deren Truppenstärke in Deutschland bereits 70.000 Mann betragen dürfte, sind beim Ausbau ihrer Basen hierzulande nicht an deutsches Baurecht gebunden. Sie bedürfen auch keiner Genehmigung, obwohl lebenswichtige Belange der Deutschen berührt werden können. Militärbasen sind vorrangige Vernichtungsziele bei kriegerischen Handlungen.
Die dabei entstehenden Kollateralschäden (Begleitschäden) können beträchtliche Ausmaße annehmen. Prof. Shirley hat in seinem Buch (Hearst-Verlag, New York, 1999) "Das geheime Zusatzabkommen zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" den Passus "Medienhoheit" abgehandelt, wobei die letzte Einflußnahme über Presse, Rundfunk, Verlagswesen, u.a. bis zum Jahr 2033 bei den Alliierten verbleibt!!
Bestehen also solche geheimen Vorbehalte, dann kann der Argwohn nicht beschwichtigt werden, wonach noch mehrere möglicherweise entscheidende "vertrauliche Zusatzabkommen" existieren.
Eine "Teil-Souveränität" Deutschlands ist staatsrechtlich nicht vorstellbar. Ein solcher Begriff wäre auch hier ein Widerspruch in sich.

Aktuelle Situationen

Die mangelnde Vertretungsbefugnis der BRD-Repräsentanten sollte diese daran hindern, lebenswichtige Entscheidungen für Deutschland und seine Bewohner zu treffen.
So ist die Entsendung deutscher Soldaten für Einsätze auch außerhalb Deutschlands und sogar außerhalb Europas rechtlich nicht legitimiert.
Die Abgabe von BRD-Hoheitsrechten, die nur faktisch vorhanden sind, an internationale Or-

ganisationen wie NATO, UNO, EU ist staatsrechtlich bedenklich. Dies gilt insbesondere für die "Annahme" der EU-Verfassung durch den Bundestag gegen den klar erkenntlichen Volkswillen.

Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches (Ost-Gebiete) ist ungültig und nichtig und stellt eine unerlaubte Handlung dar.

Die Einführung der Euro-Währung unter gleichzeitiger Abschaffung der erstklassigen Deutschen Mark kann nicht mit vermeintlichen oder tatsächlichen wirtschaftlichen Vorteilen gerechtfertigt werden. **Die Währungsänderung ohne Volksabstimmung ist ungültig.**

Wiederherstellung rechtmäßiger Verhältnisse

Österreich, das von 1938 bis 1945 mit dem Deutschen Reich verbunden war, gelang es bereits zehn Jahre nach Kriegsende, die Besatzungsmächte loszuwerden und einen Friedensvertrag abzuschließen. Zwar ist die Alpenrepublik in Bezug auf die geographische und militärische Lage, die Wirtschaftskraft und die Schlagkraft ihrer Streitmächte mit Deutschland nicht zu vergleichen. Gleichwohl haben es seine Politiker fertiggebracht, sich der "Befreier-Umarmung" zu entwinden.

Der BRD-Politik waren wiederholt Chancen eingeräumt, die volle Souveränität, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Wegfall der Feindstaatenklausel zu erreichen. Sie hat diese - aus welchen Gründen auch immer - nicht wahrgenommen. Und offenbar will das Volk nicht länger warten. Es muß verlangt werden: Die Volksabstimmung über die Bundesverfassung. Deren Qualität ist jedenfalls im ursprünglichen Text unbestreitbar. Sie kann sogar als vorbildlich empfunden werden.

Ihr Inhalt baut weitgehend auf: auf der Weimarer Verfassung von 1919, auf der Reichsverfassung von 1871, der Preußischen Verfassung von 1850 und sogar der Paulskirchenverfassung von 1849. Der ursprüngliche vom Parlamentarischen Rat entworfene Grundgesetz-Wortlaut ist abgedruckt bei Wegener a.a.O., S. 301 ff.

Volksabstimmungen über alle Verfassungsänderungen und sonstigen das Verfassungsgefüge berührenden Angelegenheiten (Grundfragen),

- unmittelbare Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk,
- Abzug aller Besatzungs-Militärs,
- Beendigung aller Vorbehalte der Siegermächte hinsichtlich der deutschen Staatsordnung und ihrer Verwirklichung und
- klarer Verzicht der Siegermächte auf die Feindstaatenklausel gegenüber Deutschland, sowie
- ein eindeutiger Friedensabschluß.

Die "Große Verfassungsreform" 2006

Bundestags-Parteien verkündeten mit beträchtlichem Presse-Einsatz im Jahre 2006 die Durchführung einer "Großen Verfassungsreform". Diese Gelegenheit benutzte ich, um an alle im Bundestag vertretenen Parteien und an die im Bundesrat fungierenden Bundesländer zu schreiben.

Ich erwähnte, Bundestag und Bundesrat seien weder für die Schaffung einer Deutschen Verfassung zuständig noch könnten diese Gremien verfassungsrechtliche Änderungen vornehmen. Sie unterlägen ausschließlich der unmittelbaren Willensbekundung des wahlberechtigten Volkes.

Die damaligen Bundesländer seien nicht ermächtigt gewesen, das "Bonner Grundgesetz" in Kraft zu setzen. Deswegen sei es niemals verbindlich geworden - auch nicht indirekt durch die folgenden Landtags- und Bundestags-Wahlen. Denn ein indirektes Inkraftsetzen einer Verfassung, die im höchsten Maße die Belange des Volkes berühre, sei rechtlich und praktisch schlicht unvorstellbar. Deswegen hätten die sich dieser Problematik durchaus bewußten "Väter des Grundgesetzes" in der Präambel und im Schluß-Artikel die **Vorläufigkeit** ihres Werkes festgeschrieben und die Annahme oder Ablehnung des endgültigen Verfassungstextes

unmittelbar den Wählerinnen und Wählern vorbehalten.

Das Provisorium muß abgelöst werden

Das so bewußt und gewollt geschaffene Provisorium habe spätestens bei der Teil-Wiedervereinigung Deutschlands von einer ordnungsgemäß in Kraft gesetzten Bundesverfassung abgelöst werden müssen. Dies sei wiederum nicht geschehen und werde auch bei der gegenwärtigen Absicht, das Grundgesetz in seinen Ursprüngen so zu ändern, in keiner Weise berücksichtigt. Die bisherigen Gremien seien also nicht befugt gewesen, der Abtretung großer östlicher Teile des Reiches mit den dort verbliebenen Deutschen und allen Kultur- und Sachwerten einfach zuzustimmen, ohne wenigstens im Rahmen des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts die Betroffenen zu fragen.

Die Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten auf die EU mit der teilweisen Abschaffung der staatlichen Gesetzgebungszuständigkeit, die Aufgabe der beispiellosen DM-Währung, die Einwanderungs- und Militärgestaltung und die Annahme der EU-Verfassung ("Vertrag von Lissabon") durch beide Kammern der Bundesrepublik seien Fakten, mit denen sich keine Bürgerin und kein Bürger abzufinden brauche.

Das Grundgesetz jedenfalls in seiner ursprünglichen Gestalt, womöglich auch in der durch die Föderalismus-Änderung vorgesehenen Fassung, erscheine als durchaus billigenswert und bestmöglich. Es bedürfe indessen des Inkrafttretens der Bundesverfassung und jeder Verfassungsänderung sowie der Berufung des Bundespräsidenten der unmittelbaren Willenskundgebung, also direkter Wahlen und Abstimmungen, durch das Staatsvolk.

Das deutsche Volk soll entscheiden

Es werde daher gebeten, bei der beabsichtigten Grundgesetzänderung darauf zu achten, daß nach deren Verabschiedung durch Bundestag und Bundesrat endgültig das deutsche Volk über den Wortlaut der Bundesverfassung entscheide. Dies gelte auch für die Wahl des Bundespräsidenten.

Weiter führte ich aus:

"Das Grundgesetz bestimmt in seinem Art. 20 Satz 2, daß alle Staatsgewalt vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Diese Ausübung des Volkswillens auch durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ist nachrangig. Die Einschränkung der so von den Vätern des Grundgesetzes garantierten Plebiszite auf die Neugliederung des Bundesgebietes durch akrobatische Auslegung des Textes, also die Beschränkung auf Art. 29 GG, ist daher absolut unbeachtlich.

Denn gerade Bestimmungen, denen Verfassungs-Charakter beigemessen wird, vertragen keine einengenden Interpretationen, zumal hier nichts auszulegen ist. Es wird daher unumgänglich sein, Art. 20 II GG entsprechend klarzustellen."

Hierauf antwortete die Bundestags-Fraktion der SPD ziemlich postwendend, es werde der Eingang meines Schreibens bestätigt. Dieses sei zur weiteren Bearbeitung an die zuständige Facharbeitsgruppe weitergeleitet worden.

Die Linke (PDS) teilte meine Auffassung, daß im Grundgesetz Plebiszite und andere Elemente der Volksgesetze verankert werden müßten, und sie sei dazu erst jüngst parlamentarisch tätig geworden. Mit Ausnahme der Tatsache, daß sich die PDS 1990 für die Erarbeitung einer neuen gesamtdeutschen Verfassung eingesetzt habe, teilte sie in allen darüber hinausgehenden Punkten meines Schreibens die von mir geäußerten Positionen nicht. Im Besonderen verkennten meine Ausführungen zur "Abtretung großer östlicher Teile des Reiches" die historische Notwendigkeit und Berechtigung der unter der Kanzlerschaft von Herrn Brandt abgeschlossenen "Ostverträge", die die Billigung des Deutschen Bundestages gefunden und wesentlich zur Entspannung und Friedenssicherung zwischen Ost und West beigetragen hätten.

Ausführlicher reagierte die CSU-Landesgruppe.

Schon häufiger in der öffentlichen Diskussion

Meine Argumente zum Inkrafttreten und zur Geltung des Grundgesetzes seien schon häufiger in der öffentlichen Diskussion genannt worden.
Nach Überzeugung des antwortenden Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU bestehe für die Geltung des Grundgesetzes eine hinreichende Legitimation. Eine verfassungsrechtliche Problematik könne er hier deshalb nicht erkennen, obwohl auch anders lautende Rechtsauffassungen vorhanden seien. Er wolle daran erinnern, daß sich das Grundgesetz nun **in über 55 Jahren in hervorragender Weise bewährt** habe. Dies gelte gerade auch für seine Grundentscheidung zugunsten der parlamentarischen Form der Demokratie.
Dies bedeute aber nicht, daß nicht auch über Elemente der direkten Demokratie nachgedacht werden dürfe. Dies müsse allerdings "mit Augenmaß und im richtigen Zusammenhang erfolgen". Darauf erwiderte ich unter anderem:
"Auf die unmittelbare Mitwirkung des Volkes wie Annahme oder Ablehnung der Bundesverfassung, bei allen ihren Änderungen, der Wahl des Staatsoberhauptes und andern wichtigen Entscheidungen könne unter gar keinen Umständen verzichtet werden."

Angebliche "historische Notwendigkeit"

Dabei sollten weder das "Augenmaß" noch die angeblich "historische Notwendigkeit" der Preisgabe Ostdeutschlands unter anderem von der Verwirklichung des Plebiszits ablenken. Die Meinung, daß sich das Grundgesetz in nun über 55 Jahren in hervorragender Weise bewährt habe, lasse sich kaum mit der Tatsache in Einklang bringen, daß es in dieser Zeit - unter Ausschluß des direkten Volkswillens - unglaublich oft geändert wurde (vgl. hierzu etwa Sartorius I, S. 1, GG 1).
Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe holte weiter aus: Es gebe sicherlich Gesichtspunkte, die sich für eine Stärkung der plebiszitären Elemente bei der Bundesgesetzgebung anführen ließen. Auch der Deutsche Bundestag habe sich mit dem Thema einer stärkeren direkten Beteiligung des Volkes an der Gesetzgebung in der Vergangenheit schon häufig beschäftigt. Für ihn sei auf jeden Fall klar, daß auch in der repräsentativen Form der Demokratie die Möglichkeit bestehe, die Meinung der Bevölkerungsmehrheit angemessen zu berücksichtigen, wenn zur Kenntnis genommen werde, was diese denke.
Die immer komplexer werdenden Fragestellungen unserer Gesellschaft, die die Notwendigkeit gesetzlicher Regelung mit sich brächten, eigneten sich in vielen Fällen schon aufgrund der Breite und Spezialität der jeweiligen Materie nicht, in allen Einzelheiten von der Bevölkerung selbst diskutiert und letztlich entschieden zu werden. Mit gutem Grund sehe daher das Grundgesetz auch vor, daß die politischen Parteien gewissermaßen als Instrumente zur "Aufbereitung" des politischen Willens fungierten, und durch die Konkurrenz der politischen Parteien sei gewährleistet, daß es in der Gesellschaft zu einem offenen und freien Austausch der politischen Argumente komme und die Bürger sich ihre eigene Auffassung über die bestmögliche Lösung eines bestimmten Problems bilden könnten.

Ausweitung plebiszitärer Elemente

Es sei auch zu bedenken, daß eine Ausweitung plebiszitärer Elemente letztlich immer auch die Gefahr des Mißbrauchs dieser Elemente durch populistische Agitation mit sich brächte. Die meisten Bürger schafften es in der Regel nicht, sich im Detail mit einer zu regelnden gesetzgeberischen Materie zu befassen, so daß letztlich die herkömmlichen Deutungs- und Wissens-Eliten auf den Plan träten, die den Diskurs beherrschten.
Es sei auch nicht erkenntlich, daß das Grundgesetz etwa in seinem Artikel 20 eine Bevorzugung der direkten Form der Demokratie gegenüber den repräsentativen enthalte. Die parlamentarische Form der Demokratie sei keine "minderwertige" Demokratie. An den Argumenten der Befürworter der Stärkung der plebiszitären Elemente störe bisweilen, daß der Eindruck erweckt werde, nur die direkte Demokratie sei die "richtige". Dies sei nach der Überzeugung des parlamentarischen Geschäftsführers sowohl unter rechtlichen und wissenschaftlichen Ge-

sichtspunkten als auch aufgrund der praktischen Erfahrungen eindeutig falsch.
Hierauf gab ich zu bedenken:
"Wenn man den Inhalt des letzten Schreibens genau nimmt, bedeutet er die Abkehr von eigentlicher Demokratie zugunsten einer legislativen Selbstverwaltung. Daran ändern auch angepaßte Meinungen gar nichts. Wäre die geäußerte Ansicht zutreffend, müßte die Frage auftreten, wozu dann der Bundestag als Gremium überhaupt existenzberechtigt ist. Denn wenn eine Vielzahl von Spezial-Problemen nur von Experten behandelt und gelöst werden kann, wie dies größtenteils in den Fachausschüssen geschieht, dann sollte doch - wie nach dem Ermächtigungsgesetz - die Regierung, gestützt auf das Experten-Potential, unmittelbar gesetzgeberische Funktionen ausüben.
Das hätte den Vorteil, parteipolitische Schau-Geplänkel zu vermeiden und reinem Sachverstand den Vorzug zu geben.
Sinngehalt des Gesetzes leichter zu vermitteln
Und dem Volk selbst wäre der Sinngehalt des Gesetzes auf diese Weise leichter zu vermitteln, als dies gegenwärtig geschieht - oder einfach nicht geschieht.
Mir geht es indessen darum, daß bei solch elementaren (Schicksals-)Fragen das Volk unmittelbar mitwirkt. Das sind, wie erwähnt, Verabschiedung der Verfassung, alle ihre Änderungen, Abgaben von Souveränitätsrechten an überstaatliche Gemeinschaften und sonstige Institutionen, Militäreinsätze und - nicht zuletzt - Wahlen des Staatsoberhauptes. Daß so etwas auch bei Plebisziten gut funktioniert, beweisen Gepflogenheiten und Selbstverständlichkeiten anderer Staaten, die mit unserem durchaus vergleichbar sind. Nur wer das Volk für "unfähig" hinstellt, sich selbst eine Meinung zu bilden und diese zum Ausdruck zu bringen, wird das nicht einsehen können. Er kann sich dann aber nicht auf 'wirkliche' Demokratie berufen."
Hierauf ist bislang nichts erwidert worden. Aber vielleicht rührt sich doch noch einmal etwas.
Übrigens: Die anderen angeschriebenen Parteien haben sich einfach in Schweigen gehüllt.
Der BRD-Gesetzgebung wäre es gerade durch das Grundgesetz ohne weiteres möglich, Plebiszite durch Klarstellung im Art. 20 GG und die unmittelbare Wahl des Bundespräsidenten durch Änderung des Art. 54 GG zu verwirklichen. Denn Änderungen des Grundgesetzes sind nach Art. 79 GG leicht durchführbar. Die Vorenthaltung von Volksabstimmungen über die Annahme der Bundesverfassung und ihre Änderungen ist staatsrechtlich unverantwortlich und dient - trotz aller anderweitigen Beschwörungen - letztlich nur dem Erhalt der gegenwärtig bestehenden Macht.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2022) im COMPACT-Spezial Nr. 36 (x373/35-37): >>**Immer noch ein besetztes Land**
_ von *Karel Meissner*
Kein souveräner Staat: Die Bundesrepublik entstand 1949 als Protektorat der Siegermächte, das Grundgesetz wurde unter ihrer Führung als Provisorium verabschiedet. Mit der Wiedervereinigung seien diese Vorbehaltsrechte entfallen, behaupten viele.
Eine Beschreibung der tatsächlichen Verhältnisse nach Kriegsende gab Carlo Schmid als Vertreter der SPD am 8. September 1948 im Parlamentarischen Rat: "Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten."
Es wird deutlich, daß das Grundgesetz eben keine Verfassung, sondern lediglich ein Provisorium für die Besatzungszeit darstellte. Da dieses Gesetzeswerk aber bis heute gilt, gibt es berechtigte Zweifel, ob die Besatzungszeit wirklich zu Ende ist. Dafür spricht, daß alliierte Vorbehaltsklauseln, die etwa in Geheimverträgen zum Überleitungsvertrag 1954/55 und in Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut von 1959 und 1998 festgeschrieben wurden, ihre

Gültigkeit nicht verloren haben.
Tatsache ist: Einige alliierte Kontrollratsgesetze und Bestimmungen bestehen bis heute, wurden 1968 durch die sogenannten Notstandsgesetze und durch den Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 lediglich modifiziert. Dazu gehört Artikel zwei, Absatz eins des Überleitungsvertrags von 1955, der besagt: "Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft ..." Während also das wiedervereinigte Deutschland 1990 vordergründig die volle Souveränität erlangte, blieben gegenteilige Gesetze und Bestimmungen de facto in Kraft.

Zwei plus vier gleich fünf

Pünktlich zum 8. Mai 2015 - dem 70. Jahrestag der Niederwerfung Hitlerdeutschlands durch die alliierten Siegermächte - wartete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit einer kleinen Sensation auf. In einem zweispaltigen Artikel beschrieb sie die fehlende Souveränität Deutschlands - trotz Wiedervereinigung.
Unter dem Titel "Deutschland als Ganzes" und mit der Unterzeile "Am 8. Mai 1945 kapitulierte die Wehrmacht - doch das Deutsche Reich bestand fort" wagte der Redakteur des Politik-Ressorts Reinhard Müller einen Blick auf die völkerrechtliche Situation Deutschlands. Das dem transatlantischen Bündnis mit den USA sonst so verbundene Medium traute sich am Tag der sogenannten Befreiung, die immer noch ungeklärte Frage der deutschen Souveränität zu thematisieren, und scheute dabei auch nicht davor zurück, einige unbequeme Wahrheiten anzusprechen, die andere Journalisten jenseits des Mainstreams wohl den Kopf gekostet hätten.
Eine Kostprobe: "So war das Kriegsende das Ende des nationalsozialistischen Regimes. Aber der deutsche Staat ging nicht unter. Die militärische Kapitulation der Wehrmacht änderte nichts am Fortbestand des Reiches." Diese Aussage hätte man bisher nur den sogenannten Reichsbürgern zugetraut, galt die Thematisierung dieser Tatsache doch als sträfliche Verbreitung braunen Gedankenguts. Weder das deutsche Volk noch der Staat habe vor den Siegern kapituliert, so Müller, denn "die militärische Führung hatte ... weder den Willen noch die Befugnis, staatliche Souveränität aufzugeben". So übernahmen die Alliierten lediglich die Macht im besetzten Gebiet, "weder eine Annexion Deutschlands noch eine permanente Zerschlagung" seien das Ziel gewesen. Vielmehr habe man "die deutsche Staatsgewalt nur vorübergehend außer Kraft gesetzt".

Die Sonderrechte

Müller zeichnet auf nüchterne Weise die rechtlichen Entwicklungen zwischen Siegern und Besiegten nach, indem er schreibt: "Auch das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 ging vom Fortbestand Deutschlands aus. Es werden Reparationen gefordert - und es ist von einer noch mit Deutschland zu treffenden friedensvertraglichen Regelung die Rede. Doch dazu kam es lange nicht." Die Situation der geteilten Nation beschreibt der FAZ-Redakteur so: "Mit der Gründung von Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949 wurden deutsche (Teil-)Staaten gegründet, doch behielten die Siegermächte ihre Sonderrechte in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes."
Auch die 1955 unterzeichneten Verträge zwischen dem westdeutschen Staat und den drei Mächten haben das Besatzungsregime, wie lange angenommen wurde, nicht endgültig beendet, so Müller weiter. Die alliierten Mächte sicherten sich vielmehr "Vorbehaltsrechte mit Blick auf eine Wiedervereinigung des Landes und auf einen Friedensvertrag zu". Im Ostteil sei Ähnliches geschehen. "Deutschland zerfiel somit rechtlich nicht in zwei Staaten, sondern bestand fort - gleichsam zusammengehalten von den Rechten der Alliierten." Latenter Anti-Amerikanismus? Nein, historische Tatsache.
Sogar das berühmte Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973, das erneut bestätigte, daß

das Deutsche Reich nicht untergegangen sei, zitiert der FAZ-Redakteur. Die Bundesrepublik sei als Staat "identisch" mit diesem, in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings lediglich "teilidentisch". Dieses Identitätspostulat des ehemaligen Deutschen Reiches mit der unter alliierter Kontrolle stehenden Bundesrepublik wirft Fragen auf, die der Autor nicht gesondert behandelt. Doch sagt er wohl, daß auch die deutschen Ostgebiete jenseits der DDR-Grenzen zum fortbestehenden Deutschen Reich gehörten, was "jahrzehntelang ein Konsens, auch in den westdeutschen Parteien" gewesen sei. "Die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze sollte demnach einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten bleiben."

Der verschleppte Frieden

Das Sensationelle des Artikels liegt in der Beschreibung der Situation seit der Wiedervereinigung: "Mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag kam es 1990 dann zu einer "abschließenden" Regelung in Bezug auf

Deutschland als Ganzes. Obwohl das Besatzungsstatut seit 1955 nicht mehr gegolten hatte und beide deutsche Staaten 1973 Mitglied der Vereinten Nationen wurden, war die Wiedervereinigung nicht allein Sache der Deutschen." Die deutschen Teilstaaten mußten, so Müller weiter, mit den vier Besatzungsmächten verhandeln, um die Einheit durchzusetzen. Insofern war diese abschließende Maßnahme kein souveräner Akt, sogar den "Verlust der Ostgebiete" habe man als Bedingung hinnehmen müssen. Der Autor zweifelt also daran, daß bei der Wiedervereinigung 1990 die deutsche Souveränität voll wiederhergestellt worden war.

Wie aber lassen sich die durch den Zwei-plus-vier- Vertrag scheinbar wiedergewonnene Einheit und Souveränität mit der Geltung besatzungsrechtlicher Vorbehalte vereinbaren? Auch darauf findet Müller eine Antwort: "Der Sache nach war das jene friedensvertragliche Regelung, die schon das Potsdamer Abkommen im Sinn hatte und bis zu der die alliierten Vorbehaltsrechte nur gelten sollten.

Der Vertrag wurde aber nicht Friedensvertrag genannt, und er enthielt ausdrücklich auch keine Reparationsregelung - weil nicht zuletzt Deutschland ein Interesse daran hatte, daß nicht jeder Staat, der bis zum 8. Mai 1945 noch mit Deutschland im Kriegszustand war, nun noch Forderungen aufstellte." Ist das glaubhaft? Hat das besiegte Deutschland selbst seinen Einfluß genutzt, um auf einen Friedensvertrag zu verzichten, zum Schutz vor Reparationsforderungen?

Im letzten Abschnitt des Artikels wird sichtbar, was für jede Auseinandersetzung mit der Rechtslage in Deutschland symptomatisch zu sein scheint - man widerspricht sich selbst, weil nicht sein kann, was nicht sein darf: "Allerdings ist der Zwei-plus-vier- Vertrag durchaus nicht nur von den Vertragsparteien als endgültige friedensvertragliche Regelung angesehen worden. Seitdem hat Deutschland "volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten". ... Doch gibt es auch 70 Jahre nach der Kapitulation immer noch Überbleibsel des Krieges, auch im Recht. Zum einen existieren in der UN-Charta weiter die Feindstaatenklauseln, die Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland und Japan ermöglichen. ... Zum anderen gibt es auch heute noch fortgeltendes Besatzungsrecht."

Wie kann Deutschland seine volle Souveränität zurückerhalten haben, wenn dennoch weiterhin Besatzungsrecht gilt? Der Autor spezifiziert: "Es handelt sich um Bestimmungen des Überleitungsvertrages aus dem Jahr 1953. Dieser Vertrag wurde durch einen Notenwechsel der Bundesregierung mit den ehemaligen Westmächten suspendiert.

In Kraft bleiben aber alle Maßnahmen, die für "Zwecke der Reparation oder Restitution oder aufgrund des Kriegszustandes" gegen das "deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen" durchgeführt worden sind." Wenn es noch derartige Rückstände von Besatzungsrecht in der deutschen Rechtsprechung gibt, bleiben die Fragen, weshalb man die Deutschen darüber seit Jahrzehnten im Unklaren läßt und wie weit diese Bestimmungen tatsächlich gehen. Erfreulich ist jedoch, daß eine große Tageszeitung die Ungereimtheiten der deutschen Souveränität endlich zum Thema gemacht hat.

Grundgesetz ohne Geltungsbereich
Zum 29. September 1990 wurde per Bundestagsbeschluß der Artikel 23 des Grundgesetzes gestrichen. Er hatte bis dahin dessen Geltungsbereich beschrieben, der sich auf die "alten" Bundesländer erstreckte, und weiter festgehalten: "In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen." Doch seltsam: Anstatt die neuen Bundesländer in Artikel 23 mit aufzunehmen, entfiel der entsprechende Passus an jenem 29. September 1990.
Mit anderen Worten: Als am 3. Oktober 1990 die Bundesländer der ehemaligen DDR mit denen des Westens wiedervereinigt wurden, war der Geltungsbereich des Grundgesetzes schon seit einigen Tagen erloschen. Die Gebiete Mitteldeutschlands konnten der BRD nicht beitreten, wenn der Passus, der dies leisten sollte, nicht mehr existierte. Kann eine Verfassung ohne Bestimmung des Geltungsbereichs überhaupt Gültigkeit haben? Zum Vergleich: In den Bundesverfassungen der Schweiz (Artikel 1) und Österreichs (Artikel 2) sind die jeweiligen Geltungsbereiche - die Namen der Kantone beziehungsweise Bundesländer - an prominenter Stelle festgeschrieben.<<

02.12.1990

BRD: Die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition gewinnt am 2. Dezember 1990 die gesamtdeutsche Wahl.
Bei der vorgezogenen 12. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 43,8 %, SPD = 33,5 %, FDP = 11,0 %, Grüne (West) = 3,9 %, Bündnis 90/Grüne (Ost) = 1,2 %, PDS = 2,4 %, Sonstige = 4,2 %.<<
Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Kohl eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Helmut Kohl (x343/12,15-16): >>**Der Alte und der Pfälzer**
_ *von Jürgen Elsässer*
… Die Wende bleibt aus
… Helmut Kohl. Im Wahlkampf 1983 postulierte er: "Wir werden die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Ausländer in Deutschland um die Hälfte reduzieren!" Passiert ist freilich nichts, der Zuzug ging weiter.
Überhaupt fiel die Bilanz der ersten Kohl-Jahre aus deutscher Sicht ernüchternd aus. Die folgenschwerste Entscheidung am Anfang seiner Amtszeit war die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen - was schon sein Vorgänger Schmidt hatte, aber innerparteilich nicht durchsetzen konnte. Im Gegenzug dazu konnte der Pfälzer immerhin US-Präsident Ronald Reagan dazu bewegen, mit ihm den Soldatenfriedhof in Bitburg zu besuchen, wo auch SS-Gefallene bestattet waren.
Das friedliche Gedenken der Staatsmänner hätte ein Ende der ewigen Beschwörung der Nazi-Vergangenheit bringen können - wäre Kohl nicht aus der eigenen Partei ein Strich durch die Rechnung gemacht worden: Bundespräsident Richard von Weizsäcker nutzte seine Rede zum 40. Jahrestag der "Befreiung" (Weizsäcker) des 8. Mai 1945 genau dazu, alte Wunden wieder aufzureißen. Die Linken jeder Couleur waren begeistert.
Kohls Ansatz einer "geistig-moralischen Wende" scheiterte aber auch an hausgemachten Fehlern. Mit der Zulassung des Privatfernsehens ab 1984 wollte er die Dominanz der öffentlich-rechtlichen Sender - für ihn der "Rotfunk" - brechen. Tatsächlich waren die neuen Programmangebote zwar weniger politisch als ARD und ZDF, aber viel mehr amerikanisiert - seichte Unterhaltung und billiger Sex konnten die Deutschen gerade nicht mit ihren kulturellen Wurzeln in Kontakt bringen.
Deutschland, einig Vaterland
Diese Fehler fallen jedoch angesichts seiner Verdienste in den Schicksalsjahren 1989/90 nicht ins Gewicht. "Es ist keine Frage, daß der Weg zur deutschen Einheit nach Öffnung der Mauer

in wichtigen Etappen auch ein Alleingang Helmut Kohls war", stellt der Historiker Schöllgen zu Recht fest. Er war es, der durch seinen Zehn-Punkte-Plan am 28. November 1989 entschlossen den Weg zur Vereinigung wies - angeblich hatte er das Papier zuvor nur mit zwei Geistlichen und seiner Frau Hannelore beraten. Er war es, dem am 19. Dezember 1989 in Dresden 100.000 DDR-Bürger zujubelten und dadurch deutlich machten, wie das Volk östlich der Elbe denkt.

An dieser Massenmobilisierung zerschellten die Versuche der französischen und britischen Staatsführer François Mitterand und Margaret Thatcher, die Wiedervereinigung doch noch unter Verweis auf geschichtliche und völkerrechtliche Vorbehalte zu verhindern. Geschickt sicherte sich Kohl sowohl das Vertrauen von US-Präsident George H. W. Bush wie von Sowjetführer Michail Gorbatschow, indem er Befürchtungen über einen deutschen Revanchismus an zwei entscheidenden Punkten zerstreute:

Zum einen gab er den Polen eine Garantie für die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze, zum anderen sicherte er den Russen eine Nichtausdehnung der NATO auf das Gebiet der neuen Bundesländer zu. So ließ die Sowjetunion von ihrer Forderung, das vereinigte Deutschland müsse blockfrei sein oder gleichzeitig der NATO und dem Warschauer Pakt angehören, am Ende doch noch ab.

Warum Kohl den sowjetischen Druck auf Abschluß eines Friedensvertrages aber nicht ausnutzte, um einen solchen auch von den westlichen Siegermächten einzufordern, bleibt ein Rätsel. Der ersatzweise verabschiedete Zwei-plus-Vier-Vertrag gab Deutschland zwar entscheidende Souveränitätsrechte zurück, aber hob die Feindstaatenklausel der UNO nicht auf und beendete auch die US-Geheimdiensteinmischung nicht, wie zuletzt die NSA-Affäre gezeigt hat. Daß die Zurückhaltung der NATO bei der Ostausdehnung, die der deutsche Generalsekretär Manfred Wörner und US-Außenminister James Baker zugesichert hatten, nicht vertraglich fixiert worden ist, kann man freilich nicht Kohl anlasten - daran war die Naivität Gorbatschows schuld.

Noch folgenschwerer war, daß Kohl die Zustimmung Frankreichs zur Wiedervereinigung - so jedenfalls die Aufzeichnungen von Präsidentenberater Jacques Attali - letztlich mit einem Deal erkauft hat: das Ja von Mitterand wurde mit dem deutschen Verzicht auf die D-Mark belohnt, im Dezember 1991 besiegelt in den Maastrichter Verträgen. Le Figaro sprach von einem "Versailles ohne Krieg" - in Erinnerung an den Versailler Vertrag, der Deutschland 1919 unter die Knute gezwungen hatte.

Zwei weitere Leistungen von Kohl sollen dennoch nicht vergessen werden: Zum einen hielt er Deutschland, im Unterschied zu seinen Nachfolgern, aus allen Kriegen heraus. Er verweigerte ein Mitmachen beim Golfkrieg 1991, und während des bosnischen Bürgerkrieges in den Folgejahren verkündete er eine Leitlinie, die als Kohl-Doktrin bekannt wurde: Wo die deutsche Wehrmacht ihre Stiefel hingesetzt hat, darf die Bundeswehr es nicht.

Die Wiedervereinigung war zu großen Teilen das Verdienst von Helmut Kohl.

Als es 1999 zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien kam, war er schon nicht mehr Kanzler. Der Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer (CDU), in den 1980er Jahren Staatssekretär im Verteidigungsministerium und mit Kohl an den Verhandlungen zur deutschen Einheit 1990 beteiligt, vertritt die Meinung, mit dem Pfälzer "hätte es 1999 keinen Krieg mit deutscher Beteiligung gegeben". Der damalige russische Premier Jewgenij Primakow schreibt in seinen Erinnerungen, Kohl habe ihm gegenüber den Krieg gegen Jugoslawien "den größten historischen Fehler" genannt. "Wäre ich zu jenem Zeitpunkt noch im Amt gewesen, hätte ich das niemals zugelassen", habe dieser ihm gesagt.

Kohls zweite vorbildliche Weichenstellung nach der Wiedervereinigung war die Neufassung des Asylartikels im Grundgesetz. Nachdem der Ostblock zusammengebrochen war, strömten Hunderttausende in die Bundesrepublik - die Zahl der Asylsuchenden erreichte 1992 den Re-

kordwert von 439.000. Aber anders als Angela Merkel 2015 - in diesem Jahr kamen nach der vermutlich geschönten offiziellen Statistik ungefähr doppelt so viele - verstärkte die Bundesregierung damals die Grenzkontrollen: Nach der Neufassung des Grundgesetzartikels 16a aus dem Jahr 1994 haben Flüchtlinge, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen - und das waren und sind alle Anrainer der Bundesrepublik - keinen Anspruch auf Asyl.
Die Kohl-Regierung demonstrierte, wie man die Flut von Wohlstandsflüchtlingen stoppt, ohne die Grundrechte einzuschränken - seine Nachfolgerin öffnete die Schleusen für illegale Ausländer und brach damit die Verfassung.<<

31.12.1990

BRD: Dr. Herbert Hupka (1915-2006) berichtet im Jahre 1990 in seinem Buch "Meine Heimat Schlesien. Die letzten Tage" über das Schicksal seiner schlesischen Landsleute (x022/11-13,15-16): >>Die Vertreibung aus der Heimat wurde zum letzten Kapitel der vielen Wochen und Monate, ja sogar Jahre währenden Leidensgeschichte der Deutschen in den ostdeutschen Provinzen, der Deutschen in Schlesien und Pommern, in Ost- und Westpreußen, der Deutschen jenseits von Oder und Neiße, wie man sich seit den Beschlüssen der Siegermächte in Potsdam im August 1945 zu sagen angewöhnt hat.
Diese Leidensgeschichte ist nicht nur ein Stück deutscher Geschichte, denn das Leid, das den Deutschen damals 1945 und 1946 und auch noch danach, widerfahren ist, haben andere bewirkt und verursacht, Russen und Angehörige der Völker der Sowjetunion und Polen. Um es mit einem Gedankengang der jüdischen Philosophin Hannah Arendt auszudrücken: genau so wenig wie die Deutschen zuvor waren die Russen oder die Polen die schuldig zu sprechenden Verbrecher, sondern die Unmenschen unter ihnen sind anzuklagen.
Was sich 1945 und danach in Schlesien ereignet hat, ... muß damit erklärt werden, daß zuvor den anderen Völkern Grausames an Leid im deutschen Namen, das heißt von Deutschen zugefügt worden ist. Niemand wird leugnen dürfen und auch wollen, was zuvor Russen, Polen und Juden von Deutschen haben erleiden müssen. Doch was danach geschehen ist, setzte in brutaler Weise die Verbrechen fort und kann durch die Verbrechen zuvor nicht entschuldigt werden.
Verbrechen bleibt Verbrechen, wer auch immer wem auch immer dieses zugefügt hat. So bitter es auch klingen mag, es kam 1945 kein neues Recht in die Welt, das Unrecht wurde fortgeschrieben, Rache und Vergeltung wurden oberstes Gebot. Die Opfer dieses Gebotes waren nicht die Schuldigen von gestern, sondern jeder, der ein Deutscher war, Kinder und Greise, Frauen und Männer, Arbeiter, Bauern, Soldaten, Geistliche. ...
Der Eroberer Schlesiens hieß Sowjetunion, der Soldat der Roten Armee war der Sieger. Von dieser Stunde an, da das Dorf, die Stadt erobert worden waren, bekamen dies die Bewohner in des Wortes fürchterlichster Bedeutung zu spüren. Die erste Truppe okkupierte, die zweite Truppe plünderte, brandschatzte und vergewaltigte. Und dies waren nicht etwa zufällige Entgleisungen und Entartungen, sondern das war militärisches Programm und politischer Freipaß als Lohn für den soldatischen Einsatz. ...
Dem Eroberer folgte nach wenigen Wochen der Pole, um von Schlesien Besitz zu ergreifen. Mancher hoffte, daß es nun vielleicht besser werden könnte, hatte er doch die eben noch erlittene Brutalität der Russen auf die kommunistische Erziehung zur Gottlosigkeit zurückgeführt, und wer Pole sagt, muß auch immer katholisch sagen. Um so bitterer war die Enttäuschung, nicht zuletzt bei den deutschen katholischen Geistlichen, die sich ihrer Glaubensbrüder, vielerorts sogar ihrer Amtsbrüder polnischer Nationalität auf das Bitterste schämen mußten.
Zwar gehörten Brandschatzung und Vergewaltigung nicht mehr im gleichen Ausmaße zur Umgangsform, aber jetzt triumphierten Enteignung und Austreibung und beides geschah immer wieder erbarmungslos in Viertelstunden – oder Stundenfrist. Die weiß-rote polnische Fahne wurde gehißt, was bedeutete, daß aus deutschem Eigentum "polnisches Staatseigen-

tum" geworden war. Die Bereicherung einzelner Polen, ganzer polnischer Familien und auch Banden, ist eines der bittersten Kapitel dieser Leidensgeschichte. Immer wieder wird die polnische Miliz als der große Schuldige angeklagt.
Besonders gefürchtet waren die Ausplünderungen, wenn ein Transport zum Verlassen der Heimat zusammengestellt wurde, oder neuerliche Gewalttaten, wenn man trotz unzähliger, bereits vorangegangener Ausplünderungen endlich den Bahnknotenpunkt Kohlfurt oder die Görlitzer Neiße erreicht hatte. Jeder der Okkupanten meinte, persönlich Rache nehmen zu müssen. Wenn das Wort wahr ist, daß der Mensch dem Menschen zum reißenden Wolf werden kann: hier hat es sich bestätigt. ...<<
>>... Werden nicht längst vernarbte Wunden wieder aufgerissen, wenn über die Ereignisse am Ende des Zweiten Weltkrieges in Schlesien berichtet wird? Es ist auch gefragt worden, ob nicht mancher dieser Berichte zu hart ausgefallen sei, weil die geistige Verarbeitung des Erlebten fehle? Hat es die Vertreibung überhaupt gegeben? Waren es nicht lediglich Einzelerscheinungen, auch Exzesse, die man aber doch wohl nicht verallgemeinern darf?
Wer überwinden will, was geschehen ist, damit es sich nie mehr wiederhole, muß die ganze Wahrheit offenbaren. Es darf nichts, auch wenn es den Urhebern nicht gefallen will und diese vielleicht dann gleich mit dem selbst Erlittenen und nicht minder Grausamem aufwarten könnten und wollen, verschwiegen werden. Die Tatsachen sprechen ihre eigene Sprache.
Niemand will und darf aufrechnen. Jedes Schicksal zählt. Ein Ermordeter war immer ein Ermordeter zu viel. Es werden nicht alte Wunden neu aufgerissen, sondern es wird lediglich darüber berichtet, was der Mensch dem Nächsten alles an Leid zufügen kann, aus Haß, aus Rache, aus angeblicher Sühne, in der selbstangemaßten Rolle eines Richters. ...
... Niemand ruft nach Rache und Vergeltung. Wer aber zu vergeben bemüht ist, muß wissen, wofür er diese Vergebung auszusprechen bereit ist, und ob auch der andere dazu bereit ist. Nur die Wahrheit ... führt in eine bessere Zukunft; bei aller Subjektivität geht es immer um die Wahrheit, zu sagen und andere wissen zu lassen, wie es tatsächlich gewesen ist. ...<<

1991

>>Wenn Schlösser einstürzen, gibt es viel Staub. ... Das Gestern holst du nicht ein, dem Morgen entkommst du nicht.<< (Russisches Sprichwort)

17.01.1991

Irak: Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreien die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen Gebiete und greifen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg").
Die siegreichen Truppen verzichten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Vorgeschichte des 2. "Golfkrieges" (x068/369-371): >>... Eine Woche vor Iraks Angriff, am 25. Juli 1990, ließen die USA durch ihre Botschafterin im Irak, April Glaspie, den Iraker in Sicherheit wiegen. Wörtlich sagte sie, laut "ABC News" und "New York Times":
"Herr Präsident, ich will Ihnen nicht nur versichern, daß Präsident Bush bessere und tiefere Beziehungen mit dem Irak wünscht, sondern er will auch, daß der Irak zum Frieden und zum Wohlstand im Nahen Osten beiträgt. Präsident Bush ist ein intelligenter Mann. Er wird keinen Wirtschaftskrieg gegen den Irak erklären".
Und über den Grenzkonflikt zwischen Kuwait und Irak (der Kuwait nie als Staat anerkannt hatte, folglich auch die Grenze nicht) sagte die Botschafterin wieder wörtlich, "daß diese Frage Amerika nichts angehe. James Baker hat unsere offiziellen Sprecher angewiesen, diese Instruktionen zu betonen."
Derart beruhigt, fiel Saddam Hussein eine Woche später in Kuwait ein. Bush hüllte sich acht

Tage in Schweigen. Dann forderte er den bedingungslosen Rückzug. Darauf gab es eine Menge Friedensbemühungen, Vermittlungsvorschläge, selbst von manchen Seiten, von denen man sie nie erwartet hätte, wie von der des Papstes.
Aber die USA wollten den Konflikt.
Die USA?
Nicht einmal der Kongreß wollte ihn zunächst, geschweige die Nation. Also das alte Problem: wie kriegt man sie herum?
Die Kuwaitis betrauten nun für mehr als zehn Millionen Dollar die New Yorker Firma Hill & Knowlton, das größte amerikanische PR-Unternehmen (ihr Vizepräsident war zuvor Büroleiter von George Bush) und ließen zuerst einmal herausfinden, was die Amerikaner am meisten verabscheuen. Es war Babymord.
Nun engagierte man ein fünfzehnjähriges kuwaitisches Mädchen, Nayirah, delikaterweise die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA. Sie hatte mit eigenen Augen das Gräßliche gesehen. "Ich sah die irakischen Soldaten. Sie kamen mit Gewehren ins Krankenhaus und haben die Babies aus den Brutkästen geholt. Die Brutkästen haben sie mitgenommen und die Babies auf dem kalten Boden sterben lassen. Es war entsetzlich."
Der Chirurg Dr. Issah Ibrahim bestätigte: "Die Babies zu begraben, das war am schlimmsten. Ich selbst habe 40 Neugeborene beerdigt, die von den Brutkästen geholt worden waren."
Die grauenhafte Brutkastenstory mit 312 gestorbenen Babies, diese wohl scheußlichste Tat von Saddams Soldateska, schockierte und empörte die Welt. Vom US-Rechtsausschuß bis zu Amnesty International war man zutiefst betroffen, angewidert, aufgewühlt.
"Die Babies wurden aus den Brutkästen gezogen und wie Feuerholz auf dem Boden verstreut", berichtete, leidzerquält, George Bush.
Und Nayirah, von dem New Yorker PR-Unternehmen offenbar besonders gut geschult, kam kaum von der Sache los: "Es war entsetzlich. Ich mußte die ganze Zeit an meinen neugeborenen Neffen denken, der zu dieser Zeit vielleicht auch schon gestorben war." Noch ein Opfer.
Unter dem Eindruck des Scheußlichen entscheidet sich zwei Tage später der UN-Sicherheitsrat für militärische Gewalt gegen den Irak. Und auch der Kongreß sieht jetzt "die Zeit gekommen, die Aggression dieses gnadenlosen Diktators aufzuhalten, dessen Truppen schwangere Frauen aufspießen und Babies aus den Brutkästen reißen." Mit knapper Mehrheit stimmt man für den Krieg.
Später geht man der Sache nach, forschen die Weltgesundheitsorganisation und Amnesty International in Kuwait, Ortsbesichtigungen, Besprechungen, mehr als ein Dutzend Ärzte werden befragt - nichts. Alles erstunken und erlogen. Doch der Zweck war erfüllt.
Nachdem die USA den achtjährigen Krieg Iraks gegen den Iran voll unterstützt, Saddam Hussein in jeder Weise gefördert und seine Verbrechen gegen die Kurden systematisch ignoriert hatten, bekriegten sie ihn nun. Dabei ging es im Grunde nicht, wie man immer wieder vorgab, um den Einmarsch in Kuwait, es ging schon gar nicht um sonstige Kriminalitäten Saddams, sondern es ging um das Öl, um seine Fördermenge, seinen Preis, um eine antiirakische Kreditblockade, wobei man neue Kredite von der Privatisierung der Ölindustrie des Irak abhängig machte.
Es ging um das von den USA diktierte System der globalen Energieversorgung und damit letztlich darum, die Dritte Welt durch das Recht des Stärkeren unterzuordnen. Jeder Ausbruch Saddam Husseins aus der Dienerrolle war für den Weltherrscher nicht tolerierbar. Denn das hieß, mit den Worten des in Cambridge und Massachusetts lehrenden, international renommierten Noam Chomsky, "Befehle zu mißachten, und damit war er ein Krimineller. Du darfst ein Schlächter sein und ein Schurke und ein Mörder, und das ist völlig in Ordnung, solange du dich an deine Befehle hältst."
Saddam Hussein hatte bereits eine Woche nach seiner Invasion in Kuwait am 2. August 1990

einen Rückzugsvorschlag gemacht. Doch Bush wollte nicht Rückzug, er wollte Krieg. Er erklärte ganz glatt: "Es wird keine Verhandlungen geben", und hat auch weiterhin alle ernst zu nehmenden Verhandlungsmöglichkeiten zwischen dem August 1990 und Mitte Januar systematisch sabotiert.
Statt dessen setzte er ein gewaltiges Expeditionskorps, den wohl größten Truppenaufmarsch der USA seit dem Zweiten Weltkrieg in Bewegung, im Bunde dabei vor allem mit Großbritannien und Israel, und begann die "Operation Wüstensturm" mit flächendeckenden Bombardements, die einen Großteil der irakischen Industrie und Infrastruktur zerstörten, nicht zuletzt aber auch Saddams bäuerliche Truppen, Schiiten meist und Kurden, im Wüstensand begruben. Dagegen schonte man offensichtlich Saddams Eliteeinheiten, ihnen tat man, noch einmal mit Chomsky, "nicht viel, die ließ man sozusagen beiseite, weil sie später gebraucht würden, um die Volksaufstände niederzuschlagen."
Die USA führten den Krieg "traditionell" und bakteriologisch, wobei der bakteriologische Angriff anscheinend mehr Opfer forderte als die gesamte Militäraktion. Nach Schätzungen sollen 70.000 bis 90.000 Menschen gestorben sein, "nachdem alles vorbei war." Ja, man vermutet, daß diese Zahl noch steigen wird.
Man führte den Krieg nicht zuletzt mit einer totalen Zensur, einer zynischen Verharmlosung sondergleichen, einer ständigen Täuschung der Weltöffentlichkeit, mit frommen Phrasen auch. Und nachdem Präsident George Bush sein Versprechen eingelöst hatte, Saddam Hussein in den Arsch zu treten (to kick his ass), und über etwa 150.000 Leichen geschritten war, inszenierte man, spektakulär und dröhnend, mit Konfettiregen und Luftballons, weltweit übertragene "Siegesparaden" der "Helden".
Um so nötiger alles, als sich bei der größten Weltmacht aller Zeiten längst ein militärisches oder patriotisches Trauma eingenistet hatte. Denn trotz ihrer gigantischen Übermacht mißlangen ihr die meisten kriegerischen Aktionen der letzten Jahrzehnte: in Korea konnten sie nicht siegen, in Laos, in Vietnam und Kambodscha wurden sie geschlagen. So war es nicht von ungefähr, daß das Washingtoner "Institute for Foreign Policy Analysis" der US-Militärgeschichte der letzten Jahrzehnte "eine Geschichte dauerhafter professioneller Unfähigkeit" attestierte. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Irakkrieg im Jahre 1991 (x348/12-14): >>**Die Neue Weltordnung**
_ *von Gerhard Wisnewski*
Die Operation Wüstensturm gegen den Irak war der erste Krieg nach dem Untergang des Warschauer Paktes. Er wurde an der medialen Front begonnen und gewonnen. Die Greuelpropaganda der Amerika griff alte Muster auf.
Man schreibt den 10. Oktober 1990. Vor dem Menschenrechtsausschuß des US-Kongresses sagt ein hübsches, 15-jähriges Mädchen aus. Einen Namen oder Nachnamen hat es nicht, beziehungsweise nur einen falschen: "Nayirah".
Mit gedämpfter Stimme hatte John Porter, der Vize-Vorsitzende des Gremiums, "unsere Freunde in den Medien" gebeten, die falsche Identität zu respektieren, um Nayirah und ihre Familie zu schützen. Dann ist sie an der Reihe: Sie komme aus Kuwait, sagt sie, wo sie mit ihrer Mutter die Ferien habe verbringen wollen. Aber nach dem Einmarsch der Iraker (am 2. August 1990) habe sie sich freiwillig zum Dienst im Al-Idar Krankenhaus gemeldet. Immer wieder blickt sie schüchtern auf; ihre Stimme stockt. Was den Kindern von Kuwait angetan worden sei, habe ihr Leben für immer verändert.
"Während ich da war, sah ich, wie die irakischen Soldaten mit ihren Waffen ins Krankenhaus kamen. Sie nahmen die Babys aus ihren Brutkästen", schluchzt sie, "nahmen die Brutkästen mit und ließen die Babys auf dem kalten Boden sterben". Alle wissen, das bedeutet Krieg:

Krieg der USA von Präsident Bush Senior gegen den Irak des Saddam Hussein, um Kuwait von diesem grausamen Invasoren und seinen Schergen zu befreien.

Das bedeutet Krieg

Was viele zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen: Das Mädchen ist keine unbedarfte 15-Jährige, sondern die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, Saud bin Nasir Al-Sabah. Daher auch das fließende Englisch. Und was man sich nicht hätte träumen lassen: Die ganze Geschichte ist erstunken und erlogen. Das Mädchen war mit Hilfe der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton für seinen Auftritt geschult worden.

In Wirklichkeit heiße sie Nijirah al-Sabah, wird die Süddeutsche Zeitung später schreiben (21.5.2010). Der stellvertretende Chef von Hill & Knowlton, ein gewisser Craig Fuller, habe sie persönlich für den Auftritt vor dem Kongreß trainiert. Fuller war Bush Seniors ehemaliger Stabschef. Die Administration schulte also quasi ihre eigenen Zeugen, um die USA in einen Krieg gegen den Irak zu führen - zur Befreiung Kuwaits, einer absoluten Monarchie unter dem Herrscherhaus Al-Sabah, zu dem auch die Zeugin Nijirah al-Sabah gehört.

Bevor die Waffen sprechen, sprechen die Lügner

Bevor die Waffen sprechen, sprechen erst einmal die Lügner. Und zwar nicht erst seit 1990. In Wirklichkeit fußt das gesamte Schicksal der Menschheit auf erfolgreichen Lügen, vor allem Kriegslügen. Ohne sie sähe die Welt wohl anders aus. So hätte es zum Beispiel keinen spanisch-amerikanischen Krieg gegeben, der 1898 durch die angebliche Versenkung des US-Kriegsschiffes Maine im Hafen von Havanna ausgelöst wurde. Vielleicht wären die USA auch nie in den Ersten Weltkrieg gezogen, wenn nicht das Passagierschiff Lusitania 1915 genau vor die Torpedorohre deutscher U-Boote geschickt worden wäre.

Der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde auch erst durch eine Lüge möglich, nämlich den angeblich überraschenden Angriff der Japaner auf die US-Marine-Basis Pearl Harbor am 7. Dezember 1941. In Wirklichkeit hatten die Amerikaner die japanische Flotte seit Wochen auf dem Schirm. In den sechziger Jahren brauchten die Vereinigten Staaten eine weitere Lüge, um ihren Vernichtungskrieg gegen Vietnam führen zu können - den angeblichen Überfall auf ein US-Kriegsschiff im Golf von Tongking durch nordvietnamesische Schnellboote 1964. Heute wissen wir: Den Angriff hat es nie gegeben.

Ergebnis: Hetzpropaganda

Was die angebliche Zeugenaussage Nayirahs angeht, hätte man nüchtern betrachtet auch gleich darauf kommen können, daß damit etwas nicht stimmen konnte. Schließlich wies "Nayirahs" abgelesener Text die typischen Merkmale von Propaganda auf:

- auf die Spitze getriebene, sinnlose Greuel;
- Zivilisten, insbesondere Kinder, als Opfer;
- totale "Überdrehung" (unnatürliche Übertreibung und Verdichtung von Greueln);
- Darstellung des Feindes als "tollwütig" und "außer Rand und Band";
- extrem aufstachelnde Wirkung.

Propagandawaffe Kind

Der Sinn bestand darin, das Denken auszuschalten und die Gefühle direkt in Handlungen umzusetzen: War das nicht so schrecklich, daß man sofort etwas unternehmen mußte - und zwar ohne weitere Fragen zu stellen? Das Motiv der gequälten Kinder ist geradezu ein Klassiker zur Rechtfertigung aller möglichen totalitären und kriegerischen Maßnahmen. Mit dem Leid von Kindern läßt sich alles Mögliche begründen, seien es die Kriegspläne eines George Bush, die komplette Entwaffnung der Bevölkerung (nach immer neuen "Amokläufen") oder eben andere totalitäre Pläne.

Denn Kinder werden nicht nur sexuell mißbraucht, sondern auch politisch. Ihr Leid ist so wirksam, weil einen ihre Mißhandlung in eine sprachlose Wut versetzt. Das war nicht erst 1990 so, als George Bush Senior einen Krieg gegen den Irak anzetteln wollte. Schon "Napole-

on war in England als Menschenfresser verfemt, der sich vom Fleisch kleiner Kinder ernährte", so Hermann Joseph Hiery in dem Buch Angst und Politik. Im Ersten Weltkrieg verbreiteten dann die Engländer die Propagandalüge, die Deutschen würden belgischen Kindern Arme und Beine abhacken.
Schon damals wurde Kaiser Wilhelm II. als "Schlächter von Berlin" bezeichnet und mit einem blutigen Messer in der Hand dargestellt - ähnlich wie 80 Jahre danach Saddam Hussein. Erst viele Jahre später wurde die Lüge in einer BBC-Dokumentation aufgedeckt und quasi "zurückgenommen".
Im Grunde genommen tauscht die angloamerikanische Propaganda in ihren Kriegslügen seit etwa 100 Jahren nur die Namen ihrer geostrategischen Feinde aus. Und die Sache mit den gequälten Kindern ist einfach zu gut und das Gedächtnis der Menschheit zu schlecht, um sie nicht wieder und wieder zu benutzen. Noch am Abend des 10. Oktober 1990 wurde Nayirahs "Zeugenaussage" in den amerikanischen TV-Nachrichten ausgestrahlt und erreichte Millionen Zuschauer. Nicht weniger als sieben Senatoren zitierten Nayirahs Erzählungen in ihren Kriegsreden. Und auch Präsident George Bush Senior nahm etwa ein Dutzend Mal auf Nayirahs Horror-Story Bezug.

Amnesty und die Brutkastenlüge

Die Berichte von den "ermordeten Babys" waren schon seit der irakischen Invasion in Kuwait am 2. August 1990 in die USA lanciert worden. "Nayirahs" Job war es, der Sache ein Gesicht zu geben und sie auf höchster Ebene emotional zu präsentieren. Sozusagen der letzte Schuß auf das "psychologische Tor". Sogar Amnesty International war von Anfang an mit von der Lügenpartie. In einem Amnesty-Bericht vom 19. Dezember 1990 über Menschenrechtsverletzungen in Kuwait kam auch die Brutkastenlüge vor.
Ein ehemaliges Vorstandsmitglied von Amnesty USA, der Rechtsprofessor Francis Boyle, sagte später in einem Interview, der Bericht sei "schlampig und ungenau" gewesen: "Ich hatte den Eindruck, daß er nicht durch die normalen Qualitätskontrollen gegangen war. ... Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß die Geschichte mit den Babys absolut sensationsheischend war, in den USA ganz sicher für Kriegstreiberei genutzt werden würde und die Weichen für einen Krieg stellen könnte. Und deshalb hätten wir die Sache wirklich zwecks Überprüfung zurückziehen sollen.
Aber sie (Amnesty) taten es nicht. ... Schließlich veröffentlichten sie den Report, und Sie wissen, welche schrecklichen Auswirkungen das im Hinblick auf die Kriegspropaganda hatte. Mehrere der US-Senatoren, die für einen Krieg stimmten, sagten, daß der Amnesty-Report sie beeinflußt habe." (*Covert Action Quarterly*, Sommer 2002, Ausgabe 73, S. 9-12)
Prompt wedelte im Fernsehen auch US-Präsident George Bush Senior mit dem Amnesty-Bericht herum. Und noch am 8. Januar 1991 wiederholte ein leitender Mann von Amnesty die Lüge vor dem Kongreß-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. Eine denkwürdige Allianz. Wenig später, am 12. Januar, stimmte der US-Kongreß für den Krieg. Am 16. Januar flogen die ersten Bomben auf den Irak.

Grünes Licht von den Vereinigten Staaten

Was dabei völlig unterging: Der Krieg war von Anfang an ein Produkt der Vereinigten Staaten. Da kein "Diktator" so verrückt ist, ohne Zustimmung des "Großen Bruders" ein Land zu besetzen und eine Öl-Region neu zu ordnen, sicherte sich auch Saddam Hussein vor dem Einmarsch in Kuwait ab.
Zu diesem Zweck traf er sich am 25. Juli 1990 mit der amerikanischen Botschafterin in Bagdad, April Glaspie. Dabei klagte Saddam darüber, von Kuwait in die Enge getrieben worden zu sein. Und zwar zum einen durch Preisdrückerei der Kuwaitis beim Rohöl, wodurch er seine Kriegsschulden (aus dem Iran-Irak-Krieg) gegenüber dem Land nicht abzahlen könne. Und zum zweiten durch illegale Ölbohrunternehmen an der kuwaitisch-irakischen Grenze.

Dort hatten die Kuwaiter mit Hilfe schräger Bohraktionen irakische Ölfelder angebohrt, wodurch dem Irak Milliardenverluste entstanden.
Was Saddam nicht wußte: Die USA und Kuwait stimmten in der beabsichtigten Schwächung Iraks im wesentlichen überein. Daher versuchte der irakische Herrscher, bei Glaspie die Haltung der USA zu einem Einmarsch in Kuwait zu sondieren. Glaspie spielte die Desinteressierte und vermittelte den Eindruck, daß die USA sich heraushalten würden. Die USA hätten "keine Meinung zu innerarabischen Konflikten, wie Ihre Unstimmigkeiten bezüglich der Grenze mit Kuwait", log die US-Botschafterin.
Dies habe auch Außenminister James Baker betont. Außerdem ließ das US-Außenministerium den Irak wissen, es bestünden "keine besonderen Verteidigungs- oder Sicherheits-Verpflichtungen gegenüber Kuwait".
"Die Vereinigten Staaten mögen nicht beabsichtigt haben, Saddam Grünes Licht zu geben", schrieben die renommierten Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt später, "aber im Endeffekt taten sie genau das." Kaum war Saddam Hussein in Kuwait einmarschiert, saß er in der Klemme. Die USA spielten die Überraschten - und Saddams Einmarsch in Kuwait zum Verteidigungsfall der "Freien Welt" gegenüber einem bösartigen Diktator hoch.
Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spricht für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben. Solche Brandwaffen wurden 1980 von der UNO verboten.
Wer Propaganda sät, wird Krieg ernten
Die Greueltaten, die man Saddam Husseins Soldaten unterstellte, wurden nun von den Vereinigten Staaten und ihrer Kriegskoalition begangen. Möglich wurde das erst durch die totale Entmenschlichung des Gegners, wie in Nijirah al-Sabahs "Zeugenaussage" geschehen. "Nachdem Saddam Hussein im Einklang mit der UN-Resolution 660 einen vollständigen Truppenabzug aus Kuwait angekündigt hatte", wurden beispielsweise Tausende fliehender Zivilisten und Soldaten auf der Straße von Kuwait-Stadt nach Basra bombardiert: "US-Flugzeuge stoppten den Konvoi, indem sie die Fahrzeuge vorne und am Ende zerstörten", heißt es in einem Bericht des früheren US-Justizministers Ramsey Clark.
"Anschließend zerbombten und beschossen sie das Verkehrschaos stundenlang". "Über 60 Meilen waren mehr als 2.000 Fahrzeuge und Zehntausende von verbrannten und verstümmelten Leichen verstreut", so Clark. Im Unterschied zu Nayirahs "Brutkastenmassaker" wurden die Überreste dieses Gemetzels in Film und Bild dokumentiert.
Zwischen den Militärfahrzeugen sah man zahlreiche Busse und Personenkraftwagen. Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spreche für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben, die durch die Genfer Konvention von 1977 verboten seien, so Clark.
Es gebe "deutliche Anzeichen, daß viele der Getöteten palästinensische und kuwaitische Zivilisten waren, die vor den zurückkehrenden kuwaitischen Truppen fliehen wollten." Insgesamt forderte der Golfkrieg Zehntausende von Opfern, die genauen Zahlen sind umstritten.
"Kuwait ist frei. Danke Amerika!", titelte die deutsche Wochenzeitung Die Zeit nach dem "erfolgreichen" Abschluß dieses Golfkrieges 1992. Was eine deutsche Wochenzeitung eben so unter Freiheit versteht. Denn nach dem Krieg wurde aus der absoluten Monarchie Kuwait lediglich eine "konstitutionelle Monarchie" - mit einem Verwandten von "Nayirah" als nach wie vor unantastbarem Herrscher: dem Emir Sheikh Sabah al-Ahmad al-Sabah.<<
18.01.1991
BRD: Die CDU-Bundestagsabgeordnete Angela Merkel (seit 2005 Bundeskanzlerin der CDU-CSU/SPD-Regierung) wird am 18. Januar 1991 als Bundesministerin für Frauen und Jugend vereidigt.

Angela Merkel (ab 1990 Pressesprecherin des DA-Vorsitzenden und MfS-Mitarbeiters Wolfgang Schnur, seit März 1990 stellvertretende Regierungssprecherin der Ost-CDU, 1991-1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend, 1994-1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998-2000 CDU-Generalsekretärin, 1999 spielte "Kohls Mädchen" während der CDU-Finanz- und Parteispendenaffäre die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin, da sie nicht mit dem Spendenskandal der "Patriarchen" Kohl, Schäuble u.a. in Verbindung gebracht werden konnte, Merkel forderte z.B. am 22.12.1999 in der FAZ die CDU auf, sich von Kohl zu trennen, 2000-2018 CDU-Bundesvorsitzende, nahm im Mai 2005 am "Bilderberger-Treffen" in Rottach-Egern teil, seit dem 22. November 2005 erste Bundeskanzlerin Deutschlands, erhielt 2008 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith).
Bundeskanzlerin Merkel leitete zum Teil ohne Zustimmung des Bundestages eigenmächtig u.a. folgende katastrophalen Destabilisierungsmaßnahmen ein:
Beschluß vom 30. Juni 2011 über den Atomausstieg bzw. die sog. Energiewende (Zerstörung der bisherigen stabilen Stromversorgung). Aussetzung der Wehrpflicht ab 1. Juli 2011 und Reduzierung der Streitkräfte (Zerstörung der bisherigen Verteidigungsfähigkeit). Ratifizierung des ESM-Vertrages (unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten) im Jahre 2012. Grenzöffnung im Jahre 2015 (Masseninvasion von mindestens 1,1 Millionen Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika). Unterzeichnung des umstrittenen UN-Migrationspaktes ("Global Compact for Migration") im Jahre 2018.
Diese "staatlich" angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen fügten der Bundesrepublik Deutschland bereits gigantische Schäden zu und werden letzten Endes den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland unumkehrbar zerstören sowie den deutschen Sozialstaat vollständig liquidieren.
Die Autorin Lena Sokoll veröffentlicht später (im Jahre 2005) auf dem trotzkistischen Online-Portal "World Socialist Web Site" folgenden Beitrag über die spätere Bundeskanzlerin Angela Merkel (x860/...): >>**Die Karriere der Angela Merkel**
Teil 1: DDR - Jugend und Einstieg in die Politik
Die eben gekürte Kanzlerkandidatin der CDU wird gerne als Phänomen im deutschen politischen Betrieb beschrieben. Dies gründet sich zum einen auf Merkmale ihrer Person (geschiedene und in zweiter Ehe wieder verheiratete, kinderlose Frau, Protestantin, Ostdeutsche), die generell als untypisch und Karrierehemmnis in der konservativen Partei angesehen werden. Zum anderen herrscht ein öffentliches Bild von ihr, zu dem sie selbst aber auch ihre Förderer kräftig beigetragen haben, daß sie nach der Wende als Nobody oder völlig unbeschriebenes Blatt in die Politik gekommen sei und ohne Seilschaften und Beziehungen ihren sensationellen Aufstieg in die erste Liga der deutschen Politik vollzogen habe.
Fraglos hat Merkel eine beispiellose Karriere hingelegt, seit sie vor 15 Jahren Mitglied der CDU wurde, was ihr nicht zuletzt auch zahlreiche Feinde in den eigenen Reihen geschaffen hat: Anders als praktisch sämtliche anderen Vertreter der Parteispitze ist Merkel nicht durch jahre- und jahrzehntelange Arbeit in Jugend-, Orts- und Kreisverband der westdeutschen Union gegangen, um sich langsam Beziehungen aufzubauen, auf sich aufmerksam zu machen und sich für einen Listenplatz, ein Mandat und höhere Position zu empfehlen. Merkel ist statt dessen auf der Überholspur an ihren altgedienten westdeutschen Parteikollegen vorbei an die Parteispitze und auf den Posten der Kanzlerkandidatin gerast.
Die Physikerin Merkel hatte sich nach dem Mauerfall 1989 erstmals einer politischen Partei, dem Demokratischer Aufbruch (DA), angeschlossen, wurde jedoch bereits vier Monate später Sprecherin der ostdeutschen CDU-Regierung unter Lothar de Maizière. Nach der Wiedervereinigung 1990 holte Kanzler Helmut Kohl die damals 36-Jährige, die zu diesem Zeitpunkt erst seit einem halben Jahr CDU-Mitglied war, als Ministerin ins Kabinett. Mit der herben Wahlniederlage der Konservativen bei der Bundestagswahl 1998 verlor Merkel ihr Ministeramt,

wurde aber noch im selben Jahr zur Generalsekretärin der CDU gewählt.
Ein gutes Jahr später betrieb sie anläßlich der CDU-Spendenaffäre aktiv die Absetzung des Ehrenvorsitzenden der Union, ihres einstigen Förderers Kohl, um im April 2000 selbst den Parteivorsitz zu übernehmen. Auch wenn sie bei der Bundestagswahl 2002 in der Frage der Kanzlerkandidatur noch gegen Edmund Stoiber zurückstecken muß, hat sie seitdem durch Personalentscheidungen und die Übernahme des Fraktionsvorsitzes im Bundestag ihre Machtposition innerhalb der Union weiter ausgebaut und die parteiinterne Konkurrenz in Schach gehalten, so daß ihre diesjährige Kanzlerkandidatur zumindest nach außen unangefochten blieb.
Wie ist dieser rasante politische Werdegang Merkels zu erklären? Was brachte Merkel mit, daß sie nach einem halben Jahr CDU-Mitgliedschaft bereits ein Ministeramt besetzte? Versuche von Biografen und Feuilletonisten, ihre Karriere auf Zufall, Glück oder Charaktereigenschaften wie Durchsetzungsvermögen und Machtinstinkt zurückzuführen, bleiben hohl, weil sie die politischen und sozialen Interessen und Rahmenbedingungen ignorieren, unter denen ihr Aufstieg stattfand.
Merkel ist unmittelbar nach der Wende in der DDR keineswegs als unbeschriebenes Blatt ohne Beziehungen in die Politik gegangen. Durch ihren Vater verfügte sie über Zugang zu einflußreichen Kirchenkreisen, die enge Verbindungen zu den Spitzen der DDR-Regierung unterhielten und seit den fünfziger Jahren dazu beitrugen, politische Opposition gegen das stalinistische Regime unter Kontrolle zu halten. Während der Wende spielten diese Kirchenkreise eine zentrale Rolle dabei, die Protestwelle in Ostdeutschland in Bahnen zu lenken, die schließlich zur Restauration des Kapitalismus und zum Anschluß an die Bundesrepublik führten.

Herkunft aus DDR-Kirchenkreisen

Geboren in Hamburg als Angela Dorothea Kasner wuchs Merkel im brandenburgischen Templin als Pfarrerstochter auf. Ihr Vater Horst Kasner war nach seinem Theologiestudium im Westen 1954 nach Ostdeutschland zurückgekehrt und leitete dort den "Waldhof", ein Fortbildungszentrum der evangelischen Kirche für Pfarrer und Prediger mit angegliedertem Pflegeheim. Ein geeigneter Ort, um in DDR-Kirchenkreisen Bekanntschaften zu schließen. Auf dem Waldhof lernte unter anderem Rainer Eppelmann, der spätere Gründer der Partei Demokratischer Aufbruch, in der nach der Wende Merkels politische Karriere beginnen sollte.
Merkels Vater zählte zu den Kirchenvertretern, die unter dem Schlagwort "Kirche im Sozialismus" einen Kurs vertraten, der Loyalität zu Regime und Kirche miteinander verband. In den frühen 1950er Jahren hatte die SED einen "Kampf" gegen den Einfluß der Kirchen geführt, ab 1953 - unter dem unmittelbaren Eindruck des Arbeiteraufstands gegen den stalinistischen Staat - schlug die Ulbricht-Regierung allerdings einen vermittelnden Weg ein, mit dem versucht wurde, die kirchlichen Institutionen zur Herrschaftsstabilisierung einzusetzen und in das Staatssystem zu integrieren.
Insbesondere die evangelische Kirche näherte sich dem Regime bald über den "Weißenseer Arbeitskreis" an, in dem auch Horst Kasner mitwirkte. Ab 1971 definierte sie sich schließlich offiziell als "Kirche im Sozialismus" und erhielt dadurch einen öffentlichen Einfluß, der für den gesamten Ostblock beispiellos war.
Mit zunehmender Annäherung zwischen Staat und Kirche und der wachsenden ökonomischen und innenpolitischen Krise der DDR übernahm die Kirche neben der Stabilisierung im Innern auch diskret diplomatische Funktionen im deutsch-deutschen Verhältnis. Über sie liefen seit den frühen 1960er Jahren der Häftlingsaustausch und wesentliche Teile des finanziellen Transfers - höchst bedeutende politische Ost-Westkontakte, die sicherlich später den DDR-Kirchenkreisen den Weg in die gesamtdeutsche Politik erleichterten
Für Verhandlungen, Absprachen und das Austarieren von Konflikten zwischen Kirche und

Staat innerhalb der DDR unterhielten beide Seiten Vertreter - eine herausragende Rolle spielten hier der hochrangige evangelische Kirchenfunktionär Manfred Stolpe, einer der politischen Vordenker der "Kirche im Sozialismus", und der Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi, Vater des PDS-Politiker Gregor Gysi. In Gysis Amtszeit konsolidierte sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche wesentlich und der Kirche wurden zahlreiche Privilegien zugestanden (u.a. kirchliche Sendungen in den Medien, Finanzzuweisungen, Kirchenbauprogramme).
Eine weitere wichtige Mittlerinstanz fiel auch den Rechtsanwälten zu, die christliche Gruppen gegenüber dem Staat vertraten, gleichzeitig aber auch nicht selten Zuträger des Ministeriums für Staatssicherheit waren. Auch hier bekannte Namen: Lothar de Maizière und Wolfgang Schnur waren nicht nur aktive Christen und Stasi-Informanten, sondern später auch Merkels politische Förderer der ersten Stunde.
Aufgewachsen in solchen Kreisen, verfügte Angela Kasner schon früh über Beziehungen, die sie zu ihrem Vorteil einsetzen konnte. So berichtet Wolfgang Stock in seiner autorisierten Merkel-Biographie, daß die Schulklasse der damaligen Abiturientin ihren unbeliebten Lehrer ärgern wollte, indem sie keinen Beitrag zum obligatorischen Kulturprogramm der Schule vorbereitete und schließlich eine improvisierte Vorstellung gab. Die Schüler sollten bestraft werden, doch eine Intervention der Kasners gab dem ganzen eine Wendung:
"Eine Petition wird verfaßt, die Angela persönlich zu Manfred Stolpe, dem obersten Kirchenjuristen der DDR, nach Berlin ins Stefanusstift bringt. ... Dank der Kirchenschiene greift 'Berlin' ein: Angelas Klassenlehrer wird gemaßregelt, ... die Schüler bekommen 'nur' einen Verweis beim 'Fahnenappell'."
Nach dem Abitur studierte Angela Kasner Physik, heiratete und wurde an der Berliner Akademie der Wissenschaften aufgenommen, wo sie 1986 promovierte. In ihrer Studienzeit war sie Sekretärin für Agitation und Propaganda der regimetreuen Jugendorganisation FDJ, ein Amt, das sie inzwischen gern als "Kulturbeauftragte" bezeichnet.
Ein Stasi-Spitzel am Institut, der vorrangig den Dissidentensohn Ulrich Havemann beobachten sollte, gab auch über seine Bürokollegin Merkel Auskunft. Von einem inneren Widerstand gegen die SED-Herrschaft, den Merkel in ihren autorisierten Biographien und Interviews zu ihrer Geschichte herauszustellen versucht, kann nach der Stasi-Quelle keine Rede sein. So recherchierte die Zeitschrift "Stern" in den Archiven: "IM Bachmann berichtet nichts politisch Brisantes, im Gegenteil, ein ums andere Mal hebt er Angelas 'positive politische Grundeinstellung' hervor. Ansonsten berichtet er vor allem Privates, Persönliches. Aus ihrem kleinen, sicheren Leben eben."
Die wachsende Protest- und Widerstandsbewegung in der DDR des Jahres 1989 interessierte Merkel zunächst offenbar nicht. "Ach, mal gucken, was draus wird", soll sie einem Institutskollegen geantwortet haben, der nicht verstehen konnte, daß jemand in diesen Tagen nicht auf die Straße oder zu politischen Versammlungen ging. Erst als die Mauer geöffnet und der Machtverlust der SED unübersehbar geworden war, begann sie sich politisch neu zu orientieren und begab sich auf die Suche nach einer Partei.
Die evangelische Kirche und ihre Vertreter hatten angesichts des Massenprotestes gegen das Regime eine Schlüsselrolle gespielt, einen offenen Aufstand zu verhindern und die Opposition zu kanalisieren, um eine geordnete Umwandlung der unhaltbar gewordenen politischen Ordnung herbeizuführen. Die sogenannten Runden Tische unter kirchlicher Moderation wurden eingerichtet, um den Systemwechsel zu ermöglichen, ohne daß die Arbeiterklasse direkt mit den stalinistischen Schergen abrechnete und sich eigene, unabhängige Vertretungen aufbaute. Die Kirchen riefen zur prinzipiellen Gewaltlosigkeit auf und sorgten sich vor allem um die Wahrung des sozialen Friedens.
Damit leisteten sie nicht nur der SED im Rahmen der altbewährten Kooperationsgemeinschaft

Kirche-Staat einen letzten Dienst, sondern handelten auch im Interesse der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer politischen Parteien, die wiederum ihre guten Kontakte zu ostdeutschen Kirchenvertretern nutzten, um das Schicksal der DDR schnell und zu Gunsten des westdeutschen Kapitalismus zu entscheiden. Bei allen sonstigen Differenzen zwischen dem politischen Führungspersonal in Ost- und Westdeutschland gab es hier eine grundlegende Gemeinsamkeit, die beide auch mit der Kirche teilten: Eine tiefe Abneigung gegenüber selbstständigen Regungen in der Bevölkerung, die sich aus der Angst vor einer für sie unkontrollierbaren revolutionären Entwicklung in der Arbeiterklasse speiste.
Auch die 1989 neu entstandenen Parteien in der DDR waren größtenteils von Kirchenvertretern oder kirchennahen Persönlichkeiten gegründet worden, ebenso kamen bei der personellen Erneuerung der ehemaligen Staatsparteien zahlreiche Personen mit Kirchenverbindungen an die Spitze.

Der Beginn einer politischen Karriere

Angela Merkel schloß sich im Dezember 1989 dem Demokratischen Aufbruch (DA) an, der von den Pastoren Rainer Eppelmann und Friedrich Schorlemmer sowie dem Vertrauensanwalt der evangelischen Kirche in der DDR Wolfgang Schnur gegründet worden war. Bereits zwei Monate später avancierte sie zur Pressesprecherin des DA, der für die schnelle Einführung des Kapitalismus in Ostdeutschland eintrat und sich politisch an der westdeutschen CDU orientierte.
Bei den ostdeutschen Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 trat der DA gemeinsam mit der Ost-CDU in dem von Helmut Kohl initiierten Parteienbündnis "Allianz für Deutschland" an und erfüllte dort im Wesentlichen die Funktion, der Ost-CDU - die wegen ihrer Geschichte als ehemalige Blockpartei und damit Stütze des stalinistischen Regime weitgehend diskreditiert schien - den Anstrich eines Neuanfangs und Bruchs mit alten Traditionen zu verleihen.
Der DA erhielt - nicht zuletzt weil sein Spitzenkandidat Schnur kurz vor der Wahl als langjähriger Stasi-Spitzel enttarnt wurde - lediglich 0,9 Prozent der Stimmen, doch die Ost-CDU, ihr Bündnispartner, wurde wider eigene Erwartungen stärkste Partei. Deren Spitzenmann Lothar de Maizière wurde damit Ministerpräsident der letzten DDR-Regierung, die ihre wichtigste Aufgabe in der Auflösung des Staates und dem Anschluß an die Bundesrepublik sah.
Lothar de Maizière war langjähriges Mitglied der Ost-CDU, aber erst kurz vor der Wahl an die Parteispitze getreten. In der letzten SED-Regierung unter Hans Modrow hatte der Jurist das Amt des Ministers für Kirchenfragen inne, gleichzeitig verfügte er über hervorragende Kontakte zur politischen Elite Westdeutschlands: Sein Onkel Ulrich de Maizière hatte nach dem Zweiten Weltkrieg in maßgeblicher Position die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik organisiert und u.a. das Amt des Generalinspekteurs der Bundeswehr bekleidet.
So war es wohl mehr als ein glücklicher Zufall, daß Merkel am Tag der Volkskammerwahl die Wahlparty des DA schnell verließ, um sich auf der Feier der CDU an Thomas de Maizière, Cousin von Lothar und Sohn von Ulrich, mit der Bitte um Postenvergabe in der neuen Regierung zu wenden.
"Sie können glücklich sein, daß Sie so feine Kerle wie uns vom 'Demokratischen Aufbruch' in der 'Allianz für Deutschland' dabeihaben. Ich hoffe doch, daß das bei der Regierungsbildung anständig berücksichtigt wird", hat sie nach eigenem Bekunden dem Vertreter der in Ost und West einflußreichen Familie gesagt, der später selbst CDU-Landesminister in Sachsen werden sollte. Lothar de Maizière, der auch mit Merkels Vater bekannt war, griff Merkels Wunsch nach einem hohen Amt auf und machte sie zu seiner Regierungssprecherin.
Der DA löste sich im August 1990 in die Ost-CDU auf, die sich wiederum anläßlich der Wiedervereinigung im Oktober desselben Jahres in die West-CDU auflöste. Merkels Job war gemeinsam mit der DDR verschwunden, doch die wenigen Monate hatten gereicht, um ihre Kontakte auszubauen und zu festigen.

Zum engsten Kreis um Lothar de Maizière gehörte sie gemeinsam mit Günther Krause, der als Parlamentarischer Staatsekretär die Währungs- und Wirtschaftsunion mit der Bundesrepublik aushandelte. Empfehlungen von Krause und de Maizière brachten ihr eine Einladung zu Kohl ins Bonner Kanzleramt. Krause verschaffte ihr als CDU-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern einen Wahlkreis bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990.

Die Karriere der Angela Merkel

Teil 2: BRD - Von Kohls "Mädchen" zur Kanzlerkandidatin

Kohls Versprechen "blühender Landschaften" im Osten verhalfen der CDU bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 zum Wahlsieg. Kaum ein Jahr nach ihrem Eintritt in den Demokratischen Aufbruch (DA), nach nur sechs Monaten Mitgliedschaft in der CDU, wurde Merkel im Januar 1991 als Ministerin für Frauen und Jugend im Kabinett Kohls vereidigt.

In ihrer Zeit als Kabinettsmitglied ließ Merkel kaum eine Gelegenheit aus, ihrem mächtigen Förderer Kohl als "Vater der Einheit" zu huldigen. Sie schloß sich keiner Parteifraktion an, stützte aber im Wesentlichen die Forderungen der rechtesten Elemente innerhalb der Konservativen. So stellte sie sich in der Debatte um die Neufassung des Abtreibungsparagraphen 218 hinter die fanatischen Abtreibungsgegner in der Union, indem sie sich gegen eine Fristenlösung aussprach, forderte die Wiedereinführung von Kopfnoten für Fleiß und Betragen in den Schulen und schlug ernsthaft die Einführung des Schulfachs "Völkerkunde" als Mittel gegen rassistische Gewalt vor.

Schon in ihren frühen Jahren als bundesdeutsche Politikerin bewies Merkel, daß sie in der Lage war, Affären ihrer einstigen Förderer zu nutzen, um sich selbst im politischen Betrieb nach oben zu katapultieren und ihre Position in der Partei zu stärken.

Lothar de Maizière, der nach der Wiedervereinigung Kohls Stellvertreter im Parteivorsitz geworden war, trat nach der Enthüllung des "Spiegel", daß er als Informant für die Stasi gearbeitet hatte, von seinem Amt zurück. Protegiert von Kohl - der sich mit loyalen Gefolgsleuten umgab und noch nicht ahnte, daß von der damals 37-jährigen Ostdeutschen, seinem "Mädchen", später eine Gefahr für ihn selbst ausgehen würde - wurde Merkel auf dem Dresdner Parteitag der CDU in das Amt der stellvertretenden Parteivorsitzenden gehoben.

Ein anderer wichtiger Förderer Merkels, Günther Krause, der inzwischen als Verkehrsminister in der Bundesregierung saß und u.a. die Deutsche Bundesbahn privatisierte, schien nach zahlreichen in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Fällen von persönlicher Vorteilsnahme im Amt für Kohl nicht mehr haltbar und wurde 1993 als Minister abgesetzt. Obwohl Krause hoffte, seinen CDU-Landesvorsitz in Mecklenburg-Vorpommern behalten zu können, setzte sich auch hier Merkel mit Kohls Rückendeckung durch und übernahm seinen Posten in dem Bundesland.

Bei der Bundestagswahl 1994 konnte die Kohl-Regierung noch einmal mit knappem Vorsprung ihre Macht verteidigen. Merkel blieb im Kabinett und rückte vom wenig beachteten und recht einflußlosen Frauenministerium zur Umweltministerin auf. Eine ihrer ersten Amtshandlungen bestand darin, den ihr untergeordneten Staatssekretär Clemens Stroetmann aus dem Ministerium zu entfernen. Der an sich schon ungewöhnliche Schritt erregte auch deshalb Aufsehen, weil Stroetmann sich bereits unter Merkels Vorgänger im Amt Klaus Töpfer einen Namen als kompetentester Mann im Umweltministerium erarbeitet hatte. Merkel wollte jedoch keineswegs einen "heimlichen Umweltminister" neben sich dulden.

Den Ruf einer Erfüllungsgehilfin der Atomindustrie erlangte Merkel, als sie 1995 gegen den massiven Widerstand in der Bevölkerung und den Protest des Landes Niedersachsen Atommülltransporte in das umstrittene Zwischenlager Gorleben durchsetzte. 7.600 Polizisten schützten den Castor-Transport im April 1995, und Merkel bezeichnet es noch in ihrer 2004

erschienenen Interviewsammlung "Mein Weg" als eine ihrer "größten Leistungen", in dieser Situation das "Gewaltmonopol des Staates" durchgesetzt zu haben.
Ihr Biograph Stock notiert zur gleichen Frage Merkels Auffassung, daß ein "Grundübel in der westdeutschen Politik darin (liegt), daß diese immer wieder unentschieden war. 'Das hat nicht dazu geführt, daß das Anrennen gegen den Staat geringer geworden ist'."
Merkels gute Verbindungen zur deutschen Atomindustrie sind seit ihrer Zeit als Umweltministerin nicht abgerissen. Einer der wenigen konkreten Programmpunkte, den Merkel für ihre erwartete Kanzlerschaft bereits angekündigt hat, ist die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke.

An die Spitze der Union

Als die Union bei der Bundestagswahl 1998 eine herbe Niederlage erfuhr und die Regierung von SPD und Grünen unter Schröder an die Macht kam, verlor Merkel ihr Ministeramt, setzte aber nun ihre parteiinterne Karriere fort. Noch im November des Wahljahres wurde sie von dem neuen Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble auf den Posten der CDU-Generalsekretärin gehoben.
Die Wahlniederlage ließ in der CDU heftige Spannungen an die Oberfläche treten, die sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg entwickelt hatten und sich quer durch die Partei zogen, von der einfachen Mitgliedschaft bis in die Führung.
Das schlechte Wahlergebnis wurde unionsintern weitgehend der Person Kohls angelastet - Ausdruck der enormen Unzufriedenheit mit dem Parteichef, der es über seine gesamte 16-jährige Regierungszeit hinweg immer meisterhaft verstanden hatte, sich mit loyalen Gefolgsleuten zu umgeben und seine zahlreichen Kritiker in der Partei praktisch auszuschalten. Nach dem Regierungsverlust sah sich Kohl gezwungen, die Führung der Partei in die Hände von Wolfgang Schäuble zu übergeben, gleichzeitig ließ er sich in das eigens für ihn kreierte Amt des "Ehrenvorsitzenden" befördern.
Daß Schäuble - mit ausdrücklicher Billigung Kohls - gerade Merkel zur Generalsekretärin machte, hatte dabei sichtlich wenig mit ihrer Eignung für das Amt zu tun. Merkel war zwar nunmehr knapp acht Jahre Kabinettsmitglied der Regierung Kohl gewesen, aber auch ebenfalls seit nur acht Jahren CDU-Mitglied, was sie kaum für eines der höchsten Führungsämter in der Partei qualifizierte.
Schäubles Wahl stellte vielmehr einen Versuch dar, die internen Kämpfe zu beruhigen und die verschiedenen Fraktionen innerhalb der Partei in Schach zu halten, indem er ihnen eine amorphe Generalsekretärin vorsetzte, die aus keinem der mächtigen westdeutschen "Ställe" der Union kam und sich keiner bestimmten Fraktion fest angeschlossen hatte.
Teile der Partei drängten auf eine politische Neupositionierung der CDU und einen Bruch mit Kohl, der sich auch deshalb über vier Amtszeiten an der Macht halten konnte, weil er hohe Staatsausgaben in Kauf nahm, um einen gewissen Interessensausgleich und den sozialen Frieden im Land zu wahren. Doch auch nach dem Ende seiner Kanzlerschaft behielt Kohl durch sein engmaschiges Netzwerk innerhalb der Union die Fäden in der Hand und der neue Vorsitzende Schäuble setzte lediglich auf langsame und vorsichtige Veränderungen in der Programmatik. Eine Gelegenheit, mit Kohl und seiner Politik radikal aufzuräumen, ergab sich jedoch bald mit der sogenannten "Spendenaffäre" der CDU.
Gegen Ende des Jahres 1999 erfuhr die Öffentlichkeit, daß die Union über Jahre hinweg auf geheimen Konten "Spenden" - offenkundig Bestechungsgelder aus der Wirtschaft - in Millionenhöhe versteckt hatte. Über Wochen hinweg brachten Presse und die ermittelnde Staatsanwaltschaft immer neue Vorwürfe und Enthüllungen ans Licht und schnell wurde deutlich, daß es sich nicht nur um ein korruptes Gebaren Einzelner handelte, sondern um ein kriminelles System: Große Geldeinnahmen der Partei wurden im Rechenschaftsbericht nicht deklariert, ihre Herkunft und Zweckbestimmung vertuscht und die so versteckten Schmiergelder genutzt,

um bestimmten Personen eine finanzielle Erkenntlichkeit von Seiten der Partei zukommen zu lassen oder sie im "Kampf gegen die Linke" flexibel einzusetzen.
Mit den fortschreitenden Enthüllungen geriet Helmut Kohl massiv unter Druck und gab schließlich im Dezember 1999 während einer Talkshow zu, daß er persönlich auch Millionenspenden entgegengenommen hatte, weigerte sich aber beharrlich, die großzügigen Gönner zu benennen. Die Empörung gegenüber Kohl und den Machenschaften in der Unionsführung wuchs in der Öffentlichkeit wie in der CDU-Mitgliedschaft, und der zuvor unantastbare Ehrenvorsitzende konnte zum Abschuß frei gegeben werden.
Merkel erkannte und ergriff die Gelegenheit der Spendenaffäre, um nicht nur Kohl sondern auch seinen zögerlichen Nachfolger Schäuble loszuwerden und sich selbst an die Spitze der neu aufstrebenden Kräfte in der Partei zu setzen.
Sie plazierte ohne Rücksprache mit dem Vorsitzenden Schäuble einen Artikel in der "FAZ", in dem sie im Namen der Partei auf Distanz zu Kohl ging, und stellte sich auf diesem Weg in der Öffentlichkeit als diejenige Vertreterin in der Parteiführung dar, die am deutlichsten mit dem "System Kohl" aufräumen wollte.
Anfang des Jahres 2000 mußte Schäuble sein Amt als Parteivorsitzender niederlegen, nachdem bekannt geworden war, daß auch er einen Geldkoffer von dem Waffenlobbyisten Karlheinz Schreiber angenommen hatte, und auch Kohl sah sich gezwungen vom Ehrenvorsitz zurückzutreten.
Zur Vorbereitung ihrer Kandidatur um den nun frei gewordenen Parteivorsitz ließ sich Merkel auf Regionalkonferenzen der Union von der Basis feiern und schlug damit ihre Konkurrenten Volker Rühe, Jürgen Rüttgers und Kurt Biedenkopf aus dem Rennen. Frenetisch wurde sie auf dem Wahlparteitag von einer Mitgliedschaft bejubelt, die von schmutzigen Geschäften nichts mehr hören wollte.
Merkels Fähigkeit, die "Ära Kohl" auch innerhalb der Union zu beenden, zeigte sich allerdings vielmehr in der programmatischen Neuausrichtung der Partei als in der Bereitschaft, die weitreichende Korruptionsaffäre aufzuklären. Tatsächlich wurde mit ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden ein Schlußstrich unter den Skandal gezogen, der die CDU zu zerreißen drohte.
Bis heute sind der Öffentlichkeit die anonymen "Spender" und die Verwendung vieler Gelder nicht bekannt, bis heute ziehen sich Teile der Parteispitze, die mit größter Wahrscheinlichkeit in die Machenschaften verwickelt waren - wie der hessische Ministerpräsident Roland Koch - darauf zurück, von nichts gewußt zu haben. Helmut Kohl wurde von Merkel bereits im Herbst 2000 anläßlich der Feier zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung rehabilitiert.
Programmatisch setzte sich die CDU jedoch von dem Mann ab, der in seiner Zeit als Kanzler "blühende Landschaften" versprach und angesichts der zu erwartenden Opposition in der Bevölkerung davor zurückschreckte, harte Einschnitte in den Sozialsystemen vorzunehmen. In Hinblick auf die rigorose rot-grüne Umverteilungs- und Sparpolitik auf Kosten der Masse der Bevölkerung ist Kohl rückblickend oft als "letzter Sozialdemokrat" bezeichnet worden.
In der Union sind nach seinem Abgang vor allem die Kräfte emporgekommen, die eine noch rücksichtslosere Politik einfordern und einer unbegrenzten Bereicherung der Elite das Wort reden. Mit Merkel haben sie eine Vertreterin, die persönlich einen rasanten materiellen und machtpolitischen Aufstieg hinter sich hat und sich darüber hinaus in keiner Weise an alte sozialstaatliche Traditionen der Bundesrepublik gebunden fühlt.
Merkels mißlungene Kandidatenkür im Wahljahr 2002, als sie gegen den CSU-Chef und bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber unterlag, ist auch darauf zurückzuführen, daß die Union zu diesem Zeitpunkt noch lieber einen Kandidaten ins Rennen schicken wollte, der vergleichsweise gemäßigt auftrat und als Führer einer tatsächlichen Volkspartei in seinem Bundesland mit dem Austarieren verschiedener Interessen vertraut war. Nun, da die Wahl 2005 für die CDU so gut wie gewonnen scheint, konnte Merkel unbehindert ihre Kanzlerkan-

didatur durchsetzen, obwohl sie für ein Programm steht, das "den veränderungsscheuen Deutschen noch Hören und Sehen vergehen" läßt, wie die "Zeit" kommentierte.

Politische Positionen

Es fällt schwer, in Merkels Biographie politische Grundkonstanten oder feste Überzeugungen auszumachen. Die Politikerin Merkel ist während ihrer ganzen Karriere gut damit gefahren, in ihren Positionen und Allianzen flexible zu sein und die Gunst der Stunde zu nutzen, um sich neu zu orientieren. In Stocks autorisierter Biographie auf Interviewbasis findet sich viel Banales, politische Standpunkte dagegen sind rar gesät.

Auffällig ist allerdings, wie Merkel sich im Verlauf ihrer erzählten Biographie immer wieder von allem heftig distanziert, was sie als "basisdemokratisch" oder "egalitär" auffaßt - sei es in Bezug auf Kirchengruppen, Parteiorganisationen oder Atomkraftgegner - und den durchsetzungsstarken Staat mit seinem "Gewaltmonopol" hochhält.

Hier lag auch der Grund, warum sich Merkel als CDU-Generalsekretärin anfänglich gegen die Unterschriftenkampagne der hessischen CDU im Landtagswahlkampf 1999 stellte - nicht der äußerst rechte, rassistische Charakter der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ließ sie zögern, Kochs Initiative zu unterstützen, sondern ihre Abneigung gegen "Basisdemokratie" und die Vorstellung, die Bevölkerung könne sich animiert fühlen, in der Politik ein Mitspracherecht einzufordern, das über die turnusmäßigen Wahlen hinausgeht. Letztendlich ließ sie sich jedoch von den rechtesten Elementen in der Partei überzeugen und ebnete der ausländerfeindlichen Aktion den Weg.

Seitdem Merkel begonnen hat, ihre Kanzlerkandidatur vorzubereiten, sind ihre politischen Positionen insgesamt klarer hervorgetreten, auch wenn sie weiterhin die Strategie verfolgt, konkreten Fragen auszuweichen und sich nach Möglichkeit wenig festzulegen. Verschiedene kontroverse Debatten zur deutschen Innen- und Außenpolitik machten es in der vergangenen Zeit jedoch unumgänglich, daß sie in bestimmten Fragen Standpunkte bezog, die allgemein ihre Orientierung an äußerst rechten politischen Konzeptionen verdeutlichen und einen Ausblick auf das geben, was von einer Merkel-Regierung zu erwarten ist.

Merkels Vorstellungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik lassen sich in ihrer Forderung nach "Entfesselung der Marktkräfte" zusammenfassen. Sie strebt eine Fortführung und deutliche Verschärfung der rigorosen Umverteilungs- und Kürzungspolitik an, die unter der Schröder-Regierung eingeleitet wurde, u.a. durch Ausbau des Niedriglohnsektors, ein "stärkeres Bekenntnis zu Eliten", umfassende Privatisierungen, "Flexibilisierung" des Arbeitsrechts sowie "Wettbewerb" und "Eigenverantwortung" bei den Sozialleistungen.

Die Debatte um die Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung warf ein Schlaglicht auf die politischen Konzepte, die Merkel vertritt. Sie profilierte sich als vehementeste Befürworterin der sogenannten Kopfpauschale, wonach der am Einkommen orientierte Beitrag abgeschafft und pro Kopf ein fester Beitrag zur Deckung der Gesundheitskosten abgeführt werden soll.

In ihrem 2004 erschienenen Interviewband "Mein Weg" erklärt Merkel, daß die gesetzliche Begrenzung auf einen zehnstündigen Arbeitstag in Deutschland abgeschafft werden müsse, da "die Betriebe mehr Freiheiten brauchen, um auf die veränderten Wettbewerbsbedingungen zu reagieren".

Ohne eine Änderung dieser Gesetze müsse sich "manch einer, nachdem er sich per Stechuhr schon in den Feierabend abgemeldet hat, wieder illegal an seinen Arbeitsplatz zurückkehren". Eine Arbeitszeit von "15 Stunden täglich" müsse man ja nicht sein Leben lang ableisten, aber legal und akzeptiert soll dies nach Merkels Auffassung allemal sein.

Die Freiheit, die Merkel den Arbeitern zu bieten hat, sieht so aus: "Ich werde dieses Verständnis für Veränderungen ... nur schaffen, wenn ich dem Einzelnen mehr Entscheidungsoptionen öffne. Daher ist es aus unserer Sicht so wichtig, daß der Arbeitnehmer selbst entscheiden

kann, ob er eine Stunde länger arbeitet oder etwas weniger Geld verdient, damit der Betrieb nicht nach Polen verlagert wird." Gleichzeitig verteidigt sie die Entscheidung des Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann, Entlassungen vorzunehmen, um die Kapitalrenditen auf 20 bis 30 Prozent zu steigern, da nur so "eine Übernahme durch ausländische Konkurrenten zu verhindern" sei.
Ein solches Programm, das de facto eine Kriegserklärung an die arbeitende Bevölkerung ist und zwangsläufig auf heftige Ablehnung stoßen wird, erfordert eine Aufrüstung im Innern, um den Widerstand dagegen zu brechen. Es ist daher nur konsequent, daß Merkel seit geraumer Zeit mit Nachdruck dafür plädiert, die Verfassung zu ändern, damit die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden kann.

Orientierung an der Bush-Regierung

Auch außenpolitisch kann sich das Aufgabengebiet des deutschen Militärs nur vergrößern. Merkels Orientierung an der amerikanischen Politik wurde erstmals im Vorfeld des Irakkriegs überdeutlich, als sie sich demonstrativ an Bushs Seite stellte und jede Lüge aus Washington bereitwillig nachplapperte.
Als Umfragen zufolge über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung den kommenden Krieg ablehnten und gerade eine Woche zuvor weltweit die größte Antikriegsdemonstration der Geschichte stattgefunden hatte, sprang sie der Bush-Regierung bei Seite, indem sie am 22. Februar 2003 in der "Washington Post" einen Artikel mit der Überschrift "Schröder spricht nicht für alle Deutschen" veröffentlichte, und damit speichelleckerisch ihre Visitenkarte als bessere Kanzlerin im Weißen Haus abgab.
Ihre Haltung hat sich seitdem nicht verändert. Noch heute erhebt Merkel den absurden Vorwurf, daß letztlich Schröder Verantwortung für den Irakkrieg trage, weil er sich nicht um Einigkeit mit den USA und Großbritannien bemüht habe, Hussein daher "Katz und Maus" mit der internationalen Staatengemeinschaft habe spielen können und dies "das Eingreifen der Amerikaner ... leider unvermeidbar gemacht" habe. Dementsprechend soll es unter ihr keine "Achse" Paris-Berlin-Moskau geben, statt dessen ein stärkeres Zusammengehen mit den proamerikanisch regierten osteuropäischen EU-Mitgliedern, um sich in militärischen und sicherheitspolitischen Fragen besser mit den Vereinigten Staaten abzustimmen.
Merkel steht firm an der Seite Bushs, um "mit militärischer Härte und politischer Klugheit an einer Weltordnung zu arbeiten, in der der Terrorismus keine Chance hat". In diesem Sinne tritt sie dafür ein, das Völkerrecht "weiterzuentwickeln", um den Präventivkrieg zu legitimieren. "Denn daß Situationen auf uns zukommen können, in denen präventiv eingegriffen werden muß, beispielsweise um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, daran zweifle ich nicht", erklärt Merkel zu einem Zeitpunkt, an dem die Lüge zur Begründung des Irakkriegs längst in sich zusammengebrochen ist, aber ein Kriegsgrund gegen den Iran, Nordkorea oder andere Länder noch fabriziert werden muß.
Zweifellos ist Merkel bereit, es der Bush-Regierung gleich zu tun, und nach Außen und Innen Krieg zu führen. Eine stabile Regierung wird sie mit diesem Kurs allerdings nicht führen können: Auch wenn die Union bei der kommenden Wahl stärkste Partei werden sollte, ist diese Politik weit davon entfernt, in der Bevölkerung mehrheitsfähig zu sein, und wird unvermeidlich auf Widerstand stoßen, auch in ihrer eigenen Partei. Der rasante Aufstieg Merkels könnte ein plötzliches Ende finden.<<

21.01.1991

BRD: Die Münchener "Abendzeitung" berichtet am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

20.06.1991

BRD: Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten (338 Stimmen für Berlin gegen 320 für Bonn) entscheidet sich am 20. Juni 1991 für den Regierungssitz Berlin (x283/237).

02.08.1990

Irak: Irakische Truppen marschieren am 2. August 1990 in das benachbarte Emirat Kuwait ein, um die großen Ölfelder zu annektieren.

22.08.1991

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. August 1991: >>**Noch 35 Milliarden DM für NS-Wiedergutmachung**

Für weitere Wiedergutmachungen für Opfer des NS-Regimes rechnet die Bundesregierung mit noch etwa 35 Milliarden Mark an Leistungen, die bis zum endgültigen Auslaufen der Entschädigung etwa im Jahr 2030 zu zahlen sein werden. ...

Bis Ende 1990 hatte der Staat insgesamt 86,4 Milliarden Mark für die Wiedergutmachung aufgewandt. Dabei waren die Rentenleistungen von 67,9 Milliarden Mark je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen worden. ...<<

16.10.1991

Polen: Zeitgleich mit der Ratifizierung des Grenz- und Nachbarschaftsvertrages wird zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen am 16. Oktober 1991 eine "Stiftung deutsch-polnischer Versöhnung" zur individuellen Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit errichtet.

Die Stiftung wird in den folgenden 3 Jahren aus Bundesmitteln finanziert und mit insgesamt 500 Millionen DM ausgestattet (x151/53-54).

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 16. Oktober 1991 über Entschädigungen für polnische NS-Zwangsarbeiter: >>**Polnische NS-Opfer erhalten Entschädigung**

Mit der Stiftung sei auch aus polnischer Sicht die Entschädigungsfrage abschließend gelöst, hieß es in Bonn. ... Der Verband der Zwangsarbeiter äußerte sich enttäuscht über die nach seiner Einschätzung geringe Summe.<<

17.11.1991

UdSSR: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. November 1991: >>**Wolgarussen gegen deutsche Republik**

Die Mehrheit der Russen, die in den traditionellen Siedlungsgebieten der Wolgadeutschen leben, sind nach einer Meinungsumfrage gegen die Gründung einer autonomen deutschen Wolga-Republik. ...

Die Russen, die im Gebiet um die Stadt Saratow, wo voraussichtlich viele heute in Kirgisien, Kasachstan und Sibirien lebende Wolgadeutsche angesiedelt werden sollen, fürchten bei einer Rückkehr der Deutschen ethnische Konflikte. ...<<

27.11.1991

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. November 1991: >>**An Osteuropas Schulen ist Deutsch gefragt wie nie zuvor**

... Überrascht zeigte sich jüngst der französische Präsident Francois Mitterrand als auf der Konferenz über eine europäische Konföderation in Prag die meisten Politiker aus Mittel- und Osteuropa ihre Reden in Deutsch hielten. Allein in diesen Ländern lernen derzeit etwa 12 Millionen Menschen Deutsch. ...

Seit dem Umsturz 1989 ... eröffnet Deutsch den Zugang zu Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur des großen Nachbarn in der EG.

In der Tschechoslowakei beispielsweise hat sich im neuen Schuljahr mehr als die Hälfte der Schüler für die Sprache des westlichen Nachbarn entschieden, ein Drittel nur für Englisch. Bis zur Wende war Russisch in den Ostblockstaaten erste Pflichtfremdsprache. ...<<

03.12.1991

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Dezember 1991: >>**Keine Entschuldigung an Japan wegen A-Bombe**

US-Präsident George Bush hat eine Entschuldigung der USA für die Atombombenabwürfe über Japan am Ende des Zweiten Weltkrieges ausgeschlossen. Im Fernsehsender ABC sagte er, die Beendigung des Krieges durch die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki habe zahllosen Amerikanern das Leben gerettet ...

Bush erläuterte, selbstverständlich teile er die Trauer um die unschuldig ums Leben gekommenen Menschen. Er habe aber auch Mitgefühl für die Mutter seines Stubenkameraden, der im Krieg gefallen sei.<<

11.12.1991

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Dezember 1991: >>**Im Museum endet die Geschichte schon 1945**

In Polen wird über das Lager Lamsdorf diskutiert, in dem auch vertriebene Schlesier starben. ... Längst ist das abgelegene zerfallene Lager, von dem außer dem Museum nur noch einige Ruinen im Wald übriggeblieben sind, dennoch zum Politikum in Schlesien geworden. Die Tatsache, daß auf einem kleine Teilstück des Kriegsgefangenenlagers von polnischen Behörden nach dem Krieg ein Arbeitslager für vertriebene Schlesier organisiert worden war und dort zumindest mehrere tausend der Insassen an Folter, Unterernährung und Krankheit gestorben waren, wurde bisher stets unterdrückt.

Nun hat einer der Mitarbeiter des Lamsdorfer Museums dem Thema ein ganzes Buch gewidmet. Darin kommt zum ersten Mal auch Czeslaw Geborski, der damalige Lagerleiter zu Wort, der bis heute in Kattowitz lebt.

Geborski hatte während des Gomulka-Tauwetters 1956/57 in Oppeln sogar vor Gericht gestanden. Ihm wurde vorgeworfen, die Gefangenen des Lagers bestialisch gequält, gefoltert und ermordet zu haben.

Das polnische Gericht sprach Geborski damals frei – heute haben immer mehr Journalisten und Historiker in Schlesien ihre Zweifel, ob dieses Urteil rechtens war. Schon damals hatte die Zensur alle Nachrichten über den Prozeß unterdrückt.

Der Grund für das peinliche Schweigen lag vor allem darin, daß bereits kurz nach dem Krieg in Westdeutschland die Erinnerungen des Lagerarztes von Lambsdorf, Heinz Esser, erschienen war. Der verglich die "Hölle von Lamsdorf" gar mit den Vernichtungslagern der Nazis und bezifferte die Zahl der Ermordeten mit mehr als 6.000.

Esser war selbst allerdings Nationalsozialist und publizierte in den fünfziger Jahren in der rechtsradikalen "National- und Soldatenzeitung". Das machte es den polnischen Gerichten leicht, alle gegen Geborski gerichteten Aussagen auf die Suggestivkraft von Essers Buch, das schon damals in Schlesien unter der Hand verbreitet wurde, zurückzuführen.

Für Edmund Nowak, Mitarbeiter des Museums von Lamsdorf, ist die Angelegenheit so einfach nicht. In seinem gerade erschienen Buch "Der Schatten von Lambinowice" kommt er zu dem Schluß, daß Essers Opferzahlen etwas zu hoch gegriffen sind. Er leugnet aber nicht, daß es in Lamsdorf nach dem Krieg zu Übergriffen gekommen ist. ...<<

Niederlande: In Maastricht schließen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung.

Grundlagen der Europäischen Union (EU) sind:

1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen.

Der Vertrag von Maastricht soll am 1.11.1993 in Kraft treten.

Das völkerrechtlich bindende Abkommen leitet die bisher weitreichendste Reform der EG bzw. EU ein. Großbritannien widersetzt sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

13.12.1991

UdSSR: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Dezember 1991: >>**Bonn steht für 75 Milliarden**

... Auf den Bundeshaushalt können in den nächsten Jahren zusätzliche Belastungen von 75 Milliarden DM zukommen, falls die ehemalige Sowjetunion zahlungsunfähig wird. Das geht aus einem "Sachstandsbericht zur finanz- und wirtschaftspolitischen Situation in der Sowjetunion" hervor, den das Bundesfinanzministerium dem Haushaltsausschuß des Bundestages vorgelegt hat.

Zum Stand vom 26. November 1991 führt das Finanzministerium Bundesgarantien für Exporte und ungebundene Finanzkredite in Höhe von 38,4 Milliarden DM auf.

"Hinzu kommen grundsätzliche Deckungszusagen von 22,1 Milliarden DM und noch nicht entschiedene Deckungsanträge allein aus den neuen Ländern von 25 Milliarden DM, für die mit einer Realisierungsquote von etwa einem Drittel gerechnet werden kann; das entspricht einem zusätzlichen Obligo einschließlich Zinsen von 14 bis 15 Mrd. DM", heißt es in dem Bericht.

Somit haftet Bonn insgesamt für Zahlungsverpflichtungen der früheren Sowjetunion von über 75 Milliarden DM.

Die Übernahme von Exportbürgschaften, die bis 26. November allein 26,8 Milliarden DM ausmachten, habe geholfen, die Versorgung der Sowjetunion mit lebenswichtigen Investitions- und Konsumgütern aufrechtzuerhalten. ...<<

21.12.1991

UdSSR: Elf von 15 Sowjetrepubliken gründen am 21. Dezember 1991 in Alma Ata die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und lösen damit nach 69 Jahren die Sowjetunion auf (x175/850).

25.12.1991

UdSSR: Der letzte sowjetische Staats- und Parteichef Michail Sergejewitsch Gorbatschow (1931-2022, sowjetischer Politiker, von 1985-1991 Generalsekretär der KPdSU, Oktober 1988 bis März 1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, März 1990 bis Dezember 1991 1. Präsident der UdSSR; Friedensnobelpreis 1990, Hochgradfreimaurer des 33. Grades, leitete innen- und außenpolitische Reformen – Glasnost und Perestroika - ein, setzte den Verzicht auf den Führungsanspruch der KPdSU durch) tritt am 25. Dezember 1991 von seinem Amt zurück.

31.12.1991

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 31. Dezember 1991: >>**Aufbauhilfe für den Osten**

Westdeutschland hat in diesem Jahr rund 12 Milliarden Mark nach Ostdeutschland (Mitteldeutschland) transferiert. ...<<

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet im Jahre 1991 über den ehemaligen sowjetischen Chefhetzer Ilja Ehrenburg (1891-1967) und bezeichnet ihn als "einen der aktivsten" und "markantesten Kriegspropagandanisten".

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Ilja Ehrenburg (x046/151): >>... 1991 etwa stellte die CDU-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Schöneberg den Antrag, auch das "Schaffen" Ehrenburgs im Rahmen einer Ausstellung "Russen in Schöneberg" gebührend zu würdigen und die Erinnerung an diesen Journalisten und Schriftsteller zu pflegen.

Anläßlich seines 100. Geburtstages 1991 ließen es sich führende deutsche Tageszeitungen nicht nehmen, seiner ehrend zu gedenken, seine "sprudelnde Schreiblust" hervorzuheben, ihn

als einen "Meister der Satire" als einen "Suchenden nach den Ursprüngen des Bösen" zu apostrophieren und seine "grandiosen Panoramabilder " zu bewundern.
Vergeblich sucht man nach nur einem Wort der Erklärung für die verbrecherische Wirksamkeit Ehrenburgs während der Kriegszeit, die doch gerade für unzählige deutsche Männer, Frauen und Kinder so entsetzliche Konsequenzen gehabt hatte. ...<<

1992

>>Im übrigen gilt in Deutschland derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.<< (Friedrich Nietzsche)

Januar 1992

Rußland: Der sowjetische Journalist und Schriftsteller Woldemar Weber berichtet im Januar 1992 über die Opfer des Stalinismus (x037/105): >>Heute ist es eine offizielle Zahl, daß ein Drittel der Bevölkerung in der Stalinzeit umgebracht wurde. 60 Millionen Menschen wurden beseitigt. Man sagt, daß zwischen 1918 und 1956 (etwa) 60 Millionen fehlen, die in den Statistiken nicht mehr zu finden sind. Dazu kommen 28 Millionen wie man heute sagt, die im Krieg umgekommen sind. Das sind zusammen ungefähr 90 Millionen Menschen. Das sind Zahlen, die werden Ihnen heute offiziell gesagt. Wissen Sie, uns setzt nichts mehr in Erstaunen. ...<<

31.03.1992

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. März 1992 über eine Rede des Altbischofs Hans von Keler: >>**Bischof: Vertreibung war Verbrechen**
Die Kirche soll nach den Worten des württembergischen Altbischofs Hans von Keler die Vertreibungen der Deutschen aus den Ostgebieten vorbehaltlos als Verbrechen bezeichnen.
Sie sei aufgerufen, "Wahrheit zuzumuten", sagte von Keler, der Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Umsiedler- und Vertriebenenfragen ist, in Hannover. ...
Polen und Russen dächten häufiger daran, was den Deutschen durch sie zugestoßen sei, als die Deutschen selbst, sagte der Altbischof. Es sei unredlich, sich im Umgang mit völkerrechtlichen Verbrechen allein auf das "Dritte Reich" zu beziehen und zu allem anderen zu schweigen.<<

09.04.1992

Ungarn: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. April 1992 über ungarische Entschädigungen für enteignete Deutsche: >>**Ungarn entschädigt Deutsche**
... Wiedergutmachungsleistungen für die nach 1945 enteigneten Angehörigen der heute rund 200.000köpfigen deutschen Minderheit in Ungarn hat das Budapester Parlament beschlossen.
Mit der Verabschiedung des zweiten Entschädigungsgesetzes wurden nicht nur die Ansprüche der Deutschen, sondern auch der jüdischen Gemeinde anerkannt, weil es die Zeit vom 1. Mai 1939 bis 8. Juni 1949 erfaßt. ...
Trotz der nunmehr rechtlich anerkannten Gleichstellung aller Betroffenen sind noch Fragen offengeblieben. Die finanzielle Höhe der Wiedergutmachung wird nach einem komplizierten Schlüssel bestimmt und ist umgerechnet mit maximal zirka 100.000 DM je "Fall" begrenzt.<<

30.05.1992

Großbritannien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Mai 1992 über das "Harris-Denkmal in London": >>**Denkmal löst auch bei Briten Widerspruch aus**
Aber sogar die Königinmutter ehrt den "Bomber-Harris.
... In der Nacht zum 31. Mai 1942 flog die Royal Air Force mit allem, was sie hatte, nach Köln. Sie flog den ersten wirklichen Flächenangriff des Zweiten Weltkriegs – größer, umfangreicher, vernichtender als alles, was die deutsche Luftwaffe zuvor in Warschau und Rotterdam, Coventry und London zustande gebracht hatte.

Es war eine neue Strategie, die Arthur T. Harris als frischgebackener Chef des "Bomberkommandos" mit der höchsten Billigung des Premierministers Sir Winston Churchill entwickelt und durchgesetzt hatte. Nicht militärische Ziele und Rüstungsbetriebe, sondern Zivilisten waren die Opfer. Die Nazis hatten das vorexerziert, die Alliierten haben es perfektioniert. Es galt, so wurde damals das Ziel des Terrorbombardements umrissen, den "Widerstandswillen" der Deutschen zu brechen.

In Köln begann im Mai 1942 eine blutige Spur, die sich bis in die letzten Kriegswochen in Dresden und Pforzheim schaurig verbreiterte. Dresden war im Februar 1945 mit Flüchtlingen vollgestopft, niemand vermochte die Toten der zweitägigen Bombenangriffe zu zählen. Die nordbadische Kleinstadt Pforzheim wurde wenige Tage später von fast 400 britischen Lancaster-Bombern dem Erdboden gleichgemacht.

Auf den Tag genau 50 Jahre später, am 31. Mai 1992, wird die 91 Jahre alte, immer noch rüstige Königinmutter Elisabeth als Patronin der Royal Air Force gegenüber der britischen Luftwaffenkirche St. Clement Danes in Strand am Westrand Londons ein 2,74 Meter großes, aus Bronze gegossenes Denkmal des Luftmarschalls Harris enthüllen. In einem Land, das mit seiner Vergangenheit in Frieden lebt und das stolz ist auf seine Geschichte, wird es das umstrittenste Monument sein, das jemals von einer Angehörigen der Königlichen Familie enthüllt wurde.

Denn Arthur Harris, den seine eigenen Leute "Bomber-Harris" nannten, aber auch "Butcher", also "Schlächter", hat das Töten von Zivilisten zwar nicht erfunden, aber er hat es perfektioniert. Schon 1917, im Ersten Weltkrieg, begannen deutsche Piloten damit, Bomben auf französische Städte zu werfen. Wenig später, in den zwanziger Jahren, berichtete der junge Flieger Arthur Harris aus dem damals von den Briten beherrschten Irak geradezu enthusiastisch, wie großartig es sei, aufständische Kurden zu bombardieren, ohne mit ernsthafter Gegenwehr rechnen zu müssen.

... Von den deutschen Städten war nicht viel übrig, als die Alliierten ... später die Trümmer des Deutschen Reichs besetzten.

Schon bald regten sich Zweifel, bei vielen auch schlechtes Gewissen. Nach der Zerstörung Dresdens stellte sogar Churchill in Frage, ob die Fortsetzung der Massenbombardierungen noch sinnvoll sei. Harris reagierte mit einem Wutausbruch: "Der Rest aller deutschen Städte ist nicht die Gebeine eines einzigen britischen Grenadiers wert", sagte er damals.

Heute ist ziemlich unumstritten, daß die Flächenbombardements und die 600.000 zivilen Opfer in Deutschland den "Widerstandswillen" so wenig gebrochen haben, wie es zuvor die 30.000 Opfer der deutschen Luftangriffe auf Großbritannien getan hatten. ...

Seit als erster der Pforzheimer Bürgermeister Joachim Becker sich im September letzten Jahres an Außenminister Genscher wandte, ob man das unzeitgemäße Spektakel nicht verhindern könne, gehen die Wogen hoch, in Großbritannien wie in Deutschland. Verhindern konnte man nichts; im Auswärtigen Amt erhielt man auf eine vorsichtige Anfrage die Antwort, es handle sich um ein privates Ereignis (da der Bau des Denkmals durch eine private Spendensammlung der "Bomber Association" finanziert wird).

Doch die Tatsache, daß sich die Bürgermeister der besonders hart getroffenen Städte Pforzheim und Dresden, Köln, Würzburg und Hamburg, Hildesheim, Magdeburg und Mainz offiziell gegen die Ehrung für Harris ausgesprochen haben, löste vor allem in der britischen Boulevardpresse und in den Reihen der Bomber Association wütenden Gegenprotest aus.

Man sollte in jeder deutschen Stadt ein Duplikat der Harris-Statue aufstellen schrieb der Kolumnist Andrew Roberts im Londoner "Evening Standard", "damit sie niemals vergessen". Die Bombervereins-Vorsitzende Batchelor erklärte empört, die Deutschen sollten sich um ihre eigene Vergangenheit kümmern, und die Leserbriefspalten der seriösen Zeitungen werden jetzt schon seit Monaten mit Zuschriften zu diesem Thema überschwemmt. ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1992 berichtet im Mai 1992 über das Buch "Die Invasion der Armen" des deutschen Autors Jan Werner (x853/...): >>**Gigantischer ruinöser Asylschwindel**

Das Problem der Asylanten und illegalen Einwanderer beschäftigt zusehends die Öffentlichkeit. Da kommt Jan Werners Buch wie gerufen. Gegenüber den selbsternannten Wortführern einer "multikulturellen Gesellschaft" hat es den Vorzug, sich nicht auf Ideologien zu versteifen, sondern mit Fakten aufzuwarten. Dr. Hans-Werner Müller, so sein eigentlicher Name, ist als Gefolgsmann Helmut Schmidts sicher unverdächtig. Jahrelang war er Sprecher des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Leiter der Innenpolitischen Abteilung des Bundespresseamtes.

Er weist überzeugend nach, daß die komplexe Thematik meist völlig einseitig behandelt wird, wobei die negativen Aspekte weitgehend verschwiegen werden. So kamen allein 1990 knapp 200.000 Asylbewerber, die pro Jahr 1,64 Milliarden DM kosten.

Die geringe Anerkennungsquote von 3-5 % macht deutlich, daß es sich um Armutsflüchtlinge oder auch bloße Wohlstandsschmarotzer handelt (S. 70). Ähnlich wie in den USA, Frankreich und England stellen die ausländischen Jugendlichen ein besonders schwieriges Kapitel dar. Da sie häufig weder den Hauptschulabschluß noch eine berufliche Ausbildung schaffen, werden sie leicht zu "Gast-Arbeitslosen" und gleiten oft in die Kriminalität ab.

- Werner entlarvt die Idee einer "multikulturellen Gesellschaft" als ideologisches Geschwätz (S.41 ff.) Während es sich bei Ausländern aus der EG um nationale Ausprägungen einer umfassenden europäischen Kultur handelt, stammt die Masse der Asylanten aus der untersten, ungebildeten Unterschicht. Tatsächlich funktioniert die "multikulturelle Gesellschaft" nirgendwo in der Welt. Konkrete Beispiele sind u.a. die USA (vgl. die scharfen Gegensätze zwischen Weißen, Schwarzen, Lateinamerikanern), England, Frankreich, Belgien, Jugoslawien, die ehemalige Sowjetunion usw. Zudem lehnen Moslems/Türken jegliche Integration scharf ab (S. 255).

Sodann ist die Kriminalität der Ausländer viermal so hoch wie die der Deutschen. Tendenz steigend! (S. 101 ff.) Die zunehmende Straßenkriminalität ängstigt zusehends die Bürger. 1989 wurden 1.568.420 Fälle registriert. Nach dem Bericht des Verfassungsschutzes von 1989 sind knapp 100.000 Ausländer in der Bundesrepublik Mitglieder extremistischer Gruppen. (S. 122). Dagegen spielt die RAF keine Rolle. "Das Drogengeschäft ist voll in den Händen der Araber." (S. 132)

Jeder Asylbewerber kostet pro Jahr im Durchschnitt 16.000 DM (S. 77)

- Nach dem der SPD nahestehenden ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Professor Zeidler, ist die Bundesrepublik "das einzige Land der Welt, das sich ein solch umfassendes, gar nicht funktionsfähiges Asylrecht leistet." (S. 76) Und Helmut Schmidt stellte im Herbst 1981 fest: "Es war ein großer Fehler, so viele Ausländer ins Land zulassen." (S. 75) Seitdem nahm ihre Zahl um 900.000 zu! Grundproblem ist das Asylrecht. Ohne seine Änderung steuern wir auf ein Chaos zu. Die EG-Kommission rechnet in 10 Jahren mit Millionen "Asylbewerbern" (S. 75 ff.)

Zu Recht bezeichnete Engholm die Asylproblematik als "Existenzfrage für die Bundesrepublik und den ganzen Kontinent". (S. 79) Und Bundeskanzler Kohl forderte zu Beginn seiner Amtszeit, "die Zahl der hier lebenden Ausländer müsse halbiert werden." (S. 258)

Jedoch diesen richtigen Erkenntnissen folgten keine entsprechenden Taten. Die erste Quittung erhielten die Politiker bei den Landtagswahlen vom 5. April. Aber "wenn die Politiker nicht endlich handeln, steht zu befürchten, daß ihnen die Entwicklung entgleitet." (S. 258)

Mehr und mehr wehren sich die Bürger dagegen, daß die enormen Zahlungen von knapp 16 Milliarden pro Jahr an arbeitslose Ausländer andere Leistungen des Staates beeinträchtigen.

Dabei sind die Deutschen keineswegs hartherzig, vielmehr "Weltmeister im Spenden". (S. 78)

So beträgt der jährliche Kulturetat insgesamt 7,7 Milliarden, das Kindergeld 11 Milliarden. Für Berufsschulen stellt der Staat 7,7 Milliarden, für Kindergärten 2,8 Milliarden zur Verfügung. Die hohe Staatsverschuldung von 1,5 Billionen = 1.500 Milliarden im Jahr 1991 macht deutlich, daß die Finanzierungsmöglichkeiten im Grunde bereits weit überschritten sind. Die Zeche werden unsere Kinder und Enkel zahlen müssen. (S. 91 ff.)
- Immer wieder fordern gesellschaftliche Gruppen das Wahlrecht für Ausländer. Jedoch hätte dies verheerende Folgen. Inzwischen bestimmen schon wenige Stimmen knappe Mehrheiten. Geschlossen abstimmende Gruppen, etwa Moslems/Türken, könnten über die Zukunft unseres Landes entscheiden. Schon heute muß jeder Präsidentschaftskandidat in den USA ethnischen Minderheiten Zugeständnisse machen. (S. 256)
Fazit: "Wir werden früher oder später die Masse der hier lebenden Ausländer (aus Nicht-EG-Staaten) in ihre Heimatländer zurückschicken müssen." (S. 256)
- Man mag nicht mit allen Lösungsvorschlägen Werners einverstanden sein. Überdenken sollte man sie auf jeden Fall. Sein Buch ist Pflichtlektüre nicht nur für alle Politiker und politisch Interessierte. Auch politisierende Geistliche aller Ebenen, Sozialverbände sowie kirchliche Lobbyisten einer ideologisch verstandenen, von ihnen mit "evangelischem" Pathos und Moral in geheiligten Betreuungs- und Einwanderungspolitik sollten ruinöse Fakten nicht chronisch verdrängen.<<
Der deutsche Studienrat a.D. Wolfgang Reith (von 1973 bis 2009 Lehrer und Schulleiter einer Hauptschule im Duisburger Norden, einem sozialen Brennpunkt) berichtet später (x863/...):
>>**Die verdrängte Deutschenfeindlichkeit**
... Von 1973 bis zu meiner Pensionierung 2009 war ich erst Lehrer und schließlich Schulleiter an einer Schule im Duisburger Norden (dort, wo seit zwei Jahren die bislang größte Moschee Europas steht). In den siebziger und achtziger Jahren waren die türkischen Schüler und deren Eltern voll integriert, die Schüler waren fleißig und strebsam, sie waren im Deutsch-Unterricht manchmal sogar besser als einige deutsche Schüler, weder gab es Schülerinnen noch Schülermütter mit Kopftuch.
Das änderte sich Ende der 80er Jahre, als nach und nach eine türkische Infrastruktur und damit eine gewollte Ghettoisierung im Stadtteil entstand und sich eine Parallelgesellschaft bildete, in der bald eigene Gesetzmäßigkeiten herrschten. 1988 überschritt die Zahl der türkischen Schüler an unserer Schule die 50-Prozent-Marke, und da wurden die ersten Forderungen erhoben, nun müßten sich die Deutschen assimilieren. Türkische Schüler der 10. Klassen betonten, im Geschichtsunterricht hätten sie gelernt, Demokratie heiße "Herrschaft der Mehrheit des Volkes", und weil nun die Türken im Stadtteil die Mehrheit bildeten, sollten sich die Deutschen ihnen anpassen, und Türkisch sei als gleichberechtigte Sprache neben dem Deutschen zuzulassen.
Tatsächlich gab es plötzlich türkischsprachige Formulare im Rathaus und in den Banken, und ebenso tauchten erste zweisprachige Schilder in der Öffentlichkeit auf. Man wollte sich betont "ausländerfreundlich" geben, und die Ausländer ihrerseits sahen keine Notwendigkeit mehr, die deutsche Sprache zu lernen. Kaum stellten die Türken die Mehrheit, bestanden sie darauf, daß bei Konferenzen übersetzt würde. Natürlich hing das auch damit zusammen, daß ab Ende der 80er/Anfang der 90er Jahren verstärkt Ehefrauen aus der Türkei importiert wurden (im Gegensatz zu den hier aufgewachsenen türkischen Frauen waren jene wenigstens noch nicht von der westlichen Kultur "verdorben"), die auch hierzulande nicht die deutsche Sprache erlernten, weil sie von ihren Ehemännern isoliert wurden.
Übrigens ließen in den letzten Jahren Eltern, die als Kinder selbst unsere Schule besucht hatten und jetzt ihre eigenen Kinder zu uns schickten, ihre Aussagen von Dolmetschern übersetzen. Wenn ich erstaunt fragte, warum sie dies täten, denn schließlich hätten sie doch an unserer Schule einen deutschen Abschluß erreicht, dann erhielt ich oft in radebrechendem Deutsch

die Antwort, man habe zwischenzeitlich alles verlernt.
Bald trug auch die Mehrheit der türkischen Mädchen und Frauen Kopftücher – selbstverständlich "freiwillig", wie immer wieder betont wurde –, und wer das nicht tat, dem wurde gelegentlich vom Hodscha (islamischer Religionsgelehrter) gesagt, daß dies nicht nur unislamisch sei, sondern daß man als "nackt herumlaufende Frau" auch keine Chance habe, nach dem Tode ins Paradies zu kommen. Oft waren die Eltern fortschrittlicher im Denken als ihre Kinder, die nachmittags immer häufiger in die wie Pilze aus dem Boden sprießenden Koran-Schulen gingen.
Die türkischen Lehrer, die seit 1980 für den muttersprachlichen Unterricht an unserer Schule tätig waren – in der Regel modern, europäisch gebildet und durchweg aus der Westtürkei stammend –, wurden gerade deswegen von den rückständigen anatolischen Landsleuten nicht akzeptiert, sondern von vielen abgelehnt, weshalb mehr und mehr Eltern ihre Kinder vom Unterricht in der Muttersprache (!) abmeldeten.
Einen türkischen Lehrer, der in der Nähe von Izmir zu Hause war, meinten einige Schüler bei mir "anschwärzen" zu müssen, indem sie mir erklärten, der sei ja "halber Grieche" und deshalb nicht ernst zu nehmen. Eine türkische Kollegin wurde, weil sie kein Kopftuch trug, von den Eltern so unter Druck gesetzt, daß sie sich schließlich unter Tränen an eine andere Schule am Niederrhein versetzen ließ.
In den 90er Jahren kam es dann zu ersten antideutschen Handlungen. Es waren weniger körperliche Auseinandersetzungen, vielmehr wurden deutsche Schüler, aber auch manche Lehrerinnen wegen ihrer "unislamischen Lebensweise" als Schweinefresser, Schlampen (vor allem Mädchen, die bereits Freunde hatten), Ungläubige und schlimmstenfalls als Nazis beschimpft. Wenn ich bei Schulleiter-Konferenzen oder im Jugendausschuß der Stadt solche Probleme ansprach, wurde ich sofort ausgegrenzt, ja man bezichtigte mich einer offenkundig fremdenfeindlichen Haltung. Höchstens zwei oder drei weitere Schulleiter unterstützten mich, der große Rest hüllte sich in Schweigen.
In einer Nacht des Jahres 2002 wurde die Fassade der Turnhalle unserer Schule mit den Worten beschmiert: "Deutsche raus! Deutschland den Türken!" Wir benachrichtigten die Kriminalpolizei, die auch tatsächlich kam, doch erklärten mir die Beamten, es handele sich da um keine Straftat, und so gebe es auch keinen Anlaß zu ermitteln. Als ich Unverständnis bekundete, wurde ich belehrt, daß der Fall umgekehrt hätte laufen müssen: Wenn nämlich an der Wand die Worte "Ausländer raus! Deutschland den Deutschen!" gestanden hätte, wäre dies ein Fall für den Staatsschutz gewesen.
Seit 2003 gab es in Nordrhein-Westfalen einen Schulversuch mit "Islamischer Unterweisung" (seit 2006 "Islamkunde"), einem islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, an dem auch unsere Schule teilnahm, weil wir dies nicht nur für sinnvoll erachteten, sondern darin zugleich ein Korrektiv zu den zahlreichen Koran-Schulen im Umfeld sahen. Anfangs war es noch Neugier, die viele (nicht die meisten!) islamischen Schüler dorthin "trieb". Doch schon nach zwei Jahren ließ das Interesse merklich nach, ältere Schüler und vor allem Schülereltern beschwerten sich über diesen Unterricht, weil der (moderne) Lehrer "keinen richtigen Islam" lehre.
Obwohl ich jedes Jahr einen Bericht über den Schulversuch und seine Erfolge (Nichterfolge waren nicht vorgesehen!) vorlegen mußte und meine Beobachtungen sehr deutlich zum Ausdruck brachte, reagierte man amtlicherseits überhaupt nicht darauf. Statt dessen nimmt der Zulauf zu den Koran-Schulen und den Moschee-Vereinen im Stadtteil zu, und was dort "gepredigt" wird, ist hinreichend bekannt.
Die jetzt begonnene Debatte um dieses bisherige Tabuthema ist dringend vonnöten, und sie darf auf keinen Fall "ergebnis-offen" diskutiert werden. Deutschenfeindlichkeit muß endlich als das gesehen werden, was sie ist, nämlich als diskriminierende und kriminelle Handlungs-

weise vor allem islamischer jugendlicher Machos und Rambos, die glauben (und das auch sagen!), in Deutschland gebe es ja keine Gesetze, weil eine Demokratie eben ein freier Staat sei, in dem man ungestraft alles tun und lassen dürfe. Dieser Einstellung gehört dringend ein Riegel vorgeschoben.<<

Der evangelische Pastor i.R. Eberhard Troeger berichtet später (während des 7. Europäischen Bekenntniskongresses vom 13.-15. Oktober 2004 in Freudenstadt) über den Islam (x917/…):

>>**Der Griff des Islam nach Europa**

Bei der Beschäftigung mit dem **"Griff des Islam nach Europa"** dürfen wir nicht übersehen: **Der Islam hat ein Programm für Europa,** und zwar nicht nur ein religiöses, sondern auch ein gesellschaftspolitisches und wirtschaftliches Programm.

Die Europäer haben weitgehend noch nicht verstanden, daß der Islam eine umfassende, fast totalitär zu nennende Lebensordnung ist. In diesem Sinne definierte der **Islamrat für Europa** 1980 in London in einer Erklärung den Islam folgendermaßen:

"Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."

Universal Islamic Declaration, veröffentlicht am 28.4.1980 in der islamischen Zeitschrift **New Horizon** in London, deutsche Übersetzung abgedruckt im **Materialdienst der Ev. Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD** Nr.7 Stuttgart, 1.7.1980, S. 181-184. Hier wird klar ausgedrückt, daß der Griff des Islam nach Europa nicht nur religiös, sondern auch politisch zu verstehen ist.

Wer ist Träger des "Griffs nach Europa"? Der **Islamrat für Europa** spricht von einer "Bewegung", und das trifft die Sache recht gut. Der Islam ist keine Supraorganisation, vergleichbar etwa mit der römisch-katholischen Kirche. Nur unter den ersten vier Kalifen war der Islam ein einheitlicher religiös-staatlicher Herrschaftsraum, für den man auch den Ausdruck **"Haus des Islam"** verwendete. Im Laufe der Geschichte hat sich der Islam aber in eine Fülle unterschiedlich geprägter politischer Herrschaften, religiöser Sekten, theologischer und juristischer Institutionen und bruderschaftlich organisierter Basis-Bewegungen aufgesplittert.

Die werbemäßigen Aktivitäten gingen meistens vom nichtstaatlichen Islam aus. Das waren erstens die jeweiligen oppositionellen Gruppen, z.B. die schiitischen Absplitterungen; es waren zweitens die Bruderschaften, die zunächst ein religiöses Anliegen hatten, dann aber teilweise politisiert wurden. Inzwischen wurden auch moderne Organisationsformen übernommen. Weltweit werden Vereine, Verbände, Konferenzen usw. gegründet.

Es sind vor allem die nichtstaatlichen Organisationen, die Träger der islamischen Expansion sind. Es gibt aber einige wichtige Ausnahmen: Der iranische Staatsislam, der auf dem sog. Zwölfer-Schiismus basiert, und der staatliche Wahhabismus in Saudi-Arabien setzen sich weltweit mit viel Geld für die Ausbreitung des Islam ein. Auf der politischen Bühne geht zunehmender Einfluß von der **Islamic Conference Organisation (OIC)** aus, dem politischen Zusammenschluß der islamischen geprägten Staaten. Die **OIC** ist jedoch ein schwerfälliges Gebilde, während die nichtstaatlichen Organisationen sehr mobil agieren. Im Sinne des am Anfang Gesagten haben aber auch die nichtstaatlichen Organisationen eine politische Agenda.

1. Der Griff nach Europa ist ein genuin islamisches Anliegen.

Es ist verkehrt zu meinen, daß nur der moderne Islamismus ein islamisches Europa wolle. Das Ziel eines islamischen Europa basiert vielmehr auf dem **Koran,** nach dem der Islam die wahre Religion für alle Menschen ist. Bereits der Koran lädt auch Christen und Juden und natürlich alle sogenannten Heiden ein, Muslime zu werden. Am Überlegenheitsanspruch des Islam gibt es in keiner islamischen Richtung einen Zweifel. **Der moralisch dekadente Zustand Europas nährt diesen Anspruch.** Für viele Muslime ist Europa ins Heidentum zurückgefallen, und deshalb wird der Islam als Lösung für die Probleme Europas angesehen.

In diesem Zusammenhang sind die koranischen Konzepte von Dauwa und Dschihad zu

nennen. Dauwa ist die Einladung, den Islam anzunehmen, und als solche ist sie ein Teil des Dschihad, d.h. des Einsatzes für Allah. Der Dschihad ist umfassend und meint sowohl den Einsatz für den Islam als Allah-Verehrung als auch für den Islam als öffentlich-politische Ordnung: Menschen, die den Islam nicht freiwillig annehmen, können und sollen durch wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Druck dazu bewegt werden. **Ziel des Dschihad ist es, politische Verhältnisse zu schaffen, in denen nichts mehr dem Islam entgegensteht**. Früher eroberte man mit dieser Begründung riesige Gebiete - auch in Europa. Heute ist man sich darüber im klaren, daß eine militärische Eroberung Europas keine Option ist, aber man sieht eine Fülle anderer Mittel, dasselbe Ziel zu erreichen (s.u.).

Das Ziel ist also eindeutig, aber die Begründungen, die Erwartungen und die Methoden können bei den einzelnen muslimischen Gruppen sehr unterschiedlich sein. Ich will sie kurz skizzieren:

a. Im 'frommen Islam' geht man davon aus, daß Allah selbst Europa zum Islam bekehren werde, wenn und wann er es will, und daß es den Menschen nicht zustehe, das zu bewerkstelligen. Es ist dieser **quietistische Islam,** der die ganze Geschichte des Islam begleitet hat und der auch heute viele Muslime prägt. Er wird aus den mekkanischen Korantexten gespeist, aber auch aus vielen negativen Erfahrungen, da der Islam im Laufe seiner Geschichte bis heute von vielen Machthabern für ihre eigenen Belange mißbraucht worden ist.

b. Die entgegengesetzte Richtung ist der aktivistische Islam, der sich von den kämpferischen medinensischen Texten des Koran zu Dauwa und Dschihad inspirieren läßt . Er wurde oft durch Angriffe auf den Islam provoziert, z.B. durch die Kreuzzüge, durch die Vertreibung der Muslime aus Spanien, durch den Kolonialismus, durch die christliche Mission, durch den Kommunismus, durch die Verbreitung liberaler und dekadenter westlicher Kultur und nicht zuletzt durch die **Existenz Israels** im Herzen der arabischen Welt. Seit über 100 Jahren ist dieser Islam auf dem Vormarsch und prägt heute das Erscheinungsbild des Islam.

c. Es ist nötig zu sehen, daß der islamische Aktionismus bzw. der sog. Islamismus der Gegenwart viele Gesichter hat. Zwei möchte ich skizzieren. Erstens gibt es Islamisten, die grundsätzlich der Meinung sind, **daß alle Aktion von der islamischen Gemeinschaft und ihrer Leitung, d.h. möglichst vom islamischen Staat, ausgehen müsse.** Dieser **Islamismus** ist gekennzeichnet durch langfristige Ziele und einen langen Atem: Seine bevorzugten Mittel sind friedliche Werbung für den Islam, Durchdringung der Gesellschaft, wirtschaftliche Maßnahmen und politische Lobbybildung.

Die andere Variante des Islamismus nimmt ein Eigenrecht zum Handeln für sich in Anspruch, d.h. **ein Kämpfen für den Islam** unabhängig vom islamischen Staat. Man wirft den muslimischen Staaten und ihren Führern, aber auch den moderaten Gruppen und Verbänden Feigheit, Anbiederung an den Westen aus Eigennutz und damit Korruption vor. Diese radikalen Islamisten kämpfen also einen Zweifrontenkampf, einerseits gegen den aus ihrer Sicht korrupten Islam und andererseits gegen die Feinde des Islam. Vorbild ist ihnen - und das nicht zu Unrecht - Muhammad, der in Medina nach innen gegen die sog. "Heuchler" und nach außen gegen die Gottlosen in Mekka kämpfte.

Die Methoden dieser radikalen Islamisten sind Revolution und Terror, und sie begründen das damit, daß ihnen als kleiner Minderheit keine andere Wahl bleibt. Sie wollen also die Herrschaft in einem Land durch gewaltsamen Umsturz erreichen, oder, wo das nicht möglich ist, ein Land durch Terror einschüchtern und erschüttern.

d. In Europa agieren bis jetzt vor allem die friedlichen Aktivisten, aber die radikalen Islamisten sind präsent und jederzeit zum Zuschlagen bereit, wie die Terrorakte in Spanien gezeigt haben.

2. Die Ziele und Methoden von Dauwa und Dschihad in Europa.

a. Die islamische Dauwa stellt den Islam als die überlegene religiöse und gesellschaftliche

Ordnung dar: Der Islam schaffe Frieden im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft und löse die Probleme Europas. Das Christentum dagegen habe in Europa offenkundig versagt.
Diese Meinung wird in vielen Broschüren und Büchern auf den Markt gebracht. Man nützt Dialoge, Fernsehinterviews und Talkshows für die Dauwa. Islamische Radio- und Fernsehsender verbreiten diesen Islam, und man kämpft um Sendezeit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.
b. Die Dauwa kämpft gleichzeitig gegen das überwiegend negative Image des Islam in Presse, Fernsehen und Literatur. Man erhebt den Vorwurf der Unkenntnis und der bösartigen Fälschung und bekräftigt den Anspruch, daß nur Muslime das Recht hätten, den Islam darzustellen. Die kritische Darstellung des Islam wird als "Islamphobie" etikettiert, und man fordert Gesetze gegen die "Diskriminierung". Damit wird im Grunde eine Einschränkung der Meinungsfreiheit gefordert.
c. Die Dauwa-Gruppen arbeiten strategisch vgl. dazu das Strategiepapier von Khurram Murad, Islamic Movement in the West: Reflection on some Issues, The Islamic Foundation, Leicester 1981 und zielstrebig, indem sie Journalisten, Pädagogen und Juristen ausbilden, wobei ihnen große Geldsummen aus Saudi-Arabien und anderen Ländern zur Verfügung stehen. Man versucht, Medienunternehmen aufzukaufen und die öffentliche Meinung im Sinn des Islam zu beeinflussen. Natürlich ist es ein Ziel, die Eliten der Zukunft mitzuprägen.
d. Ein genuin islamisches Aktionsfeld ist der Kampf um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das praktische Ausleben des Islam, also das, was unter "islamischer Lebensweise" verstanden wird. Die europäischen Staaten sollen die islamische Kleiderordnung auch im öffentlichen Bereich erlauben, islamische Speisegesetze berücksichtigen, muslimische Feiertage als staatliche Feiertage zulassen sowie das rituelle Gebet während der Arbeitszeit, die Teilnahme am Freitagsgebet während der Arbeitszeit, den Muezzin-Ruf per Lautsprecher, den Bau von Moscheen im Stadtzentrum, das Zinsverbot im Bankwesen usw. genehmigen.
Die Liste ist lang, aber auf vielen dieser Gebiete gibt es eine Kollision mit der europäisch-christlichen Tradition, die den weltlichen Bereich und den geistlichen Bereich zwar nicht trennt, aber doch als unterschiedliche Sphären betrachtet. "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist" (Matthäus 22, 21) - dieses Gebot Jesu lehnt der genuine Islam ab. Der Islam will vielmehr die Einheit von religiöser und weltlicher Ordnung. Dies kann konkret nur entweder die Islamisierung eines Staates oder die Schaffung einer islamischen Parallelgesellschaft innerhalb eines säkularen Staates mit dem Ziel der langsamen Ausweitung des islamischen "Herrschaftsbereiches" bedeuten. -
Meines Erachtens muß der säkulare Staat beidem widerstehen, um den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger zu wahren. Denn sonst gibt es bald zweierlei Recht in einem Staat, und dies wäre eine Benachteiligung der Nichtmuslime. Dazu ein Beispiel: Würde das islamische Recht in einer muslimischen Subgesellschaft gelten, wäre es für Muslime verboten, den Islam zu verlassen. Das aber würde eindeutig dem Grundsatz der Religionsfreiheit widersprechen. Dieser Grundsatz gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, in dessen Verfassung es heißt: "Jeder Mensch hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln …"
Es ist klar, daß das Ringen des Islam um Islamisierung der europäischen Gesellschaften ein harter Kampf sein wird. Wir sind mitten in ihm drin, und er wird vermutlich Europa das ganze 21. Jahrhundert hindurch in Atem halten. Muslime überziehen unsere Gerichte mit einer Fülle von Gerichtsverfahren und haben bereits manche juristische Schlacht gewonnen. Dabei argumentieren sie mit der Religionsfreiheit und nutzen die liberale Ordnung für ihre eigene Belange aus. Im Grunde wird die liberale Ordnung benutzt, um diese langfristig abzuschaffen.
Es ist schon eine Ironie, daß Muslime gerade das instrumentalisieren, was sie weitgehend ab-

lehnen. Manche Kenner sehen den Kampf schon als für das freiheitliche und christlich geprägte Europa verloren an. Es wird darauf ankommen, ob sich Europas nichtmuslimische Eliten der Geschichte Europas und seiner Werte besinnen und den geistigen, geistlichen und juristischen Abwehrkampf aufnehmen. Die Nichtmuslime dürfen sich nicht länger von den muslimischen Lippenbekenntnissen zu den europäischen Verfassungen täuschen lassen. Die in Europa lebenden muslimischen Intellektuellen haben längst begriffen, daß jede Verfassung sich mit entsprechenden Mehrheiten ändern läßt.

e. Der Islam bemüht sich um wirtschaftliche Einflußnahme durch das immense muslimische Kapital aus den Erdöleinnahmen. Leider sind die Europäer im Allgemeinen so materialistisch geworden, daß sie um kurzzeitiger Vorteile willen das islamische Kapital in Anspruch nehmen und den damit verbundenen islamischen Einfluß akzeptieren.

f. Politischer Druck auf Europa wird heute vor allem im Rahmen der UNO durch die in der OIC zusammengeschlossenen islamischen Länder ausgeübt. Dabei arbeitet die Uneinigkeit der europäischen Länder und die Uneinigkeit des Westens den Muslimen in die Hände. Sie haben es leicht, nach der Methode "divide et impera" Keile zwischen Europa und Amerika und zwischen die Europäer zu treiben.

g. Diese Taktik wird auch erfolgreich auf die Christen und die Kirchen angewandt. "Gute Christen" sind aus islamischer Sicht solche, die den Islam unterstützen, den christlichen Glauben relativieren, auf die Gottessohnschaft Jesu und die Erlösung durch ihn verzichten, die Gemeinsamkeit der so genannten "abrahamitischen Religionen" fördern sowie den Islam als Heilsweg, Muhammad als Propheten und den Koran als Wort Gottes anerkennen. "Böse Christen" sind aus islamischer Sicht dagegen solche, die an Bibel und Bekenntnis festhalten, missionarisch denken und handeln und den Islam als Heilsweg ablehnen.

h. Schließlich nenne ich noch die demographische Katastrophe Europas als Folge seiner Abwendung von Gott. Der Geburtenüberschuß bei muslimischen Bevölkerungsgruppen und die stetige Zuwanderung von Muslimen lassen ihren Anteil an der europäischen Bevölkerung ständig wachsen.

3. Wird der Islam seine Ziele erreichen?

Prognosen können von Christen nur unter dem Vorbehalt gemacht werden, daß die Zukunft von Gott bestimmt wird und er es ganz anders fügen kann, als wir es ahnen oder befürchten.

a. Menschlich gesprochen, werden wir es in Zukunft in Europa mit einem **starken und selbstbewußten Islam** zu tun haben. Wir müssen davon ausgehen, daß die Muslime ihre Organisationsstrukturen weiter ausbauen und vereinheitlichen. Der Islam dürfte zu einer starken gesellschaftlichen und politischen Kraft in Europa werden.

b. Offen erscheint mir die Frage, **ob der Islam sein genuines Anliegen, d.h. die Einheit von Glaube und Staat,** langfristig mehrheitlich aufgeben und sich auf seine religiöse Seite reduzieren lassen wird. Viele europäische Politiker hoffen das und träumen von einem humanistischen Euro-Islam, wobei ihnen offensichtlich das weitgehend zu Humanismus gewordene europäische Christentum als Vorbild dient. Mir scheinen das aber trügerische Hoffnungen zu sein. So wie das Christentum sein Proprium nicht aufgeben kann und darf und wir eine Neubesinnung auf das biblische Christentum von Gott erwarten, so sollten Europäer auch nicht meinen, daß der Islam als eine politische Weltreligion so einfach sein Proprium aufgeben könnte und würde.

c. Ist der Islam attraktiv für Europäer? Bis jetzt werden viele Europäer von dem gesetzlichen und kämpferischen Islam abgestoßen. Dagegen wecken der religiöse Islam und seine Kultur, besonders aber der Sufismus, bei manchen Europäern eine nicht geringe Sympathie. Der Islam erscheint attraktiv für alle Menschen, die das Christentum mit seiner Lehre vom dreieinigen Gott, von der Verlorenheit des Sünders und von der Versöhnung durch Christus ablehnen und gleichzeitig sog. Spiritualität suchen, für Menschen also, die nur eine allgemei-

ne Gottgläubigkeit und eine persönliche Religiosität wollen.
Leider müssen wir auch sehen, daß eine christliche Theologie, die den christlichen Glauben auf Humanismus und Spiritualität reduziert und dabei die alten Propria des christlichen Glaubens preisgibt, eine große Affinität zum Islam hat. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß der verunsicherte moderne Mensch in der Gesetzlichkeit des Islam einen inneren Halt finden kann. Der Islam hat also auch als Religion in Europa Chancen.
d. Es könnte aber auch sein, daß das alte Europa **starke Gegenkräfte** gegen den Islam entwickelt und sich (a) auf seine christlichen Wurzeln und Werte besinnt. Es könnte (b) zu einem Kampf um eine freiheitliche Gesellschaft gegen den islamischen Totalitarismus kommen. Es könnte auch im Blick auf die Kinderfreundlichkeit eine Wende geben. All das ist momentan nicht in Sicht, aber es kann von Gott erbeten werden.
e. Die Zukunft von Europa wird sehr davon abhängen, **ob es eine neue Reformation im biblischen Sinne** in den europäischen Kirchen geben wird, d.h. eine biblische Erneuerung der Theologie, eine geistliche Erweckung der Gemeinden und eine Neubesinnung auf die Mission in Europa. Wenn dies geschieht, könnten viele Muslime Christen werden, denn es gibt unter Muslimen durchaus Offenheit für das Evangelium und Enttäuschung am Islam. Der Islam hätte es dann wesentlich schwerer, seine Ziele zu erreichen.

HINTERGRÜNDE

4. Ist der Islam ein Bußruf Gottes für Europa?

Diese Frage ist nicht neu, sondern immer wieder gestellt worden, besonders auch von den Reformatoren. Vgl. dazu **Andreas Baumann, Der Islam - Gottes Ruf zur Umkehr?** Eine vernachlässigte Deutung aus christlicher Sicht, Basel/Gießen 2003. Hinter dieser Frage steht die Erkenntnis, daß Gott auch der Herr über den Islam ist und **der Islam einen Platz im Geschichts- und im Gerichtshandeln Gottes hat.** Er hat es zugelassen, daß die Iberische Halbinsel für fast 500 Jahre überwiegend muslimisch war. Er hat es zugelassen, daß der Balkan ab dem 14. Jahrhundert islamisiert wurde, er hat es aber auch gefügt, daß die Türken 1529 und 1683 vor Wien zurückgeschlagen wurden. Was will Gott mit dieser Geschichte den europäischen Christen sagen? **Werden Europäer den Bußruf Gottes hören, der in dieser Geschichte liegt?**
Ist der neuerliche "Griff des Islam nach Europa" nicht ein neues Gericht Gottes und damit ein neuer Bußruf an die Europäer, aus ihrer Gottlosigkeit umzukehren? Ist das neue Vordringen des Islam aber nicht auch Gericht und Bußruf für eine Kirche, die den Boden des Evangeliums in vielen Bereichen verlassen hat? Der Synkretismus, die Reduktion der biblischen Botschaft auf das Diesseitig-Soziale und Persönlich-Individuelle, der moralische Zerfall bei Einzelnen und in Familien - all das macht ja vor der Kirche nicht Halt! - Wird die Christenheit, werden die einzelnen Christen umkehren? Nur so wird sich ein Gericht Gottes durch den Islam abwenden lassen!

5. Was ist konkret zu tun?

… **Jeder europäische Christ ist als Staatsbürger, d.h. in seiner Verantwortung für die Gesellschaft, gefordert,** mit dem Islam ist auch eine politisch-rechtlich Aufgabe. Der Staat muß den Islam, sofern er totalitäre Forderungen erhebt, in seine Grenzen weisen und die Gleichheit und Freiheit aller Bürger verteidigen. Um der Gleichheit aller Bürger willen darf der Islam keine Sonderrechte genießen. Um der Freiheit aller Bürger willen muß auch der Islam, wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, Einschränkungen seiner Freiheit akzeptieren. Um damit richtig umgehen zu können, brauchen wir islamwissenschaftlich geschulte christliche Politiker, Juristen, Journalisten, Pädagogen und Theologen. Wir brauchen Organisationen, die durch Stipendien bekenntnistreue Christen auf dem Gebiet der Islamwissenschaften ausbilden helfen.
b. Die geistliche Erneuerung der europäischen Kirche können wir nur erbitten. Aber wir

können helfen, daß bekenntnistreue Theologen Islamwissenschaften studieren und sich der theologischen Auseinandersetzung mit dem Islam widmen. Die theologische Apologetik im Blick auf den Islam ist nachhaltig zu fördern.

c. Die europäische Christenheit muß in einer Zeit der Auflösung aller ethischen Werte um die Formulierung ethischer Standards ringen. Es ist nötig, einen ethischen Konsens in einprägsame Formulierungen zu fassen, wie das Luther für seine Zeit im Kleinen Katechismus getan hat. Muslime, die sich für den christlichen Glauben öffnen, müssen wissen, daß christlicher Glaube nicht nur Versöhnung mit Gott ist, sondern auch das Leben nach den Geboten Gottes.

d. Die christliche Mission unter Muslimen muß zu einer Aufgabe aller Gemeinden in Europa werden. Sie kann nicht nur Anliegen einiger Weniger sein, sondern muß ins Bewußtsein der europäischen Christenheit als fundamentale Aufgabe treten.

e. Die christlichen Gemeinden müssen offen werden für die Aufnahme bekehrter Muslime. Das erfordert Offenheit für Menschen aus anderen Kulturräumen und ein Überdenken der gottesdienstlichen Formen und des gemeindlichen Lebens. Dies wird die eigentliche Jahrhundertaufgabe für die europäische Christenheit sein. …<<

Daniel Hecker (Institut für Islamfragen) berichtet später (im Jahre 2005) über den Islam (x918): >>**Das Kopftuch als Uniform**

Das Kopftuch kann unter vielen verschiedenen Aspekten betrachtet werden, z.B. unter religiösen, politischen und soziologischen Aspekten. Häufige Fragen lauten: "Was sagt der Koran über das Kopftuch?", "Hat das Kopftuch politische Bedeutung?" oder "Warum verbietet ein Land wie die Türkei das Kopftuch in Schulen und Universitäten, während der Iran das Tragen eines Kopftuchs gesetzlich festlegt?"

Es gibt darüber hinaus aber auch noch andere Betrachtungsmöglichkeiten. Das Thema Kopftuch kann auch unter dem Aspekt der Uniform betrachtet werden, und auch aus diesem Blickwinkel ergeben sich interessante Aspekte:

1. Die lexikalische Bedeutung der Uniform

Abgesehen vom Aussehen einer Uniform haben alle Uniformen gemeinsame Eigenschaften, die schon in der lexikalischen Definition des Begriffs enthalten sind. Eine Uniform ist:

1. einheitlich, einförmig

2. eine Bekleidung, die nach Stoffart, Farbe, Schnitt und Aufmachung einheitlich getragen wird, um eine gewisse Zusammengehörigkeit zu demonstrieren (Militäruniform, Postuniform).

3. Eine einheitliche vorschriftsmäßige Bekleidung ist besonders für Amtsträger (Soldaten, Polizisten usw.) von Bedeutung.

Zwei entscheidende Kennzeichen sind in diesen lexikalischen Definitionen enthalten:

- Der Wunsch, etwas gleich zu machen, indem Uniformträger einheitlich aussehen
- Der Wunsch, sich zu unterscheiden, indem zwischen einer uniformierten Gruppe und anderen Gruppen eine äußerliche Unterscheidung getroffen wird.

2. Verschiedene Gesichter der Uniform

a. Die Uniform des Kopftuches (oder: Übergewandes) im Koran:

Der Koran beinhaltet mehrere Verse, die offensichtlich eine Verschleierung (oder: Bedekkung) der Frau vorschreiben. Dabei sind der Wunsch, sich untereinander gleich zu machen und sich nach außen zu unterscheiden, die Basis der entsprechenden Koranvorschriften (s. Sure 33,59), um die Pflicht zum Tragen des Kopftuches bzw. des Übergewandes zu begründen:

- Sure 33,59 beginnt mit dem allgemeinen Befehl: "Sage, o Prophet, deinen Frauen und Töchtern und den Frauen der Gläubigen, daß sie ihr Übergewand (über ihr Antlitz) ziehen sollen, wenn sie ausgehen." Diese Anweisung betrifft alle Musliminnen; sie müssen alle ein Überge-

wand - die gleiche Uniform - tragen und auf diese Weise das gleiche Aussehen erhalten. Das macht sie äußerlich gleich, d.h. verwandelt sie in eine äußerlich gleich aussehende Gruppe.
- Der Vers geht weiter: "… damit man sie als ehrbare Frauen erkenne und sie nicht belästige." Durch eine äußerlich auffallende Aufmachung - Uniform - müssen sich Musliminnen von anderen Frauen, also nicht verschleierten Nichtmusliminnen, unterscheiden.

b. Die Uniform in utopischer Literatur

Die Uniformierung ist eine unentbehrliche Voraussetzung zur Gestaltung einer Utopie. Die Festlegung bestimmter standardisierter Maßnahmen soll ein besseres Leben ermöglichen, und zwar eine Utopie, ein Niemandsland. So gestaltet ein Schriftsteller eine "vollkommene Gesellschaft." Sie ist Ausdruck der Unzufriedenheit des Schriftstellers mit der Realität. so daß er eine bessere, perfekte Lebensform erfindet, die in der Realität nicht durchsetzbar ist oder doch nur mit der Schaffung unmenschlicher Lebensumstände durchsetzbar wäre.
Eine Utopie bleibt eine Gesellschaft mit streng verbindlichen Regeln, die von einem Diktator (dem Verfasser der Utopie - den Menschen aufgezwungen werden. Der Diktator entscheidet über uniforme Standards wie die Bauten der Stadt, die Arbeitsplätze und -zeiten, die Anzahl der Kinder, ihre Kleidung usw. Keiner der Beteiligten darf gegen diese Regeln verstoßen, sonst gilt er als Außenseiter; weil er sich den von oben verfügten uniformierenden Regeln nicht unterwirft.
Auf der anderen Seite ist das Einhalten der uniformierenden Regeln keine freie Entscheidung. Wer in die Utopie hineingeboren wurde, muß sich den Regeln (Uniformen) des autoritären Schriftstellers unterwerfen oder sich auflehnen und strafbar machen.
Viele Schriftsteller lassen ihre Charaktere anhand äußerlicher Unterschiede zum Außenseiter werden, indem sie gegen die Uniformen verstoßen: Mike beschreibt sich in Robert A. Heinleins Fremder in einem Fremden Land: "Ich weiß, was los ist; ich bin weder ein Mensch noch ein Wesen aus März."
Weil er sich von den anderen unterscheidet, kann er weder im März noch auf der Erde integriert werden. In Aldous Huxleys Schöne Neue Welt hat John eine Haut, die zu weiß für die indischen Einwohner des Schutzgebiets ist, aber gleichzeitig sind seine Emotionen und sein Temperament im Welt-Staat unerwünscht. Er gilt in beiden Welten als ein Außenseiter. Und in William Goldings Herr der Fliegen ist Piggy dick und trägt eine Brille. Mit diesem äußerlichen Unterschied zu den anderen Kindern auf der Insel wird schon auf seine spätere Verfolgung und Tötung hingewiesen.

c. Die Uniform beim Militär

Als Soldat muß man sich anderen Leuten gegenüber entsprechend der Uniform, die sie tragen, verhalten. Menschen gelten in diesem Bereich aufgrund ihrer Uniform als Freunde, Feinde, Untergebene oder Vorgesetzte. Bestimmte standardisierte Symbole - Wappen, Sterne, Schwerter, Adler, Kronen o.ä. - zeigen den Rang eines Soldaten an. Die Persönlichkeit des uniformierten Mitsoldaten spielt keine Rolle bei Entscheidungen anderer Mitsoldaten ihm gegenüber, so z.B., ob ein anderer Soldat diesem gehorchen muß, ob er ihm befehlen darf, ihm helfen oder ihn gefangennehmen muß.
Entscheidend dafür ist die Kleidung des Uniformträgers, die seinen Rang und seine Gruppenzugehörigkeit angibt. Die Uniform symbolisiert den militärischen Rang, das Gesetz, das der Soldat vertritt oder auch die Haltung eines Staates einem anderen Staat gegenüber. Wer z.B. dem Befehl eines "höheren Uniformträgers" nicht gehorcht, macht sich damit strafbar. Die Uniform entscheidet letztlich über die Verhaltensweise des Soldaten anderen "Uniformierten" gegenüber.
Die Weigerung eines Soldaten, eine Uniform zu tragen, gilt fast in allen Armeen der Welt, insbesondere in Kriegszeiten, als strafbar, in manchen Ländern sogar als schweres Verbrechen. Solch eine gesellschaftliche oder staatliche Bestrafung beruht nicht darauf, daß die Uni-

form als eine Mode abgelehnt wird. Vielmehr wird die Ablehnung der Uniform als Weigerung aufgefaßt, das Gesetz des Landes zu respektieren, bzw. diesem Staat und seiner Gesellschaft einen wichtigen Dienst nicht zu leisten.
Im Großen und Ganzen erklärt sich ein Soldat durch seine Uniform dazu bereit, für den Staat - den Uniformgeber - zu kämpfen oder sogar zu sterben. Wer sich dagegen wehrt, erklärt damit seinen Protest gegen die Staatspolitik und Gesellschaftsnormen und muß mit Strafe rechnen. Die Uniform beim Militär ist Pflicht. Ist man in einem Land geboren, in dem kein Zivildienst möglich ist, muß man in einer ganz bestimmten Uniform - und nur in dieser - seinen Militärdienst leisten.

3. Das Kopftuch (oder Übergewand) als Uniform im Islam

a. Was bedeutet "Kopftuch"?

Während dieser Ausdruck in westlichen Ländern nur die **"Kopfbedeckung"** einer Frau meint, hat er im Islam eine viel allgemeinere Bezeichnung. Im Arabischen wird oft das Wort **"Hidjab"** als Bezeichnung für das Übergewand einer Frau verwendet. Es bedeutet "Bedekkung" und bezieht sich nicht lediglich auf den Kopf, sondern auf den ganzen Körper einer Frau. Daher ist die zutreffende Übersetzung für "Hidjab" eher "Übergewand" als "Kopftuch". Deshalb wird in diesem Artikel überwiegend das Wort "Übergewand" anstelle von "Kopftuch" verwendet.

Es gibt keine einheitliche Auffassung unter muslimischen Gelehrten über die "richtige" Form eines Kopftuches oder Übergewandes. Während manche muslimische Geistliche, die für eine Modernisierung des Islam eintreten, Musliminnen vorschreiben, ihren Körper bis auf das Gesicht und die Hände zu verhüllen, bestehen andere darauf, daß ein "richtiges" Übergewand den gesamten weiblichen Körper verhüllen muß, Hände und Gesicht eingeschlossen. Zum Beispiel: Im Iran sind Mantel und Kopftuch vorgeschrieben (Hände und Gesicht dürfen unverschleiert bleiben), in Saudi-Arabien die totale Körperverschleierung (Hände und Gesicht eingeschlossen), in Afghanistan zur Taliban Zeit war die **Burka** Vorschrift (auch Verschleierung des ganzen Körpers).
Im Jemen darf eine Frau ihr Gesicht unverschleiert lassen, aber viele Frauen tragen Gesichtsmasken.
Beide Gruppen belegen ihre Meinung anhand des Koran, der Überlieferung und der Biographie Muhammads. Beide Gruppen behaupten, das richtige Verständnis des vorgeschriebenen islamischen Übergewandes zu besitzen. Deshalb kommt es häufig vor, daß die Verschleierung einer Muslimin in bestimmten islamischen Ländern als "islamisch richtig" angesehen wird, während diese in anderen islamischen Ländern für "islamisch nicht akzeptabel" gilt.

Prominente Vertreter aus beiden Gruppen:

Scheich Mohammed Bin Othaimeen (einer der bedeutendsten islamischen Geistlichen des sunnitischen Islam im 20. Jahrhundert): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern, ihr Gesicht und Hände eingeschlossen. Diejenigen, die einer Frau erlauben, ihr Gesicht und ihre Hände unverschleiert zu zeigen, belegen diese Ansicht anhand von Vorschriften, die nicht mehr gültig, d.h. ausgetilgt worden sind." (Die islamische Koranwissenschaft geht davon aus, daß später offenbarte Koranverse früher offenbarte aufheben).
- Ibn al-Abbas (Mohammads Vetter, der den meisten Muslimen als der beste Erläuterer des Koran gilt): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Sie darf nur ein Auge unverschleiert lassen."
- Ubaida al-Salmani (ebenfalls ein wichtiger Erläuterer des Koran): "Eine Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Nur ihr linkes Auge darf sie unverschleiert zeigen."
Scheich Abu Djihad al-Sughbi (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Theologe und Propagandist) führt folgende Eigenschaften des richtigen Übergewandes auf:
1. Es muß den ganzen Körper bedecken. Einige Rechtsgutachter haben die Hände (ab dem

Handgelenk) und das Gesicht ausgeschlossen.
2. Es darf an sich kein Schmuck (nicht hübsch) sein.
3. Es darf nicht durchsichtig sein.
4. Es muß so breit sein, daß man die Konturen des Körpers nicht erkennen kann.
5. Es darf nicht parfümiert sein.
6. Es darf nicht der Kleidung der Männer ähneln.
7. Es muß sich von den Kleidern der gottlosen Frauen (Nichtmusliminnen) unterscheiden.
8. Es darf nicht aus Gründen der Berühmtheit getragen werden.
- Scheich Dr. Wahba al-Zuhaili (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Propagandist und Theologe): Eine Frau darf ihr Gesicht unverschleiert zeigen. Dagegen ordnet die Rechtsschule von Imam Ahmad Ibn Hanbal die Gesichtsverschleierung an.

b. Müssen auch muslimische Männer sich verschleiern?

Obwohl es in vielen islamischen Ländern unter muslimischen Männern üblich ist, verschiedene Kopfbedeckungen zu tragen, sind dies keine vom Islam verordneten Kopfbedeckungen bzw. Übergewänder, sondern **traditionelle Trachten,** die aus vorislamischen Zeiten stammen. Der Islam ordnet die Verschleierung nur für Frauen an. Die Verschleierung ist für muslimische Frauen ein Bestandteil ihrer religiösen Pflichten Allah gegenüber. Ein Übergewand zu tragen, ist also keine freie Entscheidung, sondern religiöse Pflicht für jede Frau, die dem Islam angehört.

c. Welche Frauen müssen sich verschleiern?

Jeder Mensch, der in eine muslimische Familie geboren wird, wird automatisch als Muslim aufgefaßt. Er gilt sein Leben lang als Muslim, selbst wenn er sich zum Atheisten entwickelt oder sogar zu einer anderen Religion konvertiert. Es gab und gibt kaum ein islamisches Land, in dem man seine **"ererbte" Religion** - den Islam - offiziell im Paß ändern lassen darf.
Daher muß jede Frau, die in eine islamische Familie hineingeboren wird, sich verschleiern, sobald sie ihre erste Menstruation gehabt hat oder sogar davor, wenn sie für Männer als anziehend eingestuft wird. In islamischen Ländern mit "liberaler" Einstellung werden unverschleierte Frauen in der Öffentlichkeit geduldet. In islamischen Ländern mit strenger staatlicher Einstellung dem Islam gegenüber werden Frauen gezwungen, sich in der Öffentlichkeit zu verschleiern, ja manchmal bedroht, beleidigt oder bestraft.

4. Konflikte im Zusammenhang mit dem Übergewand

a. Soldaten marschieren gegen verschleierte Muslimas

Der Konflikt wegen des Kopftuchs hat nicht in Frankreich oder Deutschland begonnen, sondern in etlichen islamischen Ländern. Immer wieder haben Regierungen islamischer Länder versucht, das Kopftuch bzw. die Verschleierung abzuschaffen, z.B. das iranische Regime unter **Reza Shah** (1925-1941).
Am 29.09.1981 zwangen Tausende von syrischen Soldaten in mehreren Städte Syriens - vor allem in Damaskus - im Zuge der damaligen Politik verschleierte Frauen dazu, ihr Kopftuch bzw. Übergewand abzulegen. Frauen, die sich dagegen wehrten, wurden von den Soldaten geschlagen und ihnen das Kopftuch (Übergewand) abgerissen.
Einige Tage später beschrieb der damalige syrische Präsident **Hafez al-Assad** in einer öffentlichen Rede das Kopftuch als: "ein Kleidungsstück, das nur von älteren Frauen getragen werden darf." Nach diesen Worten schallte das Fußballstadium, in dem die Rede gehalten wurde, von dem Ruf der Soldatinnen wider: "Wir wollen keinen Rückschritt mehr. Wir wollen unverschleiert gehen!"
Der Präsident der Türkei, Ahmet Sezer, kritisierte am 08.03.2004 diejenigen, die Frauen dazu ermutigen, das Kopftuch zu tragen. Für ihn gelten sie als "Menschen, die durch das Kopftuch versuchen, das demokratische, säkulare System der Türkei zu vernichten."
Er konkretisierte seine Aussage mit den Worten: "Die Thematik des Kopftuchs wird im Na-

men der Demokratie zur Debatte gemacht. Sie hat aber zu nichts anderem beigetragen als zur Behinderung unserer demokratischen Entwicklung."
Ähnliche Worte ließen z.B. **Mustafa Kema**l **Ataturk** (Türkei) oder **Habib Bourkeba** (Tunesien) verlauten.

b. Gründe für eine Ablehnung des Kopftuches/Übergewandes

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, könnte man auch fragen: Was ist der Unterschied zwischen dem Kopftuch oder dem Übergewand einer Muslimin und dem Gewand einer Nonne? Wieso protestiert kaum jemand, - selbst nicht in islamischen Ländern - gegen das Kopftuch einer Nonne, während es wegen des Kopftuches in nichtislamischen Ländern heftige Debatten gibt und in islamischen Ländern sogar islamischen Ländern z. T. sogar blutige Ausschreitungen.

Die Auseinandersetzung um das Kopftuch oder Übergewand ist kein Konflikt über unterschiedliche Geschmacksrichtungen, sondern ein Konflikt mit politischem, kulturellem, sozialem und religiösen Hintergrund.

Die Bedeckung versteckt nicht nur den Kopf oder Körper einer Muslimin, sondern **symbolisiert auch ihre Unterwerfung** den Lehren des Islams gegenüber. Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, hat damit erklärt, eine ganze Reihe von Vorschriften des Islam einzuhalten, die in nichtislamischen Ländern zu Konflikten führen können:

- Eine Muslimin muß prinzipiell ihre Rolle als eine von vier Ehefrauen ihres Ehemannes akzeptieren, denn der Koran erlaubt nach überwiegender Meinung die Ehe eines Mannes mit bis zu vier Frauen (Sure 4,3) (nur die Türkei und Tunesien haben die Vielehe gesetzlich verboten). Dagegen muß sie sich mit einem Ehemann begnügen. Da dieses islamische Recht der Vielehe in nichtmuslimischen Ländern nicht anerkannt ist, werden sich Musliminnen in solchen Ländern häufig ungerecht - nicht gemäß der islamischen Gesetze - behandelt fühlen.
- Eine Muslimin ist davon überzeugt, daß ihr Zeugnis vor Gericht nur halb so wert ist wie das Zeugnis eines Mannes (Sure 2,282). Daß ihr Zeugnis in nichtislamischen Ländern dem Zeugnis eines Mannes gleichkommt, muß für sie ungerecht und gegen Allahs Gesetz sein.
- Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, darf ihre Körperkonturen nicht sichtbar machen und ein Übergewand oder einen Mantel tragen. Damit kann sie manche Sportarten nicht ausüben, wie z.B. Schwimmen, Laufen, Gymnastik, alle Ballspiele etc. Muslimische Frauen sind damit von vielen olympischen Disziplinen ausgeschlossen. In nichtislamischen Ländern führt diese Haltung an Schulen zu Schwierigkeiten.
- Eine Muslimin muß damit rechnen, von ihrem Ehemann geschlagen zu werden, falls sie ihm gegenüber widerspenstig wird (Sure 4,34). Dagegen darf sie ihren widerspenstigen Ehemann nicht schlagen noch ihn schlagen lassen, falls sie ihm körperlich überlegen ist.

c. Andere mögliche Konfliktfelder

Hier könnten eine Reihe von Vorschriften, Lehren und Praktiken des Islam aufgezählt werden, die zum Konflikt mit Nichtmuslimen bzw. mit säkularen Regierungen in islamischen Ländern führen können:

- Der tägliche Ruf zum Gebet, mindestens fünfmal am Tag. Heutzutage benutzen die Moscheen in islamischen Ländern Lautsprecher, um möglichst im weiten Umkreis gehört zu werden. Dies ist für Nichtmuslime zumindest "gewöhnungsbedürftig", insbesondere, wenn es um den Ruf früh am Morgen vor Sonnenaufgang geht. In islamischen Ländern werden alle Nichtmuslime um diese frühe Tageszeit gemeinsam mit allen Muslimen aufgeweckt, obwohl sie - die Nichtmuslime - das islamische Gebet nicht verrichten müssen.
- Der Ruf zum Aufstehen mitten in der Nacht während des Fastenmonats Ramadan erschallt, um Muslimen zu ermöglichen, vor dem Sonnenaufgang noch einmal zu essen und trinken, bevor beides für den folgenden Tag bis zum Sonnenuntergang wieder verboten ist. Der Ruf muß früh genug vor dem Sonnenaufgang erschallen, damit Familien noch aufstehen und eine

Mahlzeit zubereiten können.
Im arabischen Raum wird diese Aufgabe von Männern übernommen, die Misahhirati oder Musahher genannt werden. Diese Rufer werden staatlich angestellt und besoldet. Jeder von ihnen ist für ein bestimmtes Gebiet verantwortlich. Die Rufer gehen durch alle Straßen und Gassen des ihnen zugeteilten Gebietes, trommeln laut auf einer Trommel und rufen zum Aufstehen und zum Gebet. Oft geschieht das zwischen zwei und vier Uhr nachts.
Der Ruf muß so laut sein, daß Muslime, die im nächtlichen Schlaf liegen, aufgeweckt werden, aber natürlich wirkt sich das auch auf die nichtmuslimische Bevölkerung aus; abgesehen davon, daß im Fastenmonat das abendliche Mahl und die Besuche sich weit in die Nacht hineinziehen, also das gesellschaftliche Leben sich bis in die Nacht hinein abspielt.
- Ein Muslim soll sein Leben nur nach den Gesetzen des Islam ausrichten und darf eigentlich keinem staatlichen Gesetz gehorchen, das mit dem Islam und Allahs Geboten nicht übereinstimmt. In einer Publikation der islamistisch-extremistischen Partei "Hizbul Tahrir al-Islami" heißt es dazu:
"Demokratie beinhaltet die Trennung zwischen Religion und Leben d.h. zwischen Religion und Staat … der Islam ist genau das Gegenteil. Er ist auf dem muslimischen Glauben gebaut. Dieser Glaube ordnet alle Angelegenheiten des Lebens und des Staates anhand der Gebote und Verbote Allahs. D.h. anhand des Shari'a, die im islamischen Glauben gründet. Der Mensch kann seine Ordnungen nicht selbst gestalten, sondern muß der Ordnung Allahs gehorchen."

5. Schwarzweißdenken

Mit dem Tragen der Uniform geht ein kollektives Zugehörigkeitsgefühl einher, Hingabe an ein höheres Ziel und Unterwerfung unter denjenigen, der die Uniform angeordnet hat, wie z.B. den Arbeitsgeber, Militärführer, Geistlichen.
Wenn ein Arbeiter seine Firmenuniform trägt, verdeutlicht er damit seine Bereitschaft, für diese Firma zu arbeiten und ihre Gesetze einzuhalten. Auch der uniformierte Soldat kämpft für seine Führer, die ihm die Uniform verordnet haben, für diejenigen, die an der Spitze der Hierarchie stehen und sein Verhalten bestimmen.
Ein Soldat fühlt sich stark unter seinen Mitsoldaten und Gleichuniformierten. Die kollektive Kleidung und seine kollektiven Pflichten (Übungen, Versammlungen, Marschieren usw.) machen deutlich, daß er der Gruppe der gleich aussehenden Mitsoldaten angehört. Sein eigenständiges Denken wird marginalisiert, sein Alltag und Verhalten werden nicht von ihm bestimmt, sondern von der "höheren Uniform". In Kriegszeit kämpft er auf Seiten der "gleichen Uniform" gegen die "andere Uniform".
Ebenso werden äußerliche Unterschiede bezüglich des Aussehens von Musliminnen durch das Kopftuch oder Übergewand verringert oder verwischt. Verschleierte Musliminnen haben die gleichen Silhouetten und keine Kopf- oder Körperkonturen mehr. Durch die Verschleierung können sie sich gegenseitig schnell als eine einheitliche muslimische Gruppe erkennen und ebenso schnell von anderen Frauen - Nichtmusliminnen - unterschieden werden.
Dieses kollektive Aussehen führt im Islam zur allgegenwärtigen Aufteilung in die Welt der Frauen der Verschleierten (Musliminnen) und der Unverschleierten (Nichtmusliminnen), was von vielen muslimischen Theologen und auch manchen Muslimen als Gruppe der "Gottesfürchtigen" und "Gottlosen" gleichgesetzt wird. …

Der Autor:

Daniel Hecker wurde in einer traditionellen islamischen Familie geboren: Weder seine Familie noch die islamischen Geistlichen konnten seine Fragen über Gott überzeugend beantworten. Obwohl er sich zum Atheisten entwickelte, verrichtete er lange Jahre alle Pflichten des Islam. Er empfand tiefen Haß gegen alle Religionen und Gläubigen. Dennoch fing er an die Bibel zu lesen - die Lehre Jesu Christi schien ihm humaner als alles, was er in seinem Leben

kannte. Dazu zeigte Jesus sich ihm deutlich durch mehrere Gebetserhöhrungen. …<<
Die Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V. berichtet später (am 24. Juli 2016) über die Opfer des Heiligen Krieges (Dschihad) des Islam (x931/…): >>**Der Islam: 548 Schlachten – 278 Millionen Tote**
Frage: Wenn es beim Islam wirklich um die Weltherrschaft geht, warum ist es dann so, daß wir immer viel mehr von ihnen getötet haben als sie von uns?
Antwort: Bis jetzt haben muslimische Krieger etwa 270 Millionen Menschen getötet. Das ist mehr als jeder Einzelne, jedes Land, jede Gruppe oder jedes Weltreich jemals in der Geschichte getötet hat. Bei weitem. An zweiter Stelle steht das kommunistische China, das 77 Millionen Menschen getötet hat.
Original: Tears of Jihad by Dr. Bill Warner Übersetzung von Europe News / 29 April 2011.
Diese Zahlen sind nur eine grobe Schätzung der toten Nicht-Muslime durch den politischen Akt des Dschihads.
Afrika
Thomas Sowell (Thomas Sowell, "Race and Culture, Basic Books", 1994, S. 188) schätzt, daß 11 Millionen Sklaven über den Atlantik verschifft wurden und 14 Millionen wurden zu den islamischen Staaten Nordafrikas und des Mittleren Osten geschickt. Für jeden gefangenen Sklaven mußten viel andere sterben. Schätzungen dieses Kollateralschadens schwanken.
Der namhafte Missionar David Livingstone schätzte, daß für jeden Sklaven, der eine Plantage erreichte fünf andere in einem vorausgegangenen Kampf getötet wurden, oder durch Krankheiten starben, oder durch Mangel im Verlauf der Zwangsdeportation (Missionsgremium presbyterianischer Frauen, David Livingstone, S. 62, 1888). Diejenigen, die zurückgelassen wurden waren sehr jung, schwach, krank und die Alten.
Sie starben bald, weil ihre Hauptversorger getötet oder versklavt wurden. Also, für 25 Millionen Sklaven, die auf dem Markt angeboten wurden haben wir eine geschätzte Todesrate von ungefähr 120 Millionen Menschen. Der Islam hatte das Monopol für Sklavenhandel in Afrika inne. **120 Millionen Afrikaner**
Christen
Die Anzahl der christlichen Märtyrer des Islams liegt bei 9 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-10). Eine grobe Schätzung von Raphael Moore in "Die Geschichte Kleinasiens" liegt bei 50 Millionen Toten in Kriegen durch den Dschihad. Wenn man also die afrikanischen Christen mitzählt, die im 20. Jahrhundert getötet wurden, dann haben wir: **60 Millionen Christen**
Hindus
Koenard Elst schätzt in seinem Buch "Negationismus in Indien", daß 80 Millionen Hindus in dem totalen Dschihad gegen Indien getötet wurden. (Koenard Elst, "Negationismus in Indien, Voice of India", New Delhi, 2002, Seite 34.) Das Land Indien ist heute halb so groß wie das historische Indien, durch den Dschihad. Die hohen Bergketten Indiens werden Hindukusch genannt, das bedeutet der "Scheiterhaufen der Hindus". **80 Millionen Hindus**
Buddhisten
Die Buddhisten haben die Geschichte des Krieges nirgendwo aufgezeichnet und nachgehalten. Vergessen Sie nicht, daß es im Dschihad nur Christen und Juden gestattet war als Dhimmis (Sklaven des Islams) zu überleben; jeder andere mußte konvertieren oder sterben. Der Dschihad tötete die Buddhisten in der Türkei, in Afghanistan, entlang der Seidenstraße und in Indien. Die Gesamtzahl beträgt grob geschätzt 10 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-1). **10 Millionen Buddhisten**
Juden

Merkwürdigerweise gab es nicht genug getötete Juden im Dschihad um die Gesamtzahl der Großvernichtung signifikant zu steigern. Der Dschihad in Arabien war zu 100 % effektiv, aber die Zahlen lagen in den Tausenden nicht Millionen.
Danach unterwarfen sich die Juden und wurden zu Dhimmis (Diener oder Bürger zweiter Klasse) des Islams und hatten keine geographische Macht mehr.
Dies ergibt nach grober Schätzung **etwa 270 Millionen Menschen**, die durch den Dschihad getötet wurden.<<
Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete später (am 22. März 2017): >>**Gott will Blut sehen**
Gewalt gehört zum Islam, sie ist im Koran angelegt und wurde von Mohammed vorgelebt. Das sagt der Islamwissenschafter Hamed Abdel-Samad im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer.
Hamed Abdel-Samad wendet sich entschieden gegen die Entschuldigung, islamistische Gewalt habe nichts mit dem Islam zu tun, sondern sie bedeute einen Mißbrauch der Religion. Im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer und der politischen Philosophin Katja Gentinetta sagt er:
"Es ist kein Mißbrauch der Religion, sondern ein Gebrauch. Denn die Religion schreit förmlich danach, gebraucht zu werden für Gewalt, weil es ein Bestandteil der Religion ist." "25 Tötungsbefehle gibt es im Koran, direkte Tötungsbefehle, wo Gott den Tod sehen will. Gott will Blut sehen." Und: "Mohammed war ein Krieger, lebte von Kriegsbeute."

Islam und Islamkritik

Auftrag aus dem Koran

Der Koran ist für Gläubige ein Auftrag, eine Handlungsanleitung, die Gewaltanwendung ausdrücklich vorsieht:
"Das Buch hat eine ungeheure Macht. Der Koran wird von der Mehrheit der Muslime als die letzte direkte Botschaft Gottes für den Menschen betrachtet, mit einem politischen Auftrag, mit einem juristischen Manifest, mit einer Verfassung, wie die Menschen leben sollten. Wenn Gott zum letzten Mal spricht, dann hat das eine Macht. Viele Muslime, vor allem Islamisten, legen das so aus, daß sie diesen politischen Auftrag Gottes notfalls auch mit Gewalt in die Welt tragen müssen."

Hamed Abdel-Samad

Geboren 1972 in Kairo, war Hamed Abdel-Samad in Ägypten Mitglied der radikalislamischen Muslimbruderschaft. Mit der Auswanderung nach Deutschland kam der Sinneswandel. Heute gehört Abdel-Samad zu den resolutesten Kritikern des Islamismus wie des Islams.
Abdel Samad fügt an:
"(Den) Auftrag, Gottes Wort in die Tat umzusetzen – das haben nicht moderne Islamisten erfunden. Das steht im Koran, das hat Mohammed so vorgelebt, das haben seine Nachfolger so gelebt."

Freiluftgefängnisse

Wenn der Auftrag Gottes gemäß dem Koran vollzogen wird, führt das zu Unfreiheit in muslimischen Ländern.
"Die Religion insgesamt und ganz besonders der Islam neigt dazu, sich einzumischen in die privaten Angelegenheiten des Menschen. Wenn man diese Einmischung nicht unterbricht, dann kann aus diesem System ein Unterdrückungssystem entstehen." "Überall in der islamischen Welt, wo der Islam die Hauptrolle in der Gesetzgebung spielt, haben wir Freiluftgefängnisse."

Verdammung der Ungläubigen

Die Unterdrückung von Nichtmuslimen ist im Koran angelegt:
"Die Aufteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige, die Verdammung von Ungläubigen, das ist im Koran, das ist die islamische Geschichte seit dem Beginn."

"Der Islam geht davon aus, daß die Muslime eine erhobene Gruppe sind, die über der Menschheit steht. Es steht so im Koran. Es steht: Ihr seid die beste Gemeinschaft, die für die Menschheit je hervorgebracht wurde."
"Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen."
Die Folgen für das Zusammenleben:
"Hier beginnt das Faschistoide: daß man diese Ungläubigen verflucht, dämonisiert und ihre Existenzberechtigung in Frage stellt."
"Wenn Ungläubige als schmutzig oder als Schweine oder Affen gelten, wie es im Koran steht, dann fällt es einem Gläubigen schwer, mit diesen Ungläubigen einen normalen Umgang zu haben."
Geburtsfehler des Islams
"Der Islamismus ist nur eine konsequente Umsetzung dessen, was im Koran steht. Die Haltung gegenüber Ungläubigen, die Haltung gegenüber Gewalt – das ist eine Umsetzung des politischen Auftrags des Islams. Der Islam ist mit diesem politischen Auftrag geboren. Es gibt einen Geburtsfehler des Islams, nämlich die Vermischung von Glaube, Politik, Wirtschaft und Gesetzgebung, und zwar seit der ersten Stunde."
Reformer haben Angst
Eine islamische Reform ist laut Abdel-Samad nicht in Sicht:
"Reform würde bedeuten, daß wir uns öffnen sollten, dem Westen gegenüber, vom Westen lernen sollten. Aber das würde aus islamistischer Sicht Selbstaufgabe bedeuten. Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen. Und wenn wir das nicht tun, durch Frieden oder durch gute Zusammenarbeit, dann geht der Plan Gottes nicht auf."
"Die Konsequenz muß sein, die Gewaltpassagen im Koran für ungültig zu erklären, zu sagen, sie spielen heute keine Rolle mehr für unsere Welt. …<<

Juni 1992

BRD: Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtet im Juni 1992 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1992 (x853/...): >>**Die Gleichheit - auch ein theologisches Problem**

Es dürfte ein Gemeinplatz sein, zu behaupten, daß die Menschen zwar nicht identisch, wohl aber "gleich", im Sinne von gleichwertig seien. Doch hüte man sich davor, wie uns schon Leon Bloy in seinem **Exegese des in lieux commung** gewarnt hatte, in Gemeinplätzen Wahrheiten oder Tatsachen zu sehen.
Doch sollte es eigentlich offenbar sein, daß wir eben nicht gleichwertig sind, da unsere Werke, die Produkte unserer Hirne und Hände, von einander sich sehr wohl qualitativ unterscheiden. Als Maler kann ich mich nicht mit Leonardo da Vinci messen und als Mechaniker sind mir meine Söhne überlegen. Auch hat meine Frau einen besseren Stil. Aber selbst dann, wenn man alle Talente, Fertigkeiten und Tugenden tatsächlich addieren könnte, wären die Endsummen verschieden, sogar oft sehr verschieden.
Da mag allerdings ein Flachkopf einwenden, daß dies zwar aus menschlicher Warte gesehen so sein möge, aber: "Vor Gott sind wir doch alle gleich: "Das aber sind wir, vom Kleinstkindstadium abgesehen, ganz und gar nicht.
Doch wie steht es da um die schönen al fresco gemalten Darstellungen des Jüngsten Gerichts in den mittelalterlichen Kirchen, auf denen man Päpste, Bischöfe, Fürsten, Bürger und Mönche sowohl himmelwärts gehend als auch in die Hölle versinkend sehen kann? "Soziale Unterschiede" werden da sicherlich keine gemacht, aber gerade vor Gott sind diese beiden Gruppen radikal ungleich. Steht das Gegenteil denn nicht in der Bibel? Keineswegs. Von *Isotes* im Sinne der Gleichheit hört man im Neuen Testament nichts (wohl aber von der Freiheit) und der Dominikaner R. L. Bruckberger nennt es sogar "eine Botschaft der menschlichen Ungleichheit."

Nun aber ist seit der Französischen Revolution die Gleichheit innerhalb unserer Zivilisation ein hohes Ideal geworden. Alles, was an eine größere menschliche Ungleichheit gemahnt, wird programmatisch verteufelt. Und da doch schließlich diesem Unsinn eine politische Ideologie zugrunde liegt, wird dieser irrealistische Gleichheitswahn in jeder Richtung aktiviert.
Es gibt heute keine politische, soziale, religiöse, wirtschaftliche, personale, ja animalische Domäne unserer Existenz, die nicht von der egalitären Manie erfaßt wird. (Es wird jetzt sogar von "Tierrechten" gesprochen, die aber noch nicht auf Bandwürmer, Spulwürmer und Zecken ausgedehnt werden.) Wenn aber diese fixe Idee tatsächlich erfolgreich werden sollte, würde die Menschheit in einen Ameisenhaufen oder Termitenhügel verwandelt werden.
- Hier müssen wir uns vor allem daran erinnern, daß die verschiedenen Teile unserer politischen und sozialen Gesamtheit wie beim menschlichen Körper nicht nur verschiedene, sondern auch wichtigere und weniger wichtige Funktionen ausüben. Nicht jede Region des Gehirns ist genau so wichtig wie jede andere: Der Dünndarm spielt eine geringere Rolle als der Blinddarm, die Gallenblase als die Leber, der Magen als das Herz, die Finger als die Zehen. Dasselbe gilt für Staat und Gesellschaft, wo - sagen wir - die Verantwortung des Finanzministers größer ist als die des Kassierers eines Panoptikums in einem Vergnügungspark.
- Seien wir aber nun praktisch. Denken wir an die Familie. Vater, Mutter, Kinder werden "gleichgestellt". Gatte und Gattin können aber nicht unter sich wie in einem Parlament eine "Mehrheitsentscheidung" treffen. Einer wird den anderen "überstimmen". (Das aber erregt vielleicht schon ideologischen Unmut.) Kindern muß man Vorschriften machen und von ihnen Gehorsam verlangen.
Kein Unternehmen kann nicht hierarchisch geführt werden. Keine Fabrik kommt ohne Führungskräfte aus; keine Armee kann auf Gleichheit beruhen, ohne Autorität gibt es keine Schule, keine Klinik kommt ohne Leitung aus, keine Bank ohne Vorstand, kein Hotel, keine Eisenbahn, kein Klub, kein Theater ohne "Direktoren", also Personen, die, wie der Name sagt, eine Richtung festlegen.
Damit kommen wir auch zur Kirche. Natürlich glauben auch wir katholische Christen an ein allgemeines Priestertum. Selbst ein Laie mag taufen und in der Ehe dem Partner ein Sakrament spenden, also zwei Sakramente - wie der evangelische Pastor.
Aber Priester kommt von Prexbyteros, d.h. der Ältere, und "der Ältere" ist bei allen Kulturvölkern der mit größeren Rechten ausgestattete; denn auch im nichtsakralen Sinn ist er der Wissendere, Erfahrenere und daher auch der Weisere. Das drückt sich auch sprachlich von Lissabon bis Tokio aus.
Der Priester kann 5 Sakramente spenden, auch die Firmung in Vertretung des Bischofs, der ein Nachfolger der Apostel ist. (Der verheiratete Priester in unseren Ostriten hat *vor* seiner Weihe geheiratet.) Es ist der Bischof, der das Vollpriestertum besitzt.
- Es versteht sich "von selbst" (und nicht nur aus Matthäus XVI, 18), daß eine Weltkirche ein Haupt haben muß, einen Nachfolger des Apostelfürsten, der diese auf Erden leitet. Anders steht es um die "Landeskirchen" der anderen christlichen Gemeinschaften. (So ist der Präses der EKD ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter.)
Doch diese verschiedenen handfesten Tatsachen bereiten allen möglichen Leuten, ja, einem ganzen Sektor des "Publikums" schlaflose Nächte. Man ist darüber sehr unglücklich und hofft auf "Lösungen". (Wie sagte doch Rivarol: "Das Publikum! Das Publikum!
Wieviele Idioten braucht man, um ein Publikum zu bilden?") Aber warum verlangen heute wirklich so viele Menschen die Gleichheit? Woher kommt diese eigenartige Sucht?
Für diese Frage gibt es eine unmittelbare Antwort: Geschichtlich steht die Französische Revolution dahinter. Aber diese sollte uns nicht befriedigen. Der krankhafte Krampf der Gleichmacher ist nicht neu. Schon vor gut über 2.000 Jahren gab es den "Fall Sokrates", von dem man uns bereits im Gymnasium vormachte, daß dieser kritische Nörgler zum Tode verurteilt wur-

de, weil er die Jugend verführe und einen *Daimon(ion)* sein eigen nannte.
In diesem hochpolitischen Prozeß wurde jedoch der tragische Philosoph mit dem Tode bestraft, weil er die Vielherrschaft verdammt und die Monarchie gepriesen hatte. Die Demokratie Athens stand für die Gleichheit, und wer sich zu weit hinaufwagte, verfiel dem Scherbengericht, dem *Ostrakismos.*
Nein, die Ideen der Französischen Revolution zündeten, weil sie in Wirklichkeit nicht die Freiheit und die Brüderlichkeit förderten, sondern eben nur die Gleichheit. (Als Madame Roland zum Schafott gebracht wurde, rief sie aus: "Freiheit, was für Verbrechen werden in deinem Namen verübt!" Und als Metternich von den Greueln in der Vendee hörte, sagte er: "Wenn ich einen Bruder hätte, würde ich ihn jetzt lieber Vetter nennen!").
Der Zündstoff war also schon vorhanden und der bestand in einer dauernden menschlichen Schwäche: im Unwillen, daß andere auf irgendeiner Weise - durch angeborene Eigenschaften und Talente, durch ererbtes oder erworbenes Vermögen, staatliche oder gesellschaftliche Strukturen "über" einem standen - mehr waren, mehr hatten, als mehr galten. Dieser Unmut, diese Entrüstung und Enttäuschung, das zu einem Beleidigtsein, einem Gefühl des Neids und manchmal auch der Eifersucht führt, manifestiert sich bei allen möglichen Gelegenheiten.
So kann sich jemand ärgern, wenn ein Bekannter (ja, selbst ein "Freund") größer ist als man selbst, eine bessere schulische Bewertung erhält, eine schnellere Beförderung im Dienst, ein größeres Einkommen, eine deutlichere Bevorzugung beim anderen Geschlecht wenn nicht gar eine allgemeine Beliebtheit genießt, aber vor allem dann, wenn ein Mitmensch dadurch zu einer dominierenden Stellung gelangt.
Man kann sich da lebhaft vorstellen, wie provokant anno 1789 ein gut aussehender, reicher, von Frauen umschwärmter Aristokrat in hoher Stellung gewirkt haben muß. Daß man a) selbst zur Heiligkeit *berufen* ist, und b) der Beneidete nach seinem Tod vielleicht sehr zu leiden hätte, kam natürlich einem Ungläubigen gar nicht in den Sinn. Alle Ungleichheit mußte ihm als "unmoralisch" erscheinen, und der Ruf nach Gleichheit fand in ihm ein starkes Echo. Also Kopf ab! Die Guillotine wartete schon ...
Dieser Protest gegen alle Ungleichheit geht dann so weit, daß man große Vorteile eines anderen Menschen als wahren "Skandal" empfindet, auch wenn einem dadurch nicht der geringste Nachteil entsteht. So hat auf einer Berliner Straße während der roten Hochkonjunktur nach dem Ersten Weltkrieg ein Mann (vielleicht ein "Spartakist?) eine sehr schöne, ihm unbekannte Dame mit den Worten: "Nein, so schön darf man ganz einfach nicht sein!" geohrfeigt. Dabei konnte bei ihm doch das (unausgesprochene) idiotische Argument einer persönlichen Benachteiligung nicht ins Gewicht fallen. Ihre Schönheit ging doch gar nicht auf seine Kosten.
Das ist allerdings "normalerweise" das alte linke Argument jener Besitzlosen, die, überzeugt und moralisch entrüstet über den Reichtum anderer, der festen Überzeugung sind, daß deren materieller Wohlstand nur auf ihre eigenen Kosten gehen könne. Diesem Unsinn huldigte auch Marx - und daher auch der Siegeszug seiner primär so wirtschaftlich ausgerichteten Ideologie; denn die Massen fallen bekanntlich immer auf die "falschen, aber klaren Ideen" herein, vor allem aber in der Volkswirtschaft, die komplizierteste und kniffligste aller Wissenschaften.

II

Wenn man die ungeheuren persönlichen wie auch kollektiven Qualitätsunterschiede der Menschen vor Augen hat, kann man vernünftigerweise nicht von einem Durchschnittsbürger verlangen, daß er sich im Labyrinth der Volkswirtschaft auskennt oder auch in den Gefilden der Politik, einem Wissensgebiet, das mit einem ganzen Dutzend anderer Disziplinen im engsten Zusammenhang steht und genau wie die Volkswirtschaft isoliert überhaupt nicht verstanden werden kann ...
Nun aber leben wir seit zwei Jahrhunderten im Bann der Französischen Revolution, die eine

Civitas Humana und nicht eine *Civitas Dei* angestrebt hatte. (Daher auch 1789 und 1793 die wiederholte "Erklärung der Menschenrechte" im Schatten der Guillotine!) Der Mensch sollte nicht mehr unter der Herrschaft "von oben" stehen - war das Schlagwort -, sondern "sich selbst" regieren.
Das erhoffte man sich entweder durch Beschlüsse von Volksversammlungen (wie in einigen kleinen Schweizer Kantonen) oder doch wenigstens durch frei gewählte Parlamente. Wer aber durfte, wer sollte wählen? Natürlich die "freien Bürger"! Anfänglich beschränkte man deren Anzahl, und so hatten in den jungen Vereinigten Staaten von den dreieinhalb Millionen Einwohnern nur etwas mehr als 60.000 Bürger das Wahlrecht.
Doch wurde es zunehmend klar, daß alle Wahlbeschränkungen willkürlich waren. Bis zum Jahre 1907 (1908) gab es im alten Österreich (und in Preußen bis zum Oktober 1918) ein "Klassenwahlrecht", das sich nach der Höhe der Steuern richtete. Frauen durften damals nirgends wählen - außer im Großfürstentum Finnland, wo sie dank des von Nikolaus II unterschriebenen Dekrets schon 1906 ihre Stimme abgeben konnten - lange vor England oder den Vereinigten Staaten.
Mit dem Ende des Klassenwahlrechts kam der Sieg der Formel *"One Man: One Vote"*, ein Mann - eine Stimme und bald auch eine zunehmende Herabsetzung des Wahlalters, denn Qualifikationen sollten nunmehr keine Rolle mehr spielen. Damit siegte auch die politische Gleichheitsideologie, die sich aber nicht bloß auf das Gebiet der Politik beschränken sollte; denn Ideologien haben einen dynamischen wie auch totalitären Charakter und wollen unbedingt in alle Lebensbezirke eindringen.
So empfand es der demokratisch gesinnte Sozialist (oder der sozialistisch gesinnte Demokrat) bald beschämend, daß der reiche Fabrikant in seiner teuren Equipage zum Wahllokal fahren durfte, der hungrige Arbeiter mit löchrigem Schuhwerk aber zu Fuß hinwanken mußte. Die Menschen waren doch alle "gleich" und wenn sie nicht wirklich als Gleiche leben konnten, so mußte dies durch Gesetze verwirklicht, und wo die Gesetze fehlten, dann durch Gewalt, also nicht durch den Stimmzettel, sondern durch Barrikadenkämpfe erreicht werden.
Heute aber gibt es kaum noch einen Existenzbereich, in dem man die Gleichheit nicht verwirklichen möchte, obwohl in Wirklichkeit immer noch die Verordnungen "von oben" her kommen.
Auch in den extremsten Wahldemokratien wird "von oben her" regiert, was freilich eine radikale Minderheit stört, wie z.B. die APO, die "Außerparlamentarische Opposition".
Man muß sich da aber vor Augen halten, daß "Herrschaft" erst durch die Erbsünde in die Welt gekommen ist - angefangen mit dem Vorrang des Mannes vor der Gattin. (Hierbei erwähnt die Heilige Schrift mit den Worten Gottes an Eva zum erstenmal eine Herrschaft: "Nach dem Mann wird dein Verlangen sein und er wird über dich herrschen!")
Zwar behaupten die meisten unserer Theologen, daß es auch ohne Erbsünde den Staat und nicht nur die Gesellschaft gegeben hätte, doch zählten wir in unserem Buch *Freiheit oder Gleichheit?* (Salzburg, 1953) die Gründe für den Dissens auf. So wie der Einzelne Eltern hat, hat er auch eine Regierung - eine rein existentielle Tatsache. Die illusorische "Selbstregierung" ist bestenfalls die Regierung einer Mehrheit über eine Minderheit und man gehört (zufällig) zur einen oder zur anderen. Wie "gut" ist aber eine solche "Selbstregierung"?
Sir Henry Campbell-Bannerman, britischer Premierminister und Gefangener einer Ideologie, erklärte allen Ernstes: "Eine Selbstregierung ist besser als eine gute Regierung." Das hieße aber auch, daß im Falle einer schweren Krankheit das eigenwillige quacksalbern besser wäre als die Behandlung durch erfahrene Ärzte.
Doch für moderne Wahlen mit dem "Ein Mann - eine Stimme" - Prinzip braucht man heute die Fiktion der menschlichen Gleichheit. Die neunzehnjährige Geheimprostituierte hat in geheimen Wahlen dasselbe "Gewicht" wie der 59-jährige Geheimrat und Jurist. Eine Alternative

im Einklang mit den herrschenden Ideologien gibt es nicht. Doch, wie wir schon sagten: Beim Wählen (wie auch bei der parlamentarischen Abstimmung) bleibt das Gleichheitsprinzip nicht stehen.

III

Schon in einem früheren Artikel erwähnten wir Bestrebungen, auch die Kirche "egalitär" umzugestalten. Vielleicht gäbe es schließlich in diesem Wunschbild Nonnen, die Beichte hören, Bischöfe, die von Pfarrern oder von Laien gewählt werden, Damen, die die Messe feiern, Mesner, denen die Firmung obliegt und schließlich sollte man womöglich "beim Papst" zum Kaffeeklatsch eingeladen werden. Ich könnte mir vorstellen, daß es Linkskatholiken gibt, denen solche "Reformen" nicht unerwünscht wären.

Doch bei den Hochschulen, die einst eine Art "weltlicher Kirche" bildeten, hat man in dieser Richtung bedeutende "Erfolge" erzielt, ja selbst in Spitälern, Fabriken und dergleichen mehr gibt es heute ein "Mitspracherecht", wobei - was für unsere Gleichmacherei bezeichnend ist, die Eignung, also das Wissen und die Erfahrung außer acht gelassen werden. Will ja der Egalitarismus primär alle "Herrschaft" beseitigen und den früher einmal "Beherrschten" das Gefühl geben, daß er an der Herrschaft beteiligt werde, wobei ihm aber verschwiegen wird, daß er nunmehr für alle Entscheidungen irgendwie auch verantwortlich ist.

Doch gerade diese, wenn auch "mikroskopische" Verantwortung sollte vor der Öffentlichkeit durch den geheimen Charakter der Wahl aufgehoben werden. (Daher konnte man das NSDAP-Mitglied, nicht aber den NSDAP-Wähler bestrafen!) So ist dann das Ganze eine delikate Spielerei mit Ziffern und Zahlen, weshalb Jorge Luis Borges uns sagen konnte, er glaube nicht an die Demokratie; denn sie wäre doch nur ein kurioser Mißbrauch der Statistik.

IV

Wenden wir uns nun aber zum Schluß dem Gleichheitswahn theologisch zu; denn er ist ein religiöses Problem. Im alten katholischen Kulturkreis wußte man, daß man hier auf Erden einem "Stand" angehörte (der keine Kaste war) und auch verändert werden konnte, meistens durch eigene Entscheidungen oder eigenes Zutun. Man war ein Bauer, konnte aber in die Stadt ziehen; denn "Stadtluft und Bürgersein machte frei". Der Bürger konnte ein Priester oder Mönch oder auch geadelt werden.

Aber was immer man war oder wurde, man versuchte, es "ganz" zu sein - ein Bauer, ein bürgerlicher Handwerker, ein Mann der Kirche, ein Adeliger, und das Ganz-Sein hieß dienen, vor allem Gott und hier auf Erden einem Berufsideal und einem Berufsethos wie auch der Allgemeinheit, was praktisch auch einem Herrn zu dienen bedeutete.

Vergessen wir da nicht, daß ein Minister (also "Dienender") einen sehr hohen Rang hatte, daß die "aufgeklärten" absoluten Monarchen sich als "höchste Diener des Staates" betrachteten und daß selbst der Heilige Vater "*servus servorum Dei"*, also "Diener der Diener Gottes" ist. Da gab es Kirche, Staat und Gesellschaft und darin füllte man als *Person* (und nicht als "Individuum", was fast ein Schimpfwort geworden ist) eine spezifische Rolle aus. (Erinnern wir uns daran, daß *persona* vom etruskischen phersü kommt, von der Maske des Schauspielers, der eine spezifische "Rolle" zu spielen hat!)

- Es versteht sich da von selbst, daß wir da auf Erden mehr oder weniger wichtige, persönliche Aufgaben oder "Rollen" haben. Wie im Theater gibt es da Hauptrollen, Nebenrollen und Statisten, wobei freilich selbst ein Statist ein Stück böswillig oder aus Dummheit völlig zerstören kann. (Der Generaldirektor einer Eisenbahn kann ein hochwichtiger Mann sein; aber der Weichensteller, der versagt, kann zahllose Menschenleben auf dem Gewissen haben!) "Diener" sind wichtig - für uns und auch vor dem HERRN.

So hatte auch der heilige Paulus nur Worte der Aufmunterung für Dienende wie auch für Sklaven in seinen Episteln, sie zur Treue gemahnt und nicht etwa zu einer lächerlichen "Selbstverwirklichung". (I. Korinther 7, 20-24, Epheser, 5, 8 Kolosser, 3, 22 bis 4, 1)

Doch der moderne ungläubige Mensch wiederholt das satanische *Non serviam* und beruft sich auf seine "Gleichheit", denn er leugnet die Ewigkeit und beschränkt seine Existenz auf das Erdenwallen.
Daher ist ihm seine radikal verkürzte Existenz *unter* einem Mitmenschen völlig unerträglich. Bezeichnend war da für mich im Jänner 1960 die Klage eines schwarzen Medizinassistenten in dem damals noch kolonialen Kongo. Er gestand mir, daß im nächsten Jahr die ersten schwarzen Ärzte promovieren werden. "Und dann," sagte er bitter, "wird mir einer dieser Leute Vorschriften machen können - dabei ist er aber genau so ein Schwarzer wie ich!"
- Nun lebt aber der moderne Ungläubige (wie wir alle) in einem horizontal ausgerichteten Universum, gefüllt mit angeblich "gleichen" Nebenmenschen, und nicht mehr in einer Ordnung, in der Gott-Vater im Himmel, der Heilige Vater in Rom, der Monarch als Vater des Vaterlands und der Vater als König in der Familie "vertikal" herrschten.
Wie weit der egalitäre Horizontalismus in unserem Jahrhundert gehen kann, beweist die Aussage des ansonsten klugen Sozialistenführers und "Friedensmärtyrers" Jean Jaures, der gesagt hatte: "Wenn sich Gott in sichtbarer Gestalt manifestieren würde, dann sollte sich der Mensch weigern, ihn als Autorität anzuerkennen, und mit ihm lediglich als Gleichem unter Gleichen diskutieren."
Auch wenn die menschlichen Ungleichheiten bei Gruppen einen eher statistischen Charakter haben, sind sie in der Regel recht deutlich vorhanden, doch für den modernen Menschen auch aus ideologisch-politischen Gründen inexistent oder "unerträglich".
Interessanterweise waren auch Marx, Engels und Trotzki überzeugt, daß alle Menschen alle erdenklichen Talente hätten. (Bei den Internationalen und Nationalen Sozialisten gibt es eine besondere Gleichheit und wegen des "Anderssein" wird jeweils eine andere Kategorie verfolgt und vernichtet.) Es ist zwar offensichtlich, daß der Watussi (Durchschnittsgröße 1 Meter 85) und der Bambuti (Durchschnittsgröße 1 Meter 50) im Laufen verschiedene Rekorde erzielen, auch daß Frauen und Männer, Weiße und Schwarze, Ostasiaten und Maoris jeweils andere Talente, andere Intelligenzquotienten, andere Stärken und Schwächen besäßen, diese aber zum Teil kulturell, zum Teil aber auch biologisch bedingt sind. Das wird auch von den neuesten Hirnforschungen bestätigt.
Doch wer diese nackten Tatsachen heute aufs Tapet bringt, ist ein Nationalist, Rassist oder "Sexist". Eigentlich müßte man auch den Vertreter der Max Weberschen These von der "Protestantischen Wirtschaftsethik" als engen, sektenhaften Fanatiker abkanzeln.
- Doch ist die Gleichheit, die offiziell mit allen Mitteln gefördert, finanziert, erzwungen, vorgeschrieben wird, praktisch doch immer nur Norm und Gesetz geworden, wie z.B. bei den Wahlen. Wenn es auf Leben und Tod, um wirtschaftlichen Erfolg oder Bankrott, um Sieg oder Niederlage geht, hört sich der Spaß auf.
Wer das Geld hat, wird sich im Falle einer schweren Krankheit den besten Arzt leisten, der sich auftreiben läßt. Er wird keinen Kassierer zum Bankdirektor ernennen oder die Armee vor einer Entscheidungsschlacht von einem Rekruten befehligen lassen. Chancengleichheit?
Ein leeres Schlagwort; denn man müßte dann bei der Erbmasse und der Erziehung innerhalb der Familie anfangen. Gleichheit vor dem Gesetz? Sollte der Hungrige, der in seiner Verzweiflung für seine Familie Lebensmittel stiehlt, genauso vom Richter behandelt werden, wie der Playboy, der stiehlt, um seine Spielschulden zu begleichen? Nicht Gleichheit ist Gerechtigkeit, sondern der Grundsatz: "Jedem das Seine."
Doch der nicht wirklich Glaubende leidet durch den Mangel an Gleichheit. Es schmerzt ihn wahrhaftig, unter der Kontrolle von Leuten zu stehen, die man als ihm überlegen betrachtet. Er ist darüber erbost, daß er sich nicht alles leisten kann wie sein Nachbar. Das heutige politische Modell schwebt ihm als Ideal vor.
In den Vereinigten Staaten ist man dem Beispiel Indiens nachgefolgt und läßt nunmehr auch

Analphabeten wählen. So soll es aber überall im Leben sein; denn "wir sind ja alle gleich". Der Trost, daß mit dem Tod die Rollen völlig neu verteilt werden, ist für ihn nicht vorhanden. Somit ist für ihn auch das Leben sinnlos und "ungerecht" - alle Ungleichheiten sind doch Ungerechtigkeiten, oder nicht?
Was ihn da dauernd quält und peinigt sind die Mitmenschen, die ihn - so fühlt, ahnt und glaubt er - ein wenig verachten, hassen, übervorteilen, ihn verlachen, ihn übertreffen und in den Schatten stellen und dabei ist er "gerade so gut" wie alle anderen.
Gott ist für ihn tot, und so schaut er immer nur gebannt auf seine Nebenmenschen - nach rechts, nach links, nie aber "hinauf" oder in die weite Ferne. Bei dieser totalen Abhängigkeit triumphiert er zwar manchmal in diesem Tale der Tränen, doch meistens leidet er sinnlos bei dieser Konkurrenz mit den angeblich so "gleichen" Mitmenschen; denn was sie von ihm denken, ist doch unwesentlich.
Nur was Gott von ihm denkt, ist entscheidend. All dies erinnert so sehr an Sartres Drama *Huis-clos,* das in der Hölle spielt, und in dem der traurige Held die verzweifelten Endworte spricht: **"Die Hölle - das sind die Andern."**<<

08.07.1992

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Juli 1992: >>**Neue Berechnung bestätigt Zahl der ermordeten Juden**
Die Nationalsozialisten haben mindestens 5,29 Millionen und höchstens knapp mehr als 6 Millionen europäische Juden ermordet. Zu diesem Schluß kommt eine neue Studie des angesehenen "Instituts für Zeitgeschichte" in München.
Bei dieser Berechnung sei bereits mit berücksichtigt, daß im Vernichtungslager Auschwitz nicht - wie lange Zeit angenommen wurde - 4, sondern etwa 1,5 Millionen Menschen ermordet wurden.
Eine entsprechende Inschrift im Vernichtungslager war, wie berichtet, jüngst geändert worden. Die korrigierten Zahlen für Auschwitz seien dem Institut schon seit vielen Jahren bekannt und seitdem schon immer in die Berechnungen der Gesamtopferzahlen eingeflossen, sagte ein Wissenschaftler.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die korrigierten Opferzahlen des Vernichtungslagers Auschwitz (x046/181-182): >>... Im April 1990 hatte der Direktor des Staatlichen Museums in Auschwitz, Dr. Franciszek Piper, der überhaupt mehr zu wissen scheint, als er manchmal zu erkennen gibt, die auf 19 Gedenksteinen in 19 Sprachen angebrachten Inschriften zur Erinnerung an die Auschwitz ermordeten vier Millionen Juden heimlich entfernen lassen. Doch auch die von ihm nunmehr genannte Zahl von 1-1,2 Millionen sollte nur kurzen Bestand haben und wurde bald auf 800.000 reduziert. ...<<

31.07.1992

BRD: Die Stadtverwaltung der sächsischen Landeshauptstadt Dresden berichtet in einem Schreiben vom 31. Juli 1992, daß aufgrund von "gesicherten Angaben" bei den anglo-amerikanischen Luftangriffen wahrscheinlich 250.000-300.000 Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, umgekommen sind (x046/327).
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 31. Juli 1992": >>... Die Enthüllung des Denkmals für den britischen Luftmarschall Harris im Frühjahr hat die Diskussion über die Terrorbombardements im Zweiten Weltkrieg wieder aufleben lassen. Das Beispiel der Zerstörung Hamburgs im Juli 1943 zeigt, wie sich der strategische Bombenkrieg auswirkte.
Die Entscheidung fiel am 14. Februar 1942: An diesem Tage wurde das Bomber Command der Royal Air Force (RAF) angewiesen, künftig seine Operationen gegen "die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, insbesondere der Industriearbeiter" zu richten. Damit hatte die britische Regierung unter Winston Churchill gegen starke Bedenken von Armee und Marine dem Drängen der Luftwaffe stattgegeben, dem, wie es inoffiziell deutlich und richtig hieß,

"Terrorbombenkrieg" Priorität einzuräumen.
Denn man hoffte zu einem Zeitpunkt, da England über keine andere Offensivwaffe als das Bombergeschwader verfügte, den Feind "schnell und vernichtend" schlagen zu können, wenn man den Krieg durch wahlloses Bombardement in die am dichtesten bebauten Wohngebiete des Feindes trug. Das versprach der wenige Tage danach zum Befehlshaber des Bomber Command ernannte Luftmarschall Arthur T. Harris (später Sir Arthur) dem in der Klemme steckenden Premier.
Harris hatte nach dem Ersten Weltkrieg in Indien, im Irak und schließlich – während des englisch-jüdisch-arabischen Konflikts – in Palästina und Transjordanien Bombereinsätze geleitet, um, wie er sich später ausdrückte, "der britischen Armee die Vorzüge und den Rebellen die Effektivität der Air Force beizubringen", das hieß, Aufstände niederzuschlagen und "Ruhe und Ordnung" wiederherzustellen.
Die Entscheidung zur "strategischen" Luftoffensive gegen Deutschland war aber gerade umgekehrt – ein Widerspruch, der Harris nicht störte – mit der Erwartung verknüpft, unter der Zivilbevölkerung Hysterie und Panik und sogar einen Aufstand gegen das Naziregime auszulösen.
Hatten nicht die Deutschen selber – ihre Politiker, Militärs und Historiker – immer wieder warnend und anklagend darauf hingewiesen, daß der Erste Weltkrieg durch den moralischen Zusammenbruch der Heimatfront, durch den "Dolchstoß" in den Rücken der Armee, verloren wurde? Warum sollte man dem Dolchstoß nicht durch Bomben nachhelfen können?
Unbestritten wären ohne die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch Hitler-Deutschland unsere Städte nicht zerstört worden. Allerdings wurde die englische Strategie des Luftkrieges schon Jahrzehnte vorher entwickelt. Diese Erkenntnis wird freilich dadurch erschwert, daß es Deutschland war, das mit massiven Bombenangriffen begann und somit den Briten den Vorwand lieferte, "die Handschuhe auszuziehen".
Die internationale Luftkriegsforschung ist sich aber darin einig: Die Bombardierung Coventrys im November 1940, der 554 Menschen zum Opfer fielen, war trotz blutrünstiger Reden Hitlers und trotz der englischen Kriegspropaganda kein Angriff im Sinne einer strategischen Terrorisierung der Bevölkerung.
Die englische Doktrin des "area bombing" läßt sich bis auf den Sommer 1917 zurückverfolgen, als deutsche Gotha-Bomber und Zeppeline über London erschienen und auf die unverteidigte Hauptstadt ihre Sprengladung abwarfen, wobei insgesamt mehr als 200 Menschen getötet wurden. England reagierte mit der Gründung einer von Armee und Marine unabhängigen Luftwaffe (Independent Air Force), welche die Voraussetzungen für Vergeltungsschläge schaffen sollte. Im Jahre 1923, als sich das englisch-französische Verhältnis rapide verschlechterte, wurde die Strategie der Städtebombardierung weiterentwickelt.
Die nach dem damaligen Stabschef der RAF, Lord Hugh Trenchard, genannte Doktrin ging von dem Gedanken aus, daß es infolge der Erfindung des Flugzeuges zum erstenmal in der Kriegsgeschichte möglich schien, einen Krieg zu gewinnen, indem man der gegnerischen Streitmacht auswich und die "feindliche Nation" direkt attackierte.
Wenn das militärstrategische Ziel war, möglichst viele Zivilisten möglichst auf einen Schlag zu töten, dann schien es schon aus Gründen moralischer Selbstrechtfertigung geboten zu behaupten, im modernen, durch die Technik bestimmten "totalen Krieg" gebe es keine Zivilisten mehr. In der Wirklichkeit wurde erst durch diese gedankliche Entgrenzung der totale Krieg möglich.
Da in der Trenchard-Doktrin die Strategie des wahllosen Bombardements mit der Unabhängigkeit der Luftwaffe eng verknüpft war, wurden auch solche Offiziere der RAF, die den Krieg gegen die Zivilbevölkerung ablehnten, immer wieder in die Loyalität mit den Hardlinern gezogen, um die Handlungsfreiheit der Air Force nicht aufs Spiel zu setzen. Darüber hin-

aus verhinderte und behinderte die Doktrin technische Entwicklungen für die Präzisionsbombardierung, so daß dieser Mangel später als (selbstinduzierter) Sach- und Entscheidungszwang zugunsten der Terrorbombardierung wirkte.
Im Grunde entsprach die Doktrin dem Minderwertigkeitsgefühl, das manche RAF-Offiziere vor den Kameraden der beiden älteren Teilstreitkräfte empfanden. Dies trifft besonders für Arthur Harris zu, dessen Bedürfnisse nach psychischer Kompensation sich wie ein roter Faden durch seine 1947 erschienenen Memoiren ziehen.
In Arthur Harris fand man den Mann an der Spitze des Bomberkommandos, der eine extreme Theorie der Destruktivität ohne Wenn und Aber in die Wirklichkeit umsetzte. Im Sommer 1943 schlug seine Stunde, die des "Schlächters", wie Harris von seinen Untergebenen genannt wurde: "Ich hatte schon immer den Wunsch gehabt, Hamburg einmal wirklich und direkt aufs Korn nehmen zu können. Es war die zweitgrößte Stadt Deutschlands, und ich wollte dort einmal wirklich etwas Ungeheures veranstalten".
Sonntag, 25. Juli 1943, ein Uhr nachts: Beginn der "Operation Gomorrha". 600 britische Maschinen werfen eine Stunde lang in laufenden Wellen Brand- und Sprengbomben vor allem auf die Stadtteile Hoheluft, Altona, Eimsbüttel und die Innenstadt. 1.500 Menschen kommen ums Leben, soviel wie bei den 137 Luftangriffen auf die Stadt zusammen seit Ausbruch des Krieges. Doch ist dies nur der Auftakt zu dem Inferno, das zwei Tage später über Hamburg hereinbricht:
In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch, am 27./28. Juli 1943, greifen 800 britische Maschinen Hamburg von allen Seiten an. Innerhalb einer halben Stunde verwandeln sich die Stadtteile Rothenburgsort, Hammerbrook, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Eilbek und zum Teil Barmbek und Wandsbek in ein Flammenmeer. 35.000 bis 40.000 Menschen sterben allein in dieser Nacht: verbrannt, erstickt, durch Rauch vergiftet, durch Trümmer erschlagen – auf den Straßen, in den Schutzräumen. In den folgenden Stunden fliehen 900.000 Menschen, mehr als die Hälfte aller Einwohner, aus der Stadt.
Aus einem Bericht des Polizeipräsidenten: "Der über viele Quadratkilometer tobende Feuersturm hatte unzählige Menschen rettungslos eingeschlossen. Nur die entkamen dem Tode, die rechtzeitig eine Flucht gewagt hatten oder sich so nahe am Rande des Feuermeeres befanden, daß eine Rettungsmöglichkeit überhaupt bestand.
Nur wo die Wege zu rettenden Gewässern oder genügend großen freien Plätzen kurz waren, konnte jetzt noch eine Flucht gelingen, denn längere Wege in den glühend heißen, flammendurchloderten Straßen waren unmöglich.
Viele dieser Flüchtlinge kamen auch dann noch durch die Hitze ums Leben. Sie fielen um ... oder rannten tiefer ins Feuer hinein. Angehörige verloren sich, der eine konnte sich retten, die anderen sind verschollen ...
Unzählige sprangen in die Kanäle und Fleete und warteten hier schwimmend oder bis zum Halse im Wasser stehend durch Stunden hindurch das Abflauen der Hitze ab. Selbst diese aber trugen Brandwunden am Kopf davon. Der Feuersturm fegte mit Glut und Funkenregen über das Wasser, so daß selbst dicke hölzerne Pfähle und Pfahlgruppen bis zur Wasseroberfläche herunterbrannten. Manche dieser Unglücklichen ertranken. Viele sprangen aus den Fenstern ins Wasser oder auf die Straße und kamen so ums Leben."
Bis zum 3. August haben rund 3.000 englische und amerikanische Kampfflugzeuge insgesamt sieben Angriffe geflogen – die Engländer bei Nacht, die Amerikaner ergänzend mit Präzisionsabwürfen auf Werften und Raffinerien bei Tag – und große Teile der Stadt in Schutt und Asche gelegt.
Die Bilanz: mindestens 42.000 Tote (mehr als bei den Terrorangriffen auf Dresden am 13./14. Februar 1945; dort kamen 35.000 Menschen um), über 100.000 Verletzte, mehr als 40.400 Wohnhäuser zerstört, rund 225.000 Wohnungen schwer beschädigt, dazu 24 Krankenhäuser,

277 Schulen, 580 Industrie- und Rüstungsbetriebe, 3.000 gewerbliche Betriebe und Kontorhäuser. ...
Der Krieg aber ging weiter und war noch lange nicht zu Ende. Der britische Luftmarschall hatte sich geirrt. Doch Arthur Harris wäre nicht Arthur Harris gewesen, wenn er sich dadurch hätte beirren lassen: "Wir bomben weiter, eine Stadt nach der andern". Bis Dresden. Dieser Angriff im Februar 1945 war Harris' Idee. Churchill stimmte zu.
Aber schon am 28. März 1945 ließ der Premierminister Harris fallen und begann, eigene Spuren zu verwischen: "Mir scheint der Moment gekommen, wo die Frage der Bombardierung deutscher Städte einfach zur Steigerung des Terrors, jedoch unter anderem Vorwand, zu überprüfen wäre. Die Zerstörung Dresdens hinterläßt ernste Zweifel an der Art der alliierten Bombardierung."
Harris dagegen versteckte sich später hinter einem "höheren Befehl", also den Churchills, hinter ungenannten militärischen Experten und hinter einer Ethik des Bombenkrieges, der zufolge es "human" war, die Jugend der eigenen Nation vor dem Verbluten in den Schützengräben zu bewahren und zunächst die Alten, die Schwachen, die Frauen und Kinder des Feindes zu töten. In früheren Kriegen sei es bei Belagerungen und Hungerblockaden nicht anders zugegangen.
Der Mann, der die gewaltigsten Feuerstürme der Kriegsgeschichte inszeniert und die meisten seiner Altersgenossen überlebt hatte, beschwerte sich 1981 – er war jetzt 89 Jahre alt – in einem Brief an den "Daily Telegraph" über die Bauern, daß sie die Stoppeln auf den Äckern abbrannten und den Sommer verdarben.
Der kanadische Luftkriegsexperte Alexander McKee bemerkt dazu: "Er erhielt von niemandem die passende Antwort."<<

20.08.1992

Kroatien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. August 1992: >>**Ein schwarzes Kapitel jugoslawischer Geschichte**

Massenhinrichtungen in Kroatien unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg

In Kroatien wird jetzt ein schwarzes Kapitel der jugoslawischen Geschichte aufgedeckt, dessen wahres Ausmaß noch gar nicht absehbar ist. Mit der Demokratisierung des Landes bricht eine Mauer des Schweigens in der Bevölkerung über das Schicksal Tausender von Menschen, die den kommunistischen Machthabern unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg unbequem waren. ...
Allein in den dichten Wäldern von Macelj nördlich von Zagreb an der Grenze zu Slowenien wurden bisher 28 Massengräber entdeckt, in denen rund 2.000 Skelette vermutet werden. Nach den Worten des Vorsitzenden der Sonderkommission, Florijan Boras, werden allein in diesen schwer zugänglichen Wäldern mindestens 20.000 Opfer der Massenhinrichtungen durch Sondereinheiten der Tito-Partisanen vermutet.
Tausende von Soldaten der deutschen Wehrmacht waren auf ihrem Rückzug vom Balkan nur wenige Kilometer vor der rettenden Grenze durch den Kapitulationsbefehl am 8. Mai 1945 in Gefangenschaft geraten. Andere wiederum waren von den alliierten Besatzern in Österreich an Jugoslawien ausgeliefert worden. Aber auch Zehntausende von Kroaten - Soldaten des damaligen faschistischen Staates, Angehörige der Bürgerwehr, Familienangehörige - und Slowenen mußten den Weg aus dem vermeintlichen Schutz hinter der österreichischen Grenze in die Lager der neuen kommunistischen Machthaber antreten. Ein kurzfristiger Vorstoß der jugoslawischen Partisanen nach Kärnten trug zusätzlich zu der Racheaktion bei.
Nach den bisherigen Erkenntnissen wurden Männer, Frauen und Kinder von den Mitgliedern des 13. "Schwarzen" Bataillons der damaligen Geheimpolizei Dozna aus den Lagern rund um die Stadt Krapina, in denen die Menschen zuvor wochenlang dahinvegetieren mußten, geholt und in den Wäldern umgebracht.

Augenzeugen, die Jahrzehnte aus Angst vor Verfolgung geschwiegen hatten, berichten jetzt über die Ereignisse: "Die meisten Menschen mußten sich am Rand der Schluchten hinknien und wurden durch Schuß in den Hinterkopf getötet - die weniger glücklichen wurden mit Steinen, Äxten oder Spitzhacken erschlagen."
Die Untersuchungen der Experten scheinen diese Aussagen zu bestätigen.
Die Massengräber in den Wäldern von Macelj offenbaren aber wohl nur einen Teil der schrecklichen Wahrheit. Boras verfügt über Informationen, nach denen es auch in anderen Teilen Kroatiens Massengräber aus der Nachkriegszeit geben soll.
"Die Gräber sollen in Istrien, Dalmatien, bei Zagreb und auch in Slawonien liegen", berichtete er. Seine Kommission könne aber nur exhumieren und dokumentieren, nicht identifizieren. ...<<

21.08.1992

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. August 1992: >>**Traum von der Wolga-Republik ist geplatzt**
Das Projekt der Wiedererrichtung einer Wolga-Republik ist nach Einschätzung des Verbandes der Rußlanddeutschen gescheitert.
"Die Wolga-Republik, dieser Traum ist geplatzt", sagte der Chef der Gesellschaft "Wiedergeburt", Heinrich Groth, am Donnerstag in Moskau. In einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl und Rußlands Präsident Boris Jelzin schreibt Groth, es bleibe den fast 2 Millionen Rußlanddeutschen nur noch die Aussiedlung nach Deutschland.
... "Deutsche Steuergelder sollten nicht länger in den Sand der Wolga-Ufer gesteckt werden", forderte Groth. Etwa 1,5 Millionen Deutsche in der GUS säßen auf gepackten Koffern.
Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums wies die Äußerungen Groths zurück. Erst am 10. Juli sei von der deutschen und russischen Regierung ein Dreistufenplan zur Wiedererrichtung einer autonomen Republik unterzeichnet worden.
... Die Bundesrepublik hat im übrigen in den vergangenen 2 Jahren mehr als 150 Millionen DM an Aufbauhilfe geleistet. ...<<

29.08.1992

BRD: Die "Thüringer Allgemeine" berichtet am 29. August 1992: >>**Die Wismut – der drittgrößte Strahlenschaden der Geschichte**
Radioaktive Abfälle der Uranproduktion bleiben Milliarden Jahre gefährlich
Die ehemalige DDR war einer der größten Uranproduzenten der Welt. Das ist inzwischen bekannt. Welche Schäden dieser jahrzehntelange Raubbau an der Natur verursacht hat und welchen Gefahren die Bewohner der Wismut-Region ausgesetzt sind, wird jetzt erst langsam offensichtlich.
Wolfen, Bitterfeld, Wismut-Region ... Die Liste ökologischer Katastrophengebiete auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ließe sich fortsetzen. Ob Silbersee oder Absetzbecken, der Uranaufbereitung – im Osten Deutschlands ticken ökologische Zeitbomben. Die einen lauter, die anderen leiser. In der Wismut-Region lautlos. Strahlung sieht man nicht. Also ist da auch keine Gefahr. Eine Einstellung, die in einem der einst weltgrößten Uranabbaugebiete der Welt, der sächsisch-thüringischen Wismut-Region häufig anzutreffen ist: "Es wird schon nicht so schlimm sein".
Doch die Schäden, die 40 Jahre Uranförderung und Uranaufbereitung hinterlassen haben, sind immens. Milliarden von Kosten, Milliarden Jahre Verseuchung sind die Bilanz eines strahlenden Abenteuers, das 1946 mit der Gründung der Sowjetischen Aktiengesellschaft Wismut begann. "Uranabbau um jeden Preis, um das Atommonopol der USA zu brechen", lautete die Devise. Einziger Abnehmer war bis zum 31. Dezember 1990 die UdSSR. Für die in 45 Jahren produzierten 220 Kilotonnen Uran mußten rund 50 Millionen Tonnen Erz aus dem Boden geholt werden. 90 % davon waren Abfall. ...

Besonders die Absetzbecken geben Anlaß zu Sorge. In ihnen lagert ein hochbrisantes Gemisch aus Resten der Erzaufbereitung wie Uran 238 oder Uran 235 mit Halbwertzeiten von etwa 4 Milliarden bzw. 700 Millionen Jahren. Daneben finden sich auch giftige Begleitmetalle wie Arsen und Reste von Schwefelsäure.
Die größten Absetzanlagen befinden sich in Culmitzsch mit etwa 80 Millionen Tonnen Erzschlamm und in Helmsdorf mit etwa 50 Millionen Tonnen. Im Sommer, wenn der Wasserspiegel sank, erhoben sich schwarze Staubwolken. Diese Gefahr ist im Augenblick gebannt. In einer Sofortaktion wurden die Strände mit undurchlässigen Materialien abgedeckt, so daß der mit dem radioaktiven Edelgas Radon kontaminierter Staub nicht mehr durch die Luft weht.
Die Umgebung der Absetzanlagen wurde nicht nur durch den Radon-Staub belastet. Ein bislang unveröffentlichtes Gutachten stellt fest, daß "die Teiche bei Trünzig und Seelingstädt ohne Basisabdichtung konstruiert wurden".
Freie Bahn für hochtoxisches Sickerwasser. Die Wismut schätzt nach Angaben der Gutachter die Sickerwasserrate für das gesamte Gebiet auf 138 Millionen Kubikmeter pro Jahr – aufgefangen wurden 1991 ganze 2 Millionen Kubikmeter. Einige Fachleute gehen inzwischen davon aus, daß die in diesem Jahr festgestellte Arsenbelastung einiger Trinkwasserbrunnen im Kreis Stadtroda eine erste Auswirkung dieser unkontrollierten Ausbreitung ist.
Beseitigen läßt sich die Gefahr, die von den strahlenden Seen ausgeht, nicht. Einige Substanzen werden noch in Milliarden Jahren ihre tödliche Strahlung abgeben. Deshalb müssen die Anlagen im Rahmen der Wismut-Sanierung so gesichert und abgedichtet werden, daß sie in ihrer Umgebung so wenig wie möglich Schaden anrichten. Wie das geschehen soll, darüber scheiden sich im Moment noch die Geister.
Schneller dürfte es bei der Sanierung der Halden vorangehen. Der Abraum, der noch Uranerz enthält, wurde über Jahrzehnte auch in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten abgekippt. Auf Halden des jahrhundertealten Silberbergbaus in der Region, die zu einem großen Teil auch Uranerze enthalten, wurden Häuser gebaut – oft gar mit dem Haldenmaterial selbst. Besonders diese Halden sollen so schnell wie nur irgend möglich abgetragen oder abgedichtet werden.
Die Sanierung der gesamten Wismut-Region wird bis ins nächste Jahrtausend dauern. Expertenschätzungen zu den Kosten haben sich bei rund 15 Milliarden Mark eingependelt. Zur Zeit wird neben zaghaften Sanierungsversuchen, erst einmal festgestellt, welche Flächen überhaupt belastet sind. Die Wismut hat bereits Teile eines Umweltkatasters für ihre Flächen vorgestellt. Das Bundesamt für Strahlenschutz erarbeitet ein Altlastenkataster für Flächen, die seit 1962 nicht mehr zur Wismut gehören. Dafür steht 1992 gerade eine Million Mark zur Verfügung.
Unabhängig von diesen Meßergebnissen sehen Arbeitsmediziner schon heute die Wismut-Region, was die Zahl der Geschädigten angeht, nach Hiroshima und Tschernobyl als den dritten Strahlenschaden der Welt.<<

07.09.1992

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. September 1992: >>**Vertriebene dringen auf Entschädigung auch in ehemaliger DDR**

... Die mehr als 100.000 Mitglieder des Bundes der Vertriebenen (BdV) in den neuen Bundesländern fühlten sich zu "Menschen zweiter Klasse degradiert", sagte der stellvertretende Bundes- und thüringische Landesvorsitzende der Organisation, Paul Latussek, am Wochenende in Dresden beim "Tag der Heimat", einer Großveranstaltung des sächsischen Landesverbandes. Nach seinen Worten ist der BdV "schwer enttäuscht" von Bonner Politikern aller Parteien, weil noch immer keine angemessene Form des Lastenausgleichs für die Vertriebenen in der ehemaligen DDR gefunden worden sei. ...
Während die Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach 1949 in der Bundesrepublik eine differenzierte Entschädigung für ihren verlorenen Besitz in der Heimat erhalten hatten, wurde ihren Leidensgenossen in der DDR eine Erfassung oder gar Wiedergutma-

chung verweigert. Der Einigungsvertrag von 1990 klammerte das Thema aus. Der BdV verlange "keine Almosen, sondern eine Korrektur des Unrechts", meinte Latussek in Dresden. ...
Angesichts des hohen Alters der Anspruchsberechtigten sei eine weitere Verzögerung unzumutbar ...
Die Haltung der BdV-Führung zur Anerkennung der deutschen Ostgrenze an der Oder und Neiße bleibt undurchsichtig. Latussek sagte in Dresden, sein Verband nehme die Ostverträge zur Kenntnis, "gibt aber die Mühe um eine Verbesserung nicht auf". Gleichzeitig warnte er davor, "die Rechtsposition des BdV aufzugeben". Die Vertriebenenorganisation beharrt bislang darauf, die an Oder und Neiße gezogene Grenze entspreche nicht einwandfreiem Völkerrecht und sei deshalb auch nicht hinzunehmen. "Wir müssen diese Haltung wahren, bis unter Beteiligung der Vertriebenen als Betroffenen neues Recht geschaffen wurde", meinte Latussek.
Herbert Hupka, seit langem Sprecher der Schlesischen Landsmannschaft wurde in Dresden deutlicher: "Die Oder-Neiße-Grenze ist eine von Stalin gewaltsam gezogene Linie. Jetzt ist das Sowjetimperium zusammengebrochen - warum muß die Grenze jetzt fortbestehen?" Bisher sei noch nicht in Freiheit über die Zukunft der Ostdeutschen jenseits von Oder und Neiße entschieden worden, betonte der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete, der 1972 aus Protest gegen die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel von der SPD zur CDU gewechselt war.
Hupka bemängelte das Verhalten vieler deutscher Politiker, die heute zwar die Vertreibung von Bosniern durch die Serben anprangerten, jedoch "nach wie vor zur Vertreibung der Deutschen schweigen".
In Polen, wo in den oberschlesischen Gebieten nun auch wieder deutsch als Muttersprache zugelassen werden soll, gebe es eine "Kampagne gegen eine drohende Germanisierung". Anders als in der sächsischen und brandenburgischen Oberlausitz, wo der Minderheit der Sorben die Zweisprachigkeit auf Ortsschildern zugestanden werde, fehle so etwas für die 800.000 Deutschen in Oberschlesien noch immer.
Vom "Recht auf Heimat und auf Eigentum" hätten auch die Repräsentanten der Tschechoslowakei noch nicht gesprochen, obwohl die Vertreibung der Sudetendeutschen nach 1945 dort inzwischen immerhin beim Namen genannt werde, meinte Hupka.<<

28.09.1992

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (40/1992) berichtet am 28. September 1992 über das Buch "Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. Dokumentation, Zeugenberichte" des deutschen Journalisten Michael Klonovsky und des deutschen Historikers Jan von Flocken: >>**Straflager: Vorhöfe zur Hölle**
In Ostdeutschland werden Massengräber freigelegt: Zehntausende von Deutschen fielen Stalins Gulag in der Sowjetischen Besatzungszone zum Opfer.
Oberstleutnant Jochen Kindermann, 51, machte eine grausige Entdeckung. Bei Grabungen in der Nähe der berüchtigten Haftanstalt Bautzen stieß der Offizier auf Überreste eines menschlichen Schädels. Es sei "bedrückend", klagte Kindermann, wie man "unserer jüngsten Geschichte auf die Spur" komme.
Auf Spurensuche ist Oberstleutnant Kindermann vom Verteidigungsbereichskommando 76 aus Dresden, gemeinsam mit 13 Bundeswehrsoldaten, seit einigen Wochen. Geforscht wird, wie vielerorts in Ostdeutschland, mit Unterstützung von Häftlingskomitees und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, nach Opfern aus Massengräbern sowjetischer Internierungslager.
Nach zufälligen Skelettfunden im Frühjahr 1990 barg, bei systematischen Grabungen, der Suchtrupp in Bautzen vor zwei Wochen weitere Gebeine. Das eigentliche Massengrab mit bis zu 16.000 Toten liegt vermutlich in unmittelbarer Nähe der Gefängnismauer und wird dem-

nächst gehoben.
Im ehemaligen KZ Sachsenhausen bei Oranienburg wurde das Panzerbataillon 801 fündig - nicht weit entfernt von der KZ-Gedenkstätte. Das Ergebnis, vergangenen Mittwoch bekanntgeworden: 50 Massengräber. Daß es sich um Tote aus den Jahren 1945 bis 1950 handelt, ist so gut wie sicher. 1.000 Skelette, so das brandenburgische Innenministerium, das die Grabungen veranlaßt hatte, seien bereits untersucht worden. Eindeutiger Befund: "Alles Häftlinge aus der sowjetischen Lagerzeit." Die meisten seien verhungert oder an Krankheiten gestorben; einige sind, wie die Knochenanalyse ergab, auch gewaltsam umgekommen.
Aus den Gräbern, jeweils sieben Meter lang und dreieinhalb Meter breit, förderten Bundeswehrsoldaten bis zu fünf Meter tiefe Gebeinschichten zutage. Mindestens 12.500 Opfer stalinistischer Gewaltherrschaft wurden auf dem Gelände verscharrt; andere Schätzungen reichen bis 20.000.
Jahrzehntelang wurden in der DDR diese Relikte des sowjetischen Schreckensregiments totgeschwiegen. Noch in der Gorbatschow-Ära lehnte Moskau jede Verantwortung für die Greuel ab.
Von einer "zielgerichteten physischen Massenvernichtung von Häftlingen", hieß es lapidar in einer Denkschrift des sowjetischen Innenministeriums im Sommer 1990, könne nicht die Rede sein. In den Lagern hätten vielmehr, so die offizielle Lesart, "erträgliche Haftbedingungen" geherrscht. Zu dieser Zeit waren die ersten Gräber schon entdeckt.
Die Massengräber werfen immer längere Schatten über die Gründungsjahre der DDR. Sie dokumentieren das düsterste Kapitel Moskauer Besatzungszeit in Ostdeutschland: die Lagerherrschaft der sowjetischen Geheimpolizei NKWD.
Sachsenhausen und Bautzen waren zwei von elf Speziallagern, die das NKWD gleich nach Kriegsende 1945 einrichtete. Skrupellos machten die roten Herrscher dabei vom NS-Erbe Gebrauch und nahmen soeben befreite KZ wie Sachsenhausen und Buchenwald für ihre Zwecke in eigene Regie.
Zehntausende von Deutschen gingen in den Internierungslagern an Seuchen, Kälte und Hunger jämmerlich zugrunde. Allein in Bautzen sollen es nach Schätzungen 16.000 gewesen sein. Insgesamt fielen, bis zur Auflösung der letzten Lager 1950, rund 60.000 der 180.000 Häftlinge dem importierten Gulagsystem zum Opfer. Die ganze Wahrheit liegt noch in sowjetischen Archiven.
Angst und Schrecken der Speziallager wirkten: Die Bevölkerung wurde eingeschüchtert und für die politischen Ziele der Besatzungsmacht gefügig gemacht.
In die Lager kamen nicht nur Nazis und Handlanger des Hitler-Regimes, eingesperrt wurde willkürlich. Wer den sowjetischen Machthabern und ihren SED-Genossen politisch im Wege stand, mußte jederzeit mit seiner Verhaftung rechnen.
"Unter dem Deckmantel der Entnazifizierung", schildern die Autoren Jan von Flocken und Michael Klonovsky den Lagerterror, zielten die "politisch motivierten Säuberungen" auf die kommunistische Machteroberung.
Die Sowjets beriefen sich auf alliierte Beschlüsse - das Kontrollratsgesetz Nr. 10 ("Bestrafung von Kriegsverbrechern") - und Maßnahmen gegen diejenigen, "die für die Besetzung und ihr Ziel gefährlich sind"; vage Bestimmungen, die nach Gutdünken ausgelegt werden konnten.
So traf es zwar zahllose kleine Nazis, Mitläufer und Büttel des braunen Regimes. Hinter Stacheldraht landeten aber ebenso Sozialdemokraten, bürgerliche Oppositionelle und aufmüpfige Kommunisten, wie etwa der Ost-Berliner Stadtrat Ewald Pieck, Bruder des späteren ersten DDR-Staatspräsidenten. Tausende von Jugendlichen wurden interniert, weil sie angeblich im "Werwolf" gekämpft hatten, Hitlers letztem vergeblichem Kamikaze-Aufgebot.
Sogar Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus saßen, etwa Justus Delbrück, ein Mitverschwörer beim Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944, und Horst von Einsiedel, der dem

oppositionellen "Kreisauer Kreis" angehört hatte und 1946 in Sachsenhausen umkam.
Viele wurden Opfer von Denunziationen oder Verwechslungen. Wenn ein Gefangenentreck "durch Flucht oder Erschöpfungstod geschrumpft war", schilderte ein Augenzeuge, "wurden beliebige Passanten gewaltsam eingegliedert".
Geständnisse, oft mit Prügel und anderen Torturen erzwungen, genügten zur Verhängung drakonischer Strafen. "In der Regel fanden Vernehmungen in der Nacht von 20 Uhr bis gegen 5 Uhr morgens statt", berichtete der frühere Bautzen-Häftling Manfred Wächter. "Oftmals wurden die Verhörten so zugerichtet, daß sie sich kaum noch allein fortbewegen konnten." Einem Kriegsversehrten mit Beinprothese "hatte man beim Verhör den Stumpf so bearbeitet, daß er nur noch ein Blutklumpen war".
Zwar verübten die Sowjets, anders als die Nazis in den KZ, keinen systematischen Massenmord; aber Unterernährung, Frost und katastrophale hygienische Verhältnisse sorgten für massenhaftes Sterben. Bei 300 Gramm Brot täglich und Wassersuppe magerten die Gefangenen zu lebenden Skeletten ab, so daß die "Mütze beim Herabrutschen an den Backenknochen hängenblieb", wie ein ehemaliger Häftling sich erinnert.
"Andere", so ein Überlebender aus Sachsenhausen, dem größten NKWD-Lager, "wurden immer dicker und füllten sich mit Wasser." Als es bis in die Lungen hochstieg, ertranken sie "unter tagelangem Röcheln".
Wie "Knüppelholz" habe es geklungen, "wenn die froststarren toten Körper entkleidet auf den Wagen geworfen wurden", beschreibt Kurt Noack, der drei Jahre Lager-Odyssee durchlitt, den Leichentransport zu den Massengräbern, in denen die Opfer verscharrt wurden. Von den Häftlingen der Beerdigungskommandos, lästigen Mitwissern, wurden die meisten in Arbeitslager in die Sowjetunion deportiert oder erschossen.
Nicht nur physisch, auch psychisch richteten die "Vorhöfe zur Hölle" (Noack) die Insassen zugrunde. Ohne jeglichen Kontakt selbst zu nächsten Verwandten - Post, Radio und Zeitungen waren ebenso verboten wie Arbeit - dämmerten die Häftlinge, isoliert von der Außenwelt, jahrelang apathisch vor sich hin.
Erst im Sommer 1948, nachdem die Sowjets in ihrer Zone die Entnazifizierung für beendet erklärt hatten, kam Hoffnung auf. Die Lager wurden nach und nach, bis auf Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen, aufgelöst, die Hälfte der Gefangenen, rund 28.000, entlassen.
Doch etliche hatten noch ein jahrelanges Martyrium vor sich. 1950, als die letzten sowjetischen Lager geschlossen wurden, übergaben die Besatzer rund 15.000 Häftlinge den DDR-Behörden. Fast 3.500 davon gerieten - "zur Untersuchung ihrer verbrecherischen Tätigkeit und Aburteilung durch Gerichte der DDR" - ins Räderwerk der Waldheimer Willkür-Prozesse (SPIEGEL 37/1992).
Moskaus Erfüllungsgehilfen wußten, was sie ihrer Schutzmacht schuldig waren. Eilfertig demonstrierten sie äußerste Härte und verhängten hohe Freiheitsstrafen. Im 15-Minuten-Takt wurde über die Angeklagten, die nie ein schriftliches Urteil sahen, schnellgerichtet. Ein Opfer über die SED-Richter: "Die lachten."<<

15.10.1992

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Oktober 1992: >>**Jelzin übergibt Katyn-Akte**

... Der russische Präsident Boris Jelzin hat Polen bisher geheimgehaltene Dokumente der sowjetischen Parteiführung zur Ermordung von 14.700 polnischen Offizieren und etwa 11.000 polnischen Zivilisten 1940 in den Wäldern von Katyn und anderen westlichen Gebieten der damaligen UdSSR übergeben. ...
Walesa nahm am Mittwoch die Papiere mit den Worten entgegen: "Wir sind Zeugen der Übergabe der wichtigsten Dokumente, die das grausamste Verbrechen gegen die polnische Nation betreffen. Meine Knie zittern."<<

19.10.1992

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (43/1992) berichtet am 19. Oktober 1992 über das Buch "Stella" des US-Journalisten Peter Wyden (1923-1998): >>**Was hätte ich getan?**

Ein jüdischer Emigrant bricht mit einem Tabu der Holocaust-Forschung

Goebbels war entrüstet, sein Ehrgeiz, die Reichshauptstadt endlich "gänzlich judenfrei" zu machen, noch nicht befriedigt. Die "Fabrik-Aktion", bei der am 27. Februar 1943 SS und Gestapo 7.000 jüdische Zwangsarbeiter direkt aus den Rüstungsbetrieben holten und nach Auschwitz deportierten, hatte sich in seinen Augen als "Schlag ins Wasser" erwiesen.

Für den Reichspropagandaminister stand fest: "Unsere Aktion ist vorzeitig verraten worden, so daß uns eine ganze Menge von Juden durch die Hände gewischt sind." Aber, so notierte er in sein Tagebuch: "Wir werden ihrer doch noch habhaft werden."

Die Jagd auf die letzten Juden in Berlin begann.

Von den etwa 175.000 Juden, die 1933, zu Beginn der Nazi-Herrschaft, in Berlin gelebt hatten, waren kaum mehr als ein Zehntel übriggeblieben. Etwa 5.000 davon fristeten eine äußerst bedrohte Existenz im Untergrund. Nicht einmal die Hälfte dieser sogenannten U-Boote tauchte nach Kriegsende wieder aus der Illegalität auf.

Wer es damals geschafft hatte, sich den Nazi-Häschern zu entziehen, war angewiesen auf die Unterstützung nichtjüdischer Helfer und lebte unablässig in der Angst, entdeckt zu werden. Die Juden im Berliner Untergrund waren ständig auf der Suche nach "Adressen", nach Dachböden und Kellerräumen, nach Werkstätten oder Gartenhäusern, wo sie Unterschlupf finden konnten. Geplagt von Verzweiflung und Hunger, mußten sie Geld für etwas Eßbares und gefälschte Ausweispapiere auftreiben. Polizei- und SS-Streifen waren hinter den "U-Booten" her, Kontrolleure suchten die Luftschutzbunker nach ihnen ab, habgierige oder fanatische Denunzianten verrieten sie an die Behörden.

Bei der Jagd nach den Untergetauchten bediente sich die Gestapo auch deutscher Juden, die, gerade noch selbst als Schattenmenschen im Untergrund, nun als Spitzel und "Greifer" ihre Haut zu retten versuchten. Greifer hofften, durch ihre Zusammenarbeit mit den Henkern der Deportation in die Vernichtungslager im Osten zu entgehen. Sie genossen Privilegien, die anderen verwehrt blieben, und lebten fast wie normale Bürger. Einige von ihnen trugen Waffen, besaßen spezielle Ausweispapiere und erhielten Extra-Prämien für jeden Fang.

Auch jüdische Frauen wurden von der Gestapo zu diesem Verräterhandwerk gepreßt. Eine von ihnen war auffallend hübsch und schrecklich tüchtig. Sie ist die Hauptfigur eines Buches, in dem der amerikanische Journalist und Sachbuchautor Peter Wyden, 70, den Leidensweg der Berliner Juden während der Nazi-Jahre beschreibt - "Stella". Es ist die Geschichte der in Berlin-Wilmersdorf aufgewachsenen Stella Goldschlag. Das Buch, aus dem der SPIEGEL in einer neuen Serie vorab Auszüge druckt, erscheint im November bei Simon & Schuster in New York (384 Seiten; 23 Dollar).

Wydens "Stella" bricht mit einem Tabu in der Holocaust-Forschung. Raul Hilberg, Autor des Standardwerks über "Die Vernichtung der europäischen Juden", bestätigt ihm: "Es ist das erste Buch über dieses dunkle Kapitel in der jüdischen Geschichte."

Die Aktivitäten der jüdischen Gestapo-Greifer, die mit den perfiden Methoden ihrer Auftraggeber gegen die eigenen Leute vorgingen, sind bislang, soweit überhaupt bekannt, verschämt in Fußnoten versteckt oder als Marginalien behandelt worden. Die Zurückhaltung ist verständlich, die Furcht vor Beifall von der falschen Seite nicht ganz unbegründet.

Die Vorhölle der deutschen Juden hatte bereits 1933 begonnen. Vom Anfang der Nazi-Herrschaft an wurden sie systematisch schikaniert, entrechtet, erniedrigt, was auch Jugendliche wie Stella Goldschlag und Peter Wyden zu spüren bekamen. Sie wurden nicht länger als "Mitbürger" behandelt, sondern als Aussätzige. Die "Nürnberger Gesetze" von 1935 stellten

"die blutsmäßig bedingte klare Scheidung zwischen Deutschtum und Judentum" auf eine "gesetzliche Grundlage".
Dennoch wollten viele der deutschen Juden in dem Land bleiben, das sie noch immer als ihre Heimat betrachteten. Bis Mitte 1938 wanderten nur etwa ein Drittel der jüdischen Bürger ins Ausland ab. "Bleiben oder gehen" - wer genügend Geld und gute Verbindungen hatte, der ließ vielleicht, wie Peter Wydens Familie, Deutschland hinter sich. Wem beides nicht zur Verfügung stand und wer auch noch, wie Stellas Vater, in dem Irrglauben lebte, ihm könne als Frontkämpfer für das deutsche Vaterland schon nichts passieren, der blieb.
Erst der Pogrom vom November 1938, die "Reichskristallnacht", nach der über 20.000 Juden in Konzentrationslager verschleppt wurden, markierte den Wendepunkt. Nun hieß das Gebot: "Rette sich, wer kann." Eine panikartige Massenflucht setzte ein.
Aber gleichzeitig wurde klar, daß kein Land bereit war, noch mehr jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Die internationale Flüchtlingskonferenz von Evian im Juli 1938, initiiert von der US-Regierung, entpuppte sich als Fehlschlag. Wyden erinnert ausführlich an dieses Fiasko und zitiert bitter eine schadenfrohe Schlagzeile aus einer Berliner NS-Zeitung zum Konferenzverlauf: "Juden zu verkaufen - Wer will sie? Keiner!"
Wyden: "Keine Regierung war gewillt, die Juden in Deutschland zu retten, sie waren alle für vogelfrei erklärt, einschließlich Stellas und ihrer Familie."
Im Oktober 1941, wenige Monate nach dem Einmarsch der Hitler-Truppen in die Sowjetunion, wurde die Ausreise für Juden generell verboten. Kurz davor war der gelbe Judenstern eingeführt worden, ohne den sich keiner der Geächteten auf die Straße wagen durfte. "Wer dieses Zeichen trägt, ist ein Feind des Volkes", verkündete ein Plakat, das in allen Behördenstuben und Postämtern hing.
"Die Feinde des Volkes" durften gar nichts mehr. Sie wurden aus ihren Wohnungen vertrieben und in Sammellager gepfercht, Fahrräder und Elektrogeräte waren ihnen verboten, auch Haustiere wie Hunde und Katzen. Sie konnten nur noch warten, bis Transportkapazitäten frei wurden, um sie in die Todeslager zu deportieren. Theresienstadt, das Vorzeige-Ghetto der Nazis, war bei den Berliner Juden weniger gefürchtet als Auschwitz, über das die schlimmsten, der später enthüllten Wahrheit nahekommenden Gerüchte kursierten.
Wer in solchen Zeiten zu überleben verstand, ohne den Verfolgern willfährig zu sein, mußte besondere Fähigkeiten entwickeln. Bei seinen Gesprächen mit 67 jüdischen "Survivors", die im Berliner Untergrund den Todeslagern entkommen waren, fiel Wyden auf, daß alle die Gabe hatten, sich anzupassen und das Leben von der positiven Seite zu nehmen. Viele sahen in ihrer Jugend wie blonde Germanen aus. Gerd Ehrlich, einer von ihnen, meint, ein Teil der U-Boote hätten dem Stürmer mit seinen antisemitischen Karikaturen ihre Rettung zu verdanken. Denn die Deutschen glaubten offensichtlich, alle Juden sähen so aus wie die schwarzhaarigen Krummnasen in dem Nazi-Hetzblatt.
Wydens eigene Biographie ist auf vielfältige Weise mit dem Schicksal seiner Hauptfigur verwoben. In den dreißiger Jahren besuchte er mit der blonden Stella, einem damals besonders attraktiven Mädchen, dieselbe jüdische Privatschule im Berliner Grunewald. Er hat zudem als Schuljunge die Anfänge der Judenverfolgung noch miterlebt. Aber während er mit seiner Familie 1937 in die USA emigrieren konnte und so den Todeslagern entkam, blieben Stellas Familie wie auch einige nahe Verwandte des Autors in Berlin zurück.
Da saßen sie dann, als es nach Kriegsbeginn für eine Ausreise zu spät war, in der tödlichen Falle. Stella versuchte alles, ihre Eltern vor dem Abtransport in die Vernichtungslager zu bewahren. Wirklich alles. Von der Gestapo schwer gefoltert und zugerichtet, wechselte sie die Seite. Zusammen mit Rolf Isaaksohn, auch er ein jüdischer Greifer, streifte sie im Auftrag des Gestapo-Führers Walter Dobberke durch die Cafes in der Nähe des Kurfürstendamms, beobachtete die Kino-Eingänge und überwachte auf den Friedhöfen die Begräbnisse, stets auf der

Jagd nach untergetauchten Juden. Das "schöne Paar" war in seinem Revier im Berliner Westen bekannt und berüchtigt.
Aus Wydens jahrelangen Recherchen ist eine detailgespickte Studie über menschliches Verhalten in Extremsituationen entstanden. Einige Namen der zahlreichen Zeitzeugen, mit denen er sprach, hat er in seinem Buch verändert, weil die Befragten es so wünschten.
Er machte auch Stella ausfindig, die nach dem Krieg von einem sowjetrussischen Militärtribunal zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war und heute, unter anderem Namen, völlig zurückgezogen, in der Bundesrepublik lebt. Sie bestreitet noch immer, auch gegenüber ihrem alten Schulfreund, jegliche Schuld, ungeachtet der mannigfaltigen, gerichtlich bestätigten Beweise.
Wydens Buch ist eine auch von Selbstzweifeln geprägte Auseinandersetzung mit Fragen nach Schuld und Gewissen. Wie weit darf einer gehen, ohne seine Seele zu verspielen? Dürfen Menschen mit dem Teufel paktieren, wenn sie dadurch ihr Leben oder das von Verwandten zu retten vermeinen? Und: "Was hätte ich in Stellas Situation getan? Ist es nur ein glücklicher Zufall, daß ich nicht vor dieselbe Entscheidung gestellt worden bin?"
Wyden zeichnet die Alptraumwelt von damals, bevölkert mit erschreckend realen Zombies - akkurat Listen führenden Massenmördern, raffinierten Menschenjägern, verzweifelten Flüchtlingen, gewinnsüchtigen Kollaborateuren, aber auch Helden, die den Tod dem Verrat und der Mittäterschaft vorzogen. So ist ein Porträt entstanden, das, weit über die Person Stellas hinaus, die Hölle vor Augen führt, die den Juden von den Nazi-Deutschen in Berlin bereitet wurde.<<

21.11.1992

Polen: Der polnische Journalist und Schriftsteller Wlodzimierz Kalicki veröffentlicht am 21./22. November 1992 in der Zeitschrift "Gazeta Wyborcza" einen Artikel über das "Arbeitslager Lamsdorf" in Oberschlesien (x152/49-50): >>Die Dokumente des Arbeitslagers in Lamsdorf im Oppelner Land, wo man nach dem Krieg die vor allem zur Aussiedlung nach Deutschland bestimmten Personen zurückhielt, wurde unter archivalischen Sammlungen des Standesamtes in Falkenberg (Woiwodschaft Oppeln) aufgefunden. Bis gestern wurde diese Tatsache geheimgehalten.
Das Arbeitslager in Lamsdorf wurde im Juli 1945 in der Nähe eines Komplexes von Nazilagern für Kriegsgefangene eingerichtet. Bis zum Herbst 1946 wurden verschiedene Gruppen der Verhafteten dorthin verbracht. In der Mehrheit waren das die Autochthonen (nach polnischem Verständnis germanisierte Polen) aus den naheliegenden Dörfern, die später nach Deutschland ausgesiedelt werden sollten.
Infolge der schlechten Verhältnisse und Schikanen starben im Lager zumindest 1.000 Menschen. Edmund Nowak, der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung im Zentralen Museum der Kriegsgefangenen in Lamsdorf, behauptet auf Grund bisheriger Untersuchungen, daß mindestens 100 Verhaftete von Wachmännern ermordet wurden. Nach manchen deutschen Quellen sollen es insgesamt 5.600 Opfer sein.
Eine in den Jahren 1956-1957 wegen der Morde an Verhafteten durchgeführte gerichtliche Untersuchung wurde gegenüber der Mehrheit der Verdächtigen eingestellt, die im Prozeß in den Jahren 1958-1959 angeklagten Lagerfunktionäre freigesprochen. Die jetzt im Standesamt Falkenberg gefundenen Dokumente suchte der Woiwodschaftsstaatsanwalt, der die Anklageschrift gegen die Lagerfunktionäre vorbereitete, schon in den Jahren 1956-1957 erfolglos. Jetzt wurden sie nach Hinweisen von Dr. Nowak gefunden, der sie seit drei Jahren in Pfarrarchiven und Standesämter des Oppelner Landes suchte.
Die Dokumente des Lagers in Lamsdorf umfassen 4 Hefte mit den Aufzeichnungen, die die Verhaftete betreffen. Einen Teil von ihnen bilden die Namensverzeichnisse mit den Daten von Ankunft, Verlassen oder Tod. Die Dokumente sind in einem schlechten Zustand und brauchen

eine konservatorische Bearbeitung.
Wie wir inoffiziell erfahren: Die Tatsache der Wiederauffindung der Dokumente wurde durch die Woiwodschaftsverwaltung in Oppeln bis gestern streng geheimgehalten. Erst das Begehren unserer Redaktion um Zugang zu den Lagerdokumenten führte zur Veröffentlichung der Wiederauffindung. Die Lagerbücher werden nach einer konservatorischen Bearbeitung in die Oppelner Abteilung der Hauptkommission für die Untersuchung der Verbrechen gegen das Polnische Volk überführt, die seit einem Jahr eine Untersuchung gegen ehemalige Funktionäre des Kreisamtes für Staatssicherheit in Falkenberg führt, die der Folterung und Tötung von Verhafteten im Lager in Lamsdorf und in den Gebäuden vom UB (Staatssicherheit) in Falkenberg verdächtigt werden.<<

31.12.1992

Polen: Die Allensteiner Zeitung "Borussia" veröffentlicht 1992 einen Artikel des polnischen Historikers Janusz Jasinski über das Verhältnis von Polen und Deutschen sowie die Geschichtsbetrachtung der polnischen Kommunisten (x152/41-48): >>... Vor allem ist die Tatsache wichtig, daß eine junge Generation heranwächst, die imstande ist, die großen, jedoch unterschiedlichen Tragödien der beiden Völker aus größerem Abstand einzuschätzen. Trotz allem sind die Fragen immer noch aktuell. ... Das Problem der polnisch-deutschen Beziehungen verlangt heutzutage eine neue Analyse. ...
Im allgemeinen ist bei uns die Meinung entstanden, daß wir immer Opfer bringen mußten selbst aber niemandem Unrecht und Leid angetan haben. ...
Das ist nicht nur ein historisches, sondern auch ein moralisches Problem, welches immer wieder auf uns zurückschlägt. Der deutschen Seite fehlt immer noch eine deutliche polnische Erklärung und Entschuldigung für die Vertreibung aus Schlesien, Ost- und Westpreußen. ... In Wirklichkeit hat kaum ein Pole es für nötig befunden, bei den Deutschen um Vergebung zu bitten.
Majdanek, Auschwitz und das zerstörte Warschau wurden immer wieder der Vertreibung gegenübergestellt. ("Wir wurden auch vertrieben ..."). Eine solche Gegenüberstellung kann nur zu falschen Schlußfolgerungen führen.
... Bei dem deutsch-polnischen Bischofstreffen in Gnesen im Jahre 1990 erregte die Aussage des deutschen Bischofs Joseph Homeyer große Aufmerksamkeit. Die Polen seien lange Zeit bereit gewesen, ihre eigene Schuld den vertriebenen Deutschen gegenüber zu bagatellisieren (als unbedeutende Kleinigkeit behandeln). Das Unrecht, das die Polen den Deutschen angetan haben, habe Millionen von unschuldigen Menschen tief verletzt und verbittert. ...
Erinnern wir uns kurz an die Lage der ostpreußischen Bevölkerung im Jahre 1945. ...
Die Rote Armee verhielt sich den Deutschen gegenüber ganz anders als zu den Polen (wenn wir die Verfolgung der Angehörigen der Heimatarmee (AK) und des sog. Klassenfeindes ausklammern). ...
Es war die Hölle auf Erden ... Nach den ersten Konfrontationen mit den Einheimischen nahmen die Greueltaten kein Ende. Auch später erschossen russische Soldaten Menschen, zündeten Scheunen an, warfen Granaten in die Wohnungen, plünderten, schlachteten Vieh, nahmen Maschinen mit und zerstörten sehr oft gezielt Hab und Gut. Die meisten Städte Ermlands und Masurens wurden dem Erdboden gleichgemacht. Nicht während der Kriegsoperation, sondern nach der "Befreiung".
... Die deutsche Zivilbevölkerung wurde jedoch nicht nur von den Russen, sondern auch von den Polen, die gleich hinter den Russen kamen, gequält. ...
Aus Sicht der Deutschen besteht die größte Schuld der Polen in den Plünderungen, der brutalen Vertreibung aus den Häusern und der Nötigung zur Zwangsarbeit. ... Es tauchte die erste polnische Macht und mit ihr die Bevölkerung aus Zentralpolen auf. Das Land wurde mit Siedlern überflutet. Bei diesen Menschen herrschte ein starkes Verlangen nach Land und Hof. Die

Siedler aus den Zentralgebieten gingen mit besonderer Brutalität gegen die Einheimischen vor. Sie stahlen, raubten, besetzten Bauernhöfe und warfen ihre Besitzer hinaus. Sie kannten keine Gnade.
... Die Deutschen erinnern sich besonders an die Ausreise nach Deutschland bei Kälte und Hunger, an die Zeit, als sie auf den Bahnhöfen ... von den polnischen Horden gnadenlos ausgeraubt wurden. ...
... Die Polen unterschieden sich nur dadurch, daß manche die Deutschen nicht gleich hinauswarfen, während andere ihnen bis zur Abfahrt erlaubten, ihre Wohnungen zu benutzen. ...
Das Haßgefühl des polnischen Volkes dem Deutschen gegenüber wurde bewußt durch die Presse hochgespielt. ...
Eine andere Art und Weise der harten Ausnutzung der Deutschen war Beschäftigung bei den schlimmsten öffentlichen Arbeiten. ...
Wenn wir die Politik des Okkupanten (der deutschen Besatzungsmacht) gegenüber der polnischen Bevölkerung verurteilen, dürfen wir sie als Vorbild oder Muster nehmen? Anstatt das eigene Volk von Racheakten abzuhalten, hat die kommunistische Regierung es zu diesen noch ermutigt, ja sogar befohlen.
... Die polnische Gesellschaft glaubte im Jahre 1945 an die aktive antipolnische Haltung aller Deutschen während des Krieges von 1939 bis 1945.
Das zweite wichtige Argument, welches in Potsdam Verständnis fand, war das der Übersiedlung von Millionen Polen aus dem zerstörten Warschau sowie aus den Ostgebieten. Irgendwo mußten die Menschen eine neue Wohnstätte finden. ...
... Wenn wir von der Aussiedlung sprechen, sollten wir das ganze Problem betrachten.
... Diese Aktionen wurden schon während des Krieges durch die Deutschen an jüdischer, polnischer oder sogar eigener, d.h. deutscher Bevölkerung angewandt. In Ostpreußen wurden u.a. Balten- und Wolhynien-Deutsche angesiedelt. Im Jahre 1945 waren Stalins Verbrechen (z.B. Zwangsumsiedlung von Minderheiten) in der Welt noch nicht bekannt. Das einzige "Muster" für die radikale Art der Lösung von Problemen hatten die Deutschen geliefert. ...
Sicher schulden wir dem Schicksal von Millionen Menschen, die ihre Heimat, ihr Hab und Gut von Generationen sowie Gräber der Vorfahren verlassen mußten, ein tiefes Mitgefühl. ... Was mit ihnen geschah, kam einer Ächtung gleich. Dennoch war man damals wie schon erwähnt, überzeugt, daß es keine andere Lösung gibt.
Es ist unsere Pflicht, den Deutschen eine eindeutige Entschuldigung für die Plünderungen, Diebstähle, die - seltenen - Morde, die ungerechte Vertreibung aus dem eigenen Haus noch vor der Aussiedlung, für unbezahlte Arbeit, für Arbeitslager, für Beschimpfungen, die ständige Erniedrigung, die Verweigerung der Menschenrechte und letztlich auch für die harte, unbarmherzige Art der Aussiedlung auszusprechen.<<

BRD: Der deutsche Schriftsteller Ernst-Edmund Keil schreibt im Jahre 1992 in der Einführung des Buches "Vertrieben ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung" über die fehlende Vergangenheitsbewältigung der "Flucht- und Vertreibungsverbrechen" (x035/10-11):
>>Es ist im übrigen auffallend, daß ein beträchtlicher Teil der literarisch relevanten Vertreibungsliteratur von Frauen geschrieben wurde; ... das, scheint mir, hat seinen tieferen Grund; Frauen, Kinder und Greise waren – die Opfer und Leidtragenden von Flucht und Vertreibung, sie haben das Grausige erlebt, erlitten und verarbeitet, während die schreibenden Männer es vorzogen, das Thema des Frontkrieges, an dem sie beteiligt waren, aufzuarbeiten ...
Und der Nationalsozialismus, gegen den sie, nach der Rückkehr aus Gefangenen- und Arbeitslager, literarisch zu Felde zogen. Gegen ihn und die Nachtseiten der Schreckensherrschaft, vor allem gegen den Holocaust. Ein Kapitel Vergangenheitsbewältigung, das, im Unterschied zur Vertreibungsliteratur, öffentlich diskutiert wurde und Literaturgeschichte machte.
Diese Bewältigung, die ein Schuldbekenntnis war gegenüber den an Fremden verübten

Verbrechen, verdeckte den Blick auf das von Fremden an den eigenen Frauen und Kindern verübte Unrecht, als wenn diese Menschen kein Anrecht darauf hätten, daß man ihnen hilft, ihren Schmerz und ihre Trauer aufzuarbeiten, denn nur in der geistig-kreativen Aufarbeitung des Erlittenen liegt doch die Chance, die einzige, sich vom Trauma des Erlebten zu befreien und, gereift und gewachsen an erfahrenem Leid, Verständnis zu zeigen für die Vertreiber, Schuld zu vergeben und so zum Werk der Versöhnung mit dem östlichen Nachbarn und damit zu einem dauerhaften Frieden in Europa beizutragen.
Nun, einige der Betroffenen haben sich das Recht genommen, ... sich die Trauer von der Seele zu schreiben, nicht um Rache zu nehmen, sondern aus Not und Überlebenswillen, aus dem Wunsch, den Schmerz zu verwinden und zu überwinden. Nichts anderes als die männlichen Schreiber der Kriegsbücher auch aus dem Gefühl, sich erinnern zu müssen, damit das Entsetzliche nicht vergessen werde und sich nicht noch einmal wiederhole. ...<<

1993

>>Gewisse Tränen täuschen uns oft selber, nachdem sie andere getäuscht haben.<< (Francois La Rochefoucauld)

01.01.1993

Belgien: Am 1. Januar 1993 tritt in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten). Jeder EG-Bürger kann sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder Vermögen hat und krankenversichert ist.

20.01.1993

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 20. Januar 1993: >>**6,8 Milliarden weg**
Die Bundesregierung bringt ein neues Gesetz auf den Weg, das Verfolgung und Betrug bei der Währungsunion vereinfacht. Ermittlungen laufen gegen 10.000 Firmen und Bürger: DDR-Guthaben z.B. über DDR-Strohmänner 2:1 statt der erlaubten 3:1 in Mark getauscht zu haben. Schaden: mindestens 6,8 Milliarden DM.<<

08.02.1993

BRD: Der deutsche Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß schreibt am 8. Februar 1993 im Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (x268/186-187): >>Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthaß verdankt. ... Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört. ...<<

10.02.1993

BRD: Der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg (1912-2011, 1982-1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament) schreibt am 10. Februar 1993 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/204): >>Die größte Belastung für die Arbeit als Europapolitiker sind die allzu zahlreichen deutschen Politiker, die tief gebeugt durch die Gegend schleichen und die Welt ununterbrochen dafür um Verzeihung bitten, daß sie überhaupt leben. ...<<

07.04.1993

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 1993: >>**Bonn fördert deutsche Landkreise in Rußland**
Bei der Förderung der Rußlanddeutschen in den Staaten der früheren Sowjetunion setzt die Bundesregierung jetzt auf die Unterstützung der deutschen Landkreise in Sibirien. Die Wiederherstellung einer autonomen deutschen Wolga-Republik bleibe zwar weiterhin als Fernziel auf der Tagesordnung, sagte der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung ...
Die Bundesregierung wird in diesem Jahr allein für die Deutschstämmigen in Rußland 73 Millionen Mark direkt und weitere 48,3 Millionen über Verpflichtungsermächtigungen zur Ver-

fügung stellen. ...<<

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 1993: >>... Japan plant eine Neuausrichtung seiner Rußlandpolitik, die die fernöstliche Wirtschaftsmacht binnen kurzer Frist zu einem Hauptträger westlicher Wirtschaftshilfe für Moskau machen würde.

Das plötzliche Einlenken der Tokioter Regierung stellt die erste deutliche Korrektur in der japanischen Rußlandpolitik seit Ende des Kalten Krieges dar. Demnach stellt Tokio der russischen Regierung 10 Milliarden Dollar, bisher nicht veranschlagter Hilfsgelder aus dem G-7-Kreis in Aussicht. Davon könnte Japan den Löwenanteil übernehmen.

Das neue Geld soll vor allem russischen Kleinunternehmen und der Privatisierung von Staatsbetrieben dienen. Besondere Maßnahmen sind außerdem zum Wiederaufbau der russischen Energiewirtschaft vorgesehen. ... Beamten des Tokioter Außenministeriums sagten voraus, daß Japan mehrere Milliarden Dollar Hilfe leisten werde und damit neben Deutschland zum führenden Geberland von Rußlandhilfe avanciere.

Unmittelbarer Auslöser für den japanischen Regierungsentscheid war der Gipfel in Vancouver. US-Präsident Bill Clinton stellte sich dort erstmals hinter die japanischen Territorialforderungen an Rußland und erfüllte damit die zentrale Bedingung für die Tokioter Kooperationsbereitschaft.

Bisher waren alle Annäherungen zwischen Moskau und Tokio am Streit um 4 kleine Fischerinseln der Kurilengruppe nördlich von Hokkaido gescheitert. Stalin hatte die Inseln 1945 nach Ende des Krieges annektiert. Seitdem besteht Japan auf der Rückgabe der Kurilen und weigert sich deshalb, einen Friedensvertrag mit Moskau zu unterzeichnen.

Sowohl in Tokio wie in Moskau wird der Kurilenkonflikt inzwischen als kurzfristig nicht lösbar betrachtet. Derweil war Japan unter immer stärkeren Druck des Westens geraten, an der Kurilenfrage die Beziehungen zu Rußland nicht scheitern zu lassen. ...<<

17.04.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. April 1993 über Entschädigungen für ehemalige NS-Zwangsarbeiter aus Rußland, Weißrußland und der Ukraine: >>**Bonn zahlt sowjetischen NS-Opfern eine Milliarde**

Die Bundesregierung will den NS-Opfern in der früheren Sowjetunion eine Milliarde Mark zur Verfügung stellen. ... Das Geld, das vor allem für ehemalige Zwangsarbeiter bestimmt ist, soll in noch zu gründende Stiftungen in den drei Ländern eingebracht werden.

Die drei Regierungen akzeptierten ihrerseits in der Vereinbarung, daß sie über diesen einmaligen deutschen Betrag hinaus keine weiteren finanziellen Ansprüche stellen. Die Gründung der Stiftungen geht auf eine Zusage von Bundeskanzler Helmut Kohl gegenüber Präsident Boris Jelzin vom Dezember zurück.<<

27.04.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. April 1993: >>**Havel fordert "symbolische Entschädigung" für Nazi-Opfer**

Zum Abschluß seines dreitägigen Deutschlandbesuchs ist der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel am Montag in Bonn mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl zusammengetroffen. ...

Havel hatte sich am Morgen vor Journalisten dafür eingesetzt, daß tschechische Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von Deutschland "symbolisch" entschädigt werden. Eine solche "Geste der Versöhnung" sei nützlich und wünschenswert. Er würde die Form einer Stiftung zur Entschädigung der NS-Opfer bevorzugen, sagte Havel, doch könne man auch über andere Modelle nachdenken.

Entschädigungen über eigens dafür gegründete Stiftungen leistet Deutschland bereits an NS-Opfer in Polen sowie in Rußland, Weißrußland und der Ukraine. Die polnische Stiftung ist mit einem Kapital von einer Milliarde Mark ausgestattet worden; bei den anderen soll ebenso

verfahren werden.
In diesem Zusammenhang schloß Havel tschechische Entschädigungsleistungen an vertriebene Sudetendeutsche aus.
Die demokratische Regierung der ehemaligen Tschechoslowakei habe den wagemutigen Schritt unternommen, Unrecht, das der Kommunismus zwischen 1948 und 1989 begangen habe, zu korrigieren. Die Korrektur von Unrecht aus der Zeit davor sei "weder möglich noch realistisch".
Havel war zuvor in Stuttgart für sein Engagement für Menschen- und Bürgerrechte als erster Ausländer mit dem Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet worden.<<

15.05.1993

Polen: Die polnische Schriftstellerin Maria Podlasek veröffentlicht am 15. Mai 1993 im polnischen Nachrichtenmagazin "Polityka" folgenden Artikel über die Vertreibung der Deutschen (x152/5-20): >>... Hitler, der den Deutschen "neuen Lebensraum" versprochen hatte, entfesselte einen völkermordenden Krieg, in dessen Ergebnis Deutschland ein Fünftel seines Territoriums verlor und 14 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden, in der sie seit Generationen wohnten - aus Schlesien, Ostpreußen, Pommern, Tschechien, den baltischen Ländern, Siebenbürgen usw.
In Polen ist eine Ära der Entdeckung der "weißen Flecken" angebrochen, und die Frage der Vertreibung der Deutschen gehört zweifellos zu ihnen. Für gewöhnlich stellte man sie fragmentarisch dar, wobei man zugab, daß in der Tat so etwas stattgefunden habe, doch die Einzelheiten überging man mit Schweigen.
Als man in den Jahren 1953 bis 1962 in Deutschland eine umfassende "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa" vorbereitete und sich dabei auf Tausende Berichte von Augenzeugen stützte, da wurde sie in Polen als Dokument des westdeutschen Revisionismus und als Teil einer Kampagne des westdeutschen Revisionismus angesehen.
Die Folge ist, daß die junge Generation der Polen - einschließlich derer, die in den Westgebieten ("Wiedergewonnenen Gebieten") heranwachsen - kaum etwas über diese Tragödie weiß, die sich dort abgespielt hat. Im Laufe von einem knappen halben Jahrhundert vermochte man die Spuren zu verwischen, es verschwanden die deutschen Aufschriften, und dort wo das Lager Lamsdorf (Lambinowice) war, wächst ein Wald.
Die polnische Sicht jener Ereignisse unterscheidet sich grundsätzlich von der deutschen Warte. Nicht nur die Vorfälle selbst werden anders benannt. Polen, die 1945 hierher kamen, um sich in den ehemaligen deutschen Gebieten anzusiedeln, haben kein Gefühl, etwas Böses getan zu haben.
Die Übernahme dieser Gebiete betrachtete man als Ausgleich für den verlorenen (polnischen) Osten, und die Aussiedlung der Deutschen sah man einerseits als natürliche Strafe für Hitlers Völkermord, für die Jahre des Terrors, der Erniedrigung und des Unrechts an, welche das polnische Volk erleiden mußte, sowie als unvermeidliches "Platzmachen" für die (polnischen) Vertriebenen von jenseits des Bug. In ihrem Bewußtsein funktionierte ein Mechanismus der allgemeinen Schuld und kollektiven Verantwortung der Deutschen für den entfesselten Krieg; schuld war jeder, der die Sprache des verhaßten Feindes sprach.
"Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung" ...
Im Zusammenhang damit erhebt sich die Frage, ob es im polnischen Bewußtsein – auch der Nachkriegsgeneration, die sich ja so mit der Geschichte ihres Landes identifiziert – überhaupt ein Gefühl der Verantwortung für die Mißbräuche gibt, die mit der Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen zusammenhängen. Hat man sich die Botschaft der polnischen Bischöfe aus dem Jahre 1965 mit dem bezeichnenden Signal "Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung" zu eigen gemacht?
Bei der Lektüre der Zeitzeugenberichte von deutscher Seite – also in diesem Falle von Opfern

– erhebt sich im übrigen der gleiche Zweifel. Die Deutschen im Osten, die das Ende des Krieges zu Hause erreichte, konnten für gewöhnlich nicht verstehen, wofür sie soviel Unglück traf. In ihren Berichten taucht äußerst selten eine Reflektion über die Hitlerische Todesmaschinerie gegenüber den unterworfenen Völkern auf. ...

Es ist Zeit, daß wir Berichte der anderen Seite kennenlernen – derer, die die von uns im Jahre 1945 eingenommenen Gebiete verlassen haben, denn ihr Schicksal ist auch ein Teil unserer Geschichte, so wie das Schicksal der Polen, Russen oder Tschechen ein Teil der deutschen Geschichte ist. Natürlich muß man bei der Lektüre ausgewählter Ausschnitte aus deutschen Berichten daran denken, daß sie Anfang der fünfziger Jahre geschrieben wurden, daß man in ihnen eine gewaltige emotionale Erregung und – manchmal – eine ausdrückliche Feindseligkeit gegenüber der anderen Seite spürt. Es gibt jedoch keinen Grund, die Glaubwürdigkeit dieser Berichte in Frage zu stellen.

Bis zum Sommer 1944 waren die östlich von Oder und Neiße gelegenen deutschen Provinzen eine Oase der äußeren Ruhe. Die Einwohner Ostpreußens, Pommerns und Niederschlesiens – dieser Kornspeicher Deutschlands – sowie Oberschlesiens – dieser deutschen Waffenschmiede – kannten den Krieg "aus zweiter Hand". Zwar fielen die Männer an den Fronten, und zur Produktion zog man immer mehr Zwangsarbeiter aus den unterworfenen Gebieten heran, aber die Bombenteppiche erreichten die ostdeutsche Städte nicht, und die offiziellen Meldungen ließen die Menschen noch immer an den Endsieg glauben. Unruhe erweckten die immer zahlreicheren Todesanzeigen und die wachsende Zahl von Flüchtlingen aus den bombardierten Städten West- und Mitteldeutschlands.

Doch am 22. Juni 1944 begann die Offensive, und binnen einiger Wochen drang die Sowjetarmee, nachdem sie 30 deutsche Divisionen zerschlagen hatte, in die Nähe Ostpreußens und Oberschlesiens vor. Vom Oktober an kam die Front zum Stehen, und die Russen begannen, sich auf die entscheidende Winteroffensive vorzubereiten.

Der Schrecken von Nemmersdorf

Diese Offensive begann am 12. Januar 1945, und im Laufe von zweieinhalb Monaten besetzten die Russen fast das ganze Gebiet östlich von Oder und Lausitzer Neiße. In dieser Zeit spielte sich die größte Tragödie der deutschen Zivilbevölkerung ab, die in Panik vor dem heranziehenden Feind floh.

Das Hauptmotiv, weshalb Frauen mit Säuglingen, alte Menschen und Kranken und Invaliden sich entschlossen hatten, Heim und Herd zu verlassen und sich bei 28 und 30 Grad Frost auf das Wagnis der Flucht einzulassen, war der Schrecken von Nemmersdorf, eines grenznahen Dorfes in Ostpreußen, das zuerst (am 20. Oktober 1944) in die Hände der Russen gefallen und danach von den Deutschen wiedererobert worden war. Die Meldungen darüber, was in Nemmersdorf geschehen war, ließ Goebbels über das ganze Land verbreiten, um in den Deutschen einen verzweifelten Willen zu verbissenem Widerstand aufrecht zu erhalten. ...

Nach Durchführung einer Obduktion stellte sich heraus, daß alle Frauen vor dem Tod vergewaltigt worden waren. In dem Pogrom sind ca. 60 bis 70 Menschen umgekommen.

Das, was sich in Nemmersdorf ereignete, war kein Einzelfall, es wiederholte sich später in verschiedenen Varianten in anderen Ortschaften Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens. Die Rache der Russen traf jene, die sie auf dem besetzten Gebiet erreichen konnte – Frauen, Alte und Kinder.

Die Stoßkraft der russischen Armee, die schnelle Offensive, machte eine organisierte Evakuierung der Bevölkerung aus den Gebieten nahe der Front unmöglich. Zudem hat die NSDAP bis zum letzten Moment die Evakuierung verzögert, und diejenigen, die flüchteten, wurden wegen Defätismus" bestraft. Wenn sie (die Evakuierung) begann, war es zu spät (zur Flucht). Die Wagen der Flüchtenden gerieten zwischen die kämpfenden Einheiten, wurden durch Panzer von der Straße abgedrängt und von Flugzeugen beschossen. ...

Makabre Szenen

... Der russische Ring wurde immer enger, auch um Danzig. Anfang März begann die russische Armee die große Offensive gegen die Weichselmündung und Ostpommern und schnitt dadurch den Landweg nach Westen ab. Als letzter Ausweg blieb der Seetransport. ...

Die Flucht der Deutschen aus Schlesien verlief weniger dramatisch als in anderen Regionen des Reiches, die Menschen mußten nicht über das Meer setzen oder wochenlang auf den Transport warten. Trotzdem waren der Marsch der Zivilbevölkerung aus dem umlagerten Breslau und der Kampf um einen Platz in den letzten Zügen, die aus der Stadt gingen, ebenso dramatisch. ...

Krepiere, deutsches Schwein

Viele Schlesier wurden in Böhmen und Mähren auch ein Opfer der Selbstjustiz durch die tschechische Bevölkerung, die zum Kriegsende in grausamer Weise sowohl auf die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 durch Hitler und die Führer der deutschen Minderheit als auch auf die eigene Fügsamkeit in der Zeit des Protektorats reagierte.

Erika A., eine Lehrerin aus Krummhübel, beschreibt ihre Erlebnisse in Pardubitz nach Einmarsch der sowjetischen Armee:

"Man jagte uns mit Schlägen von den Wagen und zwang uns, in einer sechsreihigen Kolonne anzutreten. Wir haben schon nichts mehr, was zu tragen wäre, die Tschechen haben alles 'aufgeräumt'. Unsere russischen Wächter sind alle verschwunden. Den Zug begleitet tschechische Miliz in Zivil mit roter Armbinde. Ich dränge mich in die Mitte des Zuges. Mein Nachbar wird gezwungen die verhaßte Fahne zu tragen. Nach wenigen Metern hat man schon aus den Fenstern auf ihn gezielt. Er fällt, wir gehen weiter. Ich weiß nicht, über wieviele sterbende bzw. Tote wir schon gegangen sind, 10 oder 15? Wer zählt sie überhaupt?

Wir ducken (uns) zwischen den Steinen zusammen, mit denen uns die tschechischen Weibsbilder haßerfüllt bewerfen. 'Krepiere deutsches Schwein!' Auf den Katzenköpfen fahren sie uns hin und zurück. In jeder Ortschaft drohen sie uns mit Fäusten, fliegen die Steine, werden Flüche ausgestoßen!

In den Straßengräben Leichen, hunderte Leichen mit verrenkten Armen und Beinen. An den Straßenbäumen hängen Leiber von Frauen und Kindern. ... Viele werden mit den Köpfen nach unten aufgehängt und sterben langsam. In jeder Ortschaft lärmende Radiomusik – unterbrochen von aufpeitschenden Parolen, die von den Tschechen begierig gehört werden: 'Deutschenmord ist nicht strafbar' – 'Tötet, Tötet!'

Als wir zurückmarschieren, verlangt die Miliz, Gleichschritt zu halten. Wir gehen an der Kirche vorbei, aus der man die Stimme des Priester hört: 'Tötet die Deutschen, wo ihr sie nur erwischt. Die Schuld wird euch vergeben.'

Nicht einmal, sondern stundenlang, diese Stimme tröpfelt den Haß in die Ohren der Menschen hinein. Sogar die Orgelmusik verhüllt diesen Haß nicht, mit dem der Diener Gottes seine Landleute zum Mord auffordert."

Diese Exzesse – und sie waren keine Seltenheit – waren nicht nur der Ausbruch blinder Wut, sondern auch das Ergebnis einer geplanten Propagandaaktion, die aus blutiger Rache eine Tugend machte. So war es an der Ostfront, wo eine entsprechende Aktion in den sowjetischen Truppeneinheiten lange vor dem Vordringen auf das ehemalige Reichsgebiet durchgeführt wurde.

"Die Deutschen sind keine Menschen", lautete eines der Kriegsflugblätter, die von Ilja Ehrenburg unterzeichnet waren:

"Von heute ist das Wort 'Deutscher' für uns der schlimmste Fluch. Von heute bewirkt das Wort 'Deutscher', daß wir automatisch die Waffe entsichern. Wir werden nicht sprechen. Wir werden uns nicht empören. Wir werden töten.

Wenn Du glaubst, daß statt von dir der Deutsche von einem Nachbarn getötet wird, dann hast

du die Gefahr nicht erkannt. Wenn du den Deutschen nicht tötest, so tötet der Deutsche dich. Er wird die Deinigen festnehmen und sie in seinem verfluchten Deutschland foltern. Wenn du den Deutschen nicht mit einer Kugel töten kannst, töte ihn mit dem Seitengewehr.
Wenn in deinem Abschnitt Ruhe herrscht und kein Kampf stattfindet, so töte den Deutschen vor dem Kampf. Wenn du den Deutschen am Leben läßt, wird der Deutsche den russischen Mann aufhängen und die russische Frau schänden.
Wenn du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten – für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen! Töte den Deutschen!"
So sahen die Flugblätter aus, die den (sowjetischen) Soldaten zur Rache befähigten, seine psychischen Blockaden enthemmen sollten. Und sie waren wirksam, besonders im Fall der zweiten Frontlinie. Die Soldaten der Panzereinheiten, die gewöhnlich als erste die deutschen Dörfer und Städte einnahmen, warnten nicht selten die örtliche Bevölkerung: "Jene, die nach uns kommen, sind böse, nach uns kommen die wirklichen Schüler Stalins."
Das brutale Vorgehen der Armee in den deutschen Gebieten hatte die stille Billigung Stalins. Im Gespräch mit Milovan Djilas erzählte Stalin von einem Major, den man für versuchte Vergewaltigung zum Tode verurteilt hatte. Auf die persönliche Intervention Stalins ließ man den Major frei und schickte ihn an die Front, wo er sich mit Heldentaten hervorgetan habe.
Stalin sagte dabei: "Stellt euch einen Menschen vor, der auf dem ganzen Weg von Stalingrad nach Belgrad Tausende Kilometer durch sein zerstörtes Land gezogen, über die Leichen von Kameraden und der liebsten Angehörigen gestiegen ist! Wie kann so ein Mensch noch normal reagieren! Und was ist daran schrecklich, daß er sich nach allen Schrecklichkeiten mit einer Frau vergnügt?
Ihr stellt euch die Rote Armee als ideal vor. Aber sie ist nicht ideal und kann nicht ideal sein, selbst wenn in ihren Reihen nicht ein gewisser Prozentsatz Verbrecher wäre. Wir aber haben ja die Tore unserer Zuchthäuser geöffnet und diese Menschen in die Armee geschickt."

Vergewaltigungen auf Befehl

Neben "wilden" Vergewaltigungen spielten sich gezielte Vergewaltigungen auf Befehl ab, als Form gezielter Verletzung des Selbstwertgefühls der deutschen Frauen und um dasselbe zu brechen. Erinnerungen von Erika A. aus ihrem Bericht:
"Ich vergesse nie diesen Blick. Ängstlich an die Wand gedrückt hunderte deutscher Frauen und Kinder. Im scharfen Licht erkenne ich die Mädchen mit Zöpfen, die Mütter halten Säuglinge in den Armen, alte Frauen mit Kopftüchern. Plötzlich ein Befehl – und hinter unserem Auto stürmt eine ungezählte Schar von Russen hervor. Sie greifen an die Gürtel, laufen mit aufgeknüpften Hosen, manche stolpern, aber stehen schnell auf – und nach einer Weile ertönen von jenseits der Mauer her Wehschreie, Weinen, Flehen und Winseln. Unvorstellbar! Vergewaltigung auf Befehl. Mit russischer Disziplin organisiert. ..."
Durch massenhafte Vergewaltigungen blieben bei den Frauen dauerhaft psychische Schäden zurück, viele nahmen sich das Leben, andere verfielen in tiefe Depressionen und erlitten seelische Zusammenbrüche, Geschlechtskrankheiten verbreiteten sich, denen man nicht entgegenwirken konnte und gegen die es keine Medikamente gab. ...
Erst nach der Überschreitung der Oder und Lausitzer Neiße führte das sowjetische Kommando die scharfe kasernenartige Disziplin ein. Trotzdem behandelten die Soldaten nicht nur die Frauen als "jagdbares Wild", in den russisch besetzten Gebieten gab es fast keinen Widerstand, denn jeder Deutsche muß damit rechnen, festgenommen und als Mitglied des "Wehrwolfes" erschossen zu werden.
Als Schuldbeweis konnte eine aufbewahrte Wehrmachtsuniform, eine versteckte Pistole oder ein nicht rechtzeitig genug fortgeworfenes Exemplar von "Mein Kampf" ausreichen. Deutsche Historiker schätzen, daß infolge der Lynchjustiz in den ersten Wochen nach dem Einmarsch

der Russen 75.000 – 100.000 Menschen getötet wurden.
Außerdem wurde die einheimische Bevölkerung systematisch ihres mehr oder weniger wertvollen Besitzes beraubt. Es geschah beispielsweise, daß die Einwohner eines Dorfes oder einer Stadt zusammengetrieben und dann einige Tage in die Umgebung verjagt wurden, um einfacher die verlassene Habe plündern zu können. Das, was den plündernden Soldaten unbrauchbar schien, wurde sinnlos zerstört. Auf diese Weise wurden große Teile der schlesischen und pommerschen (sowie westpreußischen) Städte noch nach Ende der Kampfhandlungen verwüstet, unter anderem 80 % Danzigs.

Gefangenschaft und Deportation

Gleichzeitig mit Einrichtung der sowjetischen Verwaltung wurden Deportationen der zivilen Bevölkerung bis tief in die UdSSR aufgenommen, schon im Dezember 1944 begann man mit dem Abtransport tausender Angehöriger der deutschen Minderheit aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien. Seit Januar 1945 traf die Deutschen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien das gleiche Schicksal. Stalin hat sich um Legalisierung dieser Praktiken durch die Alliierten bemüht und in Jalta (4.-11. Februar 1945) die Zustimmung der Verbündeten zum Einsatz der Deutschen als Arbeitskräfte erhalten, sozusagen als eine Art Wiedergutmachung für die von den Deutschen verursachten Zerstörungen.
Erste Etappe der Verbannung waren Übergangslager – unter anderem in Ciechanów, Posen, Sikawa, Beuthen, Krakau und Przemysl. Die Häftlinge dieser Lager wurden von Funktionären des NKWD verhört, die mühelos deren "Schuld" nachwiesen. ...
Etwa fünf Millionen Deutsche erlebten den Einmarsch der Sowjetarmee in den Ostgebieten des Reiches. Bald mußten auch sie die Heimat verlassen. Bevor es jedoch dazu kam, lebten die Deutschen mehrere Monate, manchmal Jahre, zuerst unter russischer und dann unter polnischer Verwaltung. Die Beziehung zwischen Polen und Russen in den Westgebieten gestalteten sich nicht zum besten.
Dies resultierte nicht nur aus den historischen Gegensätzen, die beide Völker trennten. Es ging auch um die Konkurrenz bei der Beherrschung der eingenommenen Gebiete. Die Russen wollten möglichst viel aus diesen Gebieten herausholen, die Polen möglichst viel behalten. Ununterbrochen gingen demontierte Industrieeinrichtungen nach Rußland, und was sich nicht herausschleppen ließ, wurde oft absichtlich zerstört.
Die polnische Verwaltung übernahm also von den Verbündeten ein zerstörtes, verbranntes und fast vollständig ausgeraubtes Land.
Ihrerseits machte sich die polnische Verwaltung an eine hastige Polonisierung, d.h. sie machte sich daran, die Spuren des Deutschtums in den Westgebieten zu verwischen. In Oberschlesien, das wegen seiner starken katholischen Tradition bekannt ist, verbot man sogar in den Kirchen die Messe in deutscher Sprache. ...

Das Recht auf Rache

Nach der (deutschen) Besatzungszeit erschienen Rache und Vergebung an den Deutschen für den Terror und den Völkermord wie ein Naturgesetz. In den (polnischen) Staatssicherheitsdienst UB nahm man im übrigen häufig junge Menschen auf, die noch nicht einmal zwanzig Jahre alt und durch den Krieg demoralisiert waren, sie lebten oft auf eigene Faust ihre Macht aus - als Herren über Leben und Tod.
Zwar wurden nach der Kapitulation Deutschlands offiziell Gewalttaten verboten und sogar – wie in Greifenberg in Pommern – Prozesse gegen Beamte des Staatssicherheitsdienstes veranstaltet, welche sich Unrechtstaten gegen Deutsche zuschulden hatten kommen lassen, dennoch waren Verfolgungen und Schikanen gegenüber der deutschen Bevölkerung an der Tagesordnung.
In Niederschlesien wurden nach russischem Muster "Adolf Hitler-Gedenk-Märsche" veranstaltet, wobei man die Menschen kilometerweit trieb.

Eine andere Form der "Reedukation" (Umerziehung) – die in physische und psychische Torturen überging – war die Exhumierung von den sterblichen Überresten der von Gestapo, SS oder Wehrmacht erschossenen KZ-Opfer.
Es folgt der Bericht von M. W. aus Landeshut in Niederschlesien. Sie wurde auf der Straße festgenommen, man drückte ihr einen Spaten in die Hand und trieb sie zum Friedhof: "Mäntel ausziehen, kam der Befehl. Dann: 'Hinein in die Grube und mitschaufeln'. Mit Erleichterung stellten wir fest, daß es ganz harter, alter Boden war, also ein neu zu schaufelndes Grab. ...
Dann erschien ein Milizionär oben am Rand und suchte 4 junge Mädchen aus. 'Mitkommen!' Wir kletterten hastig und ängstlich hinauf. Wir wurden auf die andere Seite des Friedhofes geführt, wo ebenfalls Männer am Schachten waren. Aber hier waren es Gräber mit Leichen gefüllt, wie wir an dem üblen Geruch merkten. Und hier klatschte es schon mit Gummiknüppeln und Stöcken auf die Rücken der emsig arbeitenden deutschen Männer, hier wurden immer wieder unterdrückte Schreie laut.
Wir mußten eine Tragbahre anfassen und bekamen etwas draufgelegt – einen Toten? Wir schauten nicht hin, rannten nun mit der Bahre auf Befehl los bis zum Rasenplatz in der Mitte des Friedhofes. 'Absetzen!' Dann rannten wieder zwei Männer herbei, die unsere Last abnehmen und auf den Rasen betten mußten. Wir ahnten das alles mehr, wir schauten noch immer nicht hin, da war dieser fade, süßliche Geruch, der sich immer mehr verbreitete und einem in der Kehle würgte. Wieder im Laufschritt zurück zum Grab und nun: 'Packt selbst an, los!' Jetzt mußten wir schauen.
Da unten lagen halbverfaulte Leichen, wohl ein bis zwei Jahre unter der Erde, mit gestreiften Kleiderfetzen angetan – KZler. Wie sollten wir zupacken? 'Mit den Händen, Ihr deutschen Schweine.' Wir stiegen halb in die Grube hinab und zerrten zu zweit eine Leiche nach oben. ... Und dieser pestartige Gestank! Wir keuchten wieder zum Rasenplatz und legten nun selbst unsere Last neben die anderen Leichen. ... Wir wollten uns die schmierigen, schwarzen Hände im Gras abwischen. Es wurde nicht gestattet. Weiter!
Auf der Friedhofsmauer, in der Nähe des Grabes, hatten sich die Schaulustigen der polnischen Bevölkerung eingefunden. Das Taschentuch vor der Nase hockten sie stundenlang da, überschütteten uns mit wüsten Schimpfereien und feuerten die Miliz zu immer wilderen Hieben an. Uns wurde der Atem immer kürzer, die Leichen immer schwerer; wir kriegten sie nicht mehr hoch. Ein "ich kann nicht mehr!" entschlüpfte meinen Lippen; da spürte ich einen derben Schlag und noch einen und noch einen.
... Wir konnten nicht mehr. Ein 'Ich kann nicht mehr!' entschlüpfte meinen Lippen; da spürte ich einen derben Stockschlag und noch einen und noch einen.
Nun war mir alles gleich. Ich schleifte die Leiche an den Strümpfen, an meinem Rock, an meinem weißen Pullover hoch, ich mußte sie um jeden Preis auf die Bahre bringen. Es gelang. Ich roch nun selbst wie eine Leiche, es grauste mir vor mir selbst."
Die brutale Rache an den Deutschen traf nach dem Krieg – nach dem Prinzip der Kollektivverantwortung – Schuldige und Unschuldige am Nazismus, und die vom Krieg und von der Macht demoralisieren jungen Menschen eigneten sich nicht sehr zur "Reedukation" vor irgend jemandem, sondern höchstens zur Rache.
Der Status der Deutschen in Polen unmittelbar nach Kriegsende wurde durch einen ganzen Komplex von Dekreten bestimmt, unter ihnen auch durch das Dekret vom 31. August 1944 über die Strafzumessung für faschistische und Naziverbrecher, deren Tätigkeit – insbesondere auf den 1939 dem Reich angegliederten Gebieten – natürlichen Personen oder der polnischen Nation Schaden zugefügt hatte. Ein Zusatz vom 11. Dezember 1946 erweiterte den Kreis der Verräter um Mitglieder aller "verbrecherischen Organisationen".
Diese Verordnung bewirkte eine Welle von Massenverhaftungen. Wer bist zu dieser Zeit der Verhaftung durch die Russen entgangen war, fiel in die Hände der (polnischen) Miliz. Opfer

waren selten Naziprominente, denn diese waren schon längst nach Westen geflohen. In die Gefängnisse und Lager gerieten die einfachen Mitglieder der NSDAP, der deutschen Polizei, der Jugend- und Frauenorganisationen des Dritten Reiches.
Wer unschuldig war, bekannte sich unter Schlägen und Folterungen ebenfalls zu einer Schuld. Auf diese Weise füllten sich die Gefängnisse in Fordon, Graudenz, Koronowo, in Lodz, Warschau und vielen anderen Städten mit Deutschen. Die "Verhöre" in den Kellern des Sicherheitsdienstes blieben vielen deutschen Zeugen ebenso tief im Gedächtnis wie den damals verhafteten Polen.
Die Deutschen saßen in polnischen Gefängnissen mehrere Jahre. Die ersten Prozesse der sogenannten Außerordentlichen Strafgerichte begannen Ende 1946/Anfang 1947. Nachdem die Deutschen ein dreijähriges Urteil abgesessen hatten, kamen sie jedoch selten hinaus in die Freiheit, die nächste Etappe waren Arbeits- und Internierungslager.

Schatten der Hölle von Lamsdorf

Besonders grausigen Ruhm hat das Lager Lamsdorf, etwa 40 km von Oppeln, erlangt. Fast ein halbes Jahrhundert seit Kriegsende versuchen deutsche und polnische Historiker, Juristen und Publizisten die Wahrheit über dieses Lager zu ergründen. ...
Am 4. Oktober 1945 brach im Lager ein Feuer aus. Die Ursachen sind unklar, jedoch behauptet die Mehrzahl der Zeugen, die Baracke mit den Häftlingen sei absichtlich angezündet worden. Einer der Zeugen hat sich erinnert:
"Wir waren kaum auf die Straße getreten, (da) begegnete uns der Mörderling Ignaz. Er ließ uns halten, griff sich Emmanuel M. aus Grüben heraus und legte dreimal mit der MP auf ihn an, aber es war jedesmal ein Versager. Ignaz steckte die Patrone wieder ins Magazin und ließ uns weitergehen. Wir waren kaum 20 Schritte gegangen, da ließ er uns wieder halten. Als er herankam, fragte er jeden nach der Parteizugehörigkeit. W. aus Karbischau meldete sich als einziger. Er mußte an den Straßenrand treten. Es krachten 2 Schüsse, und W. brach sterbend zusammen.
Als wir auf den Brandplatz kamen, lagen bereits mehrere Tote um die brennende Baracke. Ich mußte die Toten wegschaffen lassen. Es herrschte ein wüster Lärm. Die Menschen, auch Frauen wurden gehetzt und gejagt, zu Boden geschlagen und erschossen. Wasser zum Löschen war nicht vorhanden. ... Ein Teil der Männer mußte Sand auf die Dächer der nebenstehenden Baracken tragen, damit die Teerpappe nicht Feuer fing. Die restlichen Männer und Frauen mußten den Brand bekämpfen. Den Boden mußten sie mit Händen in Eimer kratzen. Dann mußten sie den Sand in die Flammen schütten.
Jeder, der nicht nahe genug an das Feuer ging, wurde in die Flammen gestoßen. Viele fielen dabei in den Flammen zu Boden. Die Stehenbleibenden wurden erschossen. Solche Opfer mußten aber gleich von Kameraden herausgeholt werden. Einige von diesen Opfern lebten noch, als sie aus dem Feuer herauskamen. Wenn sie Schmerzensschreie ausstießen, wurden sie zu Boden getreten."
Dem Autor dieses Berichtes zufolge hat der Barackenbrand etwa 40 Opfer gefordert. ...

"Heuschrecken in den Wiedergewonnenen Gebieten"

Die Wanderungsbewegungen der Bevölkerung in der ersten Phase der Übernahme der Westgebiete waren völlig unkontrolliert. In diese Gebiete strömten alle möglichen Arten von Dieben, die "Heuschrecken der Wiedergewonnenen Gebiete", welche leichte Beute witterten.
Ein Teil von ihnen ging später in die Miliz, andere kehrten nach Ausplünderungen der noch in diesem Gebiet verbliebenen Deutschen nach Zentralpolen zurück.
Zusammen mit der systematischen Aussiedlung der Polen aus dem ehemaligen Ostpolen begann die systematische Aussiedlung der Deutschen aus den Westgebieten. Die Repatrianten von jenseits des Bugs besiedelten zuerst die Dörfer, wobei sie die besten Höfe der Deutschen erhielten. Die bisherigen Eigentümer konnten noch eine gewisse Zeit in ihren Häusern

verbleiben, dennoch hatten sie auf diese keinerlei Rechte.
Unterschiedlich gestaltete sich das Zusammenleben der wegziehenden Deutschen und der hereinströmenden Polen. Meistens dominierte Feindseligkeit und Haß. Ihrer Habe beraubt, zur Rolle von nicht einmal Lohnarbeitern degradiert, denn der Lohn für die Arbeit bestand oft nur in einem Teller Suppe, wurden die Deutschen zu Vertriebenen, bevor sie überhaupt den Ausreisebefehl nach Deutschland erhalten hatten. Viele nahmen in dieser Situation den Transport über die Oder mit Erleichterung an. ...
Die Deportationen der Deutschen aus den in Jalta und Potsdam an Polen angeschlossenen Gebieten vollzogen sich in mehreren Phasen. Zuerst kam eine Welle wilder Aussiedlungen, damit vollendete Tatsachen geschaffen würden. Später aber, im Herbst 1945, wurden die Transporte im Einverständnis mit den Alliierten organisiert, die die Aussiedler in ihren Zonen aufnahmen. Die Deutschen wurden zunächst in Übergangslagern zusammengetrieben, wo sie wochenlang auf den Transport warteten. ...
In vielen Erinnerungen wird geschildert, wie während der "Gepäckkontrolle" den Ausgesiedelten die letzten Wertgegenstände genommen wurden, wie die Züge auf dem Weg nach Westen von Räuberbanden überfallen wurden, nicht selten in Absprache mit der Eskorte.
Hans P., evangelischer Pastor aus Bad Polzin bei Belgard, erinnert sich: "... Nachts kam dann ein Transportzug aus Viehwaggons. Als wir mit diesem abfuhren, ging gleich das Plündern los. Polnische Banditen waren überall mit eingestiegen, blendeten uns mit ihren Stabtaschenlampen, durchsuchten und zogen uns zum Teil aus. Der Begleitposten des Waggons stand hohnlachend dabei und hielt den jeweils Behandelten die Maschinenpistole auf die Brust, daß keiner sich wehrte. ...
Jedesmal, wenn der Zug hielt, stiegen die Banditen aus, und neue stiegen an ihrer Stelle ein. Die ganze Strecke war in Plünderungsbezirke eingeteilt, und die Posten steckten mit den Raubkolonnen unter einer Decke. Bei manchen Waggons sollen die Insassen gesammelt und den Posten bestochen haben. Wenn die gesammelte Summe groß genug war, hat er die Plünderer nicht hereingelassen. In unserem Waggon hatte aber keiner größere Summen polnisches Geld bei sich. Deutsches Geld nahmen sie nicht.
Als wir gegen 6.00 Uhr morgens am 15. Dezember in Scheune bei Stettin den Zug verlassen mußten, stand ich ohne Mantel, Rock und Weste, ohne Schuhe, auf Strümpfen, in Hose und Strickjacke, meine Frau auch ohne Mantel und ohne Schuhe auf dem Bahnsteig unter freiem Himmel bei 15 Grad Frost. Kurz nach uns wurde ein zweiter Transportzug ausgeladen.
Und alle 3.000 Menschen waren wie wir mehr oder weniger leicht gekleidet. Nur ganz wenige waren noch vollständig angezogen. Manche waren verwundet oder zusammengeschlagen. Aus unserem Zug sind etwa 20 erschossen worden, weil sie sich gegen die Ausplünderung gewehrt hatten. Und da standen wir und warteten auf Züge, die uns das letzte Stück über die Oder bringen sollten. Bahnbeamte sagten uns, manchmal dauerte es mehrere Tage."
Damit könnte man den Bericht vom "Abschied aus dem alten deutschen Osten" aus deutscher Sicht beenden. Die deutsche Sicht ist zwar eine andere als die polnische, aber nicht anders als die polnischen Erfahrungen aus den Kriegsjahren. Man kann sagen, die Deutschen haben nach dem Krieg manche Repressions- und Terrorformen am eigenen Leib erfahren wie zuvor die Polen. Aber das genügt nicht.
Viele Historiker suchen heute "die Schuldigen" der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Ostmitteleuropa, die den Tod von 2 Millionen Menschen nach sich gezogen hat. Die Westmächte haben die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei beschuldigt. Diese haben sich auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens berufen, die die Ausweisung der Deutschen legalisiert haben.
Die Bundesrepublik hat jahrzehntelang auf die Friedenskonferenz gewartet, die die rechtsgültige Regelung der westlichen Grenze Polens bringen sollte. Gleichzeitig konnte kein vernünf-

tiger Mensch davon ausgehen, daß infolge einer solchen Konferenz der Stand aus der Zeit vor dem Jahre 1945 wiederhergestellt wird und der Kreis sich gleichsam schließlich würde.
Heute ist es trotz des Niedergangs des Kommunismus und trotz der riesigen Veränderungen, die in Europa seit 1989 vor sich gehen, noch weit bis zu einem endgültigen Abschluß der Folgen des Zweiten Weltkriegs.
Deswegen ist das Prinzip dignitas humana von so großer Bedeutung, um, wie der Amerikaner Alfred Maurice de Zayas schreibt, in künftigen Jahrzehnten die Idee der Menschenwürde – auch des eigenen Feindes - und das Gerechtigkeitsprinzip gegenüber jedem zu verteidigen. Der erste Schritt in dieser Richtung ist der gerechte Blick in die Vergangenheit, auf die eigene und auf die fremde Schuld. Es geht hierbei nicht darum, das Unrecht gegeneinander aufzurechnen. Unrecht bleibt Unrecht, unabhängig davon, wer es wem und weshalb und unter welchen Umständen auch immer zugefügt hat. Stets hat das Leiden des anderen die gleiche Dimension wie unser eigenes.<<

24.05.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Mai 1993: >>**Jahrhundertelang hat Feindschaft Polen und Ukrainer getrennt**

... Der Zweite Weltkrieg war schon fast vorbei, als in der Ukraine immer noch gekämpft wurde. Antikommunistische Partisanen lieferten sich dort sogar noch bis in die fünfziger Jahre hinein Gefechte mit der Sowjetarmee. Und im vorübergehenden Machtvakuum der Endkriegszeit beglichen sie auch lange ausstehende Rechnungen mit der polnischen Bevölkerung in Wolhynien. Mindestens eine halbe Million Polen soll bei den Massakern der "Ukrainischen Aufstandsarmee" OPA ums Leben gekommen sein.
Viele Polen flohen damals nach Zentralpolen; eine große Zahl von ihnen wurde in die ehemals deutschen Westgebiete umgesiedelt. Dort ist das Wolhynien-Trauma bis heute lebendig, mache Menschen reagieren in dieser Region sogar schon auf das Wort "Ukraine" mit Wutausbrüchen oder Erbleichen. Wolhynien war der vorläufige Endpunkt einer jahrhundertelangen Nachbarschaft, die im Bewußtsein von Ukrainern und Polen bis heute nicht als freundschaftlich und gewaltfrei, sondern als blutig und haßerfüllt gilt.
Jahrhundertelang lebten Ukrainer und Polen zusammen in den gleichen Gebieten, zunächst in der polnisch-litauischen Adelsrepublik, später im habsburgischen Galizien und dann unter dem polnischen Zwischenkriegsregime. Erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieges trennten sich ihre Siedlungsgebiete, die Polen wurden aus der Sowjetukraine ausgesiedelt und vertrieben, die Ukrainer in Polen "repatriiert" oder von der polnischen Armee in die Westgebiete ausgesiedelt, in Arbeitslager gesperrt oder schlicht erschossen.
Im Jahre 1990 entschuldigte sich Polens Senat offiziell für diese Säuberungsaktionen. Seither warten die Polen auf ähnliche Worte der Ukraine für die Wolhynien-Morde, während die ukrainische Minderheit auf Entschädigungen für die damals enteigneten Güter in Südostopolen hofft - beides bisher vergebens. ...<<

28.05.1993

BRD: Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärt am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

22.06.1993

Rußland: Der Moskauer Generalstaatsanwalt (Hauptverwaltung zur Überwachung der Durchführung der Gesetze in den Streitkräften) der Russischen Föderation schreibt am 22. Juni 1993 (x170/193): >>**Rehabilitierungsbescheinigung**

Hiermit wird bescheinigt, daß der deutsche Staatsbürger Martin R., geb. 1894 in Leipzig, am 28. März 1946 grundlos verhaftet und am 12. Dezember 1946 durch das Kriegsgericht des Bundeslandes Sachsen nach Artikel 58-2 des UK der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik zum höchsten Strafmaß – zum Tode durch Erschießen, ohne Einziehung des Besitzes aus Mangel dessolchen, verurteilt wurde.
Das Urteil wurde am 17. Januar 1947 in Dresden vollstreckt.
Gemäß Artikel 3 des Gesetzes der Russischen Föderation über die "Rehabilitierung der Opfer politischer Repressivmaßnahmen" vom 18. Oktober 1991 ist Martin R. rehabilitiert.
gez. N. S. Wlasenko, Militärstaatsanwalt
Abteilung Rehabilitierung<<

27.07.1993

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Juli 1993: >>**Tschechen lehnen Verhandlungen ab**
Die Mehrheit der Tschechen lehnt Verhandlungen mit den Sudetendeutschen ab und hält ihre Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg für richtig.
Dies geht aus einer am Montag in Prag veröffentlichten repräsentativen Umfrage des tschechischen Instituts für Meinungsforschung unter 857 Tschechen hervor. 49 Prozent halten die Vertreibung demnach für richtig. 27 Prozent für eher richtig. Als eher falsch sehen 7 Prozent und als falsch 3 Prozent der Tschechen die Ausweisung von rund 3 Millionen Deutschen aus der damaligen Tschechoslowakei an.
Die Forderung der Sudetendeutsche nach Verhandlungen über ein Heimatrecht mit Rückkehranspruch lehnen 39 Prozent der Tschechen ab. Von weiteren 23 Prozent werden solche Gespräche verneint, eher bejaht werden sie von 20 Prozent. 6 Prozent der Tschechen setzen sich entschieden für die Verhandlungen ein. Drei Viertel aller Tschechen glauben der Umfrage zufolge, den Deutschen gehe es nur um die Rückgabe ihres Eigentums.<<

03.09.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. September 1993 über die "Katyn-Morde": >>**Polen will Katyn-Morde vor Gericht bringen**
Gut 50 Jahre nach dem vom einstigen sowjetischen Geheimdienst NKWD verübten Massenmord an polnischen Offizieren hat die polnische Justiz eigene Ermittlungen begonnen und will 3 ehemalige NKWD-Offiziere in Polen vor Gericht stellen. ... Rund 15.000 polnische Offiziere waren nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 der nach Ostpolen einrükkenden Roten Armee in die Hände gefallen, in Lager verschleppt und vom NKWD erschossen worden.<<

05.09.1993

BRD: Die "Welt am Sonntag" berichtet am 5. September 1993 (x268/193): >>Auch Ausländer äußern sich zunehmend ausländerfeindlich. Dabei handelt es sich vielfach um Gastarbeiter, die schon lange in Deutschland leben und gegen jüngst zugewanderte Asylbewerber Front machen, weil diese angeblich das Ansehen von Ausländern generell schädigten. ...<<

18.09.1993

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. September 1993: >>**Weiter Streit um Kreuz für deutsche Opfer**
Der Streit um die vorgesehene Errichtung eines Kreuzes für deutsche Nachkriegsopfer in dem ostböhmischen Kurort Johannisbad (Janske Lazne) hat einen weiteren Höhepunkt erreicht. Wie die amtliche Prager Nachrichtenagentur CTK ... meldete, will eine anonyme Organisation aus Pilsen das geplante Denkmal mit einer "Höllenmaschine" in die Luft sprengen. Die Einwohner von Johannisbad hatten Anfang September in einer Volksbefragung der Aufstellung eines Kreuzes mit der Inschrift "Den Opfern des Frühlings von 1945" zugestimmt, das an 12 von tschechischen "Roten Garden" ermordete deutsche Zivilisten, darunter drei Jungen und

ein Mädchen, erinnern soll.
Am Dienstag hatte eine Prager Stadtorganisation des tschechischen Verbandes der Freiheitskämpfer empört gegen das Vorhaben protestiert.<<

30.09.1993

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 1993 über ein Treffen der Siebenbürger Sachsen bei Schäßburg: >>... Immer mehr Siebenbürger Sachsen sehen eine Zukunft in ihrer rumänischen Heimat und wollen der Auswanderungswelle nach Deutschland nicht folgen. ... Im Festgottesdienst sagte der Bischof der Evangelischen Kirche in Rumänien, Christoph Klein, dieses beeindruckende Zusammenkommen mache Mut und Hoffnung für einen neuen Anfang der immer kleiner werdenden Gemeinschaft, in neuen Formen und Strukturen eine sinnvolle und lebensfüllende Existenz zu finden. ...
Die Zahl der in Rumänien verbliebenen Deutschen in Siebenbürgen wird auf knapp 35.000 geschätzt.<<

12.10.1993

BRD: Das Bundesverfassungsgericht (BVG) weist am 12. Oktober 1993 eine Klage gegen den Maastrichter Vertrag ab, da angeblich keine Einschränkungen der Souveränität entstehen würden.
Deutschland bleibe als Nationalstaat frei in seinen Entscheidungen. Es sei aber darauf zu achten, daß Hoheitsakte der EU und weitere Integrationen von den nationalen Parlamenten sanktioniert würden.

13.10.1993

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Oktober 1993: >>**Boris Jelzin entschuldigt sich**
... Als erster Moskauer Politiker hat sich der russische Präsident Boris Jelzin für den Tod Zehntausender Japaner entschuldigt, die nach dem Zweiten Weltkrieg in sowjetischen Arbeitslagern ums Leben kamen. ... Seine Gastgeber äußerten Genugtuung über die Geste Jelzins. Bei einem Mittagessen mit führenden Vertretern der Wirtschaft sagte Jelzin, er habe im Namen der russischen Regierung beim Kaiser und bei Hosokawa (Ministerpräsident) für den Tod vieler Kriegsgefangener um Verzeihung gebeten. ...
Stalin hatte ungeachtet eines Neutralitätspaktes Japan im August 1945 den Krieg erklärt. In Nordasien waren nach der Kapitulation Japans schätzungsweise 600.000 Japaner - zumeist Soldaten, aber auch Zivilpersonen - in Gefangenschaft der Roten Armee geraten und nach Sibirien geschickt worden. Mehr als die Hälfte wurde nie wieder gesehen. ...
Bei seinen Äußerungen über die Einhaltung der internationalen Verträge der Sowjetunion ging Jelzin nicht ausdrücklich auf die Kurilenfrage ein. ... Hosokawa forderte Jelzin auf, die 4 Inseln zurückzugeben. 1956 hatte Moskau versprochen, nach einem Friedensvertrag mit Japan 2 der Inseln herauszugeben.
Jelzin sagte zu, den im vergangenen Jahr angekündigten Truppenrückzug von den Kurilen zu vollenden. ...
Das Hauptinteresse Jelzins gilt japanischer Wirtschaftshilfe. Tokio hat bisher Kredite im Umfang von 5 Milliarden Dollar zugesagt, von denen erst 10 % ausgezahlt worden sind. ...<<

01.11.1993

BRD: Am 1. November 1993 tritt der Maastrichter Vertrag in Kraft. Für Bundeskanzler Helmut Kohl war der Maastricht-Vertrag angeblich eine Entscheidung über Krieg oder Frieden im nächsten Jahrhundert.
Helmut Kohl (1930-2017, deutscher CDU-Politiker, 1969-1976 Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, 1973-1998 Bundesvorsitzender der CDU, 1976-2002 Mitglied des Bundestages, 1982-1998 Bundeskanzler, setzte sich 1989/90 für die zügige Verwirklichung der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands ein: lehnte während der deutsch-sowjetischen Verhandlungen

im Jahre 1990 eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab und akzeptierte die französische Forderung, die deutsche DM-Währung abzuschaffen, erhielt 1996 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith, 1999/2000 Mittelpunkt einer Finanz- und Parteispendenaffäre, im Februar 2001 wurde ein Ermittlungsverfahren wegen "geringer Schuld" gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 300.000 DM eingestellt).
Helmut Kohl förderte während seiner Kanzlerschaft (ab 1982) starrsinnig die Bildung eines EU-Einheitsstaates und damit die angestrebte Abschaffung des deutschen Nationalstaates.
Bundeskanzler Kohl lehnte während der sogenannten "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" im Jahre 1990 eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab und akzeptierte eifrig alle Forderungen des französischen Ministerpräsidenten Mitterrand (Einführung des Euros, Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund etc.).
Bundeskanzler Kohl und der französische Ministerpräsident Mitterrand bildeten später den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU. Im Verlauf der Privatisierung von mitteldeutschen Staatsunternehmen verdichteten sich seit 1999 die Hinweise, daß Bundeskanzler Kohl u.a. dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen gewährt hätte. Der französische Ministerpräsident Mitterrand soll demnach persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede war von 30 Millionen Mark CDU-Wahlkampfhilfe "für Europa".
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 25. Mai 2014) über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 Bundeskanzler: >>… Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. …<<

Dezember 1993

Polen: Während der polnisch-deutschen Konferenz "Zwangsaussiedlung, Deportation und Aussiedlung als gemeinsame Erfahrung" meint die polnische Historikerin Prof. Krystyna Kersten im Dezember 1993 in Posen (x152/31): >>... In Anbetracht der Naziverbrechen, Konzentrationslager, Gaskammern und Hinrichtungen müsse die Aussiedlung der Deutschen als fast humanitäre Aktion gewirkt haben ...<<
Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der Deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die polnische Aufarbeitung der "Umsiedlung" der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/109-111): >>... Erst nach 1989, mit dem Zerfall des Systems und der Entstehung einer pluralistischen Öffentlichkeit, rückte die Frage nach der Geschichte der heutigen polnischen Nord- und Westgebiete in den späten vierziger Jahren in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Arbeit und publizistischer Auseinandersetzungen. Die Historiker produzierten Dutzende von Büchern: über die Lager und die "Verifizierung" der "Autochthonen" über Zwangsaussiedlung und Minderheitenpolitik des entstehenden kommunistischen Polen.
Das Fazit dieser Arbeiten läuft darauf hinaus, daß weder das alte polnische Bild von historischer Gerechtigkeit und ordnungsgemäßer Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse noch das alte deutsche Bild der "Vertreibung" als Kette von Racheakten "der Polen" an ihren deutschen Opfern zutreffen.
Anders formuliert: Die Umstände der Aussiedlung der Deutschen und die Behandlung der Verbliebenen sind gewiß kein Ruhmesblatt der polnischen Geschichte. Sie lassen sich nicht alleine mit den 1945 bis 1947 bereits erkennbaren stalinistischen Zügen der neuen Staatlichkeit erklären; es war nicht nur die aus der östlichen Despotie importierte Gewalt, die hier einschlug. Freilich wäre jeder Erklärungsversuch, der den Nationalsozialismus und die deutsche Besatzung in Polen außer Acht läßt ebenso falsch.

... Das Dritte Reich hatte die Grundlagen der europäischen Zivilisation zerstört und trägt daher die ursächliche Verantwortung für das Schicksal der Deutschen wie der anderen gleichzeitig vertriebenen und umgesiedelten Völker. Die Alliierten übernahmen in Potsdam die völkerrechtliche Verantwortung für die Ausweisung indem sie den entsprechenden Beschluß faßten. Die Polen bleiben aber verantwortlich für die Art der Durchführung – und auch das ist nicht wenig.
Ende der neunziger Jahre, mochte man geglaubt haben, daß die heftige – vor allem innerpolitische – Diskussion dem Stichwort "Vertreibung" endlich seine für die deutsch-polnischen Beziehungen zerstörerische Potenz genommen hat. ...
Der Eindruck, Deutsche und Polen hätten auch diese Kapitel ihrer dramatischen Vergangenheit abgearbeitet, verflog indessen schnell, nachdem die Idee eines "Zentrums gegen Vertreibungen" als bundesdeutsche Gedenkstätte aufgekommen war. In der polnischen Öffentlichkeit rief das vom Bundestag 2002 gebilligte Programm all die alten Befürchtungen wach, ... daß die Deutschen sich zu Opfern umkodieren und ihre Verbrechen in Polen – wie schon in der sogenannten Wehrmachtausstellung passiert – mit Schweigen übergehen. ...
Auf den Punkt brachte diese Ängste ein Krakauer Publizist, der sich die offiziellen Berliner Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs am 1. September 2039 vorzustellen versuchte. Der Bundespräsident, so die Vision, legt zu Beginn der Veranstaltung einen Kranz am Mahnmal des Holocaust nieder. Zum Schluß tut er dasselbe vor dem "Zentrum gegen Vertreibungen", wo er der deutschen Opfer gedenkt; der Rest bleibt Schweigen. ...<<

1994

>>Die Wahrheit kann auch eine Keule sein, mit der man andere erschlägt.<< (Anatole France)

25.02.1994

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 25. Februar 1994 über die bisher einzige gelungene Volksinitiative im Land Niedersachsen (x303/236): >>... Die erste Volksinitiative Niedersachsens ist erfolgreich.
Die Initiative für einen Gottesbezug in der Landesverfassung hat mehr als die gesetzlich erforderlichen 70.000 Unterschriften erhalten.
Die Initiative will die Verantwortung vor Gott und den Menschen als letzte Richtschnur und Bindung für alles staatliche Handeln in der Verfassungspräambel festschreiben.<<

23.04.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. April 1994 über den Abschied des BdV-Präsidenten Herbert Czaja (1914-1997): >>**Die Ostgrenzen will er nicht akzeptieren**
... Dem Bund der Vertriebenen (BdV) steht ein Richtungswechsel bevor. Nach 24jähriger Amtszeit als Präsident des Verbandes stellt sich Herbert Czaja, der sich stets rigoros gegen die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen ausgesprochen hat, heute bei der Bundesversammlung der Vertriebenen in Berlin nicht wieder zur Wahl. ...
... "Um Ungewißheiten der Zukunft des Verbandes entgegenzuwirken, habe ich bei der Wahl 1992 das Schiff noch nicht verlassen", sagte der Präsident rückblickend. Er habe befürchtet, daß sich der BdV zu einer "kulturellen Traditionsvereinigung" verändere und in der Deutschland- und Ostpolitik künftig keine eigenen Akzente mehr setze. Czaja, der immer eine fundamentalistische Politik betrieben hatte, akzeptierte es nicht, daß sich in den eigenen Reihen ein Lager bildete, das gewillt war, die politischen Realitäten anzuerkennen und von dieser Basis aus in die Zukunft zu schauen.
Von den Verträgen, die geschlossen worden sind, will der 79jährige am liebsten nichts hören. "Der Grenzbestätigungsvertrag, der Nachbarschaftsvertrag mit Polen und der Zwei-plus-Vier-

Vertrag sind staats- und völkerrechtlich nicht verbindlich." ... Der gebürtige Oberschlesier, der seit 1946 in Baden-Württemberg lebt und von 1953 bis 1990 dem Bundestag angehört hat, hält strikt an seinen Überzeugungen fest. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hält er "nicht für den Schlußpunkt der deutschen Geschichte".
Die Frage der Ostprovinzen sei durch die Einheit Deutschlands noch nicht geklärt. ... In der Grenzfrage, die seiner Meinung nach wie vor ungeklärt ist, setzt Czaja auf die Zeit. "Man kann der Geschichte nicht vorgreifen, aber es muß nicht immer so bleiben, daß dieses Land das kleinste Deutschland seit 1.000 Jahren bleibt. ..."
Die deutsche Einheit und die damit verbundenen Verträge haben unter den Vertriebenen für eine Auseinandersetzung über die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen gesorgt. Zugleich haben sie dem BdV einen gewissen Aufwind gegeben. Während in den alten Bundesländern die Mitgliederzahlen seit Jahren stagnieren, nahm der Verband um 200.000 Mitglieder aus den neuen Bundesländern zu, davon allein 100.000 aus Thüringen, wie BdV-Sprecher Walter Stratmann mitteilt. Er sorgt sich deshalb nicht, daß der BdV als Interessenvertreter der Vertriebenen eines Tages seine Funktion und Daseinsberechtigung verlieren könnte.
"Das Thema Vertreibung wurde 40 Jahre lang in der DDR totgeschwiegen, deshalb ist der Nachholbedarf bei vielen Betroffenen und Enkeln groß, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen." Interessiert seien, berichtet Stratmann, besonders junge Menschen, die auf der Suche nach den eigenen Wurzeln die neue politische Situation in den östlichen Nachbarstaaten nutzten, um die Heimat ihrer Eltern und Großeltern etwa in Schlesien oder Pommern zu besuchen.
... Der Verband, der sich nicht nur um die Vertriebenen und Aussiedler im Lande kümmert, will sich auch für Minderheitenrechte der Volksdeutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten stark machen. ... "Vordringlich ist es zur Zeit, den Minderheiten zu helfen - aber die Grenzfrage", betont Stratmann, "ist nach wie vor nicht vom Tisch."<<

Mai 1994

BRD: Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtet im Mai 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1994 (x853/...): >>**EUropa – "das gemeinsame Haus"?**
... Um das "Gemeinsame Haus Europa" herum stehen viele bekannte und weniger bekannte Architekten, Baumeister, Maurer und Handlanger. Zusammen haben sie dieses Projekt der Moderne seit 1944 entworfen, konstruiert und aufgezogen. Jetzt sind die zukünftigen (360 oder 630 Mio.) Bewohner freundlich eingeladen, einzuziehen und sich wohnlich darin einzurichten. Aus allen Lautsprechern der Zusteigebahnhöfe schallen die Werbeslogans:
"Wer zu spät kommt", ... "wer jetzt nicht auf den anfahrenden Trans-Europa-Expreß aufspringt, sieht alsbald nur noch zwei rote Schlußleuchten", "nur ganz unverbesserliche Nationalisten wollen nicht zur Endstation Sehnsucht, wollen schon in Berlin 'aussteigen' "der Euro-TGV Brüssel-Wladiwostok, via Swerdlowsk rollt unaufhaltsam weiter - Richtung Phantasialand."
Der Euro-Bürger schwankt noch zwischen Furcht und Europhorie. Für die einen ist das "Gemeinsame Haus" das idyllische Euro-Dorf im Grünen, der Hort friedlichen Zusammenlebens, Ort gegenseitiger kultureller Bereicherung der verschieden-unterschiedlichsten Mietparteien im Hause und der unumkehrbare Fortschritt zur Großfamilie "aller Menschen guten Willens" in einem Großreich ohne Krieg für die nächsten 100 oder 1.000 Jahre.
Andere sehen in dem konstruktivistisch-gnostischen Friedensreich EU vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik den alles einebnenden, egalisierenden und uniformierenden Leviathan, den Prozeß der Irreversibilität, den Expreß ohne Wiederkehr in die Heimat.
Besonders verlockend erscheinen der kaum ins Gewicht fallende Preis für die Fahrkarte und die kontrafaktisch in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung für jeden im "Sanatorium Euro

2000" - Die Wirtschafts-Union kennt nur Chancen und Vorteile für alle, zumindest aber für die Deutschen.
Da die Zeit drängt und der Expreß schon an Geschwindigkeit zunimmt, hat sich eine volkspädagogische Euro-Lyrik und Integrations-Semantik über die Lautsprecheranlagen eingespielt, mit denen Fragen übertönt und Antworten gegeben werden, die nicht erfragt wurden.
Die Werbe-Slogans für das "Phalansterium Euro 2000" (Phalanstere, frz.: ist die Produktiv- und Konsumgenossenschaft und zugleich Lebensgemeinschaft der Frühsozialisten), von verschleiernder Lyrik befreit, lauten etwa wie folgt: ...

1. Europa wird "christlich" sein?

Die Devise "Europa - christlich", die von den ersten drei Baumeistern (K. Adenauer, A. de Gasperi, R. Schuman) in den Umlauf gebracht wurde, wird an den Meinungsbörsen der Metropolen nur noch lustlos gehandelt, dementsprechend niedrig ist ihr Kurs. ...
Eine Weltreligion soll es werden, die den Weltfrieden garantiert. Plakative Werbung unterscheidet allerdings oft nicht, ob die Trommel für die "Stadt Gottes" oder die "City of Man", für die "Stadt Babylon" oder das "Neue Jerusalem" gerührt wird. ...
- Der Euro-Staat in Errichtung hat bisher weder eine Verfassung mit Menschen-, Grund- und Bürgerrechten noch eine Verfassungsgebende Versammlung der besten Fachleute Europas.
Auch der Maastrichter Vertrag enthält in Art. B (Ziele der Union) keine ideellen, kulturellen oder religiösen Ziele.
- Das "Gemeinsame Haus Europa" - Haus ohne Hausordnung - ist nicht auf christlichem Fundament errichtet, ein Super-Staat ohne Verfassung ist ein monströses Konstrukt ...

2. Europa wird "multikulturell-multinational" sein

... Ob man sie kauft oder anbietet, sie ist da, die gemischte Gesellschaft. Auch der multinationalisierte Staat ist Realität. Die sogenannte doppelte Staatsbürgerschaft macht Ausländer zu Inländern. Seit 1993 leben 7 Mio. Nicht-Deutsche unter 80 Mio. Deutschen und verlangen/erhalten Gruppen-Rechte von ihren Gastgebern (Art. 20b GG, neu), die den Deutschen jegliche Integrationsanstrengungen untersagt.
- Menschen aus 60 (!) Nationen/Kulturen werden in deutschen Haftanstalten "resozialisiert", bevor sie sozialisiert werden konnten. Wer nach Dunkelziffern fragt, ist unhöflich, wer die Vermutung artikuliert, neben den 7 Mio. registrierten könnten noch weitere 7 bis 10 Mio. Ausländer "illegal" bei uns eingewandert sein, wird kurzerhand der "ausländerfeindlichen Gesinnung" verdächtigt und ausgegrenzt. "Überfremdung" war das "Unwort", das negativste, unaussprechlichste Wort des Jahres 1993.
Wo beginnt Überfremdung, bei 7 %, bei 21 %, bei?
- Den einen bedeutet "Multikultur" soviel wie Öffnung, Weite, Modernität, wie gegenseitige Bereicherung durch Austausch von Folklore, Backrezepten, Moden und Lebensformen, wie schiedlich-friedliches Zusammenleben auf den Etagen und Korridoren des "Gemeinsamen Hauses", jeder nach seiner Fasson, aber in unlimitierter Toleranz und Solidarität gegenüber den Mitmenschen (H. Geißler, D. Oberndörfer, R. Scholz/CDU, P. Glotz/SPD, J. Fischer, D. Cohn-Bendit/Grün-Alt., J. Trittin/ehem. KBW).
- Für Informierte und Wissende hingegen ist "Multikulti" der Code für Auflockerung, Vermischung, Integration der Religionen, Weltanschauungen, Lebenswelten, der Sprachen, Bewußtseinsinhalte, Wertmaßstäbe.
So erklärt z.B. der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels György Konrad am 13.10.1991 selbstgewiß:
"Der Nationalismus, aggressiv von Grund auf, ist eine Ideologie des Hasses und eine Europäische Krankheit. Der Nationalismus hindert die Menschen Europas, Europäer zu werden. Das Zusammenwachsen zu einer europäischen Nation unter einem Weltrecht, muß das Ziel der gegenwärtigen Nationen sein. Das Europa von Morgen ist nur als eine multikulturelle, multi-

nationale Einheitskonstruktion (!) vorstellbar".
Dieser Appell ist an die Menschen in Deutschland und Europa gerichtet: das Zusammenwachsen muß durch Einheitskonstrukteure beschleunigt und befestigt werden. G. Konrad scheint fest überzeugt, daß seine private Nationalismus-Theorie keine Ideologie und frei ist von Haß. Gegenwärtig können die Nationen Europas ihre Ziele noch selbst bestimmen.
Walther Leisler Kiep/CDU hält mit G. Konrad jedes Europa für "illusorisch", das an der Oder-Neiße-Grenze endet, das nicht alle Kulturen und Nationen zwischen Atlantik und Ural/Pazifik einbezieht und "integriert", ob sie wollen oder nicht. Was nicht zusammenwächst, wird zusammengeschmiedet mit Hilfe des Weltrechts und des ECU.
Bedenkenträger gegen diesen Kulturimperialismus/Internationalismus halten "Multikultur" für eine Absage an die christliche Kultur, an die gemeinsame Kultur Alt-Europas (Jerusalem - Athen - Rom). Lebenswelten, Lebensziele, Lebensführung sind eben kulturabhängig, und zwischen der Kultur der Briten, Franzosen, Italiener und Deutschen bestehen gewisse qualitative Unterschiede zu der der Kosovo-Albaner, Azeris, Tschetschenen, Muslime. Die Überformung und Einebnung dieser Unterschiede führt zum Kulturverfall, nicht zu einer neuen, integriert-angereicherten Kultur.
- R. Baader ("Die Euro-Katastrophe - Für Europas Vielfalt - gegen Brüssels Einfalt"), der die lebendige Alltagssprache liebt und vor Verschleierungsdeutsch warnt, sieht in "Multikultur" ein "sozialistisches Zersetzungsinstrument, mit welchem das nihilistisch-emanzipatorische Polit-Gesindel des Westens die europäischen Kulturen je einzeln - und somit auch die "Europäische Kulturnation" als Gesamtheit - auflösen und politisch 'entsorgen' will". (Baader, S. 22). "Multikultur" gefährdet die Offene Gesellschaft, ist "Sprengsatz" für die politische Union Europas (Baader, S. 25).
- Nach B. Bandulet ("Das Maastricht Dossier - Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsreform") kommt unausweichlich mit der "Multikultur", mit dem "Haus der offenen Tür", mit der Ent-Grenzung des Staates die Multikriminalität, die Explosion der Gewalt, das faktische Zurückweichen des Rechts vor der Gewalt, die Re-Barbarisierung der Gesellschaft ins Gespräch.
- J. Rothkranz ("Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa") hält "Multikultur" für ein Instrument zur Auswechselung des "Volkes" - die rassisch-völkisch-nationale Uniformierung des "Volkes" Pan-Europas (Rothkranz, S. 553/55) stehe auf dem Programm der Bauherren eines konstruktivistischen Europas. Dieses Programm sei in der Charta von Paris für ein neues Europa am 21.1.1990 festgeschrieben. Dabei geht es weniger um das Zusammenwachsen als um das Zusammenschmieden der 12/16 Nationen unter einem "Europa-Recht".
- Vor dieser Illusion und Ideologie "Multikulturalismus" glaubt auch Bassam B. Tibi, Göttingen die Europäer und Deutschen warnen zu müssen: Multikultur bedeute "Abschied Deutschlands von der europäischen Zivilisation" und Verlust der "kulturellen Identität" der Deutschen. (FAZ, 11.1.1994)
- In ähnlich eindeutiger Weise äußert sich auch die Tageszeitung "Israel-Nachrichten", Jerusalem (Nr. 64/93) zum Einwanderungsthema:
"Schuld an diesem Problem ist auch das Ausland, das von den Deutschen Dinge verlangt, die in anderen Staaten nicht praktiziert werden. Kein Land hält seine Grenzen schrankenlos offen", und weiter "die deutschen Politiker reagieren weltfremd, heuchlerisch und feige" und schließlich "1993 war auch ein Jahr der großen Angst. Die Unsicherheit im täglichen Leben wächst ständig. Man traut sich nachts nicht mehr aus dem Haus. Soweit hat es dieser Staat mit seiner gefühlsdusseligen (!) Nachsicht gegenüber Rowdies und Gewaltverbrechern gebracht."
Wie gesagt, die von deutschen Juden in Israel herausgegebenen "Israel-Nachrichten", nicht die deutsche "Nationalzeitung" äußern sich so.
Die geschichtlichen Erfahrungen mit konstruktivistischen Vielvölker-Unionen (SU, Balkan-

staaten, Libanon, Los Angeles) sind unheilsverheißende Zeichen auf der Wand und warnen die Euro-Illusionisten, die Spekulation in die "Aktie EUropa multikultura" weiter anzuheizen. Mit dem Papier könnten die Spekulanten selber abstürzen.
Weltfriedensreiche für 100 oder 1.000 Jahre zu errichten, ist Aufgabe von Propheten, Religionsstiftern und Missionaren. Politiker sollten sich damit bescheiden, die Inflations-, Arbeitslosigkeits-, Kriminalitäts-, Staats- oder Abgabenquote um 2 % zu senken.
Nach Karl Popper, dem Verteidiger der "Offenen Gesellschaft" gegen ihre "Feinde", ist von allen Ideen der Wunsch, die Menschen vollkommen und glücklich zu machen, am gefährlichsten. Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle. Der aufgeklärt-mündige Bürger setzt sein Vertrauen auf Realpolitik, nicht auf "gefühlsdusselige" Politikabstinenz oder nationalmasochistische Einebnungsbemühungen der gerade Herrschenden. Keiner auf der Welt wird reicher, wenn die Deutschen ärmer gemacht werden, damit der Chimäre Nationalismus keine Hörner wachsen.

3. Europa wird "demokratisch" sein - wie demokratisch wird es sein?

Bundeskanzler H. Kohl, der 1991 die europäische Einigung als das "Herzstück der Politik" seines Kabinetts bezeichnete, konnte sich ein geeintes Europa nur als ein "demokratisches" Europa vorstellen, in dem Demokratie und Rechtsstaat unauflöslich mit der europäischen Idee verbunden bleiben. Bei Verleihung des Bayerischen Verdienstordens bekräftigte er, daß er keinen Euro-Zentral-Staat wolle: "Dieses Europa wird 'föderal' sein oder es wird nicht sein." (24.1.1994)
Zwei Jahre lang hatte der Bundeskanzler Zeit, den Vertragstext von Maastricht zu lesen und nach "demokratisch-föderalen" Spurenelementen darin zu suchen. Was er den Bayern referierte, gehört in die Rubrik "Mythen, Sagen und Legenden aus dem Brüsseler Schatzkästlein". Der Kanzler selbst hat mit den anderen elf Regierungschefs für die Deutschen den Vertrag von Maastricht ausgehandelt. ...
Der Minister-Rat wird nicht gewählt, sondern von den 12/16 Mitgliedsstaaten gestellt. Bundeskanzler Kohl entsendet Herrn Kohl und Herrn Waigel in den Minister-Rat. In Bonn gehörten der Kanzler und der Finanzminister zur Exekutive, in Brüssel zur Legislative. Zu legislativen Kompetenzen ist der Minister-Rat demokratisch nicht legitimiert. Die "feierlichen Beschlüsse" entbehren zumeist der Legitimation, in der rechtsstaatlichen Demokratie haben Regierungschefs und Kabinettsmitglieder nichts zu "beschließen" (Rothkranz, S. 16), es sei denn, sie beschließen zurückzutreten.
- Die Europäische Kommission als zweites Gesetzgebungsorgan und gleichzeitig als Spitze der EU-Verwaltung (Exekutive) besteht aus derzeit 17 Kommissaren, die von den 12 EU-Regierungen "ernannt" werden (Art. 158 MV). "Ernennung" ersetzt in der Euro-Demokratie die demokratische Legitimation.
Auf gleich schwachen demokratischen Füßen steht die "Autonomie" der Europäischen Zentralbank und die "Unabhängigkeit" des Europäischen Gerichtshofes. Die Judikative des Euro-Staates (13 Richter und 6 Generalanwälte) wird von den 12/16 nationalen Regierungen "ernannt" (Art. 167 MV), nicht von Richterwahlausschüssen gewählt.
Zur "Unabhängigkeit" der Europäischen Zentralbank hat Ministerpräsident Mitterand zu verstehen gegeben, daß die EZB ausführendes Organ der Regierung sein werde, daß er und seine Regierung sich an Art. 7 des Protokolls über die EZB nicht gebunden fühlen. Frankreich hat eben ein anderes Verhältnis von Demokratie und "Autonomie".
Die 12/16 Regierungschefs erscheinen als absolutistische Herrscher mit fast schrankenloser Machtvollkommenheit ausgestattet. Aber auch dieser Eindruck täuscht. Über dem Parlament, das nichts zu sagen hat und über Minister-Rat und Euro-Kommission, die viel zu sagen, aber keine demokratische Legitimation vorzuweisen haben, "thront" als Super-Legislative der Europäische Rat der 12/16 Regierungschefs, der zweimal jährlich beschließt, was der Minister-

Rat zu beraten und zu beschließen hat (Art. J. 8 MV).
Der Europäische Rat, so beschreibt es eine Informationsbroschüre 1990, "berät ohne feste Regeln", "locker", in "absoluter Vertraulichkeit" und "ohne förmliches Protokoll", er "unterrichtet" danach das Europa-Parlament über Ergebnisse der Beratung.
- Die Beratungs- und Beschlußvorlagen erhält der Europäische Rat von COREPER, dem "unbekanntesten Wesen" Europas, das nach R. Baader neben der Europäischen Kommission die Spitze der bürokratisch-zentralistischen Euro-Diktatur darstellt. ...
Das Europa-Parlament in Straßburg/Brüssel ist als "Vertretung der Völker Europas" gedacht. Es übt Beratungs- und gewisse Kontrollbefugnisse aus und ist am Rechtssetzungsprozeß "beteiligt", heißt es in den 28 Mio. DM verschlingenden Werbeprospekten für EUropa "wie es swingt und lacht".
- Richtig ist, daß dieses "Parlament" kein Parlament ist und bei der Rechtssetzung nichts zu sagen hat. Es kann insbesondere keine Gesetze einbringen, beraten, verhindern, es kann die Regierung (Kommission/Minister-Rat) nicht abwählen (Art. 160), und es kann nicht über die Einnahmen des EU-Etats befinden.
- Richtig ist auch, daß die Sitzverteilung im "Parlament" extrem ungerecht (undemokratisch) zu Lasten der Deutschen vorgenommen wurde:
1 Abgeordneter Luxemburgs vertritt 60.000 Luxemburger
1 Abgeordneter Belgiens vertritt 410.000 Belgier
1 Abgeordneter Frankreichs vertritt 700.000 Franzosen
1 Abgeordneter Deutschlands vertritt 1.000.000 Deutsche
Ein Wahlkreis in Deutschland ist also 16mal größer als in Luxemburg, 2 1/2mal größer als in Belgien und um ca. 40 % größer als in Frankreich oder England. Um des Friedens willen gibt sich "Michel" mit dieser diskriminierenden Sitzverteilung zufrieden, hat er doch den 2. Weltkrieg vom Zaun gebrochen und verloren - und "Marianne" hat immer Recht.
Noch ist nicht gesichert, ob den Deutschen nach der Vereinigung mit Mitteldeutschland weitere 18 Sitze im Straßburger Parlament zugebilligt werden. Deutschland ist nämlich um 17 Mio. Einwohner größer geworden, während England, Frankreich u. Italien bei rd. 57 Mio. stehengeblieben sind.
Frankreich läßt sich dieses Zugeständnis mit deutschen Millionenbeträgen für die Miete des Straßburger Parlamentsgebäudes "bezahlen", Demokratie hat eben ihren Preis. ...
Richtig ist weiter, daß diese "Vertretung der Völker" in zwei repräsentativen Parlamentsgebäuden tagt, aber nicht aus zwei Beschlußorganen wie etwa Oberhaus/Unterhaus oder Bundestag/Bundesrat besteht, daß sie also ein erhebliches Maß an Demokratiedefizit aufzuweisen hat. Zum Abbau dieses Defizits an Demokratie und zur Förderung der Politischen Union wurde in Maastricht die Gründung des "Ausschuß der Regionen" als "tragende Säule der Europäischen Union" beschlossen. Dieses neue Organ konstituierte sich am 8./9. März 1994 in Brüssel.
Vereinbart wurde, daß Deutschland in diesem Ausschuß 24 von 189 Sitzen erhält, also ein Stimmgewicht von 12,7 % bei einer Zahllast von rd. 30 % der Kosten für Europa bekommen soll. Die "Region Bayern" ist in diesem tragenden Organ mit einem, höchstens zwei Abgeordneten vertreten, um Interessen der Bayerischen Motoren- oder Brau-Werke zu vertreten. Der geplante Beitritt weiterer Staaten Ost-Europas verringert das Stimmgewicht und erhöht die Zahllast der deutschen "Region".
Sir R. Dahrendorf, Oxford hält den Vertrag von Maastricht nicht für einen Einigungs-, sondern für einen Spaltungsvertrag, gegen den sich in England und überall Widerwille errege. Zumindest den desillusionierenden Terminus "irreversibel" möchte R. Dahrendorf aus der Euro-Semantik gestrichen sehen.
Sein Appell "Europa muß (!) demokratisch sein - oder es hat keine Zukunft" (SPIEGEL,

3.1.1994, S. 28/9) wird durch zahlreiche Wissenschaftler gestützt, z.B. durch die "European Constitutional Group" (13 Wissenschaftler aus europäischen Forschungseinrichtungen), die 10 erhebliche verfassungsrechtliche "Webfehler" am Maastrichter Vertrag, speziell an der Politischen Union entdeckt hat (FAZ, 28.8.1993).

4. Europa wird eine "Union der Vaterländer" sein - oder wird es die "Vereinigten Staaten" sein?

Von einem "Europa der Vaterländer" (Ch. de Gaulle) ist von Europolitikern aller Couleur nichts mehr zu hören, seit Maastricht entwickelt sich der Euro-Staat zu einem zentralistischen Bundesstaat ohne Einfluß des Euro-Parlaments, des "Ausschuß der Regionen" und der noch bestehenden Parlamente der Nationen. Der Ausstieg Dänemarks und Englands und die äußerst schlappe Zustimmung der Franzosen zum Maastrichter Vertrag (bei einer Wahlbeteiligung von 70,6 % votierten 51 % für Maastricht = 36 % der wahlberechtigten Franzosen) hat den Trans-Europa-Expreß nicht zum Halten, eher schon zu einer Beschleunigung der Geschwindigkeit gebracht, nicht zuletzt durch Drängen Bundeskanzler Kohls.

Bundespräsident R. v. Weizsäcker umriß beim Empfang des Diplomatischen Corps die gegenwärtige Europa-Politik mit folgenden Worten: "Das außenpolitische Ziel Deutschlands sei das vereinte Europa." Dieses Europa sei die "Einigung unseres Kontinents", nicht "saturierter Zustand", sondern "dynamischer Prozeß".

Die Deutschen haben sich auf die lange Reise, nicht auf das Ziel einzustellen, denn, so der Bundespräsident, "Europa muß 'mehr' werden als ein Europa der Vaterländer" -. Alle Völker sollen daran Anteil haben.

Unser Bundespräsident hat Sinn für Visionen. Die Vision deutscher Außenpolitik nach Maastricht ist ein Kontinental-Europa ohne Grenzen, ein grenzenloses Groß-Friedens-Reich gemäß der Euro-Hymne "Seid umschlungen Millionen ... Brüder".

Nach der Überwindung der alten Trennungslinie durch den Kontinent dürfe es keine neuen Gräben geben. Vielmehr müsse deutsche Außenpolitik Kontinental- und Globalpolitik werden und die Versorgung bzw. die Lebenschancen für "alle" Erdbewohner zum Ziel haben. (Bulletin 18.1.1994, S. 27)

"Mehr" als ein "Europa der Vaterländer" ist ein Bundesstaat Europa oder ein Welt-Staat für alle Erdbewohner, in dem sich deutsche Politik um die Versorgung und Verbesserung der Lebensqualität "aller" 6 Mrd. Erdbewohner verantwortlich fühlt. ...

5. Das "Haus Europa" wird im "sozialen Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein

Das Ziel der europäischen Sozial-Union ist es, den "sozialen Fortschritt durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu fördern", die "Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken" und "dem relativen Wohlstand der Mitgliedsstaaten Rechnung zu tragen". (EU-Vertrag Protokolle, S. 237 ff.)

Weiterhin aber auch "Hebung der Lebenshaltung" in den Mitgliedsstaaten, insgesamt also die "Verbesserung und 'Angleichung' der Lebensbedingungen". (Art. 117 EG-Vertrag)

"Angleichung" wird so verstanden, daß den unterdurchschnittlich Wohlhabenden dazugegeben, was den überdurchschnittlich Wohlhabenden weggenommen wird - ganz sozial - sozialistisch.

Der EU-Vertrag schafft die Voraussetzungen eines gigantischen Umverteilungskarussells von Norden nach Süden. Zur Erreichung dieses "Sozialziels" werden in Brüssel Umverteilungsfonds in großer Anzahl als "Struktur- oder Kohäsionsfonds" errichtet.

Aus diesen Fonds erhalten die "schwächeren" Staaten, Regionen, Wirtschaftszweige jährlich Euro-Subventionen (vgl. Art. 123 EG-Vertrag) in großem Umfange (rd. 22 Mrd.) als Geschenk.

Als "schwach" wurden solche Länder definiert, die ein Pro-Kopf-Sozialprodukt von weniger

als 90 % des durchschnittlichen EU-Pro-Kopf-Sozialprodukts erreichen. Wer also 10,1 % weniger Wohlstand hat als der EU-Durchschnitt, ist "arm", wer mehr als 1 % über dem Durchschnitt liegt, ist "reich".
Nach den natürlichen, historischen, ökonomischen oder politischen Ursachen dieser relativen Unterentwicklung und Ungleichheit wurde dabei nicht gefragt.
Das bedeutet aber für die wohlhabenderen Mitgliedsstaaten eine höhere "Besteuerung" ihrer Leistung. Die Bestrafung der Leistungsfähigen, so wird unterstellt, wird ihre Solidarität mit den "Schwachen" nicht schwächen.
- Die "schwachen" Länder und Regionen der EU sind zufällig auch die, die dem leistungsfeindlichen Sozialismus/Kommunismus frönen, nämlich Griechenland, Portugal, Spanien, aber auch Italien und Frankreich. ...
Im 20-Jahresdurchschnitt streikten die italienischen Arbeitnehmer 26mal so viel und die spanischen Arbeitnehmer 17mal so viel wie die deutschen Kollegen.
Wer in der EU wenig leistet und oft streikt, erhält viel Strukturbeihilfen aus Brüsseler Fonds, wer in die "Hände spuckt und das Sozialprodukt hebt", erzeugt unerwünschte Wettbewerbsverzerrungen und wird Nettozahler auf dem Umverteilungskarussell. Auf diese Weise will der Minister-Rat die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten stärken, die Angleichung der Lebensverhältnisse erreichen und die Streikfreude "vergolden".
Zu den "starken" Staaten zählen Deutschland, England, Frankreich und Italien. Diese sind Nettozahler, jene Nettoempfänger aus den Fettöpfen der EU.
Im Jahre 1992 hatte die EU rd. 137 Mrd. DM Ausgaben; bis 1999 sollen diese verhältnismäßig moderat auf 165 Mrd. DM, also um ca. 22 % (in 7 Jahren) steigen, nach zweistelligen Wachstumsraten in den vorausgegangenen Jahren.
Von den 137 Mrd. Ausgaben zahlte Deutschland alleine 36 Mrd. = 26 % (brutto).
- Nach dem Bundesbankbericht Nr. 11/93 war Deutschland 1992 mit 19,4 bis 22 Mrd. DM größter Nettozahler - Zahlmeister der EU. Großbritannien erhält auf die Euro-Fahrkarte einen Sozialrabatt von 60 % und zahlt statt 10,7 nur 4,7 Mrd. DM, Frankreich ist Nettozahler von 2,8 Mrd. und Italien von 1,0 Mrd. DM.
Deutschland zahlt also rd. 30 %, mit der Tendenz zu 38 % der EU-Ausgaben
Deutschland zahlt das 6 1/2fache von Frankreich
Deutschland zahlt (netto) 2 1/2mal mehr als Frankreich, England und Italien zusammen zahlen
Deutschland zahlt 1,5 Mrd. DM mehr, weil England 6 Mrd. DM Preisnachlaß durchsetzen konnte.
Diese Lastenverteilung soll die "Solidarität zwischen den Mitgliedern der EU stärken", die Lebensbedingungen angleichen und die Lust auf Europa verstärken.
Im gleichen Jahr erhielten
Irland rd. 4 Mrd.
Portugal 4 Mrd.
Spanien 5 Mrd.
Griechenland 7 Mrd. = insgesamt 20 Mrd. DM aus dem EU-Haushalt.
Damit sollen Verkehrswege, Rohr- und Kabelnetze in den sozialschwachen Staaten gebaut werden, um so die Produktivität und das Einkommensniveau dieser Staaten und die "Lebenshaltung" der Griechen, Süditaliener, Spanier und Portugiesen zu "heben".
Dafür werden in den nächsten 6 Jahren 800 Mrd. DM benötigt - davon 33 % von Deutschland aufzubringen.
Deutschland "exportierte" also allein in 1992 zwischen 38.000 und 44.000 Arbeitsplätze ans Mittelmeer, wenn man unterstellt, daß ein deutscher Arbeitsplatz 1/2 Mio. DM kostet.
- Schließlich drängt sich die Frage auf, warum Deutschland den vier "schwachen" Ländern die

19-22 Mrd. DM nicht direkt überweist, erst Brüssel dazwischenschaltet. Das könnte erstens die Solidarität der vier Beschenkten mit dem Schenker erhöhen, das könnte zweitens einige von den 25.000 Umverteilungsplanstellen in der Brüsseler Beamtenhierarchie einsparen, und das könnte schließlich die Empfängerländer daran gemahnen, daß auch bei der Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik (Art. K 1 EU-Vertrag) Solidarität, Zusammenarbeit und gerechte Lastenverteilung zur "Erreichung der gemeinsamen Ziele der Union" gefordert sind. Auf diesem Gebiet besteht zwar kein Demokratie-, wohl aber ein Gerechtigkeitsdefizit und großes Sozialdefizit.
Deutschland hat bis 1992 insgesamt 177 Mrd. DM in die Euro-Fonds eingezahlt und wird bis 1999 weitere 200 Mrd. einzahlen müssen, rd. 100 Mrd. DM mehr als ihm im Versailler "Vertrag" aufoktroyiert wurden. B. Bandulet: "Maastricht, das ist Versailler Vertrag ohne Krieg". In den Augen prominenter französischer Politiker (Ph. Seguin, M. Rocard) ist die Europäische Union ein Instrument, um Deutschland zu fesseln. ...
Für Europa darf es keine "neuen Gräben", keine Grenzen geben, jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Union zu werden" (Art. 0 MV). Bei den "Beitrittsprämien", die in Aussicht stehen, ist es gar nicht verwunderlich, daß Norwegen, Schweden und Finnland, Litauen, Estland und Lettland, Polen, Ungarn, Tschechien und Ukraine, Österreich, Türkei und Malta ihre Beitrittsbereitschaft bekunden oder den Antrag schon gestellt haben, wie die Schweiz. Zwei wahrscheinlichen Nettozahlern (Österreich und Schweden) stehen mindestens zehn Nettoempfänger gegenüber, die alle gleiches Stimmgewicht, aber höchst unterschiedliche Zahllasten erhalten, zweimal zu Lasten der Deutschen.
Die Umverteilung von West nach Ost geht jetzt richtig los. Es bleibt die Hoffnung, daß mit diesen ECU-Geschenken die Freundschaft, die Demokratie und die "Partnerschaft für den Frieden" trotz der Kriege auf dem Euro-Kontinent gestärkt werden. In Bankenkreisen nennt man diese Politik "Cash gegen Hoffnung".
In der Demokratie entscheiden nicht Herr Schmidhuber oder Herr Schmidbauer, die davon leben, sondern der mündige Bürger und Steuerzahler, die dafür arbeiten und Verzicht leisten, ob der deutsche Solidaritätsbeitrag zum Euro-Staat gerecht oder ausbeuterisch ist. Ist es gerecht, wenn Irland für jeden eingezahlten ECU 6 ECU zurückerhält und Deutschland für 6 eingezahlte ECU einen zurückbekommt?
Gegen Schmidhubers (CSU) These von der "angemessenen Beteiligung Deutschlands an den Kosten der EU" sprechen folgende Zahlen.
<u>Deutsche Zahlungen an die EU (in Mrd. DM)</u>
...
Die deutsche Bruttozahlung hat sich von 1978 bis 1991 verdreifacht, von 1983 bis 1991 verdoppelt und von 1988 bis 1991 um 30 % erhöht.
Demgegenüber hat sich die deutsche Nettozahlung an die EU von 1978 (2,3 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) verachtfacht (!) von 1983 (6,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) mehr als verdreifacht von 1988 (13,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) um 50 % erhöht.
<u>Haushaltsausgaben der EU (in Mrd. DM)</u>
1981: 44,7
1983: 55,4 = 23 % + in 2 Jahren
1985: 62,7 = 13 % + in 2 Jahren
1987: 73,1 = 16 % + in 2 Jahren
1989: 85,6 = 17 % + in 2 Jahren
1991: 113,3 = 32 % + in 2 Jahren
1992: 128,8 = 6 % + in 2 Jahren
...
Die Haushaltsausgaben der EU haben sich von 1983 bis 1991 verdoppelt, von 1988 bis 1991

sind sie um 43 % gestiegen. Das Haushaltsvolumen der EU von 1981 bis 1994 expandierte exzessiv um 300 %, die deutsche Nettozahlung 78/91 explodierte um 800 %.
Das ist ungerecht und Ausbeutung der Deutschen, weil deutsche Politiker in Brüssel Euro-Interessen gegen deutsche Interessen durchsetzen, ganz im Gegensatz zu französischen, englischen, spanischen, griechischen Politikern.
Deutsche Euro-Politiker sollten das auch den deutschen Bürgern ehrlich eingestehen. Halbwahrheiten und Unwahrheiten desinformieren und desorientieren den Bürger.
Ernsthaft zu bezweifeln ist schließlich die Beschwichtigungsformel, die der EU geschenkten 20 Mrd. jährlich, die der GUS geschenkten und geliehenen 80 Mrd. und die den Polen erlassenen 12,5 Mrd. würden ja doch "irgendwie" als Exportaufträge an die Bundesrepublik "zurückfließen". ...
Die deutschen Verhandlungsführer (Kohl, Genscher, Kinkel, Waigel u.v.a.) sind gehalten, ihr politisch-soziales Gewissen an Art. 56 GG zu überprüfen:
"Wohl und Nutzen des deutschen Volkes" müssen nicht ganz und gar der europäischen Idee und dem Sozialsozialismus des Euro-Wohlfahrtsstaates, der Demokratisierung Kontinentaleuropas und der Weltfriedensstiftung geopfert werden.

6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschafts-Einheit und eine "unkündbare" Währungsgemeinschaft sein

Bevor die Europäische Union von 12 auf 16 oder 24 Mitgliedsstaaten erweitert wird, soll sie über die Wirtschafts- zur Währungs- und zur Politischen Union vertieft werden.
Nach Art. B des Maastrichter Vertrages gehört die "Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die auf längere Sicht auch eine 'einheitliche' Währung nach Maßgabe dieses Vertrages umfaßt", zu den zentralen Zielen der europäischen Einigung.
An der Frage: Bleibt das Modell der sozialen Marktwirtschaft Leitbild der Wirtschafts-Union oder wird dieses Modell durch französische Vorstellungen von "Industriepolitik" ausgewechselt, entzündet sich die Diskussion zwischen den Befürwortern und den Bedenkenträgern. Bei Durchsicht des Vertrages (Titel XIII Industrie, Art. 130 bis 130p) fällt auf, daß der Terminus soziale Marktwirtschaft nicht erscheint, es wird durchgehend von den Kompetenzen des Minister-Rates und der Kommission gegenüber den Industrieunternehmen und den Industrieregionen gesprochen.
Der Euro-Staat setzt Ziele, er verpflichtet die Mitgliedsstaaten, ihre Wirtschaftspolitiken den Zielen unterzuordnen, die Kommission überprüft, ob die Ziele erreicht wurden, Regionalfonds fördern die "rückständigen Gebiete", der Staat fördert die "bessere Nutzung des industriellen Potentials".
- Alle Initiativen gehen von der EU-Kommission aus, sie macht dem Rat Vorschläge, der Rat gibt diesen Gesetzeskraft, die Kommission überwacht und fördert (mit Geld) die Durchführung. Alle Entscheidungen sind in Brüssel zentralisiert, den selbstregulierenden Kräften des Marktes wird offenbar wenig Bedeutung beigemessen. Der Euro-Staat (Kommission und Rat) initiiert, fördert und kontrolliert, aber den Staat kontrolliert niemand. ...
Der Wirtschaftsprofessor J. Starbatty (FAZ 15.1.1994) kritisiert,
- daß im gemeinsamen Markt alle (natürlichen, historischen, politischen) Unterschiede als Wettbewerbsverzerrungen interpretiert und egalisiert werden,
- daß durch Euro-Gesetze und -Verordnungen neue Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU oder im Welthandel entstehen, wie z.B. bei den europäischen und südamerikanischen Bananen, bei den französischen und deutschen LKW-Steuern, bei den deutschen, italienischen und französischen Stahlstandorten,
- daß kein unabhängiges Amt für europäischen Wettbewerb vorgesehen ist, daß mit jedem Schritt in Richtung Zentralismus, Staatsdirigismus, Staatsinterventionismus ein Stück soziale Marktwirtschaft und bürgerliche Freiheit abgeschafft wird.

... Die "Unwiderruflichkeit" der Währungs-Union wurde auf "deutschen Antrag" hin in den Maastrichter Vertrag aufgenommen (Fr. Mitterand). Die Währungs-Union der 11 Mitgliedsstaaten begann am 1.1.1994 mit der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), Sitz Frankfurt/M. Dieses Institut soll die Voraussetzungen für die Währungs-Union schaffen und ab sofort die "Koordinierung der Geldpolitiken" der Mitgliedsstaaten verstärken, verschiedenste Konsultationen durchführen, die technische Einführung der Euro-Währung (ECU) vorbereiten und die Währungsreserven der nationalen Notenbanken schrittweise übernehmen und verwalten. Damit erhält Brüssel direkten und unkontrollierbaren Zugriff auf deutsche und andere nationale Währungsreserven.
Zwischen 1997 und 1.1.1999 wird das EWI durch die Europäische Zentralbank, wird die DM durch den ECU abgelöst, wird die autonome Bundesbank zur Filiale der EZB, nachdem sie zuvor die deutschen Währungsreserven (DM 120 Mrd., wahrscheinlich aber sehr viel mehr) auf die EZB übertragen (internationalisiert) und je 2,- DM in 1 ECU umgetauscht hat. Ob dann 1 ECU dieselbe Kaufkraft hat und behält wie vor dem Stichtag 2,- DM hatten, weiß niemand zu sagen, das wird sich herausstellen.
Am 1.1.1999 sollen dann, so wird versprochen, aus vielen auch schwachen nationalen Währungen mit Inflationsraten zwischen 3 % und 18 % (1993), wie durch ein Wunder, eine starke, europäisch-internationale Währung entstehen, die "mindestens" so stabil ist, wie die DM in den vorausgehenden 50 Jahren war. Von dieser dritten Stufe an bestimmt die EZB "autonom", welche Geldmenge, welcher Diskontsatz, welcher Wechselkurs für Europa "gut" ist. Und was gut ist für EUropa, ist auch gut für Deutschland.
- Aber nicht nur die Währungsreserven (120 bis 200 Mrd.) sondern auch die Schuldengebirge der 12/16 Mitgliedsstaaten werden internationalisiert. Die Mitgift der Deutschen 200 Mrd. Reserven und 2.000 bis 3.600 Mrd. Schulden, von der Mitgift Griechenlands, Belgiens, Italiens gar nicht zu reden.
Im "Zentralbankrat" der EZB hat Deutschland eine oder zwei Stimmen von 12, 16 oder 24- formal ganz demokratisch: one man, one vote. ...
- 60 deutsche Wirtschaftsprofessoren der ordo-liberalen Schule halten die Maastrichter Beschlüsse zur Wirtschafts- und Währungsunion in "entscheidenden 11 Punkten" für ungeeignet, das "konfliktarme Zusammenwachsen in Europa" zu erreichen.
Was im August 1993 begann - die praktische Aufgabe des Europäischen Wechselkurssystems (EWS) mit relativ festen Wechselkursen unter dem Leitkurs des ECU - könnte 6 Jahre später oder früher den Kontinent in eine schwere Geld-, Währungs-, Wirtschafts- und Sozialkrise stürzen.
Auf dem Internationalsozialismus lassen sich keine "gemeinsamen Häuser" errichten, weil bald alle durchschnittlich arm sind und nichts mehr umzuverteilen ist. Wo bleibt eigentlich die sozialdemokratische Euro-Opposition, die vor hastigen Schritten der "illusionistischen" Regierung und der Euphoriker warnt, wenn sie als Partei der kleinen Leute die "Sorge der Bürger um die Stabilität der DM für nicht unberechtigt" hält? ...
Man muß es ihnen lassen, die Europa-Architekten haben Sinn für Symbole und Zufälle, denn die Architektur ist "für das Europa des 21. Jahrhunderts" ersonnen worden, wie der Professor für politische Bildung P. Fontaine, Paris in "Zehn Lektionen" (Mai 1992) doziert:
"Die Europäische Union ist ein einmaliges Gebilde, das zwischen der Regierungszusammenarbeit und der Föderation angesiedelt ist", "die Union hat die Aufgabe, langfristig sämtliche demokratischen Länder des Kontinents(!) zusammenzufassen. Aber dieser Prozeß wird selbstverständlich schrittweise vonstatten gehen" und schließlich "die gegenwärtige Gemeinschaft" soll in der Architektur Europa 2000 "die Rolle des föderalistischen Motors des ganzen Kontinents spielen" (S. 36-7).
Die Architekten und Baumeister des "Gemeinsamen Hauses" sind sich darin einig, daß alle

Länder des Kontinents vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik, vom Nordpol bis zum Äquator unter einem Staat, unter einer Regierung, einer Verfassung, einem Recht zusammengefaßt werden sollen.
Auch Bundespräsident R. v. Weizsäcker will die "Einigung unseres Kontinents", will aus Europa "mehr" machen als ein "Europa der Vaterländer", will allen Völkern daran Anteil geben und will mit der Europapolitik und mit Europa die Lebenschancen "aller Erdbewohner" verbessern.
Daher stellt sich die Frage, wie EUropa aussehen wird, wenn sich die "europäische Idee" im 21. Jahrhundert, in 6 Jahren also, verwirklicht hat, schrittweise versteht sich.

7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Welt-Religion unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein

Diese These vertritt natürlich kein Politiker, sie könnte den Bürger verschrecken und wird deshalb nur in volkspädagogisch bekömmlichen Häppchen vorgetragen, zuerst von den Baumeistern, dann von den Maurern und Handlangern.
In der Ansprache des Bundespräsidenten am 12. Januar 1994 wird das Ziel der "langen Reise" wie folgt angedeutet:
"Auch im vergangenen Jahr habe ich auf zahlreichen Reisen Länder in Afrika, Asien und im Pazifik, in Amerika und Europa besucht", "diese Reisen dienen nicht allein dem politischen Dialog, sondern auch den 'Signalen nach Hause'. Wir sind als Deutsche nicht nur Europäer. Wir leben gemeinsam auf unserem Planeten Erde. Unsere gegenseitige Abhängigkeit wächst von Jahr zu Jahr."
So wird aus deutscher Außenpolitik planetarische, globale oder Weltwohlfahrtsstaatspolitik als "neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Idee" nach Maastricht. Diese These 7 vertritt J. Rothkranz (S. 514).
- Für Bundeskanzler H. Kohl ist Maastricht-Europa eine Wahlentscheidung über Krieg oder Frieden im 3. Jahrtausend christlicher Zeitrechnung.
Aus der Sicht des Kritikers an sozialistischen Ideen und gnostischen Weltfriedensreich-Utopien ist diese Art Kontinentaleuropa die vielleicht gefährlichste Idee nach der Wende.
Mit Karl Popper und Wolf Biermann wissen wir: "Wer immer den Himmel auf Erden sucht, wird in der Hölle landen. Und wer (wie H. Heine und K. Marx) das Paradies verspricht, der bereitet uns auf eine Karriere als KZ-Opfer oder als KZ-Aufseher vor. Traurig, aber wahr? Nein. Das ist nicht traurig, denn das ist die Wahrheit." (W. Biermann, in ‚Israel-Nachrichten v. 31.12.1993)
Die Wahrheit über Europa?
Die Bewohner des "Haus Europa 2000" sind aufgerufen, "in Verantwortung vor Gott und den (Mit-)Menschen" von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer die drei oben genannten Titel gelesen hat, weiß, was zur Wahl ansteht und weiß, wen er wählt, wenn er wählt. Er weiß auch v.a., was und wen er unter keinen Umständen freiwillig wählen darf.<<
Die deutsche Publizistin Inge M. Thürkauf berichtet später über das Christentum und die Neue Weltordnung (x939/…): >>**Die christliche Botschaft in den Fängen der Neuen Weltordnung**
Die **Neue Weltordnung** ist ein Begriff, der mit Beharrlichkeit als "Verschwörungstheorie" zur Seite geschoben wird, obwohl führende Politiker immer öfter in ihren Reden Formulierungen wie "die eine Weltregierung", "Globalisierung" oder "global governance" einflechten lassen - nicht selten in Zusammenhang mit der Agenda zur Dezimierung der Macht souveräner Staaten und der **Einen-Welt-Religion.** Die Neue Weltordnung ist mit Sicherheit keine Verschwörungstheorie, sondern das politisch korrekte Zukunftsprogramm der zurzeit mächtigsten Organisation der Welt: der **UNO** mit ihren übergeordneten Ratgebern.

Der britische Historiker Anthony Sutton wird deutlich, wenn er schreibt: "Die Gesellschaft soll verändert werden, die Welt soll verändert werden, um eine Neue Weltordnung hervorzubringen. Dies wird eine geplante Ordnung sein, mit einer strikten Einschränkung der individuellen Freiheit, ohne verfassungsmäßigen Schutz (constitutional protection), ohne nationale Grenzen oder kulturelle Unterschiede." Er spricht hier also in aller Offenheit vom Anachronismus nationaler Grenzen und kultureller Mannigfaltigkeit, und zwar global.

Erste Anzeichen einer fortschreitenden Veränderung der Gesellschaft **war das Programm der New Age Bewegung**, die Menschen und Völker zu einer universalen kommenden Weltgemeinschaft aus allen Rassen, Kulturen, Religionen und Ideologien zusammenführen sollte. Zur Entkernung christlich-abendländischer Werte gab es Angebote, Praktiken und Methoden, die darauf abzielten, die herkömmlichen Denkweisen der Menschen umzuformen. Es waren nicht nur die verschiedenen Bausteine im Zeichen des Wassermanns, wie Esoterik, Magie, Okkultismus, Selbsterlösung, östliche Philosophie, Geistheilung, etc., die die Grundrezepte lieferten, sich vom abendländischen Denken loszusagen.

Das neue Zeitgeistgefühl brach sich auch Bahn mit neuen durch Werbung und Medien indoktrinierte Gebräuche und Handlungen, denen die Gesellschaft Jahrzehnte hindurch freiwillig und mit Eifer gefolgt ist. Weltweit werden Jeans getragen, von Männern wie von Frauen. Kaugummi, Coca Cola, McDonalds sind kaum mehr wegzudenken, wir grüßen von Hammerfest bis Sizilien im gleichen Sing-Sang-Ton mit Tschüüüs, machen Lärm à la Hard Rock oder Heavy Metal und nennen es Musik.

Die Anglizismen in unserer Sprache werden zu Zeichen unseres post-modernen Fortschritts, wir mailen die news, wir suchen einen Job etc. Die Faszination der Filme à la Hollywood sowie das Fernsehen mit seinen ungezählten Kanälen haben das Denken und Fühlen einiger Generationen von Kindesbeinen an besetzt. Dies alles waren Vorboten der Neuen Weltordnung, die wir ohne große Überlegungen übernommen und zum Teil verzückt verteidigt haben: es ist doch "in", und "man" denkt eben heute so, denn die Zeiten haben sich geändert.

Können wir uns der Sogwirkung dieser alles gleichschaltenden, kulturauflösenden und sich am Banalen ergötzenden Scheinwelt überhaupt noch entziehen? Für eine Welt ohne Grenzen sind diese neuen Wertvorstellungen notwendige Gradmesser und vor allem im Interesse der Globalisierer, die sich mit ihren Plänen kaum mehr zurückhalten. Sie enttarnen sich selbst.

Am 14.5.1947 verriet Winston Churchill in einer Rede in London einige angloamerikanische Ziele in Bezug auf die Zukunft Europas: "Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. **Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben.**

Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. **Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles.**"

"Frieden" auf Erden Dank der Neuen Weltordnung

Der Gedanke einer neuen Weltordnung ist für amerikanische Präsidenten ein alter Traum. **George H. W. Bush erklärte am 11. September 1990** (auf den Tag genau elf Jahre vor dem magischen Datum 9/11) vor dem amerikanischen Kongreß: "**Wir haben vor uns die Möglichkeit, für uns selbst und für die zukünftige Generation eine Neue Weltordnung zu schaffen.** … Eine Ordnung, in der eine glaubwürdige UNO ihre friedenserhaltende Rolle anwenden kann, **um das Versprechen und die Vision der UN-Gründer zu erfüllen.**"

Dabei wird der Schwerpunkt bei der Etablierung der Neuen Weltordnung auf die Sicherung des Weltfriedens gelegt. Bei seiner jährlichen "State of the Union-Ansprache" im Februar

1991 entfaltete Vater Bush seine Vision: "Es ist eine großartige Idee: eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen in gemeinsamer Sache zueinander gezogen werden, um die universellen Bestrebungen der Menschheit, Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gesetzesordnung zu verwirklichen. …Nur die Vereinigten Staaten haben beides: das moralische Stehvermögen und die Mittel, sie zu unterstützen."
Während er dies verkündete, war der zweite Golfkrieg in vollem Gange.
Auch Woodrow Wilson, Präsident von 1913-1921, strebte eine globale Ordnung unter der Führung Amerikas an, um den Frieden in der Welt zu sichern. Der Erste Weltkrieg hat diesen Friedensplan verhindert. Ebenso brachten die Bemühungen Franklin D. Roosevelts (1882-1945), den globalen Frieden mit Hilfe Amerikas zu errichten, durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, in den Amerika eingetreten ist, offensichtlich nicht das gewünschte Resultat.

Atome für den Frieden

Ein Ereignis aus der Biographie meines Mannes beschreibt anschaulich und aufschlußreich die globalen Friedensziele Amerikas. In den 1950er Jahren propagierte der damalige Präsident General Eisenhower ein weltweites Projekt mit dem Schlagwort: "Atome für den Frieden". Alle Länder der Erde sollen in den Genuß von Atomenergie gelangen. Verfügten erst sämtliche Regierungen über genügend Energie, würden Kriege damit ausgeschaltet werden. Was für den Bau der Atomkraftwerke noch fehlte, war das schwere Wasser.
Unter der Leitung meines Mannes wurde am physikalisch-chemischen Institut der Universität Basel eine Anlage gebaut und betrieben, mit der es gelang, das schwere Sauerstoffisotop 18 auf eine Konzentration anzureichern, die damals in der ganzen Welt nirgends zur Verfügung stand. 1959 beauftragte ihn eine Schweizer Firma, in Frankreich im Atomreaktorzentrum Saclay bei Paris den Bau einer Anlage zur Herstellung von schwerem Wasser zu leiten. Die Franzosen waren bereit, eine solche Anlage in großem Stil zu bauen.
Ende 1959 wurde sie fertiggestellt, und einige Monate später, im Februar 1960, zündeten die Franzosen in der damals noch französischen Sahara eine Plutoniumbombe, denn das schwere Wasser benötigt man nicht nur für Atomkraftwerke, sondern auch für Plutoniumbomben. Es ist unwahrscheinlich, daß Amerikas Regierung nichts von dieser weit sichtbaren Explosion wußte.
Soviel zu "Atome für den Frieden". Bei den amerikanischen Friedensbemühungen scheint immer wieder etwas vehement schiefzulaufen.

Die Wurzeln der Neuen Weltordnung

Die Wurzeln der NWO sind beim Aufkommen des neuen Finanzsystems und der Industrialisierung zu suchen. **Abraham Lincoln hat vor einer despotischen Machtergreifung aufgrund der Usurpation des Geldsystems gewarnt**: "Ich sehe in naher Zukunft eine Krise heraufziehen. … In Friedenszeiten schlägt die Geldmacht Beute aus der Nation und in Zeiten der Feindseligkeiten konspiriert sie gegen sie. Sie ist despotischer als eine Monarchie, unverschämter als eine Autokratie, selbstsüchtiger als eine Bürokratie. Sie verleumdet all jene als Volksfeinde, die ihre Methoden in Frage stellen und Licht auf ihre Verbrechen werfen. …
Die Geldmacht des Landes wird danach streben ihre Herrschaft zu verlängern, indem sie die Vorurteile des Volkes ausspielt, bis der Reichtum in den Händen von wenigen angehäuft und die Republik vernichtet ist."
Es gibt zwei amerikanische Präsidenten, die es wagten, sich gegen das Geldsystem aufzulehnen: Abraham Lincoln und John F. Kennedy, beide wurden ermordet.
An der Wiege der NWO steht folglich das moderne Geldsystems, die Banken und die Kontrolle über die Zentralbanken, sowie die ganze Zinsproblematik. Der Tenor der neuen Führer lautet: Wir brauchen weder Nationen, noch Regierungen, noch Grenzen, weder nationale noch territoriale Sonderinteressen, keine natürlich gewachsenen kulturellen, religiösen und sittlichen Wertvorstellungen. **Auch ist es gleichgültig, welche Marionette amerikani-**

scher Präsident oder deutscher Bundeskanzler(in) spielt. Was wir benötigen, ist ein weltweites Geldeinheitssystem, das automatisch Macht über die Völker und Nationen übernimmt, die letztendlich auch keine Rolle mehr spielen werden.

Nathan Mayer Rothschild, Sohn des Gründers der Rothschild-Dynastie, Mayer Amschel Rothschild, fand zu diesem Thema drastisch deutliche Worte: "Ich kümmere mich nicht darum, welche Puppe auf den Thron von England gesetzt wird, um dieses Empire zu regieren, auf dem die Sonne niemals untergeht. **Der Mann, der die britische Geldversorgung kontrolliert, kontrolliert das British Empire, und die britische Geldversorgung kontrolliere ich!"**

Außer des Geldsystems der Rothschilds und Rockefellers steht am Beginn der Globalisierung die Industrialisierung. Eine Beschreibung der modernen Industriegesellschaft, die deutlich macht, daß Globalisierung, Industrialisierung und das moderne Geldsystem ein natürlicher Feind von Religion, Nation und Kultur ist, finden wir im Kommunistischen Manifest. Dort wird gefordert, daß die Welt nicht von den Proletarier aller Länder, sondern von der Geld- und Industriemacht beherrscht werden soll. Auch hier wird die Behauptung aufgestellt, daß allein diese Konstellation der Garant wäre für den Frieden in der Welt.

Das Imperium der US-amerikanischen Macht sieht eine globale Strategie vor: die Welt muß zu einem einzigen grenzenlosen Markt umgewandelt werden, in dem alle Kulturen, Religionen, Sprachen, Sitten und Gebräuche gleichgeschaltet werden sollen.

Das 20. Jahrhundert ist voll von Ideen von einem Welteinheitsstaat. Graf **Coudenhove-Kalergi**, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, nannte in seinem Buch "Praktischer Idealismus" als Kenner der Szene hinter den Kulissen die **Demokratie "eine Fassade der Plutokratie" (Herrschaft des Geldes)**. Staatsmänner in republikanischen wie in monarchischen Demokratien seien Marionetten, während die Kapitalisten die Drahtzieher sind, die die Richtlinien der Politik diktieren und durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, in geschäftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen die Minister beherrschen.

Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Dazu ein Wort eines unbekannten Propheten, das die heutige Situation treffend beschreibt: "Wer in der Demokratie schläft, erwacht in einer Diktatur."

Versetzen wir uns nun in die Zeit der 1940er Jahre.

The City of Man

Gegen Ende des Jahres **1940 erschien** in den USA und in Kanada ein schmales Bändchen von 113 Seiten mit dem Titel: "**The City of Man. A Declaration on World Democracy - Die Stadt des Menschen. Eine Erklärung zur Weltdemokratie**". Es handelte sich dabei um ein Grundsatzprogramm für den **Welteinheitsstaat** oder die **Weltdemokratie** mit der dazugehörenden **Weltreligion**, auch hier ging es um nichts Geringeres als um die Etablierung des Friedens. Das Bändchen fand rasche Verbreitung und wurde an alle größeren Bibliotheken in den USA, Kanada, aber auch in Europa verteilt.

Offensichtlich war man daran interessiert, die "Stadt des Menschen" in großem Stil bekannt zu machen. Doch plötzlich war die Schrift nirgend mehr erhältlich, offiziell bis heute nicht und in den Bibliotheken hieß es: der Titel sei unauffindbar. Was war der Anlaß für dieses eigenartige Vorgehen? Es ist zu vermuten, daß die Globalisierer beim Ausbruch des II. Weltkriegs den lange erhofften Zeitpunkt zur Gründung des geplanten Weltstaates sahen.

Vielleicht waren es die militärischen Anfangserfolge der Nazi, die zum Rückzug der Propaganda für den einen Weltstaat bliesen. Die Tatsache aber, daß von dieser Schrift nach kurzer Zeit nirgends ein einziges Exemplar mehr aufzutreiben war, weist darauf hin, daß hinter dieser Publikation eine mächtige Organisation gestanden haben muß, um ein fast weltweit wirksames Ausleihe- und Verkaufsverbot bis heute zu befehlen.

Worum handelt sich nun bei diesem Werk **The City of Man**? Es ist mehr oder weniger das vollständige Programm zur Verwirklichung einer endgültigen **Vernichtung aller Nationalstaaten**, in erster Linie aber der **Vernichtung der Religion**, unter dem hehren Vorwand ewigen "Frieden auf Erden" schaffen zu wollen.

Der Plan enthält fünf Punkte:

1. Es soll ein erdumspannender einziger Staat entstehen.
2. Dadurch werden künftige Kriege ausgeschaltet. Einzige Herrschaftsform ist die Demokratie.
3. Die Demokratie muß zugleich die alleinige und allgemeine Weltreligion werden, die Religion des Humanismus.
4. Alle derzeit noch bestehenden verschiedenen Religionen müssen in diese humanistische Religion integriert werden. Religionen aber, die sich nicht integrieren lassen, weil sie allzu starr auf einem wortwörtlichen Verständnis ihrer Dogmen beharren, werden ausgemerzt, weil sie die Demokratie und damit den Menschen selber bedrohen.

Erinnert sei an Alice Bailey, die "Hohepriesterin" von New Age, der Bewegung des Neuen Zeitalters, das ja bekanntlich einen Messias erwartet, der sich "Maitreya" nennt und Herrscher einer neuen Weltreligion sein wird. Die New Ager haben jenen, die nicht zur Zusammenarbeit mit Maitreya und der neuen Weltreligion bereit sind, Gewalt, sogar Säuberungsaktionen und Vernichtung angedroht. Diejenigen, "die falsche Lehren über den Christus verbreiten" (z.B. gläubige Christen), würden in Zukunft verschwinden, sie werden "aus der physischen Verkörperung befreit und in eine andere Dimension außerhalb jeder physischen Inkarnation gesandt" werden. Mit anderen Worten, sie würden umgebracht.

5. der Welt-Humanismus kann nur mittels einer Ausdehnung des Amerikanismus auf alle übrigen Länder der Erde durchgesetzt werde. Die Errichtung des Weltstaats muß daher von den Verneigten Staaten ihren Ausgang nehmen.

Am Schluß der Erklärung setzen die Verfasser den von ihnen angezielten Welt-Humanismus dem Amerikanismus gleich und betonen damit die Führungsrolle der Vereinigten Staaten bei der Errichtung des Welteinheitsstaates, denn **Globalisierung, so Henry Kissinger, ist nur ein anderes Wort für US-Herrschaft**. Mit einem Aufruf an die amerikanische Nation, vor allem an die amerikanische Jugend und an alle Europäer, sich für die Erneuerung der Welt entschlossen einzusetzen, endet das Dokument The City of Man.

Krieg um des Friedens willen?

Gehen wir nun einmal der Frage nach, was hinter der so auffällig zur Schau getragenen Liebe zum Frieden steckt, denn dies ist letztlich der zentrale Punkt in der Propaganda um die Neue Weltordnung. Die Verfasser von **The City of Man** sagen es an einer Stelle sehr offen: "Sinn und Ziel des menschlichen Lebens, des individuellen wie des kollektiven, ist Fortschritt und Wachstum in Verstand und Tat, und Friede, allgemeiner Friede, ist die Vorbedingung für Fortschritt und Wachstum."

Hier wird der reine Humanismus zum letzten Sinn und Ziel erklärt, der Friede hingegen zur bloßen, wenngleich notwendigen, Vorbedingung. **Friede ist also nicht das letzte Ziel, weil alle Staaten sich dem Gesetz des Weltstaates unterwerfen müssen**, "wenn es in der Welt von morgen Frieden geben soll."

Also zuerst Unterwerfung, dann erst kann Friede sein. Unterwerfung kann aber möglicherweise nur durch Krieg geschehen. Hier zitieren die Herausgeber von **City of Man** Präsident Woodrow Wilson, der damit den Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg begründet hatte:

"Ungeachtet der (wohlverdienten) Fehlschläge dieser letzten Jahrzehnte wird ein Krieg, um den Krieg zu beenden, erneut das Los unserer Generation sein - und der unsrigen allein, falls sie sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigt - oder anderer, die noch kommen werden, bis der To-

talitarismus des Todes oder die Universalität des Friedens auf der Erde errichtet ist".
Mit anderen Worten: wenn die Vereinigten Staaten die Schaffung der Weltdemokratie jetzt (also im II. Weltkrieg) in die Wege leiten kann, dann wird das der letzte Weltkrieg gewesen sein. Wenn aber nicht, werden andere Menschen, die noch kommen werden, nochmals einen Krieg führen müssen, um den Krieg zu beenden, sie werden also einen dritten Weltkrieg führen müssen bis zum "Totalitarismus des Todes" oder bis der Frieden auf Erden endlich errichtet ist, meines Erachtens das Friedensreich des Antichristen.
1950 erklärte der Großbankier und Rothschild-Agent **James Warburg**:
"**Wir werden eine Weltregierung haben, ob es uns gefällt oder nicht.** Die einzige Frage ist, ob die Weltregierung durch Eroberung oder Einwilligung erreicht wird."
Die folgenden Zitate bestätigen das Dokument "The City of Man" durch den internationalen Konsens zur Vorbereitung einer Neuen Welt-Demokratie, sprich Weltregierung:
Am 2. April 2009 trafen sich in **London** die Finanzminister und Zentralbankchefs aus 20 Ländern einschließlich der sieben großen Industrienationen zum G20-Gipfel. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank waren ebenfalls Teilnehmer dieses Treffens. **In einer programmatischen Rede bekräftigte Premierminister Gordon Brown die Entstehung einer Neuen Weltordnung:**
Vor 200 Jahren, so sagte er, habe eine neue Welt die alte abgelöst. 1990 war das Ende einer durch den Kalten Krieg bestimmten alten Welt. Man habe damals von einer politischen neuen Ordnung gesprochen. Was nicht habe vorausgesehen werden können, sei die Schnelligkeit der Globalisierung. Heute nun begännen wir zu verstehen, daß die Weltordnung, die durch die Globalisierung vorangebracht wird, nicht durch militärische Stärke wie noch im Kalten Krieg, sondern durch ökonomischen Einfluß entstehe.
Die Länder, die in Zukunft erfolgreich sein werden, seien jene, die Flexibilität, freie Marktwirtschaft, freien Handel, Innovation und Förderung der Bildung miteinander verbinden könnten. Abschließend konstatierte **Brown:**
Eine neue Welt sei im Kommen. Es sei eine Neue Weltordnung mit ganz anderen und radikal neuen Herausforderungen für die Zukunft.
Strobe Talbott, Vize-Außenminister der USA von 1993 bis 2000, **sprach bereits 1992 Klartext: "Im nächsten Jahrhundert (dem 21. Jh.) werden Nationen, wie wir sie kennen, obsolet sein**; alle Staaten werden eine einzige globale Autorität anerkennen. Nationale Souveränität war letztendlich keine so gute Idee."
David Rockefeller sah die Welt schon 1994 am Rande einer globalen Umwälzung. Er **war überzeugt, daß es nur noch einer Krise großen Ausmaßes bedürfe und die Nationen würden die neue Weltordnung annehmen**. In einer Ansprache vor der **Trilateral Commission** 1991 dankte er "der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen Publikationen, deren Direktoren an unseren Treffen teilgenommen und beinahe 40 Jahre ihre **Versprechen zur Geheimhaltung** eingehalten haben. Es wäre für uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, wenn wir während dieser Jahre Gegenstand der breiten Öffentlichkeit gewesen wären. Aber jetzt ist die Welt aufgeklärt und vorbereitet genug, um einer **Weltregierung** entgegenzugehen."
Ein Beweis, daß in der Politik nichts zufällig geschieht, und wenn etwas geschieht, man sicher sein kann, daß es auch auf diese Weise geplant ist. (Franklin D. Roosevelt.)
Die "Lügenpresse" ist offensichtlich nicht lediglich eine Erfindung der Pegida-Demonstranten. **Völlig unmißverständlich drückte sich** die deutsche Bundeskanzlerin **Angela Merkel** auf dem Kirchentag in Dresden **2011 aus: "Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhin können, Souveränität, Rechte, an andere abzugeben."**
Ein friedliches Zusammenleben, so beteuerte sie, sei nur mit einer globalen Ordnung möglich,

denn diese Welt könne keine friedliche Welt sein, wenn wir nicht zu mehr globaler Ordnung und mehr multilateraler Zusammenarbeit finden.
Frau Merkel sieht in der Globalisierung Chancen und "ein Schlüssel zur Zukunft und … auch zur Toleranz, weil sie eine weltweite Öffnung politischer, wirtschaftlicher und kommunikativer Grenzen mit sich bringt ... Ich bin sehr froh, daß der Begriff der Toleranz nun auch Teil der Grundrechts-Charta im neuen EU-Reformvertrag ist", bekräftigte sie in einer Rede am 11. Juli 2007 an der Universität Heidelberg.
Ein Blick in den EU-Vertrag klärt uns über die seltsame Art der Toleranz von Frau Merkel auf: Obwohl EU-weit die Todesstrafe abgeschafft ist, lesen wir in den Erläuterungen zu diesem Vertrag in Artikel 2 Abs. 2 EMRK: "Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um zum Beispiel einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen."
Und Artikel 2 des Protokolls Nr. 6 EMRK wird noch deutlicher: **"Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden. …"**
Es ist sicher nicht abwegig sich darüber Gedanken zu machen, inwiefern die beiden Artikel greifen werden, wenn der Widerstand im Volk gegen die Zerstörung europäischer Kultur und Geschichte, gegen den Austausch von Ländern und Völker im Namen der Neuen Weltordnung wächst.

Die Weltordnung der Päpste

Was besonders schmerzt, sind die Bekenntnisse der letzten Päpste zur neuen Weltordnung. In seiner Enzyklika "Pacem in terris" **entwarf Papst Johannes XXIII. das Bild eines Weltstaates.** Als seine Vorboten nannte er die Organisation der Vereinten Nationen und vor allem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, also zwei ausgesprochen weltliche Institutionen.
Schwerwiegend sind die Schlußworte von **Papst Paul VI.** am 4. Oktober 1965 vor der Vollversammlung der UNO: "Diese Begegnung … ist von Einfachheit geprägt, denn der zu Ihnen spricht, ist ein Mensch genau so wie sie. **Ihr Bruder ist er,** und sogar der Geringste unter Ihnen."
Das Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche bezeichnete sich in geradezu peinlicher Unterwürfigkeit einer der Kirche feindlich gegenüberstehenden Organisation als "geringster Bruder". Doch der Papst fuhr fort: "Als Experten sozusagen für die Menschlichkeit tragen Wir Ihrer Institution in diesem Augenblick die Unterstützung Unserer letzten Vorgänger, die aller katholischen Bischöfe und Unsere persönliche an. Wir sind gewiß, daß diese Organisation den angemessenen Weg zur zeitgerechten Zivilisation und zum Weltfrieden öffnet. …
Sie haben ein Gebäude errichtet, das niemals in Trümmer gehen darf. Es muß vervollkommnet und dem Lauf der Geschichte dieser Welt angeglichen werden. Sie vertreten eine Entwicklungsstufe der Menschheit. Von nun an ist es nicht mehr möglich, zurückzuweichen. Man muß voranschreiten."
"Entwicklungsstufe der Menschheit" ist ein Terminus des Evolutionisten Pierre Teilhard de Chardin, für den sich der Mensch in einer Entwicklung hin zum Punkt Omega befindet, um dort aus sich selbst zur Vollendung zu gelangen.
Das folgende Zugeständnis von Papst Paul VI. gegenüber der UNO reflektiert die Teilhardsche Philosophie des Einswerdens:
"Man wäre fast versucht zu sagen, daß Ihr Wesensmerkmal in der zeitlichen Ordnung gewissermaßen das widerspiegelt, was unsere katholische Kirche in der geistlichen Ordnung sein will: einmalig und universal. … Nichts Höheres kann man im ideologischen Bereich auf natürlicher Ebene erdenken. Ihre Berufung ist es, nicht nur einige, sondern schlechthin alle Völker zu verschwistern."

"Sehr geehrte Herren, Sie haben ein Werk begonnen. … Sie lehren die Menschen, den Frieden zu erkennen. Die Vereinten Nationen sind die hohe Schule, in der man die Bildung erhält, und wir sind hier in der Aula Magna dieser Schule. … Und wenn sie diesen Raum verlassen, dann wird die Welt auf Sie als die Architekten, als Erbauer des Friedens blicken."

Die UNO als Architekt des Friedens? Daß die weltlichen Herrscher die Menschheit mit trügerischen Friedenshoffnungen versuchen irrezuführen, das haben wir mittlerweile verstanden, doch wenn der Stellvertreter Christi auf Erden, der den Frieden seines Herrn und Meisters Jesus Christus zu verkünden hat, als Hirte seine Schafe nicht auf das Reich Gottes lenkt, sondern auf eine weltliche Institution, bleibt nichts als eine unendliche Verlassenheit. Die Schlußworte des **Papstes** sind geradezu beunruhigend:

"Das ist ja das Schönste an der Organisation der Vereinten Nationen: ihr echt menschliches Antlitz. Dies ist das Ideal, das auf der Pilgerschaft durch die Zeiten von der Menschheit erträumt wurde. Dies ist die größte Hoffnung der Welt! Wir wagen zu sagen: das ist der Widerschein des Planes Gottes: ein alles übersteigender Plan voller Liebe für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft auf Erden, ein Widerschein, in dem die himmlische evangelische Botschaft irdisch wird."

Am Ende seiner Rede setzte der Papst noch deutlichere Akzente: "Was Sie von dieser Stelle aus verkündigen, das sind die Grundrechte und die Grundpflichten des Menschen, seine Würde und seine Freiheit, vor allen die Religionsfreiheit. Sie sind die Interpreten dessen - Wir spüren das - was höchster Gehalt menschlicher Weisheit ist, wir möchten es nennen: ihr heiliger Charakter."

Dieser Kult an den Menschen und das unverhohlene Eintreten für den Weltstaat ist die größte Ehre, die von kirchlicher Seite je an die UNO gerichtet wurde. Wer will es folglich dem "Philosophen der UNO" und langjährigen Vize-Generalsekretär Robert Muller verargen, wenn er die UNO als "modernes Bibelinstitut" verherrlicht und sich sogar dazu versteigt, die Vereinten Nationen als "Leib Christi" zu bezeichnen.

In der Fronleichnams-Predigt **am 17. Juni 1965 befürwortete Papst Paul VI. den Weltstaat** in einer zu diesem Fest kaum passenden Weise: "Man möchte den Weltstaat und die neue, ideale Gesellschaft bauen. Wie vielseitig die Menschheit bei der Errichtung des ungeheuren Gebäudes engagiert ist und welche bedeutenden Fortschritte man dabei macht, ist Uns durchaus bekannt. Sie sind es wert, bewundert und unterstützt zu werden."

Auch sein Hymnus anläßlich der Mondlandung im Juli 1969 ist für einen Papst recht ungewöhnlich und befremdlich: "Ehre dem Menschen, Ehre dem Denken, Ehre dem Wissen, Ehre der Technik, Ehre dem Wirken, Ehre der menschlichen Kühnheit! Ehre der Synthese der wissenschaftlichen Aktivität und der Organisationskraft des Menschen, der im Unterschied zu den übrigen Lebewesen, durch seinen Geist und seine manuelle Geschicklichkeit Instrumente zur Eroberung der Welt herzustellen weiß. Ehre dem Menschen, dem König der Erde und heute Fürsten des Himmels. Ehre dem lebenden Wesen, das wir sind, in dem sich das Bild Gottes spiegelt und das, im Beherrschen aller Dinge, dem biblischen Auftrag gehorcht: Mehret euch und herrschet."

Die Mondlandung war ein rein profanes Unternehmen, es ist nicht bekannt, daß die Astronauten als wahrnehmbares Zeichen christlichen Bekennens ein Kreuz am Ort ihrer "Eroberung" aufgerichtet hätten.

In seiner Enzyklika CARITAS IN VERITATE weist **Papst Benedikt XVI.** mit Bezug auf Papst Johannes XXIII. ebenfalls auf eine Weltautorität hin:

"Um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, einer Verschlimmerung der Krise und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen, um eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, sowie Ernährungssicherheit und Frieden zu verwirklichen, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme

zu regulieren, ist das Vorhandensein einer echten politischen **Weltautorität**, wie sie schon von meinem Vorgänger, dem seligen Papst Johannes XXIII., angesprochen wurde, dringend nötig."
Wenn die höchste Obrigkeit der katholischen Kirche in kaum verschlüsselten Worten sich zur "Weltautorität" bekennt, ist anzunehmen, daß die Herrschaft über die Welt durch die Globalisierer schon weit gediehen ist. Das würde beinhalten, daß alle überkommenen kulturellen und religiösen Werte, Sitten und Gebräuche in Vergessenheit geraten sollen.

Die Endlösung der Globalisierer

Wie sehr bedroht die Gesamtheit der Völker schon ist, erfahren wir aus den Büchern des amerikanischen Militärstrategen, Vordenkers und Planers der Neuen Weltordnung, **Thomas P. M. Barnett** (*1962 in Chilton, Wisconsin). Er ist davon überzeugt, daß Amerika dazu berufen sei, der Welt globale Spielregeln für die neue Weltwirtschaftordnung vorzulegen.
Von der Firma Cantor Fitzgerald wurde er Anfang 2000 beauftragt, ein Forschungsprojekt mit Namen "New Rule Sets Project" (Projekt Neue Spielregeln) über globale Militärstrategien zu leiten. Das Büro der Arbeitsgruppe befand sich im 107. Stockwerk des New Yorker World Trade Center. **Zur Zeit der Anschläge von 9/11 hatte das Team gerade einen freien Tag** und Thomas Barnett konnte kurze Zeit später als Berater für Strategiefragen im Büro von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im Pentagon seine Arbeit aufnehmen.
Es scheint **Thomas Barnett** vorbehalten zu sein, uns die Pläne der Globalisierer im Detail vorzulegen. **2005 schon beschrieb er** ihre Absicht, **eine "Gleichschaltung aller Länder der Erde, und zwar durch die Vermischung der Rassen"** ins Auge zu fassen. Jährlich sollen in Europa 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt aufgenommen werden. Dabei ist es niemandem erlaubt - weder Regierungen noch Institutionen - die Flüchtlingsströme zu behindern. Landesgrenzen sollen eingeebnet, die Rassen vermischt, nationale Werte und Gebräuche, sowie traditionelle Religionen abgeschafft werden.
Das Endziel soll eine hellbraune Rasse ergeben mit einem durchschnittlichen IQ von 90 sein, zu dumm zu begreifen, aber intelligent genug um zu arbeiten. Sollte sich Widerstand regen, dann müsse ein neuer 11. September inszeniert werden. Barnett selbst möchte eine Globalisierung, die sowohl multikulturell als auch multirassisch sein soll. Aber das wünschen die Erbauer der Neuen Weltordnung gerade nicht, sie arbeiten an einer kompletten Durchmischung und damit an der Vernichtung der Kulturen und der Rassen. Darauf hin angesprochen, antwortete **Barnett: "Sollte man Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, so fordere ich: "We shall kill them" (wir werden sie töten).** ..."
In ähnlichen Worten beschrieb der englische Schriftsteller **H. G. Wells** den Plan der Globalisierer: **Zahlreiche Menschen werden die NWO hassen und beim Versuch, gegen sie zu protestieren, werden sie sterben.**
Hier wird eines deutlich: Das Konzept der Neuen Weltordnung wird nicht ohne Einsatz von Terror erreicht werden können. Während die Angriffe der Globalisierer sich auf unsere Freiheit richten, werden wir, die Verteidiger unserer christlichen Werte und unserer Freiheit als "gewalttätige Extremisten" bezeichnet.
Die apokalyptische Konstruktion einer Neuen Weltordnung kann nur gelingen, wenn eine Vereinheitlichung der Denkweisen erreicht werden kann. Ein materialistisches Weltbild, verkörpert durch die neue Ideologie **Gender Mainstreaming, ist dafür die ideale Strategie.**
Bei der Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts geht es also um eine Enteignung der kulturellen Identität und des christlichen Wertefundaments von Europäern. Wir sollen zu Fremden im "eigenen Haus" werden. Die weiße Farbe soll verschwinden, auch dies ist kein Geheimnis mehr, wir müssen es nur langsam begreifen lernen. Was wir zur Zeit erleben, ist der Abschied von einer Jahrhunderte alten Kultur, Abschied von einer christlichen Denk- und Lebensweise. Das Deutschland, das wir einst gekannt haben, wird es bald nicht mehr geben.

Politiker reden schon heute von Neubürgern.
Es sieht nicht so aus, als ob die Bundesregierung sich groß anstrengend würde, "Schaden vom deutschen Volks abzuhalten", wie es der Text der Eidesformel verfügt. Jene, die sich um die Identität ihres Vaterlandes und ihrer Heimat - zwei Begriffe die a priori schon als politisch nicht korrekt eingestuft werden - sorgen und dies laut äußern, werden ausgegrenzt und fallen unter das Verdikt des "Rassismus", der "Islamophobie" oder prinzipiell der "Xenophobie" - Fremdenfeindlichkeit.

Gender Mainstreaming - Steigbügelhalter der Neuen Weltordnung

Unter dem Stichwort **"Enteignung der kulturellen Identität"** zählt der Begriff **Gender Mainstreaming,** eine Ideologie **ist dabei, das Wertefundament unserer Gesellschaft aufzulösen.**

Die offizielle Definition von **Gender Mainstreaming** spricht von der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Doch dies ist eine gezielte **Begriffsverwirrung.** Dahinter steckt eine Ideologie, die fundamental in unseren Alltag eingreift und vor allem die Familie, Männer, Frauen und Kinder **umerziehen und bevormunden will.** Für die politische Strategie fordert die **Neue Weltordnung** Menschen, die sich ihrer Identität nicht mehr bewußt sind und somit beeinflußbar für Manipulation und Umverteilungspolitik - von der verordneten Sprachregelung bis zur planwirtschaftlichen Frauenquote.

Gender bedeutet ein gewandeltes Verständnis von Geschlecht, d.h., genitale Unterschiede zwischen den Geschlechtern seien nicht naturgegeben, sondern ein "Produkt soziokultureller Konstruktionen", d.h. das Ergebnis sozialer und politischer Umstände, getrennt vom biologischen Geschlecht. **Die Tatsache, daß der Mensch von Gott als Mann und als Frau geschaffen wurde, ist nicht mehr von Belang**, jede sexuelle Orientierung - heterosexuell, homosexuell, lesbisch, bisexuell, transsexuell ist - gleichwertig und auch beliebig wählbar. Es geht hier also um die **Gleichstellung aller sexuellen Lebensformen** und nicht um die Gleichstellung von Mann und Frau.

Gender Mainstreaming strebt eine **totale Veränderung der Geschlechter** und somit der Gesellschaft, vor allem der familiären Strukturen an, und zwar aus dem einen Grund, der Jugend die geschlechtliche Orientierung zu nehmen. Menschen, die nicht wissen, wer sie sind, werden orientierungslos und sind der Gefahr ausgesetzt, Opfer von Manipulation zu werden.

Den ideologischen Ursprung von Gender finden wir im Marxismus. Die Abschaffung der bürgerlichen Familie beschäftigte schon Marx und Engels. Sowohl der Mann als auch die Frau sollen in den Arbeitsprozeß einbezogen, die Kinder jedoch dem Staat übergeben werden, zur Erleichterung der Frau, die dem Joch des Mutter- und Hausfrauendaseins entledigt wird. Und wie viele Frauen sind darauf hereingefallen.

Den vorläufigen Höhepunkt in der gegenwärtigen Diskussion um Gender Mainstreaming ist "The Queen of Austria" und "Ikone Europas", Conchita Wurst. Die bärtige Sängerin ist seit Monaten das wichtigste Propagandainstrument von Gender. So ist es für die Genderologen selbstverständlich, die Diva mit Vollbart auch in den Schulen zu präsentieren. Ein Schulleiter meint: Der Besuch Conchitas sei Anlaß, um herauszufinden, wie die Jugendlichen über Mann und Frau denken. Es soll ihnen verständlich gemacht werden, daß man nicht unbedingt die Werte der traditionellen Familie übernehmen müsse.

Die Medien haben es nicht nehmen lassen, diese androgyne Gestalt neben den uns bekannten Herz-Jesu-Bildern zu plazieren.

Die Journalistin Dale O'Leary (*1941) hat in ihrem Buch **"The Gender-Agenda"** fünf Leitsätze des Genderismus definiert, wie sie **im UN-Establishment verankert** sind:

1. In der Welt braucht es weniger Menschen und mehr sexuelle Vergnügungen. Es braucht die Abschaffung der Unterschiede zwischen Männer und Frauen sowie die Abschaffung der Vollzeit-Mütter.

2. Da mehr sexuelle Vergnügen zu mehr Kindern führen können, braucht es den freien Zugang zu Verhütung und Abtreibung für alle und Förderung homosexuellen Verhaltens, da es dabei nicht zur Empfängnis kommt.
3. In der Welt braucht es einen Sexualkundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der zu sexuellem Experimentieren ermutigt, es braucht die Abschaffung der Rechte der Eltern über ihre Kinder.
4. Die Welt braucht eine 50/50-Männer/Frauen-Quotenregelung für alle Arbeits- und Lebensbereiche. Alle Frauen müssen zu möglichst allen Zeiten einer Erwerbstätigkeit nachgehen.
5. Religionen, die diese Agenda nicht mitmachen, müssen der Lächerlichkeit preisgegeben werden.
Dale O'Leary war Teilnehmerin an der **Peking Konferenz 1995, wo der Begriff "Gender" offiziell eingeführt wurde.** In ihrem Buch "Die Gender-Agenda" schreibt sie: "Über das, was Gender will, gibt es keine offene Diskussion. Sie kommt nicht als großes Schiff daher, obwohl sie doch in allen politischen und öffentlichen Programmen verankert werden soll, sondern wie ein U-Boot, das keiner genau kennen soll."
Das war im Jahre 1997. In der Zwischenzeit wurde **Gender Mainstreaming** klammheimlich, **ohne Bürgerbefragung und ohne Debatte,** weder im Parlament noch in den Medien, 1999 zur "Gleichstellungspolitik mittels der politischen Strategie des Gender Mainstreaming als durchgängiges Leitprinzip und Querschnittsaufgabe" festgelegt.
Wir haben es hier also mit einer offiziellen politischen Zielsetzung zu tun, die administrativ und auf dem Weg des Gesetzes sowohl durch **ein Zusammenwirken von UNO- als auch EU-Organisationen** in der Gesellschaft bereits durchgedrückt wurde. Es handelt sich um eine sogenannte top-down-Ideologie, die nicht von der Bevölkerung, sondern von den Machteliten der Welt ausgeht, und die mit den Mitteln der Gesetze der Bevölkerung aufgezwungen wird.
Die folgenden Ausführungen verdeutlichen, wie die **Veränderung bzw. Zerstörung der Gesellschaft gerade im Bereich der Ehe und Familie von langer Hand vorbereitet** wurde.
Der erste Generaldirektor der WHO von 1948 bis 1953, Dr. Brock Chisholm, legte anfangs der 1950er Jahre mit großer Offenheit das Konzept vor. Er war der Meinung, Glaubenskodizes, feste Regeln und Dogmen gehören abgeschafft. Eltern waren für ihn Diktatoren, die die bessere Natur ihrer Kinder unterdrückten, und er glaubte, die Kinder müßten von religiösen und kulturellen Vorurteilen, die ihnen aufgezwungen würden, befreit werden. Er befürwortete Sexualerziehung von einem frühen Alter an und lehrte, daß die Gebräuche der Älteren ausgemerzt werden sollten, wenn nötig mit Gewalt. Die Geschlechter sollen ineinander verschmolzen oder umgepolt, Kinder von ihren Familien befreit und die Familie, so wie wir sie kennen, abgeschafft werden."
Dieser Generalangriff gegen Ehe und Familie wurde bereits in großem Stil umgesetzt. Die **Trennung der Kinder von den Eltern in einem frühen Alter** wird als unabdingbar erklärt und mit der aggressiven Forderung nach Kitas diktiert: **"Alle Kinder müssen in die Kita",** tönte es von der Ministerpräsidentin von NRW Hannelore Kraft. Nun hören wir von sexuellen Übergriffen in einer Kita in Mainz. "Kita in Mainz geschlossen wegen sexueller Übergriffe von Kindern an Kinder. Das Personal entlassen", lauteten die Schlagzeilen quer durch die Medien.
Aus einem Bericht des SWR geht hervor, daß es bei den Übergriffen um Vorfälle handelt, bei denen Kinder unter Androhung von Gewalt durch andere Kinder genötigt worden sein sollen, ihre Geschlechtsteile zu zeigen oder Gegenstände in den Anus einzuführen. Es ist kaum vorstellbar, daß das Personal diese Übergriffe nicht bemerkt haben soll.
Die Elternvertreter sind fassungslos, warum eigentlich?
Haben sie sich nie näher mit den Vorgängen und Plänen der Kitas beschäftigt?
Werden sie erst aufwachen, wenn sie eines Tages erkennen, daß ihre Kinder sich ihnen ent-

fremdet haben und sie nicht mehr als Eltern anerkennen? Asoziale und vereinsamte Wesen sind in der Neuen Weltordnung willkommen, weil beherrsch- und manipulierbar.

Die Sexualisierung der Jugend ist ganz im Sinne Lenins, dem folgendes Zitat zugeschrieben wird: **"Wenn wir eine Nation vernichten wollen, so müssen wir erst ihre Moral vernichten.** Dann wird uns diese Nation als reife Frucht in den Schoß fallen. Interessiert die Jugend für Sex und ihr bekommt sie ohne Schwierigkeiten in eure Gewalt".

Um die "Vernichtung der Nation" zu erreichen, muß das Denken bis in die Wurzeln umgewandelt werden. Das stärkste Zerstörungspotential, das diese Forderungen erfüllt und Gesellschaft und Familie damit auszulöschen droht, ist **Gender Mainstreaming.** Dem italienischen Philosophen marxistischer Prägung und Mitbegründer der kommunistischen Partei Italiens, **Antonio Gramsci** (1891-1937) war klar, daß im Westen die Revolution am bestehenden bürgerlichen Wertekanon scheitern wird, daher setzte er auf **Untergrabung und Zerstörung jener Werte, die eine bürgerliche Kultur aufrechterhalten: das Christentum.**

Die Arbeiter seien für die notwendig revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht zu gewinnen, wenn sie weiterhin an ihrem katholischen Glauben festhielten. Dieser müsse ihnen ausgetrieben werden. - Seit Jahrzehnten erleben wir, wie diese rote Ideologie in die Gesellschaft hineingetragen wird.

Kein Platz für Christus und Seine Botschaft

So langsam dringt mit erschreckender Klarheit in unser Bewußtsein, daß in unserer Gesellschaft für die christliche Botschaft kein Platz mehr ist. Die Europäische Union hat sich am 18. Juni 2004 auf eine Verfassung ohne Gottesbezug geeinigt. **Valéry Giscard d'Estaing,** der Vorsitzende des EU-Konvents zur Zukunft Europas 2004, erklärte, daß die **EU-Verfassung nicht der richtige Ort** sei **für einen religiösen Hinweis.** So einigte man sich auf eine allgemeine Andeutung auf die religiösen und kulturellen Traditionen Europas, um Millionen Nicht- und Andersgläubigen nicht den Eindruck zu vermitteln, ausgeschlossen zu werden.

Scharfe Worte gegen die Religion fand **Hillary Clinton,** die im April 2015 angekündigt hat, sich nach 2008 zum zweiten Mal um die Präsidentschaft der USA bewerben zu wollen. **Auf einer Konferenz über Feminismus** im Lincoln Center in Manhattan **versprach sie** unter tosendem Applaus im Falle ihrer Wahl eine Politik zugunsten der **Anerkennung der Abtreibung als Frauenrecht.**

Gleichzeitig kritisierte sie eine "Diskriminierung" der Frauen und der Homosexuellen durch Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit. Religiöse Überzeugungen würden die Rechte der Homosexuellen (LSBTTIQ) einschränken. Ausdrücklich nannte sie bei ihrer Kritik auch den Widerstand der katholischen Kirche gegen die Gesundheitsreform der Regierung Obama, die eine für katholische Institutionen nicht akzeptierbare Verordnung zur Finanzierung von Verhütung und Abtreibung einführte.

Ebenso rechtfertigte die Ex-First Lady die staatliche Finanzierung von Planned Parenthood, welche die weltweit größte Abtreibungsorganisation der USA repräsentiert. Der Abtreibungskonzern erhält von der US-Regierung jährlich über eine halbe Milliarde Dollar und weitere 35 Millionen Dollar zahlt die Regierung Obama an den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, damit weltweit für Abtreibung und Sterilisierung geworben werden kann. Der Plan für eine Reduzierung des Bevölkerungswachstums wurde von den Erbauern der Neuen Weltordnung noch nicht aufgegeben.

Die globale Elite wünscht, die Weltbevölkerung auf 500 Millionen zu begrenzen. Also ca. 90 % weniger Menschen auf der Erde als zurzeit darauf leben. Daher ist es nicht weiter erstaunlich, daß **Hillary Clinton** in ihrer Rede auch die "sexuelle und reproduktive Gesundheit" verteidigte. Ein Euphemismus, hinter dem sich das Recht auf Abtreibung, Verhütung, künstliche Befruchtung in allen Varianten und die Gender-Ideologie versteckt.

Der Gipfel ihrer Auslassungen war die Forderung, der Staat solle sein Gewaltmonopol

einsetzen, um unerwünschte religiöse Überzeugungen und Dogmen zu ändern. Damit ruft Hillary Clinton **nach dem Zwangsstaat,** der als "Zwingherr zum Glück" auftreten soll. "Tiefverwurzelte kulturelle Codes, religiöse Überzeugungen und strukturelle Phobien haben sich zu ändern. Die Regierungen müssen ihre Möglichkeiten zum Zwang nützen, um die überlieferten religiösen Dogmen neu zu definieren."
Bill Donohue, der Vorsitzenden der Catholic League, kritisierte diese "Kriegserklärung gegen die Religion" eines Kandidaten für das amerikanische Präsidentenamt mit aller Schärfe. Das sei der "wahrscheinlich aufrichtigste progressive Slogan in der Geschichte", so Ed Morrissey von HotAir.com. Die Anspielung, daß eine Nation, die auf der Säule der Religionsfreiheit gründet, die Machtmittel des Staates dazu einsetzen soll, die religiösen Überzeugungen zu ändern, sei eine nie dagewesene Erklärung.
Es stellt sich die Frage, in wie weit die Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei für das Weiße Haus sich überhaupt berühren läßt von den weithin bekanntgewordenen Massakern und Vertreibungen, die seit Jahren an Christen begangen werden. In ca. 60 islamischen, hinduistischen, buddhistischen und kommunistischen Ländern findet eine Christenverfolgung statt, die alles bisher menschlich Bekannte und Vorstellbare übertrifft.
"Christian Solidarity International" **(**CSI) geht davon aus, daß weltweit über 175.000 Christen jedes Jahr wegen ihrer Religion ermordet oder zu Tode gefoltert werden. Die Brutalität, mit der vor allem in muslimischen Staaten gegen Christen vorgegangen wird, zeigt neue Dimension menschlicher Abgründe.
Da die westliche Welt sich offensichtlich nur halbherzig dieser Welle der Gewalt entgegenstellt, hat sich nun die irakische Regisseurin und schiitische Muslima, Aida Schläpfer Al Hassan, dieses Leidens angenommen. "Ich will mit meinem Film einen weiteren drohenden Völkermord an diesen Menschen verhindern", sagt sie und war **schockiert über die Barbarei, die an Christen begangen wird.** In einem Kurzfilm von etwa zwei Minuten mit dem Titel **"Noun"** (das arabische Wort für **Nazarener**, mit dem Buchstaben N wurden im Irak die Haustüren der Christen markiert) widmet sie sich der Christenverfolgung durch den Terror des Islamischen Staats (IS) im Irak.
Der Film wurde für das Internationale Film-Festival in Locarno 2015 nominiert, doch zunächst aus "Qualitätsgründen" abgelehnt. Auf Druck der Öffentlichkeit mußte er aber schließlich doch noch gezeigt werden.
Früher, so berichtet **Aida Schläpfer Al Hassan,** habe man sich im Irak keine Gedanken gemacht, ob der Nachbar Sunnit, Schiit, Kurde oder Christ sei. Doch mit der Invasion der Amerikaner in den Irak, dem Bürgerkrieg und der ausufernden Gewalt des IS sei das gegenseitige Mißtrauen mittlerweile groß.
Diskriminierung der Christen
Was in der öffentlichen Debatte totgeschwiegen wird, ist die Tatsache, daß über 85 % der sogenannten "hate crimes" gegen Christen gerichtet sind. Darunter fallen durch das von der EU verabschiedete und in den nationalen Verfassungen verankerte sogenannte "Diskriminierungsverbot wegen sexueller Orientierung" (das höher bewertet wird als die persönliche Gewissensentscheidung) auch berufliche Einschränkungen und Diskriminierungen bis zu einem Ausmaß, daß in bestimmten Fällen die Existenzgrundlage von Menschen zerstört wird, wie z.B. in England, wo Klöster ihre Gasthäuser schließen mußten, weil sie gezwungen gewesen wären, auch an unverheiratete und homosexuelle Paare zu vermieten.
Ebenso mußten katholische Adoptionsvermittlungen ihre Einrichtungen schließen. Sie hätten Kinder auch an homosexuelle Paare vermitteln müssen.
Ein christlicher Standesbeamter, der aus religiöser Überzeugung sich nicht in der Lage sieht, ein homosexuelles Paar zu trauen, wird seine Stelle verlieren, wenn er den Vorgaben nicht Folge leistet. Ebenso werden Berufe wie Standesbeamter, Arzt, Krankenschwester und He-

bamme oder Apotheker für Christen nicht mehr ausübbar sein, und Lehrer und Eltern geraten in Schwierigkeiten, wenn sie mit der staatlich festgelegten Sexualmoral nicht einverstanden sind.
Das **Antidiskriminierungs-Gesetz** führt zur absonderlichen Situation, daß ein katholischer Eventplaner auch für Homosexuelle Verpartnerungs-Feiern organisieren müßte, oder ein katholisches Bildungshaus sich nicht weigern könnte, die Tagung einer Abtreibungs-Organisation in ihren Räumen zu ermöglichen. Fraglich wäre ebenso, ob ein Pfarrer gezwungen wäre, den Pfarrsaal für die Planung einer Love-Parade etc. zur Verfügung zu stellen.
Aber auch im nicht-kirchlichen Bereich schafft das Gesetz absurde Möglichkeiten: Jüdische Einrichtungen wären gezwungen, antisemitisch orientierten Gruppen ihre Räume zu überlassen. Überlebende des kommunistischen Terrors müßten ihre Wohnung an ein kommunistisches Paar vermieten, und wie würde wohl die Antwort eines islamisches Reisebüros lauten, das aufgefordert wird, Christen nach Mekka mitzunehmen?
Anläßlich der Sacra Liturgia Konferenz in New York City im Juni 2015 faßt Bischof Frank Caggiano von Bridgeport im Rahmen seiner Homilie (Rede) die Not der Zeit zusammen: die Welt von heute wünscht, daß die Katholiken verschwinden. "Wir werden leiden." Gleichzeitig forderte er die Katholiken jedoch dringend auf standzuhalten. Dazu bedarf es jedoch der Standhaftigkeit des heute so angefochtenen Glaubens.

Die Weltregierung des Weltenherrschers

Es gibt jedoch eine Weltordnung, auf die wir unseren Blick richten, um die wir uns sogar bemühen und sie innig erhoffen und erflehen müssen: die eine Weltregierung des Pantokrator Jesus Christus. In den Berichten über die Zeit nach seiner Auferstehung unmittelbar vor seiner Himmelfahrt lesen wir von der Aussendung der Zwölf an alle Menschen bis an die Enden der Erde. Ihm, Jesus, ward alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden.
Darum hatte er auch die Macht die Jünger zu senden, um seine Botschaft zu allen "Völkern und Könige" zu tragen: "Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe." (Matthäus 28, 18-20).
Dies ist Seine Bitte, wenn nicht gar Seine Forderung, die er jedoch mit einer Verheißung verbunden hat: **"Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis ans Ende der Welt"** (Matthäus 28,20).
Ungezählte sind diesem Ruf Christi gefolgt, **Alexander Solschenizyn** war einer von ihnen. In einer seiner Reden nach seiner Ausbürgerung 1974 sprach er über die entsetzlichen Ereignisse, die über Rußland gekommen waren und auf entsprechende Fragen antwortete er: "Nachdem ich jahrelang über das sowjetische System mit seinen Millionen Menschenopfern nachgeforscht habe, kann ich nichts Genaueres sagen als: **Die Menschen haben Gott vergessen, deswegen konnte das alles passieren!"**
Es scheint tatsächlich so zu sein, als ob Gott Seine Hand von den Völkern weggezogen hätte, denn die Welt hat Jesus Christus aus dem Blickfeld verloren. Wir haben unsere Augen, wie Petrus von IHM abgewandt, deshalb sinken wir.
Niemand wird daran zweifeln, daß wir in einem nie gekannten Maß, Gott vergessen haben. Die allgemeine Apostasie, die Gleichgültigkeit in Glaubensfragen, nicht nur der Gläubigen, sondern auch der Hirten, ist apokalyptisch. Können wir es zulassen, daß unsere Kinder ihr Leben auf einem geistigen Trümmerfeld aufbauen?
Von offizieller Seite, vom Staat, von all den vielen Institutionen, die vorgeben, sich um Kinder, Ehe und Familie zu kümmern, ist kaum Hilfe zur Stärkung familiärer Strukturen zu erhalten, so viel haben wir verstanden. Nur wenigen Vertreter der Kirche ist Ehe und Familie noch ein drängendes Anliegen. Wer verkündet noch, daß die Liebe zwischen Mann und Frau ein Abbild der unaufkündbaren Liebe Gottes zu den Menschen ist. Wer hat noch ein Ohr dafür?

Diese Sprache wird nicht mehr von allen verstanden. Doch sie muß wieder gelehrt und gelernt werden, wollen wir die zeitlos gültigen Werte wie Leben, Güte, Liebe, Treue wieder in unsere Gesellschaft bringen.
Die Einhaltung der so verlachten sittlichen Ordnung gerade im Bereich der Sexualität schützt vor psychischen und auch materiellen Schäden. Als Gott den Mann und die Frau erschuf, hat er keine wertunterschiedlichen Individuen hervorgebracht, sondern den Menschen, und zwar als Mann und als Frau, mit seiner jeweils spezifischen Sexualität.
Sie ist eine Erscheinungsweise des Menschen, die seine ganze Persönlichkeit durchdringt, ihn bis in sein Innerstes prägt. Daher ist Sexualität nicht lediglich etwas rein Körperliches, sondern berührt gleichermaßen die geistigen und psychischen Ebenen des Menschen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht zu erfahren, daß Liebe nicht ein sich technisch vollziehender sexueller Akt ist, wie dies in der schulischen Sexualerziehung vermittelt wird, sondern eine Bindungskraft, die sich langsam und stetig über Jahre hinweg entwickeln und festigen kann, und daß nur mit dieser Erkenntnis und mit diesem Wissen und unter diesen Voraussetzungen wahre Persönlichkeiten sich entfalten können, die der weltlichen Macht der Neuen Weltordnung die göttliche Kraft und Liebe Christi entgegensetzen.<<

27.06.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Juni 1994: >>**Warmherziger Abschied für russische Soldaten**
... In freundschaftlicher Atmosphäre haben am Sonnabend die Einwohner Berlins und russische Soldaten Abschied voneinander genommen. Rund 20.000 Zuschauer kamen zur Parade der russischen Berlin-Brigade, die nach 49 Jahren in die Heimat zurückkehrt.
Berlins regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) dankte dem russischen Volk, seiner Führung und seinen Streitkräften für ihre Rolle bei der Wiedervereinigung. "Wir haben es dem neuen Rußland und Michail Gorbatschow zu verdanken, daß der Weg zur Befreiung Ost- und Mitteleuropas ohne Blutvergießen gegangen werden konnte." ...<<

14.07.1994

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Juli 1994: >>**Regierung in Prag lehnt Havels Entschuldigung ab**
Den Versuch von Staatspräsident Havel, eine moralische Entschuldigung für die Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg voranzutreiben, hat die Prager Regierung angeblich gestoppt. ...
Mehrere Teilnehmer hätten erklärt, die rechtlichen Konsequenzen einer solchen Entschuldigung seien schwer einzuschätzen, weil daraus "deutsche Rechtsanwälte Schritte" ableiten würden.<<

18.07.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Juli 1994: >>**Zickzackwege zur Wahrheit**
Der Widerstand vom 20. Juli 1944: Geschichte einer Erinnerung
... Franz Ludwig Graf von Stauffenberg, Sohn des Hitler-Attentäters, äußert sich genauso wie andere konservative Kreis beunruhigt, wie im Museum im Berliner Bendlerblock – dem Ort an dem einige Verschwörer erschossen worden sind – nicht nur des Widerstands gedacht wird, der schließlich im Attentat gipfelt, sondern weil die Gedenkstätte auch an den Widerstand der Kommunisten, des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes deutscher Offiziere erinnert. Eine solche wertfreie Darstellung sei eine wertlose Darstellung, erzürnt sich der Stauffenberg-Nachkomme.
... Mit dem Abstand von fünfzig Jahren wird deutlich, auf welchen merkwürdigen Zickzackwegen sich Historiker, Politiker und Öffentlichkeit in der Bundesrepublik den 20. Juli zu eigen gemacht haben.

... Wer den bürgerlich-militärischen Widerstand betont, ruft diejenigen auf den Plan, die den Widerstand der Kommunisten und Emigranten hervorgehoben sehen möchten. Die Gefahr des Mißbrauchs der Geschichte durch solche Politisierung liegt auf der Hand. ...
Indem Historiker diese Vorstellungen an der Gedankenwelt der sechziger Jahre maßen, trugen sie wiederum zur Politisierung der Geschichte bei. Sie unterschlugen dabei, daß der Widerstand nur in den Grenzen seiner damaligen Gegenwart gewürdigt werden konnte. Auch die Zukunftspläne Stauffenbergs oder Goerdelers waren das Produkt ihrer Epoche, einer Zeit, die durch großdeutsches Denken geprägt war.
Unbeeinflußt von dieser Wendung der Forschung entdeckte eine andere Gruppe Ende der sechziger Jahre den Begriff des Widerstands für sich: die Studentenbewegung. Nicht zuletzt auf ihren Druck hin wurde im Zuge der Notstandsgesetzgebung 1968 der Artikel 20/4 in das Grundgesetz eingefügt: Danach ist Widerstand erlaubt, wenn keine andere Abhilfe von Verfassungsverletzungen möglich ist. Die Erinnerung an Vorbilder, die Zivilcourage und Bürgermut gezeigt hatten, klang dabei nach.
In dem Maße, wie die Auseinandersetzungen mit dem Widerstand nicht mehr auf der Legitimation der Bundesrepublik, sondern auch mehr der Rechtfertigung einzelner dienen sollte, verstärkte sich in den siebziger Jahren das Interesse an der alltäglichen Dimension des Widerstandes. ...
Vorurteile gegenüber Emigranten als diejenigen, die sich aus dem Dritten Reich "davongestohlen" hatten, schwanden, eine Entwicklung von unmittelbarer geschichtspolitischer Bedeutung: Vor allem führende Sozialdemokraten unter ihnen Herbert Wehner und Willy Brandt, waren während der Herrschaft der Nationalsozialisten ins Exil geflüchtet. Sie profitierten vom Wandel in der Erinnerung. Die Wahl Brandts zum Bundeskanzler dokumentierte auch die moralische Anerkennung des Exils als eine Form der Verweigerung. Wieder hatte eine Neuwertung der Geschichte unmittelbaren Einfluß auf die Politik genommen.
Mit der Wende von der sozialliberalen zu einer christlich-liberalen Regierung rechtzeitig vor dem 40. Jahrestag vollzog sich in der Bundesrepublik erneut ein Perspektivenwechsel. Zwar lag das Hauptinteresse nach wie vor auf den Strukturen des Widerstands. Doch standen diese Forschungsergebnisse inzwischen wieder durchaus gleichwertig neben den Erkenntnissen über die Verschwörung der Eliten. Ein mit neuem Selbstbewußtsein ausgestattetes konservatives Lager sorgte für eine neue, aber nicht sonderlich originelle Sicht des Widerstandes.
Als Vermächtnis der Angehörigen des 20. Juli hob es deren Bereitschaft hervor, gegen jegliche Unterdrückung zu protestieren. Gleichzeitig stellte diese Seite fest, daß trotz aller Kritik an den konservativen, ja, reaktionären Vorstellungen der Stauffenberg-, der Goerdeler- und auch der Kreisauer Gruppe die Ideen der Widerständler viel näher an Weimar als am Dritten Reich gelegen hätten und damit zugleich viel näher an der Zukunft der Bundesrepublik. So hat es Ernst Nolte ausgedrückt.
Und 1994? Auch fünfzig Jahre später überwiegt erneut das Politische in der Diskussion um die Geschichte des 20. Juli 1944. Der Streit um das Museum des deutschen Widerstandes zeigt es. Die Meinungen widersprechen sich heftiger denn je, und das könnte sich noch verschärfen, wenn Historiker aus der ehemaligen DDR in die Auseinandersetzung eingreifen. Stärker noch als ihre Kollegen im Westen haben sie 40 Jahre lang nicht im Dienst der Geschichte, sondern im Dienst der Politik geforscht. Die Verpflichtung zum Antifaschismus war ihnen oberstes Gebot.
Wie der 20. Juli zu bewerten sei, hatte Stalin bereits unmittelbar nach dem Attentat vorgegeben. Er bezeichnete das Ereignis als eine imperialistische "antisowjetische" Verschwörung – ein Urteil, daß die Politiker und Historiker der DDR zunächst ohne Ausnahme übernahmen. Um Vergleiche mit dem eigenen System gar nicht erst aufkommen zu lassen, unterschlugen DDR-Historiker einen Gedankengang, der in Westdeutschland längst akzeptiert war: Wer in

einer totalitären Diktatur mit Erfolg Widerstand von innen leisten wollte, mußte notwendigerweise Funktionär, hoher Beamter oder Offizier sein.
Die Hauptursache dafür, daß der Widerstand gegen Hitler gescheitert war, sahen ostdeutsche Historiker bis in die Achtziger Jahre hinein in der Tatsache, daß der Verschwörung die Massenbasis gefehlt hatte. Hinter dieser Interpretation steckte der marxistisch-leninistische Denkansatz von der historischen Bedeutung der Volksmassen. Folgerichtig maßen sie der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die unter allen Widerstandsorganisationen sicher die meisten Mitglieder besaß, die größte Bedeutung zu. "Die rebellierenden Generale", hieß es dagegen bereits 1947 im Beitrag des SED-Journalisten und späteren Historikers Albert Norden, zählten zum "Fleisch vom Fleische des deutschen Imperialismus".
Erst mit einem politischen Ereignis – dem Tod Stalins – ging Ende der fünfziger Jahre in der DDR eine geringfügige Veränderung in der Bewertung der Geschichte einher. So wurden die Aktionen des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere in die Widerstandsforschung aufgenommen. Dadurch veränderte sich die Sicht auf die Haltung der Generale; die KPD war nicht mehr der exklusive Vertreter des Widerstands.
Noch in den achtziger Jahren feierte die DDR den Widerstand der KPD als Beginn ihrer eigenen Geschichte: "Die DDR ging unmittelbar aus dem antifaschistischen Widerstand hervor, aus der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone", lasen Ostberliner Studenten 1981 in ihrem Hochschullehrbuch. ...<<

12.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. August 1994: >>... Die Friedlandhilfe ist in Not: Die Regale der Lagerbaracke Nr. 49 aus dem Zweiten Weltkrieg in Friedland (Kreis Göttingen) sind fast leer. ...
... Die Flüchtlingsgeneration, die das Kriegs- und Nachkriegselend am eigenen Leibe erfahren hat, stirbt aus. ...
Mindestens 2 Millionen Aussiedler oder deren deutschstämmige Nachkommen wollen noch zu uns. Dann ist für diese Menschen der Zweite Weltkrieg endlich auch vorbei, und wir können aufhören", sagt Johanne Büchting (Vorsitzende der Hilfsorganisation).
Nach der Streichung des Begrüßungsgeldes von 200 DM durch die Bundesregierung brauche die Friedlandhilfe vor allem Bargeld. ... Die Leute kämen oft nach tagelanger Wartezeit auf dem Moskauer Flughafen mit kleinem Handgepäck an und hätten nicht einmal Unterwäsche zum Wechseln.
... "Die jetzt einreisen, sind voller Hoffnung, aber bitterarm. Die Flugkosten für die oft großen Familien sind hoch. Sie mußten alles verkaufen, um endlich unter Deutschen leben zu können."<<

27.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. August 1994: >>**"Russen hinterlassen teure Altlasten"**
Die Beseitigung der von den russischen Truppen in Deutschland hinterlassenen Altlasten wird nach Ansicht des Umweltbundesamtes Kosten in Milliardenhöhe verursachen. ... Auf den bisher untersuchten 925 geräumten Liegenschaften seien 27.000 ökologisch belastete Verdachtsflächen gefunden worden. Auf mehr als 3.000 Flächen seien Sofortmaßnahmen erforderlich, um akute Gefahren für Menschen zu verhindern. ...<<

30.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. August 1994: >>**Modrow bat Moskau 1990: Keine Rückgabe zulassen**
Kinkel verteidigt Regelung zu SBZ-Enteignungen
Das Festhalten an den Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 entsprach offenbar weniger einem Wunsch Moskaus als dem Willen der letzten beiden

SED-Regierungen. Der frühere Ostberliner Regierungschef Hans Modrow teilte am Montag mit, er habe Anfang März 1990 dem UdSSR-Präsidenten Michail Gorbatschow geschrieben, daß die Enteignungen "gültig bleiben müssen", Moskau möge diesen Standpunkt in den Vereinigungsverhandlungen vertreten.
Modrow sagte am Montag, sein Nachfolger im Amt des DDR-Regierungschefs, Lothar de Maizière (CDU), habe die gleiche Position vertreten wie er. Eine Antwort auf sein Schreiben nach Moskau habe er nicht erhalten. Er habe aber auch kein Schreiben erhalten, daß die UdSSR sich diesen Standpunkt nicht zu eigen machen wollte, betonte Modrow.
Wie berichtet, hatte Gorbatschow in diesen Tagen einem britischen Historiker mitgeteilt, daß für ihn ein Festhalten an der "Bodenreform" keineswegs Voraussetzung für die Zustimmung zur deutschen Vereinigung gewesen sei. Diese Antwort hatte die Betroffenen im höchsten Maße überrascht, da die Bundesregierung ihren Ausschluß von Rückgaberechten stets mit außenpolitischen Rücksichten auf Moskau begründet hatte. Die Anwälte der "Bodenreform-Opfer" prüfen wegen der Gorbatschow-Äußerung eine Neuauflage ihres 1991 verlorenen Prozesses vor dem Bundesverfassungsgericht. ...
Auch Bundesaußenminister Klaus Kinkel betonte am Montag sein Unverständnis über Gorbatschows Äußerung. Die Sowjetunion habe bei den Verhandlungen über den Zwei-plus-Vier-Vertrag mehrfach gefordert, daß die Bodenreform nicht rückgängig gemacht werden dürfe. Die Akten des Auswärtigen Amtes zeigten eindeutig, daß diese Forderung "an sechs, sieben, acht Stellen und Verhandlungstagen" auf dem Tisch gelegen habe, sagte Kinkel. Im übrigen sei das Festhalten an der Bodenreform auch eine Bedingung für das Ja der Volkskammer zum Einigungsvertrag gewesen, sagte der Außenminister.
Bei der sogenannten Bodenreform unter dem Motto "Junkerland in Bauernhand" ging es vor allem um landwirtschaftlichen Besitz von mehr als 100 Hektar. Die Enteigneten wurden vielfach vertrieben oder sogar umgebracht. Insgesamt gingen auf diese Weise drei Millionen Hektar in Staatsbesitz über, der fortan durch die sogenannten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet wurde.<<

31.08.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. August 1994: >>**Letzter Akt: Russische Truppen verlassen Deutschland** ...
General Burlakow kehrt ohne Groll in die Heimat zurück
Auftrag erfüllt, Mission beendet - nun geht's nach Hause. Ein letztes Mal wird Prokopjewitsch Burlakow heute von Wünsdorf nach Berlin fahren. Eine Rückkehr in die kleine Garnisonsstadt im Süden Berlins, die – hermetisch abgeriegelt – fast vier Jahrzehnte als Sitz des sowjetischen Oberkommandos gedient hat, wird es nicht mehr geben. In ein paar Tagen startet der General ohne Truppen Richtung Rußland. Daheim klettert der 59jährige Dreisterne-General auf der Karriereleiter nach oben. Er wird stellvertretender Verteidigungsminister.
Im Dezember 1990 war Burlakow mit einem heiklen Auftrag in das vereinte Deutschland gekommen. Binnen 4 Jahren sollte die gesamte Streitmacht der Sowjetunion in der ehemaligen DDR - mehr als 500.000 Soldaten samt Familien und über 2,5 Millionen Tonnen Munition - aus Deutschland abgezogen sein. So hatte es Bundeskanzler Helmut Kohl mit UdSSR-Präsident Gorbatschow vereinbart. ...
Fast geräuschlos ging der Abzug vonstatten. Eine Fläche von der Größe des Saarlands hat die Westgruppe in den fünf neuen Bundesländern geräumt. Die Beseitigung der Altlasten ist freilich vielerorts eine Jahrhundertaufgabe. Daß immer wieder Gerüchte über Schiebereien im großen Stil unter stiller Billigung oder gar aktiver Beteiligung der Militärführung auftauchten, hat die Zusammenarbeit nicht nachhaltig irritiert. Angesichts des höchst sensiblen Unternehmens hatte ohnehin niemand ein großes Interesse, derartige Dinge an die große Glocke zu hängen.

Burlakow geht ohne Groll, wie er versichert. "Wir hatten ohnehin nicht vor, ewig hier zu bleiben", hat der bullige Arbeitersohn aus dem sibirischen Ulan-Ude einmal gesagt. ...
Am heutigen Mittwoch wird Burlakow den verbliebenen Rest seiner Truppe auf dem Berliner Gendarmenmarkt aufmarschieren lassen und seinem eigens angereisten Präsidenten Meldung machen: Auftrag erfüllt, Mission beendet!<<

01.09.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. September 1994: >>**Die Russen gehen**

... 49 Jahre nach dem Einmarsch der Roten Armee verlassen die Russen Berlin. ...
Respekt verlangt vor allem der fast reibungslose Ablauf der neben dem Golfkrieg größten Militäroperation der vergangenen Jahre. Mehr als 500.000 Menschen und 5.000 Panzer wurden ohne größere Zwischenfälle abgezogen. Die schnelle und ruhige "Abwicklung" einer ganzen GUS-Armee ist um so bemerkenswerter, weil auf die Soldaten in ihrer Heimat eine ungewisse Zukunft wartet.
Als "Feinde" hat sie zuletzt keiner mehr empfunden. Aber vor allem viele ältere Mitbürger denken mit gemischten Gefühlen an russische Soldaten. Als die Sowjetarmee im Mai 1945 die rote Fahne aufpflanzte, wurde sie von vielen eben nicht als Befreier empfunden und empfangen.
Wunden haben nicht nur die Greueltaten der Roten Armee bei ihrem Einmarsch hinterlassen. Anders als die Westalliierten brachten die sowjetischen Streitkräfte keine Demokratie, sondern preßten den Osten Deutschlands in eine neue Diktatur. Ihre bloße Anwesenheit ließ jeden Widerstand sinnlos erscheinen. Wenn er doch auftrat, wurde er wie 1953 niedergeschlagen. Erst als Moskau seine schützende Hand entzog, war der Sturz des Honecker-Regimes 1989 möglich. ...
... Tatsächlich hat Bonn das Entgegenkommen Moskaus großzügig belohnt: Mehr als 14 Milliarden Mark flossen seit 1990 nach Osten, ohne das immer genau klar wurde, wo das Geld landete. Immerhin wurden auch Wohnungen für die heimkehrenden Soldaten gebaut. Nun fürchtet Moskau, seinen letzten Trumpf ausgespielt zu haben. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die deutsche Großzügigkeiten gegenüber Osteuropa (x268/216): >>An die Staaten des ehemaligen Ostblocks sind aus der Bundeskasse nach der Wiedervereinigung über 150 Milliarden Mark geflossen, dafür über 100 Milliarden an Rußland und die anderen GUS-Staaten. Trotz einer bedrohlichen Staatsverschuldung haben die deutschen Politiker immer noch die Spendierhosen an:
Im April 2002 erließ Berlin 4,5 Milliarden Euro russischer Schulden aus dem DDR-Handel, und seit 2003 beteiligt es sich mit bis zu 1,5 Milliarden an der Entsorgung russischer Atom-U-Boote. ...<<

02.09.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. September 1994: >>**SBZ-Enteignete können Grundstücke zurückkaufen**

... Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat hat seine zweitägige Marathonsitzung am Donnerstag mit weiteren Erfolgen abgeschlossen. So wurde nach jahrelangem Streit eine Regelung für Alteigentümer gefunden, deren Grundstücke zwischen 1945 und 1949 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone (SBZ) enteignet wurden. Die Enteigneten erhalten keine Rückgabeansprüche, dürfen aber das Land von der Treuhand kaufen.
Für den Rückkauf gilt der dreifache sogenannte Einheitswert von 1935. Vorzugsbedingungen werden auch den Nachfolgegesellschaften der früheren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eingeräumt. ... Zugleich wurde beschlossen, daß die Vertriebenen, die in der DDR gelebt haben, bereits in diesem Jahr von einem Alter von 75 Jahren an eine pauschale Entschädigung von 4.000 Mark erhalten. ...<<

06.10.1994

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. Oktober 1994: >>**Einigung über Schulden**

... Der Weg für eine Umschuldung der Verbindlichkeiten Rußlands bei westlichen Gläubigerbanken ist frei. ... Rußland hat nach eigener Darstellung insgesamt Auslandsschulden von 90 Milliarden Dollar übernommen. ...<<

08.10.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Oktober 1994: >>**Das Grauen läßt sich schwer in Bronze gießen**

... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkorte überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre.

Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...

Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington (x169/79-84,146-153): >>... Holocaust-Gedenktage sind ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in Räumen der jeweiligen Parlamente. Die Vereinigung der Holocaust-Organisationen führt mehr als 100 Holocaust-Institutionen in den Vereinigten Staaten auf. Sieben große Holocaust-Museen sind über ganz Amerika verteilt. Kernstück dieses Angedenkens ist das United States Holocaust Memorial Museum in Washington.

Die erste Frage ist, weshalb es überhaupt ein von der (amerikanischen) Bundesregierung finanziertes Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes gibt. Diese Einrichtung an der Washington Mall verträgt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, daß hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt. Man stelle sich das Klagegeschrei hierzulande (in den USA) gegen die Heuchelei der Deutschen vor, wenn diese in Berlin ein Nationalmuseum zum Gedenken nicht des Nazi-Völkermords, sondern der Sklaverei in Amerika oder der Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner errichten würden.

Sein Schöpfer schreibt über das Holocaust-Museum, es sei "sehr darum bemüht, sich jeglichen Versuchs einer Indoktrination zu enthalten", "jeder Manipulation der Eindrücke oder Emotionen". Doch von der Planung bis zur Fertigstellung war das Museum in die Politik verstrickt. Angesichts der anstehenden Kampagne für seine Wiederwahl regte Jimmy Carter das Projekt an, um jüdische Spender und Wähler zu beschwichtigen, die wegen der Anerkennung der "legitimen Rechte" der Palästinenser durch den Präsidenten aufgebracht waren.

Der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz der großen amerikanischen Judenorganisationen, Rabbi Alexander Schindler, beklagte Carters Anerkennung der Palästinenser als Menschen als "schockierenden" Vorstoß. Carter verkündete die Pläne für das Museum, während der israelische Premierminister Menachem Begin Washington besuchte und eine erbitterte Redeschlacht im Kongreß über die von der Regierung vorgeschlagenen Waffenverkäufe an Saudi-Arabien tobte.

Auch andere politische Themen scheinen in dem Museum auf. So verschweigt es den christlichen Hintergrund des europäischen Antisemitismus, um eine mächtige Wählerschicht nicht zu

verprellen. Es spielt die diskriminierenden Einwanderungsquoten der USA vor dem Krieg herunter, übertreibt die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Befreiung der Konzentrationslager und geht stillschweigend über die umfangreiche Anwerbung von Nazi-Kriegsverbrechern durch die USA bei Kriegsende hinweg.
Die übergreifende Botschaft des Museums lautet, daß "wir" uns derart böse Taten nicht einmal vorstellen, geschweige denn sie begehen könnten. Der Holocaust "läuft dem amerikanischen Ethos zuwider", merkt Michael Berenbaum im Begleitbuch des Museums an. "Daß er begangen wurde, betrachten wir als Verletzung aller wesentlichen Werte Amerikas."
Mit den abschließenden Szenen jüdischer Überlebender, die darum kämpfen, nach Palästina einreisen zu dürfen, führt das Holocaust-Museum die zionistische Lektion vor, daß Israel die "angemessene Antwort auf den Nationalsozialismus" war.
Die Politisierung beginnt sogar schon, ehe man die Schwelle des Museums überschreitet. Es liegt am Raoul-Wallenberg-Platz. Wallenberg, ein schwedischer Diplomat, wird geehrt, weil er Tausende von Juden rettete und in einem sowjetischen Gefängnis starb. Der Schwede Graf Folke Bernadotte, der auch Tausende von Juden gerettet hat, wird nicht geehrt, denn der spätere israelische Premierminister Yitzak Shamir hatte seine Ermordung befohlen, weil er "proarabisch" eingestellt gewesen sei.
Die Crux der Politik der Holocaust-Museen liegt jedoch darin, wessen eigentlich gedacht werden soll. Waren die Juden die einzigen Opfer des Holocaust, oder zählen andere, die der Verfolgung durch die Nazis ausgeliefert waren, ebenfalls als Opfer?
Während der Planungsphase des Museums setzte sich Elie Wiesel (zusammen mit Yehuda Bauer vom Yad Vashem) an die Spitze derer, die dort ausschließlich der Juden gedenken wollten. Wiesel, dem man sich als dem "unbestrittenen Experten für die Zeit des Holocaust" unterwarf, stritt hartnäckig für den Vorrang des jüdischen Opferstatus. "Wie immer fingen sie mit den Juden an", tönte er in typischer Weise. "Wie immer hörten sie nicht bei den Juden allein auf." - Doch die ersten politischen Opfer des Nationalsozialismus waren Kommunisten, und die ersten Opfer des Nazi-Massenmords waren Behinderte.
Die größte Herausforderung für das Holocaust-Museum bestand darin, den Vorrang vor dem Völkermord an den Zigeunern zu rechtfertigen. Die Nazis hatten eine halbe Million Zigeuner systematisch ermordet, was proportional zur Bevölkerung grob den Verlusten beim Völkermord an den Juden entspricht.
Holocaust-Autoren wie Yehuda Bauer behaupteten, die Zigeuner seien nicht im selben Ausmaß dem Genozid zum Opfer gefallen wie die Juden. Angesehene Holocaust-Historiker wie Henry Friedlander und Raul Hilberg dagegen haben die Ansicht vertreten, dies sei der Fall gewesen.
Hinter der Tatsache, daß das Museum den Zigeuner-Genozid an den Rand schob, lauerten mehrere Motive.
Erstens: Den Verlust des Lebens von Zigeunern konnte man einfach nicht mit dem Verlust jüdischen Lebens vergleichen. Die Forderung nach einem Vertreter der Zigeuner im US Holocaust Memorial Council bezeichnete Rabbi Seymour Siegel, der geschäftsführende Direktor, als "mies"; er bezweifelte, ob die Zigeuner als Volk überhaupt "existierten": "Es müßte eine gewisse Anerkennung des Volks der Zigeuner vorhanden sein, ... wenn es so etwas überhaupt gibt."
Immerhin gab er zu, daß "es unter den Nazis einen leidenden Teil gab". Edward Linenthal erinnert sich an das "tiefe Mißtrauen" der Vertreter der Zigeuner gegenüber dem Rat, "gespeist von der offenkundigen Tatsache, daß einige Ratsmitglieder eine Beteiligung der Roma so behandelten, wie eine Familie mit unwillkommenen, störenden Verwandten umgeht".
Zweitens: Wenn man den Genozid an den Zigeunern anerkannte, bedeutete das den Verlust einer exklusiven jüdischen Lizenz für DEN HOLOCAUST, was einen entsprechenden Verlust

jüdischen "moralischen Kapitals" mit sich brachte.
Drittens: Falls die Nazis Zigeuner wie Juden in gleicher Weise verfolgt hatten, war das Dogma, wonach DER HOLOCAUST den Höhepunkt eines tausendjährigen Hasses der Nichtjuden auf die Juden bezeichnete, eindeutig unhaltbar. Und ebenso, falls der Neid der Nichtjuden den Genozid an den Juden antrieb, war es dann auch Neid, der den Genozid an den Zigeunern antrieb? In der ständigen Ausstellung des Museums wird den nichtjüdischen Opfern des Nationalsozialismus nur pro forma Anerkennung zuteil.
Schließlich ist die politische Agenda des Holocaust-Museums auch noch durch den israelisch-palästinensischen Konflikt geformt worden. Ehe er dem Museum als Direktor diente, verfaßte Walter Reich eine Lobrede auf Joan Peters' verlogenes Buch "From Time Immemorial", in dem behauptet wird, vor der Besiedlung durch die Zionisten sei Palästina buchstäblich leer gewesen.
Auf Drängen des Außenministeriums wurde Reich gezwungen zurückzutreten, nachdem er sich geweigert hatte, Yassir Arafat, der mittlerweile ein willfähriger Verbündeter Amerikas geworden war, zu einem Besuch des Museums einzuladen.
Dem Holocaust-Theologen John Roth, dem man die Stelle eines stellvertretenden Leiters angeboten hatte, wurde damals solange zugesetzt, bis er zurücktrat; er hatte in der Vergangenheit Israel kritisiert.
Als der Vorsitzende des Museums Miles Lerman ein Buch, mit dem das Museum zunächst einverstanden gewesen war, ablehnte, weil es ein Kapitel von Benny Morris (einem bekannten israelischen Historiker und Kritiker Israels) enthielt, verkündete er: "Dieses Museum auf die Seite der Gegner Israels zu stellen - das ist unvorstellbar." ...<<
>>... Den "Holocaust als eine amerikanische Erinnerung auszugeben", so argumentiert Novick weiter, sei eine moralische Ausflucht. Sie "führt dazu, daß man sich um die Verantwortlichkeit herumdrückt, die die Amerikaner "wirklich" angeht, wenn sie sich ihrer Vergangenheit, ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft stellen".
Hier verweist er auf einen wichtigen Punkt. Es ist viel leichter, die Verbrechen anderer zu beklagen, als sich selbst anzusehen. Es ist jedoch auch wahr, daß wir, wenn wir nur wollten, aus der Erfahrung mit den Nazis viel über uns selbst lernen könnten.
Die unter der Bezeichnung "Manifest Destiny" bekannte Ideologie einer unvermeidlichen Expansion der Vereinigten Staaten nach Westen und darüber hinaus hat viele der ideologischen und programmatischen Elemente von Hitlers Lebensraum-Politik vorweggenommen. Tatsächlich hat Hitler seine Eroberung des Ostens nach dem Vorbild der amerikanischen Eroberung des Westens ausgerichtet.
Während der ersten Hälfte des Jahrhunderts verabschiedete die Mehrheit der amerikanischen Staaten Sterilisationsgesetze, und einige zehntausend Amerikaner wurden gegen ihren Willen sterilisiert. Die Nazis bezogen sich ausdrücklich auf dieses Vorbild der USA, als sie ihre eigenen Sterilisationsgesetze verabschiedeten.
Mit den berüchtigten Nürnberger Rassengesetzen wurde den Juden das Wahlrecht aberkannt und die rassische Vermischung zwischen Juden und Nichtjuden verboten. Die Schwarzen im amerikanischen Süden mußten die gleichen gesetzlichen Beschränkungen hinnehmen und waren in viel größerem Ausmaß der spontanen und gebilligten Gewalt der Bevölkerung ausgesetzt als die Juden im Deutschland der Vorkriegszeit.
Um Verbrechen hervorzuheben, die sich im Ausland abspielen, zitieren die USA häufig DEN HOLOCAUST herbei. Noch erhellender ist jedoch, wann die USA auf DEN HOLOCAUST bezug nehmen. Verbrechen offizieller Feinde wie das Blutbad der Roten Khmer in Kambodscha, die sowjetische Invasion in Afghanistan, der irakische Einmarsch in Kuwait und die ethnischen Säuberungen der Serben im Kosovo erinnern an den Holocaust; bei Verbrechen, an denen die USA beteiligt sind, ist das nicht der Fall.

Gerade als sich die Greueltaten der Roten Khmer in Kambodscha ereigneten, schlachtete die von den USA unterstützte Regierung Indonesiens ein Drittel der Bevölkerung von Ost-Timor ab. Doch anders als Kambodscha schaffte es der Völkermord von Ost-Timor nicht, mit dem Holocaust verglichen zu werden; er brachte es nicht einmal zur Berichterstattung durch die Medien.
Gerade als die Sowjetunion das beging, was vom Simon-Wiesenthal-Zentrum als "weiterer Völkermord" in Afghanistan bezeichnet wurde, unternahm das von den USA gestützte Regime in Guatemala das, was die guatemaltekische Wahrheitskommission kürzlich als "Völkermord" an der eingeborenen Maya-Bevölkerung bezeichnete. Präsident Reagan tat die Vorwürfe gegen die Regierung Guatemalas als "üble Nachrede" ab. ...
Um Jeane Kirkpatrick dafür zu ehren, daß sie im Namen der Reagan-Regierung die sich ausbreitenden Verbrechen in Mittelamerika verteidigte, verlieh ihr das Simon-Wiesenthal-Zentrum die Auszeichnung Humanitarian of the Year. ...
Die Regierung Carter bemühte das Andenken an den Holocaust, als sie eine Zuflucht für die vietnamesischen "Boatpeople" suchte, die vor dem kommunistischen Regime flohen. Die Clinton-Regierung vergaß den Holocaust, als sie Boatpeople aus Haiti zur Rückkehr zwang, die vor den (von den USA unterstützten) Todesschwadronen flohen.
Als im Frühjahr 1999 der von den USA angeführte Bombenkrieg der Nato gegen Serbien begann, lauerte überall die Erinnerung an den Holocaust. Wie wir gesehen haben, hat Daniel Goldhagen die serbischen Verbrechen gegen den Kosovo mit der "Endlösung" verglichen, und auf Präsident Clintons Bitte reiste Elie Wiesel zu den Flüchtlingslagern der Kosovaren in Mazedonien und Albanien.
Noch ehe Wiesel auf ein Stichwort hin Tränen für die Kosovaren vergoß, hatte das von den USA gestützte Regime in Indonesien jedoch schon wieder dort angefangen, wo es Ende der siebziger Jahre aufgehört hatte: Es beging neue Massaker in Ost-Timor. Doch der Holocaust schwand aus dem Gedächtnis, als die Clinton-Regierung bei diesem Blutvergießen abwiegelte. "Indonesien ist wichtig", erklärte ein westlicher Diplomat, "und Ost-Timor nicht."
Novick verweist auf eine passive Komplizenschaft der USA bei menschlichen Katastrophen, die in der Größenordnung mit den Massenvernichtungen der Nazis vergleichbar sind, auch wenn sie in anderer Hinsicht nichts mit ihnen gemein haben. Mit Hinweis auf die Million Kinder, die im Zuge der "Endlösung" ermordet wurden, merkt er an, daß amerikanische Präsidenten kaum mehr als fromme Reden übrig haben, wenn weltweit jedes Jahr eine mehrfach größere Zahl von Kindern "an Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten stirbt".
Man könnte auch einen eklatanten Fall aktiver Komplizenschaft der USA in Betracht ziehen. Nachdem die von den USA angeführte Koalition den Irak 1991 verwüstet hatte, um "Saddam-Hitler" zu bestrafen, erzwangen die Vereinigten Staaten und Großbritannien mörderische UN-Sanktionen gegen dieses vom Unglück verfolgte Volk, mit dem Ziel, Saddam zu stürzen.
Wie während der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis sind auch hier möglicherweise eine Million Kinder umgekommen. Als Außenministerin Madeleine Albright von einem amerikanischen Fernsehsender zu dem grausigen Blutzoll im Irak befragt wurde, erwiderte sie, daß "es den Preis wert ist".
"Da der Holocaust ein derartiges Extrem darstellt", argumentiert Novick, "ist die Möglichkeit, daß er uns etwas lehren könnte, das in unsere Alltagswelt umzusetzen ist, erheblich eingeschränkt." Als "Maßstab für Unterdrückung und Grausamkeit" führt er tendenziell dazu, daß "Verbrechen geringeren Umfangs banalisiert" werden.
Doch der Massenmord durch die Nazis kann uns auch für diese Ungerechtigkeiten sensibilisieren. Mit dem Gedanken an Auschwitz im Hinterkopf kann das, was vorher als selbstverständlich angesehen wurde - Fanatismus zum Beispiel -, nicht mehr hingenommen werden. In der Tat war es der Genozid der Nazis, der den im Geistesleben Amerikas vor dem Zweiten

Weltkrieg so umfassend verbreiteten wissenschaftlichen Rassismus in Verruf brachte.
Für jene, die sich für mehr Menschlichkeit einsetzen, schließt ein Prüfstein des Bösen Vergleiche nicht aus, sondern lädt eher noch dazu ein. In der moralischen Welt des späten neunzehnten Jahrhunderts nahm die Sklaverei in etwa die gleiche Stellung ein wie die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis heute. Dementsprechend wurde sie oft herangezogen, um Mißstände zu illustrieren, die nicht in ihrem vollem Ausmaß anerkannt wurden.
John Stuart Mill verglich die Lage der Frau in der so geheiligten viktorianischen Institution der Ehe mit der Sklaverei. Er wagte sogar zu sagen, daß sie in entscheidenden Merkmalen schlimmer sei. "Es liegt mir fern zu behaupten, Frauen würden in der Regel nicht besser behandelt als Sklaven; aber kein Sklave ist in demselben Ausmaß und in so uneingeschränktem Wortsinne Sklave wie eine Ehefrau".
Nur jene, die ein als Maßstab geltendes Übel nicht als moralischen Kompaß, sondern vielmehr als ideologische Keule benutzen, schrecken vor solchen Analogien zurück. "Das kann man nicht vergleichen" ist der Glaubenssatz moralischer Erpresser.
Die organisierten Juden Amerikas haben den Massenmord der Nazis ausgebeutet, um Kritik an Israel und an ihrer eigenen unhaltbaren Politik abzuwehren. Mit der von ihnen verfolgten Politik sind Israel und die amerikanischen Juden in eine strukturell gleiche Lage geraten: Beider Schicksal hängt nun an einem dünnen Faden, den die herrschenden Eliten Amerikas in Händen halten.
Sollten diese Eliten je zu dem Schluß kommen, daß Israel eine Belastung darstellt oder die amerikanischen Juden entbehrlich sind, könnte der Faden durchtrennt werden.
Das ist zweifellos eine Spekulation - vielleicht eine unangemessene Warnung, vielleicht auch nicht. Es ist jedoch ein Kinderspiel, die Haltung der amerikanischen Juden vorauszusagen, falls dies eintreten sollte. Falls Israel aus der Gunst der Vereinigten Staaten fiele, würden viele jener Führer, die Israel heute tapfer verteidigen, mutig ihre Abneigung gegen den jüdischen Staat verbreiten und die amerikanischen Juden verbal dafür geißeln, daß sie Israel zur Religion gemacht haben.
Und sollten die herrschenden Kreise der USA beschließen, Juden zum Sündenbock zu machen, würde es uns nicht überraschen, wenn die Führer der amerikanischen Juden wieder genauso handeln würden wie ihre Vorfahren während der Verfolgung durch die Nazis. "Wir glaubten nicht, daß die Deutschen sich der Juden bedienen würden", erinnerte sich Yitzhak Zuckerman, einer der Anführer des Aufstandes im Warschauer Ghetto, "daß Juden andere Juden in den Tod führen würden."
Im Verlauf einer Reihe öffentlicher Auseinandersetzungen in den achtziger Jahren sprachen sich viele bekannte deutsche und nichtdeutsche Wissenschaftler dagegen aus, die Schandtaten des Nationalsozialismus zu "historisieren". Man befürchtete, eine Historisierung könnte zu moralischer Selbstzufriedenheit führen. Auch wenn das Argument damals stichhaltig gewesen sein mag, heute ist es nicht mehr überzeugend.
Die schwindelerregenden Ausmaße von Hitlers "Endlösung" sind mittlerweile hinlänglich bekannt. Und ist nicht auch die "normale" Menschheitsgeschichte voll von schreckenerregenden Kapiteln der Unmenschlichkeit? Ein Verbrechen muß nicht unvergleichlich sein, um Sühne zu verdienen.
Heute besteht die Herausforderung darin, die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis wieder zu einem rationalen Forschungsgegenstand zu machen. Nur dann können wir wirklich etwas daraus lernen.
Die Unvergleichlichkeit, ja Außergeschichtlichkeit des Massenmords an den Juden entspringt nicht dem Ereignis selbst, sondern ist vor allem Produkt der ausbeuterischen Industrie, die sich danach entwickelt hat. Die Holocaust-Industrie ist schon immer bankrott gewesen. Es bleibt nur noch, das offen auszusprechen. Die Zeit, sie aus dem Geschäft zu ziehen, ist längst

überfällig. Die edelste Geste gegenüber jenen, die umgekommen sind, besteht darin, ihr Andenken zu bewahren, aus ihrem Leiden zu lernen und sie endlich in Frieden ruhen zu lassen. ...<<

16.10.1994

BRD: Bei der 13. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 16. Oktober 1994 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 41,5 %, SPD = 36,4 %, FDP = 6,9 %, Bündnis 90/Die Grünen = 7,3 %, PDS = 4,4 %, Sonstige = 3,5 %.<<

Bundeskanzler Kohl bildet später eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Oktober 1994

BRD: Die deutsche Psychotherapeutin und Schriftstellerin Christa Meves berichtet im Oktober 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 (x853/...): >>**Freiheit und Verantwortung in der Familie**

... Damit Liebe wachsen kann, bedarf sie grundsätzlich des Schutzraumes, so lange sie eine noch zarte schwache Pflanze in der Seele des Kindes ist. Die Eltern sind für ihre Kinder die Garanten dieses Schutzraumes - analog dem Schutzraum Gottes für sein Geschöpf Mensch durch Umgrenzung seiner Freiheiten. ...

Das ist keine "Rollenverteilung", wie uns der kollektive Atheismus in törichter Selbstverteilung der Aufgaben des Menschen weismachen will, sondern heilige Vorgabe. Und diese so bedeutsame Phase der Familienbildung gelingt um so besser, je mehr die jungen Eltern auf diese Anordnung Gottes lauschen, unter Umständen auch mit Hilfe hieb- und stichfester wissenschaftlicher Erkundung - statt auf selbst ausgedachte künstliche Neuerungen zu setzen, die nicht aus der Liebe und der Verantwortung vor Gott erwachsen sind, sondern aus Bequemlichkeit, Egoismus und dem unnachdenklichen Mitjagen nach modischen Neuerungen - als da sind Berufstätigkeit für Säuglingsmütter, Kinderkrippen, Babyhotels und Tagesmütter für die Kleinen, ja gar Stillbusenhalter für Väter. ...

Wir haben im 20. Jahrhundert viele Beweise dafür erhalten, daß diese Vorstellungen kein veraltetes Christentum sind, sondern allgemein für das gesamte Menschengeschlecht gültige Vorgaben. Eindringlich ist das 70jährige kollektivistische Modell der Sowjetunion hier beweiskräftig geworden. Dort ist die Alkoholsucht geradezu zur Epidemie geworden. Eine Statistik der Akademie der Wissenschaft von 1986 (noch zu Zeiten der Sowjetunion) sprach von 40 Mio. Alkoholkranken in der Bevölkerung der UdSSR! Erschreckend boomt in Rußland die Kriminalität. ...

- Gorbatschow schrieb deshalb in seinem Buch "Perestroika" erstaunlicherweise ebenso offen wie realistisch: "In den letzten Jahren unserer schwierigen Geschichte haben wir es versäumt, den Rechten und Bedürfnissen der Frauen, die mit ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter und ihrer unerläßlichen erzieherischen Funktion zusammenhängen, genügend Beachtung zu schenken. Heute engagieren sich die Frauen in der wissenschaftlichen Forschung, arbeiten auf Baustellen, Industrie und im Dienstleistungssektor und sind schöpferisch tätig und haben daher nicht mehr genügend Zeit, um ihren täglichen Pflichten zu Hause nachzukommen - dem Haushalt, der Erziehung der Kinder und der Schaffung einer familiären Atmosphäre.

Wir haben erkannt, daß viele unserer Probleme: im Verhalten vieler Kinder und Jugendlicher, in unserer Moral, der Kultur, der Produktion - zum Teil durch die Lockerung der familiären Bindungen und die Vernachlässigung der familiären Verantwortung verursacht werden. Dies ist ein paradoxes Ergebnis.

Eine der dringlichsten sozialen Aufgaben - auch eine Hauptaufgabe in der Kampagne gegen den allgemeinen Alkoholmißbrauch - ist es, das Wohlergehen der Familie zu verbessern und ihrer Rolle in der Gesellschaft breiteren Raum zu geben."

Freilich: das böse atheistische Konzept läßt sich selbst durch solch eine weise Einsicht nicht aus der Welt schaffen; je mehr die Menschen aus Liebesmangel und Familienverlust neidisch

gemacht worden sind, um so mehr bleiben sie an der marxistischen Ideologie des Neides hängen, was sich zur Zeit im Osten wie auch im Westen abzuzeichnen beginnt ...
Aber nicht nur die Sowjetunion bildet hier ein trauriges Großexperiment. Zahllos sind mittlerweile die wissenschaftlichen Untersuchungen, die die Überzeitlichkeit des Urmodells von Familie bestätigen.
Im psychosomatischen Institut Mannheim wurde jüngst bestätigt: "Die Deprivationsforschung, die Verhaltensbiologie sowie psychoanalytische Erkenntnisse führen zu der Hypothese, daß ein Kind unter allgemein hoher psychosozialer Belastung während der Vorschulzeit sich nur dann zu einem seelisch gesunden Erwachsenen entwickeln kann, wenn ihm zugleich eine zuverlässige positive Bezugsperson konstant zur Seite steht.
Von den Einzelaspekten ihrer Kindheit korreliert mit seelischer Gesundheit im Erwachsenen also die Tatsache (höchst signifikant), eine stabile gute Bezugsperson gehabt zu haben. Ohne eine solche Bezugsperson entwickelte sich in unserem Forschungsprojekt an 600 erwachsenen Personen der Allgemeinbevölkerung kein Proband mit schwerer Frühkindheit zu einem gesunden Erwachsenen."
- Und im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin hat jüngst eine Forschungsgruppe um Professor Edelstein herausgefunden, daß Kinder, die in ihren ersten Lebensjahren an eine konstante Bezugsperson fest gebunden waren, bereits im Alter von neun Jahren auch bei kognitiven Aufgaben im Vergleich zu Kindern, die unzureichend gebunden waren, also von vornherein vielen wechselnden Betreuungspersonen ausgesetzt waren oder von diesen geängstigt wurden, "einen geistigen Vorsprung von zwei Jahren aufzuweisen haben."
In dieser letzten wissenschaftlichen Untersuchung zeichnet sich aber bereits ab, was ich ihnen anfangs verhieß: Daß wir Menschen um so mehr Freiheit in der Familie ernten dürfen, je mehr wir uns - aus Liebe und Gehorsam für unseren Gott - an seine Vorgaben bei der Erziehung der Kinder gehalten haben.
Kinder, für die man sich an deren Lebensanfang voll einsetzte, Kinder, die man als Gottes Geschenk auf Zeit auffaßt und ihnen durch die Kindheit hindurch Freiheit zur Entfaltung gibt, aber ebenso gleichzeitig Grenzen setzt, damit den Unerfahrenen nichts Schädliches zustößt, diese so gehaltenen Kinder werden zügig selbständig und machen in den Jahren ihres Erwachsenwerdens weniger Kummer, statt dessen mehr Freude. Sie kräftigen die Herzen der Eltern durch die Genugtuung des Gedeihens ihrer Sprößlinge. Sie werden schneller selbständig zu verantwortungsbewußter eigener Lebensgestaltung und geben so den Eltern wieder zunehmend mehr Freiheit zu zusätzlichen Aufgaben im Weinberg des Herrn.
Freilich: Liebe der Eltern zu ihrem Kind bedeutet nicht im mindesten, sie einfach schrankenlos in jeder Hinsicht gewähren zu lassen, ihnen jeden Wunsch, kaum daß er ausgesprochen ist, zu erfüllen und ihnen das Leben gewissermaßen wahlfrei als einen Markt unbeschränkter Möglichkeiten zu freier Erprobung anzubieten.
Dieses sogenannte antiautoritäre Konzept - aus den USA importiert - mit dem Modell der "non-frustrated children", das in den vergangenen 20 Jahren in West-Europa zur Mode wurde - hat sich nicht bewähren können.
Die ideologische Vorstellung - von Jean-Jacques Rousseau aus dem vorrevolutionären Frankreich im 18. Jahrhundert entliehen - daß der Mensch von Anbeginn an gut sei und sich zu einer Art Engel entfalte, wenn man ihn nur nicht einenge, hat sich erneut als eine Illusion erwiesen. Die so im Übermaß sich selbst überlassenen Kinder erlebten sich als Vernachlässigte und beantworteten das spätestens vom Jugendalter ab mit aggressiver Unruhe, Übellaunigkeit, ungeordneter Orientierungslosigkeit und einer vermehrten Anfälligkeit für neurotische Erkrankungen.
"Tante, müssen wir heute wieder den ganzen Tag tun, was wir wollen?", hat vor kurzem ein Kind aus einem solchen Kinderladen seine Betreuerin gefragt. Kinder zu einer inneren Frei-

heit zu erziehen, das gelingt nicht auf diese Weise. Es gehört in die Verantwortung der Eltern, die Kinder darin einzuüben, ihre Wünsche auch aufschieben zu lernen, sich zu gedulden, um einer Notwendigkeit willen zu gehorchen und auf Wunscherfüllungen unter Umständen auch ganz zu verzichten.
- Der Mensch ist von Natur nicht im mindesten einfach gut. Er neigt - unerzogen - grundsätzlich zu einer Inflation seiner Antriebe. Er möchte, wenn er nicht auf Grenzen stößt, allein haben und allein herrschen. Er bleibt - ohne eine angemessen eingrenzende Erziehung - in seinem Naturegoismus stecken. Aber diese Neigung zur Maßlosigkeit gefährdet ihn, seine besondere Bestimmung als Mensch zu verwirklichen: im Auftrag Gottes, die Liebe in der Welt zu mehren.
Und diese Gefährdung macht den Heranwachsenden unruhig und unzufrieden. Es gehört deshalb in die Verantwortung bemühter Eltern, die Kinder zu Rücksicht aufeinander, zum Frieden miteinander zu erziehen. Allerdings ist es falsch, dieses Grenzensetzen mit rigiden Maßnahmen oder gar mit körperlicher Gewaltanwendung durchzusetzen. Die beste Methode besteht darin, als Eltern das Lieben im Umgang miteinander, mit der Umwelt und im opferbereiten Einsatz für das Kleinkind vorzuleben.
Mehr als durch Worte lernt der kleine Mensch nun einmal durch Nachahmung von seinen Vorbildern. Aber es darf doch auch das energisch verbietende Wort, ja, auch eine dem Status und dem Delikt entsprechende Strafe geben, wenn das Kind seine Grenzen aus ungehorsamem Trotz oder aus Unverstand - womöglich sein Leben gefährdend - überschreitet.
Die Begrenzung seines Spielraums lernt ein Kind am besten im Schutz der Familie, wenn es einige Geschwister hat. Die Notwendigkeit, die eigenen Belange um eines anderen willen auch einmal zurückzustellen, ergibt sich dann ohne allzu vieles Eingreifen der Erwachsenen. Selbst wenn es dabei in jungen Jahren zu manchem Geschwisterzank und manchem handfesten Gerangel kommt, es erspart viele Bemühungen der Eltern, die bei einem Einzelkind nötig werden. Deshalb sehen Fachleute in Deutschland auch mit Sorge auf eine Entwicklung, die zeigt, daß Ein-Kind-Familien und Alleinerziehen nur von einem Kind immer häufiger werden. ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtet im Oktober 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 (x853/...): >>**Wie man Hierzulande Gedenktage begeht - was man würdigt und was man verschweigt**

Eine kritische Nachlese

Selten hatten Zeitungen und elektronische Medien eine so dichte Folge von 50jährigen Gedenktagen zu "bewältigen" wie zwischen Juni und September 1994.
Da gedachten die Anglo-Amerikaner der geglückten Landung in der Normandie vor 50 Jahren und ließen auch ihre von Deutschland vorher militärisch besiegten Verbündeten mitfeiern. Immerhin stellten sie aus Exulanten auch einige Invasionseinheiten und entrichteten ihren Blutzoll. Entsprechend durften sie an den aufwendigen Gedenk-Zeremonien teilnehmen.
Der deutsche Anteil an "der Befreiung Westeuropas von der Nazi-Herrschaft", wie die Invasion ein halbes Jahrhundert später immer öfter genannt wird, reichte dagegen nicht aus, um auch noch einen hochrangigen Vertreter Nachkriegs-Deutschlands zu der 50-Jahrfeier einzuladen. Die emigrierten sudetendeutschen Bomberpiloten und in britische Dienste übergetretene "BBC-Ansager" mochten sich allenfalls persönlich und privat als Mitsieger fühlen und vielleicht an den französischen Kanalstrand gereist sein.
Die in Deutschland geführte Diskussion über eine deutsche Teilnahme an den Gedenkfeierlichkeiten erschien daher sachlich überflüssig, wenn nicht gar aus Stil- und nationalen Gründen unwürdig, nimmt sich doch ein Fest über die Niederlage der eigenen Volksangehörigen etwas merkwürdig aus.
Aber solche Bedenken geraten bei medienbeherrschenden Zeitgenossen bereits in den Ver-

dacht des Rechtsextremismus oder der "Verharmlosung" und können zur gesellschaftlichen und beruflichen Ausgrenzung führen. Denn die nationale Selbstentäußerung hat hierzulande schon verschiedentlich das Stadium der singulären Selbstbezichtigung erreicht und jeden Hinweis auf Mitverantwortlichkeiten Dritter unter Tabu gestellt.
Umfassende Erhellung der Vergangenheit gestaltet sich damit immer schwieriger, brächte sie doch bislang im Dunkeln belassene Vorgänge und Taten der Sieger ans Licht und könnte zu Fragen nach der weiteren Gültigkeit der verteilten Rollen verleiten. Fast folgerichtig meldeten sich zu den angestandenen Jahr- und Gedenktagen kaum Historiker von Rang zu Wort, hätten sie sich doch aus "beruflichen Sicherheitsgründen" fast nur auf die "probaten Versionen" der letzten 50 Jahre beschränken und dabei mögliche eigene Neu-Erkenntnisse außer Acht lassen müssen.
So blieb die Hintergrundgeschichte der Normandie-Invasion weitgehend unerwähnt und Stalins Sieg bei der Lokalisierung des Lande-Unternehmens in Nordwestfrankreich unberücksichtigt. Daß er die Unfreiheit der osteuropäischen Völker von Bulgarien bis Polen und die außenpolitische Bevormundung Finnlands in den anschließenden 50 Jahren zur Folge hatte, schien den beflissenen Zelebranten hierzulande auch aus dem Blick geraten zu sein. Die sonst wegen deutscher Kriegsverbrechen immer wieder teilnehmend bemühten Polen, Tschechen und Jugoslawen fanden mit ihrem Schicksal in diesem Zusammenhang offenkundig keine mitfühlende Aufmerksamkeit.
Die Polen konnten sie dann zwei Monate später anläßlich des Gedenkens des "Warschauer Aufstandes" im Sommer 1944 doch noch für sich und ihr Schicksal erringen. Ähnlich wie beim Invasions-Gedenken hielten sich die Historiker aber auch bei diesem historischen Datum mit wissenschaftlichen Darstellungen zurück und überließen die "geschichtlichen Würdigungen" großenteils fachfremden Federn, wenn nicht nachgeborenen Abschreibern.
Anspruchsvollere Zeitungen und Sendungen verlegten sich auf Zeitzeugenberichte Überlebender und ersetzen Wissenschaftlichkeit durch vorgegebene Authentizität. Daß sie damit Einseitigkeit der Überlieferung und Willkür in der Auswahl riskierten, schien sie nicht sonderlich angefochten zu haben; denn deutsche Zeitzeugen vom "Warschauer Aufstand" kamen nicht zu Wort - wie sich auch die illustrierenden Bilder in der Regel auf die Dokumentation teutonischer Zerstörungswut beschränkten.
Das Foto von der persönlichen Begegnung des Aufständischenführers, Graf Tadeusz "Bor-Komorowski, mit SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski bei der Kapitulation der nationalpolnischen "Heimat-Armee" paßte den meisten Redakteuren nicht in ihre Vorstellungswelt - und von den mehrmaligen deutschen Angeboten einer "ehrenvollen Übergabe" hatten sie wohl keine Ahnung. Zwei rühmliche Ausnahmen bestätigten gleichsam die Regel, wobei die eine Zeitung durch ihre linksliberale Gesamtrichtung und die andere durch ihr internationales Renommee vor einschlägigen "Verharmlosungs-Verdächtigungen" geschützt schien.
Aber auch diese konnten sich beim vorhergegangenen Gedenktag, dem 20. Juli 1944, nicht zu einer Bewertung der deutschen Militär-Opposition aus der Sicht der Anglo-Amerikaner aufraffen, sondern schlossen sich - neben der Wiedergabe von Zeitzeugnissen - der politisch motivierten Diskussion über die einzelnen deutschen Widerstandskreise an.
Ob Ulbricht, Pieck oder Honecker in einem Widerstands-Museum gedenkwürdiger sind als Stauffenberg, Moltke oder Jesuitenpater Delp, erschien den Gedenk-Artiklern wesentlicher als die Frage, was die Briten und Amerikaner dazu bewogen haben könnte, der deutschen Anti-Hitler-Opposition in keiner Weise entgegenzukommen, sondern beispielsweise weiterhin auf der bedingungslosen Kapitulation zu bestehen.
Die Antwort läßt sich anhand US-amerikanischer Akten verbindlich geben. Sie nimmt den Widerstandskämpfern freilich viel von der ihnen hierzulande verliehenen Aura des "anderen

und besseren Deutschlands" und weist sie eher in die Reihe der Opportunisten, welche den damals ohnehin verlorenen Krieg schnell allein Hitler anlasten, ihn durch seine Beseitigung alsbald beenden und durch einen neuen, aber erfolgreichen ausgleichen wollten.
Einschlägige bissige Illustrationen, wie sie der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt vorliegen, verdeutlichen diesen bitteren Argwohn der Engländer und Amerikaner. So war es ihnen letztlich nur willkommen, daß der Putsch scheiterte und Hitler den Anschlag überlebte, da die Deutschen nunmehr keine Verantwortung abschütteln konnten, sondern die Konsequenzen des verlorenen Krieges voll tragen mußten. US-Präsident Roosevelt brauchte auf keine deutsche "Badoglio-Figur" Rücksicht zu nehmen und konnte - wie geplant - ungehindert "nach Berlin durchmarschieren".
Auf solche und weitere ernüchternde Eröffnungen über den "20. Juli 1944" mochte man in deutschen Medien viel lieber verzichten und erging sich statt dessen in manchen gedankenlosen Interpretationen. Etwa in der Formulierung vom "Aufstand des Gewissens", ohne offenbar zu bedenken, daß auch die eidtreuen Offiziere aus Gewissensverpflichtung handelten und sich der Mitwirkung am Putsch verweigerten.
Die Verabsolutierung einer Gewissensentscheidung als einzig richtige und moralisch beste grenzt an diktatorische Intoleranz und sollte eigentlich der Vergangenheit angehören. Tatsächlich scheinen sich jedoch in der bundesrepublikanischen Medienlandschaft einige Publikationsorgane als Oberzensoren zu verstehen und sich berechtigt zu fühlen, abweichende Meinungen öffentlich als "extremistisch" abqualifizieren zu dürfen.
Im Bereich der Printmedien maßt sich diese Scharfrichter-Rolle auf dem Gebiet der Zeitgeschichte zunehmend mehr ein norddeutsches "Nachrichten-Magazin" an, das vor Jahren in der Person des zuständigen Fachredakteurs einmal zu den lesenswerten und zitierfähigen Protagonisten in der unbefangenen Darstellung der Vergangenheit zählte.
Nicht zufällig war der verantwortliche Ressortleiter auch Verfasser eines beachtlichen Buches über die SS und damit ein ausgewiesener Kenner der reportierten Jahre. Seit seinem Ausscheiden reduziert sich die Behandlung zeitgeschichtlicher Themen immer mehr auf die Wiedergabe des forscherlichen Wissenstandes von vorgestern in Kampfpresse-Jargon. Hinzugekommen sind lediglich die früher kaum feststellbaren Disqualifikationen unbequemer Geschichtsforscher und ihrer Erkenntnisse.
Die journalistischen Epigonen des früheren fachlichen Schwergewichts offenbaren in Beiträgen nur allzu oft und schnell die Begrenztheit ihrer Kenntnisse und Kompetenz, so daß sich immer wieder die Frage stellt, ob sie ein zeitgeschichtliches Archiv schon einmal von innen gesehen und ein Original-Dokument in der Hand gehabt haben.
Die anderen selbsternannten zeitgeschichtlichen "Oberzensoren" stellen sich in Mehrheit in bestimmten Polit-Magazinen der öffentlich-rechtlichen Medien vor und veranstalten fast jeden Monat eine denunziatorische öffentliche Hinrichtung, deren Opfer neuerdings bis in den Bereich katholischer Jugendkalender hineinreichen.
Welche großmächtige Wirkung solche elektronischen Schauprozesse haben können, zeigt die Resonanz auf die Inquisitionsverurteilung des erwähnten Jugendkalenders durch eine "Magazin-Sendung". Da notierten nicht nur zahlreiche Zeitungen die - zumeist falschen oder verdrehten - Vorwürfe des "Magazins" als "Nachrichten" auf prominenter Seite, sondern rückten auch offizielle kirchliche Stellen umgehend vom attackierten Jugendkalender ab und bliesen zum Teil ins gleiche Horn wie der unberufene "öffentlich-rechtliche" Scharfrichter.
Traurige Zeugnisse opportunistischen Verhaltens einer Einrichtung, welche Moral und Wahrheit manifestieren soll - und gleichzeitig indirekte Ermunterung zu weiteren Invektiven, verstehen doch bestimmte journalistische Verbal-Aggressoren solches Zurückweichen als Zustimmung oder Eingeständnis und fühlen sich in ihrer Zensoren-Rolle bestätigt.
Am Ende besteht noch die Gefahr, daß die öffentlich-rechtliche Konstruktion dieser elektroni-

schen Medien als Stempel "öffentlichrechtlicher" Gültigkeit der von ihnen transportierten Meldungen und Meinungen mißverstanden wird und ihre Nutznießer die Verpflichtung zu möglichst großer Ausgewogenheit mit dem Anspruch verwechseln, im Namen der Öffentlichkeit gleichsam "Recht zu sprechen" - mit der Folge, daß sich Gebühren zahlende Bürger von diesen Usurpatoren noch für ihr Geld attackiert sehen.
Daß auch steuerlich finanzierte Printmedien auf ihren Seiten subjektive Meinungsausbrüche zulassen und die Pflicht zu ausgewogener Darstellung nicht immer ganz Ernst nehmen, gehört neuerdings auch zu den beunruhigenden Praktiken unserer Tage. Da ist es möglich, daß ein Rezensent (Kritiker) ausgewiesene Geschichtsforscher in einer offiziösen Wochenzeitung Bonns als "Rechtsextremisten" diffamiert, ohne für seine üble Nachrede geradestehen zu müssen, wie es überhaupt auffällt, daß sich die meisten ideologischen Kampfjournalisten in der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden geistig nicht überanstrengen.
In der Regel begnügen sie sich mit plakativen Anwürfen, bei denen die vorgegebene antifaschistische Tendenz weitgehend die mangelnden Argumente ersetzt. Die Erwartung, daß sich kaum ein Zeitgenosse apologetisch vor einen angegriffenen "Rechtsextremisten" stellen und nach näheren Belegen und Begründungen für die vorgetragenen Beschuldigungen fragen dürfte, scheint sie einer seriösen Beweisführung für ihre Unterstellungen weitgehend zu entheben. Dabei entgeht ihnen offenbar, daß sie es mit solchem polemischen Argumente-Ersatz den wahren Extremisten leicht machen, ihre leichtfertig dahingeschriebenen Behauptungen ohne große Mühe als pure Kampfschrift zu entlarven und damit auch substantiierte Einwände gegen extreme Aussagen und Deutungen in Verruf zu bringen. ...
Die seit geraumer Zeit verbreitete "Anti-Rechts-Stimmung" der sich aus dem Wiedervereinigungs-Schock erholten Meinungs-Linken scheint manche militanten "Anti-Faschisten" zu purem Verteufeln des ideologischen Gegners zu verführen, ohne sich zu einer Beweispflicht angehalten zu fühlen. So spricht es nicht für eine sachliche Auseinandersetzung, wenn ein britischer Geschichtsautor, der nach dem Zeugnis eines amerikanischen Archivars mehr Quellenmaterial gehoben und verarbeitet hat als mancher professionelle Historiker, vom besagten Schreiber zu "führenden Alt- und Neonazis" gezählt und beschuldigt wird und angeblich "seine Geschichtslügen in der Bundesrepublik ... hinausposaunt".
Hier verrät sich offenkundig schon die Sprache, die eher verletzen als zur Diskussion auffordern will - wie es immer wieder auffällt, daß die rhetorischen "antifaschistischen" Ankläger sich in Wortwahl und Strafforderungen unversehens faschistoid gerieren, wenn sie einen von ihnen entdeckten "Rechtsextremisten" aus Bundeswehr, Polizei oder Lehramt auf der Stelle entfernt zu sehen wünschen. Für die "Rechten" gibt es nach den Vorstellungen dieser Linken weder Gnade noch Vergessen, sondern nur "energisches Durchgreifen" und "unnachsichtiges Vorgehen".
Die Rechten haben nicht nur die - vorhitlerische! - Reichskriegsflagge tunlichst in ihrem Garten einzuholen - während Lenin- und Stalin-Büsten noch öffentlich unbeanstandet herumstehen dürfen -, sondern müssen sich auch vor jeder Aussage hüten, die ihrem Land und seinen Menschen zwischen 1933 und 1945 zugute kommen könnte. Was andernorts natürlich und eine indiskutable Selbstverständlichkeit ist, nämlich das eigene Volk und seine Geschichte nicht über Gebühr belasten zu lassen, steht hierzulande an der Grenze zur "Verharmlosung" und damit zum kriminellen Straftatbestand. Eine ebenso sonderbare Rechts- und Bewußtseinslage wie singuläre Selbstentfremdung eines Volkes.
Nicht ausgeschlossen, daß sie den Grund für das allgemeine Schweigen der Historiker zu den wortreichen Gedenkartikeln und Mahnreden über die angestandenen Jahresdaten abgeben. Denn jede sachliche Erinnerung an die Kehrseite der gefeierten Ereignisse kann von den militanten Oberzensoren unter das drohende Damokles-Schwert des "Verharmlosungs-Vorwurfs" geschoben und der korrigierenden Historiker an den Rand des beruflichen Ruins gebracht

werden. ...
Die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der Verlierer ließ die herkömmlichen Übergabeformen großenteils zu Auslieferungsakten verkommen und erreichte im Frühjahr und Sommer 1945 in Österreich, Schweden und im Rheingebiet traurige Höhepunkte, als der Roten Armee Hilfstruppen der Wehrmacht und deutsche Soldaten gegen die Landkriegsordnung und gegebene Zusagen zugeliefert und kriegsgefangene deutsche Truppen von Eisenhower zu "entwaffneten Feindstreitkräften" und damit für weitgehend schutzlos erklärt wurden. Die Toten dieser kriegsrechtswidrigen Praktiken finden selten bis nie Erwähnung in den öffentlichen Rückerinnerungen. Von einem öffentlichen Wort des Bedauerns war aus nichtdeutschem Munde bislang nur aus Prag einmal zu hören - als um vierzig Jahre verspätete Antwort auf die "Charta der Heimatvertriebenen" vom August 1950.
Tote, die ein deutsches Hoheitszeichen trugen, kamen und kommen in den Erinnerungsreden und -artikeln nicht vor, als seien sie als Unpersonen unter die Erde gekommen. Ihre Reihe reicht von den ahnungslosen Bombenopfern des Attentats in der "Wolfsschanze" bis zu den über 500 von den Amerikanern zusammengeschossenen kriegsgefangenen Wachposten von Dachau. Letzteren hat der "Druck der Öffentlichkeit" sogar die Errichtung eines Gedenksteins ausdrücklich verwehrt.
Die unselige Selektion auf der Rampe setzt sich offenbar im Denken mancher Zeitgenossen bis in das Grab fort. Bedenklich makabre Steigerung ideologisch verwerflicher Menschenverachtung früherer Zeiten und weiteres Zeugnis faschistoider Praktiken erklärter Antifaschisten. Mögen diese bemerkten Widersprüchlichkeiten im Tun und Reden der medienbeherrschten "Volkspädagogen" in erster Linie nur wenigen Zeitbeobachtern auffallen und nach der moralischen Berechtigung ausgeübter Meinungszensur fragen lassen, ist das permanente Verleugnen eigener Opfer und die damit verbundene Dauer-Selbstbezichtigung dem breiten Volk kaum zu vermitteln.
Weiterer Grund, bei künftigen Jahresgedenken die bemerkten Mängel und Fehler nicht zu wiederholen und sich - wie es der Bundespräsident forderte - der "ganzen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen zu stellen".<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 berichtet im Oktober 1994 über das Buch "Perversion statt Aufklärung. Die Umerziehung einer Generation mit öffentlichen Mitteln" des deutschen Autors M. Weber (x853/...): >>**Perversion statt Aufklärung**
... Im Verlag Claus Peter Clausen ist eine Publikation erschienen, die zu Recht mit der deutlichen Warnung an den Leser versehen ist, daß das Material - in Wort und Bild - die Gefühle des Lesers verletzen wird. Autor, Verlag und Herausgeber haben sich dennoch entschieden, das Material, das von der Deutschen Aids-Hilfe publiziert wird, bekannt zu machen.
Aids-Hilfe und Homosexuellenverbände beeinflussen seit Jahren Jugendliche und Kinder. Eine "Aids-Mappe zum Umgang mit Aids in der außerschulischen Jugendgruppenarbeit" von 1991 zeigt, wir Kinder - die Mappe ist für "Jugendliche" ab 12 Jahren gedacht - die Vorstellungen der sexuellen Revolution der 68er nahegebracht werden: Prostitution wird als normaler Beruf vorgestellt, homosexuelle Intimität wird photographisch illustriert, Ausschneidematerial wie aus dem Sexshop wird den Kindern offeriert und andere Schändlichkeiten mehr.
Neben dieser Beeinflussung der heranwachsenden Generation beschreibt der Tübinger Pädagoge Weber in seiner Dokumentation, was heute unter "homosexuellem Lebensstil" verstanden wird. Zeugnisse der Aids-Hilfen (aus Faltblättern, Broschüren, Zeitschriften usw.) lassen einen erschaudern, welche zwischenmenschliche Verirrung möglich ist. Skandalöserweise wird diese perverse sexuelle Revolution mit Steuergeldern in einer Höhe von jährlich sieben bis neun Millionen DM finanziert.
Maßgebliche Teile der evangelischen Kirchen diskutieren seit einiger Zeit heftig darüber, ob

man Homosexuelle segnen solle oder nicht, wobei vieles darauf hindeutet, daß sich die Befürworter durchsetzen könnten. Aus diesem Grunde wird die Dokumentation "Perversion statt Aufklärung" auch von einigen evangelischen Persönlichkeiten mitherausgegeben, um deutlich auf den Dammbruch aufmerksam zu machen, der mit einer Aufwertung bewirkt würde.
Neben Professor Peter Beyerhaus und der Europäischen Ärzteaktion zeichnen z.B. die Bekenntnisbewegung "Kein anderes Evangelium" Rheinland, der "Evangelische Aufbruch Mittelrhein", die Lebensrechtsorganisation PRO VITA - Österreich, Pfarrer Hans Georg Meerwein als Vorsitzender der Konferenz Bekennender Gemeinschaften, Volker Heckl als Direktor der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland, Friedhelm Dahlmann, Pressesprecher von "Laien in der Kirche" und Pastor Klaus-Reiner Latk von der Hilfsaktion Märtyrerkirche.
Die Publikation ist vor allem für sogenannte Multiplikatoren gedacht - für Seelsorger, Lehrer, Jugendgruppenleiter, Pfarrer, Elternsprecher, Abgeordnete und Politiker. Schon nach einem kurzen Blick in das Material hofft man sehr, daß die Schrift einiges in die richtige Richtung bewegen wird.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 berichtet im Oktober 1994 ferner über das Buch "Grün war die Hoffnung. Geschichte und Kritik der grünen Bewegung" des deutschen Autors Lothar Gassmann (x853/...): >>**Zwischen Marx und New Age**
Seit Monaten wird in Deutschland in zahlreichen Medien so getan, als ob - überspitzt ausgedrückt - ein zweiter Hitler bevorstünde, obwohl rechtsextreme Umtriebe (Gott sei Dank) stark abgenommen haben. Aber jede einzelne Tat ist schlimm. Gewalt ist jedoch zu brandmarken, ob sie nun von rechts oder links kommt. Das Problem in Deutschland ist freilich die Einäugigkeit. Rechte Gewalt wird (zu Recht) als furchtbar betrachtet, für linke gibt es dagegen (zu Unrecht) vielfach Verständnis, wenn von ihr überhaupt die Rede ist.
Eine linksradikale Gefahr aber wird in vielen Medien erst gar nicht gesehen. Doch sind die Grünen auf linker Seite mit ihrer Forderung nach totaler Freigabe der Abtreibung (und damit der Tötung von Kindern), nach Legalisierung selbst von Marihuana und ihrem Engagement gegen ein Schutzalter in Sachen sexuellen Mißbrauchs als Ersatz für den § 175 (Homosexualität) tatsächlich weniger radikal als die Republikaner auf rechter? Sind sie von der demokratischen "Mitte" ideologisch weniger weit entfernt als die Reps?
Der Autor des Buches weiß, wovon er spricht, wenn er die Grünen entsprechend sieht und kritisiert. Lothar Gassmann, Jahrgang 1958, hat selbst lange in Umweltschutzverbänden mitgearbeitet und die Grünen gewählt. Von den siebziger Jahren bis heute gibt es zahlreiche Flugblätter und Artikel zu ökologischen Themen aus seiner Feder. Jetzt legt der junge Doktor der Theologie ein ausführliches Standardwerk zur Bewegung der Grünen vor.
Er kommt zu dem Schluß: Die ideologischen Grundlagen dieser Partei sind Neomarxismus und neuheidnische Naturmystik, und beides ist mit christlichem Gedankengut unvereinbar. Auch wenn man die Grünen nicht über einen Kamm scheren darf - es gibt unter ihnen auch engagierte Christen -, auch wenn man das Engagement für die Umwelt nur begrüßen kann (und hier haben nicht wenige Christen einen Nachholbedarf), so sind doch wesentliche ethische und ideologische Positionen der Partei der Grünen für Christen inakzeptabel.<<

15.11.1994

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. November 1994: >>**Noch schlimmer als Tschernobyl**
In Mayak im südlichen Ural ereigneten sich drei Atomkatastrophen
... Im September 1957 geschah das, was die Atomgegner im Westen stetes befürchten, was aber in der westlichen Hemisphäre bisher nie eingetreten ist: eine Art GAU, der wohl größte Unfall in der Geschichte der Atomtechnik.
Auf dem Gebiet von Mayak explodierte ein mit 75 Tonnen hochradioaktivem Abfall gefüllter Tank. Vermutlich war er nicht ausreichend gekühlt. Eine gewaltige Menge an Radioisotopen

wurde in die Luft geschleudert.
Die russischen Wissenschaftler gaben gegenüber der westlichen Besuchergruppe an, es seien damals 20 Millionen Curie (Ci) auf die Atomanlage und die Umgebung niedergegangen – für umweltbewußte Westeuropäer eine Horrorvorstellung. Ein Curie entspricht 37 Milliarden Becquerel. 2 Millionen Curie der nuklearen Niederschlagsmenge wurden vom Wind in Richtung Nordosten abgetrieben und hinterließen eine Schneise des atomaren Schreckens, 300 km lang, 30 km breit.
Heute ist diese inzwischen unzugängliche Katastrophenzone in den offiziellen Landkarten eingetragen und mit dem Totenkopf gekennzeichnet.
Die Explosion des hochradioaktiven Tanks war zwar die schlimmste aber nicht die einzige Katastrophe von Mayak. Von 1949 bis 1951 wurden die hochradioaktiven Abfälle in flüssiger Form einfach in den Fluß Tetscha gekippt. Die Bombenbauer von Mayak glaubten schlicht, daß der Fluß die Abfälle ins nördliche Eismeer spülen und bis zur Harmlosigkeit verdünnen werde.
Doch diesen Gefallen tat die Natur den Physikern nicht. Die radioaktiven Partikel sanken auf den Boden und lagerten sich im Schlamm ab. Noch heute ist der Fluß auf weiten Strecken radioaktiv verseucht. Die Menschen, die am Fluß lebten, wurden zwar später umgesiedelt, aber für viele war es zu spät. Sie starben oder erkrankten an der nuklearen Überdosis.
Der dritte Unfall war die Folge des ersten und zweiten. Im heißen Sommer 1967 trocknete der Karatschai-See aus. Die radioaktiven Ablagerungen im Schlamm wurden als Staub aufgewirbelt und bis zu 75 Kilometer weit verweht. ... 45.000 Menschen, die in diesem Gebiet lebten, wurden damals einer Strahlendosis ausgesetzt, die um das 2.660fache höher war als die Westeuropäer im Jahr an natürlicher Strahlung aufnehmen. ...<<

28.11.1994

Norwegen: Mit einer Mehrheit von 52,2 % Nein-Stimmen lehnt die norwegische Bevölkerung am 28. November 1994 den Beitritt zur Europäischen Union (EU) ab (x175/877).

02.12.1994

Polen: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" Nr. 49/1994 berichtet am 2. Dezember 1994: >>**Schwientochlowitz-Zgoda war der Name einer Außenstelle des Konzentrationslagers Auschwitz.**

Die Rache des Kommandanten

Von *Helga Hirsch*

… "Wo ist mein Vater begraben?" wollte Erna Kolodzejczyk nach nun 44 Jahren vom polnischen Justizminister wissen "Wie ist er umgekommen und durch wen?" Und weil der polnische Justizminister keine Antwort wußte, leitete er den Brief weiter an die Zweigstelle Kattowitz der "Kommission zur Untersuchung von Hitler Verbrechen", die seit 1990 nicht nur die Untaten der braunen, sondern auch die der roten Diktatur untersucht und sich seitdem "Kommission zur Untersuchung der Verbrechen gegen das polnische Volk" nennt. Im Februar nahm der Staatsanwalt Piotr Brys die Ermittlungen auf.
Brys suchte Überlebende des Arbeitslagers Swietochlowice Zgoda, wo Frau Kolodzejczyk Vater und andere Oberschlesier interniert gewesen waren: über das Einwohnermeldeamt in Warschau, über die Gruben, in denen sie gearbeitet hatten, über das Standesamt von Swietochlowice und Aufrufe in regionalen Zeitungen und im Fernsehen. Schnell kamen die ersten Antworten. Jadwiga Sonsola aus Kattowitz schrieb: Mein Mann ist dort umgekommen. Helena Maria Kula aus Bytom (Beuthen) schrieb: Mein Vater ist dort umgekommen.
Henryk Frysztacki gab vor der "Kommission" zu Protokoll, er habe sich Ende April kurze Zeit im Lager aufgehalten "Die Gefangenen müssen geschlagen worden sein, denn ich hörte Schreie. Irgendwann sah er unter den Toten, die zur Leichenhalle transportiert wurden, auch seinen Vater. Die Sterbeurkunde vom Standesamt Swietochlowice trägt das Datum des 17.

September 1945. Gezeichnet: Morel - Lagerkommandant.
Solomon Morel, seit dem 15. März 1945 aufgrund des "Personalbefehls Nr. 111" vom Sicherheitsministerium Leiter des Arbeitslagers Swietochlowice, wurde vor die "Kommission" zitiert und am 21. Februar 1991 vernommen - als Zeuge.
… "In einigen Zeiträumen starben die Gefangenen infolge einer Typhusepidemie", räumte der inzwischen Siebzigjährige ein. "Aber ich erkläre, daß die Gefangenen im Lager gut behandelt worden sind". Damals, vor drei Jahren, ahnte noch niemand, welche Schwierigkeiten für das Verfahren sich aus Morels jüdischer Abstammung ergeben würden.
Wer heute, mit dem Auto von Swietochlowice kommend, die scharfe Rechtskurve der Straße an den Zgoda Werken vorbei Richtung Ruda Slaska nimmt, kann die Geschichte nicht erahnen, die sich hinter den Schrebergärten zur linken Hand verbirgt.
Nur noch ein Tor mit Pfosten aus gemauerten Ziegelsteinen erinnert daran, daß hier das Arbeitslager Schwientochlowitz stand: eine Nebenstelle von Auschwitz, in der seit Sommer 1943 Gefangene untergebracht waren, die in der nahen Eintrachtshütte "kriegswichtige" Güter montierten ein Lager mit sieben Holzbaracken, einer Ambulanz, einer Leichenhalle, einem Strafbunker, einem elektrisch geladenen, doppelten Stacheldraht, vier Wachtürmen und - vor dem umzäunten Terrain - einer Baracke für die Wachmannschaft und einer für den Kommandanten.
So sah Schwientochlowitz bis zum 21. Januar 1945 aus, als die Deutschen das Lager aufgaben. So sah Swietochlowice aus, als es wenige Wochen später, nachdem die Rote Armee Kattowitz erobert hatte, vom polnischen Sicherheitsdienst übernommen wurde: jetzt als Straflager für Reichsdeutsche, die der Mitgliedschaft in der NSdAP, der HJ und des BdM verdächtigt waren, sowie für ehemals polnische Staatsbürger, die aufgrund ihrer deutschen Abstammung unter nationalsozialistischer Besatzung als "Volksdeutsche" galten.
Gerhard Gruschka zum Beispiel, aus einer katholischen Familie in Gleiwitz. Zwar war er wegen seines Glaubens aus dem "Deutschen Jungvolk" ausgeschlossen worden, aber nach zwei Wochen Dunkelhaft und Folter in einem Gefängnis von Gleiwitz hatte Gerhard, gerade vierzehneinhalb Jahre alt, gestanden: Ich bin der Hitler-Junge Gruschka.
Dorota Boreczek zum Beispiel, aus der alten schlesischen Familie der Skiba. Ihr Großonkel war letzter Bürgermeister von Kattowitz gewesen, bevor es vor gut hundert Jahren zur Stadt erklärt wurde. Das gerade vierzehnjährige Mädchen mußte mit der Mutter ins Lager, nur weil diese in die Volksliste II eingestuft worden war.
"Wir hatten ein gutes Gewissen", sagt Gerhard Gruschka, der bald nach seiner Freilassung im November 1946 in die Bundesrepublik übersiedelte, als Lehrer für Deutsch und katholische Religion in einer Realschule tätig war und nach der Pensionierung weiter in Nordrhein Westfalen lebt. "Flucht war beim Herannahen der Roten Armee kein Thema für uns."
Oberschlesien, ein ethnisch äußerst gemischtes Gebiet, hatte bis 1921 zu Deutschland gehört, war dann nach einer Volksabstimmung mit dem Gebiet um Kattowitz an Polen gefallen und sollte unter Hitler wieder "eingedeutscht" werden. Von den 2,45 Millionen Einwohnern wurden nach einer Statistik des Reichskommissars für die Festlegung des deutschen Volkstums von 1944 etwa 130.000 in Volksliste I eingestuft: Sie hatten sich durch "aktive Tätigkeit" im Volkstumskampf hervorgetan. Unter Volksliste II wurden 210.000 Personen geführt: Sie hatten das Deutschtum "gewahrt", ohne dafür aktiv gewesen zu sein.
Beide Gruppen erhielten sofort die deutsche Staatsbürgerschaft. In der Volksliste III (875.000 Personen) wurden die Autochthonen und Personen prodeutscher Gesinnung erfaßt, die aber "Bindungen zum Polentum" eingegangen waren - sie erhielten die Staatsbürgerschaft "nur auf Widerruf". …
Nach dem Krieg wendete sich das Blatt. Nach einem Dekret der provisorischen polnischen Regierung in Lublin vom 28. Mai über den "Ausschluß feindlicher Elemente aus der polni-

schen Gesellschaft" (geringfügig korrigiert durch ein Gesetz vom 7. Mai 1945) wurden Oberschlesier der Volksliste III und IV in der Regel als polnische Bürger anerkannt. Für Personen der Volksliste II waren zwar individuelle "Rehabilitationsverfahren" vorgesehen, faktisch jedoch kamen die meisten in Internierungslager - wie Józef Wiesiolek.
Als Rentner lebt er immer noch in jener verrußten, eintönigen Bergarbeitersiedlung in Kattowitz Dab, in der er damals als Achtzehnjähriger in der Nacht vom 28. Februar auf den 1. März 1945 abgeholt wurde. Nur die Wohnung hat er getauscht. Die Holztreppe hinauf zum ersten Stock knarrt. Die Küche dient als Wohnzimmer. Denn die beiden hinteren Räume, ohnehin durch die angrenzende schwarze Wand des Nachbarhauses ohne Sonnenlicht, fassen jeweils gerade einen Schrank und ein Bett.
Manche Oberschlesier haben noch immer Angst, von damals zu erzählen: Weder die Nationalsozialisten noch die Kommunisten fragten, ob sie sich als Deutsche oder Polen oder als Oberschlesier fühlten. Sie erhielten den nationalen Stempel je nach politischer Erfordernis aufgedrückt. Besser also, sich gar nicht zu exponieren. "Wer weiß denn", so die bange Frage eines alten Häftlings von Swietochlowice, "ob nicht irgendwann wieder jemand kommt und sagt: Du bist ein Schwabe (Deutscher). Oder Pole - je nachdem, was gerade gefällt.
Aber Józef Wiesiolek will der neuen Zeit trauen. Sein Schwiegersohn war sogar Abgeordneter im ersten Parlament des demokratischen Polen. Und es erleichtert ihn auch, nach 45 Jahren erzwungenen Schweigens endlich offen darüber zu reden, wie es damals begann, am 1. März 1945, als er mit vielen Kollegen von Kattowitz nach Swietochlowice geführt wurde.
"In jeder Gruppe wurde einer ausgewählt: Mit einer Hakenkreuzfahne umschlungen oder einer SA- oder SS Mütze auf dem Kopf … Dort begann der Terror. "Sie schlugen jeden. Oft mit einer Reitpeitsche. Dann befahlen sie, daß sich einer über den anderen legt, ganz viele übereinander - und wenn die unteren anschließend nicht schnell genug hinunterglitten, weil sie schon keine Luft mehr bekamen, wurden sie erst recht geschlagen und gestoßen. Hier gab es die ersten Toten. Einige Männer hielten es psychisch nicht aus. "Sie hingen in den Toiletten. Sie hatten sich an Gürteln erhängt."
Die "Begrüßung" im Lager war bei jeder Gruppe ähnlich. Bevor die Transporte bestimmten Baracken zugewiesen wurden, mußten sie erst stundenlang stehen - oft mit erhobenen Armen. In den Baracken selbst herrschte erdrückende Enge. Tote und Abgänge in andere Lager wurden ununterbrochen durch Neuzugänge aufgefüllt. In den dreistöckigen Etagenpritschen aus deutschen KZ-Zeiten lagen oft zwei oder drei Personen ohne Strohsack, ohne Decke, auf einfachen Brettern, die so viel Zwischenraum freiließen, daß Häftlinge manchmal nach unten durchfielen und die Darunterliegenden verletzten. Ein Laib Brot mußte für mindestens sechs Personen am Tag reichen, dazu gab es eine Wassersuppe, in der gesäuerte Rübenstücke schwammen.
Zum wirklichen Alptraum aber gerieten die Nächte. Denn die Wachmannschaften kamen zu "Inspektionen", um die Gefangenen zu "besichtigen" "Einmal mußten wir mit nacktem Oberkörper drei Stunden im Schneeregen stehen", erinnert sich Józef Wiesiolek. "Und immer wurden wir geschlagen oder mußten uns gegenseitig schlagen. Ich meinen Vater und mein Vater mich. Wenn ich mich weigerte, wurde ich selbst geschlagen. Als mein Vater schon zu schwach war, den großen Kübel zu tragen, der zur Toilette geschafft werden mußte, schlugen sie ihm mit dem Gewehrkolben die Zähne aus.
Sein Vater überlebte das Lager nicht. Er starb am 7. oder 8. Juni an Typhus. Eine Sterbeurkunde erhielt die Familie nie. "Als Volksliste II", sagt Jozef, der im Lager noch Herbert Josef hieß, aber bei der Hochzeit vor dem polnischen Standesamt den Herbert streichen und den Josef in Józef umwandeln mußte, "als Volksliste II waren wir einfach DIE DEUTSCHEN. Sie wollten Rache. Sie wollten Vergeltung. Sie - die Wachmannschaften und besonders der Lagerkommandant Solomon Morel. "Eine massive Gestalt. Es hieß, er sei in der kommunisti-

schen Volksarmee gewesen. Ein Jude. Er hat sich so vorgestellt. Vielleicht sind seine Verwandten umgekommen."
Solomon Morel wurde am 15. November 1919 in einer religiösen jüdischen Familie im Dorf Garböw bei Pulawy geboren. Bis zum vierzehnten Lebensjahr besuchte er die Schule, anschließend arbeitete er in einer Konfektionsfirma der Industriestadt Lodz; 1939 kehrte er zurück nach Garböw. Um der Übersiedlung in ein Ghetto zu entgehen, tauchte er mit den Eltern und einem Bruder im April 1942 unter.
Vater, Mutter und Bruder Israel, erklärte Morel später in seiner Personalakte für das Sicherheitsministerium, seien von den Deutschen mit Hilfe der "blauen (d h. polnischen) Polizei" im Dezember 1942 umgebracht worden. Einmal nannte er sogar nur die "blaue Polizei", die den Bruder Israel in seinem Heimatdorf Garböw erschossen habe. Der älteste Bruder Izak Morel hingegen sei im Dezember 1943 im "Kampf mit den Nationalen Bewaffneten Kräften NSZ" (einer antisemitischen polnischen Untergrundorganisation) im Dorf Lugöw bei Lublin umgekommen. Über das Schicksal des Bruders Józef, der 1939 vor den Nationalsozialisten in die Sowjetunion flüchtete, sei ihm nichts bekannt.
Morel selbst hatte sich im November 1942 der kommunistischen Untergrundorganisation "Volksgarde" angeschlossen, nach dem Einmarsch der Roten Armee im Sommer 1944 war er der Bürgermiliz der prokommunistischen neuen Macht in Lublin beigetreten. Erst arbeitete er im Gefängnis des Schlosses von Lublin, dann im Gefängnis von Tarnobrzeg. Am 15. Februar 1945 schließlich gelangte er mit der "Operativgruppe" des Sicherheitsdienstes nach Oberschlesien und ins Lager von Swietochlowice. In Polen dürfte sein Lebenslauf vielen nur als Bestätigung für die verbreitete Vorstellung dienen, der kommunistische Geheimdienst sei geradezu von Juden beherrscht gewesen.
"Man muß sich das so vorstellen", erläutert Krzysztof W., Nachkomme einer wohlhabenden jüdischen Familie der Vorkriegszeit, der im Nachkriegspolen erst Kommunist, dann Oppositioneller war: Im ersten Halbjahr 1945, noch vor der Konferenz von Potsdam, war über die Grenzen Polens nicht endgültig entschieden. Doch um vollendete Tatsachen zu schaffen, das System und das Territorium festzulegen, eignete sich das prokommunistische "Lubliner Komitee" in den von der Roten Armee besetzten Gebieten die Regierungsbefugnis an und baute den Sicherheitsdienst als politische Polizei auf - selbstverständlich mit jenen, die als absolut zuverlässig galten.
In den Spitzenpositionen waren das meist ältere Kommunisten aus dem Moskauer Exil, die schon deswegen Vertrauen besaßen, "weil sie alle Säuberungen Stalins überlebt" hatten. Auch Krzysztof W., als er von der Zwangsarbeit in Berlin zurückkam, wurde nach bereits drei Tagen dem Sicherheitsdienst zugeteilt; Weil er Kommunist gewesen sei. Daß er eine jüdische Abstammung hatte, sei der Partei gar nicht bekannt gewesen.
Sicher sei die Loyalität zur Partei das primäre Auswahlkriterium gewesen, räumt der Historiker Andrzej Paczkowski ein, aber - viele Genossen stammten eben aus jüdischen Familien: Weil sie im Kommunismus die Alternative nicht nur zum Rassenwahn eines Hitler, sondern auch zum polnischen Nationalismus und Antisemitismus sahen.
Als Paczkowski jüngst untersuchte, wie hoch der Anteil von Sicherheitsbeamten mit jüdischer Herkunft vom Ministerium über das Department bis zur Abteilung hinunter in den ersten Jahren gewesen sei - ein "bißchen", bekennt er, habe er sich für diese Schnüffelei geniert, fand er die vermutete Überrepräsentation tatsächlich bestätigt: Von den 447 führenden Funktionären bis November 1953 waren 131 jüdischer Abstammung - immerhin 29,3 Prozent bei einem Bevölkerungsanteil von nicht einmal einem Prozent.
Allerdings sei wahrscheinlich unten an der Basis - gerade in den ersten Tagen und Wochen nach dem Rückzug der Wehrmacht - wichtiger als das ideologische Motiv das Bedürfnis nach Rache gewesen: das Bedürfnis nach irgendeiner Vergeltung für sechs Millionen Tote, für den

Genozid, für das perfekteste und grausamste Verbrechen der Geschichte.
"Er sagte langsam und ruhig: Ich heiße Solomon Morel und bin der Kommandant dieses Lagers. Dann aber schrie er: Meine Eltern und Geschwister sind in Auschwitz von euch Deutschen vergast worden, und ich werde nicht eher Ruhe geben, bis alle Deutschen ihre gerechte Strafe bekommen."
Als Insasse des Blocks 7, des "braunen Blocks", in dem vermeintliche NSdAP-, SA- oder HJ-Mitglieder untergebracht waren, erlebte Gerhard Gruschka den Lagerkommandanten von seinen dunkelsten Seiten.
Wenn Morel sich einen Gefangenen vornahm, schrieb Gruschka in seinem Bericht über die Haftzeit, "war dessen Todesurteil meist schon gefällt". Seine "Spezialität" war es, die aus deutscher KZ-Zeit übriggebliebenen schweren Sitzschemel an den Füßen zu packen und mit der dicken Sitzfläche in voller Wucht auf die Gefangenen einzuschlagen. Immer wieder blieben nach solchen Razzien Mitgefangene schwerverletzt liegen und mußten in die Lagerambulanz getragen werden, einige mit zertrümmertem Kopf auch gleich in die Leichenbaracke".
Gruschka bezweifelt, daß in dem berüchtigten "braunen Block" tatsächlich Nazigrößen einsaßen - sie hätten sich meist schon in den Januartagen 1945 abgesetzt. Da aber niemand verhört, bei niemandem nach individueller Schuld geforscht worden sei, werde sich eine eindeutige Antwort nicht mehr finden lassen. Für die Wachmannschaften jedenfalls genügte es, daß sie reichsdeutsche Staatsbürger vor sich hatten, um sie als Hitleristen alle mit derselben Brutalität zu strafen.
"Oft schlug Morel mit bloßen Fäusten zu, meist gezielt ins Gesicht … Und in regelmäßigen Abständen befahl er nachts: Horst Wessel Lied singen, aber schnell, und während wir sangen, prasselten die Gummi- und Holzknüppel auf uns nieder."
Der erst vierzehnjährige Eric van Calsteren, ebenfalls Insasse des "braunen Blocks", beschloß zu fliehen. Obwohl er die holländische Staatsbürgerschaft besaß, hatten polnische Sicherheitsbeamte in blonden Haaren und blauen Augen einen ausreichenden Beweis für sein "Edelgermanentum" gesehen. Calsteren versteckte sich in der Latrine des Lagers und entkam morgens mit einem Arbeitskommando. Allerdings stellte er sich freiwillig wieder, als seine Mutter verhaftet und er erpreßt wurde: entweder er oder sie ins Lager. Solomon Morel holte ihn persönlich mit seinem beigefarbenen DKW bei der Gleiwitzer Polizei ab. Er kam zurück in den Block 7.
Zunächst, berichtete van Calsteren 1992 aus seiner niederländischen Heimat der "Kommission" in Kattowitz, habe er als Strafe für die Flucht nur stundenlang auf Schottersteinen knien müssen. Doch das war nur das Vorspiel "Mitten in der Nacht kam das schon erwartete Überfallkommando der Bewacher.
Alles aus den Betten, und man stellte mich vor den Spind. Warum er geflüchtet sei, fragten ihn vier Männer und schlugen ihm bei jeder Frage in die Magengrube. Beugte sich van Calsteren vor Schmerz nach vorn, schlugen sie ihm ins Genick, daß er zu Boden sackte. Als er die Schläge nicht länger ertragen konnte, floh er zwischen die Betten. Da griffen sie nach der Eisenstange, mit der die Bottiche für das Essen geschleppt wurden.
"Mit dieser Stange schlug man mir meine beiden Beine ganz kaputt, und als ich wieder auf dem Boden lag, wurde ich noch mit Fußtritten bearbeitet. Halbtot legten meine Kumpel mich aufs Bett. Schlafen konnte man kaum in diesem Lazarett, es gab keine richtigen Kranken, sondern nur kaputtgeschlagene Menschen, die die ganze Nacht stöhnten. Daß es tatsächlich Tote gab, war schon ganz normal. Überall Sterbende, im Waschraum, auf der Toilette, im und neben dem Bett. Es geschah fast immer in der Nacht, und wenn man zur Toilette mußte, stieg man über die Toten."
Schon einige Monate vor diesem Bericht für Kattowitz hatte sich van Calsteren an die deutsche Justiz gewandt: Regelmäßig höre man Berichte über die Verurteilung deutscher NS-

Verbrecher aber wie stehe es mit der Verfolgung von Verbrechen an Deutschen? Und er bot sich an als Zeuge gegen Solomon Morel, dessen Adresse er durch Zufall erfahren hatte …
Erst über ein Jahr später, Ende September 1993, bat der Leitende Oberstaatsanwalt in Dortmund seinen Kollegen in Rijswijk, van Calsteren "eingehend zu vernehmen", da ein Ermittlungsverfahren gegen Morel wegen Mord geprüft werde. Doch da lebte Eric van Calsteren nicht mehr. Er war am 16. Februar 1993 im Alter von 63 Jahren verstorben. Solomon Morel hingegen hatte sich zu seiner Tochter nach Tel Aviv abgesetzt.
Da Israel generell nicht ausliefert, nutzte die Oberstaatsanwaltschaft Dortmund die Chance, sich dem äußerst unbequemen Verfahren mit Schreiben vom 29. August 1994 an die Witwe zu entziehen: "Das auf Strafanzeige Ihres Ehemannes eingeleitete Ermittlungsverfahren ist vorläufig gemäß Paragraph 205 der Strafprozeßordnung eingestellt worden, da der gegenwärtige Aufenthaltsort des Beschuldigten nicht ermittelt werden konnte Hochachtungsvoll Göke, Staatsanwalt.
Die Villa in Ludwigsburg ist repräsentativ, der Garten groß und mit gepflegtem Baumbestand. Doch die Radiologin Dorota Boreczek kann weder das eigene Heim noch Reisen oder andere Annehmlichkeiten des Lebens in Frührente genießen. Sie kann gar nicht genießen. Fast obsessiv kreisen ihre Gedanken in der unendlich langen, freien Zeit um Kattowitz, ihr altes Zuhause und das große Unrecht, das sie erlebte.
Sie erwarte eine "Entschädigung für den Aufenthalt in Gefängnissen während der Stalin-Zeit", teilte sie der "Kommission" in Kattowitz mit Schreiben vom 18. März 1992 mit. Denn auch sie saß mit der Mutter in Swietochlowice. Ein gutes halbes Jahr. Und der Vater, inhaftiert im Gefängnis von Krakau und im Lager von Jaworzno (ebenfalls einer alten Auschwitz Nebenstelle), kam aufgrund einer Amnestie erst 1951 frei. Doch da war sein Besitz von sieben Mietshäusern in Kattowitz und einem Sägewerk, einer Ziegelei und einem Kieswerk in Ostpolen längst enteignet.
Dorota, die damals noch Niesporek hieß, war in der Frauenbaracke untergebracht "Der Dreck", sagt sie, "der Dreck und die Läuse" - das war anfänglich das Schlimmste. Als den Frauen prophylaktisch die Haare geschoren werden sollten, verloren einige die Nerven und begingen im elektrisch geladenen Stacheldraht Selbstmord. Daraufhin wurde die Maßnahme eingestellt. Als sich die Krätze ausbreitete, litten Frauen besonders an eitrigen Entzündungen an den Brüsten. Später kam die Kleidung einmal in der Woche zur Entlausung - dann aber warteten die Frauen zehn Stunden nackt in der Baracke: "abgemagerte Wesen, kaum von Männern zu unterscheiden, knapp über dreißig Kilogramm".
Wenn ein Teil der Sachen bei der Entlausung verbrannte, stritten die Frauen um die Kleider der Kranken. "Hildegard Igla, eine wohlhabende Freundin meiner Mutter, besaß ein silbergraues Kostüm. Als sie fast in der Agonie lag, hat man ihr das Kostüm vom Leib gerissen, obwohl sie bat: Laßt mich in meinen Kleidern sterben."
Einen tiefen Einschnitt ins Lagerleben brachte die Typhusepidemie. Sie brach im Juli aus und ebbte erst nach sechs bis acht Wochen ab. Aus Angst vor Ansteckung kamen die Wachen kaum noch hinter den Stacheldraht. Die Folterungen hörten auf, Appelle fanden nicht mehr statt, die Disziplin löste sich auf.
Dorota stieg täglich in die Nachbarbaracke, wohin ihre Mutter im fortgeschrittenen Krankheitsstadium verlegt worden war. Hilflos, aber mit der hoffnungsvollen Verzweiflung eines Kindes versuchte sie, mit Wadenwickeln aus Schlüpfer und BH das Fieber zu senken. Doch Glombitza, der Lagerarzt, selbst ein Häftling, drohte ihr als Strafe mit dem Bunker: einer mit Wasser gefüllten Zelle, die so tief war, daß Dorota sicher ertrunken wäre.
Inzwischen war auch das Mädchen infiziert. "Komm unter meine Decke", sagte da eine Schweizerin zu ihr "Sie hatte eine Decke! Sie war gut zu mir. Wir hatten beide Typhus und lagen unter dieser Decke. Eines Morgens merkte ich, daß sie nicht mehr lebte. Und bis heute

verfolgt mich, daß mein erster Gedanke war: Wie gut, daß sie gestorben ist, jetzt habe ich ihre Decke."
Die Leichenbaracke konnte nicht so viele Tote aufnehmen wie täglich starben. Sie wurden einfach auf Chlorkalk vor die Baracken geworfen, lagen stundenlang in der Sommersonne, zogen Ratten an. Der Totenwagen, ein einfacher, von Häftlingen gezogener Karren, war mehrfach täglich zu den Massengräbern unterwegs, erst zum evangelisch augsburgischen, dann zum katholischen Friedhof. Wenn Anfang Juli - rechnete Gerhard Gruschka später - Swietochlowice mit 1.500 Personen noch voll belegt war, Anfang September die Blöcke 4, 6 und 7 aber bereits leer standen und die restlichen nicht mehr voll belegt waren, können sich nur noch knapp 500 Häftlinge im Lager befunden haben:
Mindestens 1.000 Männer und Frauen müssen der Epidemie somit zum Opfer gefallen sein. Viele von ihnen sind nirgends namentlich erfaßt worden. Wenn sich aber auf dem Standesamt Swietochlowice dennoch 1.600 Originalsterbeurkunden anfanden (meist von Morel unterzeichnet), müssen - sehr vorsichtig geschätzt - mindestens 2.500 Menschen in nur gut sieben Monaten im Lager umgekommen sein. Dorota aber lebte. Und die Mutter auch, obwohl sie nur noch auf allen vieren kroch.
Im Oktober 1945 erschien eine Kommission unter Leitung des Staatsanwalts Jerzy Rybakiewicz und befragte alle Lagerinsassen nach Zeitpunkt und Grund ihrer Verhaftung. Mit Befehl vom 15. September 1945 nämlich hatte Sicherheitsminister Radkiewicz angeordnet, "alle Gefängnisinsassen zu entlassen, gegen die keine staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen laufen" - oder reguläre Anklage zu erheben.
In Swietochlowice kamen die meisten Männer und Frauen innerhalb weniger Tage frei, der kleinere Teil wurde in andere Lager oder ins Gefängnis von Krakau geschafft. Vor dem Lager traf Dorota auf Frauen mit Bildern von ihren Söhnen und Männern, die fragten, ob ihr bekannt sei, daß sie überlebt hätten. Aber Dorota "sah nur wie hypnotisiert auf das Tor. Ob die Mama käme. Und plötzlich stand sie da. Plötzlich konnte sie laufen. Sie kam durch das Tor. Und als sie draußen war, brach sie wieder zusammen Dorotas Mutter wog 32 Kilogramm und hatte einen gebrochenen Schädel. Erst nach einem halben Jahr konnte sie wieder gehen.
Vor der Entlassung hatten Mutter und Tochter schriftlich gelobt, niemals und niemandem zu erzählen, was ihnen widerfahren war.
Wem auch erzählen? Das Thema fiel im kommunistischen Polen unter die Zensur, und Dorotas Familie war ins Abseits gedrängt. Der Vater endete in der Psychiatrie, aus der Mutter war ein Pflegefall geworden. Und 25 Jahre lang erhielt Dorota nicht einmal die Ausreisegenehmigung. Als sie dann schließlich 1970 in die Wahlheimat Bundesrepublik übersiedeln konnte, kam die zweite bittere Erfahrung: Auch hier konnte sie nicht erzählen.
Niemand wollte hier ihre Geschichten hören. Niemand wollte nach 1968 mehr von deutschem Leiden erfahren, das einige politische Kräfte in den fünfziger und sechziger Jahren hervorgehoben hatten, um die deutsche Schuld vor 1945 zu relativieren. Mit den Kollegen am Arbeitsplatz, mit den Nachbarn fand sie keine gemeinsame Sprache - und verschloß die Erfahrungen weiter tief in ihrem Innern. Denn auch die Tochter wollte damit nicht belastet werden. Und die Mutter sprach bis zu ihrem Tod über Swietochlowice nie mehr ein einziges Wort.
Erst die Ermittlungen der "Kommission" ließen Frau Boreczek Hoffnung schöpfen. Mit unglaublicher Energie sucht sie nun selbst nach weiteren Zeugen in Polen, trifft sich mit Frauen aus ihrer Baracke, kämpft um die Rehabilitierung der Eltern und die Rückgabe des Familienbesitzes. Morel hingegen verhärtete unter zunehmendem Erklärungsdruck immer mehr.
Nicht nur die Kattowitzer Lokalpresse und die polnischen Wochenzeitungen Wieset und März 1993 war endlich auch in der New Yorker Journalisten John Sack erschienen - eines Juden wie Morel, dem er vertraut und monatelang vieles ungeschützt erzählt hatte. Sieben Jahre lang hatte Sack recherchiert. Amerikanische Redaktionen hatten ihm Reisekosten nach Polen und

Deutschland finanziert und hohe Vorschüsse gezahlt.
Doch dann lehnten sie alle den Abdruck seiner Geschichte ab: Gentlemens Quarterly, Harpers brachte wenigstens John Sacks Recherchen als Buch heraus ("An Eye for an Eye - The Untold Story of Jewish Revenge against Germans in 1945") - kaum eine Zeitung besprach das Werk. Als schließlich die Village Voice Sacks Geschichte doch druckte, waren die Fakten nicht mehr zu übersehen.
Nun fühlte sich Solomon Morel umstellt und betrogen - und leugnete jede Schuld: Es habe keinen Todesbunker gegeben, keinen einzigen Selbstmord in dem unter Hochspannung stehenden Stacheldraht, die Läuse seien von den Häftlingen mit dem Typhus eingeschleppt worden und: "Ich erkläre mit Nachdruck, daß es neben den an Typhus Gestorbenen keine anderen Todesfälle gegeben hat."
Dabei waren die Methoden, mit denen Morel das Lager führte, bereits von seinen damaligen Vorgesetzten beanstandet worden. Mit Schreiben vom 24. September 1945 hatte Oberstleutnant T. Duda, Direktor der Gefängnisse und Lager im Sicherheitsministerium, einen dreitägigen Hausarrest und die Kürzung des Gehalts um die Hälfte verfügt, da Morel die Lagerordnung nicht aufrechterhalten, den wirtschaftlichen Bereich "paralysiert" und die Verbreitung der Typhusepidemie hingenommen habe.
Noch 1948 - Morel war Leiter des Gefängnisses in Ratibor - hatte sein Vorgesetzter am Schluß einer überwiegend positiven Einschätzung immerhin zu bedenken gegeben: "Manchmal vergißt er sich, und dann brechen Partisanenangewohnheiten durch, was nicht positiv und eines Parteimitglieds unwürdig ist. Ende 1946 hatte er in Oppeln wegen eben dieser "Partisanenangewohnheiten" bereits eine "schwere Rüge" erhalten.
Morel aber wollte zu all diesen Erkenntnissen nicht mehr aussagen. Er erschien weder zu der Zeugenbefragung der "Kommission" im Juni noch im November 1993. Einmal entschuldigte ihn seine Ehefrau Wieslawa, die er 1945 im Lager kennengelernt hatte, wo sie zur Wachmannschaft gehört haben soll: Er sei auf Urlaub in Israel. Das andere Mal meldete sich Morel selbst mit einem kurzen förmlichen Schreiben aus Tel Aviv: Er habe seinen beiden früheren Aussagen nichts mehr hinzuzufügen.
Statt dessen suchte er Verbündete für eine offensive Verteidigungsstrategie. "Seit dreieinhalb Jahren klagen mich die Deutschen wegen Rechtsbruch an, daß ich geschlagen und erschlagen hätte", beschwerte er sich Ende 1993 von Tel Aviv aus beim politischen Justizminister: Über Zeugen, die vier Jahrzehnte seine Mitbürger in Kattowitz und Umgebung waren und die polnische Staatsbürgerschaft besitzen wie er. Plötzlich sollen sie wieder - einige hatten es befürchtet - Deutsche sein, Fremde, Feinde.
Dabei haben sich auch damals viele von ihnen in erster Linie als Oberschlesier gefühlt, Kinder einer Grenzkultur mit deutschen, polnischen, böhmischen Anteilen, und sie haben - zweisprachig, wie sie waren - im Unterschied zu den Reichsdeutschen in der "braunen" Baracke 7 auch im Lager überwiegend ihr Oberschlesisch gesprochen einen polnischen Dialekt mit deutschen Einsprengseln.
Aber Morel braucht das denunziatorische Stereotyp für seine Entlastung: "Ich denke, daß die Deutschen attackieren, um zu zeigen, daß nicht sie (die Polen und Juden), sondern Polen und polnische Juden die Deutschen ermordet haben. Gegen mich sagen einige Dutzend Revanchisten aus, mit denen John Sack zusammenarbeitet.
Ich bitte Sie", wandte er sich an den Minister, auf dessen Verständnis aufgrund der gemeinsamen kommunistischen Vergangenheit hoffend, "sich mit dieser schändlichen Provokation, die internationalen Charakter annimmt, eingehend vertraut zu machen. Die Deutschen machen das aus Rache und John Sack, der amerikanische Jude, gegen Geld." Der Minister jedoch hatte offensichtlich kein Verständnis, denn er leitete den Brief weiter an die "Kommission", die Morel doch gerade zu umgehen trachtete.

Ohne Fürsprecher im heimatlichen Polen muß sich Morel ein zweites Mal im Stich gelassen fühlen. Schon 1968 nämlich, als er die Karriereleiter bis zur Stufe des Gefängnisleiters von Kattowitz im Range eines Oberst emporgeklommen war, hatte ihn die Partei von einem Tag auf den anderen fallengelassen. Zwar konnte ihn die antisemitische Kampagne der nationalistischen Genossen nicht wie 20.000 anderer Polen jüdischer Herkunft aus dem Land treiben. Aber ein ärztliches Attest stellte ihn mit der Diagnose einer "dauerhaften Berufsunfähigkeit" kalt. Er war 48 Jahre jung. Kann er es noch wagen, aus dem fremden Israel, dessen Klima ihm zusetzt, heimzukehren, ohne das Risiko einer Verhaftung einzugehen?
Die "Kommission" in Kattowitz jedenfalls hielt die Beweislage Ende 1993 für ausreichend, um die Unterlagen der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Nur die Zentrale in Warschau bremste noch: Es sei "verfrüht", gab sie zu bedenken und forderte die Vernehmung auch noch von Zeugen aus dem Block 7.
Doch Gerhard Gruschka wurde nie geladen, und Eric van Calsteren ist tot. "Unter Berufung auf die sogenannte Staatsräson wird alles getan", schrieb Dorota Boreczek enttäuscht und bitter im Januar 1994 an die Zentrale in Warschau, "um das Problem der juristischen wie moralischen Verantwortung sowie der Wiedergutmachung zu umgehen."
Doch nicht nur einige Juristen in der "Kommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk" haben offensichtlich grundlegende Bedenken gegen einen Prozeß. Spielt die Veröffentlichung der Geschichte eines jüdischen Lagerkommandanten - fragte ein Reporter des amerikanischen Fernsehmagazins "Sixty minutes" nicht tatsächlich jenen in die Hände, die behaupten, der Holocaust sei gar nicht so schlimm gewesen?
Hatten vielleicht nicht jene amerikanischen Redaktionen und Verleger recht, die John Sack den Abdruck des Artikels und den Druck des Buches ("An Eye for an Eye") verweigerten? Ja, stimmt dem Reporter der Direktor des Jüdischen Weltkongresses Elan Steinberg zu: Der Fall Morel stellt die Geschichte auf den Kopf, macht aus Opfern Täter und aus Tätern Opfer. Zumindest stellt er eine Symmetrie her: Die einen waren so schlecht wie die anderen "Diese Art von Relativismus ist ein Verbrechen an der Geschichte."
Ja, meinte in Warschau auch die Redaktion der Wochenzeitung Polityka, weil sie wohl fürchtete, der Fall könne Wasser auf die Mühlen des Antisemitismus im Land sein.
Und auch die Redaktion der ZEIT diskutierte vor einem Jahr heftig darüber, ob sie den Artikel von John Sack aus Village Voice nachdrucken sollte. Man müßte die Wahrheit doch schreiben dürfen, meinten die einen. Die Gegenargumente: Wird nicht der industriell betriebene Massenmord der Nazis verharmlost, wenn man John Sacks Frage dagegensetzt, weshalb Juden dasselbe getan hätten wie die Nazis - da es doch dasselbe nicht war?
Dürfen Deutsche (und deutsche Zeitungen) sich hinter der jüdischen Selbstbefragung verstekken, ohne sich eines "Tonfallschwindels" schuldig zu machen? Und äußert sich Antisemitismus nicht auch darin, daß man von den polnischen Verantwortlichen nur jene namhaft macht, die jüdischen Glaubens sind?
Am Ende wurde der Abdruck des Artikels von John Sack verworfen und beschlossen, eine eigene Geschichte zu recherchieren. Die Argumente für die Behandlung des Themas sind gewichtig "Man muß die Wahrheit sagen", urteilt auch Feliks Lipman, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Kattowitz, obwohl Solomon Morel ihn aus Tel Aviv moralisch zu erpressen versuchte: Wenn er ihn nicht verteidige, sei er kein Jude mehr. Doch für Lipman, der den Krieg mit falschen Papieren und in schlesischen Arbeitslagern überlebte und seit 1983 die kleine jüdische Gemeinde in den kärglichen Räumen unweit des Bahnhofs leitet, kann es Loyalität unter diesen Umständen nicht geben
"Nicht alle Deutschen sind Hitleristen und nicht alle Polen und Juden unschuldig", befindet er "Wer Verbrechen begangen hat, soll dafür bestraft werden." Weil sie wissen und endlich die weißen Flecken der kommunistischen Geschichtsschreibung füllen wollen, haben auch junge

polnische Journalisten und Wissenschaftler mit der Aufarbeitung der Geschichte Oberschlesiens begonnen.
Der Journalist Jakub Cieckiewicz widmete seine bewegende Reportage über Swietochlowice allen, die wegen (vermuteter) propolnischer Gesinnung in deutsche oder sowjetische Lager kamen, ihres Besitzes beraubt oder zur Wehrmacht eingezogen wurden, sowie jenen, die nach 1945 litten, als sie wegen (vermuteter) prodeutscher Gesinnung in sowjetische Bergwerke verschickt wurden, in polnische Zwangsarbeitslager kamen, sich vor Gericht gegen den Vorwurf der "Abweichung von der polnischen Nationalität" verteidigen und "Treueerklärungen zur polnischen Nation" unterzeichnen mußten. Cieckiewicz wollte der Opfer beider totalitärer Regime gedenken.
"Die Toten von Auschwitz, Treblinka, Majdanek, Buchenwald, Ravensbrück dürfen nicht vergessen werden. Unsere Zukunft kann nicht vor Radikalismus bewahrt bleiben, wenn wir uns der Vergangenheit nicht stetig erinnern", schreibt Gerhard Gruschka. "Aber", fügt er hinzu - nicht um gleichzusetzen, nicht um zu relativieren, sondern um das Leid im ganzen Ausmaß kennenzulernen - "Die Aufarbeitung darf nicht 1945 enden. Die Toten von Auschwitz, denke ich, werden nichts dagegen haben, wenn ich die Toten von Swietochlowice in der Erinnerung neben sie lege."
Der Holocaust nämlich, sagt John Sack, werde durch Geschichten wie die von Solomon Morel nicht relativiert. Im Gegenteil "Der Holocaust war schlimmer, als wir dachten. Wir wußten, daß die Deutschen sechs Millionen Juden töteten. Jetzt wissen wir auch, daß sie einige hundert Juden so stark brutalisierten, daß sie wie Deutsche wurden. Was in den Lagern, was mit Morel passierte, ist eine weitere Folge des Holocaust."
Gerhard Gruschka, der ehemalige Reichsdeutsche, der sein ganzes Erwachsenenleben in der Bundesrepublik verbrachte, hat Mitte Oktober in den ziegelroten Pfosten des Tors von Swietochlowice einen kleinen Gedenkstein eingemauert. Jozef Malik, der Volksdeutsche aus Rybnik, der zeit seines Lebens in Polen blieb, stellte fast zur gleichen Zeit ein 2,70 Meter großes Holzkreuz auf dem Friedhof neben dem Lager auf. Viele Unbekannte legten zu Allerseelen hier und dort Blumen nieder und zündeten Kerzen an: zum Gedenken an die Opfer der Opfer. …<<

31.12.1994

BRD: Der deutsche Journalist und Historiker Rainer Zitelmann berichtet im Jahre 1994 in seinem Buch "Wohin treibt unsere Republik?" über die sogenannte "Faschismuskeule" der linksradikalen 68er Studentenbewegung (x268/126): >>Man interessierte sich für die "faschistoiden" Strukturen, Tendenzen, Denkweisen usw., die man überall in der demokratischen Bundesrepublik zu entdecken glaubte und nur dort nicht suchte, wo man ehesten hätte fündig werden können: bei sich selbst. ...
1968 bildete sich eine Argumentationstypologie heraus, die bis heute bestimmend ist, ja, die intellektuelle und politische Debatte zunehmend dominiert: Wer nicht links ist, ist Nazi, ist Faschist. ...<<
Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnt im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...
Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Land-

nahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.
Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

1995

>>Der Irrsinn ist bei Einzelnen etwas Seltenes, aber bei Gruppen, Parteien oder Völkern die Regel.<< (Friedrich Nietzsche)

24.01.1995

BRD: Prof. Dr. Michael Wolffsohn (deutscher Historiker und Publizist, ein prominenter Vertreter des Judentums in Deutschland) schreibt am 24. Januar 1995 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": >>**Deutsche und Juden sind aneinandergekettet** ...
Schuld ist nicht erblich. Daher ist der nachgeborene Deutsche nicht schuldig, der nachgeborene Jude kein Märtyrer.
Dennoch: Wir alle wissen, daß es sehr wohl ein Weitergeben von Bürde und Würde der Geschichte von einer Generation zur anderen gibt.
Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind; weil die erste Gedankenverbindung der meisten Nichtdeutschen in bezug auf Deutsches Auschwitz ist, also der millionenfache Judenmord. Das wird so bleiben. ...
Die Nachgeborenen sind nicht schuldig. Aber sie haften politisch für die Taten der Vorfahren. Ähnlich ist es bei Familien. Man kann Schulden erben, ohne sie verursacht zu haben, und haftet für sie. Das gilt für Deutsche und Nichtdeutsche, für Juden und Christen.
Die nachgeborenen Deutschen haften für die politische Schuld ihrer Vorfahren, und diese politische Schuld gegenüber den Juden prägt das Wir-Gefühl der Deutschen, ob sie es wollen oder nicht.
Jeder Deutsche haftet als Deutscher. Er kann es sich nicht aussuchen. Die Schuld, für die er haftet, ist dem Haftenden bekannt. Selbst bei innerem Widerwillen und Widerstand kennt heute fast jeder haftende Deutsche die haftungsbedingende Schuld. Dieses Wissen prägt sein Wesen, seine Identität - auch wenn er die Haftung ablehnt.
Die Art der Annahme oder Verweigerung der Haftung ist Instrument und Signal, nach innen und außen. Ein Signal der Erneuerung, ein Instrument der Politik, ein Mittel der Erziehung und damit der Identitätsstiftung oder Identitätsstärkung.
Deshalb gilt: Vom Verhältnis zur Endlösung hängt die politisch-moralische Erlösung der Deutschen ab.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 - 1995 berichtet später (x853/...): >>**Das Kainszeichen für die Deutschen?**
Der bekannte deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn hat zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz in einer großen deutschen Tageszeitung (FAZ v. 24.1.95, S. 8) einen Beitrag geschrieben, in dem er davon spricht, daß die Deutschen, auch die Nachgeborenen natürlich, das Kainszeichen von Auschwitz trügen. Ein schwergewichtiges Wort!
Ein jeder kennt aus der Bibel die Geschichte des Brudermörders, der von Gott zwar das bekannte Kainsmal bekam, an dem sich aber niemand vergreifen durfte, weil das Kainsmal gleichzeitig einen Schutz bedeutete und Gott sich Strafen ausdrücklich selber vorbehielt.
Über Auschwitz ist schon viel geschrieben worden und wird noch viel geschrieben werden. Hier soll nicht die Frage nach den Umständen der Ermordung der Juden erneut erörtert werden, auch nicht die Frage nach der Zahl der dort Umgekommenen, die Wolffsohn als Historiker gegenüber früheren Feststellungen mit "nur" 1,4 Millionen angibt. Das alles soll hier bei-

seite bleiben. Gefragt werden soll hier nur, ob Wolffsohn berechtigt ist, den Deutschen das Kainszeichen einzubrennen oder nicht.
Wie bekannt war das Kainszeichen ein Zeichen Gottes, das nur er gegeben hat und geben durfte und kein Mensch. Wolffsohn, so scheint es, tut auch sich selbst und den Juden nichts Gutes an, wenn er den Deutschen das Kainsmal auferlegen will, das Gott, der ja nicht nur der Gott der Juden, sondern auch der Christen ist, Kain auferlegt hat. Es steht nicht in seiner Macht, Taten Gottes nachzuahmen. Das grenzt an Blasphemie und ist eine Hybris dazu, die der von Hitler und Stalin ähnelt, weil sie Gott in beiden Religionen heruntersetzt, zumal Wolffsohn die Schutzfunktion des Kainszeichens geflissentlich oder bewußt übersieht. Damit wird dieses Zeichen nicht zu einem Zeichen der Vergebung, als das es ja von Gott auch gesehen wurde, sondern nur zu einem Straf- und sogar zu einem Racheakt.
Es steht dem Menschen einfach nicht zu, von sich aus Gottes Handeln anderen aufzuerlegen, wenn Gott nicht entthront und damit vermenschlicht werden soll. Dieser Versuch muß gerade bei der jungen Generation, die ohnehin mit Gott, Glaube und Religion ihre Mühe hat, auf Unverständnis stoßen und muß sie weiter dem gemeinsamen Gott entfremden, ganz besonders dann, wenn Menschen sich erdreisten, an Stelle Gottes fragwürdige Ersatzhandlungen anderen aufzuerlegen. Die junge Generation muß denken, was das wohl für ein Gott sei, der sich von Menschen zu solchem anstiften läßt.
Nein, was in der Bibel steht, muß biblisch bleiben, kann nicht willkürlich von Menschen wiederholt werden, auch nicht in fragwürdigen wissenschaftlichen Studien, die so schön mit der deutschen und jüdischen Identität begründet werden, ein Allerweltswort, das in dem modernen psychologischen Trend mißbraucht wird und daher kaum zu einer Klärung beitragen kann. Ob nicht Kain durch das Kainszeichen seine wirkliche Identität gefunden hat?
Aber noch einmal, kein Mensch kann das wiederholen, jeder Täter muß mit Gott selbst ins Reine kommen, auch seine Kinder und Kindeskinder können das für ihn selbst nicht stellvertretend tun. Das ist die christliche Botschaft der Liebe und nicht der Rache. Hier scheint es freilich einen Unterschied zwischen dem jüdischen und dem christlichen Gott zu geben. Oder ist das nur der Unterschied zwischen Gott und Michael Wolffsohn?<<

28.01.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Januar 1995: >>... **Polen und Juden in Auschwitz – eine schwierige Beziehung zwischen Opfern**
Manche Zuhörer registrieren, das Walesa - wie schon tags zuvor in der jagiellonischen Universität in Krakau - jeden Hinweis auf die jüdischen Opfer des Holocaust vermeidet. Das hebt er sich für die folgende Gedenkfeier in Birkenau auf. Da spricht er aber auch nur an einer Stelle von der "Vernichtung der Juden und Roma", die Hitler auch für andere Völker vorbereitet habe – "besonders für die Polen". Auschwitz sei keine Ausnahme: "Die Welt ist voller solch trauriger Orte."
In Krakau sprach Walesa von den polnischen Professoren der Universität, die zu Anfang der deutschen Besatzung ermordet worden waren, er sprach von Auschwitz als einer Todesfabrik des Völkermords. Er sagte Völkermord, nicht Holocaust, und er erwähnte die Herkunft der Opfer nicht.
Der Stuhl Elie Wiesels, des Friedensnobelpreisträgers und ehemaligen Auschwitz-Häftlings blieb leer. Wiesel sprach dafür in Birkenau bei der inoffiziellen Feier der jüdischen Organisationen, die von Vertretern der jüdischen Minderheit in Polen organisiert worden war.
... Es war ... auch ein bißchen die Genugtuung, nicht zugelassen zu haben, das Andenken an Auschwitz vereinnahmen zu lassen. Den Vorwurf der Vereinnahmung hatten jüdische Vertreter aus den USA und der Bundesrepublik an die polnischen Organisatoren gerichtet, schon im Vorfeld der Feiern. Deshalb war die jüdische Andacht in Birkenau außerhalb des offiziellen Programms schließlich zustande gekommen.

Die beiderseitigen Empfindlichkeiten zwischen Juden und Polen sorgten immer wieder für Zwischentöne in fast allen Feierlichkeiten - durch die Nuancen, die dabei immer wieder deutlich wurden. Mehrmals wiesen jüdische Vertreter darauf hin, Auschwitz sei Vernichtungslager vor allem für Juden gewesen, 90 Prozent der Opfer seien Juden gewesen.
Fast ebenso oft wies Walesa darauf hin, das Lager liege in Polen, sei aber "nicht von polnischen Händen erbaut worden." Tief sitzt die Furcht vieler Juden, die Polen könnten sich Auschwitz als Symbol des Holocausts "aneignen". Ebenso tief sitzt die Furcht der Polen, mit Auschwitz auf die Täterseite gesetzt zu werden. Beide Ängste, auch das zeigten die Feiern, sind durchaus begründet.
Jüngste Umfragen in Polen haben ergeben, daß nur eine kleine Minderheit Auschwitz in erster Linie mit dem Massenmord an den europäischen Juden in Zusammenhang bringt, fast die Hälfte der Befragten bezeichnet es dagegen als Symbol des Völkermords an den Polen.
Schewach Weiss, Vorsitzender des israelischen Parlaments, der Knesset, erklärte in einem Interview mit der "Gazeta Wiborcza", viele Juden sähen in den Polen vor allem die Helfer der SS und Antisemiten. Daß 40 Prozent der von Israel mit dem Ehrentitel "Gerechte unter den Völkern" ausgezeichneten Menschen aus Polen stammten, spiele dabei keine wesentliche Rolle.
Die Tatsache, daß nur eine Minderheit der Polen (wie neueste Umfragen belegen) das Lager Auschwitz in erster Linie mit dem Holocaust an den Juden verbinden, ist allerdings kein "Erfolg" katholischer Vereinnahmung. Denn schließlich haben Polens Kommunisten 40 Jahre lang den Völkermord für Polen vereinnahmt. Wie in der Sowjetunion nicht von jüdischen Opfern, sondern von den ermordeten "Sowjetmenschen" ohne Angabe der Nationalität die Rede war, so war in Polen neutral von "Völkermordopfern" die Rede. ...<<

30.01.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Januar 1995: >>**Nur für die NS-Gedenkstätten gibt es in diesem Jahr mehr Geld**
... Aufgestockt wird allein der Etat für die "Gedenkstättenarbeit" (in Niedersachsen) ... Für dieses Jahr sind knapp 300.000 DM zusätzlich vorgesehen, um vor allem die zentrale Gedenkveranstaltung am 27. April zur 50. Wiederkehr der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen zu finanzieren, wie die Landtagsfraktionen übereinstimmend meinen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 30. Januar 1995: >>**Bubis nennt Polen antisemitisch**
... Auch am Wochenende nach der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Befreiung zum 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz haben jüdische Organisationen den polnischen Veranstaltern schwere Vorwürfe gemacht.
Von "unterschwelligem Antisemitismus" bei der Warschauer Staatsführung sprach der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, am Sonntag im Hessischen Rundfunk. ...<<

Januar 1995

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im Januar 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12/1 – 1994/95 (x853/...): >>**Welch ein Jahrhundert!**
1. Den 8. Mai 1945 verbrachte ich in englischer Gefangenschaft bei Eutin in Schleswig-Holstein. An dies Datum der Gesamtkapitulation der Wehrmacht wird jetzt vielfach erinnert. Eigene Erlebnisse können eine Besinnung verlebendigen. Am 2. Mai 1945 war ich in die gerade britisch besetzte Stadt Lübeck - nachdem ich mich abenteuerlich von Swinemünde über Stralsund, Rostock, Wismar/Bad Kleinen mit sehr viel Glück hatte durchschlagen können - bewußt hineingefahren. Es ging dabei um Tage, ja um Stunden, um den rasch in Mecklenburg vordringenden Sowjetrussen zu entkommen.

Wer nicht schnell genug am I. und 2. Mai war, kam in deren Gefangenschaft oder in die der Amerikaner die damals in Nord-, Mittel- und Süddeutschland hunderttausende deutsche Kriegsgefangene an die Rote Armee auslieferten. Dieser Art "Befreiung" konnten wir entgehen. Bald wirkten sich die Unterschiedlichkeit der Kriegsziele der "Alliierten", die gar nicht so latenten Divergenzen der Anti-Hitler-Deutschland-Koalition, der unvermeidliche Zusammenstoß der Stalinschen Weltbeherrschungsstrategien mit den westlichen Kräften (Roosevelt war gerade gestorben) besonders in Deutschland aus. Der "Eiserne Vorhang" ging mitten durch Deutschland nieder Der "Kalte Krieg" begann.

2. Im Gefangenenlager gab es Gespräche: was wird nun in Deutschland? Welche Personen, Institutionen haben (noch) Autorität, können einen guten Neuanfang in die Hand nehmen? Mir schien - mit anderen - die Rolle der Kirche jetzt providentiell. Sie hatte - vom Papst, über die Bischöfe und Priester, bis zu den Gläubigen - sich bewährt, ja widerstanden.

Jeder zweite Priester war mit der Gestapo aneinandergeraten, hunderte waren im KZ umgekommen, die Katholiken hatten ganz mehrheitlich Hitler nicht gewählt, waren vielmehr - gut geschult in der geistigen Auseinandersetzung mit den Ideologien des Kommunismus und dem sozialdarwinistischen Nationalsozialismus - immunisiert und durch ein intaktes religiöses Leben gefestigt. Die Glaubwürdigkeit der Kirche war 1945 groß. Der häufig erbetene "Persilschein" eines Pfarrers galt etwas. Die Institution hatte sich im Kern durchretten können.

Furchtbaren Verlusten, Völkerrechts- und Kirchenrechtswidrigen Vertreibungen stand diese Tatsache gegenüber. Die besonders kirchlich geförderte und bewerkstelligte Integration von 12 Millionen Vertriebenen belegt diese insofern noch glückliche Konstellation.

Was die berechtigten Erwartungen an die Kirche 1945 anlangt, wurden sie also zunächst einigermaßen erfüllt. Sie war und blieb religiös-geistige Heimat; sie half - jedenfalls im Großen und Ganzen - in dieser schicksalhaften Notlage. Die Kirchen waren voll.

3. Als Katastrophenjahr für die Kirche stellte sich dann erst richtig das Jahr 1968, das Jahr der Kulturrevolution heraus, die voll in die Kirche durchschlug und einen - intern induzierten - Massenabfall ohne äußere Not und ohnegleichen bewirkte. Allerdings war das nicht so ganz ohne Vorgeschichte. Merkwürdig mutete schon an, daß man das einst blühende katholische Verbandswesen, das in nationalsozialistischer Zeit behindert, verboten, zerstört worden war, nach dem Krieg nicht so recht mehr wiederaufbauen wollte.

Das katholische Schulwesen, von Gläubigen in den dreißiger Jahren mutig verteidigt, dennoch großenteils kaputtgemacht, konnte nach 1945 zwar wieder aufgebaut werden, geriet indes bald unter die Räder jenes eigentümlich dem Katholischen abträglichen "ökumenischen" Einheitsstrebens, das jene Güter, für die katholische Christen gerade noch unter Gefahren gekämpft hatten, nun ohne Not beinahe kampflos preiszugeben bereit war: z.B. katholische Schulen und katholische Pädagogische Hochschulen.

Es sei hier auch an Tendenzen in der Theologie, z.B. jene, die Pius XII. in "Humani generis" verurteilte, erinnert, gewisse Bestrebungen in der liturgischen Bewegung erwähnt, bei denen rerum novarum cupidi in verstörender Weise zu Werke gingen. Und da sind wir dann rasch auf allgemeinere geistesgeschichtliche Zusammenhänge verwiesen, die eine Besinnung, über die letzten 50 Jahre hinaus, in die Philosophie- und Ideologiegeschichte dieses Jahrhunderts ausweiten.

4. "Wen die konkreten praktisch-politischen Probleme unserer Zeit bedrängen, der muß mit Staunen feststellen, wie vollständig (fast) sie bei Scheler schon ins Auge gefaßt und behandelt worden sind. Man erlebt unmittelbar die Einheitlichkeit der Grundgestalt unseres jetzt zu Ende gehenden Jahrhunderts, wie sie schon an dessen Anfang dem dafür sensiblen Geist spürbar war. Das erweisen Schelers Ausführungen. Des weiteren erstaunt, wieviel Scheler zur Situation seiner (und also auch weitgehend unserer) Zeit zu sagen hat, das problemaufschließend auch für uns heute ist.

Das erste bezeugt die persönliche Sensibilität und Herzensweite seiner Person - es erinnert an das, was er selbst über die aufschließende Kraft der Liebe und der liebenden Anteilnahme als Grundakt menschlicher Existenz aufgezeigt und ausgeführt hat. Eine Persönlichkeit wie Scheler, so empfindet man oder so empfand wenigstens ich, vermissen wir heute.
Dazu kommt aber nun das zweite: die problemaufschließende Fähigkeit. Sie und die damit verbundene geistige Vertiefung und Horizonterweiterung verdankt Scheler zweifellos in einem zentralen Kern der um die Jahrhundertwende zum Durchbruch gekommenen Phänomenologie, zu deren Mitbegründern und ersten Vertretern er zu zählen ist."
(Eberhard Ave-Lallemant, Die Aktualität von Schelers Politischer Philosophie, in: Phänomenologische Forschungen Bd. 28/29, Verlag Karl Alber Freiburg/München 1994, S. 116-163, hier S. 117 ff.).
"Daß uns dieser durchaus standhaltende Geist in unserer weithin so resignativen Zeit ermutigen kann, darin sehe ich eine wichtige Seite der Aktualität des Werkes von Scheler. Das Aufnehmen dieses Impulses erlaubt uns auch ein Anknüpfen an unsere kulturelle Identität, die in und durch Europa und vor allem Deutschland durch die politischen Umbrüche bis heute nachhaltig gestört ist" (ebenda S. 124).
5. Schelers Personenlehre ermöglichte ihm, auch Formen von sogenannten Gesamtpersonen zu erkennen und zu umschreiben: Kirche, Kulturkreis und Nation. In dem zitierten, vorzüglichen Artikel wird die Fruchtbarkeit der Schelerschen Aufweisungen im Hinblick auf Nationalbewußtsein, 'Vergangenheitsbewältigung', Realpolitik und Solidaritätsforderung dargestellt. Welche Bedeutung für die geistige Reinigung und die sittliche Erneuerung Deutschlands - nach der Urkatastrophe des ersten und dem Kampf um Europa im und nach dem zweiten Weltkrieg - Aussagen Schelers haben können, sei belegt durch seine exemplarische Abhandlung 'Reue und Wiedergeburt' aus dem Schicksalsjahr 1917.
Hier ist nach Scheler zu sehen, daß existentielle Phänomene, wie Schuld, Scham, Reue, Würde, Stolz wie im personalen so auch im gesamtpersonalen Zentrum gelten. Mag es bei anderen Völkern einen manchmal naiven Stolz, eine alles dabei Störende grundsätzlich verdrängende Selbstverklärung (Frankreich, Italien, Polen, England, USA), mag es ein ganz natürliches sich zugehörig fühlen geben, wir Deutsche stehen hier in einem teilweise bewußt herbeigeführten Defizit, bis zur ideologie-politisch instrumentalisierten kollektiven Neurose, bis zu einer Art Selbsthaß.
Welche klärende heilende Kraft hier die Schelerschen Aufweise haben und entwickeln können, liegt auf der Hand. Wenn Scheler seine Untersuchung von 1916/17 über 'Die Ursachen des Deutschenhasses'. Eine nationalpädagogische Erörterung nennt, ist man wirklich erstaunt über eine das Jahrhundert durchziehende, in der Tiefe existentielle, gesamtpersonale Erscheinung.
6. Aber auch die in Verstörung, Uneinigkeit, mangelnde oder selektive Identifizierung, Entheimatung, Selbstsäkularisierung in Kult und Verkündigung geratene Kirche könnte von Schelers und übrigens auch Guardinis Erkenntnissen und Anreden Hilfen erfahren.
Wenn der Papst angeregt hat, die Kirche solle am Ende des Jahrhunderts eigene Schuld sehen und sich in Scham und Reue davon lösen, wäre dies - abseits der … Instrumentalisierung - ein Königsweg zur Wiedergeburt. Das würde für Haupt und Glieder gelten. Und manches sehr Peinliche müßte zur Sprache kommen. Vor Einseitigkeiten und oberflächlichen Banalisierungen könnten bei solchem heiklen, herben Unterfangen die Schelerschen Unterscheidungen … bewahren. Z.B. vor jener Art von Selbstbezichtigungen, die eine günstigere Position für umfassende Toleranzdialoge und großökumenische Einheitsumarmungen herstellen will.
Aber die Phänomenologie ist noch für Umfassenderes offen. Aus Gesprächen Edmund Husserls aus den letzten Lebensjahren (mit der Benediktinerin Adelgundis Jägerschmidt) sei wiedergegeben: "Er wisse, daß gerade meine Phänomenologie, und nur sie, die Philosophie ist,

die die Kirche brauchen kann, weil sie mit dem Thomismus zusammenführt und die thomistische Philosophie weiterführt." ...
"Ich habe Ihnen schon öfter gesagt, daß meine Philosophie, die Phänomenologie, nichts anderes als ein Weg, eine Methode sein will, um Menschen, die eben gerade vom Christentum und von den christlichen Kirchen abgerückt sind, wieder den Rückweg zu Gott zu zeigen." (Edmund Husserl zu Metaphysik und Religion, von Eberhard Ave-Lallemant, in: Hans-Martin Gerlach/Hans Rainer Sepp (Hrsg.), Husserl in Halle - Spurensuche im Anfang der Phänomenologie, Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften 1994, S. 85-108, hier: S. 106).
Bedeutende Geistesgestalten haben diesen Aufbruch weitergeführt:
Alexander Pfänder, Adolf Reinach, Dietrich von Hildebrand, Balduin Schwarz, Hedwig Conrad-Martius, Edith Stein, Hans-Eduard Hengstenberg, Walter Hoeres, Josef Seifert u.a.m. Leider sind ihre Ansätze für das Konzil und danach kaum fruchtbar gemacht worden. Andere hatten sich vorgedrängt, wurden herangezogen.
7. Die Glaubwürdigkeit der Kirche im Zusammenbruch 1945 verdankt sie auch ihren Zeugen. Die abgründige Gemeinheit, die brutale Rechtsbeugung im nationalsozialistischen Regime war mir am Schicksal von 3 mir bekannten Priestern 1945 noch ganz nahe.
Prälat Carl Lampert, P. Friedrich Lorenz OMI, Kaplan Herbert Simoleit, in Stettin im Kriege lebend und wirkend, wurden nach Spitzelzeugnis verurteilt und am 13. November 1944 in Halle/Saale durch Enthauptung hingerichtet.
P. Lorenz schrieb in seinem schlichten Testament: "Blut ist geflossen am Kreuze, Blut fließt auf unseren Altären als Erneuerung des Kreuzesopfers. Mit diesem Blut vereinigt sich mein Tröpflein Blut zur Anbetung, Ehre und Verherrlichung Gottes."
In der Stettiner Propsteikirche, wo diese drei Priester gewirkt hatten, wurde jetzt, genau 50 Jahre später, von Kardinal Sterzinsky, Erzbischof von Berlin, und Erzbischof Marian Przykucici, zusammen mit ca. 1.500 Pilgern aus Berlin, eine Gedenktafel enthüllt.
Und als ob die Hölle sich auftat, waren im Mai 1945 gerade jene fürchterlich entfesselten Plünderungen, Morde, viehischen reihenweisen Schändungen, ein beispiellos verwüstender, brandschatzender, oft alkoholisierter Vandalismus über die gepflegten deutschen Ostprovinzen hereingebrochen. Dies übrigens ein Hauptmotiv für den verbissenen Kampf der Soldaten bis zum Ende, um noch Millionen - meist über die Ostsee - retten zu können.
8. Unter solchen ganz außerordentlichen Widerfahrnissen stand die Zeit für uns vor 50 Jahren. Welch ein Jahrhundert! Und wieviele Kriege seit 1945 und auch jetzt noch! Als ob die Orientierungslosigkeit, die große Verwirrung - bis in die Sprache -, die verbreitete Ratlosigkeit, auch nach dem Zusammenbruch des wohl mörderischsten Regimes der Weltgeschichte, der "Schande des Jahrhunderts" (Josef Ratzinger) sich noch steigere. Muß die Kirche nicht alle ihre ureigenen Kräfte, und die vor allem, zusammennehmen, um der "Forderung der Stunde" (Goethe) zu entsprechen?
Wenn verführter, mißbrauchter, schlecht geführter, ausgebeuteter Idealismus und die tiefen Verletzungen Irregeführter und Belogener ein Stigma dieses Jahrhunderts sind, wäre angebracht, daß auch die Kirche aus diesen für manche immer noch schmerzenden Erfahrungen lernt: klare, wahrhaftige Rede, keine Leerformeln, Zeitgeistanpassungen strikt meiden, gegenüber flachen Kurzzeit-Euphorien, gewolltem Optimismus, zweckhaftem Defaitismus geistlich nüchtern sein, im Zentrum des Glaubens und Lebens bleiben.
Das hilft unterscheiden, wirkt ideologiekritisch. Im übrigen werden wir aufzuräumen haben, was die bösen Geister dieses Jahrhunderts an Trümmern und Wracks ständig hinterlassen.
Dankbar für alles, was uns hindurchgetragen hat, bewegt von der unfaßbaren Geduld des Allheiligen mit unserem Volk, das darin wieder erstarken kann, mit seiner Kirche, die wieder aus tiefer Entfremdung zu sich, d.h. zu ihrem Herrn, wie sie ihn immer verstanden und geglaubt hat, finden kann.<<

05.02.1995

BRD: Erzbischof Johannes Diba beklagt im Bistumsblatt vom 5. Februar 1995 die unangemessene Vergangenheitsbewältigung der Deutschen (x268/116,119): >>Wenn immer wir solch unseliger Geschichtstatsachen gedenken, sollten wir uns nicht damit begnügen, unseren Vorfahren an die Brust zu schlagen, sondern unsere eigene Zeit und unser eigenes Tun im Licht dieser Zeit und Erfahrungen bedenken.

Nicht für das, was vor 500 Jahren in Amerika oder vor 50 Jahren in Auschwitz geschah, werden wir einmal zur Rechenschaft gezogen, sondern für das, was wir heute an Unrecht zulassen. Man hat manchmal den Eindruck, daß unser Schuldbewußtsein um so undeutlicher wird, je näher die Schuld an uns heranreicht. ...<<

>>... Es ist uns gesagt worden, "nach Auschwitz" könne man nicht mehr an Gott glauben, ja nicht mehr beten. Ich würde eher umgekehrt reagieren: Auschwitz hat uns gezeigt, wohin die Menschen gelangen, wenn sie Gott und seine Gebote verachten und ihren eigenen Willen zum absoluten Gesetz erheben. ... Der Gottesverachtung folgt die Menschenverachtung. Das ist die ewige Lektion, die Auschwitz uns lehrt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt später über das krankhafte Schuldbewußtsein der Deutschen (x268/223): >>... Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen. ...<<

10.02.1995

BRD: Der deutsche Journalist Alfred Theisen berichtet am 10. Februar 1995 in der Beilage der Wochenzeitung "DAS PARLAMENT" über "Die Vertreibung der Deutschen – Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte" (x163/1-18):

>>**I. Ein verdrängtes Thema**

Nach Angaben des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sind derzeit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Nachrichten über Vertreibung und Völkermord erreichen uns längst nicht mehr nur von fernen Kontinenten. Seit Beginn der neunziger Jahre sind durch die serbische Aggression auf dem Balkan Flucht und Vertreibung auch in Europa wieder brutale Wirklichkeit geworden. Die Zahl der Opfer dieses europäischen Kriegsschauplatzes geht bereits in die Hunderttausende.

Die Bilder des Schreckens von Vertreibung, Massentötungen, systematischen Vergewaltigungen und anderen Gewaltverbrechen gegen die Zivilbevölkerung rufen bei Millionen vertriebenen Deutschen traumatische Erinnerungen wach. Sie denken dabei nicht nur an persönlich erlittenes Leid, sondern auch an die tiefen kulturhistorischen und zivilisatorischen Wunden, die Deutschland und Europa mit der Vertreibung von Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges zugefügt worden sind.

Daß dies oft aus Gleichgültigkeit vielen West- und Mitteldeutschen unbekannt ist, verletzt deutsche Heimatvertriebene. Was weiß man eigentlich über das Schicksal der über zwölf Millionen geflüchteten und vertriebenen Deutschen, was will man überhaupt noch wissen? Waren es damals tatsächlich nur Flucht und Evakuierung, wie die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen der siebziger Jahre es beschreiben? Handelte es sich bei den Grausamkeiten nur um gelegentliche, fast entschuldbar spontane Vergeltungsmaßnahmen der Vertreiber?

Die Unwissenheit über die Verbrechen an Millionen deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen offenbart die Versäumnisse von Lehrern, Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten, die es unterlassen haben, dies, aber auch Leistung und Schicksal des geschichtlichen Ostdeutschlands, des Sudetenlandes und anderer Vertreibungsregionen zu vermitteln.

Ein für die Situation bezeichnendes Urteil über den Umgang mit dem Thema "Vertreibung in Film und Literatur" enthält ein Gutachten, das Heinz Nawratil in seinem Buch "Vertreibungs-

verbrechen an Deutschen" in folgendem Auszug veröffentlichte:
"Man fragt sich unwillkürlich, weshalb ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis wie der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete weder in der ernstzunehmenden deutschen Literatur noch in deutschen Filmen – unter welchen politischen und unpolitischen Aspekten auch immer – ein irgendwie bemerkenswertes Echo gefunden hat.
Gesetzt den Fall, ein ähnliches Schicksal hätte Frankreich, Italien oder England getroffen – wäre es da denkbar, daß französische, italienische oder englische Filmemacher einen derartig spektakulären und sozial äußerst folgenschweren Vorgang in ihrem Land jahrzehntelang einfach ignorierten oder sich gar durch opportunistische Selbstzensur (was wird wohl das Ausland dazu sagen?) an einer freimütigen Behandlung dieses so ungemein reichhaltigen Stoffgebietes hindern ließen?"
Seit Beginn der fünfziger Jahre bemühte sich immerhin das damalige Bundesministerium für Vertriebene, die Lücken der geschichtlichen Überlieferung dadurch zu schließen, daß großangelegte Recherchen durchgeführt wurden, in deren Namen Niederschriften (z.B. Erlebnisberichte, Tagebücher, Briefe) von Tausenden Betroffenen aus allen Vertreibungsgebieten gesammelt wurden. Eine Auswahl aus diesem Material hat die Bundesregierung 1953 bis 1961 in der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" herausgegeben. Diese Dokumentation ist erst – seit dem sie über zwei Jahrzehnte nicht mehr erhältlich war (und dies auch aus politischen Gründen) – im Mai 1984 neu aufgelegt worden.
Im Bundesarchiv/Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth lagern mehr als 40.000 solcher Zeugnisse von Vertriebenen. Jahrelang wurde ein wissenschaftlicher Bericht zu diesen Unterlagen von den Bundesregierungen unter Verschluß gehalten. Erst seit Dezember 1982 sind diese Dokumente zur publizistischen und wissenschaftlichen Nutzung freigegeben worden, nachdem vorher nur einige kleine Teile davon an die Öffentlichkeit gelangen konnte.
Die Literatur, die sich mit der Vertreibung auseinandersetzt, ist inzwischen auf einen stattlichen Bestand an ausführlichen Dokumentationen, kommentierenden und analysierenden Büchern angewachsen. Dennoch ist die Vertreibung nach wie vor fast alleiniges Thema der Vertriebenen selbst geblieben. Im englischen Sprachraum hat sich der Historiker Alfred M. de Zayas im Hinblick auf die Verbreitung des Wissens um die Vertreibung verdient gemacht.
Als einer der seltenen Versuche, auch im Fernsehen über das Thema der Vertreibung zu informieren, muß die am 3. November 1985 im ZDF ausgestrahlte, von Ekkehard Kuhn zu verantwortende Fernsehsendung "Das deutsche Nachkriegswunder, Leid und Leistung der Vertriebenen" genannt werden.
In seinem zwei Jahre später erschienenen Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen" zieht Kuhn jedoch die ernüchternde Bilanz: "Die Solidarität, das Mitgefühl mit Opfern der Vertreibung, den Toten, den Entehrten, den Folgegeschädigten ist heute unter uns Deutschen gering oder so gut wie nicht mehr vorhanden."
Obwohl jeder vierte Einwohner der ehemaligen DDR entweder selbst vertrieben wurde oder aus einer Vertriebenenfamilie stammt, war das Thema der Vertreibung unter den Kommunisten selbstverständlich ebenfalls tabuisiert. Bereits am 8. Oktober 1945 verfügte die sächsische Landesregierung, daß nur noch von "Umsiedlern" gesprochen werden sollte. Zu Beginn der fünfziger Jahre wurden die Vertriebenen in der DDR im offiziellen Sprachgebrauch der SED-Diktatur beschönigend als "Neubürger" bezeichnet.
... In der Folgezeit fand das den strategischen Zielen des Sowjetimperiums zuwiderlaufende Thema der Vertreibung in den Medien, Schulen, der Wissenschaft und Literatur der DDR nicht mehr statt. Indirekt an die Vertreibung erinnert wurde in der DDR jedoch ständig durch die endlosen Revanchismuskampagnen gegen die Landsmannschaften der Vertriebenen im Westen, denen in der Feinbildpropaganda der Kommunisten eine große Rolle zukam. ...

Auch nach der Auflösung der SED-Herrschaft steckt die wissenschaftliche Forschung des Schicksals der Vertriebenen in der DDR noch in den Anfängen. Seit Beginn der neunziger Jahre wurde jedoch an den Hochschulen in Berlin und Magdeburg eine Reihe von entsprechenden Forschungsprojekten in Auftrag gegeben.
In dem Abschlußbericht der Enquetekommission des Deutschen Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" wird dieses Thema nur sehr am Rande behandelt. Ungeachtet dieser geringen öffentlichen bzw. politischen Aufmerksamkeit haben sich die Vertriebenen in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung der beiden Staaten in Deutschland in starken Verbänden zusammengeschlossen. Der Bund der Vertriebenen (BdV) und einzelne Landsmannschaften verfügen in den neuen Bundesländern über erhebliche Mitgliederzahlen (Ende 1994 rd. 200.000).

II. Die politische Vorgeschichte der Vertreibung

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg warf die Vertreibung ihre Schatten voraus, wurde Ost- und Sudetendeutschen das versprochene Selbstbestimmungsrecht vorenthalten. Durch den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 und den Vertrag von St. Germain mit Österreich vom 10. September 1919 wurde das erst wenige Monate vorher vom amerikanischen Präsidenten Wilson feierlich ausgerufene Selbstbestimmungsrecht der Völker auf die Deutschen nicht angewandt: Das Memelgebiet wurde abgetrennt, der überwiegende Teil der Provinz Posen, weite Gebiete Westpreußens und ein Drittel Oberschlesiens gerieten unter polnische Herrschaft; das sogenannte Hultschiner Ländchen und die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete Böhmens, Mährens und Österreich-Schlesiens wurde ungefragt der neu gegründeten Tschechoslowakei zugeschlagen.
Hier bereits erfolgten die politischen Weichenstellungen, die Europa in noch größere Tragödien stürzen sollten. Hinzu kamen aufgrund des umstrittenen Kriegsschuldartikels hohe, nicht erfüllbare Reparationsforderungen. Diese sowie die umfangreichen Gebietsabtretungen raubten der Weimarer Demokratie mit der Wirtschaftskraft auch die politische Stabilität. Eine demokratische Westorientierung der ersten deutschen Republik war durch Versailles selbst verhindert worden. Revisionistische Tendenzen und Volksgruppenprobleme bildeten somit den fruchtbaren Boden für die nationalsozialistische Propaganda und letztlich den Weg zum Zweiten Weltkrieg.
Von dem Leid, das durch den Nationalsozialismus und Krieg von Deutschen den Juden, Polen, Russen Tschechen und anderen zugefügt wurde darf nichts geleugnet werden, und es wird auch nichts verschwiegen. Im Gegenteil: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus füllt mittlerweile nicht nur ganze Bibliotheken, sie ist auch – zu Recht – Bestandteil unserer demokratischen politischen Kultur geworden. Daß es auch in Deutschlands östlichen Nachbarvölkern Verbrecher und Kriegstreiber gegeben hat, macht die Bürde der Schuld der Deutschen nicht geringer. Jedoch kann Unrecht nicht das Begehen neuen Unrechts rechtfertigen.
Schon während des Krieges fanden wichtige Entscheidungen der künftigen Siegermächte über die territoriale Neuordnung Mitteleuropas nach dem Kriege statt. Allerdings bekannten sich am 14. August 1941 die Alliierten in der "Atlantik-Charta" dazu, "daß nach Kriegsende keine territorialen Veränderungen Platz greifen sollen, die nicht mit dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der Völker übereinstimmen".
Auch die polnische Exilregierung, der tschechoslowakische Exilpräsident Edvard Benesch und die Sowjetunion unterzeichneten diese Charta. Dabei kann man davon ausgehen, daß dies sowohl für Benesch wie für Stalin lediglich eine taktische Maßnahme war. So gehörte Benesch seit dem Münchener Abkommen zu den Befürwortern einer Vertreibung von Sudetendeutschen, und ihm gelang es auch als erstem, grundsätzlich die Zustimmung nicht nur Stalins, sondern auch der amerikanischen und britischen Regierung zur Vertreibung der Sudeten-

deutschen zu erreichen.
Stalin hatte zu dieser Zeit bereits als Folge seines Paktes mit Hitler und entsprechender sowjetischer Gebietsokkupationen Zwangsaussiedlungen zugestimmt, die keinen Zweifel daran ließen, daß er an seinen zu Kriegsbeginn geplanten Gebietsaneignungen festhalten wollte. Nur 14 Tage nach der Verabschiedung der Atlantik-Charta erließ Stalin am 28. August 1941 das Dekret "Über die Umsiedlung der Deutschen des Wolgagebietes", was einem Todesurteil für die nationale, kulturelle und religiöse Selbständigkeit dieser Volksgruppe gleichkam.
In den Verhandlungen der Siegermächte während des Krieges kam es Stalin und den später von ihm mit an den Verhandlungstisch gebrachten moskautreuen polnischen Kommunisten darauf an, eine Westverschiebung Polens zu Lasten Deutschlands durchzusetzen und diese Grenzveränderungen durch Zwangsumsiedlungen der deutschen Bevölkerung unumkehrbar zu machen.
Nicht zuletzt durch eine Reihe von Täuschungsmanövern gelang es Stalin, die Zustimmungen der westlichen Regierungen sowohl zur Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen nach Westen, wie auch auf der Konferenz von Jalta ihr Einverständnis zur Verschleppung von Deutschen zur Zwangsarbeit in sowjetische Arbeitslager zu erreichen.
Obwohl die amerikanische und britische Regierung – sowohl was das Ausmaß der späteren Westverschiebung Polens wie auch der Vertreibung von Deutschen anbelangt – sich weitergehenden Planungen entgegenstellten, muß festgehalten werden, daß auch Staatsmänner der westlichen Demokratien damals der Vertreibung das Wort geredet haben.
Auf der Konferenz von Teheran, Ende 1943, stellte der damalige britische Premierminister Winston Churchill seinen später zur Vertreibung führenden Vorschlag einer Westverschiebung Polens vor. Westliche Politiker stimmten damals der Vertreibung von Deutschen zu, auch wenn sie später auf deren Umfang und brutale Durchführung keinen Einfluß mehr hatten und sich amerikanische und britische Politiker über das Ausmaß der seit Kriegsende an den Ost- und Sudetendeutschen begangenen Verbrechen entrüsteten.
Angaben zum damaligen unabhängigen national-polnischen Standpunkt in der Oder-Neiße–Diskussion findet man in einem Interview, das der Ministerpräsident der Londoner Exilregierung Polens Thomasz Arciszewski, am 17. Dezember 1944 der "Sunday Times" gegeben hat. Danach sollte das Vorkriegspolen wiedererstehen. "Amputationen" im Osten zugunsten Stalins lehnte er ab. Dafür erhob er im Westen Anspruch auf das industriereiche Oberschlesien, auf die bis 1939 Freie Stadt Danzig sowie auf Ostpreußen und Teile von Pommern.
Arciszewski lehnte es ab, Gebiete mit acht bis zehn Millionen Deutschen zu verlangen. Wörtlich sagte er: "Wir wollen weder Stettin noch Breslau."
Ebenso lehnte der militärische Führer des polnischen Exils, General Wladislaw Anders, zu weitgehende Annexionen deutschen Gebietes ab.
Entgegen den in Jalta getroffenen Vereinbarungen, die endgültige Regelung der polnischen Grenzen einer Friedenskonferenz vorzubehalten, übertrug die Sowjetregierung nach der militärischen Besetzung die Gebietshoheit über den deutschen Osten, mit Ausnahme des Gebietes rings um Königsberg, der von ihr abhängigen polnisch-kommunistischen Regierung in Warschau. Diese errichtete noch vor Kriegsende am 14. März 1945 in den Oder-Neiße-Gebieten 4 Wojewodschaften (Bezirksverwaltungen), denen am 20. März als fünfte die Wojewodschaft Danzig folgte.
Nicht nur gegenüber den Deutschen versündigten sich die westlichen Siegermächte an ihren eigenen Zielsetzungen der Atlantik-Charta, sondern auch dadurch, daß sie in der Folgezeit die demokratischen Repräsentanten Polens - sowohl die Exilregierung in London wie den polnischen Widerstand – zunehmend ignorierten und an deren Stelle die Marionetten stalinscher Machtpolitik in Warschau akzeptierten.
Zu spät erkannten die Westmächte, daß sie unter irrigen Voraussetzungen Stalins Politik der

Westverschiebung Rußlands und Polens unterstützt hatten. Der sowjetische Einfluß reichte nun bis zur Elbe und die innerhalb dieses Raumes erfolgende Neugestaltung der politischen Verhältnisse entzog sich der Einflußnahme des Westens.

III. Die Vertreibung der Deutschen

Als die Alliierten im Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 "die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, ... in ordnungsgemäßer und humaner Weise" beschlossen, waren bereits seit Monaten mörderische Vertreibungen in Ostdeutschland, dem Sudetenland und den zahlreichen Siedlungsgebieten der Deutschen in den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands im Gange.

Entrüstete Berichte in der westlichen Öffentlichkeit und Appelle westlicher Politiker, die mehr Humanität bei der "Zwangsumsiedlung" anmahnten, hatten kaum Einfluß auf Art und Umfang der im sowjetischen Machtbereich durchgeführten Vertreibungsaktionen. ...

Bereits Ende Juni/Anfang Juli 1945 begannen auf einem 100 bis 200 Kilometer breiten Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie ebenso schnell wie brutal durchgeführte Austreibungen der Deutschen. 200.000 bis 300.000 Schlesier, Pommern und Brandenburger wurden in Fußmärschen unter Mißhandlungen durch Rotarmisten oder die polnische "Miliz" nach Westen eskortiert. Sie waren froh, wenn sie zwar ohne jede Habe, aber noch lebendig mitteldeutschen Boden erreichten.

Obwohl noch kein Ausweisungsplan vorlag, wurden in den Wochen nach der Potsdamer Konferenz vor allem in Oberschlesien viele Deutsche in Lagern zusammengefaßt, um sie anschließend in geschlossenen Transporten nach Westen zu bringen. Schon ab dem 1. Juni waren alle Brücken über die Oder und Neiße für heimwärts strebende deutsche Flüchtlinge gesperrt worden. Nur während der Potsdamer Konferenz waren auf Druck der Westmächte die wilden Vertreibungsaktionen vorübergehend eingeschränkt worden.

Härter noch als die Vertreibung der Ostdeutschen war das überwiegend von der Einweisung in Arbeitslager gekennzeichnete Schicksal der deutschen Volksgruppe in Polen, die fast völlig vernichtet wurde.

IV. Vertreibung und Aussiedlung nach der Potsdamer Konferenz

... Die Phase der "kontrollierten" aber keinesfalls humanen, sondern völkerrechtswidrigen Vertreibung begann mit der Verabschiedung eines Ausweisungsplanes des Alliierten Kontrollrates am 17. Oktober 1945. Hunderttausende von Deutschen, insbesondere auch aus dem russisch verwalteten nördlichen Ostpreußen, mußten sich kurzfristig auf Sammelplätzen einfinden, um dann in Richtung Westen abgeschoben zu werden es durfte nur so viel Gepäck mitgenommen werden, wie man tragen konnte.

Die Aktion wurde angesichts der öffentlichen Empörung in der westlichen Welt über die bisherigen Begleitumstände der Vertreibung zeitweilig unterbrochen. Auf west- und mitteldeutschen Bahnhöfen trafen unangekündigt mit Vertriebenen vollgepferchte Güterzüge ein.

Im Westen war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht vorbereitet. Es kamen insgesamt bis 1950 mehr als doppelt so viele Menschen an, als der vereinbarte Ausweisungsplan vorsah, weil wesentlich mehr Menschen vertrieben wurden, als die Westmächte angenommen hatten. Oft wurden die Vertriebenen unter unmenschlichen Bedingungen tage- und wochenlang in Güterwagen planlos von einem Ort zum anderen abgeschoben.

Durch die Vertreibungsaktion kamen allein im Jahr 1946 etwa zwei Millionen verzweifelte und auch körperlich angegriffene Menschen nach Westdeutschland, wo sie überwiegend nur in provisorischen Flüchtlingslagern untergebracht werden konnten.

Die systematische Vertreibung umfaßte nun alle Gebiete Ostdeutschlands mit Ausnahme von Teilen Oberschlesiens und des niederschlesischen Waldenburger Berglandes, wo man noch deutsche Arbeitskräfte benötigte. Übergriffe und Plünderungen der Vertreiber ließen erst im

Sommer 1946 nach. 1947 wurden in einer letzten großen Vertreibungsaktion nochmals zahlreiche Ostdeutsche nach Westen verbracht, darunter viele, die man bisher noch als Facharbeiter benötigt hatte.
Nur in Masuren, im südlichen Ostpreußen, und vor allem in Oberschlesien konnte die angestammte deutsche Bevölkerung in einigen geschlossenen Siedlungsgebieten verbleiben, wofür wohl zwei Gründe ausschlaggebend waren: Erstens benötigte man – zumal im oberschlesischen Industriegebiet – weiter deutsche Fachkräfte und zweitens hätte eine komplette Austreibung der Deutschen der polnischen Propaganda von der "Rückkehr in uralte Piastengebiete", die auch als "wiedergewonnene Gebiete" bezeichnet wurden, allzu offenkundig widersprochen.
Diese Deutschen, die als "Autochthone" im Lande verbleiben durften, waren in den folgenden Jahrzehnten vielen Diskriminierungen und versuchter Zwangspolonisierung ausgesetzt.
Noch im Sommer 1945 war bereits mit der Aussiedlung polnischer Vertriebener aus den von den Russen annektierten ostpolnischen Gebieten begonnen worden. Dennoch trifft die weitverbreitete Annahme nicht zu, daß die deutschen Ostprovinzen nach 1945 mehrheitlich von polnischen Vertriebenen aus Ostpolen besiedelt worden sind.
Nach offiziellen Angaben der polnischen Kommunisten lebten am 1. Januar 1949 in den polnisch verwalteten Oder-Neiße-Gebieten 1,2 Millionen "Autochthone", 2,4 Millionen Umsiedler aus Zentralpolen, 200.000 vor allem aus Frankreich und Belgien eingewanderte Auslandspolen ("Remigranten") und 2,1 Millionen "Repatrianten" aus den ostpolnischen Gebieten. Neben Oberschlesien und Masuren gab es im Waldenburger Bergland und in der ostpommerschen Kaschubei noch kleine deutsche Siedlungsinseln. ...
Die Vertreibung der über drei Millionen Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat war das erklärte Ziel der tschechoslowakischen Exilregierung unter Präsident Benesch in London. Als im Frühsommer 1945 die Rote Armee zusammen mit der tschechischen Befreiungsarmee die deutsche Wehrmacht aus dem Sudetenland verdrängte, wurde unverzüglich mit der Austreibung der Deutschen begonnen.
Auftakt der Gewalt gegen die Sudetendeutschen war der Prager Aufstand am 5. Mai 1945. Durch Hetzparolen und Schmähschriften entfesselte Tschechen sowie in der Sowjetunion ausgebildete Einheiten von General Svoboda und Partisanen fielen über die Deutschen her. Zwar wird auch von Gewaltakten der Rotarmisten berichtet, doch Hauptakteure waren Tschechen.
Im Anschluß an den Prager Aufstand wurden die Deutschen an vielen Orten in Lager gebracht oder in "wilden Ausweisungen" zur Grenze getrieben. Ortschaften wurden systematisch abgeriegelt, die Bewohner kurzfristig zum Verlassen der Häuser aufgefordert und in Fußmärschen zur deutschen Grenze verbracht. Frauen, Alte, Kranke und Kinder konnten froh sein, wenn sie ausgeplündert, aber noch lebend deutsches Gebiet erreichten.
Später wurde die Vertreibung der Sudetendeutschen von den örtlich eingerichteten Nationalausschüssen organisiert, die sich ein wenig mehr an die humanitären Vorgaben des Potsdamer Protokolls hielt als das tschechische Militär oder Milizionäre. Dennoch wurden in vielen Fällen Väter von ihren Familien getrennt, weil man sie noch als Arbeitskräfte benötigte.
Trotz der Aufforderung der Potsdamer Konferenz, die Austreibung einzustellen, wurden weiter Transporte mit vorwiegend alten und kranken Leuten über die Grenze geschickt. Zehntausende saßen unterernährt in überfüllten Lagern, wo es wegen der primitiven sanitären Verhältnisse zu Epidemien kam, die unter den entkräfteten Menschen viele Opfer forderten.
Die Dokumentation des Bundesarchivs berichtet von 1.215 Internierungslagern, 846 Arbeits- und Straflagern und 215 Gefängnissen, in denen 350.000 Deutsche festgehalten worden waren. Schlechte Ernährung, unhygienische Verhältnisse und Mißhandlungen führten vor allem bei Kindern und älteren Menschen zu einer hohen Todesrate.

Es kann hier nicht detailliert auf die schier endlose Zahl von Grausamkeiten und Verbrechen eingegangen werden. Erinnert sei wenigstens an das Massaker von Aussig, wo Hunderte von Deutschen erschlagen und in die Elbe geworfen wurden, oder an den berüchtigten "Todesmarsch" der Brünner Deutschen: Am 30. Mai 1945 wurden über 20.000 Menschen zur österreichischen Grenze getrieben.
Von den 3,45 Millionen Deutschen, die bei Kriegende in der Tschechoslowakei lebten, wurden im Verlauf der ersten Austreibungswelle 700.000 bis 800.000 aus dem Osten und Norden des Sudetenlandes vertrieben. Am 19. Januar 1946 begann die zweite Austreibungswelle; sie dauerte bis in den Herbst 1946 und erfaßte 1.859.541 Sudetendeutsche. ...
Trotz Evakuierappellen deutscher Stellen flüchteten im Herbst 1944 von den etwa 500.000 Ungarndeutschen nur knapp 10 Prozent vor den in Ungarn vorrückenden Rotarmisten. Zwar kam es auch hier beim Einmarsch der sowjetischen Truppen zu Plünderungen, Schikanen und späterer Zwangsarbeit von Deutschen, aber nicht zu ähnlichen massenhaften Greueltaten wie in Ostdeutschland, Polen, Jugoslawien oder im Sudetenland. Insgesamt wurden etwa 60.000 Deutsche, davon etwa je zur Hälfte Zivilisten und Kriegsgefangene, zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt.
Nach dem Krieg gewannen deutschfeindliche ungarische Nationalisten an Einfluß, und es setzte eine systematische Unterdrückung und Verfolgung der Deutschen ein. Während Ungarn ursprünglich nur exponierte Nationalsozialisten ausweisen wollte, wurde durch den Druck der madjarischen Nationalisten dann doch die Ausweisung von etwa 40 Prozent der Ungarndeutschen beschlossen. In 2 Etappen wurden 1946 170.000 Ungarndeutsche nach Baden-Württemberg in die amerikanische und 1947/48 50.000 in die sowjetische Besatzungszone umgesiedelt. Etwa 270.000 konnten in der Heimat verbleiben.
Ähnlich dem Schicksal der Deutschen in Polen spielte sich auch das Leben der Volksdeutschen in Jugoslawien nach der Machtübernahme der Tito-Partisanen und der Roten Armee nur noch in Lagern ab. Als im Herbst 1944 in weiten Teilen Jugoslawiens Partisanenverbände die Macht übernahmen, befanden sich von den ursprünglich 800.000 dort lebenden Deutschen noch mehr als 200.000 im Lande.
Die Mehrzahl wurde in Lager eingewiesen, wo es schon bald zu Massenerschießungen kam. In den sogenannten Vernichtungslagern starben nach den zugänglichen Informationen mindestens 67.000 Deutsche. Insgesamt sind bei der Vertreibung aus Jugoslawien mehr als 80.000 Deutsche umgekommen.
In Rumänien verlief der Einmarsch der Roten Armee ähnlich wie in Ungarn verhältnismäßig diszipliniert. Auch hat es nur in sehr begrenztem Umfang rechtzeitige Evakuierungen von Deutschen gegeben. Nicht die Rotarmisten, sondern Rumänen plünderten schutzlose Deutsche aus. Obwohl Rumänien kein sowjetischer Feindstaat war, forderte Moskau Arbeitskräfte für den Wiederaufbau in der Sowjetunion an, wozu im wesentlichen die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung herangezogen wurde. 80.000 Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen wurden zur Zwangsarbeit verschleppt.
Vertreibungen aus Rumänien nach Deutschland waren im Potsdamer Abkommen nicht vorgesehen und haben auch nicht staatgefunden. Erst wegen der unerträglichen Lebensbedingungen unter den neuen kommunistischen Machthabern begann in den späteren Jahren die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien nach Westdeutschland.

V. Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Wie die beiden regierungsamtlichen Dokumentationen aus den fünfziger und siebziger Jahren berichten, gingen die vorrückenden russischen Truppen mit kaum vorstellbarer Grausamkeit gegen deutsche Frauen vor, die ihnen in die Hände fielen. In der "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" wird zum Einmarsch der Roten Armee zusammenfassend festgestellt:

"Bei den zahlreichen Erlebnisberichten, die vom Einzug der Roten Armee handeln, gibt es kaum einen, der nicht von Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen zu berichten weiß, in vielen Fällen wird sogar in aller Offenheit von selbsterlittenen Vergewaltigungen erzählt.
Es kann auch bei kritischster Prüfung dieser Berichte kein Zweifel sein, daß es sich bei den Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere um ein Massenvergehen im wahren Sinne des Wortes handelt, keineswegs um bloße Einzelfälle. Darauf deutet schon hin, daß förmliche Razzien auf Frauen unternommen wurden, daß ferner manche Frauen in vielfacher Folge nacheinander mißbraucht wurden und daß die Vergewaltigungen oft in aller Öffentlichkeit vor sich gingen. In gleicher Weise befremdend und Entsetzen erregend wirkte es auf die deutsche Bevölkerung, daß von den Vergewaltigungen auch Kinder und Greisinnen nicht verschont wurden."
In der Dokumentation des Bundesarchivs in Koblenz heißt es: "Es handelt sich bei den Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten und Offiziere nicht etwa um Einzelfälle, sondern um ein Massenvergehen. Sie sind als eine der grauenhaftesten völkerrechtswidrigen Gewalttaten zu verzeichnen.
Sie haben in massenhaftem Ausmaß bei und nach der Besetzung der östlichen Reichsgebiete stattgefunden, auch in Kreisen, die erst nach der Kapitulation der Wehrmacht besetzt wurden."
In seinem Buch "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" zitiert Alfred M. de Zayas aus dem Bericht eines Beamten des amerikanischen Außenministeriums:
"Die Konzentrationslager sind nicht aufgehoben, sondern von den neuen Besitzern übernommen worden. Meistens werden sie von polnischer Miliz geleitet, In Schwientochlowitz (Ostoberschlesien) müssen Gefangene, die nicht verhungern oder zu Tode geprügelt werden, Nacht für Nacht bis zum Hals in kaltem Wasser stehen, bis sie sterben. In Breslau gibt es Keller, aus denen Tag und Nacht die Schreie der Opfer dringen."
In Oberschlesien wurde z.B. das frühere Kriegsgefangenenlager Lamsdorf in ein Internierungslager für Deutsche umgewandelt. In diesem Lager kamen von August 1945 bis zum Herbst 1946 insgesamt 6.430 Deutsche, darunter 623 Kinder, ums Leben. Die Täter von Lamsdorf oder Schwientochlowitz leben noch, sind namentlich bekannt und befinden sich im Rechtsprechungsbereich polnischer Richter.
Die Dokumentation des früheren Bundesvertriebenenministeriums weist darauf hin, daß in solche Lager im Laufe der Zeit fast alle Deutschen in Polen eingewiesen worden sind, und berichtet über die herrschenden KZ-ähnlichen Umstände:
"Durch die Internierungslager und die schrecklichen Formen der Zwangsarbeit wurde das Schicksal der Deutschen im polnischen Staatsgebiet noch schwerer als das der Deutschen in den östlichen Provinzen des Reiches. ...
Deutsche Frauen mußten, rohen Schikanen der polnischen Miliz ausgesetzt, von russischen Soldaten belästigt und vergewaltigt, bei völlig unzureichender Verpflegung Leichen bergen, Tierkadaver begraben, Munition und Kriegsgerät fortschaffen, Straßen und Wege freilegen und Häuser säubern. ...
Es erschien das Leben der Alten, Kranken und Kinder geradezu hoffnungslos, die - als Arbeitskräfte verschmäht - Jahr um Jahr in den Internierungslagern verbringen mußten. Ihr Leiden überschritt alles Maß. Sie konnten den quälenden Schikanen und der oft sadistischen Grausamkeit der Bewachungsmannschaften nicht entrinnen. ...
Durch totale Entkräftung hilflos geworden, ohne Medikamente, von Ungeziefer geplagt, ohne Möglichkeit, auch nur die primitivsten Bedürfnisse der Körperpflege zu befriedigen, siechten sie dahin. ... Planmäßiges Erschießen von Alten und hilflosen Kranken, wie es beispielsweise im Lager Kaltwasser geschah, Gewalttaten und Mißhandlungen der Wachmannschaften, oft geleitet von dem Bestreben, Behandlungsmethoden nationalsozialistischer Konzentrationsla-

ger zu imitieren, erhöhten die Zahl der Todesopfer."
Wie hoch die Zahl derjenigen sei, die in der Zeit von 1945 bis 1950 in den polnischen Internierungslagern gestorben sind, werde sich wohl nie mehr feststellen lassen, heißt es in dieser Vertreibungsdokumentation. Die Lagerleitungen hätten die Zahl der toten Deutschen geheimgehalten, Massengräber seien z.T. wieder eingeebnet und Grabstätten unkenntlich gemacht worden.
Wie die Dokumentation des früheren Vertriebenenministeriums berichtet, wurden bereits seit Dezember 1944 in den südosteuropäischen Staaten Rumänien, Ungarn und Jugoslawien Zehntausende von Deutschen zumeist in die russischen Industriegebiete am Donez und Don, in den Ural und nach dem Kaukasus zur Zwangsarbeit verschleppt.
Als die Westmächte auf der Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) der Sowjetunion das Recht einräumten, nach dem Sieg über Deutschland - als einen Teil der ihnen zugesprochenen Reparationen - deutsche Arbeitskräfte nach Rußland zu schaffen, waren die Deportationen in den deutschen Ostprovinzen bereits in vollem Gange und die Verschleppungen aus Südosteuropa nahezu abgeschlossen.
In der Dokumentation des Bundesarchivs wird zusammenfassend festgestellt, daß die Anzahl der in die Sowjetunion als "Reparationsverschleppte" sowie "Vertragsumsiedler" gewaltsam verbrachten Deutschen aus den Gebieten östliche von Oder und Neiße mehr als 400.000 Menschen betragen habe, "wovon nur 55 Prozent überlebten. Demnach wären in den Lagern der Sowjetunion und auf Transporten ca. 200.000 verstorben.
Die genauen Zahlen der deutschen Zivilpersonen, die auf der Flucht, bei Deportationen oder sonstigen Vertreibungsverbrechen ums Leben kamen, wird wohl nicht mehr festzustellen sein. Für die Beurteilung des Gesamtvorganges sollte es auch unerheblich sein, daß in der Fachliteratur unterschiedliche Angaben hinsichtlich der Gesamtzahl der Opfer zu finden sind.
Erstmals hatte im Jahre 1958 das Statistische Bundesamt eine umfassende Studie zum Ausmaß der Vertreibung sowie der Vertreibungsverbrechen vorgelegt. In einer Aktualisierung des damals veröffentlichten Zahlenmaterials kommt Heinz Günter Steinberg zu dem Schluß, daß jeder siebte Heimatvertriebene – insgesamt also 1,710 Millionen Deutsche – bei Flucht, Vertreibung, Verschleppung oder in Lagern ums Leben gekommen sind.
Danach wurden allein in den Ostgebieten des Deutschen Reiches 882.000 Zivilisten umgebracht, was nahezu 10 Prozent der Vorkriegsbevölkerung entsprach. Davon starben etwa 311.000 in Ostpreußen. Die relativ größten Zivilverluste mit mehr als einem Drittel der Vorkriegsbevölkerung waren in Ostbrandenburg und in Jugoslawien zu verzeichnen.
Von den Schlesiern, die mit über 4,5 Millionen Menschen den größten der vertriebenen deutschen Volksstämme darstellen, sind den Angaben Steinbergs zufolge über 450.000 und von den Sudetendeutschen etwa 273.000 bei der Vertreibung ums Leben gekommen.
Einschließlich der Kriegsverluste sind von über 12 Millionen Deutschen, die beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in den späteren Vertreibungsgebieten lebten, insgesamt nach der Darstellung Steinbergs 2,810 Millionen umgekommen, so daß jeder sechste Ost-, Südost- und Sudetendeutsche im Krieg oder bei der Vertreibung sein Leben verloren hat. Dabei wird in den Angaben des Statistischen Bundesamtes und auch Steinbergs nicht das Schicksal der Rußlanddeutschen erfaßt, von denen ebenfalls seit 1941 Hunderttausende bei der Verschleppung oder in den östlichen Verbannungsgebieten ums Leben gekommen sind.
Heinz Nawratil nennt in seiner Untersuchung "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" die Zahl von 350.000 Rußlanddeutschen, die ihre Verschleppung nach Osten nicht überlebt haben. Nawratil verweist auf eine umfassende Analyse des Kirchlichen Suchdienstes, die 1963 zu dem Ergebnis gekommen ist, daß bei der Vertreibung der Deutschen 2,3 Millionen Menschen umkamen – eine Angabe, die auch vom Bundesinnenministerium verwendet worden sei.

Hinzu rechnet er die Verluste der Rußlanddeutschen mit 350.000 Opfern und von den mindestens zwei Millionen zugezogenen Menschen, zum Beispiel Bombenflüchtlinge aus Berlin oder dem Westen, etwa 220.000 Tote. Das ergebe so Nawratil, eine Zahl von mindestens 2,8 Millionen Todesopfern der Vertreibung.

VI. Ankunft und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen im Westen

Knapp 8 Millionen Vertriebene wurden in Westdeutschland, fast vier Millionen auf dem Gebiet der späteren DDR und etwa 200.000 in der damals noch ungeteilten Hauptstadt Berlin aufgenommen. Die hohe Zahl der Opfer und die verbrecherischen Begleitumstände der Vertreibung dürfen nicht den Blick für die Tragik und Bitterkeit des Verlustes der Heimat an sich verstellen. Für den einzelnen Überlebenden bedeutete diese bedrohliche körperliche und vor allem seelische Erschütterung und Erschöpfung, Verlust der meisten persönlichen Bindungen mit ihren Kennzeichen kultureller und landschaftlicher Eigenart.

Besonders für viele alte Menschen war die Vertreibung aus ihrer Heimat unfaßbar. In den zertrümmerten west- und mitteldeutschen Großstädten fanden sich für die Fremden – so wurden sie von den Einheimischen empfunden und so empfanden sie sich auch selbst – oft keine halbwegs zulängliche Unterkunft, und auf dem Lande war man auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht eingestellt.

Lebten vor dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland zu Zeiten relativen Wohlstandes 39 Millionen Menschen, so galt es sechs Jahre später in dem gleichen, jedoch jetzt vom Krieg weitgehend zerstörten und ausgezehrten Landesteil 47,5 Millionen – neben den Vertriebenen noch Hunderttausende ausländische Flüchtlinge aus dem sowjetischen Machtbereich – zu versorgen. Millionen der Flüchtlinge und Vertriebenen mußten viele Jahre lang in Lagern leben.

Die Konfrontation zwischen Einheimischen und Vertriebenen steigerte sich, als sich die Lage der Westdeutschen nach dem Krieg ebenfalls verschlechterte: Anhaltender Wohnraummangel, Arbeitslosigkeit und knappe Lebensmittel förderten die Spannungen zwischen den Deutschen verschiedener landsmannschaftlicher Herkunft. Wie schwer das Schicksal der Arbeitslosigkeit über viele Jahre auf den Heimatvertriebenen lastete, mag folgende Zahl verdeutlichen:

Von einer Gesamtzahl von 1,66 Millionen Arbeitslosen Ende Februar 1951 waren nicht weniger als 557.000 Heimatvertriebene. Bei einem Anteil an der Bevölkerung von rund 16,5 Prozent erreichte ihr Anteil an der Zahl der Arbeitslosen 33,5 Prozent.

Die Aufnahme so vieler Millionen heimatlos gewordener Menschen erschien unter den katastrophalen Verhältnissen der ersten Nachkriegsjahre unlösbar. Erschwerend wirkte sich zudem aus, daß es in den Westzonen keine systematische Verteilung des großen Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen gegeben hatte – nicht zuletzt die Folge eines allgemeinen Nachkriegs-Chaos. So stauten sich die Vertriebenen in den für sie nächst erreichbaren Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern.

Auch die Politik der Westmächte verhinderte eine sinnvolle Aufteilung. Unter Verweis darauf, daß Frankreich das Potsdamer Abkommen nicht unterzeichnet habe, sperrten sich die Franzosen generell gegen eine Aufnahme von Vertriebenen in ihrer Besatzungszone. In der britischen Zone wurden die Ost- und Sudetendeutschen willkürlich und zweckmäßig von der Besatzungsmacht verteilt. Am besten funktionierte die Aufteilung noch in der US-Zone, wo sie auf Anordnung der Amerikaner von deutschen Stellen vorgenommen wurde.

Diese ungleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge und Vertriebenen über die westdeutschen Regionen gehörte damals zu den drängendsten Problemen, weil dort, wo die Menschen zumeist notdürftig untergebracht waren, oft weder ausreichend Wohnungen noch Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden waren.

Über eine Million Vertriebene wurden daher auf freiwilliger Basis und mit öffentlicher Unterstützung in den Jahren 1949 bis 1963 innerhalb des Bundesgebietes umgesiedelt. Insgesamt haben durch Umzüge und Umsiedlungen in diesen Jahren rund 3,4 Millionen Vertriebene ih-

ren Wohnsitz von einem Bundesland in ein anderes verlegt. Hinzu kommen noch die Wanderungen innerhalb der Bundesländer.
Grundlegende Gesetze für die soziale Eingliederung der Millionen Heimatvertriebenen konnten erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erlassen werden. Nach Beginn des Kalten Krieges war klargeworden, daß die Vertreibung keinesfalls eine kurze Episode sein würde. Das Schlagwort, unter dem die soziale Integration der Vertriebenen konzipiert wurde, lautete daher "Lastenausgleich".
Es wurde ein Gesetzeswerk geschaffen, das sowohl die Eingliederung wie eine individuelle Entschädigung von Vertriebenen und Flüchtlingen in einem bundesweit einheitlichen Verfahren ermöglichte, ohne jedoch die fortgeltenden Eigentumsrechte der Betroffenen zu verletzen (In der Präambel zum Lastenausgleichgesetz heißt es, daß die Unterstützung geleistet wird "unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet ...".
Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung vom 8. September 1993 festgestellt, daß die Eigentumsrechte der deutschen Vertriebenen auch durch die Ostverträge zu Beginn der neunziger Jahre nicht beeinträchtigt worden sind).
Nachdem bereits 1949 ein lediglich auf Eingliederungshilfen abzielendes Soforthilfegesetz (SHG) und für die vertriebenen Bauern das Flüchtlingssiedlungsgesetz verabschiedet worden waren, trat am 1. September 1952 das Entschädigung leistende umfassende Lastenausgleichsgesetz (LAG) in Kraft.
Mit dem Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 wurde die Eingliederung der Vertriebenen bundesweit einheitlich geordnet. Nun gab es für alle westdeutschen Bundesländer die gleichen Begriffe, Regelungen und Behörden. Durch die Einrichtung von Beiräten der Vertriebenen bei zentralen Dienststellen von Bund und Ländern wurde die Effizienz (Wirksamkeit) dieses Gesetzes erheblich erhöht. Das Bundesvertriebenengesetz bildet bis heute die Grundlage für die Aufnahme von deutschen Aussiedlern aus den Herkunftsgebieten der Vertriebenen, von denen seit 1950 über drei Millionen nach Deutschland gekommen sind.
§ 96 des Bundesvertriebenengesetzes beinhaltet den gesetzlichen Auftrag an Bund und Länder, das deutsche Kulturerbe der Vertreibungs- und Siedlungsgebiete im Osten und Südosten Europas zu bewahren sowie im Bewußtsein des deutschen Volkes lebendig zu halten. In diesem Sinne fördert der Bund unter anderem Kultureinrichtungen wie Museen, Kulturwerke und Stiftungen sowie die kulturelle Breitenarbeit der Vertriebenenverbände. ...
Wenn der Weg Westdeutschlands nach dem Kriege nicht in Anarchie und Chaos endete, sondern in gemeinsamer Anstrengung ein einzigartiges, weltweit geachtetes, friedliches Aufbauwerk geleistet wurde, so ist dies auch ein Verdienst der deutschen Vertriebenen. Sie haben sich nicht zum politischen Extremismus oder gar Terrorismus entschlossen, wie so viele andere Flüchtlingsgruppen in der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart, sondern sie haben tatkräftig am Wiederaufbau mitgearbeitet.
Ein naheliegendes Kalkül Stalins mit der Vertreibung von Millionen Ost- und Sudetendeutschen einen die Festigung demokratischer Strukturen unmöglich machenden sozialen Sprengsatz in Westdeutschland zu installieren, war nicht aufgegangen, weil die Landsmannschaft der deutschen Vertriebenen sich von Beginn an für eine gewaltfreie, demokratische Politik entschieden hatten.
So gehörte die 1950 verabschiedete und durch Jahrzehnte friedfertige Verbandsarbeit glaubwürdig bezeugte Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu den herausragenden, allerdings weithin unbekannten demokratischen Traditionen unseres Volkes, auf die alle Deutschen stolz sein könnten, wenn sie davon wüßten. ...

VII. Ausblick

Zu einer zukünftigen deutschen Friedensordnung, die diesen Namen verdient, muß es gehören, daß auch mit den deutschen Vertriebenen und den in deren Heimat verbliebenen Landsleuten nach den Grundsätzen von Recht und Wahrheit umgegangen wird. Gerade die über Jahrzehnte hinweg in ihrer Existenz bedrohten ostdeutschen Volksgruppen müssen einen zentralen Bestandteil des Fundamentes des vielbeschworenen gemeinsamen europäischen Hauses ausmachen, wenn dieses Europa nicht auf dem Sand von Geschichtslügen und Unrecht gebaut werden soll. ...
Das Bemühen um historische Wahrheit als Grundlage einer realistischen Verständigungspolitik, aber auch die Würde der Opfer und ihr Vermächtnis, Vertreibungen für alle Zeit als Mittel der Politik zu ächten, sollten Deutsche und ihre östlichen Nachbarvölker dazu anhalten, sich sachlich mit dem lange verdrängten Kapitel der Vertreibung der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges auseinanderzusetzen.
Zu Recht fragt Johan Georg Reißmüller in einem Leitartikel der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 23. Januar 1995: "Wie kann man behaupten, das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation sei normal, da die große Mehrheit des Volkes, angeführt von der großen Mehrheit der politisch wirkenden, von allen Opfern der Staats-Unmenschlichkeit auf unserem Kontinent im 20. Jahrhundert eine Kategorie nicht einmal zur Kenntnis nehmen will: Diejenigen Deutschen, die in der östlichen Hälfte Europas in den Jahren 1944, 1945, 1946 völkermordartigen Vernichtungsaktionen anheimfielen?"
Reißmüller weiter: "Wer an sie erinnert, dem schlägt in Deutschland sogleich der Vorwurf entgegen, er wolle 'aufrechnen'. Das ist eine als Anspruch ans Gewissen zurechtgemachte Unwahrheit.
Den Völkermord an den Juden, die von Deutschen verübten Massenmorde an Polen, Tschechen, Russen bemäntelt nicht und die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg verkleinert nicht ... (Es ist ein unsägliches Armutszeugnis), daß ... die ungezählten Deutschen, die am Ende des Krieges und nach dem Krieg von massenmordender Hand starben, ... im Gedächtnis der Nation (keinen) Platz haben. Doch es sind wenige unter unseren Politikern, die zu solchen Gedanken aufrufen."
Die Vertreibung und die damit zusammenhängenden Probleme können heute nicht mehr so verdrängt werden, wie es noch vor wenigen Jahren zu Zeiten der kommunistischen Diktaturen im ehemaligen Ostblock der Fall war. Auch mit Blick auf das aktuelle Vertreibungsgeschehen auf dem Balkan haben die deutsche und europäische Politik allen Grund, ihre bisherige Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen vertriebener Deutscher zu überdenken.
Dies gilt ganz besonders für die östlichen Nachbarstaaten, wo die Offenlegung der eigenen Schuldverstrickung in die damalige Vertreibung der Deutschen jetzt erst möglich geworden ist. Prag und Warschau sollten die historische Chance nutzen, nach dem Überwinden der kommunistischen Diktatur sich endlich einem freien und versöhnenden Dialog sowie einem in die Zukunft gerichteten Miteinander mit den vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen zu öffnen. ...<<
Der deutsche Philosoph Walter Hoeres (1928-2016) berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 4 - 2005 über die Heimatlosigkeit (x853/...): >>**Geborgenheit im Vaterhaus?**
... Ältere Leser werden sich noch an die Wunschkonzerte von Heinz Goedecke erinnern, die regelmäßig während des Krieges stattfanden und den von Narvik im äußersten Norden bis Afrika stationierten Soldaten mit ihren vertrauten Liedern und Schlagern wenigstens vorübergehend ein illusionäres Gefühl der Heimatverbundenheit gaben.
Draußen in der weiten Ferne und einem ungewissen Schicksal ausgesetzt gewann der Begriff der "Heimat" einen magischen Klang und den Zauber einer unaussprechlichen Sehnsucht, die sich bei der großen Vertreibung und Völkerwanderung nach dem Kriege immer noch steiger-

te!
Seitdem sind ganze Bibliotheken über die Heimatlosigkeit des modernen Menschen geschrieben worden, aber die Diagnose ist dadurch nicht weniger triftig und aktuell, daß sie so oft wiederholt worden ist.

Der Mensch und seine Heimat

Zweifellos ist die Heimatverbundenheit eine Urkonstante des menschlichen Wesens. Ebenso wie er nicht nur ein Einzelwesen, sondern immer auch ein Gemeinschaftswesen ist, bleibt der Mensch auf die Heimat angewiesen, um sich voll entfalten zu können. Beide Momente: "Gemeinschaft" und "Heimat" gehören zu seiner Natur und bedingen sich wechselseitig.
Das ist freilich auch der Grund dafür, warum es so schwer und auch fruchtlos ist, den Begriff der Heimat in eine Lehrbuchdefinition zu pressen oder in abstracto über ihn zu räsonieren.
Soviel dürfte feststehen, daß Heimat die vertraute geistige, menschliche und reale, konkrete Umgebung oder Umwelt meint, in der wir leben und uns bewegen können wie der Fisch im Wasser. Zu ihr gehören in erster Linie Geschichte, Tradition und Erinnerung, ohne die der Mensch im luftleeren Raum aufwachsen würde. Das haben u.a. Schelling, Hegel, Hölderlin und die Romantik - sie allerdings oft in einer unechten Verklärung der Geschichte - mit Recht gegenüber dem Rationalismus und der Aufklärung betont.
Zur Heimat gehören auch die gewachsenen Institutionen, Sitten, Gebräuche, Gewohnheitsrechte und das ganze Ensemble der Traditionen, in die der Mensch hineingeboren wird und die ihn unmerklich formen, ihm Halt, Regeln und Maßstäbe geben und ihn damit nach der genialen Einsicht Arnold Gehlens von dem ständigen Druck entlasten, dem er ausgesetzt wäre, wenn er sich im totalen geistigen Vakuum je und je von neuem entscheiden müßte, wie er sich hier und jetzt verhalten soll.
So ist es nicht die Bindung, die geistige Heimat und Tradition bedeuten, welche die heute so heiß ersehnte Mündigkeit und damit die Möglichkeit verhindert, daß wir den Kopf frei bekommen, um souverän um uns zu blicken, sondern ganz im Gegenteil die totale Bindungslosigkeit, wie sie die unentwegten Marschierer in die immer noch totalere Emanzipation als höchste Erfüllung verheißen!

Einsamkeit und Mobilität

Wie so oft werden auch hier solche elementaren Gegebenheiten erst richtig faßbar, wenn wir die Gegenprobe machen und das heißt in unserem Falle, wenn wir einen kurzen Blick auf die Heimatlosigkeit des modernen Menschen werfen! Sie hat reale und ideelle Ursachen, die naturgemäß ein undurchdringliches Geflecht bilden und von uns nur aus Gründen der geordneten Darstellung nacheinander aufgeführt werden. Zu den realen Ursachen gehört natürlich die grenzenlose Mobilität, ja die moralische Pflicht zu ihr und damit dazu, seinen Wohnsitz jederzeit zu wechseln wie sein Hemd, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, "sozial nur schwer integrierbar" zu sein.
Als Außenseiter sieht sich nun nicht mehr der Nomade, der Umgebung und Job behende und stets erneut zu wechseln versteht, sondern ganz im Gegenteil derjenige, der auch unter Opfern an seinem angestammten Wohnsitz und Beruf festhalten will.
In diesem Sinne wird die Mobilität nicht mehr nur als notwendiges Übel in der von immer neuen Inventionen (Erfindungen) lebenden Industriegesellschaft, sondern als hohe Tugend angesehen, die als solche immer mit Klugheit und Lebenstüchtigkeit gepaart ist und das um so mehr, weil sie mit jener Fähigkeit zu quickem Bescheidwissen und ständiger Neuorientierung verbunden ist, die mit dem Mangel an geistiger Tiefe Hand in Hand zu gehen pflegt.
Befremdlich ist jedenfalls, daß der Zwang zur häufigen Migration und damit auch der Abschied von den altvertrauten Orten, Freunden und Bekannten kaum mehr als unmenschlich, sondern als ganz normale Angelegenheit empfunden wird. Die Befremdlichkeit wird allerdings dadurch gemildert, daß sich die Milieus, das alte und das neue also, immer mehr glei-

chen und die Lebenswelten hüben und drüben immer uniformer werden.
Bis auf die musealen Stadtkerne und Fußgängerzonen, die ohnehin kaum mehr zum Wohnen da sind, finden wir überall die gleichen Autoschlangen, Tankstellen, Supermärkte, Hochhäuser, Reihen- und Einfamilienhäuser, die gerade in ihrer gesuchten Eigenwilligkeit die allenthalben herrschende Normierung verraten! Überall die sorgfältig gepflegten Grünanlagen und mit den wohlbekannten Geräten versehenen Kinderspielplätze. Überall der gleiche gutgemeinte und doch hoffnungslose Versuch, die längst verlorene Heimat vom Reißbrett her synthetisch zu reproduzieren!
Man kann diesen Sog zur Uniformität auch anders und pejorativer ausdrücken und etwa mit Oswald Spengler, dem berühmten Verfasser des "Unterganges des Abendlandes" von den dämonischen Steinwüsten, den ungeheuren betonierten Ballungszentren sprechen, in denen eine ihrer eigenen Ursprünge ledige Gesellschaft - bar aller großen Gedanken und Kultur - in einer Art geistigen Fellachentums, doch zivilisatorisch bequem vor sich hinlebt.
Daß die permanente Fluchtbewegung, die in dieser Mobilität liegt, längst nicht mehr nur als Tugend, sondern geradezu als Segen erfahren wird, zeigt sich auch darin, daß immer mehr Menschen in ihrer freien Zeit nach dem Motto verfahren: "schön ist es auch anderswo, und hier bin ich sowieso!"
Verwaist oder zweckentfremdet stehen die Pensionen und Gasthöfe da, die man in den fünfziger Jahren in den deutschen Mittelgebirgen und Landschaften von immer noch hoher Schönheit und Stimmungsvielfalt gebaut hat. Auch in den Ferien möchte man des Nomadenseins nicht entbehren.
Man legt keinen Wert mehr auf den hohen Reiz des "déja vue", der einstmals die vertrauten Ferienorte schließlich zur zweiten Heimat werden ließ. Vielmehr werden starke und immer neue Reize, Eindrücke und Erlebnisse gesucht, um sich und die freie Zeit im eigentlichen Sinne des Wortes zu zerstreuen und damit totzuschlagen: vor allem aber, um überall und damit nirgends heimisch zu werden. Für die Erfahrung der Dauer, die mit kontemplativem Verweilen und Innehalten gegeben ist, fehlen Verständnis und Kraft.
Man kann den Begriff der Heimat und die Vertrautheit, die in ihr zur Anschauung kommt, gar nicht konkret und realistisch genug fassen.
Zu ihr gehören auch der vertraute Besitz, die Familien-Erbstücke und Dinge, die uns ein Leben lang begleiten und schließlich mit uns ganz verwachsen sind. Aber davon kann in der affluent society, der Gesellschaft der großen Verschwendung, die vom raschen Umschlag der Güter lebt, nun wirklich keine Rede mehr sein.
Die Dinge, die wir brauchen, werden von vorneherein auf Oboleszenz, auf raschen Verschleiß hin produziert und das Prinzip des styling ist längst nicht mehr auf die Kleidermode oder neue Automodelle beschränkt. In dieser Lage bekommt der Wunsch, nun unbedingt an der vergoldeten Taschenuhr festzuhalten, die uns der Großvater zur Erstkommunion schenkte und sie immer wieder zur Reparatur zu bringen, während es doch in jedem Kaufhaus praktische und billige Armbanduhren in Fülle gibt, etwas Kauziges, und wer möchte schon gerne als Sonderling durch die Weltgeschichte gehen!
Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren und zeigen einen weiteren Widerspruch unserer an Ungereimtheiten so reichen Gesellschaft: die Tatsache, daß wir in unserer so üppigen und an Gütern überbordenden westlichen Welt doch im Grunde arm sind wie die Kirchenmäuse und einsam wie unfreiwillige Eremiten, weil wir so viele unserer Dinge nur auf Zeit und damit wie Leihgaben besitzen!
Aber der erste und entscheidende Grund der neuen Heimatlosigkeit ist natürlich der Zerfall der Familie, dieser ganz ursprünglichen, ganz selbstverständlichen und idealen Stätte aller Geborgenheit. Wenn die Frauen nicht nur zum Teil mitarbeiten müssen, sondern in ihrer Mehrzahl dies auch wollen, müssen die Kinder schon im frühen Alter in die Kinderkrippe ab-

gegeben werden, so daß Familienleben allenfalls am Wochenende zelebriert werden kann. Und damit wird die Heimat auch hier zum bloßen Ausnahmezustand und hört schon damit auf, zu sein, was sie eigentlich ist!

Propheten der Heimatlosigkeit

Gerade in unserem Falle trifft es zu, daß die Philosophie ihre Epoche in Gedanken erfaßt, ja allererst die Ideen liefert, die sie prägen. Schon zu Beginn der Neuzeit zeichnet sich eine Entwicklung ab, in der die Heimatlosigkeit des modernen Menschen ahnungsvoll vorweg genommen wird.

Rene Descartes (1596-1650), der nicht zufällig der Vater der neuzeitlichen Philosophie genannt wird und mit ihr einen ganz neuen Anfang machen wollte, reduziert die schöne, bunte Welt, in der wir leben, auf die bloße berechenbare Materie einerseits und das denkende Ich andererseits, das ihr damit automatisch als Fremdling gegenübersteht und im Käfig seines Bewußtseins gebannt nicht weiß, wie es wieder aus ihm herauskommen soll.

Gottfried Wilhelm Leibniz (1646-1716) begreift unser Ich als zunächst ganz auf sich gestellte und im Bannkreis des eigenen Ich eingeschlossene Monade (Einheit), die keine Fenster und damit keinen unmittelbaren Blickkontakt nach draußen hat, weshalb es des allergrößten und geradezu labyrinthischen Scharfsinns bedarf, zu zeigen, wie ein solches Wesen dann doch zum Kontakt mit den übrigen Monaden und der Welt kommen kann!

Thomas Hobbes (1588-1679) schließlich, der Begründer der neuzeitlichen Staatsphilosophie geht ebenfalls vom punktuellen Ich aus, das ganz und gar vom Selbstinteresse ... gelenkt wird und er versucht, von daher Existenz und Legitimität des Staates zu begründen.

Nun könnte man allerdings sagen, daß doch gerade das Gymnasium, wie es von Wilhelm von Humboldt (1767-1835) begründet wurde und so viele Generationen unserer Vorfahren zu Humanisten erzogen hat, ganz in der Erinnerung und Vergegenwärtigung unseres antiken Erbes aufgegangen ist und damit an unsere geistige Heimat erinnert hat, wo sie am ursprünglichsten ist!

Doch man sollte nie vergessen, daß Humboldt Kantianer war und es mithin für unmöglich hielt, daß wir in den letzten Fragen nach dem Ursprung der Welt, nach Gott, nach der Seele zu verbindlichen Ergebnissen kommen können. So diente ihm die Beschäftigung mit der Antike nicht dazu, jene großen Fragen nach dem Sinn des Daseins, wie sie Platon und Aristoteles wegweisend für das Abendland gestellt haben, wieder aufzunehmen. Ganz im Gegenteil hat die Beschäftigung mit der Antike, mit den fiktiven Taten eines Odysseus oder den Mythen, wie sie uns Ovid erzählt, nur das Ziel, die eigene Persönlichkeit und damit wieder das liebe, eigene Ich zu veredeln.

Und man kann durchaus der Meinung sein, daß diese Abdrängung des antiken Erbes ins Ästhetische nur ein weiterer Schritt zu jenem gigantischen Traditionsbruch ist, der sich in der Neuzeit und Gegenwart immer mehr radikalisiert und zu jener geistigen Heimatlosigkeit von heute führt, die nur die Kehrseite der realen ist.

Auf der anderen Seite ist der Streit um das humanistische Gymnasium heute ein solcher um des Kaisers Bart, denn dieses Gymnasium gibt es schon längst nicht mehr oder allenfalls in kläglichen Rudimenten. Der Ruhelosigkeit, die uns heute plagt, entspricht die des Bildungsbetriebes mit ihrer fast vollkommenen Geschichts- und Erinnerungslosigkeit.

Gefordert wird eine geistige Ubiquität, die nur zu haben ist, wenn man an vielem nippt und mit ihm nur im Vorübergehen Kontakt bekommt. Deshalb ist das Fernsehen, das uns von 20 bis 21 Uhr etwa in die Geheimnisse des Buddhismus einführt, um uns dann von 21 bis 22 Uhr oberschwäbische Barockkirchen zu zeigen, der Prototyp der Bildung, die über alles Bescheid weiß und damit wieder über nichts!

Mit alledem wollen wir keine Schuldzuweisungen verbinden, wie das manche Theologen tun, die der Meinung sind, es werde schon alles besser werden, wenn man nur die gute Absicht

dazu habe. Wir wollen aber auch nicht jenem heroischen Existentialismus das Wort reden, der mit Oswald Spengler, mit Ernst Jünger oder Martin Heidegger der Meinung ist, die Heimat- und Wurzellosigkeit sei das unabweisbare und unabänderliche Schicksal unserer Epoche. ...<<

12.02.1995

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Februar 1995: >>**Bonn weist Moskauer Forderungen zurück**

Die Bundesregierung hat zusätzliche russische Forderungen in zweistelliger Milliardenhöhe für die von den früheren Sowjettruppen in Ostdeutschland geräumten Kasernen zurückgewiesen. ...

Auch Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg lehnte zusätzliche Forderungen Rußlands ab. Er sehe keinen Grund, über die bereits vereinbarten 14 Milliarden Mark hinaus zusätzliche finanzielle Verpflichtungen einzugehen, sagte Stoltenberg in Bonn.

Er schloß nicht aus, daß Deutschland zusammen mit anderen Geldgebern im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftshilfe für die Staaten der ehemaligen UdSSR weitere Leistungen erbringen könnte.<<

13.02.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Februar 1995 über die zwiespältigen britischen Kommentare zu den Bombenangriffen gegen Dresden: >>**Sorry oder ein Hoch für die Helden**

... Die Amerikaner haben ihr Hiroshima, kommentierte der linksliberale "Guardian", wir haben Dresden. Kein Erinnerungstag ist unbequemer für das britische Volk."

Im nationalkonservativen "Daily Mail" ist hingegen zu lesen, Dresden sei neben dem Falkland-Krieg "das letzte Stück stolzer britischer Außenpolitik" gewesen, ein "bißchen gesunde Bestrafung" und gewiß nichts, was die Nation mit Scham erfülle.

Zwischen diesen Extremen bewegen sich die Briten. Über die moralische und militärische Rechtfertigung des Angriffs auf Dresden entbrannte schon vor Jahren eine bis heute nicht entschiedene Debatte. Die Deutschen hätten mit den Flächenbombardements angefangen heißt es.

Die Kritiker verweisen indes darauf, die ... Bombennächte von Dresden hätten mehr Menschenleben gekostet als alle deutschen Angriffe auf Großbritannien zusammen, die Stadt sei im Februar 1945 voll mit Flüchtlingen gewesen.

Die meisten britischen Historiker halten den Angriff auf Dresden für militärisch sinnlos, einige sprechen sogar von einem Verbrechen. ...

Luftmarschall Arthur Harris ... wurde Sir, aber nicht Lord, und seine "Boys" erhielten keine kollektiven Medaillen, obwohl ihre Einheiten die höchsten Verluste aller britischen Waffengattungen zu tragen hatten. 55.000 sind von den Einsätzen über Deutschland nicht lebend wiedergekommen.

Harris selbst wird eine Lust am Töten nachgesagt; es gibt schlimme Zitate und sogar seine eigenen Leute nannten ihn häufig Butcher, also Schlächter. Er starb verbittert im Alter von 92 Jahren.

Doch vor drei Jahren setzte der Veteranenverband der Bomber-Kommandos durch, daß ihm vor der Luftwaffen-Kirche St. Clement Danes in London ein monomentales Denkmal errichtet wurde. Es war mit Spenden finanziert, die greise Königinmutter hat es enthüllt. Dort steht der Bronzeheld jetzt – und blickt martialisch gen Deutschland.<<

14.02.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. Februar 1995, daß Bundespräsident Roman Herzog davor warnt, von den Völkern erlittenes Leid gegeneinander aufzurechnen: >>... Wer Frieden zwischen den Völkern sucht, kann nicht einfach zwischen den Toten und Verwundeten einen buchhalterischen Saldo ziehen. Menschliches Leid kann nur ge-

meinsam durch Mitleid, Besinnung und Lernen überwunden werden.<<

15.02.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Februar 1995 über die Dresdener Trauerfeiern: >>**Der Herzog von Kent nutzt die Chance zur Versöhnung**

... Schweigend und mit ernsten Blicken ziehen die Menschen über den Altmarkt im Herzen Dresdens bis zur Ruine der Frauenkirche, wenige hundert Meter entfernt.

Es ist eine sternenklare, aber milde und trockene Nacht. Viele haben Kerzen mitgebracht, manche schützen ihre kleine Flamme mit einem Plastikbecher vor dem Wind. Man hört nur manchmal jemand flüstern, die meisten bewegen sich stumm und ruhig über den Asphalt.

Am 21.45 Uhr stehen dann etwa 30.000 dicht gedrängt auf dem Platz vor der Frauenkirche. Viele junge Leute sind dabei, auch Mütter mit ihren Babys. Überall in der Stadt beginnen die Kirchenglocken zu läuten – in diesen Minuten ist der erste Bombenangriff auf die Elbestadt (13.02.1945) genau 50 Jahre her.

Regungslos harren die Dresdener 20 Minuten lang in der Abendfrische aus, bis die Glocken verstummen und die ersten schweigend wieder gehen. Spontan stimmt eine Gruppe junger Leute ein Kirchenlied an. Vorbeigehende summen mit. ...

Seit 1982 gedenken die Dresdener so der Zerstörung ihrer Stadt, und seinerzeit vor nunmehr 13 Jahren war diese Form der Erinnerung ein Zeichen des Protestes gegen die SED-Machthaber. Die DDR-Oberen hatten bis dahin stets antiamerikanische und antibritische Töne angeschlagen, der Jahrestag wurde von der Staatsführung in eine Kampagne für den Sozialismus eingebettet. Dagegen begehrte die kirchliche Friedensbewegung 1982 auf – im Anschluß an den Gottesdienst in der Kreuzkirche zog man zur Ruine der Frauenkirche.

Staat und Partei waren damals gegenüber den Dresdenern und ihren Kerzen machtlos, in den Kirchen wurde in jener Zeit frei und ungezwungen diskutiert. Was all die Jahre auch eine Demonstration gegen den Militarismus der SED-Ideologie war, hat diesen Sinn auch heute noch. Zugleich sind die Signale der Versöhnung viel deutlicher zu vernehmen, als in den Jahren zuvor. In der Kreuzkirche, jenem tristen und grauen Sakralbau, der wie kein anderer an die Wunden von 1945 erinnert, hörten die Dresdener eindrucksvolle Ansprachen vor allem der britischen Gäste. Tausende verfolgen draußen vor der Kirche die Übertragung des Gottesdienstes.

Hitlers Krieg habe einen dämonischen Vulkan bei uns allen ausgelöst", sagt Simon Barrington-Ward, Bischof in Dresdens Partnerstadt Coventry. Alle seien mitgerissen worden und alle hätten "die moralischen Prinzipien verdrängt". Das deutsche Bombardement auf seine Stadt Coventry im November 1940 sei ein tiefer Schock für Großbritannien gewesen. Doch verglichen mit Dresden, wo viel mehr Tote zu beklagen sind, sei die Zerstörung in Coventry gering. ...

Auch der Vertreter des englischen Königshauses spricht in der Kirche ebenso wie der Bischof in fließendem Deutsch. "Wir bedauern das Leid aller Menschen in Kriegen, heute denken wir besonders an das Leid der Menschen in Dresden", ruft der Herzog von Kent, Cousin der Queen (kein führendes Mitglied der britischen Königsfamilie), den Gottesdienstbesuchern zu. ...

Die Rede des Herzogs setzt damit neue Maßstäbe. Als Queen Elisabeth im Herbst 1992 Dresden besucht hatte, war die Chance zu einer großen Geste der Versöhnung ungenutzt geblieben. Der Wagen der Königin hielt an der Ruine der Frauenkirche, dem Mahnmal gegen Krieg und Gewalt, nicht an. Und seinerzeit reagierten einige Dresdener auch mit Pfiffen auf das britische Staatsoberhaupt. ...<<

17.02.1995

Tschechien: Václav Havel (1936-2011, 1989-1992 und von 1993-2003 Staatspräsident der Tschechischen Republik) hält am 17. Februar 1995 in Prag eine Rede über die Vergangenheit

und Zukunft der tschechisch-deutschen Nachbarschaft (x154/19-20): >>... Der einzigartige Verlauf des beinahe 1.000jährigen Zusammenlebens der Tschechen und der Deutschen in unserem Lande, obgleich es während der letzten Jahrhunderte immer komplizierter wurde und schließlich zugrunde ging, bleibt ein integraler Bestandteil unserer Geschichte, und dadurch auch unserer gegenwärtigen Identität als Bürger der Tschechischen Republik und stellt einen Wert dar, den wir nicht vergessen dürfen. ...
Es wäre eine gefährliche Vereinfachung, wenn man das tragische Ende des tausendjährigen Zusammenlebens der Tschechen mit den Deutschen ausschließlich in der Aussiedlung der Deutschen nach dem Krieg sähe. Ohne Zweifel stellt die Aussiedlung das physische Ende des Zusammenlebens in einem gemeinsamen Staat dar, denn dadurch ging das Zusammenleben in der Tat zu Ende.
Der tödliche Schlag, der es verursachte, wurde ihm jedoch durch etwas anderes versetzt, und zwar durch ein fatales Versagen eines großen Teils unserer Bürger deutscher Nationalität, die der in Hitlers Nationalsozialismus verkörperten Diktatur, Konfrontation und Gewalt den Vorzug vor Demokratie, Dialog und Toleranz gaben. ...
Wir können unterschiedliche Ansichten über die Nachkriegs-Aussiedlung haben – meine eigene kritische Haltung ist allgemein bekannt -, wir können sie aber nicht aus dem geschichtlichen Kontext lösen. Wir können sie nicht getrennt sehen von all den Schrecken, die sich davor abgespielt hatten und ihre Ursachen darstellten. ...
Und wenn wir – als Tschechen - unseren Teil der Verantwortung für das Ende des tschechisch-deutschen Zusammenlebens in den böhmischen Ländern anerkennen sollen, müssen wir der Wahrheit halber auch sagen, daß wir uns zwar von dem heimtückischen Virus der ethnischen Auffassung von Schuld und Bestrafung anstecken ließen, daß wir diesen Virus jedoch nicht – wenigstens nicht in dessen moderner verheerender Form – in unser Land gebracht haben. ...
Die Mitwirkung so vieler unserer damaligen deutschen Mitbürger an der Vorbereitung Münchens ("Münchener Abkommen") sowie an dessen Folgen kann ... nicht auf einen Kampf für deren Minderheitsrechte reduziert werden. ...
Was die Aussiedlung betrifft, müssen wir auch die unangenehme Wahrheit zugeben und dabei keine Rücksicht darauf nehmen, welche verrückte Folgerung jemand aus unseren Worten ziehen mag.<<

24.02.1995

BRD: Vaclav Klaus (von 1993-1997 Ministerpräsident der Tschechischen Republik) hält am 24. Februar 1995 in Hamburg eine Rede über die tschechisch-deutsche Vergangenheitsbewältigung (x154/20): >>... Ich bin der Meinung, daß bittere historische Erfahrungen oder Mißverständnisse in Folge eines einfachen Rezepts oder Schrittes verschwinden können. Für deren Beseitigung ist es vor allem erforderlich, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, sich mehr kennenzulernen und in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit zu schauen.
Gerade das hat unser Präsident Václav Havel in seiner Rede in Prag vor einer Woche betont: "Die Vergangenheit kann nicht unser Programm sein. ... Es ist erforderlich, ein für allemal klar zu sagen, was in die Geschichte gehört und als Geschichte behandelt werden sollte. ... Das Einzige, was wir tun können und auch tun wollen, ist uns zu bemühen, diese Geschichte zu begreifen und alles dafür zu tun, daß sie sich nie mehr wiederholt".<<

Februar 1995

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" (8/1995) berichtet im Februar 1995 über John Sacks umstrittenes Buch "Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten": >>Inständig bat ein amerikanischer Rezensent: "Tun Sie mir einen Gefallen - lesen Sie dieses Buch nicht."
Ginge es nach dem Willen des Piper-Verlages, wird das deutsche Publikum gar nicht erst in

Versuchung kommen, dieses Buch zu lesen. Ende vergangener Woche stoppte er die Auslieferung von John Sacks "Auge um Auge".
Es geht darin nicht, wie der neue Untertitel der jetzt zurückgezogenen deutschen Ausgabe scheinbar unverfänglich verhieß, um "eine Parabel über Gewalt", sondern um eine regional und zeitlich genau fixierte Gewaltgeschichte: die Racheaktionen von Überlebenden des Holocaust an Deutschen in den polnisch verwalteten Gebieten Oberschlesiens im Jahre 1945.
Über dieses Thema ist im Nachkriegsdeutschland aus verständlichen Gründen wenig geredet worden. Auch heute noch setzt sich, wer darüber schreibt, schnell dem Verdacht aus, die deutschen Verbrechen relativieren zu wollen. Das darf jedoch nicht daran hindern, dieses Kapitel der Nachkriegsgeschichte nüchtern, ohne den falschen Zungenschlag des Aufrechnens zu beschreiben und es begreifbar zu machen als eine Nachwirkung jener Orgie aus Krieg und Vernichtung, mit der Nazideutschland große Teile Europas überzogen hatte.
Daß dies möglich ist, hat Helga Hirsch in einem "Zeit-Dossier" (49/1994) über den jüdischen Lagerkommandanten von Schwientochlowitz, Solomon Morel, gezeigt. John Sack, dessen Buch den Anstoß zu diesem Dossier gab, ist dem Thema nicht gewachsen. Gewiß, er hat fleißig recherchiert; die Liste seiner Interviewpartner und der im Koblenzer Bundesarchiv eingesehenen Aussagen ehemaliger deutscher Lagerinsassen ist imponierend lang. ...
Für den Leser ist nicht erkennbar, wo die Grenze zwischen Fakten und Fiktion verläuft.
Noch fragwürdiger als die Methode ist die Art der Darstellung. Sack berauscht sich an den Gewaltexzessen. Geradezu lustvoll malt er immer wieder aus, wie jüdische Aufseher deutsche Häftlinge folterten und zu Tode brachten. An eher versteckter Stelle, im kleingedruckten Anmerkungsteil, verwahrt er sich gegen die Absicht, diese Grausamkeiten mit dem Völkermord der Nazis gleichsetzen zu wollen, und im Vorwort erklärt er ausdrücklich: "Dies war kein Holocaust oder dessen moralisches Äquivalent."
Doch sein gesamtes Szenario läuft auf diesen einen Punkt zu: Die Juden in Diensten der polnischen Staatssicherheit haben Gleiches mit Gleichem vergolten; sie haben sich nicht anders verhalten als die SS-Schergen, ja eigentlich waren sie noch schlimmer, weil sie im Unterschied zu diesen nicht leidenschaftslos und auf Befehl mordeten, sondern ungehemmt ihre Rachebedürfnisse auslebten.
Fragt sich nur, was einen amerikanischen Reporter jüdischer Herkunft dazu bringt, ein solches Elaborat in die Welt zu setzen. Ist es Antisemitismus, wie gemutmaßt wurde, oder der unbewußte Wunsch, die Opferidentität umzukehren? Oder einfach nur Sensationslust?
Wie auch immer: Die neue Leitung bei Piper (seit kurzem im Besitz der schwedischen Bonnier-Gruppe) hat richtig entschieden, als sie das Buch zurückzog. Denn der Verlag, der unter anderem das Werk Hannah Arendts betreut, hat noch einen guten Ruf zu verlieren. Es gibt genügend deutschsprachige Verlage, für die das nicht gilt.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 2 – 1995 veröffentlicht im Februar 1995 eine Publikation des sächsischen Justizministers Steffen Heitmann (x853/...): >>**Jetzt Schlußstrich und "Versöhnung?"**
Immer von neuem und verwirrend wird die Diskussion um die Beendigung dessen geführt, was nach Meinung mancher noch gar nicht recht begonnen hat: die Auseinandersetzung mit der Hinterlassenschaft des SED-Regimes.
Es handelt sich dabei um drei Ebenen:
1. Bei der von bestimmten Politikern und Kirchenleuten geforderten Amnestie geht es um einen strafrechtlichen Begriff. Straftaten sollen vergeben, also nicht mehr verfolgt werden. Doch fragt sich: Nur die, die von SED- und Staatsfunktionären im Rahmen ihrer politischen Tätigkeit begangen wurden? Oder nur die "minderschweren" Straftaten dieser Art? Welche sind das? Klare Antworten auf diese Fragen höre ich nicht.
2. Die zweite Ebene ist die Frage des Umgangs mit ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicher-

heit. Dabei geht es nicht um eine "Ausgrenzung" aus der Gesellschaft, sondern lediglich um die Frage, ob solche ehemaligen Mitarbeiter zur Zeit ein politisches Mandat ausüben und im öffentlichen Dienst tätig sein dürfen.

Sollte über die DDR-Vergangenheit ein Schlußstrich gezogen werden?

3. Die dritte Ebene ist die Bewertung der DDR-Vergangenheit: War die DDR ein normaler Staat wie andere auch oder war sie ein Unrechtsregime? Oft wird die Schlußstrich-Debatte religiös verbrämt geführt. Man spricht von "Versöhnung" oder auch "Aussöhnung".

Doch wie geschieht Versöhnung im christlichen Sinne? Das Verhältnis zwischen Mensch und Gott ist durch die Sünde des Menschen gestört. Der Weg zur Versöhnung beginnt mit der Einsicht der Schuld. Es folgt das Schuldbekenntnis und das Bereuen der Schuld. Erst darauf folgt die Vergebung, die die Versöhnung bewirkt.

Zwischen Menschen kann das nicht anders sein. Aber wo bekennen sich die für das Unrecht in der DDR Verantwortlichen bisher zu ihrer Verantwortung? Erleben wir nicht - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nur Selbstrechtfertigungen? Versöhnung verordnen, das kann nicht zum Ziele führen, weil das Ringen um Wahrhaftigkeit umgangen wird.

Die Gründe für die mit Vernebelung geführte Amnestie-Debatte liegen auf der Hand:

1. Von seiten starker Kräfte innerhalb der SPD wird die Absicht verfolgt, die PDS koalitionsfähig zu machen, weil sie zum Regieren gebraucht wird. Daß die PDS die SED war, stört dabei nur.

2. Die meisten der Persönlichkeiten, die jetzt für Amnestie eintreten, haben die DDR und das sozialistische Experiment, deren Objekt wir waren, schon immer zumindest interessant gefunden. Die Wahrheit über das SED-Regime stellt daher die eigene Haltung in Frage. SED-Größen, bei denen man um Audienzen gebuhlt hat, jetzt als Straftäter zu sehen, tut weh.

3. Wenn ein führender Kirchenmann und jetziger Politiker unbestritten über Jahre intensiv konspirative Gespräche mit der Staatsicherheit geführt hat und weiter unangefochten im Amt bleibt, erscheint es zwingend, auch z.B. einem Lehrer dies zu ermöglichen.

Wer nach Amnestie ruft, verrät den Kern der Revolution von 1989/1990!

4. Es fällt auf, daß oft dieselben, die die mangelnde Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit beklagen, jetzt für einen Schlußstrich nach 1990 votieren. Ist das Leid der unberechtigt eingesperrten, mißhandelten, beruflich und gesellschaftlich diskriminierten und um ihr Hab und Gut gebrachten Opfer in der DDR deshalb geringer zu werten, weil diese Diktatur Juden nicht systematisch vernichtet hat? In den Nachwehen des Historikerstreits scheut man den Vergleich der Diktaturen, der ja keine Gleichsetzung bedeutet.

Ein Kern unserer Revolution von 1989/90 war das Ringen um Wahrhaftigkeit und um Friedlichkeit. Wir wollten nicht, daß den Verantwortlichen der DDR unrechtmäßig auch nur ein Haar gekrümmt würde. Sie sollten rechtsstaatlichem Strafrecht zugeführt werden. Das geschieht; es werden Straftaten, nicht politische Handlungen verfolgt.

Wenn Richard von Weizsäcker jetzt sagt: "Das Strafen muß ein Ende finden", so frage ich: Hat es denn je richtig begonnen? Sind unsere Gefängnisse gefüllt mit SED-Tätern? Wer nach Amnestie ruft, verrät den Kern der Revolution von 1989/90, das Bemühen um Wahrhaftigkeit! ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 2 – 1995 berichtet ferner im Februar 1995 über das Buch "Nicht Auschwitz, aber Stalingrad und Dresden. Was haben wir getan, was wußten wir?" des deutschen Historikers Jürgen Schreiber (x853/...): >>**Geschichtsfälschungen und Desinformationen** ...

Der promovierte Jurist und ehemalige Luftwaffengeneral (Jürgen Schreiber) wurde durch über 1.000 Veröffentlichungen vor allem in Soldatenkreisen bekannt. Sein letztes Buch ("Nicht Auschwitz, aber Stalingrad und Dresden. Was haben wir getan, was wußten wir?") erscheint geradezu maßgeschneidert zum Gedenkjahr des Kriegsendes und 50jährigen "Jubiläums" der

"Vergangenheitsbewältigung".
In einer Zeit gezielter Desinformation vermag es vorurteilsfreien Lesern zu vermitteln, wie ein junger Mensch die Hitlerzeit erlebte. Der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann schrieb:
"Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang gefunden hat in die Geschichtsbücher der Besiegten und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden." ...
Es ist kaum allgemein bekannt, daß Theodor Heuß, der erste Präsident der Bundesrepublik, bereits 1931, also vor der "Machtergreifung" Hitlers, die These vertrat, die Geburtsstätte des NSDAP sei nicht München, sondern Versailles. Ohne Kenntnis der Vorgeschichte zum Dritten Reich ist der rasante Aufstieg Hitlers, nicht zuletzt mit massiver ausländischer Finanzhilfe, nicht zu verstehen.
Hinzu kamen unbestreitbare Erfolge Hitlers, die wiederum durch Zugeständnisse des Auslands ermöglicht wurden, die man den demokratischen Vorgängern des "Führers" verweigert hatte. Bei der Überfülle heutiger Informationsmöglichkeiten ist der Nachkriegsgeneration kaum vorstellbar, daß im Dritten Reich die Presse weitgehend gleichgeschaltet war und die einseitige Propaganda durch das neu aufgekommene Massenmedium Rundfunk (Volkempfänger!) dem Durchschnittsbürger keinerlei Vergleichsmöglichkeiten bot. Dagegen gibt es in unseren Tagen, da nicht wenige Linke fleißig in Desinformation machen, genügend Möglichkeiten, sich anhand unabhängiger Publikationen ein selbständiges Urteil über das Zeitgeschehen zu bilden.
- Es ist weitgehend unbekannt und wird auch von den Medien durchweg verschwiegen, daß sich höchste angloamerikanische Politiker wie Expräsident Hoover, Churchill und Lloyd George äußerst positiv über Hitler äußerten. Letzterer, immerhin auch einmal Premierminister, bezeichnete Hitler 1936 als "größten lebenden Deutschen". Ist es da vor allem jungen Menschen zu verdenken, daß sie sich für den "Führer" begeisterten?
Es trifft zu, daß zumindest die Erwachsenen von der Existenz der Konzentrationslager wußten. Dachau vor allem war ein Begriff. Aber abgesehen von einem unbestimmten Grauen wußte niemand so recht, wie es dort zuging. Ehemalige Häftlinge schwiegen aus Furcht, wieder an den Ort des Schreckens zu kommen.
Von Massentötungen wußten die meisten tatsächlich überhaupt nichts, zumal diese nach übereinstimmenden Aussagen von Tätern und Opfern unter größter Geheimhaltung erfolgten. Die Behauptung linker "Antifaschisten", die Geburtsjahrgänge 1928 und älter gehörten der "Auschwitzgeneration" an, ist eine durch nichts zu belegende üble Verleumdung. Namen wie Auschwitz, Treblinka oder Maidanek waren in der Bevölkerung völlig unbekannt, während Stalingrad und später Dresden als unfaßbare Tragödie empfunden wurden. ...
Im Gedenkjahr des 50. Jahrestages der Zerstörung Dresdens durch anglo-amerikanische Terrorangriffe erscheint ein Blick auf die Prinzipien deutscher und alliierter Grundsätze für Luftangriffe von besonderem Interesse. Während die maßgebliche Dienstvorschrift "Luftkriegführung" (L. Dv. 16) in Nr. 186 sagt: "Der Angriff auf Städte zum Zwecke des Terrors gegen die Zivilbevölkerung ist grundsätzlich abzulehnen", vertrat der Führer der englischen Konservativen, Stanley Baldwin, im Unterhaus bereits am 10.11.32 die These, daß das Völkerrecht bei Luftangriffen auf Feindesland keine Schranken bedeuten würde.
Die deutschen Luftangriffe auf Warschau und Rotterdam, die unbestreitbar auch viele Todesopfer unter der Zivilbevölkerung forderten, waren auch nach Einschätzung britischer Experten nach internationalem Kriegsrecht zulässig. Sie bildeten übrigens im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß keinen Gegenstand der Anklage.
- Bekanntlich muß immer wieder Coventry als Beispiel barbarischer deutscher Kriegsführung dienen. Jedoch diese englische Stadt war Zentrum der britischen Luftrüstung, also nach Völ-

kerrecht ein durchaus zulässiges Ziel, wie etwa in Deutschland Essen.
Als "Rechtfertigung" der Terrorangriffe auf Hamburg und Dresden scheidet es also aus, auch wenn linke "Antifaschisten" dies nicht wahrhaben wollen. Es war Churchill, der die Bombardierung großer deutscher Städte forderte, um die Moral der Zivilbevölkerung zu brechen. So waren auch die Verluste unter der Zivilbevölkerung nach amtlichen deutschen und britischen Quellen in Deutschland zehnmal höher als in England.
- Im Gegensatz zu den merkwürdigsten Verharmlosungen deutscher Opfer in Dresden, die für gewöhnlich mit 30-35.000 angegeben werden - die Nachrichtensendung "Heute" vom 13.2. sprach sogar von nur 25.000 Toten - heißt es im Tagesbefehl Nr. 47 des Befehlshabers der Ordnungspolizei, Oberst Grosse, vom 9. März 45 wörtlich:
"Bis zum 2. März abends wurden 202.040 Tote, überwiegend Frauen und Kinder, geborgen. Es ist damit zu rechnen, daß die Zahl auf 250.000 ansteigen wird."
Die Stadtverwaltung von Dresden bestätigte in einem Brief vom 31.7.92 diese Angaben. Auf erneute Rückfrage zur Überprüfung der Echtheit erklärte sie, sie dürfe keine Zahlen mehr nennen. ...<<

06.03.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. März 1995 über eine Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker: >>**Keinen Schlußstrich ziehen**
... Der frühere Bundespräsident warnte im Rückgriff auf die alte Rede erneut davor, immer von neuem die Geschichte umzuinterpretieren und zu instrumentalisieren, nur damit die heutige Politik in einem besseren Licht erscheine.
Wie nach dem Ende der Nazi-Diktatur sei es auch nach dem Fall der Mauer gefährlich, die Vergangenheit auf sich beruhen zu lassen. Schlußstriche dürfe es in beiden Fällen nicht geben ...<<

08.03.1995

Tschechien: Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn verwirft am 8. März 1995 die Verfassungsbeschwerde eines tschechischen Staatsbürgers deutscher Nationalität.
In der Urteilsbegründung heißt es u.a., daß die kollektive Bestrafung (Benesch-Dekret Nr. 108; Konfiskation feindlichen Vermögens) der Sudetendeutschen aufrecht erhalten werden müsse (x151/43): >>... Aufgrund ... aller Feststellungen und Überlegungen kam ... das Verfassungsgericht zu dem Schluß, daß das Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 108/1945 Slg. über die Konfiskation des Feindvermögens und über die Fonds der nationalen Erneuerung zum Zeitpunkt seines Erlasses nicht nur ein legaler, sondern auch ein legitimer Akt war. ...<<
Dieses Gerichtsurteil bestätigt, daß Entrechtung und Abschub der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage des sog Benesch-Dekrets in Einklang mit den "Rechtsprinzipien der zivilisierten Gesellschaften Europas" standen (x151/50).
Das Gericht sieht im Benesch-Dekret 108 "nicht nur einen legalen, sondern auch einen legitimen Akt", weil die verjagte Bevölkerung "der Demokratie und ihrer Wertordnung feindlich gegenüberstand und in der Folge einen Angriffskrieg unterstützte" (x151/67).
Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Gilbert Gornig schreibt später über das Urteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofes in Brünn vom 8. März 1995 (x151/43-44): >>... Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn hatte die Möglichkeit, der Vertreibung und Enteignung der Sudetendeutschen eine rechtsstaatliche Würdigung zukommen zu lassen und eine Wiedergutmachungspflicht auszusprechen.
Die Verfassungsbeschwerde des tschechischen Staatsbürgers deutscher Nationalität Rudolf Dreithaler aus Reichenberg gegen das Benesch-Dekret Nr. 108 wurde jedoch verworfen. Dreithaler und zwei Nebenkläger hatten Verfassungsbeschwerde eingereicht mit der Begründung, die "Konfiskation feindlichen Vermögens" verstoße gegen die Menschenrechte und damit auch gegen die tschechische Verfassung.

Vorausgegangen ist dem Urteil ein Besuch des tschechischen Außenministers Zieleniec bei den Richtern, um mit ihnen "unverbindlich" über die Klage zu diskutieren. Der tschechische Staatspräsident Václav Havel erklärte zweieinhalb Wochen vor der Urteilsverkündung in einer öffentlichen Rede, daß die Benesch-Dekrete unantastbarer Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung bleiben werden.
Die Richter nahmen dies alles ohne Widerspruch hin. Es bestehen also Zweifel, ob hier wirklich ein unabhängiges Gericht eine Entscheidung gefällt hat.
In den Gründen des Urteils heißt es, daß eine kollektive Bestrafung der Sudetendeutschen rechtens gewesen sei und aufrecht erhalten werden müsse, da die Sudetendeutschen sich maßgeblich und mehrheitlich an der Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates beteiligt hätten. Im Schlußabsatz des Urteils vom 8. März ist zu lesen: "
Aufgrund dieser aller Feststellungen und Überlegungen kam ... das Verfassungsgericht zu dem Schluß, daß das Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 108/1945 Slg. über die Konfiskation des Feindvermögens und über die Fonds der nationalen Erneuerung zum Zeitpunkt seines Erlasses nicht nur ein legaler, sondern auch ein legitimer Akt war.
Im Hinblick darauf, daß dieser normative Akt schon seinen Zweck erfüllt hat und seit mehr als 40 Jahren keine Rechtsbeziehungen mehr begründet und bereits keinen weiteren konstitutiven Charakter besitzt, kann man heute in der geschichtlichen Situation nicht seinen Widerspruch zum Verfassungsgesetz oder zum internationalen Vertrag gemäß Art. 10 der Verfassung ... untersuchen, weil ein solches Verfahren jegliche Rechtsfunktion vermissen ließe.
Entgegengesetztes Verfahren würden den Grundsatz der Rechtssicherheit in Zweifel stellen, der ja eine der Grunderfordernisse der gegenwärtigen demokratischen Rechtssysteme ist."
Die Brünner legten den Vertriebenen ferner die Pflicht auf, ihre Unschuld zu beweisen. Damit wird die Beweislast in rechtsstaatswidriger Weise umgekehrt. Nach rechtsstaatlichem Verständnis gilt ein Beschuldigter so lange als unschuldig, bis ihm individuelle Schuld nachgewiesen werden kann.
Die Brünner Entscheidung spiegelt die Unversöhnlichkeit wider, die in der tschechischen Gesellschaft vorzuherrschen scheint. Die Entscheidung des Brünner Gerichts sowie die Reaktionen der tschechischen Bevölkerung zeigen, daß Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, wozu auch der Respekt vor dem Völkerrecht gehört, in der Tschechischen Republik noch nicht ausreichend verankert sind.
Der tschechische Staat muß die Kraft aufbringen, sich in politischen Äußerungen vom Unrecht der Vertreibung zu distanzieren und in den Entscheidungen seiner Gerichte Konsequenzen aus der Rechtswidrigkeit der Vertreibungen und Enteignungen zu ziehen. Ansonsten wird man der Tschechischen Republik die Reife absprechen müssen, Mitglied in der europäischen Union zu werden.
Ein Staat, der Vertreibungen und Enteignungen ganzer Volksgruppen als legitim betrachtet sowie kollektive Schuldzuweisungen und kollektive Bestrafungen billigt, hat keinen Platz in einem Staatenverbund, der sich "zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit" bekennt.<<

09.03.1995

Tschechien: Am 9. März 1995 geben tschechische und deutsche katholische Bischöfe eine gemeinsame Erklärung zur Vertreibungsproblematik ab (x154/20): >>... Erzwungene Umsiedlung und Vertreibung sind Unrecht, wo immer sie geschehen sind und in unseren Tagen geschehen. Sie trafen viele Tschechen während der deutschen Okkupation und sie trafen die Sudetendeutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Auch heute darf dieses Mittel der Gewaltpolitik von niemandem für Recht erklärt werden. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. März 1995: >>**Die Enteignung ist rechtmäßig**

... Der tschechische Verfassungsgerichtshof hat am Mittwoch die Rechtmäßigkeit eines Nachkriegsdekrets bestätigt, das zu den Grundlagen für die Vertreibung und vollständige Enteignung von 3 Millionen Sudetendeutschen gehört.
Mit dem Urteil in der mährischen Hauptstadt Brünn wurde die Klage eines Tschechen deutscher Herkunft endgültig abgewiesen, der die Aufhebung des Erlasses 108 des damaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edward Benes vom 25. Oktober 1945 und die Rückgabe eines Hauses durch alle Instanzen verfolgt hatte.
Der Kläger hatte in dem Dekret eine Beeinträchtigung seiner verfassungsmäßigen Rechte gesehen, weil es eine deutsche Kollektivschuld zugrundegelegt und damit die Unschuldsvermutung sowie das Prinzip der Unantastbarkeit von Privateigentum verletzt hätte. Der tschechische Präsident Vaclav Havel hatte erst vor kurzem die Aufhebung der Benes-Dekrete abgelehnt.
Der Fall war in Tschechien auf großes Interesse gestoßen, weil im Fall eines positiven Urteils die rund 100.000 Tschechen deutscher Herkunft sich eine kleine Entschädigung hätten erhoffen können. Für die deutschen Vertriebenen hätte eine solche Entscheidung jedoch zumindest zunächst keine konkreten Folgen gehabt.<<

13.03.1995

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1995) berichtet am 13. März 1995 über das umstrittene Buch "Auge um Auge" von John Sack: >>**Zu heiß zum Anfassen?**
"Bis vor kurzem", behauptet der amerikanische Autor John Sack, "war es mir beinahe egal, ob mein Buch 'Auge um Auge' auch in einer deutschen Ausgabe erscheinen würde oder nicht." Inzwischen ist er anderer Meinung: "Alle möglichen Gerüchte laufen umher, und um der Juden willen, um der Deutschen willen und um der Wahrheit willen muß dieses Buch nun unbedingt veröffentlicht werden."
In nächster Zeit kann Sack, 64, jedoch nicht damit rechnen. Der Münchner Piper-Verlag hat die Auslieferung von "Auge um Auge" im Februar gestoppt, 6.000 bereits gedruckte Exemplare werden eingestampft. In einer Pressemitteilung begründete dies Viktor Niemann, der neue Leiter des unlängst an die schwedische Bonnier-Gruppe verkauften Verlagshauses: "Offensichtlich ist es so, daß dieses Buch zu dem Mißverständnis Anlaß geben könnte, als ließe sich der Holocaust mit anderen Verbrechen aus dieser Zeit vergleichen oder gar aufrechnen."
Der historische Hintergrund von Sacks "Skandalbuch" ("Die Woche") ist die gewaltsame Vertreibung von fast zwölf Millionen Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa im Gefolge des Einmarschs der Roten Armee 1945. Über die Opfer dieser Zwangsumsiedlung wird wenig geredet - vor allem in der Furcht, unbelehrbare Rechte könnten sie zur Relativierung der Nazi-Verbrechen mißbrauchen.
Zwar legten die Alliierten im Sommer 1945 in Artikel XIII des Potsdamer Abkommens fest, daß die gigantische Aktion "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" stattfinden sollte. Angesichts der Verheerungen eines von Hitler aufgenötigten Kriegs und der brutalen deutschen Germanisierungspolitik im Osten konnte davon jedoch meist keine Rede sein. Der Aufruf des russischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg "Die Deutschen sind keine Menschen ... Töte den Deutschen" hat dabei traurige Berühmtheit erlangt.
Auch in Polen und den polnisch besetzten ehemaligen deutschen Ostgebieten wurden bereits im Frühjahr 1945 Hunderttausende Deutsche in Lagern und Gefängnissen eingeschlossen, verhört und mißhandelt. Die Nazi-Schergen, die so zur Verantwortung gezogen werden sollten, traf diese Grausamkeit nur selten.
Von den 60.000 bis 80.000 Menschen, die nach der Schätzung des Koblenzer Bundesarchivs zwischen 1945 und 1948 in den bis zu 1.255 Lagern des kommunistischen polnischen Sicherheitsdiensts umkamen oder ermordet wurden, waren die meisten unschuldige Zivilisten, darunter viele Greise und Kleinkinder. Diese Fakten werden auch von John Sack erwähnt, aber

"Auge um Auge" ist keine umfassende Darstellung der Vertreibungsgreuel. Sack, der kein Historiker, sondern Reporter ist, behandelt nur einen regional und zeitlich begrenzten Ausschnitt: Oberschlesien 1945. In Form eines naiv erzählten Doku-Dramas, das die Einbettung in den größeren historischen Kontext vermissen läßt, schildert er die persönliche Geschichte einer jüdischen Überlebenden von Auschwitz: Lola Potok.

Lola ist 24 Jahre alt, als sie dem Vernichtungslager entkommt, in dem zehn Angehörige ihrer Familie, darunter ihr einjähriges Kind, umgebracht worden sind. Durch diese Erlebnisse traumatisiert, sucht Lola Vergeltung. Als Kommandantin eines vom polnischen Sicherheitsdienst eingerichteten Gefängnisses in Gleiwitz übt sie für einige Monate leidenschaftliche Rache, bis sie in einer moralischen Krise, so Sack, "die Falschheit ihres Tuns erkennt und zu Gott und zur Thora zurückkehrt". Bevor sie im November 1945 aus Polen flieht, bemüht sie sich nach Kräften, den internierten Deutschen zu helfen.

John Sack hat diese Geschichte im Jahre 1986 von Lola, die seit langem in den USA lebt, selbst gehört. Und ihr Bericht veranlaßte ihn zu einer siebenjährigen Recherche. Dabei mußte er feststellen, daß es Racheakte von einzelnen Überlebenden des Holocaust nicht nur in Gleiwitz gegeben hatte. So berichtet er in seinem Buch auch über das mörderische Wirken von Schlomo Morel, dem jüdischen Kommandanten des berüchtigten Lagers Schwientochlowitz bei Kattowitz. Dort fanden zwischen Februar und Oktober 1945 mindestens 2.500 Deutsche unter entsetzlichen Bedingungen den Tod. Die "Kommission zur Untersuchung von Verbrechen gegen die polnische Nation" hat Morel 1991 zum erstenmal vorgeladen. Der weiteren Untersuchung entzog er sich 1993 durch Flucht.

Laut der von Sack zitierten Schätzung des Sekretärs des Sicherheitsdienstes für Schlesien, Pinek Maka, sind in Oberschlesien, aber nur dort, zeitweilig fast 75 Prozent (rund 160) der höheren Offiziere des kommunistischen staatlichen Sicherheitsdiensts, der die Internierungslager führte, Juden gewesen. Sack nimmt an, daß die sowjetisch gesteuerte Organisation absichtlich Überlebende des Holocaust auf hohe Posten setzte. Juden waren sowohl Pinek Maka als auch der Direktor der für die schlesischen Gefängnisse und Lager zuständigen Abteilung, Chaim Studniberg. Sie sind neben Lola Potok und Schlomo Morel die Hauptfiguren des Buches. Bis Herbst 1945 hatten die meisten Juden den polnischen Sicherheitsdienst aber bereits verlassen.

Der von dem polnischen Intellektuellen Adam Michnik geäußerten Überzeugung, die jüdischen Kommunisten des Jahres 1945 hätten eher als Kommunisten denn als Juden empfunden und gehandelt, folgt Sack aber nicht.

Vielmehr zieht er sogar die Greueltaten in einem als "Hölle von Lamsdorf" bekannt gewordenen Lager, das unter der Leitung eines nichtjüdischen Kommunisten stand, zur Illustrierung von Chaim Studnibergs "jüdischer Rache" heran. Denn Studniberg habe von den Vorgängen in Lamsdorf gewußt und das Lager mehrfach inspiziert.

"Als ich Lolas Geschichte entdeckte", erzählt Sack, "habe ich meinen Rabbi gefragt, was neben meiner Verpflichtung als Reporter meine Verpflichtung als Jude sei." Dessen Antwort: "Du mußt das schreiben, oder du machst dich schuldig."

Sack gehört zu den Veteranen des amerikanischen Journalismus. Der Autor von acht Büchern, darunter das Vietnam-Buch "M", das zum Unterrichtsstoff an amerikanischen Colleges gehört, ist seit über 45 Jahren Reporter. Unter anderem arbeitete er für den "New Yorker", für "Harper's" und "Esquire", ferner als Kommentator und Korrespondent für den Fernsehsender CBS, auch als Kriegsberichterstatter in Korea, in Vietnam und im Irak.

Trotz seiner Reputation als Journalist von "außergewöhnlicher Integrität und Unerschrockenheit" ("The Nation") hatte Sack mit "Auge um Auge" von Anfang an wenig Glück. Mehrere Jahre lang zahlten ihm der Verlag Henry Holt und verschiedene Redaktionen hohe Vorschüsse, finanzierten aufwendige Recherchen und lehnten dann doch alle den Abdruck der Ge-

schichte ab.
Im März 1993 aber druckte schließlich die New Yorker Zeitschrift "Village Voice" den Teil des Buches über Schlomo Morel. "Die Geschichte", schrieb der "New York Observer", sei "einfach zu heiß zum Anfassen". Ein halbes Jahr später wurde Sacks Buch vom angesehenen New Yorker Verlag "Basic Books" unter dem unpassenden Titel "An Eye for an Eye" veröffentlicht. Mit einem lüsternen Untertitel wurde gar der falsche Eindruck einer systematischen jüdischen Racheaktion suggeriert.
Obgleich die in den USA renommierte Fernsehsendung "60 Minutes" im November 1993 Sacks Recherchen über Schlomo Morel in einer großangelegten Dokumentation bestätigte, wurde "Auge um Auge" bis auf wenige Ausnahmen in der amerikanischen Presse meist angegriffen oder ignoriert.
Zwar hieß es in der allerersten Besprechung, die in dem kleinen Periodikum PS - The Intelligent Guide to Jewish Affairs aus der Feder des bekannten jüdischen Publizisten Adam Simms erschien: "Von 'Auge um Auge' haben wir nichts zu befürchten, sondern viel zu lernen." Doch ein Großteil der Kritik wurde vom Verriß eines Assistenz-Professors in Harvard, Daniel Goldhagen, diktiert, der im "New Republic" Sacks Buch eine "reine Erfindung" nannte.
Die Zeitschrift Progressive vermutete, Sacks Beschreibung der Ereignisse in Polen wirke unglaubwürdig, weil das amerikanische Bewußtsein über den Holocaust inzwischen von Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste" bestimmt sei. In der Schlußszene wird angedeutet, alle Überlebenden seien direkt nach Israel ausgewandert.
Daß die Veröffentlichung von "Auge um Auge" in Deutschland so plötzlich gekippt wurde, haben die großen amerikanischen Tageszeitungen dennoch mit einigem Erstaunen registriert. "Eine einzige Besprechung" - gemeint war der "Antisemitische Rohkost" überschriebene Artikel Eike Geisels in der Frankfurter Rundschau - "reichte anscheinend aus, um den Piper-Verlag zu überzeugen, daß der Ankauf von 'Auge um Auge' ein Fehler war", wunderte sich die "Washington Post" über die Rücknahme des Buches.
Die New York Times zitierte Ralph Giordano ("Das ist der größte Dreck") mit dem Hinweis, daß er das Buch nicht gelesen habe.
In der deutschen Presse wurde Pipers Entscheidung begrüßt. Auch "die Zeit", die im Sommer 1993 noch den Nachdruck von Sacks Artikel aus der "Village Voice" erwogen hatte und deren Redakteur Thomas Kleine-Brockhoff an Sacks Recherche beteiligt war, befand jetzt, die neue Leitung bei Piper habe "richtig entschieden".
Daß die Zeit ausgerechnet unter der haltlosen Überschrift "SS-Juden" dem Autor Sack Sensationslust vorwarf und ihm ein hauseigenes Dossier über Schlomo Morel als musterhaftes Gegenbeispiel vorhielt, ist freilich ein Indiz für die Verkrampftheit und sogar Unehrlichkeit der gutgemeinten Argumentation: Die Autorin des Dossiers selbst, die Polen-Korrespondentin Helga Hirsch, hatte für die Veröffentlichung von Sacks Buch plädiert.
Ähnlich argumentierte der Polen-Experte Klaus Bachmann in der "taz". In der Mitte seines durchaus fundierten Artikels beschied er den Leser, Pipers Rückzug sei "richtig", zum Ende stellte er ihn in Frage: "Vielleicht hätte das schlechte Buch von John Sack ja das Entstehen einiger guter Bücher über die unmittelbare Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen provoziert."
Was der Piper-Verlag mit dem Verzicht auf das Buch verhindern wollte, ist nun - wenn auch unter Ausschluß der Leserschaft - erst recht passiert: In deutschen Feuilletons ist auf der Basis der amerikanischen Ausgabe eine Debatte eröffnet worden, die in die falsche Richtung geht.
Denn ein Großteil der Kritik sucht Sacks Buch ausgerechnet dort aus den Angeln zu heben, wo es nichts zu bezweifeln gibt: bei seinem Wahrheitsgehalt. So unübersichtlich die Anmerkungen und Quellenbelege in "Auge um Auge" auch sind, sie sind vorhanden und haben noch jeder Überprüfung standgehalten.

Sacks Quellen sind nicht nur, wie die Zeit meinte, eine "bloße Summierung von oral history". Vielmehr hat der Autor deutsche wie polnische Akten zur Verifizierung der von ihm eingeholten 150 Zeugenaussagen, darunter 48 am Geschehen direkt beteiligte Zeitgenossen, herangezogen. Besonders gewichtig sind dabei die Verwaltungs-, Prozeß- und Lagerakten aus Gleiwitz, Kattowitz und Schwientochlowitz, die erst nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Polen zugänglich wurden.
Als Anfang der fünfziger Jahre fast 30.000 Vertreibungsberichte für eine "Ost-Dokumentation" des Bundesarchivs ausgewählt wurden, hatte man noch davon ausgehen müssen, daß die Vorfälle "aktenmäßig oder aus sonstiger Quelle nicht oder nur unvollkommen zu belegen sind".
Angreifbar an Sacks Darstellung sind nicht die Fakten, sondern Form und Stil. Sack ist ein Vertreter des sogenannten new journalism, der im Bemühen um Authentizität hautnah aus der Sicht der Betroffenen schreibt und so Geschichte in persönlichen Geschichten faßbar zu machen sucht.
In den USA sind solche "Doku-Dramen" beliebt, auch ein Großteil der amerikanischen Holocaust-Literatur gehört zu diesem Genre. Man werde den Opfern nicht gerecht, wenn man das Grauen nicht direkt spürbar mache, heißt die Devise, die auch im deutschen Historikerstreit zur Forderung wider die kalte Historisierung des Nationalsozialismus wurde. Sack mag daher nicht verstehen, warum die eindringlichen Gewaltszenen in "Auge um Auge" ihm sogar in den USA den Vorwurf des "sadistischen Sensationsjournalismus" ("The Nation") eingetragen haben.
"Auge um Auge" zeigt überdeutlich die Tücken der dramatischen Einfühlung: So sind die Dialoge nicht erfunden, wie die Kritik mutmaßte. Vielmehr geben sie - mit drei Ausnahmen - direkte Aktenzitate oder die auf über 300 Stunden Tonband festgehaltene wörtliche Rede der von Sack befragten Zeitzeugen wieder. Das Problem: Selbst dem gutwilligen Leser erscheinen sie dennoch wie konstruiert.
Sacks Geschichte ist keine Kolportage, aber sie wirkt so. Und dieser fatale Eindruck wird durch die katastrophale Unübersichtlichkeit des Anmerkungsteils noch verstärkt. Hier hätte das Piper-Lektorat zur Glaubwürdigkeit des Buches beitragen können. So aber verliert sich die Richtigstellung der von Lola stammenden verfehlten Analogien etwa von Auschwitz und den polnischen Internierungslagern im Unterholz. "Die Wahrheit", so Sack, "ist freilich, daß sie nur glaubte, wie die Nazis zu werden, dem aber keineswegs so war."
Für ein europäisches Lesepublikum ist "Auge um Auge" aber noch in einer weiteren Hinsicht schwer erträglich: Sacks Sprache ist unsensibel, voller Klischees und bedient sich frivoler Vergleiche. Seine Personenbeschreibungen führen gelegentlich nach Hollywood: von Humphrey Bogart bis zum Colonel (Oberst) aus "Die Brücke am Kwai", der im Auschwitz-Kapitel auftaucht.
Ebenso nachdenklich macht aber die Aufnahme, die "Auge um Auge" in der deutschen Kritik erfahren hat. Warum wird die Tatsache, daß einzelne Überlebende des Holocaust Vergeltung übten, mit solcher Bestürzung aufgenommen? Schließlich ist das Bedürfnis nach Sühne und Rache für erlittenes Unrecht ein sehr menschliches Phänomen. Und wer sonst hätte je Grund zur Vergeltung gehabt, wenn nicht die jüdischen Überlebenden des Holocaust?
Bei der Rache an den Deutschen, schrieb Walter Dirks schon 1947 in den Frankfurter Heften, handle es sich um "schreckliche Folgen schrecklicher Taten". Anscheinend gerät hier aber die heimliche Vorstellung jener ins Wanken, die sich die jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Massenmords, aber auch die Überlebenden, als willenlose, passive Geschöpfe vorstellen wollen.
Auf jeden Fall war es ein waghalsiger Schritt des Piper-Verlags, Sacks Buch den Untertitel "Opfer des Holocaust als Täter" zu geben. Schließlich gehört zur deutschen Verarbeitungskul-

tur die ebenso unmenschliche wie mystifizierende Forderung, alle Juden müßten makellose Heilige sein. Dies freilich ist nur die zynische Logik eines umgedrehten Antisemitismus: so als könne es die deutsche Schuld an Auschwitz in irgendeiner Weise relativieren, wenn auch nur ein Jude die ausschließliche Opferrolle verläßt.
Aber auch die irregeleitete Anständigkeit jener, die Sacks Buch als revisionistische Gefahr verdammen, enthüllt eine fatale Verwandtschaft. Ewiggestrige wie eilfertige Warner scheinen beide anzunehmen, daß eine Relativierung des Holocaust überhaupt möglich sei.
Sacks Buch ist mißglückt. Gefährlich ist es aber sicher nicht. Nach dem überstürzten Rückzug des Piper-Verlags liegt die Gefahr nun vielmehr darin, daß sich rechte Hetzer des Themas bemächtigen. Der einzige Ausweg aus diesem Verwirrspiel mit guten Absichten wird sein, daß "Auge um Auge" vernünftig lektoriert und dann doch publiziert wird.
Bis der Piper-Verlag am 30. April die deutschen Rechte am Buch zurückgeben muß, sieht sich Sacks Agent schon einmal nach einem anderen Verlag um. Das prompte Angebot des neokonservativen Hauses Ullstein Langen Müller hat der Autor aber abgelehnt.
"Nachdem bereits die linksliberale Presse behauptet hat, daß meine Botschaft 'Juden gleich Nazis' sei", fürchtet der endlich etwas ernüchterte Sack, "würden das die Rechten wohl erst recht tun, und dann könnten die Deutschen niemals erfahren, wovon mein Buch wirklich handelt." In Polen und Italien soll "Auge um Auge" demnächst erscheinen. ...<<

18.03.1995

BRD: Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, berichtet am 18. März 1995 in seiner Rede vor der Bundesversammlung (x159/26): >>... (Vaclav Havel) hat sich vermeintlichen innenpolitischen Zwängen angepaßt, er hat Moral und Recht tagespolitischen Erwägungen geopfert. ...
Das Urteil des Brünner Verfassungsgerichtshofes (versperrt) den Weg in die Europäische Union. ...
Die tschechische Seite muß gar nicht die Hand ausstrecken, sie muß nur unsere – seit Jahrzehnten zur Versöhnung ausgestreckte Hand – ergreifen und nicht wegstoßen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. März 1995: >>**Kinkel: Prag muß Rücksicht auf Sudetendeutsche nehmen**
Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) setzte sich in einer Regierungserklärung für eine Verbesserung des angespannten Verhältnisses ein: Der Teufelskreis von Unrecht und Gegenunrecht, von Schuldvorwürfen und Gegenrechnungen müsse durchbrochen werden.
Die Rede ist in Bonn als Antwort auf eine Erklärung des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel vom 17. Februar verstanden worden. Vor der Prager Karls-Universität hatte Havel die Vertreibung der Sudetendeutschen als "Nachkriegsaussiedlung" bezeichnet und jede materielle Entschädigung ausgeschlossen. ...
SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen warf der Bundesregierung vor, sie habe die überfällige deutsche Geste gegenüber tschechischen Opfern der Nationalsozialisten mit Zugeständnissen gegenüber den Vertriebenen verknüpft und habe sich damit das Junktim "sudetendeutscher Scharfmacher" zu eigen gemacht. Ein Teil der Landsmannschaft blockiere die Aussöhnung mit unrealistischen Forderungen nach Rückgabe enteigneten Besitzes, sagte Verheugen.
Zeitgleich mit der Rede Kinkels wurden Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus bekannt, der die sudetendeutsche Frage als abgeschlossen, "wie die österreichisch-ungarische Monarchie" bezeichnet.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. März 1995 über die Zerstörung der alten Fachwerkstadt Hildesheim: >>**Das tausendjährige Hildesheim ging im Bombenhagel unter**
Wenige Wochen vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges ging Hildesheim im Bombenregen

und Feuersturm unter. Am 22. März 1945 flogen britische und kanadische Bomber einen Großangriff auf die alte Fachwerkstadt, eine der Kulturmetropolen Niedersachsens. Mehr als 1.000 kamen an diesem Tage um, unersetzliche Werte aus einer mehr als tausendjährigen Geschichte wurden vernichtet. Von 69.000 Einwohnern wurden 34.000 obdachlos.
Von der Innenstadt im Kranz der mittelalterlichen Wallanlagen blieb außer wenigen Steinruinen nichts übrig, 1.500 Fachwerkhäusern verbrannten 1.300 zu Asche. Zerstört wurden nach einer späteren Aufstellung in allen Stadtteilen zusammen 87 Prozent der Fachwerkhäuser, 85 Prozent der Geschäfte, 80 Prozent der öffentlichen Gebäude, 70 Prozent der Handwerksbetriebe, 50 Prozent der Industrieanlagen. Die Eisenbahn meldete Schäden im Wert von 7 Millionen Mark.
Zerstört wurden alle bedeutenden Kirchen wie St. Andras und der Dom, nur zwei blieben übrig. Verbrannt wurde das Knochenhaueramtshaus von 1524, das das Haus der Schlachterinnung und eines der bekanntesten deutschen Gebäude überhaupt war. Mit ihm zerfielen im Bombenhagel auch viele andere Gebäude, die den Zauber einer in Jahrhunderten gewachsenen Stadt ausmachten. ...
Der 22. März 1945 war ein herrlicher Frühlingstag mit strahlendem Sonnenschein, keine Wolke am Himmel. Vormittags hatte es Voralarm gegeben, viele Menschen eilten in die umliegenden Wälder und Stollen, doch nach einer Vorentwarnung am Mittag kehrte ein großer Teil in die Stadt zurück. Der Vollalarm gegen 13 Uhr kam zu spät, die Flugzeuge waren praktisch schon über der Stadt. Das Verhängnis begann.
247 Lancaster-Bomber und Mosquito-Pfadfinder plus 8 Staffeln Jagdschutz stürzten sich auf Hildesheim, das wie auf dem Präsentierteller dalag, in etwa 6 Minuten wurden mehr als 1.000 Tonnen Bomben abgeladen, darunter 326.000 Brandbomben. Als alles vorbei war, stieg eine Rauchwolke bis auf viereinhalb Kilometer Höhe.
Die Zahlen hat (der) Hildesheimer Journalist Hermann Meyer-Hartmann in britischen Archiven ermittelt und 1985 in seinem Buch "Zielpunkt" veröffentlicht. Er hat nachgewiesen: Es war ein gezielter Angriff auf die Innenstadt und ihre Bevölkerung. Die "Christbäume", farbige Markierungsbomben wurden vom sogenannten Masterbomber entsprechend gesetzt, zentraler Punkt war der Turm der Andreaskirche. Luftminen, bis zu 2.000 Kilogramm schwer, rissen die Gebäude auf, die Unzahl der Brandbomben setzte sie in Flammen, wenig später erhob sich ein Feuersturm, dem nichts widerstand. Hildesheims Innenstadt war die Hölle.
Wer es nicht wagte, sofort nach dem Angriff durch die Flammen auszubrechen, erstickte, weil das Feuer den Sauerstoff raubte, kam durch die Hitze in glühenden Kellern zu Tode. Auf der Straße wurden die Menschen von brennenden Trümmern erschlagen, vom Sturm ins Feuer gerissen. Man fand später Tote, die schwarz und klein wie Puppen waren. Horrorszenen spielten sich in brennenden Lazaretten ab, Tiefflieger sollen noch auf flüchtende Menschen geschossen haben.
Die Feuerwehren hatten die Löschteiche bald leergepumpt, man suchte in der Kanalisation nach Wasser, fand aber nur Schlamm. Das Feuer wütete tagelang, noch 2 Wochen später flimmerte die Luft über den Schutthaufen vor Hitze. Als amerikanische Truppen am 7. April die Stadt ohne einen Schuß besetzten, qualmte sie immer noch.
Hildesheim war damals weithin eine tote Stadt. ...<<

19.03.1995

BRD: Die sudetendeutsche Bundesversammlung erklärt am 19. März 1995 (x159/26-27):
>>Wir Sudetendeutsche haben uns in den vergangenen 50 Jahren bemüht, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und bieten erneut – gerade 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – dem seit fünf Jahren freien tschechischen Volk die Hand zur Versöhnung.
Begangene Verbrechen und Verletzungen der Menschenrechte müssen, soweit dies möglich ist, mit friedlichen, rechtstaatlichen Mitteln wiedergutgemacht werden. Damit wird der Weg

frei, um eine Partnerschaft zwischen den Völkern und Volksgruppen im Herzen Europas aufzubauen.
Was immer geschehen sein mag: Die Zukunft in Europa gehört jenen, die den Mut aufbringen, Haß, Chauvinismus und Intoleranz zu überwinden und gemeinsam neue Formen des Zusammenlebens zu schaffen. ...<<

22.03.1995

BRD: Milan Uhde (Vorsitzender des damaligen tschechischen Abgeordnetenhauses) erklärt am 22. März 1995 während einer Rede zur Eröffnung der Leipziger Buchmesse (x154/21): >>... Erst nach November begegnete ich als Kultusminister der Tschechischen Republik und Mitglied der Regierungsdelegation bei dem ersten Auslandsbesuch, der nach dem nachbarlichen Bayern führte, auf Anregung des Gastgebers, Herrn Ministerpräsidenten Streibl, einer kleinen Funktionärsgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft und hörte die Meinung, daß wir als Tschechen gerade jetzt, wo wir das Recht, die Demokratie und den Europaeintritt anstreben, den einstigen Bürgern der Tschechoslowakei, die im Jahre 1945 ihre Heime massenhaft zu verlassen gezwungen wurden, etwas wesentliches schuldig sind.
Alle Mitglieder der tschechischen Delegation hörten nicht nur den Appell zur Versöhnung und zur ethischen Reinigung von all dem Bösen, was von den beiden Seiten begangen wurde, sondern auch eine Forderung nach der materiellen Entschädigung der betreffenden deutschen Vertriebenen, eine Forderung, ihnen den Besitz und das Recht auf Heimat in Form der Staatsbürgerschaft der Tschechischen Republik zurückzugeben. Es ist mir klargeworden, daß uns keiner der Pflicht, uns diesen Forderungen zu stellen, entheben wird. ...<<

27.03.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. März 1995: >>**Es bleibt das Gefühl des Verrats**
... Der Landesverband rief - und sie kamen zu Tausenden zur Großkundgebung des Bundes der Vertriebenen (BdV), ... um an "50 Jahre Flucht und Vertreibung" zu erinnern. Die Fahnen der Landsmannschaften in den Händen, mit Chören und Gesang gedachten die überwiegend alten Menschen dem Verlust ihrer Heimat und dem erlittenen Unrecht während der Flucht und Vertreibung am Ende des zweiten Weltkrieges. Der BdV forderte, Vertreibungen nicht als Mittel der Politik zuzulassen und zu ächten.
... Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien, Ostbrandenburg und Sudetenland wurden uns geraubt - wo bleibt die Entschädigung für uns?", mahnte ein Plakat. "Sie haben Ostdeutschland verraten, die Bonner Demokraten", hieß es auf einem Schild.
... Die stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes, Barbara Loeffke, ... vermißte den "Aufschrei" in Deutschland bei der Unterzeichnung der Ostverträge in den 70er Jahren und bei der Verabschiedung des Einigungsvertrages 1990. "Es bleibt das Gefühl des Verrats an den Heimatvertriebenen", meinte die stellvertretende Landesvorsitzende zum Aussöhnungsprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg.
Zu diesem Zeitpunkt war Fritz Wittmann, Präsident des BdV, schon gegangen. Mit Blick auf die Debatte um die Ansprüche vertriebener Sudetendeutscher hatte der BdV-Präsident die tschechische Republik gemahnt, es werde "kein einvernehmliches Nebeneinander und keine tragfähige Verständigung geben können, wenn auf einer Seite weite Teile der geschichtlichen Wahrheit ausgeblendet wird. Es gibt keinen Schlußstrich unter die Geschichte.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtet später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über die erfolglosen friedlichen Proteste der deutschen Vertriebenen (x851/...): >>... Homo homini lupus est. Diese traurige Maxime prägt immer noch unsere geschichtliche Erfahrung. Dies haben die Römer bereits vor zwei Tausend Jahren festgestellt. Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. Und dennoch muß man versuchen, sich anständig und ethisch zu verhalten. Wie die christliche Lehre uns empfiehlt:

Vergeben, um vergeben zu werden.
So der Hochkommissar Ayala Lasso in der Paulskirche (28. Mai 1995): "In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu sprechen kommen. Es ist gut, daß Menschen, die Unrecht gelitten haben, bereit sind, den Teufelskreis von Rache und Vergeltung zu brechen, und sich auf friedlichen Wegen für die Anerkennung des Rechtes auf die Heimat und für den Wiederaufbau und die Integration Europas zu arbeiten. Eines Tages wird dieses Opfer besser gewürdigt werden."
Die deutschen Vertriebenen haben diese Worte vor mehr als 9 Jahren vernommen. Ich frage mich nun heute: Wie lange werden wir noch warten müssen, bis die Politiker, Journalisten und Historiker jene Friedensleistung der deutschen Vertriebenen anerkennen?
Wie lange muß man in Deutschland warten, bis die deutsche Regierung diese Leistung würdigt? ... Das Recht auf die eigene Geschichte und auf die eigene Heimat existiert. Es darf kein leeres Postulat sein. Jedoch wirken manchmal gewaltige Kräfte dagegen – Kräfte, die wir unter dem allgemeinen Begriff des Zeitgeistes wiederfinden – in der Politik des Schweigens, der Desinformation, der Satanisierung, der Erpressung, der Anpassung, ja, auch in der Politik des billigen Opportunismus. ...<<

29.03.1995

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt am 29. März 1995 über die nicht selten bösartigen Berichte zum 100. Geburtstag des Schriftstellers Ernst Jünger (x268/162): >>... Dem eifrigen Zapper eröffnet die Berichterstattung zu Ernst Jüngers Hundertstem dieser Tage spannende Einblicke. So präsentierte das ZDF-Magazin "Frontal" einen Brief Roland Freislers über Jünger, von dem schon 1993 nachgewiesen wurde, daß er gefälscht ist. Ein Blick ins Zeitungsarchiv hätte darüber schnell Auskunft gegeben. ...
Man mag heute über Jünger denken, was man will: Die aktuelle Berichterstattung über ihn ist nur in einem Milieu umfassender Desinformation möglich.<<

März 1995

BRD: Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtet im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 über das Ende des Zweiten Weltkrieges (x853/...): >>**Selektives Gedenken**
... Das Kriegsende 1945 bedeutete für Deutsche vor allem entsetzliche Tragödien. Und wer menschlich denkt und sich erinnert, fragt: wo bleibt das Gedenken, ein Tag der Trauer, ein würdiges Denkmal, für die ca. 2,5 Millionen bei der Vertreibung aus Ostdeutschland, Böhmen/Mähren und Sudetendeutschland, auf dem Balkan umgekommenen Deutschen, die erfroren, erschlagen, erschossen, ertrunken, auf der Flucht bombardiert, niedergewalzt, verhungert oder in sowjetische Sklaverei deportiert und verschwunden sind?
Wer errichtet jenen wohl hunderttausenden deutschen Mädchen und Frauen ein Denkmal, die Opfer systematischer und massenweiser Schändungen durch eine hemmungslose Soldateska, schließlich abgeknallt wurden oder sich selbst das Leben nahmen.
Wäre das nicht ein Gedenken wert von seiten auch einiger Feministinnen, wenn sie ernstgenommen werden wollen? Stünde es nicht der Kirche gut an, statt ungerechter Selbstbezichtigung der damaligen Kirche jener in würdiger Form zu gedenken, die damals ihr Leben gaben, um Frauen zu schützen (darunter nicht wenige Priester)?
Ist es zumutbar, "Befreiung" feiern zu sollen angesichts der zahllosen Opfer, Soldaten und Zivilisten, im Gefolge jener sadistischen Mordhetze, die der Salonkommunist und perverse Agitator Ilja Ehrenburg jahrelang in Frontzeitungen der Roten Armee einimpfte? Verdienen nicht jene ein Denkmal, die - wie die deutsche Marine - in einer beispiellosen Rettungsaktion 2,4 Millionen Menschen aus jener Hölle retteten? ...
Wo bleibt ein Denkmal oder wenigstens ein würdig-öffentliches Gedenken an die zigtausenden deutscher Kriegsgefangener, die man wissentlich in den amerikanischen Todeslagern am

Rhein hat umkommen lassen, oder an der Ost-West-Begegnungsgrenze (teilweise unter Bruch ausdrücklicher örtlicher Übergabevereinbarungen) an die Rote Armee und damit meist in den Tod zu Hunderttausenden kalt-brutal ausgeliefert hat?
Sie werden darauf wohl ebenso wie die Hunderttausende Zivilopfer (als solche waren sie bewußt gewählt in einer längst vor dem Krieg geplanten verbrecherischen Bombenterror-Strategie seitens der Briten) warten müssen, ebenso wie die deutschen Opfer (es waren die ersten, noch vor den Massen der europäischen Juden) der Konzentrationslager (die Deutschen waren auch die letzten in den von den Sowjets nach 1945 in trauter Kontinuität weitergeführten Nazi-KZs).
Genug. Man wird die festgefahrenen selektiven Bewältigungs-Profis, die Gedächtnis und Denkmale für ihre Zwecke instrumentalisieren, nicht umstimmen. Mir bleibt unvergessen, was uns 1946 Prof. Andres in der Vorlesung in Bonn mit erschütternder Verzweiflung sagte: "Ja, wir sind befreit. Befreit von den letzten Illusionen."
Amerikanische Soldaten (bei denen es übrigens 1945 in Deutschland makabrerweise noch die traditionelle strenge Rassentrennung gab) hatten sein Lebenswerk, ein religionswissenschaftliches Archiv mutwillig auf die Straße geworfen, zertrampelt, verdreckt, angezündet, vernichtet. Damals galt das Verbot der Verbrüderung. Man wollte gar nicht befreien. Morgenthau plante das Gegenteil.
Ja, wir hatten dann Glück im Unglück, als wir bald wieder (von Ost und West) gebraucht wurden. Das größte Glück aber war die fast wunderbarerweise gesundgebliebene Substanz des Volkes, religiös sowohl wie im Ethos, das keine Panik und nihilistische Verzweiflung aufkommen ließ. Insbesondere die damals noch intakten Familien wurden Orte des Sichfindens. Neuanfang und Aufbau sind ebenso wie Durchhalte- und Ertragenskraft, Klugheit, Vorsorge und besonnenes Handeln in jener Zeit ein wahres Ruhmeskapitel unseres so fürchterlich geprüften Volkes.
Es stand damals - nicht ohne die Schuld (Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, Ablehnung einer Zusammenarbeit mit dem deutschen Widerstand) und Dummheit (Roosevelts Plan eines Weltkondominiums mit Stalin und Desinteresse an Europa. Verzicht auf den politischen Einsatz des Alleinbesitzes der Atombombe 1945) hoher Politiker vor einem elementaren Dilemma: Stalin Deutschland und damit Europa auszuliefern, was die Westmächte, als sie in großer Torheit und unter Eisenhowers Befehl an der Elbe haltmachten (die deutschen Truppen kämpften nicht mehr gegen sie), wissentlich insoweit zuließen, oder bis zum opferreich bitteren Ende für Deutschland und Europa weiterzukämpfen.
Mit den Deutschen sahen das auch 600.000 Freiwillige aus ganz Europa so, darunter Russen (unter General Wlassow), Kosaken u.a.m., die hervorragend kämpften: z.B. in Pommern die Wallonen, in Berlin 1945 die Franzosen ...
Der zerreißende Konflikt, den gerade auch gläubige Menschen, die wahrhaft innigst ein Ende dieses sozialdarwinistischen, und damit strukturell verbrecherischen Regimes ersehnten, ist treffend vom ersten Bundespräsident Theodor Heuß herausgestellt worden:
"Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."
Weil das eine nicht ohne das andere zu erreichen war. Und man muß hohe Achtung vor denjenigen haben, die sich bis zum Schluß opferbereit eingesetzt haben, um noch zu retten, um noch Schlimmeres zu verhindern.
War nun alles sinnlos? Im persönlichen Schicksal, im Leben des Volkes, so im geschichtlichen und tieferen Ideenkampf erheben sich für den Gläubigen wahrhaft quälende, bittere, nachhaltig schmerzende Gedanken. Die Heilige Schrift beschreibt gelegentlich die Geschichte der Völker und Kulturen, gleichsam hinter dem äußeren, oft katastrophischen Geschehen, als ein gewaltiges "Spiel", bei dem die Akteure und die Opfer etwas bewirken, was jenseits ihres

jeweiligen Horizonts gewollt wurde.
Europa wurde schließlich, durch den Verrat von Jalta und Potsdam nur teilweise, seit 1989 fast ganz, gerettet. Bis 1945 und danach hat daran - jenseits der Motive - Deutschland einen hervorragenden Anteil. Schon 1919 durch das Scheitern der kommunistischen Revolution in Deutschland, die Europa ins Wanken gebracht hätte (Vgl. die kenntnisreiche, wenngleich parteiisch prorevolutionär eingestellte Studie von Sebastian Haffner, "Der Verrat, 1918/19 - als Deutschland wurde, wie es ist" ...).
Adenauers klare Entschiedenheit, die Unverführbarkeit der Deutschen durch den Bolschewismus hat Europa, wo Italien, Frankreich, Spanien insofern tief gefährdet waren, stabilisiert. Die friedliche Revolution von 1989 hat dieser epochalen Widerstandskraft das befreiende Siegel aufgedrückt. In und hinter allem waltet ein letzter Ausgleich. Davon ist der gläubige Mensch überzeugt, der nicht - wie heute weitgehend - die Eschatologie ausklammert, beschweigt, umdeutet, aus Verkündigung und Unterricht ausschließt (siehe das empfehlenswerte Büchlein von Georg Scharf "Frohbotschaft oder Drohbotschaft?" ...).
Die großen Wirklichkeiten von Schuld, Sünde, Sühne, Segen oder Fluch, Gericht und Vollendung müssen uns auch im April/Mai 1995 Fundament und Gehalt jenes lauteren Gedenkens sein, das unter dem Zeichen des Kreuzes und in Osterhoffnung zur Haltung würdiger pietas reift.<<
Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtet im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 (x853/...): >>**Die Linke ist noch nicht am Ende**
Der Kampf geht weiter
Ich habe hier schon einmal über die "Linke" geschrieben, sollte aber dennoch wiederholen, wie man die Begriffe "links" und "rechts" einordnen muß, vor allem, um zu vermeiden, daß man behauptet, sie berühren sich in ihren Extremformen.
Das wird gerne mit wissendem Augenaufschlag in Diskussionen wiederholt, doch extrem kalt ist völlig anders als extrem heiß, extrem nah als extrem fern, extrem groß als extrem klein. Wer nun darauf besteht, daß in der politischen Arena rechts nahezu links sei, weiß nicht, was diese beiden Begriffe in der Tat vertreten.
Auch kennt er vielleicht nicht den Unterschied zwischen wirklichen Feinden und bloßen Konkurrenten. Der Bierbrauer, der ein dunkles Bier herstellt, ist ein Konkurrent jenes, der entweder auch ein dunkles oder vielleicht auch ein helles Bier zusammenbraut. Sein wirklicher Feind ist jedoch der propagandistisch aktive Antialkoholiker. Das schließt freilich nicht aus, daß manchmal der Konkurrent mehr gehaßt wird als der Feind.
Links bezieht sich auf unseren Herdentrieb und das Behagen, das wir beim Gleichen und Nämlichen und das Unbehagen, das wir beim Anderen und Fremden empfinden. Links steht der Kollektivismus jeder Art, der Sozialismus, der Nationalismus, der Internationalismus, der Rassismus, rechts die Freude an der Vielfalt. Das Linke ist das Horizontale, das Rechte das Vertikale. Das Rechte ist aufblickend, das Linke umherblickend, das Rechte das Spirituelle, das Linke das Materielle. Der linke Trieb in uns, den wir auch mit dem Tierreich teilen, gibt uns ein Vergnügen im Kreise Gleicher und Gleichgesinnter zu sein, wo niemand anderer Meinung ist und sich gerne angleicht.
Das Vergnügen des Reisens ist "rechtsdrallig": es macht Freude, ein anderes Klima, andere Menschen, andere Weisen, andere Speisen, eine andere Architektur, eine andere Tierwelt zu genießen. Die Natur kennt keine Gleichheit und diese muß künstlich, also durch "Gewalt" hergestellt werden. Eine Gartenhecke, die gleich hoch bleiben soll, muß man wiederholt schneiden. Deshalb ist die wahre Rechte mit der Freiheit, die Linke mit dem Zwang und der Sklaverei verbunden. Das Neue Testament spricht von der Freiheit, aber nie von der Gleichheit, und der Dominikaner Bruckberger nennt es eine Botschaft menschlicher Ungleichheit.

- Mit welchem Recht gebrauchen wir aber die Worte "Links" für eine primitive und negative und "Rechts" für eine positive Triebkraft in der Menschheit? In allen Sprachen und Kulturen drücken "rechts" und "links" Wertungen aus, am wenigsten allerdings noch im Deutschen, während im Italienischen la sinistra die Linke, il sinistro den Unglücksfall bezeichnet, was in den uralaltaischen, semitischen und in den indo-europäischen Sprachen Asiens vielleicht noch deutlicher herauskommt. Ebenso in der Sprache der Bibel, des Alten wie auch des Neuen Testaments.
In den Parlamenten war es einst die Opposition, die auf der Linken saß. Es war also das "Nein", das links zur Geltung kommen sollte. Das änderte sich aber ein wenig mit der Zeit und links und rechts erhielten ein weltanschauliches Profil, vertraten aber weiter das JA und NEIN, diesmal aber zur natürlichen Ordnung. Die Linke bestand zur Schöpfung auf dem NON SERVIAM.
Der erste große politische Sieg der Linken kam mit der Französischen Revolution, die ideologisch auf der Ersten Aufklärung beruhte, diese aber wiederum auf dem Wege über den Deismus sich zum Agnostizismus und Atheismus entwickelte. Der Anbetung Gottes folgte logisch die Anbetung des Menschen, die Anthropolatrie. Gomez Dávila sagte uns, daß der Kult des Menschen mit Menschenopfern gefeiert werden muß, und das tat die Linke seit der Französischen Revolution in reichlichem Maße.
Aber wo steht die Linke heute, was strebt sie im Einzelnen an, was sind ihre Nah- und Fernziele? Sie vertritt nicht eine weltweite "Verschwörung", sondern denkt und handelt ganz "automatisch" unter dem Einfluß des "Bösen", auf den sich ja unsere letzte Vaterunser-Bitte deutlich bezieht.
Durch den Sturz des "Sozialistischen Vaterlandes" (UdSSR) in noch größere Armut, Verlust eines guten Teiles ihres Imperiums, steigendem Verbrechen und Schwindens ihres Ansehens ist dem orthodoxen Marxismus, der in Wirklichkeit schon längst als ein wirtschaftlicher Unsinn erkannt worden war, doch ein Todesstoß versetzt worden. Das schadete vielleicht einem Teil der Linken, der sich Marx verschrieben hatte. Das Herzstück des Marxismus war eine Wirtschaftstheorie, und dieses Herzstück versagte völlig.
- Man darf da nicht vergessen, daß Marx ein vom Haß lodernder Ignorant war, der nie seinen Fuß in eine Fabrik gesetzt hatte, die Arbeiter als "Knoten" und "Straubinger" verachtete und in ihnen lediglich seine Handlanger in einer von ihm ersehnten und heraufbeschworenen Götterdämmerung sah, in der Staat, Gesellschaft, Moral und Religion untergehen sollten. Wer nicht seine Gedichte kennt, soll über ihn auch nicht reden. Nur so kann man den Charakter und die Psyche dieses parasitär lebenden amoralischen, noch vor dem Nationalsozialismus die "Emanzipation der Menschheit vom Judentum" fordernden, haßgequälten und größenwahnsinnigen Neiders voll erfassen.
Welch Leid er angerichtet hatte, kann man nicht einmal in Europa voll erfassen. Da muß man auch China und Vietnam unter die Lupe nehmen. In Chinas Quangxi Provinz mußte man, um nicht als "Gegenrevolutionär" in Verdacht zu geraten, die Leichen der ermordeten "Klassenfeinde" buchstäblich auffressen. In Vietnam wurden Priester lebendig begraben - alles Untaten der doch ideologischen Verwandten unserer ehrenwerten, doch ganz wohlerzogenen Sozialdemokraten mit Nadelstreifenanzug und Modekrawatten.
Wie man sieht, hat der Marxismus ein sehr breites Band – von der "gastronomischen Demokratie" bis zum kultivierten roten Großbürgertum. Aber die Linke hat eine noch viel, viel größere Bandbreite und der sozialistische Flügel ist heute bereit, Staatsunternehmen zu verhökern, zu "privatisieren". Das tun nicht nur "Sozialdemokraten" im Westen, sondern selbst Kommunisten in China in einer brutalen kapitalistischen "sozialistischen Marktwirtschaft".
(Das erinnert an die Worte von Konfuzius: "Wenn der Sinn der Worte verfälscht wird, verlieren die Völker ihre Freiheit".)

Ist 1989 also ein ganz großer Schlag für die Linke gewesen, der jetzt den guten Leuten auf der Rechten erlaubt, sich zur Ruhe zu begeben? Davon kann keine Rede sein, denn die Linke ist nun endlich ihre zwei größten Hypotheken losgeworden: den Köhlerglauben an den Staatskapitalismus (der richtige Name für den Sozialismus) und die friedensbedrohende UdSSR mit ihren Gulags und anderen Greueltaten.
Die Linke kann nun den liberaldemokratischen Staat bejahen, in seinem Rahmen sich voll ausleben und in diesem zu neuen, höchst "populistischen" Eroberungen schreiten.
Sie stellt eine Anthropolatrie dar, welche die "Stadt des Menschen" an die Stelle der "Stadt Gottes" setzt und überzeugt ist, daß die Hoffnung auf ein Jenseits, in dem alle Tränen des Menschen getrocknet werden eitel sei, denn nur so kann dank des "Fortschritts" und kluger menschlicher Anstrengungen schließlich das Paradies auf Erden verwirklicht werden. Wenn Marx alle Religion ein "Opium des Volkes" nannte, so drückte dieser fatale Ökonomist eine ganz allgemeine "horizontale" linke Überzeugung aus.
Man glaubt aber auf der Linken, daß man zumindest diesem Ziel nahe kommt, wenn man innerhalb des Rahmens des liberaldemokratischen Staates (der doch für Gleichheit, Freiheit, Mehrheitsherrschaft und weltanschauliche Neutralität einsteht) durch Propaganda, Überredung, kluge publizistische Planung und die Eroberung von Schlüsselstellungen in den Medien und in den Schulen über die Kräfte der Finsternis, der Reaktion und der Ausbeutung siegen kann. Eine Diktatur sei dafür gar nicht notwendig. Auch nicht der Staatskapitalismus. Für eine "sanfte Revolution" genüge doch die Zersetzung der dunklen Kräfte der Reaktion und die einmal gewonnene Majorität des Volkes in freien Wahlen.
Nun gibt es in den heutigen Liberaldemokratien immer noch überlebende Einrichtungen - staatliche, gesellschaftliche, kirchliche - und gegen diese kämpft die Linke gar nicht so erfolglos, denn sie arbeitet mit "klaren, aber falschen Ideen", um einen Ausdruck Tocquevilles zu gebrauchen. Die Linke kommt mit schönen, paradiesischen Versprechungen, sie appelliert an den "gesunden Menschenverstand" (d.h. volkstümliche Vereinfachungen) und selbstverständlichen auch an rein physische Triebe vom Sexus bis "hinauf" zur materiellen Sicherheit.
Der Kirche und Familie wird der Sexshop und das "Sozialnetz" entgegengesetzt. Auch die Gleichheit muß betont werden, denn Ungleichheit wirkt "bedrückend", Respekt oder Autorität kann eine Fessel bedeuten. Selbst alle Idoneität, alles Wissen muß "hinterfragt" werden. Jedermann kann über Jegliches ein Urteil fällen. Menschen werden arithmetische Begriffe, die sich addieren oder subtrahieren lassen.
- Dahinter steht freilich doch - völlig uneingestanden – die Idee des Allmächtigen Staates, der mit "flachen", horizontalen, gut übersichtlichen Massen von gläsernen Menschen diese leicht übersehen, durchschauen, kontrollieren und gängeln kann. Natürlich sollten diese armen Leute glauben, daß sie "Individualisten" wären und das sind sie auch gewissermaßen.
Aber schon Maritain hat auf den Unterschied zwischen "Individualismus" und "Personalismus" hingewiesen. Ein "Individuum" ist, wie schon der Name ("Unteilbares") besagt, der kleinste, unteilbare Bestandteil eines Haufens, zum Beispiel das Sandkorn in einem Sandhaufen. (Daher wird das Wort "Individuum" in mehreren Sprachen als Ausdruck der Verachtung gebraucht.) "Person" aber kommt vom etruskischen PHERSU, der Maske des Schauspielers auf der Bühne und steht daher für eine einzigartige und unübertragbare Rolle.
Die Linke ist eben nicht personalistisch, sondern auf individualistische Weise kollektivistisch. Dem arithmetischen Individuum steht die algebraische Person gegenüber. Eins und eins sind zwei, aber a plus b ergeben auch nur a plus b.
Also will ho poneros, der Böse, die Linke menschliche Wesen, die ihren Schwerpunkt ganz in sich haben (und nicht woanders, in Gott), selbstbezogene Monaden, die sich totalitär einordnen lassen - wie die Sklaven beim Bau der Pyramiden, die "Genossen" im Aufbau des Sowjetriesen, die "blauen Ameisen" in Maos China.

- Die christliche Botschaft ist wesentlich anders: die Menschen sind alle ungleich, in ihrer Identität und Idoneität, in ihrer Generation, ihrem Geschlecht, ihrem Stand, ihrem Beruf und ihrer Berufung, ihren Talenten und ihrem Geschmack, ihrem Schicksal, in ihren verschiedenartigsten Beziehungen zu anderen Menschen (nahen, nächsten, fernen und fernsten) und selbstverständlich auch zu Gott. ("Vor Gott sind wir alle gleich." Was? Judas Iskarioth und Johannes der Täufer gleich vor Gott? Das jüngste Gericht eine Orgie der Gleichheit? Wird da ein gleiches Urteil über die Heiligen Helene, Hemma und Hildegard wie über den selbstmörderischen Mörder Heinrich Himmler gefällt werden?)
Was stört da die Linke? Nicht nur die Kirche, sondern vor allem die Familie, und alles, was mit ihr eng zusammenhängt: die verschiedenen Rollen der Geschlechter und der Generationen, die Liebe in allen ihren Formen des Eros, der Philia und der Agape und schließlich auch der Sexus. In allen utopisch-kritischen Romanen
- Aage Madelungs "Zirkus Mensch", Aldous Huxleys "The Brave New World", George Orwells "1984" - ist die Neue Ordnung, der totalitäre Staat, immer familienfeindlich, und auch geschlechtsfeindlich, denn die Familie ist eine Gemeinschaft, die sich von der totalitären Ganzheit als kleines Reich absondern, abkapseln und eine Privatexistenz führen kann. Und das will die Linke nicht. Daher auch ihr Plan, im Geschlechtlichen eine Unordnung zu stiften und somit die Familie in ihrem Kern zu treffen.
- In meinem utopischen Roman "Moskau 1997" kommt der Teufel vor. Er hat die Identität eines toten Polen angenommen und spielt als hoher Beamter eine politische Rolle, doch der geheime Erzbischof Sowjet-Eurasiens kann mit ihm, der sich eitel als "brillanten Geist", als lichtbringender Luzifer gebärdet, ganz offen reden.
"Es ist eine eigenartige Sache", bemerkte Uljan (der Erzbischof) nachdenklich, "aber wenn Sie einen Menschen oder die ganze Menschheit angreifen, dann konzentrieren Sie meistens ihre ganze Kraft und Bosheit auf die Sinnlichkeit und Geschlechtlichkeit. Das ist so billig. Eigentlich sind Sie ein kleinlicher Geist. ..."
"Ich bin nicht kleinlich!" schnappte der andere zurück. "Ich bin lediglich radikal. 'Radikal' heißt eigentlich, von der Wurzel her. Und das Geschlechtliche ist die Wurzel alles Lebens. Nichts befriedigt mich mehr als den Urtrieb, neues Leben und damit Seelen zu zeugen, in finstersten Schmutz zu verdrehen. Ich hasse diese Menschenkinder, die am Schöpfungswerk Gottes teilnehmen dürfen. Zumindest ist es mir ein Trost, wenn die Menschen Gott einen Schabernack treiben. ... Ich will die Schöpfung nicht! Und wenn ich sie nicht schon vernichten kann, dann soll sie wenigstens umgebogen, umgefärbt, verzerrt werden!"
Das satanische Element in der Linken ist das "Flachtreten" der Menschheit, in der jedes "Individuum" ersetzbar und auswechselbar ist - eben wie die Ameise im Ameisenhaufen. Das kann man leicht mit anonym wählenden NSDAP oder PDS-Wählern vor den Urnen machen, aber nicht mit der Familie, in der Großeltern, Väter und Mütter, Brüder und Schwestern, ja auch Onkel und Tanten völlig verschiedene Funktionen haben. Da spielen natürliche Zuneigungen eine Rolle: die Freundschaft-in-der-Verwandtschaft (die C. S. Lewis the affections nannte), vor allem aber die Sehnsucht nach dem Kind, die Eros-Liebe und die mit ihr nicht identische Geschlechtlichkeit.
Es sei hier nebenbei vermerkt, daß ein guter Teil dieser "familistischen" Schau in unserem patriarchalen Glauben als auch in der Kirchenstruktur vertreten ist und in der alten politischen Ordnung der Christenheit eine sehr wichtige Rolle spielte. Das mag auch in einer wieder personaler werdenden Kultur erneut der Fall sein. Die Familie, wenn auch nur die Kleinfamilie sah August Zechmeister als die letzte Zuflucht der Persönlichkeit in einem stets barbarischer werdenden Zeitalters. Ganz analog dachte D. H. Lawrence, als er der Kirche dankte, die Ehe nicht nur zum Sakrament erhoben, sondern auch zum Bollwerk gegen den allmächtigen Staat gemacht zu haben.

Mit instinktiver Sicherheit wird sich die Linke, von nun an ihrer Hypotheken ledig, auf die "Perversio", wenn nicht Vernichtung von Familie, Ehe, Eros-Liebe und Geschlechtlichkeit stürzen. (Mit der Agape kann sie sowieso nichts anfangen, außer sie vielleicht in eine unpersönliche Menschheitsbegeisterung entstellend aufzublasen). Sie spürt ja auch genau, wer dahinter steht: Gott-Vater wenn nicht gar die Himmelskönigin mitsamt der Heiligen Familie. Und die Linke erinnert sich wahrscheinlich auch daran, daß einmal Könige als Väter des Vaterlandes betrachtet wurden ... allerdings vor dem Zeitalter des "Nationalismus" und "Internationalismus". ...
Um ihr Ziel zu erreichen wird die Linke alles daran setzen, die natürlich-gottgegebene Struktur der Gesellschaft zu zerstören, in der die Familie der Grundstein ist. Da gilt es Keile zwischen die Generationen zu treiben und die wichtigen Pfeiler der Familie, Eros und Sexus, zum Wanken zu bringen. Zwischen der Eros-Liebe und dem Sexus kann es eine Harmonie geben, aber zumal auch einen Gegensatz. Wie ich in meinem umfangreichen Buch über die Liebe schrieb.
Es mag ein Mann eine Frau begehren, aber nicht lieben, lieben, aber nicht begehren oder auch beides tun. Was zwischen einem brutalen Notzüchter und einer Frau geschieht kann man doch keinen "Liebesakt" nennen! Sicher aber ist es, daß ein Zeitalter ungebundener Sexualität der wahren Liebe höchst abträglich ist und Don Juan oder Casanova kein echtes Liebesleben, sondern lediglich eine Sexualexistenz führte. Das wußte auch der weitgehend verkannte Freud, der dem Christentum und seiner Askese dankte, daß durch sie am Ende der Antike der Eros vor dem überwuchernden Sexus gerettet wurde.
- Nun aber ist der Eros viel mehr als der Sexus auf die Ehe gerichtet, wer also der Sexualität tierisch verfällt ist kein idealer Ehepartner. (Diese Dichotomie zwischen Eros und Sexus ist bei Männern zumeist ausgeprägter als bei Frauen, die oft sträflich und naiv glauben, daß ihre leibliche Hingabe einen von ihr geliebten Mann "fesseln" wird. Auch die Prostitution "lebt" von dieser männlichen Spaltung).
Tatsächlich aber ist die Unkeuschheit nicht notwendig die schwerste Sünde, wohl aber eine Hauptsünde, denn mit ihr sind wieder kausal und psychologisch zahlreiche anderen Sünden, wenn nicht gar Verbrechen verbunden. Die Linke ist daher schon seit jeher bestrebt, alle sexuelle Kriminalität, soweit es geht, im Strafgesetzbuch zu streichen. (Dazu gehört am Rand der Mord an den Ungeborenen, denn seine Verfolgung "hemmt doch das Liebesleben.")
Kurioserweise dehnt sich diese "Toleranz" noch nicht auf den Lustmord aus. (Ob die schon beantragte Entkriminalisierung des Inzests in Schweden Erfolg hatte, ist mir unbekannt.) Daß die Unzucht den Charakter untergräbt ist ebenso selbstverständlich wie daß sie zum Untergang der Völker führt, was auch dem sehr kirchenfeindlichen Ernest Renan einleuchtete").
Alles, was die Familie schwächt, ist der Linken willkommen, auch natürlich alles, was ihre Privilegien oder das, was wesentlich zu ihrem Charakter gehört, untergräbt. So die Stellung der Eltern zu den Kindern (mit steter Herabsetzung des Mündigkeitsalters) oder des Vaters zur Mutter beziehungsweise des Ehemanns zu seiner Frau.
So haben die Ehepartner nunmehr in Österreich und Deutschland das Recht, für sich und auch für ihre Kinder den Familiennamen zu wählen, womit das patriarchale Element (wesentlich in der christlichen Ehe) in Frage gestellt und die Familie gesichts- und geschichtslos gemacht wird". Auch wurde in Österreich die von den Nationalsozialisten eingeführte bismarcksche Zwangszivilehe absichtlich belassen. Zudem sind überall linke Bestrebungen im Gange, die leibliche Praxis der Homosexuellen zu "legitimieren".
Wir reden da nicht einer Verfolgung von Homosexuellen das Wort, wohl aber müssen wir gegen eine Gleichsetzung des normalen mit den krankhaften Formen des Geschlechtslebens sein. Das geht heute aber so weit, daß wir von Klerikern beider Konfessionen hören, die homosexuelle Pärchen "trauen" wollen und von Gesetzgebern, die es solchen Paaren gestatten

wollen, Kleinkinder zu adoptieren und somit ihren problematischen "Lebensstil" übertragen können. Tatsächlich ist nur ein winziger Prozentsatz der Homosexuellen genetisch so unglücklich veranlagt und die ganz überwiegende Mehrheit erst später durch Erlebnisse und Eindrücke psychisch erkrankt (und deshalb auch zum Teil heilbar).
- Homosexualität ist weitgehend ein kulturelles Problem und unsere Sexualität (wie der Eros) "Moden" unterworfen. Die Objekte der Liebe wie auch des Begehrens variieren sowohl zeitlich als auch geographisch. Die ideale Frau für Rubens sah anders aus als für die Photographen unserer Modezeitschriften. Bei allem Mitleid, das wir für die vom Schicksal so geschlagenen Menschen haben müssen (denn die Liebe zum anderen Geschlecht ist so bereichernd), wird ein gesundes Volk wegen der Plastizität von Eros und Sexus der Homosexualität kein "Öffentlichkeitsrecht" geben.
Sie ist dank unseres erbsündlichen Status' in gewissem Ausmaß "ansteckend" und kann sogar "gezüchtet" werden. Doch war die Homosexualität immer schon ein Politikum, und Thomas Mann in seinem revolutionären (Buch) "Von deutscher Republik" (1924) berief sich in seiner linken Argumentation auf den Barden der amerikanischen Demokratie, Walt Whitman, und unterstrich dabei dessen "kameradschaftliche" Homosexualität, was uns freilich bei unserem heutigen Wissen über Thomas Mann nicht mehr wundern sollte. Er flirtete nach seiner Rückkehr aus dem Exil mit der DDR und stand somit für eine totale "Horizontalität".
Der Staatskapitalismus ist andererseits Gleichmacherei, und der Antifamilismus kann auch mit dem Wohlfahrtsstaat seine rein materiellen Ziele erreichen. Allerdings ist der richtige Ausdruck für den Wohlfahrtsstaat, wie uns Röpke einst belehrte, der "Versorgungsstaat".
Er ersetzt rein materiell weitgehend die Familie. Er gibt auch dem Staat weitgehende Macht. Also spielt der Versorgungsstaat eine zweifache Rolle - eines Versorgers und eines "Verantwortungsenthebers".
Auch sehen die linken Sozialpolitiker es gerne, wenn man von der Hand in den Mund lebt und darum wird er oft die Einkommenssteuer und Erbschaftssteuer für den von ihm gehaßten "Besitzbürger" erhöhen. Familienstolz und Familiensinn sollen schwinden. Besitz bedeutet Unabhängigkeit und das gefällt der Linken nicht. Alles wird "versorgt". Auch die Großeltern, die man in staatliche Greisenheime abschiebt. Ehen werden seltener und seltener geschlossen. Und "moderne" Ehen sind "offene Ehen" mit Ehebrüchen am laufenden Band, wobei man zumal annimmt, daß Ehebrüche zur "Selbstverwirklichung" schön beitragen.
Kinder wachsen in stets größeren Mengen, von arbeitenden verheirateten oder ledigen Müttern unbetreut, auf. Auch die Scheidungen werden leichter gemacht. Das Los der Scheidungskinder – auch im Lichte der Kriminalität - ist oft erschütternd und da man gerade im Alter einen Partner bitter braucht und viele der Geschiedenen nicht mehr wieder heiraten, gibt es mehr einsame Alte als notwendig.
Doch die Linke ist stets gegen "Bindungen" - vertikale wie auch horizontale. Der Mensch soll ja frei sein, aber hauptsächlich von Nabel abwärts. Auch der Feminismus, mit dem wir uns schon einmal beschäftigten, steht im linken Lager und trägt wahrhaftig nichts zur fraulichen Erfüllung bei, denn der Linken sind die Geschlechter nicht nur gleichwertig, sondern auch identisch.
Schon das Wort "Unterschied" erfüllt sie mit Verdacht. Es ist überhaupt ein Wunder, daß Linke nicht - noch nicht! - gegen das getrennte Auftreten von Männern und Frauen bei sportlichen Wettbewerben protestiert haben. (Dahinter stünde vielleicht die Angst, daß dabei die Frauen schlechter abschneiden könnten und Gruppenunterschiede sind nun einmal "undemokratisch". Schließlich ist auch jedermann, der behauptet, daß die Ibos intelligenter sind als die Yorubas oder die Tutsis längere Beine haben als die Bambutis, ein "Rassist")
Doch wendet sich die Linke organisch zusammenhängend gegen die Rechte, d.h. das Rechte, Gerechte und Richtige, also auch gegen Gott, Gottes Wort und die natürliche Ordnung. Sie ist

bewußt Menschenvergötzung und vertritt daher einen rein menschlichen "Konstruktivismus" (um einen Ausdruck Poppers und Hayeks zu gebrauchen) und dieser ist von den ewigen Wahrheiten sternenweit entfernt. Das aber führt ganz automatisch zum Untergang.
- Wer aber zweifelt, daß in der linken Position ein echter innerer ideologischer Zusammenhang besteht, sollte sich eine wahrhaft ekelhafte Szene aus dem französischen Film "Letzter Tango in Paris" zu Gemüte führen.
Da sehen und hören wir einen verzweifelten Wüstling, der ein widerstrebendes Mädchen in einem schmerzhaften und perversen Sexualakt dazu zwingt, zu gestehen, daß sie mit Gott, Glauben, Ehre und Vaterland nichts mehr zu tun haben wolle. Sie will ihm nicht gehorchen, aber sie gibt schließlich stammelnd, vom Schmerz überwältigt nach. (Unwillkürlich ist man erfreut, daß sie ihn bald darauf erschießt.) Diese wahrhaft satanische Szene – noch grausiger als die übrigen - beleuchtet mit grellem Licht die politische Szene nicht nur in Europa, sondern auch im Rest der Welt.
Marx war nur ein kleiner Linker, der hauptsächlich an die Mägen und Brieftaschen dachte. Jetzt geht es um mehr, denn die Linke will uns im moralischen und leiblichen Dreck ersticken lassen.
"Erlöse uns von dem Bösen!" sollten wir heute inniger denn je beten. ...<<

06.04.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. April 1995: >>**Polen warnt vor Verzögerung bei NATO-Aufnahme**
... Warschau erwartet 1996 von der NATO eine Entscheidung über die Aufnahme Polens in das Bündnis. Sein Land sei gegen eine Verzögerung des Beitritts, sagte Ministerpräsident Jozef Oleksy am Mittwoch in Brüssel. Je länger sich die Osterweiterung hinziehe, desto größer werde die Gefahr, daß die Unterstützung in der polnischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt abnehme. Die Einwände Rußlands wies Ministerpräsident Oleksy zurück. ...
Oleksy sprach Rußland jede Mitsprache bei der Osterweiterung ab. Die Haltung Rußlands sei für Polen ohne Bedeutung.
Am Montag hatte Rußlands Verteidigungsminister Pawel Gratschow die NATO vor einer baldigen Aufnahme osteuropäischer Länder gewarnt und für den Fall der Erweiterung der Allianz nach Osten mit Gegenmaßnahmen gedroht. ...
Auch NATO-Generalsekretär Willy Claes hob hervor, daß Rußland keinerlei Recht habe, darüber zu befinden, ob und wie das westliche Bündnis erweitert werden solle. ...
Claes bekräftigte, daß nach einer Ost-Erweiterung des Bündnisses die Aufstellung von Truppen und eventuell von Atomwaffen einzig und allein Sache der Allianz sei. Damit reagierte auch er auf die jüngsten russischen Warnungen vor einer Ausweitung der NATO.
Claes hob hervor, daß Rußland keinesfalls isoliert werden dürfe. Polen und andere neue NATO-Mitglieder dürften nicht in die Rolle von Frontstaaten geraten. Die NATO müsse dem guten Beispiel der Europäischen Union folgen.<<

08.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. April 1995: >>**SPD rügt konservativen Appell**
... Ein von rechtskonservativen Politkern und Intellektuellen angeregter Aufruf zum 8. Mai hat zu einem neuen Streit über die Bewertung des Kriegsendes vor 50 Jahren geführt. In dem am Freitag veröffentlichten Aufruf "Gegen das Vergessen" wird gefordert, den 8. Mai nicht nur als Tag der Befreiung, sondern auch als Beginn der Vertreibungen und neuer Unterdrückung im Osten Deutschlands zu sehen.
Prominentester Unterzeichner des Aufrufs sind der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundesfraktion Alfred Dregger und Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger (CSU). Initiatoren und rechtsgerichtete FDP-Mitglieder wie der Journalist Rainer Zitelmann und der frühe-

re Generalbundesanwalt Alexander von Stahl. Als einziger SPD-Politiker hat der frühere Verteidigungs- und Finanzminister Hans Apel unterschrieben. ...
Einer der Initiatoren, der Berliner Journalist Heimo Schwilk, ... sagte: "Mit der Betonung des 8. Mai werde ... ein Begriff der Sowjets übernommen."<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. April 1995 über das Ende des Zweiten Weltkrieges: >>**Besiegt und befreit**
... Die Gefühle der Deutschen waren sicherlich unterschiedlich. Einige freuten sich über das Auftauchen der Amerikaner, weil das Schlachten und der Bombenterror aufhörten. Andere sorgten sich, wie das Leben in den zerstörten und geplünderten Städten weitergehen sollte. Etliche zitterten vor der Rache der Sieger. Nur die, die von der NS-Diktatur eingesperrt, verfolgt, gequält und bedroht worden waren, werden das Kriegsende als Befreiung empfunden haben. Für die anderen war es die bittere Stunde Null.
Befreit oder besiegt? 1945 erlebte das deutsche Volk eine verheerende Niederlage: Das Reichsgebiet besetzt und zerstückelt. Große Teile des Landes gingen verloren. Millionen Menschen waren umgekommen, in der Blüte des Lebens dahingerafft. Die Städte nur noch Trümmerhaufen. Das ganze Volk stand unter Kuratel (Vormundschaft) der Alliierten, unmündig und ohnmächtig.
So sahen es auch die Siegermächte. Sie betrachteten die Deutschen keineswegs als zu befreiendes, sondern als zu bestrafendes Volk. Daß die Sowjets später in der DDR den Tag der Befreiung feiern ließen, war eine von den vielen Geschichtslügen – denn die DDR-Deutschen blieben bis 1989 am Gängelband. Ebenso verfuhren die Westmächte in ihren Territorien. Sie setzten die Verwaltungen ein und sagten ihnen, was sie zu tun hätten. Sie führten eine "Entnazifizierung" durch und urteilten über die (deutschen) Kriegsverbrecher in Nürnberg. Das deutsche Volk sollte ein für allemal klein und schwach bleiben.
Daß später alles anders kam, hatte nichts mit Befreiung zu tun. Nach 1948 wurden die Deutschen als Basis im Ost-West-Konflikt zwischen den Siegermächten wieder gebraucht. ...<<

11.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Kritik am Aufruf zum 8. Mai wächst**
... Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, äußerte Verständnis dafür, daß die Befreiung "zwiespältig in Erinnerung bleibt".
Lehmann sagte, er sehe in dem Aufruf kein Anzeichen für das Anwachsen einer neuen Rechten. ... Für ihn sei es ein Tag der Befreiung gewesen. Es wäre aber seiner Ansicht nach ungerecht, wenn nicht an die vielen Millionen Vertriebenen gedacht würde.<<

13.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Der Streit um den 8. Mai ist typisch westdeutsch**
Kein Begriff beschreibe die aktuelle politische Debatte in Deutschland so gut wie das kleine Wort "umstritten", meint Arnold Vaatz. "Jedem unbequemen Menschen wird diese Eigenschaft angehängt wie ein großes Schild. Wer umstritten ist, wird abgestempelt und bekommt ein negatives Image", sagt der frühere Bürgerrechtler, der seit 1990 als Staatskanzleichef und später als Umweltminister in der sächsischen Landesregierung arbeitet. Für Vaatz ist deshalb auch klar: Die Unterzeichner des Aufrufs "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" hätten in erster Linie provozieren und aufrütteln wollen ...
... Bisher hätten die Deutschen zu lange so getan, als müßten angesichts des Kriegsendes die Vertreibung vieler Menschen und die Diktatur in Ostdeutschland verdrängt werden. Diesen wunden Punkt berührten die Unterzeichner nun, und darüber regen sich nach Vaatz' Meinung

deshalb so viele Leute auf, weil gerade die politische Debatte in Westdeutschland einen großen Fehler habe: "Wenn man im Westen über dieses Thema redet, muß man jeden Satz mindestens dreimal sagen, bevor er richtig verstanden wird. Im Osten meint der Politiker, würden solche Fragen nüchterner besprochen. ...<<

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. April 1995: >>**Russischer General warnt vor Weltkrieg**

Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen.

Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. Nach seiner Ansicht würde "selbstverständlich" die NATO diesen Krieg auslösen. "Das beginnt bereits damit, wenn sich ihre Streitkräfte unseren Grenzen nähern", sagte der in Rußland zu den populärsten Militärs zählende General. ...

Er verstehe die Länder nicht, die eine Mitgliedschaft in der Allianz anstrebten. Früher hätten sich der Warschauer Pakt und die NATO als zwei feindliche Blöcke gegenübergestanden. Der Westen habe den kalten Krieg gewonnen. "Gegen wen wollt ihr euch jetzt militärisch verbünden", fragte der General. ...<<

18.04.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. April 1995 über die antikommunistische polnische Bewertung des 50. Jahrestages des Kriegsendes: >>**Was für ein Sieg soll das gewesen sein?**

... Wir feiern das Ende des Krieges - des Krieges mit den Deutschen", betont Kazimierz Zaleski, Veteran der antikommunistischen bürgerlichen Heimatarmee: "Denn der Krieg mit den Sowjets ging ja noch ein paar Jahre weiter."

Als die Rote Armee in Polen einzog, verließen viele polnische Partisanen die Wälder und meldeten sich für den Frontdienst. Doch statt nach Berlin zu marschieren, wurden sie vom sowjetischen Geheimdienst entwaffnet, landeten in Gefängnissen oder wurden ermordet. Ihre Kameraden in den Wäldern entschlossen sich, weiterzukämpfen. ...

Monate nach der deutschen Kapitulation stürmten Einheiten der Heimatarmee das Gefängnis von Kielce und befreiten 700 politische Gefangene. Antikommunistische Partisanen überfielen Kommandanturen der polnischen Geheimpolizei, kommunistische und sowjetische Geheimdienstler entführten "feindliche Elemente, folterten sie, brachten sie um und verscharrten die Leichen in den Wäldern.

"Die Opfer der Nazis kennen wir, sagt Kazimierz Zaleski ... Die Opfer der Kommunisten kennen wir nur selten, obwohl es weit weniger waren. Die Kommunisten legten keine Massengräber an und hielten die Hinrichtungen streng geheim."

Befreiung? Sieg über den Faschismus? "Was für ein Sieg soll das gewesen sein?" Und bitter fügt Zaleski an: "Wir haben die Hälfte unseres Landes und unsere Freiheit an die Sowjets verloren. Deren Opfer haben bis heute noch nicht einmal Grabsteine." ...<<

19.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Streit über den 8. Mai geht nicht allein die Deutschen an**

... Um die Bewertung und Gewichtung der Stunde Null am 8. Mai 1945 wird hartnäckig gerungen: Ist es angemessen im selben Atemzug die Befreiung vom Nationalsozialismus und die Niederlage, den Beginn der Vertreibung und die sich anbahnende Teilung Deutschlands zu nennen? ...

Die in 20 Sprachen übersetzte Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag am 8. Mai 1945 fand in

der Welt weithin positiven Widerhall. ... In der Nachkriegszeit, sagte von Weizsäcker, sei von Tag zu Tag klarer geworden, "was es für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.
Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schwere Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht am Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai nicht vom 30. Januar 1933 trennen." ...
Kürzlich haben nun Konservative und Rechtsorientierte unter der provozierenden Überschrift eine Zeitungsanzeige veröffentlicht, in der es heißt: "Einseitig wird der 8. Mai als "Befreiung" charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch der Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes.
Ein Geschichtsbild, daß diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein, die wir Deutschen in der europäischen Völkerfamilie werden müssen, um vergleichbare Katastrophen künftig auszuschließen."
Diese Anzeige kann als Gegenposition zur Weizsäcker-Rede gelten. Sie wurde eingeleitet mit einer Aussage des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss: "Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."
Die Anzeige löste allerhand Wirbel aus. ...<<

27.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. April 1995: >>**Deutsche sind in ihren Urlaubsländern wenig beliebt**

... Deutsche sind in den von ihnen bevorzugten Urlaubsländern nur wenig beliebt. Wie eine am Mittwoch veröffentlichte Umfrage in 8 Ländern im Auftrag des Magazins "Stern" ergab, landete Deutschland in einer Sympathie-Hitliste der befragten Nationen zusammen mit England auf dem vorletzten Platz. Nur die Türken waren noch unbeliebter.
Lediglich in den USA, Österreich und Frankreich findet eine Mehrheit der Bevölkerung die Deutschen sympathisch. Dagegen sind Bundesbürger in Griechenland bei nicht einmal einem Viertel beliebt. Fast jeder zweite Grieche kann die Deutschen sogar nicht ausstehen. Auch in Spanien mag sie nur jeder Dritte.
Im Gegenzug sind die Spanier bei den Deutschen die Beliebtesten unter den acht Nationen, zu denen noch Italien, Österreich, Frankreich, England, Griechenland, Türkei und die USA zählen. In jedem Land befragte das Ipsos-Institut jeweils 1.000 Personen. Auch nur jeder dritte Italiener stufte die Deutschen als "sympathisch", während 58 Prozent der befragten Deutschen die Italiener als beliebt einstufte.
Nur in einem sind sich die anderen Nationen in ihrem Urteil einig über die Deutschen: Man hält sie für überdurchschnittlich tüchtig und umweltbewußt.<<

29.04.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. April 1995: >>**Polens Außenminister nennt die Vertreibungen Unrecht**

... Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski hat die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg bedauert und als Unrecht bezeichnet.
Bartoszewski sagte am Freitag in der Feierstunde von Bundestag und Bundesrat zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, Polen beklage die Leiden unschuldiger Deutscher, die ihre Heimat

verloren hätten. "Das Böse ist Böses und nichts Gutes, selbst wenn es ein geringeres und nicht zu vermeidendes Böses ist", zitierte Bartoszewski unter dem Beifall seiner Zuhörer den polnischen Essayisten Jan Jozef Lipski. ...
Bartoszewski rief die NATO und die Europäische Union auf, sich für die Reformstaaten Osteuropas zu öffnen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 29. April 1995 über die Vertreibung der Deutschen: >>... 50 Jahre hat es gedauert, bis sich das offizielle Polen bereitgefunden hat, die polnischen Gewalttaten bei der Vertreibung der Deutschen beim Namen zu nennen und das "Leid von unschuldigen Deutschen, die von Kriegsfolgen betroffen waren und ihre Heimat verloren haben", zu beklagen.
Der polnische Außenminister Bartoszewski hat mit seiner gestrigen versöhnlichen Rede im Deutschen Bundestag einen dicken Felsbrocken zur Seite geschoben, der auf dem Weg zur deutsch-polnischen Normalisierung lag. Es gibt noch genügend Vertriebene in Deutschland, die sich an die Rache der Polen für die Greuel des Krieges erinnern. ...
Die Polen sind vom Kriege, der deutschen Besetzung und der stalinistischen Ära besonders heimgesucht worden, bei ihnen sitzen die Verletzungen auch besonders tief. Es ist verständlich, wenn sie sich an den eigenen Beitrag zur Tragödie der Vertreibung nicht gern erinnern ließen. Die deutsche Seite hat sich bei dieser Frage auch sehr zurückgehalten. An die politischen Verfehlungen zu erinnern, paßte nicht zur Versöhnungspolitik.
Zur Normalität im politischen Alltag zurückzukehren heißt aber, offen über das Leid und die Verbrechen auf beiden Seiten zu reden. Das hat nichts mit Aufrechnung zu tun, es verfälscht nicht die Ursachen des Krieges, es ist aber ein Akt der geschichtlichen Wahrheit und Ausdruck einer souveränen Haltung. Mit seinen Worten hat Bartoszewski dazu beigetragen, daß sich Deutsche und Polen in dieser Frage in die Augen sehen können.<<

April 1995

BRD: Renate L. Wertz berichtet im April 1995 in dem "Forum für Kultur und Politik" (Heft 13) über das Schicksal der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Schleswig Holstein (x153/24-31): >>... Mit dem Zusammenbruch Deutschlands 1945 waren, einer Völkerwanderung gleich, innerhalb kurzer Zeit mehr als eine Million Flüchtlinge und Vertriebene ins Land geflutet.
Gemessen an der Einwohnerzahl des Jahres 1939, die rund 1,589 Millionen betragen hatte, war die Bevölkerung Schleswig-Holsteins infolgedessen bis 1946 um knapp 63 Prozent und bis zur Volkszählung 1950 um 63,3 Prozent auf nunmehr 2,595 Millionen angewachsen.
Wie man dieser Menschenmassen Herr werden sollte – wo sie unterzubringen, wie sie zu ernähren und mit den notwenigsten Mitteln des Bedarfs zu versorgen waren – blieb freilich der Phantasie und dem Organisationstalent der einheimischen Verwaltungsdienststellen in Kreisen und Gemeinden des Landes überlassen, da die britische Militärregierung die Bewältigung des Flüchtlingsproblems von Anfang an als rein deutsche Angelegenheit betrachtete, wenngleich sie natürlich als bestimmende Instanz durch Erlasse und Verfügungen den behördlichen Ordnungsrahmen hierfür setzte.
Anfangs, als nach dem Zusammenbruch weder Postbeförderung noch Telefon funktionierten, völlig ohne Vorankündigung, später dann meist einige Tage, manchmal aber auch nur 24 Stunden vorher angemeldet, trafen die Vertriebenentransporte in den schleswig-holsteinischen Kreisen ein. Oft kamen sie in Gemeinden an, die – ohne daß dies von den britischen Dienststellen hinreichend zur Kenntnis genommen wurde – mit Flüchtlingen und Evakuierten längst voll belegt waren, und binnen kurzem hatten die örtlichen Behördenvertreter irgendein, wenn auch noch so notdürftiges Quartier zu beschaffen.
Daß es dabei verständlicherweise Weise häufig, besonders während des Jahres 1946, als die Flüchtlingslawine immer noch kein Ende fand, zu Reibereien mit der ansässigen Bevölkerung

kam, wenn für die Einweisung der Neuankömmlinge wieder und wieder rigoros jeder nur irgendwie nutzbar erscheinende Raum beschlagnahmt wurde, ist aus vielen Kreisen des Landes bekannt, und des öfteren mußten die Vertriebenen unter dem Schutz von Maschinenpistolen in ihre neuen Unterkünfte Einzug halten.
Unruhe und Widerspruch, ja bisweilen offene Feindseligkeiten gegenüber den Flüchtlingen gab es unter den Einheimischen vor allem deshalb, weil die Beschaffung von Privatquartieren mit dem Wandel im Bereich des Wohnrechtes verbunden war und zum Teil erheblich in die Besitz- und Güterordnung eingriff.
Über das deswegen aufbegehrende bürgerliche Rechtsempfinden setzten sich die Vertreter der britischen Besatzungsmacht jedoch ohne weiteres durch Mittel des Verwaltungszwanges hinweg, indem Wohnräume nach Notwendigkeit requiriert, Zwangseinweisungen, Zwangsmietverträge sowie Maßnahmen des Wohnungstausches verfügt und freiwerdende Unterkünfte der Meldpflicht bei den Wohnungsämtern unterworfen wurden.
Aus zeitgenössischer Sicht des Jahres 1948 hieß es über diese Maßnahmen:
"Jedes Haus steht dem Zugriff offen. Man findet das fast schon selbstverständlich, muß sich aber doch einmal klarmachen, wie ungeheuerlich die Belegung der Häuser und Wohnungen mit fremden Familien ... ist."
Indessen mochten all diese Maßnahmen auch tatsächlich "ungeheuerlich" sein, irgendwo mußten die Flüchtlinge schließlich bleiben, und freiwillig waren sie ja nicht gekommen.
Es ist aus heutiger Sicht nur schwer möglich, sich einen Begriff von den oftmals abenteuerlichen Behausungen zu machen, in welche die Vertriebenen, der Not gehorchend, gesteckt werden mußten, und jeder war sich im Grunde darüber im klaren, daß die Quartiere eigentlich menschenunwürdig waren. Wer in ein Wohnhaus oder ein anderes festes, auch zu Wohnzwecken dienendes Gebäude einziehen konnte, mochte sich glücklich schätzen.
In vielen Gemeinden, in denen die einheimische Bevölkerung infolge der Überfüllung bald in der Minderheit war, konnten die Neuankömmlinge nur in Notquartiere eingewiesen werden. Diese wurden als Massenunterkünfte in Kasernen, ausgedienten Munitionslagern und ehemaligen Lagern des Reichsarbeitsdienstes, in Hallen, Schulräumen, dörflichen Tanzsälen, Kegelbahnen, Lagerhäusern und Fabriken eingerichtet, wo dann mehrere Familien in einem Raum zusammenleben mußten.
Aber auch Gebäudereste von ausgebombten Häusern, Wohnlauben, Strandhäuschen, Nissenhütten, Behelfsheime, Wohnbaracken, Bunker mit Notwohnungen, Wohnwagen, Wohnschiffe, Läden, Werkstätten, Schuppen und Scheunen, ja sogar Schweine- und andere Viehställe, Höhlen und Erdbunker wurden zur notdürftigen Unterbringung der Menschenmassen genutzt.
Dazu hieß es in einer 1947 mit Erlaubnis der britischen Militärregierung veröffentlichten Schrift:
"Sie wohnen dort nicht etwa, sie liegen auf Brettern in Mäntel und Decken gehüllt, sofern sie welche besitzen. Sie frieren und warten, daß der Winter vorübergehen würde, und warten auf den Tod, der sie von ihren Leiden erlöst. Das ist der Lebensstandard der Flüchtlinge, nicht aller, aber Hunderttausender, in Schleswig-Holstein."
Wie groß die Wohnungsnot in Schleswig-Holstein selbst zum Zeitpunkt der Flüchtlingssondererhebung 1950 noch war, läßt sich nicht zuletzt auch daran erkennen, daß von den in Notquartieren untergebrachten Menschen damals noch immer 14,5 Prozent in Massenunterkünften lebten. Hierbei nahmen die Städte Lübeck, Flensburg und Kiel mit einem Anteil von zusammen 44,5 Prozent landesweit die Spitze ein, wobei vor allem in Flensburg, bezogen auf die Relation Flüchtlinge in Massenquartieren bzw. Flüchtlinge in Notunterkünften, mit 38,4 Prozent eine besonders bedrückende Lage sichtbar wurde.
Aber auch in den Landkreisen Schleswig (28,2 Prozent), Eutin (24,9 Prozent), Herzogtum Lauenburg (19,2 Prozent) und Südtondern (18,6 Prozent) herrschten in dieser Hinsicht recht

ungünstige Verhältnisse, während sich die Vertriebenen in den Kreisen Süderdithmarschen (2,4 Prozent) und Husum (2,8 Prozent) diesbezüglich in einer sehr viel günstigeren Situation befanden.
Daß in Kiel eine beträchtliche Zahl von Flüchtlingen (4,2 Prozent) daneben auch in Gebäuderesten ausgebombter Häuser eine Bleibe gesucht hatte, war nach dem hohen Grad der Kriegszerstörungen in dieser Stadt kaum verwunderlich. In Neumünster dagegen, wo ebenfalls erhebliche Bombenschäden entstanden waren, wurden die Flüchtlinge vor allen Dingen in Nissenhütten untergebracht. Ihr Anteil an der so einquartierten Bevölkerung erreichte hier mit 39,4 Prozent den absoluten Spitzenwert im Lande, so daß die Nissenhütten in Neumünster geradezu als Symbol der Flüchtlingsgeschichte dieser Stadt gelten können.
In vielen Fällen waren die Notunterkünfte der Lager, ihrer ursprünglichen Nutzung entsprechend, am Rande der Gemeinden oder in abseitiger Verkehrslage angesiedelt, wodurch das Eigenleben der Vertriebenen gefördert wurde, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Pflege von Sitten und Gebräuchen, die die Menschen aus ihrer Heimat mitgebracht hatten und in denen sie sich in der Fremde wenigstens etwas heimisch fühlen konnten.
Natürlich brachte das Lagerleben mit seiner "Quasiöffentlichkeit" andererseits für die Betroffenen zahlreiche persönliche Einschränkungen mit sich, die manchmal für den einzelnen in psychischer Hinsicht geradezu bedrohlich wirken konnten.
Meist auf engstem Raum zusammengedrängt, wobei anfangs für einen Lagerbewohner 4 qm Platz vorhanden waren, hatten die Vertriebenen hier vor allem unter dem weitgehenden Verlust ihrer Privatsphäre zu leiden, die sie dennoch aber mit allen möglichen Mitteln zu behaupten suchten. Um sich wenigstens die Illusion eines ungestörten individuellen Raumes zu verschaffen, teilte man daher oftmals die Quartiere in den Massenunterkünften mit Decken oder Säcken ab, errichtete Trennwände aus Papier oder markierte mit Kreidestrichen oder einer Reihe aus Ziegelsteinen die Grenze zum Nachbarn.
Zu leiden hatten die Lagerbewohner – nicht selten stärker als die Flüchtlinge in ihrer Gesamtheit ohnehin – allerdings auch durch die anfangs unverhohlen zum Ausdruck gebrachte Ablehnung seitens der ansässigen Bevölkerung, die sich häufig als Reaktion auf das Empfinden der gestörten sozialen Ordnung Luft machte.
Ein extremes Beispiel dafür dokumentierte ein Brief des Landrates von Südtondern aus dem Herbst 1945, durch den die Bürgermeister und Amtsvorsteher des Kreises angewiesen wurden, zukünftige Äußerungen der Einheimischen, wie zum Beispiel "Die Flüchtlinge müssen alle vor das Dorf getrieben werden und dort müßte man sie verhungern lassen" oder "Die Flüchtlinge müssen Gras fressen", nachhaltig zu bestrafen.
Leider ist die Reaktion der örtlichen Behördenvertreter auf diese Anweisung nicht überliefert. Ohne Zweifel läßt sich indessen feststellen, daß es eine gute Weile brauchte, bis die Spannungen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen überwunden waren und man sich aneinander gewöhnt hatte. Daß es damals andererseits aber auch manches Gegenbeispiel tätiger Hilfe und freundlicher Verbundenheit zwischen Schleswig-Holsteinern und Vertriebenen gegeben hat, geht aus zahlreichen Erinnerungsberichten von Zeitzeugen hervor.
Natürlich betraf das Problem der ungeheuren Wohnungsnot in Schleswig-Holstein nicht nur die Vertriebenen, sondern auch die einheimische Bevölkerung mußte zu großen Teilen, vor allem in den kriegszerstörten Städten, unter menschenunwürdigen Bedingungen leben, die nach dem Urteil international anerkannter Sachverständiger einen sozialen und kulturellen Notstand ersten Ranges begründeten.
Diesem Notstand abzuhelfen, der nach zeitgenössischer Ansicht neben den Gefahren einer gesundheitlichen und moralischen Schädigung der Betroffenen möglicherweise auch eine politische Radikalisierung der Gesellschaft zur Folge haben konnte, gab es nach Meinung vieler freilich nur zwei Mittel, nämlich Wohnungsbau und Umsiedlung.

Aber nicht nur angesichts dieses Problems wurden Umsiedlungsmaßnahmen großen Stils für unbedingt erforderlich gehalten. Vielmehr sah man in ihnen auch wegen der seit 1948 beträchtlich angewachsenen Arbeitslosigkeit, ... die einzige Möglichkeit, um der drohenden wirtschaftlichen und sozialen Deklassierung der Flüchtlinge wirksam zu begegnen. ...
Mit der sozialen Umschichtung und der häufig veranlaßten Notwendigkeit des Berufswechsels vollzog sich schließlich aber auch ein deutlicher Wandel in der Berufsauffassung der Flüchtlinge, wobei nun die Überzeugung, Beruf sei "Berufung", sehr oft zugunsten eines "Jobdenkens" aufgegeben wurde.
Insofern hatte nach der Flucht und Ausweisung eine grundlegende Umstellung der Vertriebenen staatgefunden, die im Bereich der Berufsarbeit vielleicht sogar als Mentalitätsveränderung betrachtet werden kann, die allemal aber zur Auflockerung tradierter Verhaltensweisen führte und die soziale Mobilität erhöhte. Zugleich waren die Flüchtlinge – als qualifiziertes Arbeitskräftepotential, das beim späteren ökonomischen Wiederaufbau Westdeutschlands ohne Ausbildungskosten sofort zur Verfügung stand, ein bedeutsamer Faktor – in der überwiegenden Mehrheit von einem unermüdlichen Wiederaufstiegsstreben geprägt.
Dieser positive Wirtschaftsgeist kann deshalb wohl als wesentliche Voraussetzung für ihre eigene berufliche Wiedereingliederung und darüber hinaus ohne Zweifel auch als positive Kraft im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Wiederaufbau des Landes Schleswig-Holstein angesehen werden.<<

04.05.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Mai 1995: >>**SPD: 8. Mai ist Tag der Befreiung**
Für die Sozialdemokraten war das Kriegsende am 8. Mai 1945 ein "Tag der Befreiung von Diktatur und Gewaltherrschaft". Das hebt der Parteivorstand in seiner am Mittwoch veröffentlichten Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes hervor. ...<<

06.05.1995

BRD: Der deutsche Filmproduzent Arthur Brauner schaltet am 6. Mai 1995 in mehreren deutschen Tageszeitungen Anzeigen, um an sein persönliches Schicksal als jüdischer Verfolgter zu erinnern und um die Vertreibung der Deutschen zu rechtfertigen.
In diesen Anzeigen wird die Vertreibung der Deutschen als legitime Maßnahme bezeichnet (x268/103): >>... (Die Vertreibung der Deutschen war demnach) eine kausale Folge, die bei jedem humanen und politisch integer denkenden Menschen auf Verständnis stößt.<<

07.05.1995

Schweiz: Bundespräsident Kaspar Villiger hält am 7. Mai 1995 anläßlich des 50. Jahrestages des Waffenstillstands eine Rede im Berner Bundeshaus (x136/289-291): >>Unser Land blieb vom Zweiten Weltkrieg verschont. Das ist Grund zur Dankbarkeit.
Andere Länder haben Europa befreit, haben die europäische Kultur gerettet, haben auch uns eine Zukunft in Freiheit ermöglicht. Das ist Grund zur Bescheidenheit.
Unser Land hat in höchst bedrohter Lage zur Erhaltung seiner Unabhängigkeit, seiner Werte und seiner Unversehrtheit das Menschenmögliche geleistet. Das ist Grund zum Respekt vor der Leistung jener Generation.
Auch unser Volk mußte Opfer bringen, aber ungleich weniger als jene Völker, welche in den Krieg verwickelt wurden. Das ist der Grund zur Zurückhaltung.
Und auch die Schweiz hat nicht durchweg so gehandelt, wie es ihren Idealen entsprochen hätte. Das ist Grund zur Nachdenklichkeit.
Dankbarkeit, Bescheidenheit, Respekt, Zurückhaltung, Nachdenklichkeit: Diese Werte sollen die heutige Gedenkfeier prägen. ...
Es geht um jene vielen Juden, auf die durch die Zurückweisung an der Schweizer Grenze der sichere Tod wartete. War das Boot wirklich voll? Hätte der Schweiz der Untergang gedroht,

wenn sie sich deutlich stärker für Verfolgte geöffnet hätte, als sie dies getan hat? Haben auch bei dieser Frage antisemitische Gefühle in unserem Land mitgespielt? Haben wir den Verfolgten und Entrechteten gegenüber immer das Menschenmögliche getan?
Es steht für mich außer Zweifel, daß wir gerade mit dieser Politik gegenüber den verfolgten Juden diese Schuld auf uns geladen haben. Die Angst vor Deutschland, die Furcht vor Überfremdung durch Massenimmigration und die Sorge um politischen Auftrieb für einen auch hierzulande existierenden Antisemitismus wogen manchmal stärker als unsere Asyltradition, als unsere humanitären Ideale. Schwierige Zielkonflikte wurden auch überängstlich zu Lasten der Humanität gelöst.
Mit der Einführung des sogenannten Judenstempels kam Deutschland einem Anliegen der Schweiz entgegen. Dieser Stempel wurde im Oktober 1938 von der Schweiz gebilligt. Wir haben damals im allzu eng verstandenen Landesinteresse eine falsche Wahl getroffen. Der Bundesrat bedauert das zutiefst. Er entschuldigt sich dafür im Wissen darum, daß ein solches Versagen letztlich unentschuldbar ist. ...
Alle, die damals Verantwortung für unser Land trugen, richteten ihr Handeln nur – und nur – nach dem Wohl des Landes aus, wie sie es empfanden und sahen. Sie heute an den Pranger zu stellen wäre ungerecht, wäre wohl auch selbstgerecht. Wir wollen uns deshalb nicht zum Richter aufschwingen. ...<<
Jean Ziegler (schweizerischer Prof. für Soziologe) schreibt später in seinem Buch "Die Schweiz, das Gold und die Toten" über diese Rede des Bundespräsidenten Villiger (x136/291-295): >>... Die Generaldirektion der Schweizerischen Nationalbank hehlerte Hitlers Raubgold und tauschte es in weltmarkttaugliche Devisen um. Hitler war für seine kriegswichtigen Rohstoffe vom Weltmarkt abhängig. Die Schweizer finanzierten seine Eroberungskriege, sie beförderten das Überleben des Reichs. Ohne sie wäre der Zweite Weltkrieg früher zu Ende gegangen, und Hunderttausende von Menschen wären am Leben geblieben.
Das Gold aus Eheringen, Zahnkronen, die Hartmetalle aus Prothesen, Brillengestellen, die Schmuckstücke, welche die Einsatzkommandos im Osten ihren Opfern abnahmen und welche die Gestapo- und SS-Schergen in den Ghettos und Vernichtungslagern stahlen, kamen nur selten in die entsprechenden Depots der Reichsbank oder auf die Konten der von Göring eingerichteten Treuhandstelle Ost. Meist wurde dieses Diebesgut direkt in Zürich, Basel, Bern, Lugano oder Genf angeboten und von lokalen Vermögensverwaltern, Geschäftsanwälten, Treuhändern, Privatbankiers aufgekauft.
Als 1944 die Götterdämmerung des Reichs heraufzog, halfen die Schweizer Großbanken den Nazis, viele ihrer Raubschätze jenseits des Atlantiks in Sicherheit zu bringen.
Bis 1945 lieferte die Waffenschmiede Bührle-Oerlikon hochpräzise Schnellfeuerkanonen, Zündvorrichtungen, Waffen aller Art an das Verbrechersyndikat in Berlin.
Das Raubgold kam per Eisenbahn oder Lastwagen bei Basel über die Grenze. Die vor den Nazis geflüchteten, meist jüdischen Frauen. Kinder und Männer wurden von der Schweizer Polizei bei Pruntrut zurückgeschickt ... ab 1940 häufig direkt in die Hände der wartenden SS-Mörder. Die Regierung der Eidgenossenschaft riegelte 1942 die Grenze ab, obschon sie zu diesem Zeitpunkt genaue Kenntnis von den Vernichtungslagern, den Mordkommandos und dem Ghettoterror im Osten sowie von der massiven Deportation der Westjuden nach Polen besaß.
Armee und Grenzwacht wurden zu Komplizen der Judenverfolgung gemacht. Der Bundesrat schützte den Schreibtischtäter Heinrich Rothmund.
Kaspar Villiger behauptet: Sie alle haben zum Wohl der Schweiz gehandelt. Richten dürfe man keinen unter ihnen. Hätte Villiger recht, wäre das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal illegal. In Nürnberg wurden 1945/46 die Hauptkriegsverbrecher verurteilt. Die schweizerischen (und viele anderen) Komplizen wurden nur am Rande erwähnt, Mittäterschaft aber

bleibt strafbar.
Im Talmud von Babylon steht: "Die Zukunft hat eine lange Vergangenheit."
Dagegen können auch Villigers ungelenke Dementis nichts ausrichten. Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nie.
Eine Frage stellt sich: Hätten die schweizerische Finanzoligarchie und ihre sichtbare Regierung in Bern die Allianz mit den westlichen Demokratien gewählt, hätten sie – wie das die Alliierten dringlich verlangten – Hitlers Raubgold (und nicht die jüdischen Flüchtlinge) zurückgewiesen, hätten sie auf die massiven Devisenlieferungen, die Finanzhilfe (Kompensationskredite), die Industrie- und Waffenexporte an das Dritte Reich verzichtet, was wäre geschehen?
Mit großer Wahrscheinlichkeit hätte die Schweiz das Schicksal Österreichs oder der Tschechoslowakei erlitten. ...
Muß ich da dem anpasserischen Bundesrat, den tüchtigen Hehlern und Waffenschiebern nicht dankbar sein? Auf diese Frage wage ich keine Antwort. ...
Die Mächtigen im Land ... haben nichts gelernt, sich nicht entschuldigt und sind nicht abgetreten. Im Gegenteil: Aus ihrem Versagen während der Kriegszeit haben sie eine Monumentallüge konstruiert. Diese Lüge versperrt den Horizont der schweizerischen Geschichte bis heute.
Vom Gipfel des Alpenmassivs aus ... kommentiert die helvetische Herrschaftsklasse seit 1945 das Geschehen der Welt. Arrogant, überheblich, selbstgerecht und zu moralischem Ratschlag an die anderen stets bereit. Sonderfall Schweiz.
Das erwählte Volk der Reinen.
... Der Kalte Krieg rettete die helvetische Herrschaftsklasse vor ihrer Nemesis (strafenden Gerechtigkeit). ... Keiner verlangte mehr Rechenschaft von den Hitlerkomplizen. Zürich, Basel, Genf waren jetzt lebenswichtige internationale Finanzplätze für den Westen. Regierungen, Staats- und Privatbanken aus der ganzen freien Welt lancierten hier ihre Anleihen. Und aus allen Kontinenten strömte das Fluchtkapital in die helvetischen Bankenbunker.
Keine Abrechnung also. Und auch keine Einsicht.
"Vivir es recordar" (leben heißt, sich erinnern) schreibt Josè Marti. In Frankreich wurde 1945 Pierre Laval erschossen und Marschall Pètain zum Tode, später zu lebenslanger Haft verurteilt.
Überall in Europa – gerade und vor allem in Deutschland – wurde und wird die Haltung der lokalen Herrschaftsträger gegenüber Hitler und seinen Mordkumpanen seit über 50 Jahren intensiv diskutiert. Überall sind die Komplizen des Dritten Reichs an den Pranger gestellt, oft auch bestraft worden. Überall. Nur nicht in der Schweiz. Eine Entnazifizierung hat es in der Schweiz nie gegeben. Oder nur äußerst "selektiv", wie Jakob Tanner ausdrückt.
Jean-Francois Bergier, Präsident der vom Bundesrat bestellten Historikerkommission, weiß warum: "Man hatte Angst vor einer schonungslosen Aufarbeitung der Geschichte. Die Schweiz hat bisher ihre Vergangenheit idealisiert und unpassende Seiten der Geschichte verdrängt. ... Die Historiker hatten oft Mühe, an vollständige Informationen heranzukommen."
Resultat: ein vor Fäulnis stinkendes Kollektivgedächtnis.
... Der Zweite Weltkrieg bedeutet nicht bloß einer von vielen Kriegen in der über zweitausendjährigen Geschichte unseres Kontinents. Er ist ein Verbrechen, welches das Gewissen der Welt für immer heimsuchen wird. Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Weltgroßmacht der Schweizer Banken begründet.
... Trotz der Strafrechtreform von 1990 ist der Finanzplatz Schweiz heute immer noch eine der effizientesten internationalen Waschanlagen für die Drogenmilliarden und für die Profite des internationalen organisierten Verbrechens. Zu nennen wäre auch die Steuerflucht aus den europäischen Ländern. ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in sei-

nem Buch "Die Holocaust-Industrie" über den fünfzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges (x169/93-94): >>... In den letzten Jahren ist die Holocaust-Industrie geradezu zu einem erpresserischen Geschäft geworden. Unter dem Vorwand, die Juden in aller Welt, ob lebendig oder tot, zu vertreten, erhebt sie in ganz Europa Anspruch auf jüdische Besitztümer aus der Zeit des Holocaust. Dieses doppelte Abkassieren sowohl bei europäischen Ländern als auch bei Juden mit legitimen Ansprüchen, das man passend als "letztes Kapitel des Holocaust" tituliert hat, zielte zunächst auf die Schweiz. ...
Beim Gedenken an den fünfzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs bat der schweizerische Präsident im Mai 1995 formell dafür um Entschuldigung, daß man den Juden während der Massenvernichtung durch die Nazis keine Zuflucht gewährt hatte.
Etwa zur gleichen Zeit kamen auch wieder Diskussionen über die seit langem schwelende Frage nach den jüdischen Vermögenswerten auf, die vor und während des Krieges auf schweizerischen Konten deponiert worden waren.
In einer weitverbreiteten Story zitierte ein israelischer Journalist ein Dokument - es wurde, wie sich herausstellte, falsch interpretiert -, welches bewies, daß in Schweizer Banken noch immer jüdische Konten aus der Zeit des Holocaust im Wert von mehreren Milliarden Dollar existierten.
Der Jüdische Weltkongreß - eine Organisation, die sich bis zu der Kampagne, die Kurt Waldheim als Kriegsverbrecher bloßstellte, im Niedergang befand - stürzte sich auf diese neue Gelegenheit. Schon früh war klar, daß die Schweiz eine leichte Beute sein würde.
Wenige würden mit den reichen Bankiers der Schweiz sympathisieren, denen die "bedürftigen Überlebenden des Holocaust" gegenüber standen. Was jedoch wichtiger war: Die Schweizer Banken waren überaus anfällig für wirtschaftliche Pressionen seitens der USA. ...<<

08.05.1995

BRD: Der britische Premierminister John Major erklärt am 8. Mai 1995 in Berlin (x283/232): >>... Vor 50 Jahren erlebte Europa das Ende des Dreißigjährigen Krieges von 1914 bis 1945.<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über Majors Rede (x283/232): >>... So kann man das sehen, denn der 1914 ausgebrochene Konflikt wurde in den Jahren 1919 bis 1939 nur ausgesetzt, er schwelte unter der Decke weiter. Die 1945 zu beklagenden Verheerungen waren kaum geringer als 1648, aber größer war nach dem Ende des Mordens der Einfluß auswärtiger Mächte auf die innerdeutschen Angelegenheiten. Eine Neuordnung stand an.
Auf mehreren Konferenzen – Casablanca und Teheran 1943, Jalta und Potsdam 1945 – entwickelten die siegesbewußten Alliierten Konzepte für die Nachkriegszeit. Am gravierendsten war die von Stalin mit Churchill und Roosevelt vereinbarte Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße und die Fixierung dieser neuen Grenze gegen Polen. 14 Millionen Deutsche aus Schlesien, Pommern, Danzig und Ostpreußen verloren ihre Heimat im Land ihrer Vorfahren. Das deutsche Staatsgebiet schrumpfte um ein Viertel gegenüber 1937.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Mai 1995 über den 50. Jahrestag des Kriegsendes: >>Für eine unbefangene Diskussion über das deutsche Nationalgefühl hat sich Ministerpräsident Gerhard Schröder ausgesprochen. ...
Schröder forderte in seiner Rede nachdrücklich zur Verteidigung eines Geschichtsbildes auf, das Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor 10 Jahren geprägt habe. Der 8. Mai 1945 sei ein Tag der Befreiung gewesen. Diese Botschaft müsse jetzt jenen entgegengehalten werden, die aggressives nationales Pathos hören wollten. ...<<

Bundespräsident Roman Herzog erklärt am 8. Mai 1995 in Berlin (x268/78): >>... Millionen – vor allem Juden, Roma und Sinti, Polen und Russen, Tschechen und Slowaken – waren der

größten Vernichtungsaktion zum Opfer gefallen, die menschliche Hirne je ersonnen hatten.<<

15.05.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Mai 1995 über eine Konferenz in der Lüneburger Ost-Akademie: >>**Höchste Zeit: Polen und Deutsche sprechen über Vertreibung**

... Der polnische Völkerkundler und Journalist Artur Hajnicz spricht von den Problemen, die Deutsche und Polen miteinander haben, wenn sie über Flucht und Vertreibung miteinander reden sollen:

"Jetzt, nach dem Fall des Sowjetimperiums, ist bei uns ein Tabu gebrochen. Wir können darüber reden, und Polen und Deutsche können sich der Geschichte stellen - es ist höchste Zeit, damit anzufangen." ...<<

23.05.1995

Niederlande: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23 Mai 1995: >>**Kohl nennt Angriff auf Rotterdam "barbarisch"**

... In einer Rede vor Professoren und Studenten der Rotterdamer Erasmus-Universität bezeichnet der Kanzler den verheerenden Luftangriff auf Rotterdam als "barbarisch".

Ausführlich erinnerte er an die 800 Todesopfer des Angriffs vom 15. Mai 1940: "Das Herz der Stadt wurde vernichtet. Dieser Angriff war verbrecherisch, die Besetzung der Niederlande war es, der gesamte von Hitler entfesselte Krieg war es." Um eine Wiederholung auszuschließen, dürfe es kein Verdrängen und Vergessen geben.

... An die niederländischen Jugendlichen – unter denen nach einer Umfrage Vorurteile gegen Deutsche weit verbreitet sind – appellierte Kohl: "Kommt zu uns, lernt Deutschland kennen, macht Euch selbst ein Bild von Eurem Nachbarn".

Für die Zukunft könne der Frieden in Europa nur gesichert werden, wenn die europäische Einigung zügig vorangebracht werde. ...<<

29.05.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. Mai 1995: >>**Polen will kein Sühneopfer**

... Die ersten Reaktionen waren forsch, entschieden und schossen am Ziel weit vorbei: "Eine Reprivatisierung nach ethnischen Kriterien wird es nicht geben", erklärte Polens sozialdemokratischer Privatisierungsminister Wieslaw Kaczmarek kurz angebunden. "Wir können den Juden nicht das wiedergutmachen, was ihnen die Nazis angetan haben", kommentierte ein Beamter des Ministerratsamtes. Und in der rechtsgerichteten katholischen Presse erwachten latente antisemitische Vorurteile: Die Juden, suggerierte die Primas Glemp unterstehende katholische Tageszeitung "Slowo", wollen sich Vorteile auf Kosten der Polen verschaffen.

Was war geschehen?

Anfang Mai hatten sich mehrere hohe amerikanische Politiker, Republikaner wie auch Demokraten, an 13 postkommunistische Länder Osteuropas mit der Forderung gewandt, endlich jüdisches Eigentum zurückzugeben oder zu entschädigen, das von den deutschen Besatzern oder den Kommunisten nach 1945 enteignet worden war. Der Brief war nicht besonders diplomatisch abgefaßt und noch dazu ein parteiübergreifender, vom State Departement nicht gedeckter Alleingang, der fast überall in Osteuropa zur Kenntnis genommen wurde, Verwunderung auslöste. Sollte eine befriedigende Regelung ausbleiben, so die Abgeordneten und Senatoren, könne dies die Beziehungen zu den USA belasten.

Interpretiert wurde das an der Weichsel so: Entschädigung für Juden oder keine NATO-Mitgliedschaft. Auf das heikle polnisch-jüdische Verhältnis wirkte der Brief wie der Marsch eines Elefanten durch ein Porzellanmuseum.

Bisher hat Polen keinerlei Reprivatisierungsansprüche privater Personen erfüllt. Rückgaben nationalisierten Eigentums gab es bisher nur für Kirchen, in erster Linie für die katholische

Kirche. Auf dieser Basis sollen nun auch die sieben jüdischen Gemeinden und die wenigen jüdischen Vereine und Einrichtungen, die es in Polen noch gibt, enteignete Gebäude zurückerhalten. Vor dem Krieg gab es in Polen 1.400 jüdische Gemeinden, an ihre Vergangenheit erinnern noch 1.020 jüdische Friedhöfe, 200 Synagogen und einige Pflegehäuser. Die Rückgabe zumindest eines Teils dieser Objekte ist auch in der polnischen Öffentlichkeit fast unumstritten.
Gleichzeitig arbeitet das Parlament seit Jahren daran, auch polnische Staatsbürger zu entschädigen, die nach dem Krieg enteignet wurden. Einigkeit herrscht dabei darüber, daß nur solche Eigentümer berücksichtigt werden sollen, die bis heute polnische Staatsbürger sind. Die Entschädigung vertriebener Deutscher ist damit ausgeschlossen. Die Entschädigung polnischer Juden, die während des Krieges flohen, nach dem Krieg nach Palästina auswanderten oder 1968 infolge der antisemitischen Hetze der polnischen KP auswanderten und ihren polnischen Paß nicht behielten, ist allerdings ausgeschlossen.
Das gleiche gilt für polnische Juden, die vor dem Weltkrieg in Preußen und Schlesien oder während des Krieges in Polen von den deutschen Behörden enteignet wurden. Ihr Vermögen wurde entweder von Polen übernommen, oder von Deutschen, die nach dem Krieg flohen oder vertrieben wurden. Deren Vermögen wurde schon 1946 als "ehemals deutsches Vermögen" enteignet. 1950 übernahm der Staat alle "verlassenen Güter", was neben den ehemals jüdischen und deutschen auch die Höfe der ostpolnischen Ukrainer traf, die 1946 aus Ostpolen in die ehemals deutschen Ostgebiete vertrieben worden waren.
Dieser Mechanismus ist dafür verantwortlich, daß selbst Deutsche, die noch vor 1946 die polnische Staatsbürgerschaft erhielten und bis heute in Polen leben, ihr Eigentum nicht zurückerhalten können. Helmut Pazdzior, Abgeordneter der deutschen Minderheit erklärt: "Das heißt, das polnische Bürger polnischer Herkunft im Rahmen der Reprivatisierung entschädigt werden, polnische Bürger deutscher und ukrainischer Herkunft dagegen nicht, denn sie wurden aufgrund anderer Gesetze und Dekrete enteignet."
Juden, die unter nationalsozialistischer Besatzung enteignet wurden, haben deshalb keine Aussicht auf Entschädigung, denn ihr Eigentum wurde anschließend als vermeintlich deutscher Besitz nationalisiert. Und aufgrund der verwickelten Eigentumsverhältnisse bleiben auch Juden benachteiligt, die erst von Polens Kommunisten enteignet worden sind.<<

03.06.1995

BRD: Der deutsche Völkerrechtler und Jurist Otto Kimminich (1932-1997) berichtet am 3. Juni 1995 während einer Tagung der Sudetendeutschen über das Unrecht der Vertreibung der Deutschen in völkerrechtlicher Bedeutung (x150/36-45): >>... Die welthistorische Bedeutung dieses Gesamtvorgangs wird erst jetzt auch von Nichtbetroffenen erkannt. Eine neue interdisziplinäre Wissenschaft, die sogenannte Migrationsforschung, die sich im Hinblick auf die im 21. Jahrhundert zu erwartenden weiträumigen und umfangreichen Wanderungsbewegungen zu entfalten beginnt, untersucht die Wanderungsbewegungen früherer Zeiten, und dabei stellt sich heraus, daß 1945/46 im Herzen Europas die gewaltigste Bevölkerungsverschiebung der Weltgeschichte stattgefunden hat.
In den Gebieten, die in der trockenen Gesetzessprache als Vertreibungsgebiete bezeichnet werden, lebten 17 Millionen Deutsche. 12 Millionen von ihnen gelangten in den Westen, 2 ¼ Millionen fanden den Tod, die übrigen erlebten unterschiedliche Schicksale, die durch die Begriffe Deportation, Assimilierung, Denationalisierung, Untertauchen, Familienzusammenführung, Spätaussiedlung gekennzeichnet werden.
Erst seit wenigen Jahren tauchen winzige Reste dieser dritten Personenkategorie als nationale Minderheiten in den Ländern östlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs wieder auf, wenn auch in der Regel nicht mehr in ihrer ehemaligen Heimat. Ihre Existenz ändert nichts an der Aussage, daß noch nie in der Weltgeschichte ein so großer Kulturraum mit so vielen Men-

schen innerhalb so kurzer Zeit so gründlich verändert worden ist, wie das 1945/46 in jenem Teil Europas geschah.
Weder die Literatur, noch die Kunst, noch die Geschichtsschreibung – von der Politik ganz zu schweigen – sind der Größe dieser welthistorischen Veränderung bisher gerecht geworden. Das ist um so verwunderlicher, als die Erfahrung zeigt, daß selbst Menschen aus fernen Erdteilen, die zum ersten Mal von jenen Ereignissen hören, zutiefst erschüttert sind und davon nicht mehr loskommen. ...
Trotzdem ist die juristische Beschäftigung mit dem Problem der Vertreibung notwendig, und zwar nicht wegen der rückschauenden Beurteilung, sondern wegen der Bedeutung, die diese Beurteilung für die Gestaltung der Zukunft besitzt. Niemand bestreitet, daß eine dauerhafte Friedensordnung nur auf der Grundlage des Rechts errichtet werden kann. Diese Grundlage ist nicht durch einen Federstrich zu schaffen. Die Vorstellung, an einer beliebig gewählten Stelle im Ablauf der historischen Ereignisse einen "Schlußstrich" ziehen zu können, ist eine gefährliche Illusion.
Wenn man nun den Maßstab des Völkerrechts an die Vertreibung von 1945/46 anlegt, so ist zunächst an eine Tatsache zu erinnern, die dem Laien sehr hart erscheinen mag: das Völkerrecht ist kein Recht der Völker, sondern ein Recht der Staaten. ...
Der rechtsdogmatische Zusammenhang zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Vertreibungsverbot ist erst in jüngster Zeit erkannt worden. Das ist nicht verwunderlich; denn das Selbstbestimmungsrecht wurde erst am Ende des Ersten Weltkriegs auf die Ebene des Völkerrechts gehoben, und in der umfangreichen völkerrechtswissenschaftlichen Literatur jener Zeit wurde das Vertreibungsproblem überhaupt nicht erörtert.
An Vertreibungen dachte man damals noch nicht. Wohl gab es schon damals panslawistische Vorstellungen, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichten und auch die Vertreibung von Deutschen beinhalteten. Aber derartige Gedanken waren weit entfernt von der internationalen Politik und wurden von der Völkerrechtswissenschaft nicht beachtet.
Erst die Vorgänge nach dem Zweiten Weltkrieg brachten den Zusammenhang zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Frage des völkerrechtlichen Vertreibungsverbots ans Licht. Doch gerade in dieser historischen Situation wurde die völkerrechtswissenschaftliche Diskussion durch die weltpolitischen Umstände behindert. Den Vertreiberstaaten war es gelungen, die westlichen Siegermächte vor vollendete Tatsachen zu stellen, deren Einzelheiten der Weltöffentlichkeit - und den Völkerrechtlern – kaum bekannt waren.
Die Augenzeugen aber wurden nicht gehört. Deutschland war in den ersten Jahren der Besatzungszeit weitgehende von der Welt abgeschlossen und durch die Theorie der Kollektivschuld stigmatisiert. So fanden auch die Publikationen deutscher Völkerrechtler zu diesem Thema kaum ein Echo.
Hinzu kam, daß in der Nachkriegszeit die Individualrechte im Vordergrund des rechtwissenschaftliches Interesses standen, während die Kollektivrechte, insbesondere die Minderheitenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, vernachlässigt wurden.
Erst nachdem im Zuge der Entkolonisierungsbewegung der 60er Jahre das Selbstbestimmungsrecht in den Mittelpunkt weltweiten Interesses gelangt war, nahm auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema zu.
Gleichzeitig wurden nun auch die Zusammenhänge zwischen dem Selbstbestimmungsrecht und dem Recht auf Heimat untersucht. ...
Die Massenausweisungen wurden nur unter dem Aspekt des völkerrechtlichen Fremdenrechts untersucht; denn Massenausweisungen eigener Staatsbürger hatte es in der gesamten Geschichte des Völkerrechts bis dahin nicht gegeben. Massenausweisungen von Fremden waren dagegen im 18. und 19. Jahrhundert tatsächlich vorgekommen, und zwar jeweils beim Ausbruch eines Krieges zwischen dem Gastland und dem Herkunftsland der Fremden. Mit diesem

Problem beschäftigte sich die Völkerrechtswissenschaft sofort und verurteilte die Massenausweisung einmütig. ...
... Die europäische Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950 hatte in ihrem ursprünglichen Test das Ausweisungsproblem ... nicht berücksichtigt. Erst das vierte Zusatzprotokoll vom 16. September 1963 regelte diese Materie.
Sein Artikel 3 lautet: "Niemand darf aus dem Hoheitsgebiet des Staates, dessen Staatsangehöriger er ist, durch eine Einzel- oder eine Kollektivmaßnahme ausgewiesen werden. Niemand darf das Recht entzogen werden, in das Hoheitsgebiet des Staates einzureisen, dessen Staatsanghöriger er ist."
Artikel 4 fügt hinzu: "Kollektivausweisungen von Ausländern sind nicht zulässig." Auch damit ist nur der längst bestehende Rechtszustand bestätigt worden.
Die Vertreiberstaaten – und diejenigen, die deren Politik zu rechtfertigen suchen, worunter sich allerdings keine Völkerrechtler befinden - haben immer wieder auf die Umsiedlungsverträge hingewiesen, um ihre Maßnahmen völkerrechtlich zu rechtfertigen.
Viele Völkerrechtler – und zwar nicht nur deutsche – haben dieses Argument gründlich widerlegt. Besonders eindrucksvoll ist die Diskussion, die schon im Jahre 1952 auf der Jahrestagung des Weltverbands der Völkerrechtler über diese Problematik geführt worden ist. Die Vereinigung hatte ausdrücklich die Frage gestellt, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen Umsiedlungsverträge völkerrechtlich zulässig sein könnten.
Berichterstatter für dieses Thema war der spätere Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der Italiener Balladore Pallieri. Er faßte die Antworten der Völkerrechtler aller Welt – Deutsche waren nicht darunter – zusammen und führte dabei wörtlich aus, "daß das moderne Völkerrecht jede Zwangsumsiedlung oder zwangsweise Bevölkerungsverschiebung verbietet, und zwar auch dann, wenn sie äußerlich vom Willen der Einzelpersonen abhängt, in Wirklichkeit aber auf indirekten Zwangsmaßnahmen beruht, oder wenn der Wille des einzelnen sich nicht frei äußern kann, weil der einzelne seine Entscheidung nicht zurücknehmen kann oder gezwungen ist, sich einer Mehrheitsentscheidung zu beugen."
Von den zahlreichen schriftlichen Antworten, in denen diese Auffassung zum Teil sehr ausführlich begründet wurde, sei nur diejenige des Franzosen Georges Scelle zitiert: "Es erscheint schwierig, juristische Regeln zu formulieren, die auf politische Maßnahmen anwendbar sind, die ihrer Natur nach gegen elementare und grundlegende Prinzipien des Völkerrechts verstoßen. ... Jeder Bevölkerungstransfer stellt eine Verletzung der modernen internationalen Ethik dar, die die wichtigste Grundlage der internationalen Rechtsordnung ist. Jeder Massentransfer stellt eine Gewaltanwendung dar, die den allgemeinen Rechtsgrundsätzen widerspricht."
Als einziges Mitglied der Weltvereinigung meinte der Pole Bogdan Winiarski, daß Umsiedlungsverträge durch Staatsinteressen und "höhere Interessen des internationalen Friedens" zu rechtfertigen seien. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte stünde dem nicht entgegen, da sie nur "die Beziehungen des Alltags" betreffe. Dagegen habe die internationale Zwangsumsiedlung von Bevölkerungsgruppen bisher "einen absoluten Ausnahmecharakter" gehabt. Der größte Teil seiner Ausführungen bezog sich auf das Potsdamer Abkommen, das er als eine solche Ausnahme zu rechtfertigen suchte.
Nun ist aber gerade das Potsdamer Abkommen schon wegen seines Inhalts nicht als Umsiedlungsvertrag zu betrachten. Hinzu kommt, daß es auch deshalb kein Umsiedlungsvertrag sein kann, weil es nicht zwischen dem die Bevölkerung abgebenden und dem die Bevölkerung aufnehmenden Staat abgeschlossen worden ist. Rechtlich ist es nichts anderes als das Schlußkommunique einer Konferenz von drei Siegermächten am Ende des Zweiten Weltkriegs.
Darüber hinaus ordnet es keineswegs Zwangsumsiedlungen an, sondern fordert in seinem Artikel XIII – dem einzigen Artikel, in dem überhaupt von einem Bevölkerungstransfer die Rede ist – die tschechische und polnische Regierung und den Alliierten Kontrollrat in Ungarn auf,

von weiteren Vertreibungen abzusehen, bis das Problem durch interalliierte Gespräche geklärt sei.
So ist es nicht verwunderlich, daß das Argument Winiarskis, das Potsdamer Abkommen sei ein Umsiedlungsvertrag, der ausnahmsweise zulässig sei, bei den anderen Völkerrechtlern keinen Anklang gefunden hat. Mehrere Mitglieder der Weltvereinigung haben ausdrücklich erklärt, daß die im Potsdamer Abkommen enthaltenen Passagen über die Ausweisung der Deutschen – obwohl sie diese Ausweisung nicht anordnen, sondern nur die bereits erfolgten sogenannten wilden Austreibungen zur Kenntnis nehmen und die Debatte über das gesamte Problem in Aussicht stellen – völkerrechtswidrig sind.
Es sind insbesondere deutsche und österreichische Völkerrechtler gewesen, die sich schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit dieser Problematik beschäftigt und dabei nachgewiesen haben, daß das bereits 1945 geltende Völkerrecht ein Vertreibungsverbot enthielt. Die Tatsache, daß es damals keine Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Vertreibungen gab – ein Defizit, das heute noch besteht -, ändert an der Geltung des völkerrechtlichen Vertreibungsverbotes nichts.
Trotz der stetig wachsenden Zahl von internationalen Konventionen besteht das Völkerrecht heute wie damals überwiegend aus Völkergewohnheitsrecht. Gerade das Vertreibungsverbot läßt sich, wie schon erwähnt, aus Völkerrechtsnormen ableiten, die seit Jahrhunderten gelten. Die Entwicklungen, die das Völkerrecht im 20. Jahrhundert genommen hat, haben das Vertreibungsverbot nicht etwa erschüttert, sondern gefestigt. Das hängt mit der Verstärkung der Gruppenrechte und der Herausarbeitung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Rechte auf die Heimat, wie überhaupt mit der gesamten Menschenrechtsentwicklung zusammen.
... Vor allem die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords vom 9. Dezember 1948 hätte hierzu klare Aussagen enthalten können. Nach Artikel II dieser Konvention "bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:
a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichen und seelischen Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen".
Angesichts der Tatsache, daß mit den Vertreibungen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs die Tötung einer großen Zahl von Menschen verbunden war, und daß sie Millionen Menschen schweren körperlichen und seelischen Schaden zugefügt hat, würde die Subsumtion (Unterordnung) unter Artikel II der Völkermordkonvention nicht schwerfallen. Aber auch ohne die Völkermordkonvention und schon lange vor ihrer Unterzeichnung war das Vertreibungsverbot Bestandteil des geltenden Völkerrechts.
Diese Argumentation hat der österreichische Völkerrechtler Felix Ermacora in seinem Buch "Die sudetendeutsche Frage", das 1992 erschienen ist, nochmals in aller Breite dargelegt. Sorgfältig begründet er das Ergebnis, daß der Begriff des Völkermords schon vor der Konvention von 1948 dem Völkerrecht bekannt war, und daß die tschechischen Maßnahmen gegen die Sudetendeutschen in den Jahren 1945/46 den Tatbestand des Völkermords erfüllten.
Auf das Vertreibungsverbot haben die deutschen Völkerrechtslehrer bereits auf ihrer ersten Nachkriegstagung im April 1947 hingewiesen. Sie faßten damals eine Entschließung, in der es unter anderem heißt: "Das Recht der persönlichen Freiheit, das zu den allgemeinen Menschenrechten gehört, umfaßt auch das Recht, in der Heimat zu leben und nicht gewaltsam aus ihr vertrieben zu werden."...

... Am 26. August 1994 bestätigte die Menschenrechtskommission der Vereinten Nation in einer Resolution das Recht der Menschen, in ihren Heimstätten, ihrer Heimat und ihren Herkunftsländern zu verbleiben. Bereits ein Jahr vorher hatte die UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge ... die Respektierung des Rechts auf Heimat gefordert.
Daß auch das Recht auf die Heimat – mit dem Vertreibungsverbot in natürlicher Weise zusammenhängt – in den traditionellen Grundlagen des Völkerrechts verankert ist, braucht hier nicht weiter ausgeführt werden. ... Dieser Rechtslage entsprach auch die Haltung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz im Sommer 1945. Sein damaliger Präsident, der große Völkerrechtler Max Huber, verurteilte die Vertreibungen. Mit Bitterkeit vermerkte er, daß die Vertreiberstaaten das Angebot des Internationalen Roten Kreuzes, Hilfsaktionen für die Auszusiedelnden durchzuführen, einfach ignorierten.
Über die verzweifelten Versuche des Internationalen Roten Kreuzes, im Sommer 1945 auf die Vertreiberstaaten einzuwirken, berichtet auch der amerikanische Völkerrechtler Alfred Maurice de Zayas. ...
... Sein großes Buch "Nemesis at Potsdam" ist sofort ins Deutsche übersetzt worden. Andere Bücher und zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze folgten. Vor zwei Jahren veranstaltete de Zayas als Gastprofessor an der Universität Chicago dort eine Ausstellung über die Vertreibung der Deutschen, die vielen Tausend Amerikanern die Augen öffnete. Daß dieser gerechte und tapfere Mann, nachdem er sich intensiv dem Völkerrecht zugewandt hatte, schließlich im Menschenrechtszentrum der Vereinten Nationen arbeitete und heute eine führende Position im Beamtenstab der UNO einnimmt, ist ein Lichtblick in unserer dunklen Zeit.
Aber es ist doch kein Einzelfall. Bereits vor einigen Jahren hatte ich das Buch eines anderen amerikanischen Völkerrechtlers über die Oder-Neiße-Linie zu rezensieren. ...
Auch er ging als Völkerrechtler der Frage nach und war erschüttert. So entstand das Buch, an dessen Schluß die Sätze stehen, die Oder-Neiße-Linie sei die ungerechteste Grenze der ganzen Welt und dürfe niemals Bestand haben. Das konnte und kann nur ein amerikanischer Völkerrechtler schreiben. Ein Deutscher darf das natürlich nicht, und zwar deshalb, weil die Bundesrepublik Deutschland in mehreren Verträgen die Endgültigkeit dieser Grenze feierlich anerkannt hat. Wir wissen das und halten uns daran. Aber es ist natürlich erlaubt, einen Amerikaner zu zitieren.
Es gereicht der Völkergemeinschaft zur Ehre, daß alle Völkerrechtler – mit Ausnahme derjenigen, die aus Staaten des ehemaligen Ostblocks stammen – die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als völkerrechtswidrig gebrandmarkt haben. Die Motivation der Ostblockwissenschaftler mag verständlich sein, ihre Argumente sind es nicht.
Der bereits erwähnte österreichische Völkerrechtler Felix Ermacora kommt nach einer sorgfältigen Analyse der betreffenden Publikationen zu dem Ergebnis: "Alle Argumente, die vor allem von polnischen und tschechischen Wissenschaftlern zur Rechtfertigung der Vertreibung vorgebracht worden sind, halten einer kritischen menschenrechtlichen Argumentation nicht stand."
... Jahrzehntelang haben die westlichen Völkerrechtler ihren östlichen Kollegen zugute gehalten, daß diese in ihren Publikationen nicht gegen die Propagandathesen ihrer Regierung Stellung nehmen durften. Nach der politischen Wende der Jahre 1989/90 keimte die Hoffnung, daß auch im wissenschaftlichen Schrifttum jener Länder eine Einstellung erkennbar würde, die vielleicht schon in früherer Zeit insgeheim vorhanden war. ...
Hier sind insbesondere zwei Namen von hervorragenden Menschen zu nennen: Professor Jan Mlynarik (der schon in seiner slowakischen Heimat unter dem Pseudonym "Danubius" gegen die Vertreibung geschrieben hatte) und die Schriftstellerin Sidonia Dedina. Diesen aufrechten Menschen sei auch an dieser Stelle nochmals herzlichst gedankt.
Wir hoffen, daß viele ihrer Landsleute, die nichts publiziert haben, oder deren gesprochene

oder gedruckte Worte nicht im Westen bekannt geworden sind, genau so denken. Auf ihr Denken und Handeln – und das unsere, das jede Kollektivschuld eines jeden Volkes als völkerrechtswidrig und unchristlich von sich weist – kann und muß die Zukunft aufgebaut werden.

Aber es wäre töricht und unnütz, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß jene Apostel der Wahrheit und der Versöhnung in ihrem eigenen Volk noch immer einen schweren Stand haben. ... Warum fährt man fort, die Parolen des Hasses zu verkünden? Warum sieht man nicht ein, daß es hier um Frieden und Menschenrechte geht? Warum weigert man sich, die Gerechtigkeit als Grundlage eines dauernden Friedens anzuerkennen?

Wenn es darum ist, weil man die Redlichkeit der Friedliebenden anzweifelt und ihren Motiven mißtraut, so kann uns das nicht entmutigen, sondern im Gegenteil: Es spornt uns an, beharrlich fortzufahren, Beweise unseres guten Willens zu zeigen und den Weg der Rechtlichkeit zu verfolgen. Wenn es aber darum ist, weil das böse Gewissen die Angst vor der Vergeltung nicht einschlafen läßt, oder weil eine völlige Rechtsblindheit die völkerrechtskonforme Beurteilung unmöglich macht, so werden die Beweise unserer Friedensliebe wenig nützen.

In dieser Situation ist es verständlich, daß viele Vertriebene - und viele von der großen Zahl derer, die mit ihnen fühlen, obwohl sie nicht selbst vertrieben worden sind – gerade jetzt verzweifeln. Es ist sicher nicht leicht, ihnen wieder Mut zu machen, und die Erinnerung daran, daß die völkerrechtliche Beurteilung der Ereignisse von 1945/46 eindeutig ist, mag gerade in diesem Zusammenhang als geringfügig erscheinen.

Aber sie ist doch ein nicht hinwegzudenkender Teil des sudetendeutschen Selbstverständnisses, das immer mit dem Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit verbunden war. Das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit wurde bereits Ende des Jahres 1918 abgelegt, als die gewaltsame Besetzung der Sudetengebiete begann. Es wurde auch nach dem 4. März 1919 wiederholt, und unermüdlich nach der Vertreibung, nicht nur in der Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950, die auch die Unterschrift der Repräsentanten der sudetendeutschen Volksgruppe trägt.

Das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit und zum Verzicht auf Rache und Vergeltung ist Teil des Bekenntnisses zum Recht und dieses ist seinerseits die Grundlage des Friedenswillens. ...

Die Frage, was sich noch rückgängig machen läßt, ist 50 Jahre danach ... wohl anders zu beantworten als unmittelbar nach dem Geschehen. Die 2 ¼ Millionen Vertreibungstoten - darunter 241.000 Sudetendeutsche - können nicht zum Leben erweckt werden.

Das Leid derer, die an den Spätfolgen der unmenschlichen Behandlung gestorben sind, nachdem sie in die Sicherheit der westlichen Besatzungszonen gekommen sind – ihre Hinzuzählung würde die Zahl der Vertreibungstoten beträchtlich erhöhen -, läßt sich nicht aus der Welt schaffen.

Dasselbe gilt auch für alles andere durch die Vertreibung erzeugte Leid, das nicht zum Tode geführt hat und vielleicht "nur" in der Traurigkeit des ungestillten Heimwehs besteht. Was zählt dann noch die Frage der materiellen Entschädigung, deren tatsächliche Leistung ohnehin fragwürdig ist? Und welches Gewicht kann noch die weitere Frage haben, wer überhaupt – und unter welchen Bedingungen – zur Rückkehr in die alte Heimat bereit ist?

Wer den Sudetendeutschen – und den anderen Vertriebenen – unterstellt, es gehe ihnen um die Erlangung von Reichtümern in den Vertreibungsländern, hat überhaupt nichts verstanden. Es ging und geht um diejenigen Werte, die Papst Johannes XXIII. in seiner Enzyklika "Pacem in terris" als Voraussetzungen des Friedens beschrieben hat. Der Untertitel zählt sie auf.

Er lautet: "Über den Frieden unter den Völkern in Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit."

Der uralte Zusammenhang zwischen Recht und Frieden, den schon der Prophet Isaias (Jesaja) im Alten Testament so präzise beschrieben hat ("Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede

sein"), wird in der Enzyklika des Jahres 1963 aufgefächert.
Alle einzelnen Komponenten des Friedens hängen miteinander zusammen. An erster Stelle aber wird mit Recht die Wahrheit genannt. Und es ist bedeutsam, daß gerade von kirchlicher Seite die fundamentale Bedeutung der historischen Wahrheit für die Schaffung und Erhaltung des Friedens hervorgehoben wird. Als Christen sind wir verpflichtet zu vergeben, aber wir sind nicht verpflichtet, zu vergessen. Das kann jeder Theologe bestätigen, und das weiß wohl auch jeder, der im Religionsunterricht aufmerksam zugehört hat. Eine Christenpflicht zum Vergessen gibt es nicht.
Der Jurist kann sich der moralischen Aufforderung zur Versöhnung anschließen; denn sie beeinträchtigt das in die Zukunft gerichtete Vertreibungsverbot nicht. Aber er muß hinzufügen: Um des Friedens und des Rechtes willen sind wir nicht nur nicht verpflichtet zu vergessen, sondern wir sind verpflichtet, nicht zu vergessen. Anders läßt sich die Wahrheit als Grundlage des Friedens zusammen mit der Gerechtigkeit, der Liebe und der Freiheit, nicht erhalten. Die Arbeiten der Völkerrechtler zu den Fragen der Vertreibung haben dies deutlich gezeigt.
Die Pflicht nicht zu vergessen, bezieht sich nicht nur auf das Denken im stillen Kämmerlein. Sie beinhaltet die Pflicht, die Kenntnis der historischen Wahrheit zu verbreiten, damit die künftige Generation sie zur Erhaltung von Recht und Frieden verwenden können.
Es geht also um viel mehr als nur um das Erinnern. Es geht tatsächlich um die Gestaltung der Zukunft. Freilich erwächst die Verpflichtung auch aus dem Andenken an die Gemordeten und Gequälten. Doch darüber hinaus ist es eine im Schicksal der Vertreibung begründete Pflicht, deren Erfüllung das Ziel hat, künftige Generationen vor ähnlichem Schicksal zu bewahren. Deshalb kommt auch die völkerrechtliche Beurteilung zu dem Schluß: vergeben ja, vergessen niemals.<<

04.06.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Juni 1995 über das sowjetische Massaker von Katyn: >>**Jelzin lehnt Treffen mit Walesa in Katyn ab**
... Das jahrzehntelang von Moskau geleugnete Verbrechen von Katyn belastet noch heute das Verhältnis zwischen Polen und Russen.
Erst 1990 gab der Kreml zu, daß das Politbüro der KPdSU im März 1940 beschlossen hatte, insgesamt etwa 15.000 polnische Offiziere und Polizeibeamte, die der Roten Armee nach ihrem Einmarsch in Polen am 17. September 1939 in die Hände gefallen waren, ohne Gerichtsverhandlung zu erschießen. Im Frühjahr 1943 entdeckten deutsche Soldaten die Massengräber. Moskau behauptete, die Verbrechen seien von den Deutschen begangen worden.<<
Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Juni 1995: >>... Der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel ist davon überzeugt, daß die Deutschen die ausgestreckte Hand der Tschechen ergreifen werden. ...
Zu der vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber geforderten Überprüfung der Benes-Dekrete sagte Havel, die Tschechen könnten "nie auf die Zerstörung der Rechtsordnung eingehen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstand und die auch ihren internationalen Kontext hat". ...<<

16.06.1995

Tschechien: Der tschechische Kardinal Miroslav Vlk (seit 1990 Bischof des Bistums Budweis) erklärt am 16. Juni 1995 während einer Rede im Prager Carolinum (x154/24-26): >>... Mein großer Vorgänger, Kardinal Tomásek, unterstützte am 11. Januar 1990 die entgegenkommenden Schritte Präsident Václav Havels und erklärte im Namen der Kirche die Vertreibung der Deutschen als "zutiefst unmoralische Tat".
Er schrieb, daß die damals an den Deutschen in der Tschechoslowakei verübten Handlungen der Rachsucht und Verfolgung ein Schandfleck auf unserer nationalen Ehre sei, der sich nicht durch Schweigen oder den Verweis auf das uns zugefügte Unrecht, sondern allein durch ob-

jektives Eingeständnis der ganzen Wahrheit und durch Distanzierung vom eigenen verübten Unrecht auslöschen ließe.
Auf diese Stimme antworteten die deutschen Bischöfe im März 1990 mit einem wunderbaren Brief. Sie sprachen ihr Bedauern aus und entschuldigten sich für die Schuld der Deutschen gegenüber den Tschechen, die Vertreibung der Tschechen aus dem Sudetenland vor dem Krieg, für die von Nationalsozialisten im Namen des deutschen Nationalsozialismus während des Krieges begangenen Verbrechens und nicht zuletzt für die Beteiligung der DDR-Armee an der Okkupation der Tschechoslowakei im August 1968. Sie brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, alle unheilvollen Äußerungen der Feindschaft, des Mißtrauens und der Gleichgültigkeit zu überwinden und alles Positive zu fördern, worin sich beide Völker in ihrer ganzen langen gemeinsamen Geschichte gegenseitig bereicherten.
Eine eingehende Antwort auf diesen Brief brachte die Erklärung der Bischofskonferenz der CSFR im September des gleichen Jahres unter dem Motto "Christus ist unsere gemeinsame Hoffnung". In diesem Schreiben wurde erneut nicht nur die Vertreibung der Deutschen, sondern auch das Schweigen der Gläubigen und Vertreter der Kirchen zu den diesen Rachakt begleitenden Gewalttaten verurteilt. ...
Den bisherigen Höhepunkt dieses Dialogs brachte die gemeinsame Erklärung beider Bischofskonferenzen – der tschechischen und der deutschen – zum 50. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs. Sie vermittelten einen Überblick über die bisherigen Schritte der Christen auf dem Wege der tschechisch-deutschen Verständigung und äußerten sich auch zu konkreten Fragen der Entschädigung der tschechischen Opfer des Nationalsozialismus und den Erwartungen der vertriebenen Sudetendeutschen mit den Worten:
"Wiedergutmachung zwischen den Menschen verschiedener Völker ist in erster Linie ein geistiger Vorgang; eine Revision all dessen, was vor 50 Jahren geschah, ist kaum möglich. Wiedergutmachung zwischen Tschechen und Deutschen ist daher in erster Linie 'die Bereitschaft, sich innerlich von alter nationaler Feindschaft abzuwenden und mitzuhelfen, daß die Verletzungen geheilt werden, die anderen aus solcher Feindschaft zugefügt worden sind. ...
Nur solche Lösungen werden Bestand haben, die auch dem Gemeinwohl beider Staaten Europas verpflichtet sind. Sie müssen die jeder menschlichen Gerechtigkeit gesetzten Grenzen beachten; deshalb dürfen sie nichts Unerfüllbares fordern und müssen die Folgen für alle Betroffenen bedenken. Vor allem aber darf dabei nicht übersehen werden, daß es unzulässig ist, durch Gebote der Gerechtigkeit allein den Frieden unter den Menschen wahren zu wollen – wenn nicht unter ihnen die Liebe Wurzeln schlägt'. (Thomas von Aquin) ..."
Ein klarer Verzicht auf Haß und Feindschaft kann sich nicht mit bloßen Deklarationen begnügen, er bedarf der Taten, die Gewicht haben. Verbunden mit der praktischen Umsetzung auch in kleinen Schritten eröffnen sich neue Wege auf der "vorpolitischen" Ebene. Wenn man sich vom Haß befreit, sieht man die Tatsachen um sich herum wesentlich klarer. ...
Es geht uns darum, Brücken des Vertrauens zu bauen, Nähe zu schaffen. Auf die Frage, wer unser Nächster sei, gab Jesus Christus mit dem Gleichnis vom Samariter eine überraschend einfache Antwort: Du selbst sollst dich zum Nächsten machen – dadurch, daß du danach strebst, dich jedem zu nähern, vor allem aber demjenigen, der dich braucht. – Kirche und Universität, Tschechen und Deutsche, alle Menschen guten Willens brauchen einander auf dieser Erde ...<<

28.06.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Juni 1995 über John Sacks umstrittenes Buch "Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten": >>**Die Angst vor Mißverständnissen**
... Ein Buch macht von sich reden: erst, weil es erscheinen sollte, dann, weil es nicht erscheinen durfte, schließlich, weil es dann doch erschienen ist.

Die Diskussion über Wert oder Unwert von John Sacks Reportage "Auge um Auge", die zuerst der Piper Verlag herausbringen wollte und dann zurückzog und die nun im Hamburger Ernst Kabel Verlag veröffentlicht wurde, hat hohe Wellen geschlagen. Kein Wunder: Das Buch berührt ein heikles Thema, das alle Ängste vor "Mißverständnissen", vor einer Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen neu entfacht.
Der amerikanische Reporter John Sack hat Rachereaktionen von jüdischen Überlebenden der Vernichtungslager beschrieben, denen Deutsche, darunter viele Kinder und Frauen, aber kaum Angehörige der SS zum Opfer fielen. Eine große Zahl ehemaliger KZ-Häftlinge, so der Autor, habe in den Reihen des polnischen Staatlichen Sicherheitsdienstes im Jahre 1945 an willkürlichen Verhaftungen und Quälereien teilgenommen, die Sack ausführlich schildert. Er beziffert die Zahl der Deutschen, die in den Gefangenenlagern des Sicherheitsdienstes starben, auf 60.000 bis 80.000.
Im Mittelpunkt steht Lola, die die Schindereien in Auschwitz nur durch Zufall überlebt hatte, die dort ihr einjähriges Kind und viele Verwandte verlor. Sie hatte, gerade 24jährig, ein paar Monate ein Gefängnis geleitet, behandelte zunächst die deutschen Insassen mit großer Härte, um ihnen dann zu helfen, bis sie noch Ende des Jahres 1945 in den Westen floh.
Sack berichtet auch von Schlomo Morel, der als 26jähriger ein fürchterliches Regiment im Lager Schwientochlowitz führte. Er blieb Mitglied des Sicherheitsdienstes (den er aufgrund einer antisemitischen Kampagne 1968 verlassen mußte) und entzog sich der juristischen Untersuchung Anfang der neunziger Jahre durch Flucht.
Schon in Amerika hatte der dort bekannte jüdische Journalist John Sack, Jahrgang 1930, ein oft wütendes Echo hervorgerufen, als sein Buch erschien. In Deutschland genügte ein kritischer Artikel des Publizisten Eike Geisel in der "Frankfurter Rundschau" unter dem Titel "Antisemitische Rohkost", um den "Piper Verlag" in Panik zu versetzen. Der neue Verlagsleiter ließ 6.000 Exemplare des Buches einstampfen.
Die Angriffe waren nicht selten in einem zornigen Ton abgefaßt. Dem Autor wurde Antisemitismus vorgeworfen, von Fälschung und von Pornographie war die Rede, Sack habe sogar Opfer und Täter von Auschwitz gleichgesetzt. In dieser Sicht erscheint er als skrupelloser Sensationsjournalist, in anderen Darstellungen als skrupelloser Redakteur und Rechercheur, als anerkannter Zeitungs- und Fernsehjournalist, der vor Jahren mit seinen Untersuchungen über die Machenschaften der amerikanischen Neonazis Aufsehen erregte.
Ein Vorwurf läßt sich allerdings nach der Lektüre nicht bestätigen. Sack setzt den Holocaust und die späteren Racheaktionen keineswegs gleich, das gilt für die Dimensionen der Verbrechen wie auch für ihre moralische Bewertung. ...
Er schreibt, was ihm viele verübeln, bewußt als gläubiger Jude, beruft sich - nicht ohne Pathos - auf die Pflicht zur Wahrheit. Er zitiert die Lehren der Thora, die Vergeltung ablehnt. Wer sich von Haß leiten läßt, so gibt er zu verstehen, droht seine jüdische Identität zu verlieren. Er versucht aber auch, diesen Haß nachvollziehbar zu machen. Die ersten siebzig Seiten sind der Vorgeschichte, der Hölle von Auschwitz gewidmet. Er teilt zudem mit, daß "90 Prozent" der verfolgten Juden Rache ablehnten und die übergroße Mehrheit derer, die dem polnischen Sicherheitsdienst zunächst beitraten, noch im Jahre 1945 in den Westen flohen.
Umfängliche historische Untersuchungen über dieses Kapitel der Nachkriegsgeschichte gibt es noch nicht. Sack betont, daß er nicht nur Archive durchforstet, sondern bei einer 7jährigen Recherche 300 Stunden Interviews mit unzähligen Zeitzeugen geführt habe. Und doch bleibt vieles unklar. In welchem Zeitraum die geschätzten 60.000 bis 80.000 Deutschen umkamen und in welchem Ausmaß daran überhaupt Juden beteiligt waren, wird nicht deutlich. Unverständlich bleibt, wieso er vom berüchtigten Lager in Lamsdorf berichtet, das gar keinen jüdischen Kommandanten hatte. ...
Sack arbeitet zudem mit Mutmaßungen. Er glaubt, daß Stalin den Eintritt von Juden in den

polnischen Geheimdienst bewußt gefördert habe, als es darum ging, Nazis aufzuspüren und zu verfolgen. Er hätte diese Vermutung im Zusammenhang mit der damaligen antisemitischen Verfolgungswelle in der Sowjetunion erörtern müssen. Der polnische Sicherheitsdienst war eine kommunistische, keine "jüdische" Organisation. Da er Maßnahmen der stalinistischen Terrorpolitik mit einem ethnischen Etikett versieht, bedient er sich – ungewollt - antisemitischer Klischees. ...
Den größten Unmut hat er sich aber mit seiner populären Darstellungsform zugezogen. Sack legt einen mit drastischen Schilderungen gespickten "Tatsachenroman" vor ...
Ein nüchterner Bericht, der die Tatsachen historisch-kritisch einordnet, wäre sicherlich angemessener als dieser Versuch, Authentizität zu simulieren. Die Kritiker werfen ihm vor, mit dieser Darstellung jenen Schützenhilfe zu leisten, die den Völkermord an den Juden historisch zu relativieren versuchen.
Wer Sacks Buch liest, muß nicht automatisch falsche Schlüsse ziehen. Man muß ihn schon mißverstehen und Ursache und Wirkung vertauschen wollen, um zu übersehen, daß hier von schrecklichen Folgen schrecklicher Taten berichtet wird. Unbekümmertheit in dieser Frage sollten wir uns hierzulande freilich nicht leisten. Da wirkt die forciert forsche Tonlage des Kabel Verlages reichlich peinlich. In einer überschlauen Pressemitteilung glaubt man den ganz großen Intellektuellen Coup zu landen: "Die Ewiggestrigen und die Warner treffen sich an einem fatalen Punkte: Sie scheinen anzunehmen, eine Relativierung des Holocaust sei möglich."
Dieser abenteuerliche Versuch, den Spieß umzudrehen, läßt an den seriösen Motiven des Verlags zweifeln. Zur Veröffentlichung des Buches gibt es gleichwohl keine Alternative, will man nicht die Legenden beleben, wonach das Elend der Vertreibung bei uns tabuisiert würde, obwohl es doch seit den fünfziger Jahren eine Fülle von Literatur dazu gibt.
Nur eine offensive Diskussion gewährt überhaupt eine Chance, mögliche Mißverständnisse zu bekämpfen, einen absoluten Schutz vor ihnen gibt es nicht. Mit dem Restrisiko der menschlichen Dummheit müssen wir nun mal leben.<<

Juni 1995

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1995 berichtet im Juni 1995 über das Buch "Die gegängelte Nation. Die Folgen der bedingungslosen Kapitulation" des deutschen Historikers Richard Grill (x853/...): >>... **Eine Folge der bedingungslosen Kapitulation**

Die Deutschen und die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" nach dem Krieg

Gleichsam im Vorgriff auf die 50jährige Rückerinnerung an die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 beschäftigte sich ein jüngst erschienenes Buch mit den Folgen dieses bislang unerhörten Kriegsendes in der europäischen Geschichte.
Sein Verfasser, Richard Grill, bringt als promovierter Historiker und Zeitzeuge das wissenschaftliche Rüstzeug und den erforderlichen Erfahrungsschatz mit, um kompetente Aussagen über die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" zu machen. Beruflich im Bildungsbereich tätig, hatte er es vorwiegend mit jener Kriegsfolge zu tun, die als sogenannte "Reeducation" die Deutschen von der nationalsozialistischen Ideologie weg- und zur Demokratie hinerziehen sollte, und die als "Umerziehung" zum Schlagwort geworden ist.
Einer der geistigen Väter des westalliierten "Umerziehungsprogramms" war Roosevelts langjähriger Finanzminister Henry Morgenthau. Ihm und seinem Gesinnungsfreund Dexter-White ging es dabei um die schlußendliche Beseitigung der "deutschen Gefahr" für die Menschen und den Frieden in der Welt. Während die Entindustrialisierung Deutschlands die wirtschafts- und militärpolitische Macht des Reiches ein für alle Mal brechen sollte, hatte die "Umerziehung" die geistig-psychologische "Abrüstung" der Deutschen zu besorgen. Richard Grill faßt den Vorgang unter die Überschrift "Entmachtung und Entmündigung der Deutschen" und be-

legt seine Feststellungen mit einer Fülle von Beispielen.
Zu ihnen gehört die widerspruchslose Übernahme der Siegerverdikte über das deutsche Volk und seine Geschichte sowie die Annahme aller Verantwortlichkeiten für den Zweiten Weltkrieg und seine Opfer. Exemplarisch dafür ist in seinen Augen das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" der evangelischen Kirche vom Herbst 1945, von welchem die nachfolgende "Vergangenheitsbewältigung" wesentlich beeinflußt worden ist. ...
Angesichts der neuerlich aus Prag zu hörenden Forderung nach Schuldbekenntnissen der Sudetendeutschen nimmt sich auch höchst aktuell aus, was Grill über "Die Vertreibung - eine gerechte Sache?" ausführt.
Danach hat sich die von den Siegern und den Vertreiberstaaten in Umlauf gesetzte Version, daß die Volks- und Sudetendeutschen in Polen und in der Tschechoslowakei als "Fünfte Kolonne Hitlers" ihr bisheriges Heimatrecht selbst verwirkt hätten, immer mehr ausbreiten und die Vertriebenen schließlich zu Alleinschuldigen am erlittenen Schicksal erklären lassen können. Eine Verkehrung von Tätern und Opfern, welche die Landsmannschaften bei der öffentlichen Kommentierung ihrer Forderungen nach Heimat- und Eigentumsrecht hierzulande zunehmend schmerzlicher zu spüren bekommen. Auf die noch rund drei Millionen überlebenden Ost- und Sudetendeutschen in der Bundesrepublik scheint weitgehend das zuzutreffen, was der Verfasser "Selbsthaß und Fremdenliebe" als "Made in Germany" bezeichnet.
Wie anders sind die oft feindseligen Zurechtweisungen an die Adresse der "Vertriebenen-Funktionäre" seitens bestimmter Politiker und Publizisten zu verstehen? Richard Grill scheint den Finger in die Wunde zu legen, wenn er diese verbreitet praktizierte Selbstentäußerung der Deutschen als eine verinnerlichte Gängelung mit Zeitzündereffekt begreift und vor weiteren beflissenen Selbstbezichtigungen warnt, da diese sonst in nationale Selbstaufgabe oder irrationale "Selbstbefreiung" enden und ein neues Kapitel "deutscher Erhebung" einleiten könnten.
Was den Verfasser letztlich umtreibt, beschreibt er am Schluß seines Buches so: "Die mentale Schwäche des deutschen Volkes durch den aufgedrückten und am Leben erhaltenen Scham- und Schuldkomplex sichert einen überbordenden Einfluß und sorgt dafür, daß die Einigkeit durch Verwirrung und Zerrüttung, das Recht durch Unsicherheit und Hintansetzung und die Freiheit durch Gängelung und Selbstkasteiung beeinträchtigt werden", um in Anlehnung an das "Deutschlandlied" zu fordern:
"Das Lied der Deutschen mahnt die Jüngeren, die in die Entscheidung hineinwachsen, die Einigkeit in Recht und Freiheit zu wahren, ihr Recht in Freiheit und Einigkeit in Anspruch zu nehmen und die Freiheit für die Einigkeit im Recht einzufordern" und abschließend festzustellen:
"Sie können dies nur, wenn sie das Netz ungerechtfertigter Kollektivbindung abstreifen, das vor 50 Jahren über ihre Vorfahren geworfen wurde, und aus dem Nebel und Dunst heraustreten, in die man ihren Gang durch die Geschichte als den eines Sonderwegs gebannt hatte." ...<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 berichtet im Juni 1995 (x853/...):
>>Die britische Zeitung "Sunday Correspondent"; 16.9.1989 (zitiert in FAZ, 17.9.89):
"Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und für uns selbst sein mag ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.
Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa

nicht akzeptieren können".<<

03.07.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Juli 1995: >>**Polen: Deutschland ist strategischer Partner**

Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski erwartet von Deutschland weitere Unterstützung für den Weg seines Landes in das vereinte Europa. Polen sehe in Deutschland einen wichtigen strategischen Partner in allen Bereichen sagte Bartoszewski am Sonntag im Deutschlandfunk mit Blick auf den Besuch Kanzler Helmut Kohls in dieser Woche. Er verwies darauf, daß Polen sich seit Jahrhunderten am Westen ausgerichtet habe. "Es gibt eine tief verwurzelte Sehnsucht nach Westeuropa", sagte der Minister.<<

17.07.1995

Frankreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Juli 1995: >>**Frankreich mit schuld an Juden-Deportation**

Die Mitverantwortung seines Landes bei der Deportation Tausender von Juden durch die Deutschen im Zweiten Weltkrieg hat Frankreichs Präsident Jacques Chirac erstmals öffentlich anerkannt.

Bei einer Gedenkfeier zur Erinnerung an die Razzien vom 16. bis 18. Juli 1942, bei denen auf Anordnung des Hitler ergebenen Vichy-Regimes 13.152 französische Juden in die Gaskammern der Todeslager deportiert wurden, sagte er: "Diese dunklen Stunden besudeln auf ewig unsere Geschichte und sind eine Beleidigung für unsere Vergangenheit und unsere Traditionen." ...<<

Juli 1995

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1995 berichtet im Juli 1995 über das Buch "Kollektivschuld und Vertreibung" des deutschen Moraltheologen Franz Scholz (1909-1998) (x853/...): >>**Kollektivschuld und Vertreibung**

... Mit dem Abschluß seiner erschütternden Trilogie "Görlitzer Tagebuch", "Zwischen Staatsräson und Evangelium" legt der emeritierte Moraltheologe Franz Scholz als einer der profiliertesten Zeitzeugen "Kritische Bemerkungen" zu "Kollektivschuld und Vertreibung" vor. Er ist in mehrfacher Hinsicht für dieses Buch prädestiniert: Einmal erlebte er als Görlitzer Gemeindepfarrer bis 1945, sodann als Caritasdirektor und Flüchtlingsseelsorger für die deutschen Ostvertriebenen hautnah die zahllosen Vertreibungsverbrechen. ...

Schließlich ist es Professor Scholz als ausgewiesener Wissenschaftler gelungen, die Bestimmungen des Völkerrechts wie auch des Kirchenrechts auch für juristische Laien verständlich darzulegen und zu interpretieren. Scholz vergleicht das Verhalten der spanischen Konquistadoren in Lateinamerika mit der Haltung der Sieger von 1945 und kommt zum Ergebnis, daß letztere sich derselben verbrecherischen Machenschaften bedienten wie einst die Spanier.

Thukydides, der Vater der politischen Geschichtswissenschaft, schrieb im "Peloponnesischen Krieg":

"Nach unserer Überzeugung lassen sich die großen Feindschaften auf die Dauer nicht dadurch beilegen, daß man den Gegner zur Annahme eines unbilligen Friedens zwingt, sondern weit eher dadurch, daß man ihn womöglich noch durch Edelmut besiegt und ihm günstigere Bedingungen gewährt, als er selber erwartet." (4, 19).

- Leider hielten sich die Sieger vor 1945 nicht an diesen für eine gerechte Friedensordnung zukunftsweisenden Rat, sondern überboten die unsinnige Rachejustiz von Versailles durch noch weit ungerechtere Bedingungen als 1919.

Scholz erinnert daran, daß die alliierten Staatsmänner Hitler einst über Gebühr hofierten und ihm Zugeständnisse machten, die sie seinen demokratischen Vorgängern aus politischer Verblendung verweigerten. Hierdurch und die wahrheitswidrig erzwungene Anerkennung Deutschlands als Alleinschuldiger am 1. Weltkrieg trieben sie große Volksmassen Hitler in

die Arme, der ihnen nicht nur Arbeit und Brot versprach, sondern auch verhieß, die "Ketten von Versailles" zu zerbrechen.
Scholz geht energisch und mit überzeugenden Argumenten gegen die unsinnige These von der deutschen Kollektivschuld vor, die Deutschland für ewige Zeiten zum Paria unter den Völkern brandmarken sollte. Man erinnere sich der maßlosen Wutausbrüche des ehemaligen Ministerpräsidenten Menachem Begin, eines einst von den Briten steckbrieflich gesuchten Terroristen, der alle Deutschen als Mörder bezeichnete, selbst solche, die gegen Hitler im Widerstand standen wie Bundeskanzler Adenauer.
Immerhin suchen auch nicht wenige Deutsche, wie etwa Jürgen Habermas, den Deutschen eine Kollektivschuld aufzuschwätzen. Gegen solchen Widersinn wandte sich bereits der Prophet Ezechiel: "Nur wer da sündigt, soll persönlich sterben." (18, 4) Sterben bedeutet hier: Bestraftwerden für persönliche Schuld.
Sogar das Internationale Militärtribunal von Nürnberg lehnte es ab, auf der Basis der Kollektivschuld Recht zu sprechen. Konsequenterweise sprach es mehrere Angeklagte frei. Dagegen erklärte der ehemalige polnische Außenminister Skubiszewski, als Ergebnis der Kapitulation seien die besiegten Deutschen ohne alle Rechte gewesen. - Da waren sogar die Nazis gegenüber den besiegten Ländern noch außergewöhnlich human. Man denke nur an Vichy-Frankreich.
Die Deutschen waren 1945 - ähnlich den von Kolumbus entdeckten Indios - der Willkür und Grausamkeit der Sieger wehrlos ausgeliefert. Erstere waren rechtlos, weil sie noch nicht getauft waren, letztere, weil sie Deutsche waren. Die ungesühnten Verbrechen gegenüber den besiegten Deutschen setzen sich mit derselben "Berechtigung" im ehemaligen Jugoslawien fort.
Das Grundgesetz der Bundesrepublik verstand im Artikel 23 Deutschland in den Grenzen von 1937. Den "Enkeln" Adenauers seien die Worte ihres "Großvaters" in Erinnerung gerufen, der am 20.9.49 erklärte:
"Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden. ... (sie) widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat."
Und der Alterspräsident des Bundestages Paul Löbe von der SPD sagte am 13.6.50:
"Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichts zu betreiben."
Nur 3 Monate später erklärte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Herbert Wehner: "Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen, Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit."
Am 20.10.53 bekräftigte Bundeskanzler Adenauer, daß "das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neiße-Grenze niemals anerkennen (wird)."
Haben die "Enkel" dies schon alles vergessen?
Und wenn binnen knapp 40 Jahren ein so radikaler Gesinnungswandel möglich ist, wie wir ihn bei den verantwortlichen Politikern hinsichtlich der östlichen "Friedensgrenze" erleben, warum sollte dann nicht in absehbarer Zeit eine erneute Schwenkung vorgenommen werden, zumal wenn sie begründete Aussicht auf einen stabilen Frieden in Europa verspricht?
- Im Aufruf der SPD zum Schlesiertreffen am 20.10.53 hieß es: "Breslau - Oppeln - Gleiwitz - Hirschberg - Glogau - Grünberg: das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen. ... Verzicht ist Verrat, wer sollte das bestreiten?"
Am 22.3.64 sagte Herbert Wehner zutreffend: "Was aber gewönne die Welt, wenn die Deutschen sich dazu überreden oder übertölpeln ließen, zu heucheln und anzugeben, daß geraub-

tes, vorenthaltenes oder mißhandeltes Recht nicht mehr sogenannt werden soll? ... Sie gewönne vielleicht oder höchstens eine zeitweilige Betäubung, aber sie wäre damit Opfer einer Täuschung."
Auf demselben Kongreß sagte Bundeskanzler Erhard, was unbestreitbar heute genauso gültig ist wie damals:
"Wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer Brüder und Schwestern sind ... Das Recht kann nicht nur für eine bestimmte Gruppe von Völkern gelten, es muß für alle gelten. Die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat hat keine neuen Rechtsrealitäten geschaffen. Aus Unrecht kann niemals Recht werden."
Das Genfer Abkommen vom 12.8.1949 bestimmt unmißverständlich:
"Zwangsweise Einzel- oder Massenaussiedlung sowie Deportation sind ohne Rücksicht auf den Beweggrund untersagt. Die evakuierte Bevölkerung ist unmittelbar, nachdem die Feindseligkeiten innerhalb des fraglichen Gebietes ihr Ende gefunden haben, zu ihren Heimatstätten zurückzuführen. Die Besatzungsmacht darf Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung nicht in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln."
Die zynische Mißachtung dieses Genfer Abkommens nach dem Krieg ermuntert heute die Serben, nach dem Beispiel der Siegermächte des Weltkrieges mit nicht minder verbrecherischen Methoden "ethnische Säuberungen" vorzunehmen. Hier bewahrheitet sich das Wort Friedrichs v. Schiller: "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären."
- Der einstimmige Beschluß des Weltsicherheitsrates vom 22.11.67: "Niemand kann durch Krieg Gebiete erwerben. Der Eroberer muß die besetzten Gebiete räumen, und die vertriebene Bevölkerung hat ein Recht auf Rückkehr" wurde hinsichtlich der Deutschen mit Füßen getreten. Die Nazis prägten einst das Wort: "Recht ist, was dem deutschen Volke nützt."
Feiert ihr Geist bei den Völkern nicht fröhliche Urständ, wenn es gegen die Deutschen geht? Immerhin erhielten diese das "Privileg", zum Zahlmeister Europas und der UNO zu avancieren.
Niemand dürfte bestreiten können, was Franz Scholz auf S. 191 schreibt:
"Die meisten der in der deutschen Heimat unangefochten Verbliebenen vermögen nicht zu erahnen, was Heimatvertriebene seelisch durchzustehen hatten, als die Mehrheit des Bundestages 1990 Ostdeutschland endgültig preisgab. Was das menschlich-konkret bedeutet, zeigt das unmenschliche Vorgehen Serbiens in Bosnien. Aber Serbien folgt nur dem lockenden Beispiel der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die soeben Deutschland veranlaßt haben, die Vertreibung von acht Millionen Ostdeutschen jenseits von Oder und Neiße "völkerrechtlich" durch die "Bestätigung der Grenze" hinzunehmen."
Bischof Nossol von Oppeln sagte in seinem Fastenhirtenbrief 1991: "Die Zwangsumsiedlung der einen wie der anderen dürfen Christen nicht mit der lapidaren Feststellung quittieren, daß auf diese Weise der geschichtlichen Wahrheit Genüge getan würde."
- Wenn Bundeskanzler Kohl dagegen 1990 erklärte: "Was zwischen Deutschen und Franzosen möglich war, kann und muß auch endlich zwischen Deutschen und Polen möglich sein", offenbart er ein für einen studierten Historiker merkwürdiges Verständnis historisch völlig unvergleichbarer Tatbestände. Frankreich hat nicht nur keine Deutschen vertrieben, sondern ist auch nicht für den Mord an hunderttausenden unschuldigen deutschen Männern, Frauen und Kindern verantwortlich.
Durch die Zustimmung zur Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland hat es die Prinzipien beachtet, auf die es sich gemäß den Statuten der UNO verpflichtete. Dagegen ist Polen nicht nur hauptverantwortlich für die Vertreibung von Millionen Deutschen mit all den Massen-

verbrechen, sondern weigert sich nach wie vor hartnäckig, diese Verbrechen, die schwerste Verstöße gegen das Völkerrecht darstellen, als solche anzuerkennen.
Zahllose Polen haben genau das getan, wofür mehrere Angeklagte in Nürnberg zum Tode verurteilt und durch den Strang hingerichtet wurden.
"Ob Grenzen in Zweifel gezogen werden dürfen, hängt durchaus von den Umständen ab, nämlich ob sie gerecht oder ungerecht, sinnvoll oder störend sind, ob sie Jahrhunderte hindurch friedlich durchgehalten haben oder kriegerisch von Siegern vor kurzem willkürlich festgelegt worden sind." (S. 194) "Nicht alle faktischen Grenzen sind von sich aus ethisch und völkerrechtlich unantastbar, sondern nur die in etwa gerecht gezogenen." (Seite 195) Schließlich hält das Schlußprotokoll von Helsinki 1975 eine friedliche Änderung von Grenzen für möglich.
Die "bestätigte Grenze", mittels derer Stalin ewige Feindschaft zwischen Deutschen und Polen zementieren wollte, sollte den Frieden in Europa garantieren? Ist "Väterchen Stalin", einer der größten Massenmörder der Weltgeschichte, also ein Friedensstifter? Sollte man ihn nicht postum für den Nobelpreis vorschlagen?
Bundeskanzler und Regierung schweigen sich hartnäckig darüber aus, warum ausgerechnet die Ostdeutschen ihre Heimat verlieren sollen. Sind sie vielleicht die Hauptschuldigen am Krieg und den Verbrechen der Nazis? "Der Krieg ist offensichtlich sehr verschieden verloren worden", bemerkt Professor Scholz bitter (S. 200).
- Wenn das Münchner Abkommen von 1938 "von Anfang an nichtig war", wie jetzt behauptet wird - waren England, Frankreich und Italien eigentlich Vasallen Hitlers? - dann ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum für den Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.9.90 etwas anderes gelten sollte, zumal die Hauptbetroffenen, nämlich die Bewohner Ostdeutschlands, zum großzügigen "Verzicht" auf ihre Heimat nicht einmal gehört wurden. Mit fremdem Eigentum läßt sich leicht großzügig verfahren. Vom heiligen Krispin wird überliefert, daß er den Armen Schuhe gemacht und das Leder hierfür gestohlen habe.
Das deutsche Volk soll angeblich "in freier Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes seinen Willen bekundet haben" auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten. Während der damalige Außenminister Genscher behauptete, wir hätten aus freien Stücken auf 104.000 qkm uralten deutschen Lands verzichtet - ist dieses eigentlich Privateigentum des "besten Außenministers, den die Polen je hatten"? - war Bundeskanzler Kohl ehrlicher, wenn er sagte: "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen heute für jetzt unsere Chance zur deutschen Einheit."
Sämtliche "Freunde" Deutschlands, Amerikaner, Franzosen, Sowjets, Engländer, Niederländer, Dänen, Tschechen, Italiener und das Europäische Parlament forderten, die "bestehende Grenze" an Oder und Neiße unzweideutig anzuerkennen, ein in der Geschichte einmaliger Vorgang. Genauer gesagt, muß man einräumen, daß sich ein ähnlicher Vorfall bei der zweiten Teilung Polens 1793 ereignete. Rußland bestand auf einer formalen Zustimmung des Sejm, des polnischen Parlaments zu dieser Amputation. Sein Argument lautete, der Verzicht auf polnisches Land sei das unvermeidlich geringere Übel, sonst würde Rußland ganz Polen besetzen.
Da die Russen mit Druck und Bestechung arbeiteten - sind unsere politischen Erfüllungsgehilfen vielleicht auch nicht ganz leer ausgegangen? - hat der Sejm in Grodno die Hälfte des Reststaates Polen an Rußland abgetreten.
Der amerikanische Präsident Wilson sagte am 7.4.1919: "Das einzige wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt."
Gelten diese Worte nicht auch für alle "Freunde" Deutschlands, die kategorisch die Abtretung eines Viertels unseres nach dem Versailler Diktat noch verbliebenen Landes fordern?
Neben den politischen "Freunden" Deutschlands spielen polnische Bischöfe eine beschämen-

de, ja zutiefst unchristliche Rolle. Der damalige Primas Polens, Kardinal Hlond, der am 16.9.39 wie ein Mietling seine Herde verließ, rief vom sichern Port, aus Rom, in Radio Vatikan in einer Hetzrede die polnische Bevölkerung zum Widerstand gegen die Deutschen auf, wie Bischof Carl Maria Splett von Danzig am 14. Januar 1940 an Papst Pius XII. schrieb:
Das polnische Volk solle sich um seine Lehrer und Priester scharen und gegen die Deutschen aufstehen. Daraufhin wurden unzählige Priester und Lehrer verhaftet und erschossen.
- Nach dem Krieg spielte der polnische Primas eine nicht minder erbärmliche Rolle. Mit betrügerischen Machenschaften erklärte er den rechtmäßigen deutschen Oberhirten im deutschen Osten, Kapitelsvikar Fr. Piontek, der anstelle des verstorbenen Kardinal Bertram die vorläufige Leitung des Erzbistums Breslau übernommen hatte, Bischof Kaller vom Ermland und den anderen deutschen Ordinarien, es sei der Wunsch des Heiligen Vaters, daß sie von ihrem Amt zurückträten.
Doch Pius XII. hatte mit keiner Silbe eine Andeutung gemacht, die im Sinne Hlonds hätte gedeutet werden können. Dieser erhielt auch keinerlei Vollmacht, wie er wahrheitswidrig behauptete, anstelle der von ihm mit Arglist verdrängten deutschen Oberhirten polnische Administratoren einzusetzen. Der Heilige Stuhl befand sich in einer schwierigen Situation. Wegen der starken Spannungen, die zwischen der Kirche und der kommunistischen Regierung herrschten, konnte er den Primas nicht öffentlich desavouieren. Aber im halbamtlichen Päpstlichen Jahrbuch nahm der Vatikan bis 1958 von den widerrechtlich errichteten "Neuordnungen" keinerlei Notiz.
Führende polnische Bischöfe setzten sich immer wieder über Recht und Gerechtigkeit hinweg, indem sie bei verschiedenen Gelegenheiten den Landraub als Werk der göttlichen Vorsehung und Gerechtigkeit priesen. Hiergegen heben (sich) wohltuend die Worte Papst Pius' XII. in seinem Hirtenwort vom 1.3.1948 ab:
"Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat. War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag zwölf Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verelendung preiszugeben? Sind die Opfer jenes Gegenschlags nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? ... Ist es wirklichkeitsfremd, wenn Wir wünschen und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehen rückgängig machen, soweit es sich rückgängig machen läßt?"
Daß es nach Überwindung des Hasses zu einer für alle Beteiligten gerechten friedenfördernden Lösung kommen möge, ist entscheidendes Anliegen des Buches von Franz Scholz, das nicht nur unsere Politiker, sondern alle, die ein in Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden vereintes Europa ersehnen, gründlich studieren sollten.<<

26.08.1995

Griechenland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. August 1995: >>**Kriegsopfer fordern Geld**
... Tausende Griechen, die während der dreieinhalbjährigen deutschen Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg Angehörige verloren haben oder in anderer Weise geschädigt wurden, wollen jetzt auf dem Rechtsweg Wiedergutmachungsansprüche durchsetzen. Sie wollen Deutschland vor griechischen Gerichten verklagen. Initiator ist der Präfekt der Provinz Böotien, Jannis Stamoulis. Die ersten Klagen sollen im September eingereicht werden.
"Die Deutschen sind verantwortlich für das Blutvergießen in Griechenland", sagte Stamoulis. Nach seinen Angaben wurden während des Zweiten Weltkrieges 130.000 Griechen von den deutschen Besatzern exekutiert. 300.000 Menschen erfroren oder verhungerten im Winter 1941/42. Ihre Hinterbliebenen hätten Anspruch auf Entschädigung. ...
Welche Erfolgsaussichten die Prozesse haben, ist unklar. Nach Einschätzung des Auswärtigen

Bonner Amtes sind sie völkerrechtlich unhaltbar. Es geht um Ansprüche in zweistelliger Milliardenhöhe. Schon 1946 bezifferten die Siegermächte die griechischen Reparationsforderungen aus der dreieinhalbjährigen Besatzungszeit auf 7,5 Milliarden Dollar.
Bonn meint dagegen, die Zahlung von Reparationen sei 1953 auf die Zeit nach dem Abschluß eines ausstehenden Friedensvertrags zwischen Deutschland und den Alliierten vertagt worden.<<

29.08.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. August 1995: >>**Schweineställe wurden "Tor zur Freiheit"**

Vor 50 Jahren wurde das Grenzdurchgangslager Friedland errichtet

... Das Grenzdurchgangslager Friedland wurde für Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern das Tor zur Freiheit. Am 21. September feiert das Lager in Anwesenheit von Bundespräsident Roman Herzog sein 50jähriges Bestehen.
Das ausgerechnet das kleine Dörfchen Friedland im Landkreis Göttingen einmal Schauplatz erschütternder Szenen werden würde, die die ganze Welt bewegten, lag sowohl an seiner geographischen Lage als auch an der politischen Entwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In Deutschland, das inzwischen in vier Besatzungszonen aufgeteilt war, gab es gewaltige Bevölkerungsbewegungen. Viele Einwohner aus dem Ruhrgebiet waren in den letzten Kriegsmonaten vor den Bombardierungen der Alliierten gen Osten evakuiert worden oder geflohen und wollten nun wieder zurück in ihre zerstörten Städte.
Aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie waren riesige Flüchtlingstrecks aufgebrochen, um sich vor den sowjetischen Truppen in Sicherheit zu bringen. Entlassene Kriegsgefangene machten sich auf den Rückweg in ihre Heimatorte. Schnittpunkt der Flüchtlingsströme wurde das Gebiet um Friedland, weil hier im südöstlichen Zipfel des späteren Bundeslandes Niedersachsen, die sowjetische, die britische und die amerikanische Zone aneinandergrenzten. ...
Vor allem der Flüchtlingsstrom von der sowjetischen in die britische Zone stellte die britischen Militärbehörden vor immer größere Probleme. Spätestens im September 1945 eskalierte die Lage. Täglich kamen mehr als 1.000 Flüchtlinge aus dem Osten im Kreis Göttingen an. Allein in der Nacht vom 5. auf den 6. September strömten 3.100 Menschen aus Thüringen in die Dörfer Rittmarshausen und Bremke. Um die Flüchtlingsbewegungen unter Kontrolle zu bekommen, ließ der britische Kreisoffizier von Göttingen, Oberstleutnant Perkins, schließlich die Viehställe beschlagnahmen.
Schon nach wenigen Tagen zeigte sich, daß sie nicht ausreichten. Die Kriegsgefangenen bauten deshalb auf einem höher gelegenen Rübenacker in der Nähe des Friedländer Bahnhofes ein größeres Flüchtlingslager aus Zelten und runden Wellblechbaracken, den sogenannten Nissenhütten. Seit 50 Jahren befindet sich das Lager Friedland auf diesem Gelände.
Anfang Oktober ordnete die britische Militärregierung an, daß jeder, der in die britische Zone einreiste, durch ein Auffang- und Durchgangslager zu gehen habe. Nur dort erhielten die Neuankömmlinge den begehrten Registrierschein, der geradezu lebensnotwendig wurde. Ohne Registrierschein gab es keine neuen Papiere, und ohne Papiere gab es keine Arbeit, keine Wohnung und vor allem keine Lebensmittelkarten.
Allein in den letzten Monaten des Jahres 1945 kamen 533.000 Menschen in das Lager Friedland. ...
Der erste Nachkriegswinter war für die Flüchtlinge mit großen Entbehrungen verbunden. Viele von ihnen mußten bei Temperaturen von bis zu 30 Grad im Freien übernachten. Einige erholten sich nicht mehr von den Strapazen ihrer Flucht: 66 Menschen, darunter 10 Kinder, starben in den ersten Jahren im Lager, die meisten von ihnen an Erschöpfung, Herzschwäche oder Unterernährung.
Diese Bilder des Elends kann Franz Binder bis heute nicht vergessen, ebensowenig die fahlen

Gesichter und ausgemergelten Gestalten der heimkehrenden Soldaten, die ab 1948 aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entlassen wurden. "Viele hatten gar keine Schuhe an, sondern nur Lappen um die Füße", erinnert sich Hilde Binder, die spätere Ehefrau des Lagerkochs. Sie lief damals immer auf die Straße hinaus oder hinüber ins Lager, um die Busse mit den Heimkehrern zu empfangen. Die Begrüßungsszenen auf dem Appellplatz des Lagers, wo schon viele Angehörige auf die Heimkehrer warteten, waren unbeschreiblich.
Nur die letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion kamen zunächst nicht. Erst Adenauers Moskau-Besuch im Herbst 1955 machte ihnen den Weg frei zur Heimkehr. Die Bilder vom begeisterten Empfang in der Heimat gingen damals um die ganze Welt, Friedland war endgültig das "Tor zur Freiheit".
Insgesamt sind seit 1945 rund 3,5 Millionen Menschen durch das Lager gegangen. Heute ist Friedland vor allem Erstaufnahmelager für die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. ...<<

22.09.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. September 1995: >>... Bundespräsident Roman Herzog hat vor Tendenzen zu einer Abschottung Deutschlands gewarnt. Auf der Feier zum 50jährigen Bestehen des Grenzdurchgangslagers Friedland bei Göttingen wandte er sich am Donnerstag gegen eine "Das Boot ist voll" - Mentalität. "Dies würde auf uns selber zurückfallen und unsere Gesellschaft menschlich und materiell ärmer machen. Die neuen Mitbürger bringen ja Tatkraft und Optimismus mit", sagte er.
Unterdrückung und Verfolgung, Not und Armut, Krieg und Anarchie trieben die Menschen in die Flucht. Diese Ursachen gelte es zu beseitigen.
Das Lager Friedland ... werde auch in den kommenden 10 bis 15 Jahren noch gebraucht, sagte der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD). Er erinnerte daran, daß neben 3,6 Millionen Deutschen auch Tausende von Flüchtlingen aus Ungarn, Chile, Vietnam, Sri Lanka und Albanien im Lager aufgenommen worden seien.<<

September 1995

China: Im September 1995 wird während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking das sogenannte "Gender-Mainstreaming" eingeführt. Es geht damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 13. Oktober 2012) über den Genderismus (x887/...): >>**Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung**
Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote sprechen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.
Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. Der ganze Unsinn dieses Gedankens kommt besonders in der Geschlechtergleichschaltung zum Ausdruck, die nicht etwa eine Geschlechtergleichberechtigung zur Folge hat, sondern die einer Geschlechterzerstörung gleichkommt.
Auch der in diesem Zusammenhang zu nennende Feminismus als Ideologie von der Führungsrolle der Frau erfüllt keine sinnvolle Funktion innerhalb unseres Staatswesens. Er ist fehl am Platze, denn er hat die Frau ihrer vordringlichen Rolle beraubt. Ebenso wie den Mann, der die Familie schützte, ernährte und ihr in bestimmten organisatorischen Aufgaben zur Seite stand. Das alles soll nun beseitigt werden. Der Daseinszweck des Mannes ist völlig in Frage gestellt. Indem man den Mann seiner typischen männlichen Aufgaben beraubt, entmannt man ihn sozi-

al und im weiteren Zuge dann auch wirtschaftlich und politisch. …
Wie wird nun das Ziel sozialer Entmannung und familiärer Zerstörung erreicht? Mit Niedrigentlohnung zum Beispiel. Lohndumping bei Männern führt zum Zwang der Mitarbeit der Ehefrau …
Dasselbe Symptom finden wir beim Staat, denn das falsche Denken hat überall seine Entsprechung. Dort herrscht auf Grund weichlich-weiblicher Machtstrukturen - auch wenn diese von Noch-Männern ausgeübt wird, ebenfalls der Hang zum Verkonsumieren und Genießen des Lebens und des dabei irrational ablaufenden Schuldenmachens. Die Bank wird sozusagen zur Übermutter der Gesellschaft. Das führt zu dem bekannten Privatisierungswahn, der auf dem Vertrauen in Bankkredite lebt und der den einstmals männlich und nach männlichen Prinzipien geführten Staat immer weiter schwächt - "Verschlankung" nennt man das.
Der von den führenden Machtgruppen geplante Weltstaat - dies wird immer als "Verschwörungstheorie" abgetan, obwohl es erwiesen ist - führt schließlich in die völlige Abhängigkeit der Geldverleiher, die sich ja schon vorher durch das irrationale, im Grunde verbrecherische Zinssystem zu ihrer jetzigen Macht entwickeln konnten. Man kann eben nicht mit Geld Geld verdienen.
Dies ist eine fundamentale Täuschung der sogenannten Kreditnehmer. Hinter jedem Geldbetrag muß zwingend die Arbeitskraft des Individuums stehen, sonst ist es kein Geld, sondern eine wertlose papierne Versprechung, für die erst noch gearbeitet werden muß.
Fazit: Wer das Männliche zerstört, zerstört letztlich auch das Volk, damit auch die Familie, ebenso die Frau, und führt durch das egoistische Konsumentenverhalten die gesamte Existenz auf diesem Planeten in Dauerkonflikte und damit in den Abgrund. Da nützen auch Gesetze nichts mehr. Das feministische Programm sowie auch die einseitige Intellektualisierung der Menschheit bei fortschreitendem Verlust der natürlichen Emotionen war ein Fehlprogramm. Was eigentlich hätte laufen müssen, wäre Demut vor den Naturgesetzen, bescheidene Lebensführung, echte Religiosität und Gemeinschaftsdenken. Dies alles war bei den sogenannten "Wilden" noch selbstverständlich. …
Die gesamte Zivilisation hat im Grunde versagt. Der Geist der Aufklärung ist in einem Ungeist des Materialismus zu Ende gegangen. Kultur, das also, was man pflegt, hat seinen Sinn verloren, denn inzwischen werden mehr und mehr kulturzerstörerische Dinge gepflegt. …
Zusätzlich wurde mit Angst vor der Hölle Geld verdient. Per Ablaß kaufte man sich davon frei, heute sind es die Spenden und die Wohltätigkeit derer, die ein schlechtes Gewissen haben. Und man bedient sich eines neuen Angstmechanismus, der Angst vor der "Klimakatastrophe". Ein neuer Ablaßhandel ist in Gang gekommen.
Sogenannte Demokratisierung, internetgesteuerte "Revolutionen" und die angeblich notwendige "Globalisierung" zur Erreichung optimaler Profitergebnisse des kapitalistischen Zinssystems sind die Instrumente der Machterhaltung geworden, für die jeder Preis gezahlt wird. Begleitendes Instrumentarium sind die Massenmedien, deren ausgesuchte und aussortierte Inhalte den Völkern das vorgeben, was zur Machterhaltung der bestehenden Systeme nützlich erscheint. Alles andere wird als Störwissen ausgeblendet.
Der zunehmende Verlust der Ethik, die Nichtbeachtung der Zehn Gebote, die sich in der Beliebigkeit von Lebensstilen und Verhaltensweisen zeigen, werden nun mit dem neuen Begriff der "Menschenrechte" getarnt, deren Definition aus neuen linken philosophischen Ideenküchen und Denkfabriken - die Frankfurter Schule läßt grüßen - der um ihr Leben kämpfenden Machtelite stammt. Sozialismus im Mäntelchen des Weltkapitals.
Nicht mehr Weltrevolution per Kommunismus, sondern Weltumerziehung per Medieninformation heißt die Devise. Links gilt also weiterhin als schick und förderungswürdig und wird chimärenhaft mit einer immanenten Friedens- und Wohlstandsversprechung gleichgesetzt. Zurück zu einem neuen, umgefärbten Kommunismus? Wir drehen uns im Kreis, und das Volk

macht auch noch mit.<<

02.10.1995

Griechenland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Oktober 1995 über griechische Schadenersatzforderungen für die deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg: >>**Athen will Reparationen**

... Bei den ausstehenden Reparationen handelt es sich um zweistellige Milliardenbeträge. Auf der Pariser Konferenz der Siegermächte wurden die griechischen Forderungen 1946 auf 7,5 Milliarden Dollar festgesetzt. Hinzu kommt die Rückzahlung einer vom Deutschen Reich bei der Bank von Griechenland aufgenommenen Zwangsanleihe von umgerechnet 135,8 Millionen Dollar. Welche Beträge sich daraus heute unter Anrechnung von Zinsen und Wechselkursveränderungen ergeben, ist strittig. Genannt werden Beträge zwischen 25 und 70 Milliarden Mark.

Deutschland verweigert bisher Zahlungen unter Berufung auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Damals wurden die Reparationszahlungen auf die Zeit nach Abschluß eines Friedensvertrages vertagt. Diese Position bekräftigte auch Bundeskanzler Helmut Kohl am vergangenen Donnerstag vor dem Europäischen Parlament.

In Griechenland interpretiert man jedoch das 1990 geschlossene "2+4-Abkommen" als Friedensvertrag und mahnt nun die ausstehenden Reparationen an.<<

03.10.1995

BRD: Lennart Meri (1929-2006, von 1992-2001 estnischer Staatspräsident) erklärt am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<

16.11.1995

Tschechien: Josef Zieleniec (von 1992-1997 tschechischer Minister für auswärtige Angelegenheiten) erklärt am 16. November 1995 während seiner Rede "Tschechen und Deutsche - Nachbarn im sich vereinigenden Europa" (x154/26-27): >>... Es besteht kein Zweifel daran, daß die Ereignisse dieses Jahrhunderts unermeßliches Leiden und Unrecht für viele unschuldige Menschen gebracht haben. Ein bewußt Kurzsichtiger wäre derjenige, der nicht zugeben würde; daß es Opfer und Unbill auf beiden Seiten gab.

Wir dürfen aber nie vergessen, daß die bewegten Kapitel unserer Geschichte ihre Ursachen und Folgern haben und daß Einzelheiten aus den gegenseitigen Zusammenhängen nicht herausgerissen werden können. Wir wollen aber zugeben, daß die kollektive Auffassung von Schuld und Vergeltung, egal ob gegründet auf der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse oder zu einem bestimmten Volk, immer auch vielen unschuldigen Menschen Unrecht bringen und nur immer neue Runden des Unbills in Bewegung setzen wird.

Zusammengefaßt: Wir wollen unsere Augen nicht vor der Vergangenheit verdecken, zugleich wollen wir sie aber nicht vor der Vergangenheit verschließen, die Zukunft zu verschatten. Wir wünschen nicht, daß die politischen und rechtlichen Diskussionen über unsere Gegenwart und Zukunft dominieren. Und wir wollen offen sagen, daß wir Schritte, die auf jegliche Weise das politische und rechtliche System des anderen Landes in Frage stellen würden, nicht akzeptieren werden.<<

17.11.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. November 1995: >>**SS-Maid Irma Grese galt als Symbol des Bösen**

Vor 50 Jahren: Britisches Militärgericht verurteil elf Belsen-Mörder zum Tode.

Mit elf Todesurteilen und 19 Freiheitsstrafen endete vor 50 Jahren in Lüneburg der erste

weltweit beachtete Kriegsverbrecherprozeß in Deutschland. ...
Mehr als 50.000 Häftlinge waren in dem Lager (Bergen-Belsen) gestorben. Trotz dieser bestialischen Bilanz wurden 14 Angeklagte freigesprochen. Nach britischem Recht konnte ihnen keine persönliche Schuld nachgewiesen werden.
Von den Briten in die Turnhalle (dort führte der britische Militärgerichtshof den Prozeß durch) befohlen, verfolgte auch deutsches Publikum den Prozeß. Nach 54 Verhandlungstagen verkündete das Gericht unter Vorsitz von Generalmajor Berney-Ficklin am 16. und 17. November 1945 die Urteile.
Elf SS-Angehörige wurden zum Tode verurteilt, unter ihnen KZ-Kommandant Josef Kramer und die Lagerführerin im Frauenlager, Irma Grese.
Die 22jährige wurde von der internationalen Presse zum Prototyp der rücksichtslosen SS-Maid und zum Symbol des Bösen erklärt. In Brutal-Comics spielt ihr "Typ" bis zur Gegenwart eine Rolle. In einem britischen Gerichtsbericht wurde sie als "aschblond und vollständig arisch" beschrieben. Sie besitze "die grausamsten Augen und den strengsten Mund, den je eine Frau hatte". Bergen-Belsen und "die Grese" wurden zum Inbegriff des Schrecklichen.
Kramer war zuvor Kommandant von Auschwitz-Birkenau. Auch Grese und viele andere Angeklagte kamen von Auschwitz nach Bergen-Belsen. So ging es in Lüneburg fast zwei Jahrzehnte vor dem Auschwitzprozeß von Frankfurt auch um die in Auschwitz verübten Verbrechen. Von Peinigern wie von Gepeinigten erfuhr die Welt erstmals etwas über die Vernichtungsmaschinerie der deutschen Konzentrationslager.
Am 13. Dezember 1945 wurden die Todesurteile am Galgen des Hamelner Zuchthauses vollstreckt. ...
Bergen-Belsen wurde am 15. April 1945 von britischen Soldaten befreit. Doch noch im Befreiungsmonat starben mehr als 18.000 Häftlinge an Entkräftung und Krankheiten. Mehrere Hundert Fälle von Kannibalismus während der Zeit der Gefangenschaft sind überliefert.
Bergen-Belsen ist auch ein Synonym für Mord durch Evakuierung. Je mehr das Deutsche Reich schrumpfte, desto mehr Häftlinge wurden aus anderen Konzentrationslagern in Todeskolonnen in die Lüneburger Heide geschickt. Bergen-Belsen blieb schließlich das letzte Auffanglager für die Insassen nahezu aller deutschen Konzentrationslager.<<

07.12.1995

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Dezember 1995: >>**Sklaven-Nachfahren abgeblitzt**

... Die Klage mehrerer schwarzer US-Bürger auf Schadenersatz für die Zeit der Sklaverei ist gescheitert. Ein Berufungsgericht in San Francisco (Kalifornien) kam zu dem Ergebnis, daß es nicht Sache der Justiz, sondern des Washingtoner Kongresses sei, über mögliche Entschädigungen zu entscheiden. Die Sklaverei in den USA war 1865 abgeschafft worden.
Die Kläger hatten von der US-Regierung 100 Millionen Dollar Entschädigung für das von ihren Vorfahren erlittene Unrecht verlangt. Sie forderten außerdem eine öffentliche Entschuldigung.
Das dreiköpfige Richtergremium in San Francisco nannte in einer schriftlichen Erklärung Sklaverei unentschuldbar. "Aber die gesetzgebende Institution ist der angemessene Ansprechpartner für die Beschwerden der Kläger", hieß es in der Begründung. ...
Bundesstaatsanwältin Mary Beth Uitti als Vertreterin der US-Regierung verurteilte die Sklavenhaltung als "böse, moralisch falsch und verabscheuungswürdig". Aber es liege nicht in der Hand der Justiz, über die Frage der Entschädigung zu entscheiden.<<

11.12.1995

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Focus" (50/1995) berichtet am 11. Dezember 1995 über ein Gespräch mit dem umstrittenen deutschen Historiker Ernst Nolte (löste 1986 den sog. "Historikerstreit" aus, seitdem führte jedes Nolte-Buch zu Eklats und Protesten): >>**... Sagen Sie**

mal, Ernst Nolte ... WIE LEBT ES SICH ALS GEÄCHTETER?
Nolte: Eine gewisse Einsamkeit ist notwendig für einen Menschen, der viel arbeitet und dessen Arbeiten sich nicht ganz im Kontext von zunftgemäßen Fragen bewegt, und sie wird durch diesen Zustand höchstens noch vertieft. Also ich lebe so, wie ich leben möchte, nämlich arbeitend.
FOCUS: Mit anderen Worten: Das Ergebnis des Wirbels, den Sie verursacht haben, ist die angenehme Ruhe des Parias?
Nolte: Von einer völligen Ächtung kann ja keine Rede sein. Der schweizerische Rundfunk hat unlängst ein langes Interview mit mir im ersten Programm gesendet; ich hatte vor kurzem Gespräche mit "L" Espresso" aus Mailand und dem "NRC Handelsblatt" aus Amsterdam; in Bälde wird ein langes Interview in einer Mailänder Kulturzeitschrift erscheinen. Ich bin im Ausland – zumal in Italien – bei weitem nicht so "geächtet" wie in Deutschland.
FOCUS: Eine Reihe linker bis linksliberaler italienischer Professoren und Universitätsdozenten hat im Sommer 1995 einen Appell für die Freiheit der Wissenschaft veröffentlicht und dabei den Fall Nolte als Beispiel für eine "Tendenz" angeführt, die "Redefreiheit, Pressefreiheit und Freiheit der Kultur" bedrohe. Sind Sie enttäuscht, weil von deutschen Fachkollegen bislang nichts dergleichen zu hören war?
Nolte: Das Merkwürdige ist, daß diese Linken die grundlegende Maxime der liberalen Gesellschaft, die der Meinungsfreiheit, besser verteidigen als die sozusagen professionellen Liberalen. Ich fand es in der Tat betrüblich, daß zwei angesehene deutsche wissenschaftliche Zeitschriften es abgelehnt haben, die – wenn man so will – gelehrte Version meines "Spiegel-Gesprächs" von 1994 zu drucken, und zwar offenkundig aus Furcht vor zu erwartenden Angriffen.
FOCUS: Den Historikerstreit haben Sie mit der Frage ausgelöst, ob ein "kausaler Nexus" zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus bestünde. Apropos kausaler Nexus: Glauben Sie, daß ein solcher besteht zwischen den Diffamierungen im Gefolge des Historikerstreits 1986/87 und dem anschließenden Brandanschlag auf Ihr Auto; zwischen den Denunziationen nach Erscheinen Ihres Buches "Streitpunkte" 1993 – so hat Margarita Mathiopoulos behauptet, Sie hätten die Solingen-Attentäter im Gefängnis besucht – und dem wenig später folgenden Überfall auf Sie in Berlin?
Nolte: Ein direkter Zusammenhang nicht. Im übrigen würde ich das Jahr 1986 noch gar nicht durch den Begriff Diffamierung kennzeichnen – das fing erst 1987/88 an, als, wenn ich so sagen darf, das zweite Glied in Aktion trat, all diese Leute, die da ihre kleinen Bücher und Artikel schrieben.
Diejenigen, die den Brandanschlag auf mein Auto verübten, müssen irgendwoher von dieser öffentlichen Kontroverse erfahren haben. Es gab ja einen recht eindeutigen Bekennerbrief. Das gleiche gilt für diesen Tränengas-Sprayanschlag. Irgendwann hat sich unter den, wie sie sich nennen, Antifaschisten die Meinung festgesetzt, daß ich nicht nur falsche Ansichten habe, sondern ein böser Faschist bin. Und da solche Dinge, wenn sie sich herumsprechen, immer gröber und eindeutiger werden, haben diese Leute in Berlin-Mitte sich durch die Ankündigung, ich würde einen Vortrag halten, offenbar herausgefordert gefühlt. Ich möchte da aber nur einen Kausalzusammenhang im abstraktesten Sinne annehmen.
FOCUS: Ein Faschist sind Sie ja offenbar nicht, aber irgendwie böse ...
Nolte: (lacht): Ja, böse ...
FOCUS: ... mitleidlos, skandalös unterkühlt.
Nolte: Es ist sicherlich nicht ganz falsch, daß angesichts solcher grausamen Ereignisse, wie sie teilweise mein Thema sind, wissenschaftliche Kühle etwas Herausforderndes und Negatives hat. Man übersieht dabei, daß diese meine Kühle nicht die des Mikroskop-Forschers ist, sondern es ist die Kühle des Mannes, der eben doch ein bißchen mehr weiß als die große

Menge dieser Betroffenen und Empörten. Nämlich beispielsweise, daß der Vorwurf entsetzlicher Verbrechen, wie er heute mit Recht gegen die Nationalsozialisten vorgebracht wird, nicht einzigartig ist, sondern auch in den 20er Jahren vorgebracht wurde – nur von anderen Menschen gegen eine andere Macht. Natürlich habe ich diese Literatur gelesen, so wie Hitler sie auch gelesen hat, und ich bin geradezu verpflichtet, dem nachzugehen, was sich in seinem Kopf abgespielt hat.
FOCUS: Sie meinen, weil die Vorstellungen in Hitlers Kopf für die Wirklichkeit letztlich entscheidender waren als die Wirklichkeitswahrnehmung in Tausenden normalen Köpfen?
Nolte: Ja sicher. Dieser kausale Zusammenhang zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus ist natürlich auf den ersten Blick kein anderer als der im Kopfe Hitlers und anderer Nationalsozialisten. Die Art und Weise, wie Hitler die Nachrichten über die russische Revolution aufgenommen hat, ist meines Erachtens so gravierend, daß man das gar nicht übersehen kann, zumal ihm noch in seiner spätesten Zeit dieselben Äußerungen über die Lippen kamen. Manche meinen, daß es kausale Zusammenhänge nur zwischen Dingen gibt, aber im praktischen Leben sind fast alle Zusammenhänge durch den Kopf vermittelt.
FOCUS: In der deutschen Öffentlichkeit dominiert die Meinung, daß jeder Vergleich bezüglich des Dritten Reichs automatisch eine Verharmlosung nach sich zöge wie der Blitz den Donner. Leuchtet Ihnen dieser Nexus ein?
Nolte: In Gestalt des von mir sogenannten negativen Nationalismus ist ja so etwas wie eine neue Religion entstanden, die viele Leute einfach brauchen. Man möchte irgendwo ein absolutes Böses haben, um es mit völlig gutem Gewissen bekämpfen zu können und sich gleichzeitig auf der Seite des absolut Guten zu wähnen. Darüber, daß man solche Vorgänge, wie sie durch den Namen Auschwitz abgekürzt bezeichnet werden, als etwas ganz Entsetzliches betrachtet, muß nicht erst diskutiert werden, aber sie sind nach meiner Ansicht immer noch nicht das absolute Böse und können auch nicht aus dem geschichtlichen Kontext herausgelöst beurteilt werden. Aber da verteidigen diese "neuen Religiösen" sozusagen ihren Glauben. Und wer einen Glauben verteidigt, wird oft fanatisch.
FOCUS: Das gilt natürlich nicht für Sie.
Nolte: Ich habe eben keinen politischen Glauben, und deshalb bin ich auch kein politischer Fanatiker.
FOCUS: Bei der Lektüre Ihrer Bücher kann man durchaus den Eindruck gewinnen, daß Sie, über Ihre Thesen hinaus, den Leser zusätzlich durch Euphemismen provozieren wollen. Falsch?
Nolte: So formuliert halte ich es für mindestens übertrieben. Ich bin durch meine philosophische Herkunft mitbestimmt, so daß man mir, wohl mehr als bei den meisten anderen Historikern, die Ehre antun müßte, meine Sätze sorgfältig zu lesen, zu wägen und in den Zusammenhang zu stellen, aber diese Art Lektüre ist mir leider selten zuteil geworden. Wenn man meine Aussagen vergröbert, bedingende Vor- und erklärende Nachsätze ausläßt, kann man mich sehr leicht uminterpretieren. Diese Art des Umgangs mit mir bin ich gewöhnt, und ich habe fast schon die Hoffnung verloren, daß ich das noch zurechtrücken könnte.
FOCUS: Ihre Texte sind durchsetzt vom Wort "aber". "Die Aber", sagt die Gräfin Orsina in Lessings "Emilia Galotti", "kosten Überlegung."
Nolte: Richtig. Manche nennen das ja Dialektik. Es bedeutet, daß viele Aussagen für sich allein nicht vollständig sind; es muß noch etwas hinzugefügt werden.
FOCUS: Wenn Sie, wie Sie sagen, kein politischer Fanatismus leitet, dann könnten Sie also die Grünen wählen und trotzdem dieselbe Geschichtsphilosophie vertreten?
Nolte: Im Prinzip ja, und ich wurde ja vor 30 Jahren im allgemeinen den Linken zugerechnet. Ich hätte trotzdem Bedenken, weil sich in dieser Partei besonders viele und hartnäckige Vertreter der erwähnten quasireligiösen These befinden, an deren Seite ich mich schlecht stellen

kann. Deshalb habe ich ja die Existenz einer radikalen Rechtspartei gefordert, und das hat natürlich besonders viel Zorn erregt, obwohl man sich eigentlich sagen müßte: Entweder bejaht man das pluralistische System – dann muß man auch bejahen, daß es nicht nur eine Linke, sondern auch eine Rechte gibt -, oder man bejaht es nicht.
FOCUS: Diese Partei wäre für Sie ein Pendant zu den Grünen?
Nolte: Nein. Früher habe ich gedacht, das Grün wäre nur die Tarnfarbe. Die radikale – nicht extreme, ich mache da einen großen Unterschied – linke Partei existiert in Form der PDS. Sie existiert nicht nur, sondern ist faktisch auch anerkannt, und das halte ich für richtig. Aber dann muß es eben auch ein Gegengewicht geben, das nicht nur existiert, sondern ebenfalls anerkannt ist.
FOCUS: Sie haben mit einer Bemerkung Entrüstung ausgelöst, die der Geschichtspublizist Sebastian Haffner schon 17 Jahre vor Ihnen machte, nämlich: Man könne Hitlers Krieg auch tendenziell als europäischen Einigungskrieg betrachten. Heute ist eine europäische Einigung unter entschieden freundlicheren Bedingungen möglich. Hält es der Geschichtsdenker für wünschenswert, daß Europa, nachdem es 50 Jahre – auch als Folge des Hitler-Fiaskos – von außen dominiert wurde, wieder eine selbständige, offensive Rolle in der Weltpolitik spielt?
Nolte: In diesem Punkt habe ich immer etwas mit den französischen Linken sympathisiert, die gar nicht so sehr im Politischen, sondern im Kulturellen antiamerikanisch sind. Wenn Europa, von wo die Menschheitskultur doch zu einem großen Teil ausgegangen ist, zu einem bloßen Satelliten der USA würde – und das sieht auf vielen Gebieten ja so aus -, wäre das beklagenswert. Es muß ja nicht gleich Abkopplung sein, aber ein sowohl militärisch als auch geistig selbstbewußteres und unabhängigeres Europa halte ich für wünschbar.
FOCUS: Mit universellem Anspruch?
Nolte: Nein, das gerade nicht. Das ist von Hitler mit einer solchen Intensität und Übertreibung betrieben worden, dahin können und sollten wir nicht zurück. Wir sind hinfort eine unter den Weltkulturen, damit müssen wir es genug sein lassen – aber wir müssen nicht notwendigerweise eine Satellitenkultur sein. Wenn man heute überhaupt den Ausdruck Nationalismus gebrauchen will, kann es nur noch ein defensiver Nationalismus sein, und auch der Europäismus kann meines Erachtens nur noch defensiv sein. Große Missionsideen werden wir nicht mehr entwickeln können, sondern wir müssen sehen, daß wir keine allzu dürftige Rolle in dieser künftigen einen Welt spielen.
FOCUS: Diese eine Welt ist normalerweise ein Schreckgespenst für Konservative. Sie sprechen das große Wort so gelassen aus?
Nolte: Was ich mir in der Tat wünsche, ist, daß unsere Nachfahren nicht völlig aufgehen in dem, was eine Reihe von Denkern Nachgeschichte genannt hat und was Heidegger die Weltzivilisation nannte. Ich glaube aber, daß vorläufig nicht mehr aufrechterhalten werden kann als die Überzeugung, daß auch die Weltzivilisation, so mächtig sie ist, nicht das letzte Wort für die Menschheit sein kann.
FOCUS: Würden Sie bitte zu den folgenden Personen einen Satz sagen: Jürgen Habermas?
Nolte: Er ist auf jeden Fall ein bedeutender Kopf. Gleichzeitig ist er dasjenige, als was er sich auch selbst charakterisiert hat, nämlich ein Produkt der Umerziehung. Insofern halte ich es nicht für Zufall, daß wir beide damals in einen Konflikt geraten sind.
FOCUS: Ernst Jünger.
Nolte: Ich halte ihn für eine der großen repräsentativen Persönlichkeiten dieses Jahrhunderts, und wer dauernd auf dem herumreitet, was er während der 20er Jahre geschrieben hat, erweist sich damit als enger Kopf.
FOCUS: Joschka Fischer.
Nolte: Ich weiß nicht viel von ihm. Wenn ich es recht sehe, ist er wohl ein Beispiel für einen weitverbreiteten Vorgang, nämlich, daß junge Linke zwar nicht alte Rechte, aber im Alter

doch sehr viel überlegter und, wenn man so will, vernünftiger werden.
FOCUS: Rudolf Augstein.
Nolte: Wir sind Repräsentanten einer Generation, sogar desselben Jahrgangs; wir haben die entferntesten Wege eingeschlagen und trotzdem eine gewisse innere Nähe und vielleicht sogar versteckte Sympathie nicht verbergen können. Es handelt sich einfach um zwei verwandte Arten von Intellektualität.
FOCUS: War Martin Heidegger auch ein Intellektueller?
Nolte: Nein. Heidegger ist eine andere Qualität. Zu ihm kann ich aufschauen, und ich kann nicht sagen, er repräsentiert etwas ähnliches wie ich.
FOCUS: Marx und Nietzsche dagegen haben Sie als Intellektuelle definiert. Also steht Heidegger in Ihrem Wertekosmos über ihnen?
Nolte: Ich glaube, ja.
FOCUS: Gibt es irgendeinen Autor, den Sie nicht verstanden haben?
Nolte: So paradox es scheint: Das ist kein anderer als Heidegger, über den ich ein Buch geschrieben habe. Bei ihm hatte ich aber immer den Eindruck, ich kann ihn in seinem Verhältnis zu Politik und Geschichte darstellen, und das ist ja der Gegenstand des Buchs, aber auf die inneren Gründe komme ich nicht. Heidegger ist derjenige, dem gegenüber ich am ehesten so etwas wie Verzweiflung oder ein Gefühl eigener Unfähigkeit empfunden habe. ...<<

Österreich: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (50/1995) berichtet am 11. Dezember 1995: >>**Verstörte Seelen**

Das Ende der Sonderrolle und der Anschluß an Europa zeigen Wirkung: Viele Österreicher sind verunsichert und suchen neuen Halt. Wird der Rechts-Populist Jörg Haider bei den Wahlen am Sonntag der große Gewinner?

Hom's des gsehn?" wendet sich eine aufgebrachte Dame an Burgtheaterdichter Peter Turrini, als der in die Praterstraße einbiegt. "Zwa Neger!" ruft sie und zeigt mit dem Finger auf die Passanten.

In der Wiener Leopoldstadt wohnten zwischen den Weltkriegen 130.000 Ostjuden, jetzt sind Türken und viele Österreicher mit tschechischen und ungarischen Familiennamen in dem Viertel heimisch. Aber Afrikaner?

Der Dichter versucht, die Dame zu beruhigen: Schwarze gebe es doch heutzutage überall, selbst in deutschen Dörfern ließen sie sich nieder. Die Frau mag ihm nicht glauben: "Nein", sagt sie, "des kann ned sein."

Turrinis Künstlerkollege Kurt Ostbahn kämpft mit ähnlichen Verständigungsschwierigkeiten. Der bacchantische Musiker widmete zuletzt ein ganzes Arbeitsjahr dem Wiener Integrationshaus, das vor allem bosnische Flüchtlingsfamilien betreut. Für rechtsradikale Bombenleger wurde er so zum Inländerfeind Nummer eins, zumal Ostbahn mit bürgerlichem Namen Willi Resetarits heißt und aus einer kroatischen Enklave im Burgenland stammt, dem 1.450 Einwohner zählenden Stinatz.

Im Februar zerfetzte ein Sprengsatz vier Zigeuner in Oberwart, im nahen Stinatz explodierte eine Bombe neben dem Kinderspielplatz. Beim Besuch in der Heimatgemeinde bekam Resetarits bittere Vorwürfe zu hören. "Warum macht ihr so einen Wirbel da oben in Wien", klagten Bekannte über ihn und seine Freunde, "seht's ned, was ihr bei uns anrichtet?"

Viele Österreicher verstehen die Welt nicht mehr. Seit der Eiserne Vorhang gefallen ist, leben sie in einem grotesken Abwehrkampf gegen die Veränderungen und den Verlust der alten Gemütlichkeit. Den Schutz, den ihnen früher die abgeschottete Grenze vor dem unheimlichen Fremden bot, erhoffen sie sich jetzt von einer politischen Wende: Bis zu 27 Prozent aller Wähler könnten Jörg Haiders rechtspopulistischer Bewegung bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am kommenden Sonntag ihre Stimme geben; mit den zu erwartenden 28 Prozent für die konservative ÖVP kämen 55 Prozent für eine neue rechtsbürgerliche Koalition zu-

sammen.
Für Österreich wäre das eine Zäsur, wohl der größte Einschnitt seit dem Staatsvertrag 1955, der das Land von den Besatzungsmächten befreite und der Alpenrepublik die Souveränität zurückgab.
Ein mächtiger schwarz-blauer Bürgerblock wäre damit geboren, selbst wenn die Sozialdemokraten weiterhin die stimmenstärkste Fraktion bilden sollten. Bei den Wahlen im vergangenen Jahr lag die sozialdemokratische SPÖ noch bei 34,9, die ÖVP bei 27,7 und Jörg Haiders Freiheitliche (kurz: F) bei 22,5 Prozent.
"Diesmal ist alles möglich", sagt ein führender SPÖ-Stratege, "weil keiner der Kanzlerkandidaten wirklich die Mehrzahl der Wähler überzeugt" - weder der amtierende Franz Vranitzky (SPÖ) noch ÖVP-Herausforderer Wolfgang Schüssel oder F-Führer Haider. Wenige Tage vor der Wahl war ein Drittel der Stimmbürger noch unentschlossen.
Unüberhörbar ist nach 25 Jahren sozialdemokratischer Kanzlerschaft der Ruf "Weg mit den Roten". Der alerte Schüssel jedenfalls kennt gegenüber dem "politischen Ziehvater des rechtsextremen Terrorismus", wie Haider nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs genannt werden darf, keine Abgrenzungsprobleme.
Wie ein ehrgeiziger Lehrling kopierte Schüssel im Wahlkampf den rechten Demagogen, moderater zwar im Stil, aber im Inhalt stets verwechselbar. Wie Haider beklagte der ÖVP-Chef Sozialmißbrauch und wetterte gegen "Privilegienritter". Zu den Budgetdefiziten, die nicht schlimmer sind als die anderer europäischer Staaten, fiel ihm der Alarmbegriff "Staatsnotstand" ein.
Seine Partei zog beim Rechtsruck widerspruchslos mit, wittert sie doch die Chance, durch eine Verhaiderung endlich wieder den Kanzler stellen zu können. In Österreich habe er "noch nie so deutlich gespürt: Wir sind auf dem Vormarsch", jubelte Helmut Kohl bei seinem Wahlkampfbesuch in der Wiener Hofburg, ganz so, als ob die ÖVP mit deutscher Kanzlerhilfe knapp vor der absoluten Mehrheit stünde.
Dabei hat sich Schüssel, der im Oktober die Große Koalition mit den Sozialdemokraten ohne Not platzen ließ, vermutlich verspekuliert: Er ist angetreten, um die SPÖ zu überholen. Doch in keiner Meinungsumfrage konnte er sich bislang an die Spitze schieben.
Schüssel gelänge es dann nur, mit Hilfe Haiders Kanzler zu werden - und er wird dies wohl auch versuchen. Haider, 45, der in den vergangenen Jahren von Wahl zu Wahl zulegen konnte, steht so vor seinem nächsten Karrieresprung: Er würde zum Kanzlermacher. Seine Anhänger kommen aus allen Schichten, sie sind gleichermaßen jung und alt, wohlhabend und ohne Arbeit, gebildet und ahnungslos. Genüßlich bearbeitet er bei seinen Kundgebungen die Menge, die ihn im Gegenzug auffordert, "jetzt dieses Österreich zu retten".
Ist Haider ein ungewöhnlich geschickter politischer Rattenfänger, der noch in vielen Ländern seine Nachahmer finden wird?
Sicherlich eignet sich der trickreiche Österreicher als Prototyp einer neuen, europaweiten Rechten, die sich auf die millionenfache wirtschaftliche Verunsicherung seit dem Mauerfall stützt.
Professionell schürt er die Ängste vor Veränderung, Modernisierung und Einwanderung. Kein Zufall, daß ihm gerade in Österreich so viele Menschen applaudieren. Kein anderes westliches Land reagierte mit vergleichbarem Unverständnis und demonstrativer Abwehr auf die Öffnung nach Osten. Denn die Donau-Republik profitierte wie kaum ein anderer Staat vom Kalten Krieg.
Gemütlich konnte sich das kleine Alpenland jahrzehntelang im Widerstreit der Systeme einrichten. Ein bisserl Planwirtschaft, ein bisserl Markt beim Handel mit der EU - und das schöne Österreich florierte.
Die "immerwährende Neutralität", wie sie der Staatsvertrag vorsah, wurde zum neuen Glau-

bensbekenntnis. Nach dem Abzug der Alliierten waren Ausländer beliebt, solange sie den Tourismus ankurbelten; Ostflüchtlinge wurden gern aufgenommen, solange sie sich brav integrierten, oder, besser noch, das Land schnell wieder verließen. Für die ostdeutschen Trabi-Kolonnen 1989 stellten Österreichs Gendarmen fürsorglich große Schilder entlang der Autobahnen auf, um ihnen den kürzesten Weg in die Bundesrepublik zu weisen.
In der Aufschwungs-Idylle mit gut ausgelasteten Hotels fiel niemandem auf, daß sich politische Fehler häuften. 40 Milliarden Schilling, knapp 6 Milliarden Mark, pumpten die Große Koalition und Wiens Gemeinderat in Finanzierungshilfen für Ostgeschäfte mit zweifelhaften Partnern. Jetzt sind uneinklagbare Forderungen etwa für den Bau polnischer Schlachthäuser Wahlkampfmunition der Opposition.
Dabei ist Österreichs Ostengagement nicht zu groß, sondern eher zu bescheiden geraten. In Prag ließen sich mehr als 1.000 transnationale Firmen nieder, in Budapest kaum weniger. Wien aber verliert den Anschluß. Die 54 Kilometer lange Straßenverbindung nach Bratislava etwa, ein altrömischer Handelsweg, führt noch immer einspurig durch das mittelalterliche Wiener Tor von Hainburg. Der Verkehr hat sich in den vergangenen fünf Jahren verzwanzigfacht, doch wer in Österreichs Hauptstadt will, muß warten.
Hundert Kilometer Grenze mit der Slowakei blieben bis vor kurzem Niemandsland, erst dann wurde ein Übergang über die March eingerichtet - und der ist eine Pontonbrücke, da die Österreicher eine Zigeuner-Invasion fürchten.
Längst ist Prag dabei, Wien als Touristenmetropole zu überflügeln. Statt wieder in den Mittelpunkt Europas zu rücken, flüchtet die Mehrheit der Österreicher in eine neue Selbstabschottung. 85.000 Menschen aus Ex-Jugoslawien wurde noch Zutritt gewährt, dann schienen Kriegsgreuel die Hilfsbereitschaft zu überfordern. Die Große Koalition verschärfte Asyl- und Aufenthaltsgesetze und beförderte das Land bei der Integrationspolitik an die letzte Stelle aller westeuropäischen Staaten: Der Zuzug von Ausländern ist unerwünscht, Familienzusammenführung nur im Rahmen scharfer Quoten möglich.
Ausländische Arbeitnehmer finanzieren über ihre Steuern zwar den sozialen Wohnungsbau mit, die begehrten Gemeindewohnungen bleiben ihnen aber versperrt, auch von Mietbeihilfen sind sie ausgeschlossen. Fröhlich nannte Haider den früheren sozialdemokratischen Innenminister Franz Löschnak "meinen besten Mann in der Regierung".
Das Hurra der Österreicher zu Europa - 66,6 Prozent der Wähler bejahten im Juni vergangenen Jahres den EU-Beitritt - galt denn auch weniger der längst fälligen Öffnung des Landes. Die Flucht in die EU schien vielmehr die Chance zu eröffnen, möglichst viel so zu lassen, wie es ist - und neue Dämme zu errichten.
Immerhin beträgt die Arbeitslosenquote nur die Hälfte des EU-Durchschnitts, die Beinahe-Vollbeschäftigung bei Jugendlichen wird mit großzügigen Frühpensionsregelungen teuer erkauft. Österreich ist das drittreichste EU-Mitglied, die Sozialleistungen sind großzügig: Müttern etwa wird ein zweites Erziehungsjahr bezahlt. Wien zählt zu den intaktesten Großstädten der Erde, das Kulturangebot wird nur von wenigen Metropolen übertroffen.
Doch die EU riß jäh die Türen der ökonomisch "geschützten Werkstätte" (so die Wiener Presse) auf, in der es sich Österreich über die Jahrzehnte so bequem eingerichtet hatte. Für Wirtschaftskundige nicht unerwartet, aber zur Verblüffung der Alpenländler, schlitterten bekannte Industriebetriebe in Konkursnähe, unter ihnen die meisten Skifabrikanten und der Handelsriese Konsum. Die Stadt Salzburg will die Milch für die Altenheime inzwischen in Bayern bestellen - sie ist dort billiger.
Ein Aufschrei der Wehleidigkeit geht jetzt durch die Republik, zumal sich das Bayernwerk bei einem österreichischen Energieversorger eingekauft hat. Importierte Lebensmittel verdrängen überall heimische Waren aus den Supermarktregalen. Der Arbeitsmarkt gerät wie in fast allen Industrieländern ins Rutschen, da trotz guter Konjunktur die Beschäftigtenzahlen erstmals

deutlich sinken. Zehntausende Bauern mit zu kleinen Höfen kämpfen um ihre wohlsubventionierte Existenz. "Wir wollen den Ausverkauf Österreichs verhindern", behauptet Schüssel, der sechs Jahre als Wirtschaftsminister amtierte.
Aber wie? Potente Kapitalisten waren in Österreich schon zu Kaiser Franz Josefs Zeiten rar; internationale Firmenbeteiligungen sind im EU-Europa ohnehin selbstverständlich; ohne ausländische Partner sind nur wenige Sparten auf Dauer überlebensfähig, nicht einmal die meisten Banken und Versicherungen.
Langsam wird den Österreichern auch klar, daß sie im internationalen Vergleich eher unterqualifiziert sind. Während in der OECD, dem Klub der führenden Industriestaaten, durchschnittlich jeder fünfte Bürger eine höhere Bildung vorweisen kann als das Abitur, sind das in Österreich gerade sieben Prozent. Dafür brauchen die wenigen Studenten für ihre Ausbildung wesentlich länger als Kommilitonen in den meisten anderen Ländern, stolze 13 Semester. Pro Kopf der Bevölkerung werden in Österreich auch nur halb so viele Qualitätszeitungen gekauft und Bücher gelesen wie in vergleichbaren Staaten. Und Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll brüstet sich, bislang nur ein einziges Buch gelesen zu haben: Karl Mays "Schatz im Silbersee".
Selbstbezogen, mit Angst vor Fremden, ökonomisch verunsichert - so ein Staatsbürgerprofil bringt furchtsame Wähler hervor, verstörte Seelen, die nur allzugern Schutz bei Heilsversprechern suchen.
Erfolgreich locken Haiders Freiheitliche die Frustrierten und vermeintlichen Verlierer auf ihre Seite. Angesprochen fühlen sich im Land der kunstvollen Nörgler und Neider auch Zehntausende, die um ihre Privilegien als Lehrer oder Postbeamte bangen, weil den Regierenden das Budget außer Kontrolle geriet.
Angst wird die Wahl entscheiden, und sie ist ausgeprägt in allen Lagern. Am stärksten bei den Künstlern, die dem Land soviel Beachtung eingebracht haben. Viele schweigen demonstrativ, neben Turrini auch die Schriftstellerin Elfriede Jelinek: "Ich sage nichts aus Sorge, daß alles, was ich jetzt noch sage, schwarz-blau nur nützen könnte."
Ein Aufschrei der Wehleidigkeit geht durch das Land.
Selbstbezogen, ängstlich und ökonomisch verunsichert.<<

31.12.1995

Tschechien: Die tschechische Schriftstellerin Eva Kanturková schreibt im Jahre 1995 über den "Abschub" der Sudetendeutschen (x154/30): >>Mit dem Balkankrieg und seinen ethnischen Säuberungen vertiefte sich notwendigerweise auch der Blick auf den "Abschub" der böhmischen und mährischen Deutschen.
Ich empfinde die "ethnische Säuberung" des Gebietes der heutigen Tschechischen Republik als einen langfristigen, komplizierten und sich steigernden Prozeß, der einige Gipfel aufweist, und nicht immer durch die Tschechen verursacht wurde. Das Münchener Abkommen, die nationalsozialistische Okkupation des Landes, der Krieg, die Niederlage des Nationalsozialismus, die sich durchsetzende kommunistische Totalität, die Niederlage des Kommunismus und schließlich der Umsturz nach dem November 1989 sind nur Begleitumstände eines Prozesses, der den Anschein erweckt, von seiner eigenen Energie getragen zu werden.
Am deutlichsten wird dieser Prozeß der "ethnischen Säuberung" im sogenannten "Abschub" der Deutschen aufgrund der Benes-Dekrete: das war die Nachkriegsrache der Besiegten für das vom Nationalsozialismus verursachte Leid. Eine Rache, abgeschmackt grob, die durch den "Abschub" nicht beendet war.
Die verbliebene deutsche Minderheit lebte unter dem Kommunismus in einer nichtvollberechtigten Lage, die durch das Nichtrespektieren ihres Deutschtums noch mißlicher wurde. Ihre Mitglieder verließen das Land. Zur Aussiedlung der Deutschen gehört auch der Verlust der starken deutsch-jüdischen Kultur, die durch den deutschen Nationalsozialismus ausgerottet

wurde. Und nicht nur Prag, auch andere große Städte haben ihre deutsche Kultursubstanz verloren. ...
Also: wenn ich die winzige Minderheit der Roma außer acht lasse und auch die restliche ausdruckslose deutsche Minorität, finden wir am Ende dieses Prozesses eine ethisch reine Tschechische Republik wie aus einem Guß, die jedoch kulturell, innen- und geopolitisch, sittlich und geistig geschwächt ist. ...<<
Der tschechische Schriftsteller Jiri S. Kupka schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/32): >>Ich ziehe nach 50 Jahren den Transfer nicht in Zweifel, und ich sage Ihnen warum: Kleine Völker sind gute "Schmerzleiter".
Die Tschechen sind im Westen, im Norden und im Süden durch das deutsche Volk umgeben, das sie numerisch um das Achtfache übertrifft. Vom Anfang der gemeinsamen Geschichte an widerstanden nur sehr wenige deutsche Herrscher der Versuchung, sich des tschechischen Staates durch Gewalt zu bemächtigen. Darüber hinaus: zwischen den Jahren 1620 und 1918, also 3 Jahrhunderte, mußten die Tschechen einer Obrigkeit gehorchen, die sie auf deutsch befehligte. Wenn ein in Reichenberg geborener Korporal einen tschechischen Rekruten mit dem Stock bestrafte, forderte ihn der Offizier auf: "Hau nur zu – es ist ein Böhm'!"
Diese fast tausendjährige Erfahrung im Schmerz kann nicht ohne Spuren in der Psyche und im Gedächtnis des Volkes zurückbleiben.
Nach 1918 wurde die Selbständigkeit des tschechischen Staates wiederhergestellt und die Slowakei angeschlossen. Die Republik erreichte dann schnell große Erfolge in Wirtschaft, Kultur und Festigung der Demokratie. Und kaum ging es aufwärts, schon tauchte wieder die deutsche Gefahr auf, diesmal in der Form des Dritten Reiches. Unsere deutschen Mitbürger in den Grenzgebieten hatten in ihrer erdrückenden Mehrheit dazu beigetragen, daß sich diese Gefahr in Terror verwandelte.
Den Schmerz, den die Tschechen jahrhundertelang zu fühlen bekamen, und die Brutalität der deutschen Okkupation, als sich unser Volk fast schon im Vorzimmer des Todes befand, führten zu der Entscheidung - die letzten Endes auch die siegreichen Großmächte der Anti-Hitler-Koalition sanktioniert hatten - die Deutschen aus den historischen Grenzen des tschechischen Staates auszusiedeln.
Deswegen ziehe ich auch nach fünfzig Jahren diese Maßnahme nicht in Zweifel. Die Geschehnisse kann man nämlich nicht aus den historischen Zusammenhängen herausreißen.
Was ich am Transfer auch nach einem halben Jahrhundert noch für verurteilungswürdig halte, das sind die Grausamkeiten, von denen er begleitet war. Verbrochen haben sie diejenigen Tschechen, welche an wehrlosen Menschen ihre zu spät erwachte Tapferkeit beweisen wollten. ...<<
Der Journalist und Schriftsteller Gabriel Laub (1928-1998) schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/33): >>Nach fünfzig Jahren ändert sich alles. Die Vertreibung der deutschen Bürger der Tschechoslowakei war ein Teil des Krieges, auch wenn der Krieg schon vorbei war. Ich weiß, daß es mich nicht aufgeregt hat, ich sah dies damals wie alle anderen, nämlich als einen normalen Akt der Beendigung des Krieges.
Daß dabei diese Bestialitäten geschahen, daß Menschen gemordet, erniedrigt und gequält wurden, das ist natürlich ein Verbrechen, das waren Straftaten, die wohl nicht vom Staat angeordnet, oder nicht die Sache des ganzen Volkes waren, sondern eine Angelegenheit verschiedener Einzelgänger, die bei solch einer Kriegsaktion, ihre Feigheit, ihre Sadismen, ihr Begehren, jemanden zu beherrschen oder jemanden zu quälen, ausleben konnten.
Heute nach 50 Jahren, sieht die Sache natürlich anders aus. Es gibt Dinge, die die Verständigung zwischen den Völkern behindern, wie zum Beispiel das Verlangen nach Entschädigung. Andererseits, wenn man mit den ehemaligen Sudetendeutschen oder ihren Nachkommen spricht, würde niemand in Wirklichkeit auf Dauer zurückkehren wollen.

Einfach ein paar Politiker – und zwar zweit- bis drittklassige Politiker – leben sich mit dieser Thematik aus, damit sie ein wenig Popularität gewinnen, und um ihr politisches Business zu treiben.
Deutschland als Einheit, das deutsche Volk, oder die Bürger Deutschlands als Ganzheit interessieren sich dafür überhaupt nicht. Sie lesen es in der Zeitung und übergehen es.
Vorgestern habe ich mit einem Kabarettisten gesprochen, der aus dem Sudetenland stammt, wohl dort noch geboren war, und ich fragte ihn: "Wollen sie dorthin zurück?" "Aber nein", antwortete er, "das will vermutlich niemand."
Also ist die ganze Angelegenheit ein Spielball im politischen Spiel, ein einst im Blut gebadeter Spielball, der heute nur noch ein aufgeblasener Ballon ist.<<
Der tschechische Journalist Jiri Loewy (1930-2004) schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/33-34): >>Ich glaube, daß ich in den vergangenen fünfzig Jahren meinen grundsätzlichen Standpunkt nicht revidieren mußte. Was der Verlust der Heimat bedeutet, habe ich schon als Achtjähriger erfahren – als ich mit Vater und Mutter 1938 nach dem Münchener Diktat Nordböhmen verlassen mußte.
Die vermeintliche Heimat, in die ich sofort zurückgekehrt bin, sobald dies technisch möglich war – wohl am 15. oder 16. Mai 1945, als die Züge von Prag aus weiter fuhren als nur bis Böhmisch Leipa – diese Heimat war derart verändert, daß ich sie kaum wiedererkennen konnte. Und sie veränderte sich weiter mit jedem Tag. Aber nicht zum Besseren.
... Die sehr frühe Rückkehr in die einstige Heimat hatte zur Folge, daß ich als 15jähriger - frühzeitig reif durch das Erlebnis von Krieg und Holocaust – aus nächster Nähe sehen konnte, was eine "ethnische Säuberung", diesmal mit umgekehrten Vorzeichen, bedeuten kann. Ich wurde Augenzeuge, wie die Soldateska eines Oberstleutnant Voves ihr Unwesen trieb – und das alles mit einem wesentlichen Zeitvorsprung, also lange vor der Potsdamer Konferenz, auf die sich heute noch die Apologeten des sogenannten "Abschubs" alibistisch berufen.
Meine feste und unabänderliche Überzeugung lautet, daß kein einziger Staat auf dieser Welt das Recht beanspruchen darf, seine Bürger ihres Lebens, ihrer Heimat und ihres rechtmäßigen Besitzes zu berauben. Die Staaten und Regierungen haben einst wir Menschen geschaffen, damit sie uns schützen und uns dienen. Der Staat ist unsere Institution, und er ist angewiesen auf unsere, zumindest passive - Loyalität.
Nie hätten wir zulassen dürfen, daß sich ein guter Diener zu einem bösen Herren aufwirft, der sich über uns alle erhebt und darüber entscheidet, wer von uns leben kann oder sein Leben lassen muß, wer von dort ansässig sein darf, wo er geboren wurde und wo die Gräber seiner Ahnen liegen.
Wir sollten die auf den Kopf gestellte Problematik wieder auf die Beine stellen. Wenn es uns gelingt, die künstlichen Gedankenkonstruktionen fallen zu lassen, die uns nach und nach von den Lakaien des vergötterten Staates aufgezwungen worden sind, kehren wir dereinst zum natürlichen Recht Gottes und der Menschen zurück. Und dann wird es keinen Zweifel mehr geben, daß kein Regierungsprogramm irgendeines Staates, keine Institution dieser Welt dem Sittengesetz übergeordnet sein darf, daß wir in uns tragen. Kein staatliches Gesetz irgendeiner Art kann die Zehn Gebote Gottes außer Kraft setzen.<<
Der tschechische Schriftsteller Arnost Lustig (1926-2011) schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/34-35): >>Was denke ich über die Vertreibung?
Ich würde nicht einen einzigen Menschen abschieben, der nichts verbrochen hat. Doch ich würde auch nicht vergessen, was Obersturmbannführer Heydrich auf der Prager Burg mit seiner piependen Stimme über die tschechische Bagage sagte.
Ich will niemandem Unrecht tun. Ich habe im Konzentrationslager Deutsche kennengelernt, die menschlich, wunderbar und tapfer waren, weil sie durch Weiterreichen eines Brotstücks ihr Leben riskiert haben. ...

Wenn mich jemand damals, 1945, gefragt hätte – abschieben oder nicht? – hätte ich gesagt, jawohl, abschieben. In so einem Augenblick dringt durch die Gerechtigkeit die Rache durch, und durch die Rache die Gerechtigkeit.
Also wenn ich mir selber schwören sollte, was ich heute darüber denke, was ich diesbezüglich damals dachte, da müßte ich ehrlich sagen, daß ich mit der Vertreibung einverstanden war – natürlich ohne Bestialitäten, ohne Raffgier, Blutrünstigkeit und Töten – und nur bezogen auf diejenigen, die sich etwas zuschulden haben kommen lassen. ...<<
Der tschechische Schriftsteller Alexej Pludek (1923-2002) rechtfertigt im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/35): >>Im 13. Artikel des Potsdamer Abkommens aus dem Jahre 1945 ist deutlich die Zustimmung der siegreichen Alliierten des Zweiten Weltkrieges zum dauerhaften Transfer der Deutschen aus dem tschechoslowakischen Gebiet deklariert. Es war also keinesfalls eine Vertreibung.
Der amerikanische Präsident Roosevelt erklärte seine Meinung schon im Jahre 1943 während des Besuches des Staatspräsidenten Benes. Damals kam man überein, den Transfer definitiv durchzuführen.
Die Kontrollkommission der Alliierten verkündete den durchgeführten Transfer der Deutschen als human, also widerspricht die gegenwärtige demagogische Schilderung der Gewalttaten den verantwortlichen Institutionen. Auch das internationale Rote Kreuz bestätigte, daß der Transfer mit aller humanitären Sicherung und gesundheitlicher Fürsorge durchgeführt worden ist. Sollte es tatsächlich zu einigen Gewalttaten gekommen sein, war das gering im Vergleich mit den hunderttausenden Morden an tschechischen Bürgern und mit dem ökonomischen Terror während des Krieges.
Im tschechoslowakischen Parlament waren im Jahre 1945 alle politischen Parteien ohne Ausnahme mit dem Transfer einverstanden. Deswegen haben einige derzeitige tschechische Stimmen gegen den Transfer - einschließlich Havels Entschuldigung für die Vertreibung - verfassungswidrigen Charakter.
Es existiert kein Sudetenland, das ist ein erfundener Terminus für die politische Argumentation aus der Zeit zwischen den 2 Weltkriegen. Die Deutschen siedelten sich in den tschechischen Ländern auf Einladung der tschechischen Herrscher an, wirkten bei der Gründung der Städte mit und besiedelten in Grenzgebieten den tschechischen Boden. Sie waren Untertanen der tschechischen Regierung und gehörten nie zu einem deutschen Staat. Deshalb ist ihr Bekenntnis zur Reichsbürgerschaft im Jahre 1938 Hochverrat. Und der Transfer nach dem Krieg ist eine natürliche Versetzung der fremden Staatsangehörigen.
Zusammen mit den tschechischen und deutschen Bürgern halte ich es für richtig, nicht in das Verhalten des Zweiten Weltkriegs zurückzufallen und zusammenzuleben unter friedlichen Bedingungen, als Gleiche mit Gleichen.<<
Der tschechische Schriftsteller Karel Steigerwald schreibt im Jahre 1995 über den "Transfer" der Sudetendeutschen (x154/36): >>... Soweit wir den Transfer der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei mit den heutigen Augen betrachten und der heutigen Erfahrung und mit den Erlebnissen unserer Generation, müssen wir natürlich klar sagen, daß dieser Transfer eine deutliche und augenfällige Verletzung aller Menschenrechte war, es war ein Gewaltakt gegenüber einer Bevölkerungsgruppe – und all das müssen wir begreiflicherweise verurteilen. ...
Ich glaube, man muß dieses schreckliche Ereignis der tschechischen Geschichte, für das selbstverständlich alle Verantwortung tragen, beziehungsweise die damaligen Tschechen, man muß es mit den Augen der damaligen Zeit sehen und im Bezugrahmen all jener Ereignisse, die damals eine Rolle spielten.
Die ganze Diskussion zwischen Tschechen und Deutschen ist heute erwartungsgemäß eine historische Debatte. Man kann das nicht wiedergutmachen, nicht entfernen, alles geschah, so wie es geschah. Dies alles erfolgte so, wie der Nationalsozialismus erfolgte, wie der Zweite

Weltkrieg. Am besten sagte es Jiri Grusa im Scherz: ja, wir geben den Sudetendeutschen das Sudetenland zurück, und die bringen uns die Toten, die Juden wieder. Diese grauenvolle Metapher sagt eigentlich aus, man kann dies alles mit den heutigen Augen bewerten, aber weiter kann man wahrscheinlich nicht viel tun.<<

Der tschechische Schriftsteller Jiri Stránský schreibt im Jahre 1995 über den "Abschub" der Sudetendeutschen (x154/36-37): >>Damals 1945, war ich noch nicht ganz 15 Jahre alt. Mein Vater war während des Krieges in Auschwitz, überhaupt wurde meine Familie sehr verfolgt, einer meiner Onkel wurde zum Tode verurteilt, doch zum Glück wurde das Urteil nicht vollstreckt. ... Dessen ungeachtet gehörte meine Familie nicht zu denen, die an irgendwelche Rache oder Vergeltung, oder etwas Ähnliches sonst dachten.

Mein Vater wäre beinahe ums Leben gekommen, weil er sich nach dem Prager Aufstand im Mai 1945 gegen die Behandlung der gefangenen Deutschen wehrte, meistens der SS-Männer, als sie an Laternen verbrannt wurden ...

Dennoch muß ich bezüglich des Abschubs der Deutschen etwas Wichtiges aussprechen. Man vergißt ein wenig, daß es nicht wir waren, die sich den Abschub ausgedacht haben. Wie wir gut wissen, haben diesen Abschub die Großmächte untereinander vereinbart, und wenn heute jemand zurückblickend nach 50 Jahren sagt, daß er den Abschub in seinem tiefsten Wesen abgelehnt habe, daß er dagegen war, also dann bestenfalls – spricht er nicht die Wahrheit.

... Der ganze Ablauf dieser Geschichte hat uns überzeugt, daß ihre Abfolge irgendwie ganz konsequent war. Wenn wir heute wissen, daß eine kollektive Vergeltung, die sich damals als richtig darstellte, eine falsche Lösung war, so können wir nicht viel mehr machen, als davon ausgehen, daß alles, was vor 50 Jahren geschah, nicht wiedergutzumachen ist, auch wenn wir uns noch so mühen. ...<<

Rudolf Ströbinger (Publizist) kritisiert im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/39-40): >>... Die Tatsache, daß sich damalige politische Vertreter der Tschechoslowakei – ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit – für die Vertreibung aussprachen und sie auch verlangten, war im großen Maße eine Reaktion auf sechs Jahre nationalsozialistischer Okkupation.

Was beim historischen Blick auf diese Zeit der Kritik unterworfen werden muß, sind die Begleiterscheinungen bei der Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Dabei habe ich nicht nur die Auswüchse und Exzesse der sogenannten "wilden Vertreibung" im Sinn, sondern auch das, was während der zweiten, angeblich geregelten Phase der Vertreibung 1946 geschah.

Natürlich ist es leicht, aus dem heutigen Blickwinkel die negativen Erscheinungen der Jahre 1945 und 1946 zu kritisieren. Weniger leicht, jedoch notwendig ist, über die Haltung derjenigen Politiker, die damals die Tschechoslowakei repräsentiert haben, nachzudenken.

Und gerade bei denen entbehren wir – und das nicht nur aus tschechischer Sicht – einen staatsmännischen und politischen Zugang zu der Frage der Vertreibung.

Genauso schlägt der Versuch der heutigen politischen Repräsentation in der Tschechischen Republik fehl, die Behauptung glaubhaft zu machen, die Vertreibung wäre aufgrund der Entscheidung der Großmächte auf der Potsdamer Konferenz beschlossen worden, zumal diese Behauptung eine bloße Halbwahrheit ist, wie auch die Annahme, die Vertreibung wäre geordnet durchgeführt worden.

Was den Aspekt des Potsdamer Abkommens anbelangt, so wissen wir, daß die tschechoslowakische Regierung mehrere Male die Großmächte sehr drängte - und das lange vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges - ihre Zustimmung zu der Vertreibung zu geben. Um diesem Wunsch Nachdruck zu verleihen, wurden sogar Provokationen organisiert, wie z.B. die Explosion der Munitionsdepots in Aussig.

Die Vertreibung sollte - wie das Potsdamer Abkommen aussagt – human, das heißt bei vollem Respektieren der Grundlagen der Menschlichkeit durchgeführt werden. Daß diese Forderung

fast nirgendwo respektiert wurde, ist kein Geheimnis mehr.
Und noch eine Betrachtung: die Geschichte des zwanzigsten Jahrhundert ist voll von Beispielen, daß jegliche Umsetzung, Vertreibung, Abschub, Transfer, Umsiedlung – auf die Termini kommt es nicht an – etwas ist, was Menschenrechte und zwischenmenschliche Beziehungen verletzt und zunichte macht.
Ebendies gilt auch von der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. An die 3 Millionen Bewohner aus ihrer Heimat abzuschieben, das ist eine höchst inhumane Tat. Sie setzt voraus, daß alle 3 Millionen Betroffenen sich des Hochverrats gegenüber der Tschechoslowakei schuldig gemacht haben. Daß das nicht stimmt, ist und war auch im Jahre 1945 bekannt und nachgewiesen.
Mit anderen Worten: Damals ging man (davon) aus - und leider Gottes geht man heute noch davon aus - vom Begriff der kollektiven Schuld, also von einer Auffassung, die sich in Diskrepanz (Unstimmigkeit) mit jeglicher Gerechtigkeit befindet und nie akzeptiert werden kann.
Es ist unbestritten, daß von der Vertreibung nicht nur diejenigen, die sich schuldig gemacht hatten, betroffen waren, sondern auch hunderttausende von Bewohnern, die keine andere Schuld hatten, als die, daß sie anderer Volkszugehörigkeit waren als die Sieger.
Diese Tatsache kann man nicht beschönigen. Man muß sie offen zugeben und der Wahrheit ins Auge schauen. Und das auch, wenn es oft schmerzhaft ist und den Mut verlangt, seinen eigenen Schatten der Schuld zu überspringen. Nur so - und das gilt natürlich auch für die andere Seite - kann man neue Beziehungen, neue Auffassungen vom Zusammenleben in Europa schaffen.<<
Der tschechische Schriftsteller Jan Trefulka schreibt im Jahre 1995 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/40): >>Ich habe keine 50 Jahre gebraucht, um zu wissen, daß die Vertreibung der Deutschen aus Böhmen und Mähren eine unannehmbare, drastische und gegenüber den deutschen Familien äußerst ungerechte Maßnahme gewesen ist.
Eine kollektive Vergeltung, die mit den Schuldigen auch Unschuldige trifft, und eine Art Geiselnahme sind möglicherweise die widerlichsten kriminellen Praktiken. Als 15jähriger Junge wußte ich von den Grausamkeiten, die bei der sogenannten "wilden Vertreibung aus Brünn" geschahen. Ich erinnere mich, daß in meiner Umgebung viele Leute mit diesen Methoden nicht einverstanden waren, doch laut zu protestieren wagte, glaube ich, niemand.
Das Gericht der Geschichte ist natürlich etwas anderes als die Gefühle eines Einzelnen. Lange Jahrhunderte kämpften europäische Völker mit allen Mitteln um die Verteilung der Welt. Sie begingen überall, wohin sie kamen, Morde, grobe Ungerechtigkeit und Gewalt. Der Erste Weltkrieg war einer der Gipfel dieses Kampfes der Giganten und bedeutete einen weiteren rasanten Schritt zur Bestialität.
Dieser Krieg öffnete den Weg für Hitler und Stalin. Er lieferte ihnen für eine lange Zeit den Schein der Berechtigung, ja Legitimität. In diesem Kessel von Sittenlosigkeit und Grauen ist die Vertreibung der Deutschen aus den böhmischen Grenzgebieten nur eine Episode, die keineswegs über den Rahmen der europäischen Realität hinausragt.
Die Deutschen waren übrigens unter denen, die schon in den dreißiger Jahren durch Rassismus deformierte ethische Normen aufgestellt hatten. Es ist daher, glaube ich, heuchlerisch und gegenstandslos, die Entscheidung der tschechischen Regierung und ihrer Institutionen aus dem Jahre 1945 über die Vertreibung zu verurteilen.
Die heutigen Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen müssen durch die aktuellen Regeln des europäischen Zusammenlebens geregelt werden, ohne Rücksicht darauf, was sich in der Vergangenheit abgespielt hat.<<
Der tschechische Schriftsteller Pavel Verner verurteilt im Jahre 1995 die Vertreibung der Sudetendeutschen (x154/40-41): >>Ich weiß nicht, wie mein Urteil über die massenhafte Vertreibung der böhmischen und mährischen Deutschen aus ihrer Heimat nach dem Krieg ab

1945 in der Zeit ausgesehen hätte, als diese Ereignisse gerade stattfanden. Mit dem Abstand von 50 Jahren fühle ich nur Beschämung. Damals hätte ich es möglicherweise als einen neurotischen Akt der Nachkriegspolitik von Benes bezeichnet. Heute sehe ich diese Angelegenheit als eine gehörig barbarische, kaltblütig vorbereitete und gründlich durchdachte, sogenannte Endlösung der deutschen Frage in Böhmen und Mähren.
Niemand hatte doch die Slowaken für ihren faschistischen Staat flächendeckend bestraft und viele Jahre später, nach der samtenen Revolution, hat niemand der Gesamtzahl der Tschechoslowaken, vor allem jedoch den Tschechen vorgeworfen, daß sie im Jahre 1948 die Demokratie verraten und freudig den Kommunismus angenommen hätten.
Was für eine Schuld trugen also die böhmischen und mährischen Deutschen für die Hitler-Okkupation? Nach dem Jahr 1918 wurden sie in den tschechoslowakischen Staat hineingepreßt, der sich mit dem Selbstbestimmungsrecht, das er angeblich respektierte, gebrüstet hatte. Den Deutschen billigte Masaryks Staat die gleichen Rechte eben nicht zu, und als sie diese auf die Anregung der Sozialdemokratie hin am 4. März 1919 erstreiken wollten, griff die tschechoslowakische Armee ein, und es gab 54 Tote.
Man muß klar sagen, daß die böhmischen und mährischen Deutschen nichts gegen die tschechoslowakische Demokratie hatten, aber ein nationaler Staat der Tschechoslowakei war ihnen ein Dorn im Auge, da in diesem weniger Slowaken lebten, als im nationalen Sinn rechtlose Deutsche. Also die tschechoslowakische Demokratie selbst hat den fruchtbaren Boden für die nationalsozialistische Propaganda bereitet.
Wie dem auch sei: auch wenn die Mehrheit der Deutschen die Hitlersche Expansion unterstützt hatte, hatte niemand nach dem Krieg das Recht, sich an einer ethischen Einheit aufgrund deren kollektiven Schuld zu rächen, also wegen etwas, das wir heute auf dem Balkan verurteilen.
Vors Gericht sollten die Funktionäre der Henlein-Partei gestellt werden, die Mitarbeiter der Gestapo, alle, die sich konkret schuldig gemacht haben. Bei der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei bestand die einzige Schuld einfach darin, Deutscher zu sein. Millionen von ihnen aus ihrer jahrhundertealten Heimat aus proklamativ ethnischen Gründen zu vertreiben, das war nicht nur verbrecherisch und grausam, für die Zukunft des tschechischen Staates war es auch unermeßlich dumm.
Deutschland ist nicht nur geographisch nächster Nachbar, sondern auch ein mit uns kulturell identischer Raum, ja mehr noch, in dieser gefährlichen Welt kann er für uns die einzige Garantie der Sicherheit werden.
Die Außenpolitik der gegenwärtigen tschechischen Regierung, die nicht fähig ist, sich ehrlich und mannhaft mit dem Trauma der Vertreibung auseinanderzusetzen, mit dem fatalen Versagen der Demokratie von Benes, eine Regierung, die durch den Mund ihrer Vertreter leider Gottes auch durch den Mund des Staatspräsidenten konstruierte Entschuldigungen für an unschuldigen Menschen begangene Bestialitäten sucht, solch eine Politik ist sittenlos, populistisch, und für die Zukunft stiftet sie neues Unrecht.<<
BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 31. Dezember 1995: >>**Schon 3,8 Mio Arbeitslose**
Fast jeder zehnte Erwerbsperson in Deutschland ist ohne Arbeit. Und eine Besserung ist nicht in Sicht. Noch nie gab es im Monat Dezember so viele Arbeitslose. Betroffen sind 3,791 Millionen. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet 50 Jahre nach dem Kriegsende über die sowjetische Befreiungsmission (x046/19-20): >>... Daß die 1994 abziehenden letzten Truppen der ehemaligen Okkupationsarmee der Sowjetunion nach wie vor erfüllt sind von der überhaupt erst nachträglich eingeschobenen Propagandathese, die Rote Armee hätte 1944/1945 in Deutschland eine "Befreiungsmission" erfüllt, auch seien die Rotarmisten in Deutschland schließlich als Befreier aufgetreten und empfangen worden, wird man den jetzi-

gen russischen Soldaten nicht verübeln. Sie können es nicht wissen ...
Wenn in der deutschen Öffentlichkeit, der doch alle Informationsmöglichkeiten zu Gebote stehen, andererseits jedoch eine Meinung um sich greift, nach der die Deutschen von den Armeen der stalinistischen Sowjetunion "befreit" worden seien, so gibt es hierfür keine Entschuldigung, wird die historische Wirklichkeit damit doch geradezu auf den Kopf gestellt. Denn nicht als "Befreierin" ist die Rote Armee eingedrungen, auch wenn die mancherorts errichteten Siegesmonumente dies heute suggerieren sollen; und wohl von niemandem in Deutschland wurde sie damals als Befreierin empfunden.
Die Soldaten Stalins kamen eigenen Parolen zufolge nicht als Befreier, sondern als gnadenlose Rächer. Alle gegenteiligen Behauptungen der heutigen Zweckpropaganda gehören in das Reich der Fabel und kommen einer glatten Verdrehung der historischen Tatsachen gleich. ...<<
Der Schweizer Autor Binjamin Wilkomirski (eigentliche Bruno Dössekker) veröffentlicht im Jahre 1995 im Suhrkamp Verlag den autobiographischen Bericht "Bruchstücke" über seine angeblichen Kindheitserlebnisse in Polen während des Zweiten Weltkrieges.
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über "Bruchstücke" (x169/64-69): >>... Ein neuerer Schwindel, Binjamin Wilkomirskis "Bruchstücke", bedient sich wahllos beim Holocaust-Kitsch von "The Painted Bird". Wie Kosinski zeichnet Wilkomirski sich als einsames, überlebendes Kind, das stumm wird, in einem Waisenhaus aufwächst und erst verspätet entdeckt, daß es ein Jude ist.
Wie bei "The Painted Bird" besteht das wesentliche erzählerische Konzept von "Bruchstücke" in der schlichten, auf das Notwendigste beschränkten Stimme eines naiven Kindes, wodurch auch der Zeitrahmen und die Ortsbezeichnungen vage bleiben können. Wie in "The Painted Bird" gipfelt jedes Kapitel von "Bruchstücke" in einer Gewaltorgie. Kosinski stellte "The Painted Bird" als "langsames Auftauen der Seele" vor; Wilkomirski stellt "Bruchstücke" als "wiedergefundene Erinnerung" dar.
"Bruchstücke", durch und durch ein Schwindel, ist dennoch der Archetyp der HOLOCAUST-Erinnerung. Es beginnt zunächst im Konzentrationslager, wo jeder Aufseher ein wahnsinniges, sadistisches Monster ist, das mit Wonne die Schädel jüdischer Neugeborener zerschmettert. Doch die klassischen Erinnerungen an die Konzentrationslager der Nazis stimmen mit der Aussage der Auschwitz-Überlebenden Dr. Ella Lingens-Reiner überein: "Es gab nur wenige Sadisten. Nicht mehr als fünf bis zehn Prozent."
In der HOLOCAUST-Literatur tritt der allgegenwärtige Sadismus der Deutschen dagegen stark hervor. Das dient einem doppelten Zweck, denn er "dokumentiert" die einzigartige Irrationalität DES HOLOCAUST ebenso wie den fanatischen Antisemitismus der Täter.
"Bruchstücke" ist deswegen ein Einzelfall, weil es weniger das Leben während des Holocaust schildert als vielmehr das danach. Der kleine Binjamin, der von einer schweizerischen Familie adoptiert worden ist, muß noch weitere Qualen durchleiden. Er ist in einer Welt gefangen, in der man den Holocaust leugnet. "Das mußt du jetzt vergessen! Vergessen wie einen bösen Traum", sagt seine Mutter. "Es war nur ein böser Traum ... Du mußt alles vergessen."
"Hier in diesem Land", erregt er sich, "sagen dauernd alle, ich soll vergessen und daß es nie geschehen ist, und ich hätte es nur geträumt. Aber sie wissen über alles Bescheid!"
"Sogar in der Schule zeigen die Knaben auf mich, machen Fäuste und rufen: 'Der spinnt doch, das gibt es gar nicht! Lügner! Er ist übergeschnappt, er ist verrückt, so ein Idiot.' "
All die Kinder der Nichtjuden schlagen auf ihn ein, singen antisemitische Liedchen und verbünden sich gegen den armen Binjamin, während die Erwachsenen ihn weiter quälen: "Du bildest dir das ein!"
So in bittere Verzweiflung getrieben, erlebt Binjamin eine Holocaust-Erscheinung. "Das La-

ger ist noch da. Es ist nur versteckt und gut getarnt. Die Menschen haben ihre Uniformen ausgezogen und sich schön gekleidet, damit man sie nicht erkenne. ... Deute ihnen nur leise einmal an, daß es sein könnte, daß du ein Jude bist, und du wirst spüren: Es sind noch immer die gleichen Menschen, und ich bin sicher: Sie können noch immer töten, auch ohne Uniform."
"Bruchstücke" ist mehr als eine Huldigung an das Holocaust-Dogma - es ist der letzte Beweis: Sogar in der Schweiz - der neutralen Schweiz - wollen all die Nichtjuden die Juden töten.
"Bruchstücke" wurde weithin als ein Klassiker der Holocaust-Literatur gefeiert. Das Buch wurde in ein Dutzend Sprachen übersetzt und gewann den "Jewish National Book Award", den Preis des "Jewish Quarterly" und den "Prix de Mémoire de la Shoah". Als Star von Dokumentationen, Hauptredner bei Holocaust-Konferenzen und Spendenbeschaffer für das United States Holocaust Memorial Museum wurde Wilkomirski schnell zu einem Aushängeschild des HOLOCAUST.
Daniel Goldhagen, der Bruchstücke als "kleines Meisterwerk" lobte, wurde zum wichtigsten akademischen Vorkämpfer Wilkomirskis. Kenntnisreiche Historiker wie Raul Hilberg dagegen bezeichneten Bruchstücke schon früh als Schwindel.
Nachdem die Täuschung entlarvt war, stellte Hilberg auch die richtigen Fragen: "Wie konnte dieses Buch bei mehreren Verlagen als Erinnerungswerk durchgehen?
Wie konnte es diesem Herrn Wilkomirski Einladungen an das United States Holocaust Memorial Museum sowie an renommierte Universitäten einbringen?
Wie ist es dazu gekommen, daß wir keine anständige Qualitätskontrolle haben, wenn es darum geht, Holocaust-Stoffe vor ihrer Veröffentlichung zu prüfen?"
Wilkomirski, halb Spinner, halb Scharlatan, lebte, wie sich herausstellte, den ganzen Krieg über in der Schweiz. Er ist noch nicht einmal Jude. Doch man höre sich die Nachrufe der Holocaust-Industrie an:
Arthur Samuelson (Verleger): "Bruchstücke" - "ist ein recht gutes Buch ... Ein Schwindel ist es nur, wenn man es als Sachbuch bezeichnet. Ich würde es eben in der Kategorie Belletristik herausgeben. Vielleicht ist es nicht wahr - desto besser ist sein Autor!"
Carol Brown Janeway (Herausgeberin und Übersetzerin): "Falls sich die Anschuldigungen ... als zutreffend herausstellen, dann stehen keine nachprüfbaren empirischen Tatsachen zur Debatte, sondern es sind spirituelle Tatsachen zu beurteilen. Man müßte die Seele überprüfen, und das ist unmöglich."
Das ist noch nicht alles. Israel Gutman ist einer der Leiter der Gedenkstätte Yad Vashem und hält Vorlesungen zum Holocaust an der Hebrew University. Außerdem war er selbst Häftling im Konzentrationslager Auschwitz.
Laut Gutman "ist es nicht so wichtig", ob "Bruchstücke" ein Schwindel ist. "Wilkomirski hat eine Geschichte geschrieben, die er tief empfunden hat; das steht fest ... Er ist kein Schwindler. Er ist einer, der diese Geschichte sehr tief in seiner Seele erlebt. Der Schmerz ist authentisch."
Demnach spielt es also keine Rolle, ob er die Zeit des Krieges in einem Konzentrationslager zubrachte oder in einem schweizerischen Chalet; Wilkomirski ist kein Schwindler, wenn sein "Schmerz authentisch ist." So argumentiert ein Überlebender von Auschwitz, der sich zum Holocaust-Experten gewandelt hat. Die anderen verdienen Verachtung - Gutman nur Mitleid.
Im Oktober 1999 gab Wilkomirskis deutscher Verlag, als er "Bruchstücke" aus den Buchhandlungen zurückzog, schließlich öffentlich bekannt, daß der Autor kein ehemaliges jüdisches Waisenkind, sondern der in der Schweiz geborene Bruno Dössekker sei.
Als er erfuhr, daß die Party vorbei war, tönte Wilkomirski trotzig: "Ich bin Binjamin Wilkomirski!"
Der amerikanische Verlag, Schocken, nahm Bruchstücke erst einen Monat später aus seinem Programm. ...<<

Belgien: Finnland, Österreich und Schweden treten im Jahre 1995 der EU bei.
USA: Jose Ayala Lasso (von 1994-1997 erster Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte) erinnert im Jahre 1995 an den 50. Jahrestag der Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen (x268/98): >>Wenn die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Vertreibung der Deutschen nachgedacht hätten, dann wären die heutigen Katastrophen und Vertreibungen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in diesem Umfang vorgekommen. ...<<

1996

>>Gott schütze mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selber schützen.<< (Sprichwort)

03.01.1996
USA: Das US-Repräsentantenhaus und der US-Senat stimmen am 3. Januar 1996 einer Resolution zu, weitere Informationen über die NS-Kriegsverbrechen zu veröffentlichen (x136/15-16): >>... Während des 104. Kongresses feierten die Amerikaner den 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges und das Ende des Holocaust, eine der schlimmsten Tragödien der menschlichen Geschichte,
Es ist wichtig, daß wir alles, soweit möglich, aus dieser schrecklichen Epoche in Erfahrung bringen, um zu verhindern, daß sich eine derartige Katastrophe je wiederholt.
Der kalte Krieg ist zu Ende.
Zahlreiche Nationen, inklusive jene der einstigen Sowjetunion, öffnen ihre Archive betreffend die Nazi-Kriegsverbrechen, wie auch Verbrechen, die durch Behörden ihrer eigenen Staaten begangen worden sind. ...
1996 begehen wir den Jahrestag der Annahme des Freedom of Information Act.
Behörden der amerikanischen Regierung besitzen Informationen über Personen, welche Nazi-Kriegsverbrechen befohlen, angestiftet oder sonstwie unterstützt haben.
Einige dieser Behörden haben bisher routinemäßig den Freedom of Information Act verletzt und es abgelehnt, Informationen über Personen, die Nazi-Kriegsverbrechen begangen haben, herauszugeben. ...
Die Veröffentlichung der meisten Informationen betreffend Nazi-Kriegsverbrechen gefährdet nicht die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten. ...
Es ist deshalb der Wille des Kongresses, daß sämtliche Behörden, welche Informationen besitzen über Personen, die verdächtig sind, Nazi-Kriegsverbrechen begangen zu haben, diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.<<

08.01.1996
Österreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Januar 1996 über die verdrängte NS-Zeit der Österreicher: >>**Für junge Österreicher sind Nazis Deutsche**
Für österreichische Jugendliche gab es Nazis eigentlich nur in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Studie über das Wissen von Schülern über den Judenmord.
Danach glauben die meisten, in Österreich habe es keine Nationalsozialisten gegeben. Die seit 1988 im Lehrplan vorgeschriebene Aufklärung über den Nationalsozialismus wirkte sich offenbar kaum aus. "Wir haben oft gehört, daß die Nazi-Ideologie an sich gar nicht so schlecht war", sagt die Studienautorin Helga Amesberger.
"Unter Nazis verstehen sie zumeist nur deutsche Psychopathen." Österreicher hätten dagegen mit dem NS-Regime nach Ansicht der Befragten wenig zu tun gehabt. ...<<

17.01.1996
BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Januar 1996: >>**Große Rede eines innerlich Verletzten**
Israels Staatspräsident Ezer Weizmann zog im Bundestag die Zuhörer in seinen Bann

... Er sei nicht mehr ein Jude, der in der Welt umherwandern und fliehen müsse, sagte er. Aber jeder Jude müsse sich selbst so verstehen, als sei er bei den weit zurückliegenden Ereignissen und an den Orten des Grauens dabei gewesen. "Jetzt wandere ich durch die Weite der Zeiten, ziehe von Generation zu Generation, laufe auf den Pfaden der Erinnerung." ...
Die 50 Jahre, die seit den Mordtaten der Nationalsozialisten vergangen sind, können nach Weizmans Verständnis nur eine ganz kurze Zeitspanne sein. ...
In Deutschland hätten die Juden immer gelitten sagte Weizmann, der eine Linie zog von "den antisemitischen Schriften Martin Luthers bis zu den Nürnberger Gesetzen". ...
Weizmann redete als erster Staatspräsident Israels vor dem Bundestag und dem Bundesrat. Er war der erste Staatschef überhaupt, der nach der Wiedervereinigung dort sprach. ...
... (Bundestagspräsidentin) Rita Süssmuth versprach, das peinliche Thema Rentenzahlungen an deutschstämmige osteuropäische Juden rasch zu lösen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 17. Januar 1996: >>**Rentenkasse zahlt für 35.000 Juden**
Die lange umstrittenen Abkommen über Renten für etwa 35.000 deutschstämmige Juden in Israel und USA sollen an diesem Donnerstag im Bundestag ratifiziert werden. ... Zuvor hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mehrheitlich der Vorlage zugestimmt, wonach die Kosten von etwa 2,3 Milliarden Mark für die nächsten 10 bis 15 Jahre aus der Rentenkasse bezahlt werden sollen.
... Bundeskanzler Helmut Kohl hatte die Zahlung von Renten an die vorwiegend aus Lettland und Rumänien stammenden deutschstämmigen oder deutschsprachigen Juden bereits 1989 zugesagt. ...<<

19.01.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 19. Januar 1996: >>**Im Verhältnis zwischen Prag und Bonn knirscht es**
... Bundesaußenminister Klaus Kinkel bezeichnete das deutsch-tschechische Verhältnis als "verheerend festgefahren".
Gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" bedauerte er, daß Prag die deutsche Seite für mangelnde Fortschritte bei der geplanten deutsch-tschechischen Erklärung verantwortlich gemacht habe. Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Günter Verheugen verlangte unterdessen, Bundeskanzler Helmut Kohl solle sich der Beziehungen "endlich persönlich annehmen".
Die Erklärung soll einen Schlußstrich unter die Verbrechen der Vergangenheit – NS-Greuel auf deutscher und Enteignung sowie Vertreibung der Sudetendeutschen auf tschechischer Seite – ziehen. ...
Der Sprecher der Landsmannschaft, Franz Neubauer, warf Tschechien vor: "Prag fordert alles - den völligen Verzicht auf alle Rechte der Sudetendeutschen und dazu deutsche Entschädigungsleistungen - und ist selbst nichts zu geben bereit, nicht einmal eine moralische Distanzierung von der Vertreibung."
Für eine wirkliche Versöhnung sei offenbar in Prag die Zeit noch nicht reif, hieß es weiter.<<

23.01.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. Januar 1996: >>**Havel: Gemeinsame Erklärung nicht nötig**
Tschechen und Deutsche können nach Ansicht des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel auch ohne gemeinsame Erklärung zur Aussöhnung miteinander leben. ...
Havel betonte aber, Prag werde die "Aussiedlung" von drei Millionen Sudetendeutschen nach Kriegsende nicht ewig verurteilen, wenn von interessierter Seite daraus immer wieder Ansprüche abgeleitet werden.
Der Standpunkt der wichtigsten politischen Kräfte Tschechiens zu der angestrebten gemeinsamen Erklärung sei klar: Die Bundesregierung solle den politischen Willen äußern, rechtli-

che, Vermögens- und ähnliche Fragen, die mit der Vertreibung der Sudetendeutschen zusammenhängen, nicht aufzuwerfen.<<

24.01.1996

Italien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Januar 1996: >>**Tschechische Republik beantragt EU-Beitritt**

Der tschechische Ministerpräsident Vaclav Klaus hat in Rom das Beitrittsgesuch seines Landes zur Europäischen Union überreicht und ist im Vatikan mit Papst Johannes Paul II. zusammengetroffen. ...<<

26.01.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Januar 1996 über das schwierige deutsch-tschechische Verhältnis: >>**Die Vertreibung der Sudetendeutschen bleibt belastend**

... Dieser Tage sorgen in Prag beinahe täglich "Brandbriefe" für Aufregung. Pamphlete werden zutage gefördert, die sich gegen die Deutschen im allgemeinen oder gegen den deutschen Chefdirigenten der Tschechischen Philharmonie im besonderen auslegen lassen. ...

Der Seelenkundler Petr Prihoda hielt seinen Landsleuten vor, uneingestandener Nationalismus sei typisch tschechisch: die Betonung liegt auf uneingestanden. ...

Der Streit dreht sich vordergründig vor allem um 2 Punkte: die Vertreibung der Sudetendeutschen und die Behandlung von Vermögensansprüchen.

In Prag besteht die Furcht, daß einzelne oder viele Sudetendeutsche sich schon bei einer nur formalen Anerkennung solcher Vermögensansprüche auf den Weg in die alte Heimat machen und dort – dank ihrer finanziellen Möglichkeiten – wieder Eigentum erwerben könnten. Die Tschechen wollen ein wie immer begründetes Rückkehrrecht verhindern.

Die Bundesregierung hat mehrfach erklärt, daß sie zu einer Wiedergutmachung des Nazi-Unrechtes bereit ist. Bonn verlangt von Prag aber ein klares Wort des Bedauerns und der moralischen Distanzierung von dem Unrecht an Sudetendeutschen, einschließlich einer Rücknahme der Dekrete des vormaligen Staatschefs Eduard Benes.

Die tschechische Regierung beruft sich auf höchstrichterliche Urteile, wenn sie sagt, dies sei nicht möglich. Die damaligen "ethnischen Säuberungen" könnten nicht pauschal als Unrecht bezeichnet werden.

Widersprüchlich sind die Darstellungen beider Seiten in dem Punkt, ob der Begriff "Vertreibung" in den Entwürfen für die Schlußerklärung auftaucht oder ob lediglich von Zwangsaussiedlungen die Rede ist.

Der Umstand, daß die tschechische Regierung vor Tagen einen Aufnahmeantrag in die Europäische Union (EU) gestellt hat und dafür von Bonn tatkräftige Unterstützung erwartet, macht die Angelegenheit nicht einfacher, sondern eher schwieriger. Zu den hohen Grundsätzen der EU-Mitgliedschaft zählen die Freizügigkeit ebenso wie die Niederlassungsfreiheit für alle EU-Bürger. Die tschechische Regierung wird keine Begründung dafür vortragen können, daß sie Sudetendeutschen diese Rechte weiterhin verweigern will. ...<<

02.02.1996

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Februar 1996: >>**Antisemitismus in Polen**

In keinem anderen christlichen Land gebe es soviel Antisemitismus wie in Polen. Dies hat Ignaz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, in Warschau erklärt.<<

09.02.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Februar 1996: >>Simon Wiesenthal, österreichischer Nazi-Jäger, hat nach einem Bericht des ARD-Magazins "Panorama" bei der Fahndung nach Naziverbrechern kaum eine Rolle gespielt.

Wiesenthal hat "in allen großen Nazi-Fällen der Nachkriegsära – Bormann, Barbie, Mengele,

Eichmann - versagt", urteilte der Chef der Abteilung NS-Verfolgung im US-Justizministerium, Eli Rosenbaum, in dem TV-Bericht vom Donnerstag. ...
Wiesenthal sei "inkompetent, egomanisch, ein Verbreiter falscher Informationen, eine tragische Figur".<<<

16.02.1996

USA: Ein US-Student berichtet am 16. Februar 1996 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über seine Erfahrungen in einem "Goethe-Institut" (x268/148-149): >>Das erste Wort, das ich gelernt habe, war "Mülldeponie".
Es ist ein alter Witz unter Studenten, im Goethe-Institut sei die Gefahr gering, daß man Goethe liest. Aber leider ist dies kein Witz. Aus den vom Institut konzipierten Büchern und aus deren Materialien zu schließen, gibt es unter den Mitarbeitern des Instituts eine starke Allergie gegen alles, was für sie nach der alten Welt der deutschen Bildung riecht.
In der Bibliothek finden sich zwar die Klassiker in wunderschönen Ausgaben, im Klassenzimmer hingegen müssen die Studenten ihre Aufmerksamkeit ausschließlich auf die Gegenwart richten und sich für Diskussionen über Umweltkrisen, Baumsterben, Rechtsradikalismus und Militarismus rüsten. ...
Nach jener Erfahrung mit dem Goethe-Institut stellte ich mir die naive Frage: Weshalb gleicht das Institut mehr einer Sonntagsschule für deutsche Bürgerpflichten als einem gastfreundlichen, sich den Schönheiten der deutschen Sprache widmenden Kulturzentrum? Warum ist die Atmosphäre in französischen Kulturzentren, die ich gut kenne, so fröhlich, die in den deutschen so grau und öde?
Franzosen sind stolz, Menschen überall in der Welt mit Molière bekannt machen zu können. Warum schämen sich meine deutschen Lehrer Goethes? ...<<

24.02.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Februar 1996: >>**Kein Ruhmesblatt für Justiz**
... Bei den deutschen Staatsanwaltschaften und Gerichten liefen 1995 noch gegen 5.570 Personen Verfahren wegen nationalsozialistischer Straftaten.
Bundesminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) legte am Freitag die erste bundesweite Statistik über die Strafverfolgung von NS-Straftaten seit dem Zweiten Weltkrieg vor. Die hohe Zahl der laufenden Verfahren beweise, daß die Strafverfolgungsbehörden auch heute noch die Aufgabe ernst nehmen, die entsetzlichen Verbrechen der NS-Diktatur zu ahnden, sagte der Minister. ...
Unter den Verurteilungen waren 13 – zumeist von den Alliierten verhängte – Todesstrafen und 166 lebenslange Freiheitsstrafen. Zu Freiheitsstrafen wurden 6.200 Personen verurteilt. Gegen insgesamt 106.178 Beschuldigte wurden Strafverfahren geführt. ...
Schwerste Menschenrechtsverletzungen dürften generell nicht ungesühnt bleiben. Deshalb erteilte Schmidt-Jortzig allen Vorschlägen eine klare Absage, die auf eine formelle oder faktische Amnestie für SED-Straftäter hinauslaufen. ...<<

Februar 1996

BRD: Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlägt im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise besser als rechtstreue Bürger in ihrem Heimatland. ...
Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen.<<
Der tschechische Schriftsteller Petr Prihoda (1939-2014) berichtet im "Forum für Kultur und

Politik" (Heft 14) im Februar 1996 über das "sudetendeutsche Thema" (x154/5-6): >>Das 'sudetendeutsche Thema' einschließlich der Vertreibung war in der tschechischen Gesellschaft volle 40 Jahre tabuisiert. Sicherlich wußte die ältere Generation etwas davon, aber sie schwieg sich darüber aus. Die jüngere Generation erfuhr von der Vertreibung kaum etwas. Diese Lükke wurde von der folgenden offiziellen Interpretation ausgefüllt: die Sudetendeutschen verbündeten sich mit Hitler und beteiligten sich somit nicht nur an der Zerschlagung der Tschechoslowakischen Republik vor dem Krieg im Jahre 1938, sondern auch an der Okkupation des restlichen Staates im Jahre 1939.
Folglich ging auch der nationalsozialistische Terror der Jahre 1939-1945 auf ihr Konto. Aus diesem Grunde war die Vertreibung nach dem Krieg eine gerechte Strafe und die einzig vernünftige Prävention.
Die 'zweckmäßige Vereinfachung' zog im Prager Frühling des Jahres 1968 der Historiker Milan Hübl, ein Reformkommunist, in Zweifel, aber einer weiteren Diskussion zu diesem Thema machte die sowjetische Okkupation ein Ende. Die offizielle Interpretation war wieder die einzig gültige. Eine Revision dieser Einstellung war danach nur noch in Dissidentenkreisen möglich. Im Jahre 1977 knüpfte Ján Mlynárik, ein temperamentvoller slowakischer Historiker, der in Prag lebte, an diese Diskussion an.
Er schrieb unter dem Pseudonym "Danubius" seine "Thesen zur Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen", erschienen zuerst im Samisdat (= Veröffentlichungen im Untergrund) und danach in den Publikationen des Exils. Es war eine Anklage der tschechischen Rachgier und Grausamkeit. Die damaligen Leser der "Thesen" stellten einen verhältnismäßig kleinen und weitgehend exklusiven Leserkreis dar. Die Publikationen aus dem Exil erreichten uns regelmäßig auf dem Wege, den die Dissidenten vorbereitet hatten. Den Leserkreis von Danubius ließ sich auf einige Tausend Menschen schätzen.
Mlynárik-Danubius formulierte seinen Text absichtlich provokant. Er wollte schockieren. Es entflammte eine leidenschaftliche Polemik, die auch das tschechische politische Exil erreichte. Sie teilte die Dissidenten, aber auch das Exil, in zwei Lager auf: die Befürworter einerseits und die Gegner andererseits. Während dieser Polemik kam die geistige Verwandtschaft des tschechischen Nationalismus im Exil mit dem Nationalismus des tschechischen Kommunismus im Lande (auch wenn es sich um Reformkräfte handelte) zum Vorschein. Damals ahnte noch niemand, daß eine "samtene Revolution" bevorstand, und daß nach ihr diese beiden Richtungen eins werden würden.
Einer der entschiedenen Widersacher der "Thesen" von Danubius war damals auch Milan Hübl, der, wie gesagt, 1968 den ersten Versuch unternahm, die offizielle Version der Vertreibung zu revidieren.
Im Jahre 1979 trat unter dem Namen "Bohemus" eine Gruppe von Dissidenten auf, um Mlynárik zu verteidigen. Es entstand ein gemeinsamer Text mit dem Titel "Stellungnahme zum Transfer der Deutschen aus der Tschechoslowakei". In diesem Text wurde die Vertreibung verurteilt, es wurde auf die Umstände hingewiesen, die die Vertreibung möglich machten, und darauf, welche verhängnisvollen Folgen diese Vertreibung für die ganze tschechische Gesellschaft nach sich zog. Die Reaktion im Lande und auch im Exil war ähnlich wie im Falle Danubius mit dem Unterschied, daß Bohemus mehrere Befürworter fand.
Ich betone jedoch, daß die Polemiken nur in einem beschränkten Rahmen der verhältnismäßig wenigen Dissidenten und Exilgruppen stattfanden. Es ist genügend bekannt, daß es den kommunistischen Machthabern gelang, die tschechischen Dissidenten von der Öffentlichkeit fernzuhalten. Daher blieb die tschechische Öffentlichkeit von diesem Streit unberührt.
Nach der "samtenen Revolution", als viele Dissidenten bedeutende Funktionen übernahmen wurde dieser Streit in die Öffentlichkeit getragen (genannt sei vor allem die sogenannte Entschuldigung an die Adresse der Sudetendeutschen von Václav Havel im Dezember 1989). Die

unvorbereitete Öffentlichkeit war dadurch überrascht.
Die Parlamentswahlen 1992 brachten der politischen Garnitur aus der Zeit nach November 1989 eine Niederlage und führte bei vielen Dissidenten zum Rückzug aus der Politik. Die neue politische Elite – aber auch die Gruppe der Journalisten – rekrutiert sich heute aus jüngeren Altersgruppen und aus dem Teil der tschechischen Öffentlichkeit, der von den geschilderten Polemiken und auch von den Problemen, die diese hervorriefen, nicht betroffen war. Hier liegt der Grund für den heutigen Dilettantismus der "Deutschlandpolitik" seitens des tschechischen Staates.<<

12.03.1996

Israel: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. März 1996: >>**Jüdische Rächer wollten Millionen Deutsche ermorden**

Israelischer Dokumentarfilm berichtet über Sonderkommandos / Angeblich Vergiftung des Trinkwassers geplant

Es war das Thema Vergeltung, dem der israelische Regisseur Jarin Kimor seinen Dokumentarfilm gewidmet hatte. Im israelischen Fernsehen zeigte er am Sonntagabend Mitglieder sogenannter jüdischer Rachegruppen, die sich direkt nach dem Zweiten Weltkrieg an den Deutschen für die Ermordung mehrerer Millionen Juden rächen wollten.

"Die gesamte Bevölkerung von Hamburg, München und Nürnberg sollte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von jüdischen Rachekommandos vergiftet werden", erzählte General Israel Carmi, der nach Kimors Angaben Chef einer der jüdischen Gruppen war. "Unsere Leute waren die einzigen Überlebenden ihrer Familien. Sie waren in Auschwitz erniedrigt worden. Sie hatten nichts mehr zu verlieren."

Nach Angabe von Mitgliedern der Gruppe waren Soldaten der jüdischen Brigaden damals in der britischen Armee abgestellt worden, um in den Wasserwerken von Hamburg und Nürnberg bei den großen Filteranlagen zu arbeiten. Carmi behauptet, er sei nach Palästina gefahren, um sich mit Chaim Weizman, dem späteren ersten Präsidenten des Staates Israel zu beraten. Dieser habe dann den Wissenschaftler Ernst David Bergmann beim "Ziv-Institut" beauftragt, sofort ein "geruchs- und farbloses Gift" zu entwickeln.

Das Gift sollte in das Trinkwasser der deutschen Städte geschüttet werden. 50 Kilo des Gifts, in Konservenbüchsen versteckt, wurden einem einfachen Soldaten diese Kommandos, Itzik Ron, in einem Sack mitgegeben. Während der Überfahrt per Schiff von Palästina nach Frankreich flog die Gruppe jedoch aus unbekannten Gründen auf. Ron gibt in dem Film an, er habe das Gift deshalb ins Mittelmeer geschüttet.

"Das jüdische Volk versuchte, nach dem Holocaust seine Ehre zu retten, aber die große Rache scheiterte", resümierte Carmi.

Der Film berichtet außerdem davon, daß nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen 1.000 und 2.000 Nazis von jüdischen Rachekommandos umgebracht worden seien. So sollen am 13. April 1946 bei Nürnberg 300 SS-Leute in einem amerikanischen Gefangenenlager umgekommen sein, weil jüdische Kämpfer rund 3.000 Brote mit Gift beschmiert hatten, erzählt ein weiteres Mitglied einer Rachegruppe.

Bei Hinrichtungen sei oft nach demselben Muster vorgegangen worden. Einige Nazis wurden mit den Händen erwürgt oder nach einem kurzen Feldgericht standrechtlich erschossen. "Im Namen des jüdischen Volkes verurteile ich Sie", sollen die Kämpfer der jüdischen Brigaden der britischen Armee gerufen haben, ehe sie die gefaßten Nazis erschossen und in Seen oder Flüssen versenkten.

In dem Film werden auch Einzelfälle genannt. So sollen jüdische Häscher in Judenburg in Österreich einen Nazi namens Alwin Gawanda entdeckt haben. Er war für besondere Grausamkeit bei der Verschickung von Kindern nach Auschwitz berüchtigt. Nach dem Krieg war er bei einem Jahrmarkt untergetaucht, dort leitete er einen Tontaubenschießstand. Er wurde

aus nächster Nähe erschossen.
Im Wiener Rothschild-Hospital soll es nach dem Krieg einen Keller gegeben haben, wo sich Mitglieder dieser jüdischen Kommandos einen Folterraum eingerichtet hatten. "Nazis wurden dorthin gebracht und nie mehr wiedergesehen", heißt es in dem Dokumentarfilm.
Mitglieder dieses Kommandos lockten auch Joseph Balaki in einen Wald bei Wien und erschossen ihn dort. Balaki hatte bei Kolow in Polen erstmals Lastwagen ausprobiert, deren Abgase in den Ladekasten geleitet wurden. Tausende Juden wurden auf diese Weise vor der Erfindung der stationären Gaskammern ermordet.
In seinem Buch "Die siebte Million" warnt der israelische Historiker Tom Segev aber davor, solche Aktionen überzubewerten. Der Gedanke, sich an den Deutschen zu rächen, sei angesichts der historischen Einmaligkeit und des gigantischen Ausmaßes dieses Verbrechens von den Verantwortlichen in Israel bald verworfen worden.<<

13.03.1996

BRD: Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz berichtet am 13. März 1996 während einer völkerrechtlichen Fachtagung über die geplante "Schlußstricherklärung", Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiter und ungeklärte Reparationsforderungen sowie über die völkerrechtswidrige Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen (x151/47-51,53-58,61-68): >>**I.**
Seit Ende letzten Jahres steht die Forderung im Raum, im Verhältnis zur Tschechischen Republik einen "Schlußstrich unter die Vergangenheit der Okkupation, Krieg und Vertreibung zu ziehen" und mit einer gemeinsamen Erklärung mit der Prager Regierung als Schlußstrich der Ostverträge den "Weg in ein Europa der gleichberechtigten Demokratien zu öffnen".

1. Das Konzept der Bundesfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Aufgabe eines von der Fraktion der Grünen im deutschen Bundestag in Auftrag gegebenen Gutachtens ist es, die bisher vorgebrachten Argumente für die Auffassung, daß ein solches "Schlußstrich-Abkommen" aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei, zu entkräften.
Der Berliner Völkerrechtler Christian Tomuschat gelangt zu dem Ergebnis, daß es keine Rechtsgründe gäbe, welche Deutschland an dem Abschluß einer solchen umfassenden Regelung hindern würde. Insbesondere setze sich die Bundesregierung nicht Schadenersatzansprüchen der vertriebenen Sudetendeutschen aus, wenn sie in einem Abkommen mit Prag auf die Geltendmachung der Vermögensfragen verzichte und damit zugleich tschechischen Reparationsforderungen zuvorkomme.
Das Gutachten geht davon aus, "daß die Tschechische Republik Gegenansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland (besitzt), deren Höhe bisher unbestimmt ist, die aber von manchen Beobachtern als der Höhe nach zumindest gleichrangig angesehen werden".
Eine Schlußstricherklärung, mit der die Bundesrepublik und die Tschechische Republik feststellen würden, daß sie keine Rechtsansprüche gegeneinander haben und solche auch in Zukunft nicht geltend machen werden, "würde weder eine Amtspflichtverletzung darstellen noch einen Eingriff in bestehende Vermögenspositionen bedeuten, der zum Ausgleich nach den Grundsätzen über den enteignenden oder gar den enteignungsgleichen Eingriff verpflichten könnte."

2. Das Konzept der Bundesregierung

Es muß bezweifelt werden, daß die von der Bundesregierung mit der "Schlußstricherklärung" verfolgten Pläne so weit gespannt sind wie das von Bündnis 90/Die Grünen und vom Gutachten entwickelte Konzept. Die Entwürfe der tschechischen und der deutschen Seite zu einer Schlußstricherklärung sind zwar offiziell noch nicht bekanntgemacht worden, aus den Vorgaben des deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages vom 27.2.1992, insbesondere aus dem Briefwechsel zum Nachbarschaftsvertrag, aus zahlreichen Presseveröffentlichungen und Erläuterungen der Bundesregierung vor dem Parlament ergeben sich jedoch eine Fülle

von Hinweisen auf Form, Inhalt und politische Zielsetzung der beabsichtigten Schlußstricherklärung, deren Verabschiedung vorerst auf einen Termin nach den tschechischen Parlamentswahlen am 31. Mai 1996 aufgeschoben wurde.

II.

1. Die förmliche Gestaltung der Schlußstricherklärung: gemeinsame Erklärung – nicht gegenseitiger Vertrag

Die Schlußstricherklärung wird von deutscher wie von tschechischer Seite nicht als ein auf Leistung und Gegenleistung beruhendes Vertragswerk konzipiert. ...

2. Die verbale Bewältigung der Vergangenheit

Das gemeinsame Bekenntnis beider Seiten zu guter Nachbarschaft, zur Gestaltung des zusammenwachsenden Europa, zu demokratischen Werten, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und einer Politik des Friedens muß durch einzelne Bekenntnisse – einerseits Deutschlands und andererseits Tschechiens – zur Vergangenheit ergänzt werden. ...

a) Die Erklärungen

Zunächst fällt auf, daß die Formulierung der deutschen Seite: "bekennt sich zur Verantwortung" juristisch prägnanter erscheint als die Wortwahl der tschechischen Seite: "ist sich bewußt" und "bedauert".

Aus "Verantwortung" lassen sich unmittelbar rechtliche Konsequenzen ziehen; das "Sich-Bewußt-Sein" oder das "Bedauern" sind demgegenüber Begriffe, die zunächst nur die Befindlichkeit des Erklärenden beschreiben; es fehlt an der unmittelbaren Außenwirkung. Der Unterschied wird deutlich, wenn man die Forderung berücksichtigt, die seit Jahren gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erhoben werden: Die deutsche Seite soll sich zur Verpflichtung und Verantwortung gegenüber all jenen, die Opfer nationalsozialistischer Gewalt geworden sind, bekennen.

b) Ausgewogenheit

Über die inhaltliche Ausgewogenheit der korrespondierenden Erklärungen zur Vergangenheitsbewältigung läßt sich trotz aller Bemühungen um Versöhnung trefflich streiten. Akzentuiert man die Verantwortung Deutschlands für die historische Entwicklung, die zum Münchner Abkommen geführt hat, läuft man Gefahr, mitentscheidende Faktoren einfach auszublenden.

Ich nenne nur wenige Beispiele: das Versagen der Siegermächte des ersten Weltkrieges bei der staatlichen Gestaltung der Gebiete der untergegangenen Habsburger-Monarchie, die Verletzung selbstgesetzter Prämissen wie z.B. Selbstbestimmungsrecht und Volksgruppenschutz, die mangelnde Bereitschaft des neuen tschechoslowakischen Staates, die gesamte Bevölkerung nach eidgenössischem Vorbild zu integrieren.

Die Erklärung der tschechischen Seite zur "zwangsweisen Aussiedlung" läßt zumindest viele Fragen offen. Von einer "Verantwortung" für die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ist nicht die Rede. Die tschechische Seite kann an ihrer seit Jahren vertretenen These festhalten, gem. Art. XIII Potsdamer Abkommen trügen die Großmächte, nicht aber die Tschechoslowakei, die Verantwortung für den "Bevölkerungstransfer".

Der Text kann auch als Bestätigung der tschechischen Auffassung verstanden werden, es müsse zwischen dem "Abschub" der deutschen Bevölkerung (der grundsätzlich rechtmäßig gewesen sei) und bedauerlichen "Exzessen" unterschieden werden. Letztere standen im Widerspruch zu "humanitären Grundsätzen und damals geltenden rechtlichen Normen".

Begriffe, die rechtliche Konsequenzen auslösen (z.B. "Völkerrechtsverstoß" oder gar "Völkermord") werden in tschechischen Erklärungen eindeutig vermieden.

c) Der Sinn amtlicher Festlegungen

Wichtiger als viele Detailprobleme bei der Formulierung der Vergangenheitsbewältigung ist die grundsätzliche Frage: "Was ist der von Regierungsdelegationen amtlich betriebene Prozeß des Bewußtwerdens und Bedauerns wert?"

PRAVDA VITEZI" – DIE WAHRHEIT SIEGT, war der Spruch im tschechoslowakischen Staatswappen, in dessen Zeichen auch der 7. Präambel des deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrages vom 27. Februar 1992 konzipiert wurde: "In Anerkennung der Tatsache, daß der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört hat."
Wenige Monate später berief sich die Slowakei auf die von Landtag und Regierung am 14. März 1939 herbeigeführte Unabhängigkeit des Landes von der Tschechoslowakei, die auch international Anerkennung aller Nachbarstaaten gefunden habe.
Sollte die tschechische Regierung heute tatsächlich mit Blick auf Europa die Vertreibung der deutschen Bevölkerung bedauern und sie als einen Verstoß gegen damals geltende rechtliche Normen werten, bleibt es doch bei den Erkenntnissen des für alle Rechtsfragen primär zuständigen Verfassungsgerichtshof der Tschechischen Republik.
Das Gericht entschied am 8. März 1995 in der Sache Dreithaler, daß Entrechtung und Abschub der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage des sog Benesch-Dekrets in Einklang mit den "Rechtsprinzipien der zivilisierten Gesellschaften Europas" standen.
Historische Schuld und Verantwortung können nicht auf diplomatischem Wege ermittelt und zugewiesen werden. Mit dieser Aufgabe sind auch offizielle oder offiziöse Historikerkommissionen überfordert.
Die beide Völker trennenden und verbindenden geschichtlichen Ereignisse lassen sich nur in einer Atmosphäre uneingeschränkter Freiheit von Forschung und Lehre aufarbeiten. Auch an der Jahrtausendwende hat noch Gültigkeit, was Ludwig Börne vor mehr als eineinhalb Jahrhunderten gedacht und geschrieben hat:
"Jede Gegenwart ist eine Not-Erbin der Vergangenheit. Sie kann die Erbschaft weder ausschlagen noch sub beneficio inventarii antreten; sie muß sie übernehmen; mit ihren Schulden und ihrer Schuld."

3. Das weitere Offenhalten aus der Vergangenheit herrührender politischer und rechtlicher Fragen

Deutschland und Tschechien sind sich im Vorfeld der Osterweiterung der Europäischen Union einig, daß begangenes Unrecht der Vergangenheit angehören soll. Wie bei der Osterweiterung der Nato wird auch bei der EU-Osterweiterung deutscherseits kein Junktim zwischen der Lösung der aus Flucht und Vertreibung resultierenden noch offenen Fragen und der deutschen Unterstützung der Aufnahme der ost-mitteleuropäischen Staaten hergestellt.
Es gibt keinen spezifisch deutschen Forderungskatalog, von dessen Erfüllung die Unterstützung der Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union abhängig wäre. Wegen der anhaltenden und erheblichen Widerstände – namentlich der südeuropäischen Staaten gegen die EU-Osterweiterung hat die von der Bundesrepublik Deutschland zugesicherte "nachdrückliche Unterstützung" einen nicht zu überschätzenden politischen Stellenwert.

a) Konsequenzen für die deutsche Seite

Die neue Determinante (Begriffsbestimmung) der deutsch-tschechischen Beziehungen, nämlich die Übereinstimmung, daß das begangene Unrecht der Vergangenheit angehört, kollidiert mit einer weiteren, vornehmlich verfassungspolitischen Zielsetzung der Bundesregierung, die in Ziffer 2 des Briefwechsels zum Nachbarschaftsvertrag ihren Ausdruck gefunden hat: das Ausklammern und "Offenhalten" der Vermögensfragen.
Hinter der Formulierung der Ziffer 2 verbergen sich nach Auffassung der deutschen Seite die Ansprüche der Vertriebenen aus Eigentum oder auf Entschädigung hinsichtlich ihres nach Kriegsende konfiszierten Vermögens. Diese Ansprüche, deren Erfüllung auch der demokratische tschechische Staat verweigert, muß die deutsche Seite weiter offenhalten.
Aus Gründen des deutschen Vertragsrechts muß sie alles vermeiden, was als Verzicht auf oder Aufrechnung mit sudetendeutschen Vermögenswerten gedeutet werden müßte und damit eine Entschädigungspflicht der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Betroffenen auslösen

könnte. Trotz "Schlußstrich" müssen deshalb die Vermögensansprüche der Vertriebenen de jure "offengehalten" werden, obgleich sie de facto – wie bisher – nicht durchgesetzt werden sollen. ...<<

>>... **5. Der Zukunftsfonds und die Entschädigung tschechischer NS-Opfer**

Eine "Stiftung deutsch-polnischer Versöhnung" zur individuellen Entschädigung polnischer Zwangsarbeiter aus der nationalsozialistischen Zeit wurde von der Bundesrepublik Deutschland und Polen zeitgleich mit der Ratifizierung des Grenz- und Nachbarschaftsvertrags durch Notenwechsel vom 16. Oktober 1991 errichtet. In den folgenden drei Jahren wurde die Stiftung aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland mit insgesamt 500 Millionen Mark ausgestattet.

Nach Presseverlautbarungen war auch eine Stiftung für die Opfer des Faschismus in der Tschechoslowakei geplant. Von einem Beschluß über die Bereitstellung von etwa 100 Millionen Mark aus deutschen Steuermitteln war bereits die Rede. ...

(2) Zur Frage der Entschädigung für "NS-Zwangsarbeiter"

Ein traditioneller Streitpunkt zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn ist die Frage, ob aus Zwangsarbeit unter nationalsozialistischer Herrschaft Wiedergutmachungs- oder Reparationsforderungen resultieren.

Die Bundesregierung vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß es sich nur um Reparationsforderungen handeln kann, die unter das Londoner Schuldenabkommen bzw. unter den sowjetisch-polnischen Reparationsverzicht fallen.

(3) Reparationsforderungen

Im Gegensatz zu Polen hat die Tschechoslowakei, deren Reparationsforderungen aus der Schuldenmasse zu befriedigen waren, nie förmlich auf weitere Reparationsleistungen verzichtet. Unklar ist, in welchem Umfang der Tschechoslowakei Reparationsforderungen zustanden, wieviel sie im Rahmen des Pariser Reparationsabkommen liquidieren konnte und was sie de facto (tatsächlich) zum Zwecke der Reparation beschlagnahmte ohne es mit den Verbündeten zu verrechnen.

Unklar ist weiter, welche rechtlichen Folgen das Übergehen der Reparationsfrage in der Schlußstricherklärung und in einem diesbezüglichen Notenwechsel hat. Mehrere Deutungen sind möglich:

a) Die Reparationsfrage zählt zu den vom Nachbarschaftsvertrag nicht geregelten Vermögensfragen und ist nunmehr eine der "aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen", die von der Schlußstricherklärung nicht bereinigt werden konnten, aber künftig nicht mehr die deutsch-tschechischen Beziehungen belasten sollen...

b) Die Reparationsfrage wurde bereits im Rahmen des 2+4-Vertrages geregelt. Dieser ist zwar formell nicht der Friedensvertrag mit Deutschland, er hat jedoch materiell die Bedeutung einer "endgültigen Regelung" im Sinne des Londoner Schuldenabkommens (Artikel 2). Da der Vertrag selbst keinerlei Reparationsforderungen enthält, gleichzeitig aber die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland darstellt und die Bedingungen für den Frieden in Europa mit Bezug auf Deutschland normiert, ist die Reparationsfrage zwischen den 4 Mächten, die als Konkursverwalter über das gesamte in- und ausländische deutsche Vermögen verfügten, und dem staatlich reorganisierten Deutschland erledigt.

In jüngeren Erklärungen weist das Auswärtige Amt darauf hin, daß 50 Jahre nach Kriegsende und jahrzehntelanger vertrauensvoller, enger Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der internationalen Staatengemeinschaft "die Reparationsfrage ihre Berechtigung verloren" habe. Kein Staat könne mehr erwarten, daß die Bundesregierung in Gespräche über dieses Thema eintrete. Die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit diesen Staaten müsse zukunftsorientiert sein.

c) Die Ansprüche des tschechoslowakischen Staates aus dem Zweiten Weltkrieg sind als nicht

radizierte Forderungen mit ihm am 31. Dezember 1992 untergegangen. Die tschechische Republik kann als Neustaat nur mehr die überkommenen Rechte seiner Bürger wahrnehmen.

(4) Ansprüche tschechischer Bürger gegen Subjekte des Privatrechts in der Bundesrepublik Deutschland

... Trotz der Ausstattung der Stiftung mit 500 Millionen Mark aus Bundesmitteln, können polnische Staatsangehörige oder deren Interessenverbände weiterhin z.B. Ansprüche aus Zwangsarbeit gegenüber deutschen Arbeitgebern geltend machen. Rein rechtlich werden auch die Ansprüche deutscher Bürger durch den Notenwechsel nicht aufgegeben oder präkludiert (gerichtlich verweigert).

Dennoch erscheint die Regelung im Ergebnis alles andere als ausgewogen: deutsche Bürger haben mit der Geltendmachung von Vertreibungsschäden in den Vertreibungsländern von vornherein keine Chance, wogegen polnische und tschechische Staatsangehörige mit ihrer Forderung nach Entschädigung für "NS-Zwangsarbeit" auf die Unterstützung der Medien und einflußreicher Kreise im Deutschen Bundestag rechnen dürfen. Schon mit der Geltendmachung von Phantomforderungen kann der Name eines deutschen Unternehmens geschädigt und demgemäß Druck ausgeübt werden.

III.

Während in der Gestaltung der deutsch-tschechischen Beziehungen in der vergangenen Jahre Entschädigungsansprüche tschechischer Opfer wiederholt angesprochen wurden, fanden Forderungen der Vertriebenen aus Schäden an Leib, Leben und Vermögen in offiziellen Dokumenten ebensowenig Berücksichtigung wie das Recht auf die Heimat. Und die Schlußstricherklärung scheint hieran nichts zu ändern. Dies wirft erneut die Frage nach den individuellen und gruppenbezogenen Rechten einer vertriebenen Minderheit auf. ...<<

>>... **(1) Vertreibung als Völkermord (Tomuschat-Rezension 1992)**

Während Tomuschat 1992 in der Rezension zu Felix Ermarcoras "Die Sudetendeutsche Frage" seinem österreichischen Kollegen noch zustimmte, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen den Tatbestand des Völkermordes erfüllen kann, gelangt er nunmehr in seinem Gutachten für die GRÜNEN zu einem anderen Ergebnis.

Tomuschat lenkte 1992 die Aufmerksamkeit des Lesers auf den im Juli 1991 von der International Law Commission in erster Lesung verabschiedeten Entwurf eines "Code of Crimes against the Peace and Security of Mankind". Zu den dort aufgeführten "Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit" zählt gem. Art. 21, 5 ... die "deporation or forcible transfer of population". Die "Deportation" oder der "zwangsweise Transfer einer Bevölkerung" wären demnach ein "Verbrechen gegen die Menschheit", aber eben - wie Tomuschat folgert – kein Völkermord.

Tomuschat räumte 1992 allerdings zutreffend ein, daß durch die "Begleitumstände" eine Zwangsumsiedlungsaktion in eine dem Völkermord entsprechende "Qualität höchster Verabscheuungswürdigkeit hineinwachsen" kann sodann, das Kapitel abschließend:

"Die Greuel, welche die Vertreibung der Sudetendeutschen begleitet haben, sind so eindeutig belegt, daß man die Schlußfolgerung Ermacoras nicht gut in Zweifel ziehen kann. Das letzte Wort muß hier der Historiker sprechen." ...

(3) Schlußfolgerung

... Die von Tomuschat unterstützte rechtliche Ausgrenzung der Sudetendeutschen aus dem rechtlich relevanten Geschehen beruht letztlich auf einer nicht überzeugenden Differenzierung zwischen schlimmen und noch schlimmeren Völkerrechtverstößen. Diese Differenzierung muß bei den Opfern eine erneute Diskussion über die Schrecken der Vertreibung auslösen: Auch hieran kann den um Aussöhnung bemühten Staaten nicht gelegen sein. ...

2. Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland

Im Gegensatz zur untergegangenen DDR hat die Bundesrepublik Deutschland ausnahmslos

die Vertreibung von mehr als 14 Millionen als völkerrechtliches Unrecht gebrandmarkt ...

a) Staatenpraxis

In den begleitenden Briefwechsel zu den Nachbarschafts- bzw. Partnerschaftsverträgen mit Polen, Ungarn und der frühen Tschechoslowakei hält die Bundesregierung ausdrücklich daran fest, daß die eigentumsrechtlichen Fragen von diesen Verträgen nicht berührt werden. ...

3. Der Wiedergutmachungsanspruch

Die Vertreibung der Deutschen ist weiterhin eine ungelöste Frage des Völkerrechts.

a) Zur Rechtfertigung der Vertreibung der Deutschen

Zur Rechtfertigung der Vertreibung der Deutschen werden im wesentlichen 4 Argumente vorgetragen:

- die "debellatio", also der völlige Untergang Deutschlands durch die Kriegsereignisse im Jahre 1945 und damit die - angebliche – völlige Freizeichnung der Siegermächte von der Einhaltung des Völkerrechts
- die Deutung des Potsdamer Abkommens als Umsiedlungsvertrag
- die Deutung der Vertreibung als Repressalie für die deutscherseits vorgenommenen Vertreibungs- und Deportationsmaßnahmen
- die Kollektivhaftung und Bestrafung des deutschen Volkes.

Keines der genannten Argumente ist stichhaltig:

(1) Debellatio (völlige Vernichtung der Staatsgewalt)

Aus der Berliner Erklärung vom 5.6.1945 ergibt sich eindeutig, daß Deutschland nach dem Willen der Siegermächte als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte. Eine "debellatio" (völliger Untergang des Staates) wäre ihrerseits ein Völkerrechtsdelikt gewesen, daß der Besatzungsmacht keine weitergehenden Rechte vermittelt hätte. Auf alle Fälle wäre der Bevölkerung gegenüber ein menschenrechtlicher Minimumstandard einzuhalten gewesen, der das Vertreibungsverbot mit einschließt.

(2) Potsdamer Abkommen als Umsiedlungsvertrag

Das Potsdamer Abkommen ist kein Umsiedlungsvertrag. Es fehlt nicht nur die Einwilligung des betreffenden Staates, sondern auch die Zustimmung der umzusiedelnden Bevölkerungsteile. Seinem Wortlaut nach nimmt Art. XIII des "Abschlußberichts der Dreimächte-Konferenz" von der Tatsache der Massenausweisung nur Kenntnis und fordert deren humane Durchführung.

(3) Recht auf Repressalien

Die Kriegsrepressalie (Vergeltungsmaßnahme) darf nicht mit Rache an Unschuldigen verwechselt werden. Auch im Kriegsvölkerrecht ist der menschenrechtliche Minimumstandard (und damit das Vertreibungsverbot) der Repressalie entzogen. Im übrigen war mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht jeder Rechtsgrund für die Durchführung einer Kriegsrepressalie entfallen.

(4) Kollektivhaftung der Vertriebenen

Auch wenn Deutschland die alleinige Schuld am Zweiten Weltkrieg trifft, läßt sich damit nicht die Kollektivhaftung aller Deutschen im In- und Ausland begründen. Schuld ist stets individuell und persönlich. Bis zum gerichtlichen Nachweis seiner Schuld wird vermutet, daß der wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte unschuldig ist.

b) Das Recht auf die Heimat

Die Vertreibung der Deutschen erfüllt nach wie vor den Tatbestand eines völkerrechtlichen Delikts. Die Vertreiberstaaten sind, da eine Verwirkung oder Verjährung zwischenzeitlich nicht eingetreten ist, nach wie vor zur Wiedergutmachung verpflichtet.

(1) Das Prinzip der Naturalrestitution

Der völkerrechtliche Wiedergutmachungsanspruch verlangt mehr als nur Genugtuung im Sinne einer förmlichen Entschuldigung; er richtet sich zunächst auf die "Naturalrestitution", d.h.

Rückführung der völkerrechtswidrig vertriebenen oder zwangsweise umgesiedelten Menschen zur alten Heimstätte und zu ihrem Besitz ("return to their homes and property"). Die Rückkehr hat freiwillig zu erfolgen. Der Heimatvertriebene, der seinen neuen Aufenthaltsort der alten Heimat vorzieht, hat Anspruch auf Schadensersatz in Geld.

(2) Kollidierende Heimatrechte

... Auch wenn die Rücksiedlung faktisch scheitern muß, bleiben alle vermögensrechtlichen Ansprüche auf privaten Besitz und Eigentum, die aus Anlaß der Vertreibung von den Vertreiberstaaten eingezogen wurden, erhalten.

(**3) Freie Wahl zwischen Rückkehr und Entschädigung**

... Auch im Falle der Begründung einer "neuen" Heimat im Aufenthaltsstaat bleiben alle in der alten Heimat konfiszierten Vermögenswerte ausgleichspflichtig. ...<<

21.03.1996

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. März 1996: >>**NATO hält an Osterweiterung fest**

... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern.

"Die Frage eines Kompromisses zwischen der NATO und Rußland im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Allianz steht überhaupt nicht zur Debatte", sagte Solana ... zu Beginn seines zweitägigen Rußlandbesuchs in einem Interview. ...

Die russische Führung hat wiederholt ihre Besorgnis über die geplante Ausweitung der westlichen Militärallianz geäußert. Westliche Regierungen haben die Befürchtungen vor der Osterweiterung der NATO meist als irrational zurückgewiesen. ...

US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."

Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.

Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<

22.03.1996

BRD: Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt am 22. März 1996 im FAZ-Magazin über die Neurose (nicht organisch bedingtes Nervenleiden) der Deutschen (x268/237): >>... Als die ersten Menschen sich aufrichteten, um auf zwei Beinen zu gehen, ist gleich ein Deutscher herbeigeeilt, um dringlich zu warnen: das sei gefährlich, es drohe der Sturz, besonders den Kindern und Alten, vor allem sei es unsolidarisch gegen die übrigen Vierbeiner, auch theologisch bedenklich, denn es wende das Menschengesicht ab von der Erde, dem mütterlichen Grund.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die psychische Gleichgewichtsstörung der Deutschen (x268/237): >>... Im übertragenen Sinn ist der aufrechte Gang für die psychische Gesundheit des Einzelnen und für die Überlebensfähigkeit einer Gemeinschaft essentiell. Und im Wortsinn war er vermutlich der Grund, warum wir heute keine Menschenaffen mehr sind; einschlägige Fachbücher berichten: "Die entscheidende Phase der Menschwerdung spielte sich vor rund 4 Millionen Jahren mit der Entwicklung des aufrechten Ganges ab". ...

Der Therapeut der deutschen Neurose hat es nicht leicht. Zum einen muß er die verkorksten Denktraditionen des weltfremden deutschen Michel bewußtmachen zum anderen dem akuten Schuldkomplex auf den Grund gehen.

Im gegebenen Fall ist noch einmal daran zu erinnern, daß der neurotische Selbsthaß diskriminierter Minderheiten auf der Übernahme von Vorurteilen der feinseligen Mehrheit beruht.

Bei der deutschen Neurose fungieren ... die elektronischen Massenmedien als "Mehrheit", das Volk als Minderheit; das übernommene Vorurteil liegt in der rassistisch gefärbten Kollektivschuldtheorie. ...<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtet später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts" (x318/80-82): >>… Und heute? … (Wir) haben jetzt die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts", die von führenden Kreisen und Gruppen propagiert wird. Ganz offen wird propagiert, die USA, das von Gott "auserwählte Volk", habe das Recht, ihr Weltreich allen anderen aufzuzwingen, indem sie das internationale Recht verletzen und überall in der Welt intervenieren, auch unter Rekurs auf den präventiven Krieg und ohne zu zögern, mit der Atomwaffe zu drohen und sie im Notfall auch einzusetzen. Und diese Ideologie ist trotz der immer offensichtlicheren Krise des amerikanischen Imperialismus und der Wahl eines Farbigen in das Weiße Haus nicht verschwunden.

In dieser Lage ist der von der Zerstörung der Vernunft formulierte Aufgabe dringlicher denn je. Die Geschichte der Vereinigten Staaten muß gründlich neu durchdacht und neu geschrieben werden. Ohne historische Begründung, schwach und sogar beunruhigend auf theoretischer Ebene (aufgrund der Tendenz vom Gebiet der objektiven Widersprüche auf das des angeblichen Völkerpsychologie abzurutschen), ist das hartnäckige Heraufbeschwören des Schreckbildes vom deutschen Sonderweg auf politischer Ebene katastrophal.

5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.

Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".

Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.

Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten?

Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.

Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. …
Paradoxer Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Krieges mir dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! …<<

04.04.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. April 1996: >>... Wie die Prager Tageszeitung "Pravo" am Mittwoch berichtete, einigten sich der stellvertretende tschechische Außenminister Alexander Vondra und die stärkste Oppositionspartei des Landes, die Sozialdemokraten (CSSD), daß eine moralische Verurteilung des Exzesses bei der sogenannten "wilden" Vertreibung der sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei kurz nach Kriegsende möglich sei. ...
"Pravo" zitierte den außenpolitischen Sprecher der CSSD, Jan Kavan, wonach in der geplanten deutsch-tschechischen Erklärung gesagt werden solle, daß die Vergangenheit abgeschlossen sei. ... Zudem sollte in der Deklaration stehen, daß es während des Krieges von deutscher Seite aus zum Versuch des Völkermordes an der tschechischen Bevölkerung gekommen sei.
In diesen Kontext sollten auch die Übergriffe eingereiht werden, zu denen es in der Tschechoslowakei im Jahre 1945 gekommen war und auf die die deutsche Seite verweise. "Es ist möglich, sich vom ethischen, moralischen Standpunkt aus von den Exzessen des wilden Abschubs zu distanzieren, die auf ihre Weise Unrecht waren", sagte Kavan. Keinesfalls bedeute dies aber eine Distanzierung von der Aussiedlung der Deutschen an sich.
Nach Kriegsende hatte in der damaligen Tschechoslowakei eine Welle der Gewalt gegen die im Land lebende deutsche Bevölkerung eingesetzt, denen Zehntausende Menschen zum Opfer gefallen waren. Später mußten mehr als drei Millionen Sudetendeutsche die Tschechoslowakei verlassen.<<

10.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Mai 1996: >>**Karlsruhe beendet Streit um die SBZ-Bodenreform**
Enteignungen zwischen 1945 und 1949 bleiben bestehen / Betroffene rügen "Anschlag auf den Rechtsstaat"
Das Bundesverfassungsgericht hat einen Schlußstrich unter den Streit um die Bodenreform gezogen: Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bleiben unumkehrbar, neue juristische Vorstöße dagegen sind zwecklos. ...
Die Bundesregierung hatte argumentiert, die Unumkehrbarkeit der Enteignungen von 1949 sei von der Moskauer Seite zur Bedingung gemacht worden. Dieser Darlegung folgend, hatte das Gericht die Ungleichbehandlung gegenüber den nach 1949 Enteigneten für rechtmäßig erklärt.
Nach Auflösung der Sowjetunion hatte jedoch der frühere UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow Interviewäußerungen gemacht, wonach es ihm seinerzeit auf die Unumkehrbarkeit nicht ankam. Die Beschwerdeführer hatten daraus geschlossen, daß das Bundesverfassungsgericht 1991 von falschen Tatsachen ausgegangen sei.
Aus den Äußerungen Gorbatschows könne lediglich geschlossen werden, daß das Thema "auf den von ihm angesprochenen Ebenen" keine Rolle gespielt habe. Sie widerlegten jedoch nicht die Darstellung des damaligen Bonner Staatssekretärs Kastrup, daß die Unumkehrbarkeit der Bodenreform von der Sowjetunion im Verlauf der Verhandlungen zu einer Bedingung für die deutsche Einheit gemacht wurde.
Zustimmung kam am Donnerstag von der SPD und den Grünen in Bonn ... Werner Schulz (Grüne) sagte, niemand könne ein halbes Jahrhundert rückabwickeln.
Die Betroffenen zeigten sich empört. ... Die nachträgliche Anerkennung der Bodenreform sei

"ein Anschlag auf den Rechtsstaat". ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 10. Mai 1996 über die Bodenreform in der SBZ: >>... Es war eine dunkle Stunde für die Rechtsstaatlichkeit, als 1990 im Einigungsvertrag die Unumkehrbarkeit der SBZ-Enteignungen festgeschrieben wurde. Allen Beteiligten - wenigstens auf westlicher Seite – war klar, daß man hier leider Unrechtstaten nachträglich ins Gewand des Rechts gehüllt hat. ...
Die Bodenreform-Opfer gehören ohne Frage zu den Verlierern der deutschen Geschichte. Vor allem aus formalen Gründen gerieten sie im Wiedervereinigungsprozeß abermals unter die Räder. Daß die Bodenreform nur "Junker und Kriegsverbrecher" traf, ist eine Legende: Unzählige Unschuldige wurden von Bauernhöfen und Werkstätten vertrieben und mißhandelt; betroffen war jeder, der der neuen Diktatur im Wege stand – auch Leute aus dem Widerstand gegen Hitler.
Sie alle, die jetzt endgültig die Hoffnung auf Rückgabe fahren lassen müssen, werden die Welt nicht mehr verstehen. Es mag sie trösten, daß Millionen andere Deutsche noch größere Opfer bringen mußten – nicht nur solche, die nach D-Mark oder Hektar zu bemessen wären.<<

20.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. Mai 1996 über ein "Schlesiertreffen" in Görlitz und Erfurt: >>**Schlesier fordern Niederlassungsfreiheit**
Ein Beitritt Polens zur Europäischen Union sollte nach Ansicht der Schlesischen Landsmannschaften an Bedingungen geknüpft werden.
Der Bundesvorsitzende der Schlesischen Landsmannschaften, Herbert Hupka, erklärte am Sonnabend in Görlitz, zuvor müßten offene Fragen geklärt werden. Dazu gehörten Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und das Recht auf Heimat. Die Vertreibung von Millionen Deutscher bleibe ein Verbrechen, für das die Verantwortlichen bestraft werden sollten.
Auch der Bund der Vertriebenen forderte bei einem Schlesiertreffen in Erfurt vor rund 1.500 Teilnehmern, Polen und Tschechien die eine Mitgliedschaft in die EU anstrebten, sollten zuvor das Unrecht der Vertreibung nach dem 2. Weltkrieg anerkennen und sich für ein Überwinden der Folgen einsetzen. ...<<

28.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Mai 1996 über ein Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Nürnberg: >>**Prag entrüstet über Theo Waigel** ...
Prags Ministerpräsident Vaclav Klaus zeigte sich entrüstet über CSU-Chef Theo Waigel. Bundesfinanzminister Waigel und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) hatten Prag aufgefordert, die Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen als einen Verstoß gegen das Völkerrecht anzuerkennen. Zudem verlangten sie, die Vertriebenen an den Gesprächen über die deutsch-tschechische Erklärung zur Aussöhnung zu beteiligen, der EU-Beitritt sei "nicht um jeden Preis zu haben".
Als Vertreter des Bundeskanzlers erklärte Postminister Wolfgang Bötsch (CSU), Prag und Bonn hätten bei der Formulierung einer gemeinsamen Erklärung in der Vermögensfrage und in Sachen Unrecht an den sudetendeutschen noch keine Lösung gefunden. Die Integration in Europa setze voraus, "daß die Tschechische Republik die europäische Werte- und Rechtskultur ohne Wenn und Aber anerkennt."
Waigel verlangte: "Bekennen Sie sich zu den Verbrechen, die Tschechen an Deutschen begangen haben!"
Ein Wort des Bedauerns wäre gleichzeitig ein weiteres Stück Annäherung der Tschechischen Republik an den europäischen Standard.
Klaus sagte dazu, er sei nicht bereit, solche Äußerungen von einem Repräsentanten der Bundesregierung anzuhören. "Und ich bin sehr überrascht, daß von uns jemand will, daß wir über

den Zweiten Weltkrieg mit Bedauern sprechen sollen. Ich habe das Gefühl, daß gerade die deutsche Seite über dieses ganze Ereignis in sehr leisem Flüsterton sprechen sollte", erklärte Klaus auf einer Wahlkampfkundgebung.
Die SPD kritisierte die Äußerungen Stoibers als "Rückschlag" für die deutsch-tschechischen Beziehungen. "Die CSU-Führung macht sich ausschließlich die rückwärtsgewandten Forderungen eines Teils der Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaften zu eigen", meinte der Vize-Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Günter Verheugen. ...<<

29.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. Mai 1996: >>... Zwischen den Koalitionspartnern FDP und CSU ist ein heftiger Streit um das künftige deutsch-tschechische Verhältnis und die Vertriebenenpolitik entbrannt. ...
Bundesfinanzminister Waigel und der bayerische Ministerpräsident Stoiber hatten am Vortag davor gewarnt, die deutsch-tschechische Regierungserklärung zur Aussöhnung zu verabschieden, ohne auf die Belange der Vertriebenen Rücksicht zu nehmen. Als Voraussetzung müsse Prag direkte Gespräche mit den Sudetendeutschen aufnehmen, Vertreibung als Unrecht verurteilen und das Heimatrecht der Vertriebenen anerkennen.
Die Äußerungen waren beim tschechischen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus auf heftigen Protest gestoßen. ...
Die FDP-Fraktion distanzierte sich am Nachmittag aber auch von Äußerungen ihres Abgeordneten Jürgen Koppelin. Er hatte Stoibers und Waigels Äußerungen als "unverantwortlich" und "Rückfall in den Kalten Krieg und Revanchismus" bezeichnet.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärt später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über das Heimatrecht der deutschen Vertriebenen (x851/...): >>... **HEIMATRECHT IST MENSCHENRECHT**. ...
Bekenntnis zur Heimat ist kein Chauvinismus, es ist eins der fundamentalsten Menschenrechte, die den Genuß von anderen Menschenrechten erst ermöglichen. Denn, wie Sie wissen, können die Menschenrechte nicht im Leerraum ausgeübt werden, sondern sie werden vornehmlich dort ausgeübt, wo man zu Hause ist, wo man geboren und aufgewachsen ist.
Oft zitiere ich die Worte des ersten UNO-Hochkommissars für Menschenrechte Jose Ayala Lasso in der Paulskirche zu Frankfurt anläßlich der Feierstunde vom 28. Mai 1995, "Fünfzig Jahre Vertreibung": "Das Recht, aus der angestammten Heimat nicht vertrieben zu werden, ist ein fundamentales Menschenrecht".
Leider ist diese klare Norm des Völkerrechtes nicht mit ihrer Verwirklichung identisch.
Die Menschenrechte, das allgemeine Völkerrecht, sogar auch das nationale Recht werden oft nicht verwirklicht. Manchmal werden sie grob verletzt bei völliger Strafffreiheit der Täter." ...
Dies bedeutet aber nicht, daß die Normen nicht existieren, daß das Recht belanglos ist. Es vergegenwärtigt nur die Tatsache, daß die Umsetzungsmechanismen verbesserungsbedürftig sind.
Auch die Vereinten Nationen können das Völkerrecht oft gar nicht durchsetzen. ...
"Vertreibungen und sog. ethnische Säuberungen sind leider keine Seltenheit. ...
In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal Ayala Lasso zitieren: "In bin der Auffassung, daß hätten die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Implikationen der Flucht, der Vertreibung und der Umsiedlung der Deutschen nachgedacht, die heutigen demographischen Katastrophen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in dem Ausmaß vorgekommen wären.
Nach dem furchtbaren Leiden des Zweiten Weltkrieges, …nach dem Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung, nach der Zerstörung Warschaus, Lübecks, Hamburgs, Dresdens, Königsbergs, Danzigs, Hiroshima und Nagasaki, nach der Vertreibung der Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Sudetendeutschen, hätten wir vielleicht erhofft, ein Ende des Völkermords und der

Vertreibungen in der Welt zu sehen. Jedoch nein. Leider haben wir nach dem zweiten Weltkrieg noch das Elend von Kambodscha, von Ruanda, von Darfur erlebt." ...<<